

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig 3./4. Quartal 1997

ISSN 0944-7989

6. Jahrgang

3-4/97

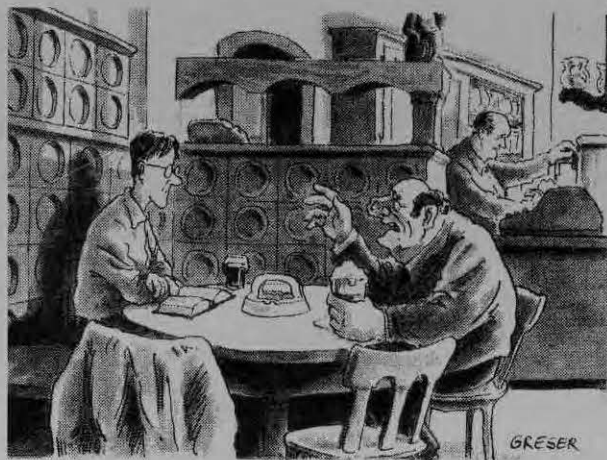


Themen & Autoren:

Zeitschriften: Skúli Sigurdsson, Mischka Dammaschke, Wolff-Dietrich Webler, Hansgünter Meyer, Erhard Crome, Lutz Kirschner, Wolfram Adolphi, Martin Robbe, Thomas Höpel, Ernst Günther Schmidt, Rüdiger Hohls & Konrad H. Jaraus, Fritz Zimmermann, Matthias Middell, Hans-Jürgen Czerwon

Bibliotheken: Christine Ferret, Marion Schmidt, Helmut Schiller, Antonius Jammers & Hartmut List

Weitere Beiträge von Peer Pasternack, Thomas Neie, Pirmin Stekeler-Weithofer, Stefan Dornbach, Christine Teichmann-Nadiraschwili u.a.



„Lesen? Das geht ein, zwei Jahre gut,
dann bist du süchtig.“

3-4/1997

hochschule ost

hochschule

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

ost

3-4/97

Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, Falk Bretschneider, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.
Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig. Tel. (0341) 3027 855,
Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso@server1.rz.uni-leipzig.de. *hso* im
Internet: <http://www.uni-leipzig.de/host/>

hochschule ost erscheint quartalsweise.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,- Versandkosten)

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
THEMA I: Zeitschriften	
<i>Skúli Sigurdsson:</i> Journals and the Passage of Time	9
<i>Mischka Dammaschke:</i> Übergreifender Diskurs und Grenzüberschreitungen: "Deutsche Zeitschrift für Philosophie"	21
<i>Wolff-Dietrich Webler:</i> Nicht nur fusioniertes, auch vereinigt Hochschulwesen	28
<i>Hansgünter Meyer:</i> Ansichten zum "Berliner Journal für Soziologie". Eine vorwiegend quantitative Analyse	35
<i>Erhard Crome & Lutz Kirschner:</i> Sozialwissenschaftlicher Diskurs nach der Zeitenwende: "Berliner Debatte INITIAL."	50
<i>Wolfram Adolphi:</i> Seit September 1990: "UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen"	57
<i>Erhard Crome:</i> "WeltTrends". Internationale Analyse aus deutsch-polnischer Sicht	65
<i>Martin Robbe:</i> Spezialstudie und Gesamtschau. 25 Jahre "asien, afrika, lateinamerika"	70
<i>Thomas Höpel:</i> Für eine übergreifende Perspektive auf die Romania: "Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik"	77
<i>Ernst Günther Schmidt:</i> Gefährdung und Wahrung von Tradition. Die Zeitschrift "Philologus" in den Jahren der DDR	85
<i>Rüdiger Hohls & Konrad H. Jarausch:</i> "H-Soz-u-Kult": ein historisches Diskussionsforum im Internet	97
<i>Fritz Zimmermann:</i> Die "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" im 39. Jahrgang	111
<i>Matthias Middell:</i> Historische Zeitschriften in Ostdeutschland	118
<i>Hans-Jürgen Czerwon:</i> Rezeption ostdeutscher Zeitschriften durch die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft. Zu naturwissenschaftlichen Journalen	137

THEMA II: Bibliotheken

<i>Christine Ferret:</i> Gesichter und Geschichten eines Berufsstandes: die Bibliothekare in der DDR	151
<i>Marion Schmidt:</i> Deutsches Bibliotheksinstitut. Eine Einrichtung für alle Bibliotheken	174
<i>Helmut Schiller:</i> Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig	188
<i>Antonius Jammers & Hartmut List:</i> Die Berliner Staatsbibliothek nach der Wende	201

FORUM

<i>Peer Pasternack:</i> Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990 - 1997	214
<i>Thomas Neie:</i> Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung	247
<i>Pirmin Stekeler-Weithofer:</i> Überlegungen zu Ausbildungsproblemen an der Massenhochschule	256
<i>Stefan Dornbach:</i> BAföG als Instrument der Hochschulpolitik?	267
<i>Christine Teichmann-Nadiraschwili:</i> Netzwerk "Transformation ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftssysteme". Ergebnisse und Erfahrungen	275

REAKTIONEN

<i>Siegfried Hoyer:</i> Zu S. Brentjes: „Demokratische Erneuerung' der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen“ (hso 1/97)	286
Zur „Dokumentation zum Kolloquium des Instituts für Wissenschafts- geschichte, Uni Göttingen im SoSe 1996“, H. 1/97 (P. Pasternack)	291

BERICHTE

Stellenabbau in den neuen Ländern verlangsamt (<i>WiRu</i>)	293
MPG gründet 2 weitere Institute in den neuen Ländern (<i>MPG</i>)	294

GELESEN

Dokumente gegen Legenden. Abwicklung der Mitarbeiter des Instituts für Geschichtswissenschaften der HUB (<i>Ulrich Ramm</i>)	296
Peter Glotz: Im Kern verrottet? (<i>Jens Hüttmann</i>)	300

PUBLIKATIONEN

303

*"Die jungen Ostdeutschen
bemerken gar nicht,
wie sehr sie westdeutsche
Tabus verletzen."*

Elisabeth Noelle-Neumann in der
Auswertung einer Befragung von
ost- und westdeutschen 14- bis
29jährigen (F.A.Z., 16.4.1997)

Editorial

Das Professorenamt schützt so wenig vor dem Bundespräsidentenam wie dieses vor jenem. Beide zusammen schützen nicht vor der spezifischen Bedeutungslosigkeit, die erst auf den zweiten Blick erkennbar wird:

Expräsident Richard von Weizsäcker ist im laufenden Semester Honorarprofessor und liest zum „deutsch-polnischen Verhältnis im Prozeß der europäischen Einigung“ an der Viadrina in Frankfurt/Oder. Die sog. Europa-Universität ist eine brandenburgische Rumpffründung (3 Fakultäten), die sich gegen Haushaltskürzungen nur noch mit solch symbolischen Berufungen den Ruf zu erhalten vermag, irgendwie anders und innovativ zu sein. Das indes gelingt ihr, im Verhältnis zu den schmalen Überweisungen aus Potsdam, bemerkenswert gut.

Professor Roman Herzog hat die Republik erstaunt mit einer Rede, von der unterdessen, wenige Wochen danach, noch zwei Dinge haften geblieben sind. Erstens: Der Bundespräsident eröffnet also auch Hotels. Zweitens: Der Redner hat, nicht zum ersten Mal, gezeigt, wie mit dem sprachlichen Erbe deutscher Geschichte sensibel umzugehen ist. Nicht erwachen müsse Deutschland, wie manch unberatener Zeitgenosse womöglich formuliert hätte, sondern: „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen.“

Für solch historische Nachricht war ein Ort gewählt worden, an dem der Übernachtungspreis knapp unter dem monatlichen Sozialhilfesatz liegt. Ziemlich sublim wurde damit dem Aufruf an die Leistungsträger der Gesellschaft die Erinnerung an vier (offiziell)/sieben (tatsächlich) Millionen Arbeitslose unterlegt. Das freilich gehört schon zu den Einzelheiten, die dem öffentlichen Gedächtnis entschwinden. Diesem Entschwinden wenigstens teilweise abzuwenden, unterhält die Gesellschaft Speichermedien. Solche sind, neben anderen, Zeitschriften und Bibliotheken.

Was sich mit derartigen Medien ereignen kann, war in Ostdeutschland seit 1990 im Zeitraffer zu beobachten. Die Bibliotheken hatten sich in ein neues institutionelles Gefüge einzupassen. Vorrangig ein Umstand bewahrte dabei das ostdeutsche Bibliothekssystem - trotz mancher Verluste, also Schließungen, auf kommunaler Ebene - vor dem Zusammenbruch: Es ist öffentlich finanziert, mithin den Marktkräften nicht unmittelbar ausgeliefert.

Anders bei den ostdeutschen Zeitschriften. In der DDR unterlagen diese, ähnlich den Bibliotheken, der ambivalenten (nämlich inhaltlichen wie finanziellen) Fürsorge des Staates. 1989/90 fanden sie sich über Nacht in einen Marktzusammenhang gestellt, der sich nicht gerade durch großflächige Leerstellen auszeichnete.

Dies traf naturgemäß insbesondere die wissenschaftlichen Zeitschriften, die, anders als populäre Journale, nicht auf einen dauerhaften Bonus beim Ostpublikum rechnen durften - zumal dieses, soweit akademisch, reihenweise aus den Beschäftigungsverhältnissen katapultiert wurde, in denen die Lektüre wissenschaftlicher Zeitschriften angenehme Last ist. Folglich stellten ostdeutsche Fachjournale ebenso reihenweise ihr Erscheinen ein - Fallgruppe 1. Daneben gab es aber auch eine Anzahl von Zeitschriften, die aus der DDR kamen und, meist mit verändertem Konzept und Herausgebergremium, nach mehr oder weniger großen Turbulenzen wieder erfolgreich durchzustarten vermochten - Fallgruppe 2. Im weiteren nutzten einige Enthusiasten die Offenheit der Strukturen, um etwas zu tun, das in der DDR so nicht möglich gewesen wäre: Sie gründeten neue Zeitschriften und plazierten diese erfolgreich am Markt (Fallgruppe 3) oder aber verschafften sich eine Erfahrung des Scheiterns (Fallgruppe 4). Schließlich gab es auch die eine und andere Wiedergründung nach zwischenzeitlicher Einstellung (Fallgruppe 5) sowie, vereinzelt, ost-west-deutsche Zeitschriftenfusionen (Fallgruppe 6).

Daneben hatte der DDR-Zusammenbruch auch Folgen für einzelne westdeutsche Titel. So konnte etwa die in Oldenburg erschienene *Pädagogik + Schule in Ost und West* nach Wegfall der bis 1990 gewohnten Zuschüsse nicht am Leben erhalten werden. Ebenso stellte der *IGW-Report* (bis 1990 "über Wissenschaft und Technologie in der DDR und anderen RGW-Ländern", dann "... in den neuen Bundesländern sowie mittel- und osteuropäischen Ländern") Ende 1992 sein Erscheinen ein, als das ihn tragende Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg abgewickelt wurde.

Jedenfalls, die bunte Vielfalt immer noch und neu erscheinender Journale in Ostdeutschland eröffnet einige Fragen: Gab es Lücken im deutschsprachigen Zeitschriftenmarkt, die zuvor unausgefüllt waren? Gelang es einzelnen Redaktionen, solche Lücken überzeugend zu definieren, um sie zeitgleich besetzen zu können? Gibt es Resistenzen von Milieus, die ihre alten Zeitschriften erhalten oder aber neue als soziale Bindemittel gründen? Worin bestehen Änderungen des Leserhaltens? Welches Mischungsverhältnis hatten/haben kommerzielle und inhaltliche Gründe bei den Entscheidungen, eine Zeitschrift fortzuführen? War es für die fortexistierenden DDR-Zeitschriften am Ende allein das Interesse der Verlage am jeweiligen Abonnentenstamm, welches das Überleben ermöglichte? Und schließlich: Gibt es eigentlich eine quantitative Sättigungsgrenze für den wissenschaftlichen Zeitschriftenmarkt?

Bausteine zur Beantwortung dieser Fragen lassen sich dem vorliegenden Heft entnehmen.

p.p.

Journals and the Passage of Time

Skúli Sigurdsson
Berlin

Wenn ich über Zeitungen, Illustrierte, Zeitschriften, Bücher, elektronische Medien, ihre Geschichte und Bedeutung, ihre Beziehung zur Zeit und zur Technologieentwicklung nachdenke, kommen zuerst Erinnerungen aus mei-

ner isländischen Kindheit in den 1960er Jahren. Alle zwei Wochen kam eine Sendung der neuesten ausländischen Zeitschriften und Zeitungen bei „Bokabúð Braga“ an, einer Buchhandlung im Zentrum von Reykjavík. Mein Vater kaufte dort regelmäßig *Politiken* (Sonntagsausgabe), die *London Times* (Sonntagsausgabe), den *New Statesman* (wöchentlich), *Femina* (wöchentlich) und *Anders And & Co.* (wöchentlich). Diese dänischen, englischen und schwedischen Zeitungen und Zeitschriften wurden begierig und gründlich von meinem Vater, meiner Mutter und mir studiert. Obwohl ich die meisten davon mit ihrer Masse an Text, der kaum durch Abbildungen aufgelockert wurde, ziemlich langweilig fand, sah ich sie immer alle durch. Der einzige Lichtblick dazwischen war natürlich *Anders And & Co.*, die dänische Ausgabe von Donald Duck. Die beschriebenen und gezeichneten Figuren brauchten nicht mit den Fernsehbildern um meine Aufmerksamkeit konkurrieren, nachdem meine Eltern 1968 einen Fernsehapparat gekauft hatten (das isländische Staatsfernsehen ging 1966 auf Sendung, wohingegen die U.S. Militärbasis in Keflavík dies schon einige Jahre früher getan hatte). Ebenso sind meine Kindheitserinnerungen ausgefüllt mit Rundfunksendungen, seien es Nachrichten und deren Kommentare, Hörfunkreihen für Kin-

der oder auch die gesendete Musik der Beatles, (Vgl. auch Sigurdsson 1997).

Diese Erinnerungen beleuchten eine Reihe von Aspekten, die sowohl mit Zeitungen und Zeitschriften als auch mit Radio, Fernsehen und anderen Medien verbunden sind. Zeitungen und Zeitschriften sind untrennbar mit Technologie und dem Verstreichen von Zeit verbunden. Sie industrialisieren Zeit und schaffen Möglichkeitsräume. Worte wie Zeit, Jahrbuch, Vierteljahr, Monat, Woche, Tag oder „neu“ im Titel von Zeitschriften oder Zeitungen markieren dies deutlich. Beispiele dafür können wahllos herausgegriffen werden: *New York Times*, *tageszeitung (taz)*, *Die Zeit*, *Time*, *Die Schweizer Monatshefte*, *Atlantic Monthly*, *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik*, *William and Mary Quarterly*, *Jahrbuch des Adalbert-Stifter-Instituts* oder *Annual Conference of the Society for the Study of Fertility*.

Das Jahrbuch z.B. zeigt deutlich das Verfließen der Grenzlinie zwischen Zeitschrift und Buch, sowohl in Bezug auf die äußere Gestalt wie im Hinblick auf die Haltbarkeit und Dauer des materiellen Produkts. Obwohl die Verlagsindustrie versucht hat, durch die Standardisierung nach ISBN- und ISSN-Nummern Ordnung in das Publikationswesen zu bringen, können Veröffentlichungen sowohl ISBN- als auch ISSN-Nummern haben, so z.B. *Archimedes: New Studies in the History and Philosophy of Science and Technology* (ISBN 0-7923-4241-0 und ISSN 1385-0180). Ferner werden Bücher, Illustrierte, Zeitschriften und Tageszeitungen mit dem computerisierten Streifencode versehen (z.B. *International Herald Tribune* und *taz*), die sie erst recht als Ware kennzeichnen und ihren schnellen Erwerb auf Bahnhöfen und Flughäfen durch gehetzte Käufer ermöglichen. Der Streifencode erleichtert auch die Ausleihe in Bibliotheken, wo ein durch vielzählige Verordnungen, schnelle und geschäftsmäßige Effizienz gehetztes Personal den Wünschen der Kunden zu dienen hat.

Die meisten Menschen bewältigen ihre Probleme mit der Papierflut der Zeitungen, indem sie sie täglich in den Papierkorb werfen oder in Stapeln wöchentlich oder monatlich zu den besonderen Papiercontainern bringen. Abwehr verwandelt sich allerdings in Zuneigung, wenn die Auflage selten ist. Zur Not sind sie uns weiter in den gebundenen Ausgaben in den Bücherregalen der Bibliotheken oder unseres Zuhauses zugänglich, wo sie die Umwandlung des Alltags in das sakrosankte Zeitregister der Studierstube oder der Bibliotheken versinnbildlichen, soweit die öffentlichen oder privaten, räumlichen und finanziellen Verhältnisse dies zulassen. (Vgl. Ophir 1991)

Zeitschriftenabonnements, Buchbinderarbeiten und Lagerhaltung sind kostspielig. Die Budgets und Magazine unserer öffentlichen Bibliotheken platzen unter der Last der gebundenen Tageszeitungen, Wochen-, Monats-, und Vierteljahresschriften sowie der Jahrbücher aus allen Nähten. Zuhause verursachen die abonnierten Produkte der Druckerpresse - ob gebunden oder ungebunden - noch deutlicher und schneller kaum lösbare Probleme. Das Archivmaß der gestapelten Buchmeter materialisiert das Vergehen von Zeit (und wie Zeit zu Raum wird) und mißt die wachsende Kolonisierung des privaten Lebensraums und öffentlicher Gebäude durch das stille Wachstum der Buchreihen mit Zeitschriften und Zeitungen. Die Abonnenten hängen häufig mit sentimentalem Stolz an diesen Produkten, die ihre Regale füllen, oder sind beruflich auf sie angewiesen. Nur ungern werden bisherige Abonnements aufgegeben, während die dadurch verursachten Geld- und Platzprobleme die Bereitschaft zu Neubestellungen weiterer Abonnements zunehmend zu einem risikoreichen Unterfangen machen, auf das man sich nur noch äußerst zögerlich und mit großen Bedenken einlassen kann. Es scheint leichter, mit Büchern umzugehen, es sei denn, man möchte die gesammelten Werke von Aristoteles, Goethe, Hegel, Lenin, Marx und Platon besitzen oder das komplette Werk eines profilierten Autors sein eigen nennen (ich erinnere mich an so einundeinhalb Regalmeter des isländischen Romanschriftstellers Halldór Kiljan Laxness in der Wohnung in Seltjarnarnes, einem Vorort von Reykjavík, wo ich aufgewachsen bin).

Dieser psychologische Aspekt gewachsener emotionaler Bindungen und der Zurückhaltung gegenüber dem Eingehen neuer Bindungen sollte nicht unterschätzt werden. Die vierzehntägigen Lieferungen für meinen Vater von „Bokabúd Braga“ in den 1960er und zu Anfang der 1970er Jahre strukturierten mein damaliges emotionales Leben und gaben ihm Inhalt, so wie es z.B. das Gefühl von Weltentfremdung und Isolation bedeuten kann, ein Frühstück ohne Tageszeitung, ohne Radio oder „Frühstücksfernsehen“ zu erleben. Ich erinnere mich noch an das Vergnügen, das die Abenteuer von Donald Duck und verwandter Figuren mir bereiteten, wobei auch dieses häufig mit seinem eigenen Zeitmaß der Fortsetzungsfolgen verbunden war. In diesen Jahren waren meine Cousins und ich begeisterte Fans von Abenteuer- und Gespensterserien des isländischen Staatsradios, die in wöchentlichen Folgen gesendet wurden (z.B. „Ambrose in London“, „Ambrose in Paris“).

Diese Gliederung der Zeit durch Fortsetzungsserien erzeugten Spannung und treue Zuhörer. Eine ähnliche Wirkung haben der abwechs-

lungsreiche Rhythmus der Periodika mit ihren Leitartikeln, neuesten Nachrichten, Sportnachrichten, Briefen an den Herausgeber, wöchentlichen Kolumnen, Nachrufen, Comics, Buchbesprechungen, Reklamen usw., die auch den Stempel verschiedener Entstehungsgeschichten, Reifungsprozesse und Zeitsysteme tragen. Die Fortsetzungsfolge verkörpert eine Vielfalt von Stimmen, die von der Gemeinschaft der Leser oder dem einsamen Leser aufgegriffen werden. Sie bilden genauso wie die Massenproduktion von Büchern einen wesentlichen Bestandteil der Herausbildung des Individualismus. Marshall McLuhan und Quentin Fiore haben in *The Medium Is the Massage* gezeigt, daß Druckerzeugnisse die erste „uniformly repeatable ‘commodity’, the first assembly line—mass production“ waren. „It created the portable book, which men could read in privacy and in isolation from others. Man could now inspire—and conspire.“ (McLuhan und Fiore [1967] 1996, 50)

Die Paperback-Ausgabe ihres kürzlich wiederaufgelegten visionären Buchs ist dem ganz angemessen. Wie eine zusammengerollte Zeitung oder Zeitschrift paßt es in eine Tasche und scheint genau so wie diese gut geeignet für die Lektüre auf einem Sofa, in einem Studierzimmer, in einem Café oder einem Bus, Zug oder einer der anderen technologischen Kapseln der Entfremdung und schnellen Beförderung.

Die schriftliche Darstellungsform von Texten ist zwar linear, doch folgt daraus nicht, daß auch die Rezeptionsweisen der Leser sich an diese lineare Folge halten müßten. Man denke nur an das Querlesen von Schlagzeilen oder an das Überfliegen von Anzeigen, den flüchtigen Blick auf Bilder und Cartoons, den verstohlenen Blick auf das Ende eines Krimis oder die hinterlistige Methode, zuerst die Bibliographien und Fußnoten (oder Anmerkungen) in wissenschaftlichen Publikationen zu lesen.

Trotz der Übertreibungen hinsichtlich der revolutionären Möglichkeiten neuer Informationstechnologien (Stichwort: Hypertext) in den 1990er Jahren oder, umgekehrt, der unerfindlichen Furcht vor dem zersetzenden Effekt des Postmodernismus und der postmodernen Informationstechnologie auf die Wissenschaftlichkeit (Himmelfarb 1997; für eine ausgewogene Sicht des Postmodernismus siehe Harvey 1989), weisen auch die Texte und Vervielfältungen (Dezentrierungen) von Verfasserstimmen/Autoren komplexe Schichtungen auf. Veranschaulicht wird dies durch die Kakophonie der Stimmen in Zeitschriften und Tageszeitungen (diejenigen der Herausgeber, Journalisten, Cartoonisten, Rezensenten usw.) oder in der Geschichte der Fußnote, einer subtextuellen Vorrichtung zur Regelung von Konflikten, aber auch, durch

Einführen von respektlosen Seitenhieben und Attacken, zu Mißfallensbekundungen, die ungeeignet wären für einen zivilisierten gehobenen Diskurs. (Gierl 1996 über Anthony Grafton, auch Cahn 1997)

Ein Buch oder eine Zeitschrift ist für einen Leserkreis geschrieben, der sich zunehmend verbreitert und - durch Druckerzeugnisse, zunehmenden Alphabetismus, Industrialisierung des Druckverfahrens vermittelt Dampfkraft, Massenproduktion von Papier, Urheberrecht, Mikrofilmen und Faxgeräten, Fotokopierer und das Auftauchen einer elektrifizierten Massenkultur im 20. Jahrhundert - kommerzialisierte. (McLuhan und Fiore [1967] 1996, 68f.) Filmproduktion und -projektion wurden mit dem Tonfilm endgültig elektrisch (im Unterschied zum Stummfilm). Zusammen mit dem Grammophon und dem Radio hatte die Elektrifizierung der Medien in der Zeit der Massenkonsumtion begonnen und damit ein Prozeß der Bewußtseinerweiterung, dessen lange Dauer, bedingt durch den Gedächtnisverlust über die frühen Wirkungen des Kinos, Radios, Grammophons, Telefons und sogar des Fernsehens auf das Leben dieses Jahrhunderts, leicht vergessen wird. Die Amnesie über diese frühe Beeinflussung durch die Elektrifizierung reichert die globalisierte Angst in den 1990er Jahren an und macht es schwierig, die Tageszeitungen und Zeitschriften in einer eigenen Medien-Perspektive zu verorten. (Vgl. Alder 1997, 319-343 bzgl. technologischer Amnesia)

Ein hilfreicher Anhaltspunkt, die Wirkungen der Elektrifizierung auf den Informationsaustausch zu entschlüsseln, wurde vor 30 Jahren von kritischen Beobachtern gegeben. In *The Medium Is the Massage* schrieben McLuhan und Fiore:

“Real, total war has become information war. It is being fought by subtle electronic informational media—under cold conditions, and constantly. The cold war is the real war front—a surround—involving everybody—all the time—everywhere. Whenever hot wars are necessary these days, we conduct them in the backyards of the world with the old technologies. These wars are happenings, tragic games. It is no longer convenient, or suitable, to use the latest technologies for fighting our wars, because the latest technologies have rendered war meaningless. The hydrogen bomb is history’s exclamation point. It ends an age-long sentence of manifest violence!” (McLuhan und Fiore [1967] 1996, 138)*

Die Scharfsinnigkeit dieser scheinbar halluzinatorischen Beobachtung wird durch die wissenschafts- und technikgeschichtliche Forschung bestätigt. Sie verdeutlicht, wie sehr die neuen elektrischen Informationstechnologien, die nach dem Zweiten Weltkrieg - zunächst auf Betreiben des Militärs - entwickelt wurden, darauf ausgerichtet wa-

ren, daß die neuen Weltuntergangsmaschinen entweder schnell genug oder gar nicht losgingen, daß Raketen abgeschossen werden konnten, aber nicht verfrüht losgingen, und daß ausreichende Kontakte aufrecht erhalten werden konnten, während U-Boote mit ihrer todbringenden Ladung in den Tiefen der Ozeane kreisten. Das Internet ist deutlich geprägt von der Bedeutung sicherer und schneller Kommunikation im Kalten Krieg. Die Kriegsführung im 20. Jahrhundert hat auch die Formen der Elektrifizierung geprägt. So besteht z.B. ein enger Zusammenhang zwischen der Geschichte der Elektrifizierung in den USA in den 1930er Jahren, der Konstruktion der ersten Atombombe in Los Alamos im Zweiten Weltkrieg und der weltweiten Elektrifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg. (Forman 1987, Hughes 1989 [auch Joravsky 1989], MacKenzie 1990, Neufield 1995, Pyenson 1997)

Trotz einer Vergangenheit, die in „Dr. Strangelove“-Szenarien in den Schmutz gezogen wird, haben die breite Öffentlichkeit und viele Wissenschaftler die neuen kognitiven Möglichkeiten und die anziehenden Kommunikationsmöglichkeiten zu erkunden begonnen, die die elektronischen Informationstechnologien erschließen. (Edwards 1994, Renn 1995; der Wissenschaftshistoriker, radikale Wissenschaftskritiker und Psychoanalytiker Robert Young hat z. B. alle seine Schriften 'online' in einem Internet-Archiv der Öffentlichkeit zugänglich gemacht: <http://www.shef.ac.uk/uni/academic/N-Q/psysc/staff/rmyoung/index.html>) Das Radio wird schon seit über einem Vierteljahrhundert für Fernkurse genutzt (in England z. B. von der Open University), und das Internet/Web dient inzwischen auf breiter Basis dem Handel (Bücher, Computer, Sex), den öffentlichen Medien (Abonnierung von Tageszeitungen), der Politik (der Linken, der Liberalen, der Rechten und den extremen Varianten dieser Richtungen) und anderen Betätigungsfeldern, die sich fröhlich mit dem @-Abzeichen schmücken, das Symbol der 1990er Jahre; wie es in der Vergangenheit das Morsealphabet und das Radio gewesen waren, was allzuhäufig in Vergessenheit gerät. Gillian Beer beobachtet hinsichtlich früherer globalisierter Technologie:

“Radio produced a new idea of the public, one far more intermixed, promiscuous and democratic than the book could cater for. The fiction of one to one in radio address is very different from the social sweep of film in its public darkened place of communality, the cinema. Music on radio was one of the immediate great gains in access, though the live conditions of its production may take us aback now.” (Beer 1996, 150)

Physiker wie Arthur Eddington und James Jeans benutzten den Rundfunk, um das Evangelium von der modernen Physik zu verbreiten

- und sie taten dies über BBC Ätherwellen. Das Medium waren die Sprache und der Ton, und es war elektrisch. (Ebd., 152f., 166) Im Kielwasser des Radios kam das Magazin *The Listener* (1929-1991). Der Listener-Effekt ist in der Technologie reichlich vorhanden, d.h. eine gegenseitige Verstärkung verschiedener technologischer Apparate, Systeme und Argumente bei der Entwicklung von Technologien gegen veraltete Apparate. Das Magazin *The Gramophone* bezweckte von Anfang an (1923) die Förderung des Grammophons und der Schallplatte (LeMahieu 1982) *Films and Filming* war ein wundervolles Magazin für Film-Enthusiasten. Der Listener-Effekt ist auch in den 1990er Jahren in vielen Buchläden sichtbar; es gibt Magazine über Computer, das Internet, zum Mobiltelefon, skate boarding, zu Tätowierung und „body art“ und zum World Wide Web, während Zeitschriften zu älteren Technologien in ihren Auflagen zurückgehen. (Der Listener-Effekt garantiert nicht die Langlebigkeit von Periodika.) Es scheint, als wären diese Buchläden permanent „online“, ein Ort nicht-synchroner und nicht-linearer Stimmen und Effekte, der über die zeitliche Bedingtheit hinwegtäuscht, die tägliche oder wöchentliche Illustrierte oder eine Zeitschrift mal gehabt haben.

Neben dem Listener-Effekt demonstrieren die verschiedenen Wochenzeitungen von Obdachlosen in europäischen Großstädten die Flexibilität und Macht von regelmäßig erscheinenden Publikationen. Ein Beispiel ist die zweiwöchig erscheinende *motz*, eines von mehreren Straßenmagazinen in Berlin. Es wird von Obdachlosen für 2 DM verkauft, von denen der Verkäufer 1 DM erhält. Dieses wird auf der Straße, in Cafés, in der U- und S-Bahn verkauft. Die Tatsache, daß *motz* in den öffentlichen Verkehrsmitteln verkauft wird, verdeutlicht, daß jede Zeitung, Zeitschrift, Illustrierte oder jedes Buch Zugang zu einem schnellen, zuverlässigen und ausgedehnten Vertriebsnetz haben muß.

Der *motz*-Effekt hat eine lange und ehrenwürdige Vorgeschichte in sozialen und politischen Bewegungen (*Pravda*, *Der Rabe*), insofern eine Zeitung, Wochenzeitschrift oder Zeitschrift ein Zentralorgan wird oder identitätsstiftend für Intellektuelle, künstlerische Bewegungen (*Die Fackel*, *Die Weltbühne*) und für Akademiker werden kann (*New Review of Books* [Becker 1993], *Die Zeit*), oder ein Kristallierungspunkt für die Gründung wissenschaftlicher Fächerdisziplinen (*Annalen der Physik*, *Archiv für die Physiologie* [Broman 1991]) und für Meta-Fächer wie die Wissenschaftsgeschichte (*Isis* gegründet im Jahre 1913, *History of Science* gegründet im Jahre 1963, *Journal of the History of Biology* gegründet im Jahre 1968) ist. Ein hervorragendes Beispiel für

den motz-Effekt gibt die Geschichte der physikalischen Chemie ab, wobei einer der ersten Gründungsakte die von Wilhelm Ostwald und J.H. van't Hoff herausgebrachte *Zeitschrift für physikalische Chemie* im Jahre 1887 war. (Vgl. Servos 1982) Der motz-Effekt ist mit dem Listener-Effekt verwandt, insofern die Entstehung professioneller Wissenschaften und die Entwicklung der Massenmedien einhergingen. Sie ergänzen sich gegenseitig, wie die Gründung von *Nature* im Jahre 1869 und *Science* im Jahre 1883 als offizielle Organe der professionellen Wissenschaft in England bzw. den Vereinigten Staaten und die Gründung popularwissenschaftlicher Zeitschriften wie *Scientific American* im Jahre 1845 zeigen. (Vgl. Broks 1993)

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand ein sprunghafter Aufstieg moderner Wissenschaften, Technologien und der Medizin statt: der Aufbau von Labors, in der Chemie, Physiologie und Physik, die weltweite Ausbreitung von Universitäten und die Begründung des universitären Aufbaustudiums in den Vereinigten Staaten, die Konstruktion des Telefon- und Telegrafennetzes sowie des elektrischen Stromnetzes, Entstehung des modernen Krankenhauses, Expansion der Stahlindustrie, Urbanisierung, Kolonialisierung und explosionsartiges Wachstum des Verlagswesens.

Als Zeichen dieser strukturellen Umwälzungen sei an die - im Rückblick verhängnisvolle - Verwendung von säurehaltigem Papier, das um 1870 vorherrschend wurde, erinnert. Dieses in Massenproduktion hergestellte Mittel entsprach dem wachsenden Ausstoß der dampfgetriebenen Druckmaschinen, um das unersättliche Lesepublikum zu befriedigen. Das säurehaltige Papier war das stoffliche Substrat für die expandierende wissenschaftliche Kommunikation in Form von Büchern, Zeitschriften und „reprints“. (Sigurdsson 1992) Der stoffliche Verfall alter Zeitungen, Zeitschriften und Bücher im Laufe des 20. Jahrhunderts versinnbildlicht die Materialität und Vergänglichkeit der Informationstechnologien. Bröckliges Papier, auf Grund der Säurekontamination und der schlechten Qualität, erscheint wohl vergänglich, dennoch ist es von mehr Bestand als Informationsträger wie etwa magnetische Computertapes, Floppy- und Hard-Disks (ganz zu schweigen von der Schwierigkeit des Abrufens von Informationen über die gährende Kluft mehrerer Generationen von Soft- und Hardwareentwicklungen; siehe Rothenberg 1995).

Das Problem des säurehaltigen Papiers stellt eine späte Entwicklungsstufe in der Geschichte des Verlagswesens in Folge der enormen Industrialisierung in der Herstellung von Wort und Meinungen dar, die

die Dampfmaschine ermöglicht hat. Diese neuartigen, verlegerischen Produktionsweisen betreffen auch das politische und intellektuelle Leben des 19. Jahrhunderts. Zeitschriften wie *Edinburgh Review* waren entscheidend für Intellektuelle des Viktorianischen Zeitalters, da diese ihnen die Teilnahme an einem konstruktiven Dialog ermöglichten und ihnen erlaubten, sich in einer besonderen Form der Wissenschaft zu engagieren. (Schweber 1981, 5; auch Sheets-Pyenson 1981)

Ein Diagramm, welches das enorme Wachstum wissenschaftlicher Publikationen seit der wissenschaftlichen Revolution zeigt, war in Derek J. de Solla Price *Little Science, Big Science* (1963) zu bewundern. Seit dem ersten Erscheinen wissenschaftlicher Periodika um das Jahr 1660 war deren Anzahl so groß, daß bereits im frühen 19. Jahrhundert Zeitschriften-Abstracts eingeführt wurden (auf ungefähr alle 300 Zeitschriften kam ein Zeitschriften-Abstract). Um 1900 wurden zirka 10.000 Zeitschriften herausgegeben, und im Jahre 1963 waren 50.000 wissenschaftliche Zeitschriften aus den letzten 300 Jahren bekannt, wobei 30.000 davon zu diesem Zeitpunkt noch erschienen. (Price [1963] 1974, 19f.; auch Capshew und Rader 1992) Der Terminus „big science“ meint üblicherweise, daß „Größe“ mit Forschungsinstituten, Beschleunigern, Labors verbunden ist; weniger im Blick, jedoch ebenso damit verbunden sind gleichwohl wissenschaftliche Publikationen. (Holl 1996)

Zeitschriften und andere Druckmedien hängen auf das Engste mit dem Verlauf der Zeit und dem Überwinden des Raumes zusammen. Zeitungen, Wochenzeitschriften und Illustrierte bringen Neuigkeiten aus entfernten Orten und von Menschen, die weit weg wohnen. Indem Ortsgebundenheit transzendiert wird, können Entwicklungen an entfernten Plätzen verfolgt oder das emotionale Verlangen, sich über eine schwierige Situation hinwegzusetzen, gestillt werden. Dies war der Fall im Zweiten Weltkrieg, als die Monatszeitschrift *Horizon* eine willkommene Erleichterung für die Soldaten an der Front weit weg von der Heimat verschaffte. (Fussell 1989, 210-224) *Horizon* wurde durch die Kanäle der hochentwickelten Technologie geliefert (Flugzeuge usw.), die dadurch ein weltweites Vertriebsnetz schufen. Solche Netze, wie auch die von *motz* oder *Horizon*, sind keine Bedrohung für die Veröffentlichung von Büchern, Zeitschriften und anderen Serienveröffentlichungen, sondern ein weiterer Teil davon. Das gilt genauso für die traditionellen Netzwerke der Post, die in den 1960er Jahren das Haus meiner Eltern mit den monatlichen Ausgaben des *National Geographic* belieferten, in denen die Erforschung des Nordpols (mit nuklear angetriebenen U-Booten) genauso dargestellt wurde wie die Ersteigung ferner Berggip-

fel, die Erforschung des Weltraums und der erste Spaziergang eines Menschen auf dem Mond.

Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierte bringen uns im Zeitalter der Hochtechnologie Geschichten der alltäglichen Freude und Trauer, des Erhabenen und der Zerstörung, des Banalen und des Anschaulichen in gedruckter und elektronischer Form. Zusammen mit den elektronischen Medien haben sie ein neues Zeit- und Raumbewußtsein geschaffen, das keine Vorläufer in der Geschichte der Menschheit hat. Diese Medien und ihre unterschiedlichen Formen wie der erwähnte Listener-Effekt haben sich zusammen entwickelt und werden aller Voraussicht nach auch in Zukunft für alle möglichen Arten der Nutzung von Druckmedien Raum lassen, solange diese noch eine Mission zu erfüllen haben, wie der motz-Effekt zeigt, und solange es noch Leser gibt, die die Kultivierung der individuellen Zeit und der stillen Momente genießen, die ihnen die Lektüre eines Buchs oder einer Zeitschrift verschafft.

Acknowledgments: Ich danke Urte Brauckmann, Christoph Lüthy, Dorinda Outram, Ravi Rajan, Annelore Rieke-Müller, Elvira Scheich und Annette Vogt für ihre Hilfe. Ich danke Fritz Betz und Gernot Tschertou für ihre Inspiration. Ich danke Michael Becker, Sigrídur Thorgeirsdóttir und Gabriele Werner für ihre Hilfe und besonders für ihre Übersetzung ins Deutsche.

Skúli Sigurdsson, Ph.D., Wissenschafts- und Technikhistoriker, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin, ist im Sommersemester 1997 Gastprofessor am Institut für Wissenschaftstheorie und -forschung der Universität Wien

Anmerkung:

* Die Zitierweise des Historikers ist ungeeignet, die Überzeugungskraft der Darstellung von McLuhan und Fiore wiederzugeben. Unter dem Text, der hier zitiert wurde, heißt es: „some like it hot“ und auf der folgenden Seite: „some like it cold“. Dies wird fortgesetzt mit: „Lights, camera, no action. Hollywood is host to Premier Khrushchev.“ Unter den zwei Kurztexten auf S. 139 ist ein Photo von Marilyn Monroe, die in die Hände klatscht, abgebildet.

Literatur:

- Alder, Ken: *Engineering the Revolution: Arms and Enlightenment in France, 1763-1815*, Princeton: Princeton University Press, 1997.
- Becker, Michael: In Deutschland gibt es keine New York Review of Books. In: Gerold Becker und Jürgen Zimmer (Hg.): *Lust und Last der Aufklärung*. Ein Buch zum 80. Geburtstag von Hellmut Becker, Weinheim: Beltz Verlag, 1993, S. 43-70.

- Beer, Gillian: 'Wireless': Popular Physics, Radio and Modernism. In: Francis Spufford und Jenny Uglow (Eds.): *Cultural Babbage: Technology, Time and Invention*, London: Faber and Faber, 1996, pp. 149-166.
- Broks, Peter: Science, Media and Culture: British Magazines, 1890-1914. *Public Understanding of Science*, 2 (1993), pp. 123-139.
- Broman, Thomas H.: J.C. Reil and the 'Journalization' of Physiology. In: Peter Dear (Ed.): *The Literary Structure of Scientific Argument*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 1991, pp. 13-42.
- Cahn, Michael: Die Rhetorik der Wissenschaft im Medium der Typographie. Zum Beispiel die Fußnote. In: Hans-Jörg Rheinberger, Michael Hagner und Bettina Währig-Schmidt (Hg.): *Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur*, Berlin: Akademie Verlag, 1997, S. 91-109.
- Capshew, James H. and Karen A. Rader: Big Science: Price to the Present. *Osiris* 2. Reihe 7 (1992), pp. 3-25.
- Edwards, Paul N.: Hyper Text and Hypertension: Post-Structuralist Critical Theory, Social Studies of Science and Software. *Social Studies of Science*, 24 (1994), pp. 229-278.
- Forman, Paul: Behind Quantum Electronics: National Security as Basis for Physical Research in the United States, 1940-1960. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences*, 18:1 (1987), pp. 149-229.
- Fussell, Paul: *Wartime: Understanding and Behavior in the Second World War*, New York: Oxford University Press, 1989.
- Gierl, Martin: Gesicherte Polemik. Zur polemischen Natur geschichtswissenschaftlicher Wahrheit und zu Anthony Graftons 'Die tragischen Ursprünge der deutschen Fußnote'. *Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag*, 4 (1996), S. 267-279.
- Harvey, David: *The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Oxford: Basil Blackwell, 1989.
- Himmelfarb, Gertrude: Revolution in the Library. *The Key Reporter*, 62:3 (Frühjahr 1997), pp. 1-5.
- Holl, Frank: Produktion und Distribution wissenschaftlicher Literatur. Der Physiker Max Born und sein Verleger Ferdinand Springer 1913-1970 (Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 45), Frankfurt/Main: Buchhändler-Vereinigung, 1996.
- Hughes, Thomas P.: *American Genesis: A Century of Invention and Technological Enthusiasm 1870-1970*, New York: Penguin Books, 1989 [1991 deutsche Übersetzung].
- Joravsky, David: Machine Dreams. *The New York Review of Books* (7. Dezember 1989), pp. 11-15.
- LeMahieu, D.L.: The Gramophone: Recorded Music and the Cultivated Mind in Britain between the Wars. *Technology and Culture*, 23 (1982), pp. 372-391.
- MacKenzie, Donald: *Inventing Accuracy: A Historical Sociology of Nuclear Missile Guidance*, Cambridge, Mass.: MIT Press, 1990.
- McLuhan, Marshall und Quentin Fiore: *The Medium is the Massage: An Inventory of Effects* (Produced by Jerome Agel), San Francisco: HardWired, [1967] 1996.
- Neufield, Michael J.: *The Rocket and the Reich: Peenemünde and the Coming of the Ballistic Missile Era*, New York: The Free Press [Simon & Schuster], 1995.

- Ophir, Adi: A Place of Knowledge Re-Created: The Library of Michel de Montaigne. *Science in Context*, 4 (1994), pp. 163-189.
- Price, Derek J. de Solla: Little Science, Big Science. Von der Studienstube zur Großforschung (stw 48), Frankfurt/Main: Suhrkamp, [1963] 1974.
- Pyenson, Lewis: Western Wind: The Atomic Bomb in American Memory. *Historia Scientiarum*, 6-3 (1997), pp. 231-241.
- Renn, Jürgen: Historical Epistemology and Interdisciplinarity. In: Kostas Gavroglu, John Stachel and Marx W. Wartofsky (Eds.): *Physics, Philosophy and the Scientific Community: Essays in the Philosophy and History of the Natural Sciences and Mathematics. I. In Honor of Robert S. Cohen* (Boston Studies in the Philosophy of Science Bd. 163), Dordrecht: Kluwer, 1995, pp. 241-251.
- Rothenberg, Jeff: Ensuring the Longevity of Digital Documents. *Scientific American* (January 1995), pp. 24-29.
- Schweber, Silvan S.: Scientists as Intellectuals: The Early Victorians. In: James Paradis und Thomas Postlewait (Eds.): *Victorian Science and Victorian Values*, New York: The New York Academy of Sciences, 1981, pp. 1-38.
- Servos, John W.: A Disciplinary Program That Failed: Wilder D. Bancroft and the Journal of Physical Chemistry, 1896-1933. *Isis*, 73 (1982), pp. 207-232.
- Sheets-Pyenson, Susan: Darwin's Data: His Reading of Natural History Journals, 1837-1842. *Journal of the History of Biology*, 14 (1981), pp. 231-248.
- Sigurdsson, Skúli: 17,000 Reprints Later: Description and Analysis of the Vito Volterra Reprint Collection. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences*, 22:2 (1992), pp. 391-397.
- Sigurdsson, Skúli: Electric Memories and Progressive Forgetting. In: Thomas Söderqvist (Ed.): *The Historiography of Contemporary Science and Technology* (Studies in the History of Science, Technology and Medicine), Chur: Harwood Academic Publishers, 1997, pp. 129-149.

Übergreifender Diskurs und Grenzüberschreitungen: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*

Interview mit
Mischka Dammaschke
Berlin

hso: *Die Deutsche Zeitschrift für Philosophie gehört zu den wissenschaftlichen Zeitschriften, die aus der DDR kamen und wieder erfolgreich durchzustarten vermochten. Bei den meisten anderen Zeitschriften mit ähnlich positiv ausgegangenem Schicksal war dieser Vorgang mit mehr oder weniger großen Turbulenzen verbunden. Bei der DZPhil auch?*

Damaschke: Turbulenzen gab es unzählige. Schließlich war die 1953 unter Federführung von Wolfgang Harich - trotz bereits damals vorhandener ambivalenter Züge - durchaus hoffnungsvoll gegründete DZPhil nach dessen Verhaftung und der Auflösung des ursprünglichen Herausgebergremiums neostalinistisch instrumentalisiert worden und zu einem linientreuen Organ des „Marxismus-Leninismus“, zum Sprachrohr der SED-Parteiphilosophie depraviert. Erst die friedliche Revolution in der DDR ermöglichte eine radikale Umgestaltung der Zeitschrift.

Dennoch, eine Überlebenschance gaben ihr damals nur wenige. Das vielleicht vernichtendste Urteil fiel seinerzeit der „Hessische Rundfunk“: Da die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, wie andere Journale aus dem Osten, „kein großer Fisch“ gewesen sei, werde sie „in aller Stille verenden“. Gnadenlos brach sich die Marktwirtschaft auch in der ostdeutschen Verlagslandschaft Bahn. Hohe, bislang kontinuierlich für die DZPhil gezahlte Subventionen entfielen. Rasant steigende Preise besorgten den Rest. Das bisherige Abosystem stürzte weitgehend zusammen.

Dem alten Redaktionskollegium, in erster Linie ein Zensurgremium, wurde mitgeteilt, daß es aufgelöst sei. Grotesk genug, ausgerechnet der Lehrstuhlinhaber für m.-l. Philosophie an der SED-Parteihochschule wettete, als er die Auflösung vernahm: „Das ist ja Stalinismus.“ Andere Dogmatiker, die ebenfalls zu jenem Kollegium gehörten, pflichteten ihm wütend bei. Der mit dem Segen der Abteilung Wissenschaften beim

ZK der SED installierte und auch von anderen Organen handverlesene Vorwende-Chefredakteur versuchte lange Zeit, sich an seinen Stuhl zu klammern, bis er schließlich nach massiven Protesten der wissenschaftlichen Öffentlichkeit seinen Hut nehmen mußte.

Unter kompliziertesten Bedingungen ergriffen zumeist jüngere PhilosophInnen, die auf vielfältige Weise mit der demokratischen Bewegung in der DDR verbunden waren, beherzt die Möglichkeit, die DZPhil als eine Fachzeitschrift internationaler philosophischer Forschung zu profilieren, als Stätte eines wirklich offenen Diskurses, der andere Denkansätze als die eigenen nicht ausschließt, sondern aktiv einbezieht. Wenn in jener Zeit gerade Philosophen aus dem Osten vehement für einen wirklich pluralen editorischen Ansatz der Zeitschrift eintraten, findet dies sicherlich eine Ursache darin, daß sie auf Grund schmerzlicher Erfahrungen mit einem neostalinistischen Wissenschaftsbetrieb, in dem nur eine einzige Denkrichtung, und auch da nur die einer diktatorisch herrschenden Fraktion, gefördert wurde, in hohem Maße sensibilisiert waren, dasselbe unter den neuen politischen Bedingungen nicht mit geändertem Vorzeichen zu wiederholen.

Aber, man mag das zündendste inhaltliche Zeitschriftenkonzept entworfen haben, damit hat man noch längst keinen einzigen Autor gewonnen. Warum sollten WissenschaftlerInnen, die ja bis Ende 1989 nicht nur aus der Zeitschrift ausgegrenzt, sondern in ihr oft genug auf boshafte Weise diffamiert wurden, die man als „bürgerliche Ideologen“ oder „Revisionisten“ denunzierte, ihre Manuskripte ausgerechnet der DZPhil zur Publikation anbieten?

Nachdem der Heidelberger Hüthig Verlag den Deutschen Verlag der Wissenschaften, in dem die DZPhil zu DDR-Zeiten erschien, von der Treuhandanstalt gekauft hatte, faßte der neue Geschäftsführer die Zeitschrift mit spitzen Fingern an - es war eine Ausgabe, in der u.a. Niklas Luhmann vertreten war -, und meinte, „diese Philosophie aus dem Osten liest doch sowieso keiner“. Er hatte nicht einmal hineingeschaut. Im Ergebnis des Gesprächs stellte man das weitere Erscheinen der DZPhil ein. Daraufhin wandte ich mich an die Treuhand; die im großen grauen Haus geführte Unterredung half, der Zeitschrift durch Weiterverkauf an den Akademie Verlag eine gesicherte editorische Perspektive zu bieten.

hso: Die DZPhil hatte recht bald erkannt, daß sie sich in Netzwerken verankern, am besten ein Knotenpunkt werden muß. Sie kümmerte sich also um einen wissenschaftlichen Beirat, der honorig besetzt ist. Kön-

nen Sie etwas zu den Motiven sagen, die ausschlaggebend dafür waren, daß dessen Mitglieder sich in diesen Beirat haben locken lassen? Von Interesse wäre auch, inwieweit ein neues Konzept für die Zeitschrift damals bereits vorlag oder aber erst dann unter Mitwirkung des Beirats entwickelt worden ist.

Dammaschke: Im Grundriß lag ein neues Konzept für die Zeitschrift bereits 1990 vor. Ausgearbeitet wurde es vor allem von Hans-Peter Krüger in ständiger intensiver Diskussion mit mir, aber auch mit anderen PhilosophInnen. Bereits aus der Vorwendezeit resultierten Kontakte zu Jürgen Habermas und Axel Honneth, die auf die inhaltliche Ausgestaltung eines künftigen edi-torischen Konzepts starken Einfluß nahmen. Nicht zuletzt durch diese Vermittlung gelang es uns, für die neuzugründende DZPhil eine Reihe weltberühmter PhilosophInnen - von Richard Rorty bis zu Nelly Motrošilova, von Jean-François Lyotard bis zu Charles Taylor - um die Zeitschrift zu scharen. Einig waren wir uns, daß die prominenten WissenschaftlerInnen, die den internationalen Beirat bilden, nicht bloß mit ihren Namen das Impressum zieren sollten, sondern wir wollten ein Board, das als Arbeitsgremium fungiert, dessen Mitglieder eigene Manuskripte bzw. die ihrer „Meisterschüler“ einreichen. Dies ist uns in der Folgezeit auch weitgehend geglückt. Der Konzeptionsentwurf zirkulierte jedenfalls bereits 1990/91 unter den potentiellen Beiratsmitgliedern und wurde von ihnen in den Grundlinien unterstützt.

Als Herausgeber der Zeitschrift konnten wir mit Axel Honneth, Hans-Peter Krüger, Herta Nagl-Docekal und Hans Julius Schneider renommierte WissenschaftlerInnen aus Deutschland Ost und West sowie aus Österreich gewinnen, wobei ich persönlich sehr glücklich darüber bin, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Herausgebern und Redaktion von Anfang an nicht nur äußerst produktiv, sondern zugleich menschlich ganz wunderbar sympathisch gestaltete.

Nach der Übernahme der Zeitschrift durch den Akademie Verlag, der ihr seitdem ein schützendes Dach bot und sie förderte, fand im Sommer 1992 im Wissenschaftskolleg zu Berlin ein Treffen statt, an dem ein Großteil der Mitglieder des internationalen Beirats sowie des neuen Herausgebergremiums teilnahm und den Konzeptionsentwurf präzierte. Daß sich so viele renommierte PhilosophInnen bereit erklärten, an der neuen DZPhil mitzuwirken, lag wohl vor allem daran, daß sie die in den Grundzügen ausgearbeitete Konzeption schlüssig fanden und weil der Entwurf solch einer kritischen philosophischen Zeitschrift, die

über die allzu starren Grenzen gegenwärtiger akademischer Schulphilosophie hinausgehend die verschiedensten, auch feministischen Denkansätze vorstellt, nicht nur im deutschsprachigen Raum, sondern offenbar international zu den selteneren Projekten zählt.

hso: Läßt sich das Konzept in - obgleich es sich um das einer philosophischen Zeitschrift handelt - nur mäßig vergrößernder Kürze formulieren?

Dammaschke: Die DZPhil bildet ein internationales Forum des philosophischen Diskurses. Schul- und strömungsübergreifend erhalten in ihr die differierenden philosophischen Konzepte Gelegenheit, sich in Rede und Gegenrede zu bewähren und voneinander zu lernen. In einer Wissenschaftslandschaft, die geprägt ist von ausdifferenzierten Expertenkulturen, wendet sich die Zeitschrift nicht primär an Spezialisten einzelner philosophischer Subdisziplinen, sondern möchte den übergreifenden philosophischen Diskurs beleben und Grenzüberschreitungen zu anderen Fachgebieten wagen.

Auf der Suche nach einem gerechteren Gemeinwesen der Gattung, das nur unter Einbeziehung globaler Perspektiven möglich ist, bemüht sie sich darum, kritische Diagnosen der Moderne zu liefern und die Maßstäbe solcher Kritiken zur Diskussion zu stellen.

So ist sie Stätte fachphilosophischer Reflexion, die mit den in ihr publizierten Beiträgen zugleich Rückwirkungen auf die soziokulturelle Realität intendiert. Mit den ureigensten Mitteln der Philosophie will sie praxisveränderndes Denken befördern, Brücken schlagen zwischen östlichen und westlichen Wissenschaftskulturen.

Ausgestaltet wird sie als ein Forum echter philosophischer Streitkultur, das gewillt ist, den fachlichen Diskurs weniger in seinen Ergebnissen, denn als „work in progress“ zu dokumentieren und mit einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen.

Diese Offenheit strukturiert zugleich die innere Form der Zeitschrift: Jede Ausgabe wird eingeleitet durch einen variablen Teil mit fachbezogenen Aufsätzen und Abhandlungen zu unterschiedlichsten Problemen. Eine thematische Schwerpunktrubrik schließt sich an. Regelmäßig werden Symposien zu herausragenden philosophischen Neuerscheinungen publiziert. Interviews mit philosophischen Zeitzeugen, aber auch mit Vertretern benachbarter Wissenschaftsdisziplinen sowie philosophische Streitgespräche finden in der Zeitschrift einen festen Ort. Besondere Pflege erfährt die traditionsreiche Kunst des philosophi-

schen Essays, für die sich in vielen akademischen Zeitschriften kaum Platz findet - und das trotz einer theoriegeschichtlichen Tradition, zu der in Deutschland auch Nietzsche und Adorno gehören. Interessante Funde, aufgestöbert in philosophischen Archiven, stellen wir ebenfalls vor. Kommentare und Berichte, Rezensionen und Annotationen vervollständigen das editorische Profil.

hso: Welche zuvor unausgefüllte Lücke auf dem deutschsprachigen philosophischen Zeitschriftenmarkt besetzte die DZPhil mit diesem Programm? Oder wäre die Frage als unangemessen zurückzuweisen, da es gar nicht darauf ankommt, vorhandene Lücken zu besetzen, sondern Lücken nur hinreichend überzeugend zu definieren sind, um sie zeitgleich zu besetzen? Oder aber, schließlich, ist die Frage gegenstandslos, weil es am Ende ohnehin allein das Interesse eines Verlages am jeweiligen Abonnentenstamm war, welches das Überleben von früheren DDR-Zeitschriften ermöglichte?

Dammaschke: Ich denke schon, daß wir mit dem oben skizzierten inhaltlichen Konzept der Zeitschrift auch in gewissem Sinne eine Lücke in der deutschsprachigen philosophischen Zeitschriftenlandschaft ausfüllen. Tendenz- und Strömungszeitschriften existieren mehr als genug - durchaus nicht nur in der Philosophie. Aber es geht uns weniger um das Schließen einer Lücke, sondern um eingreifendes Denken.

hso: Wenn Sie sich das formulierte angestrebte Profil vergegenwärtigen: Gibt es da bislang Unabgeholtenes?

Dammaschke: Natürlich. Eine Zeitschrift, die sich, wie betont, selbst als „work in progress“ versteht, kann nicht ein für allemal bei sich angekommen sein. Wünschen würde ich mir, daß es künftig stärker gelingt, philosophische Debatten um einen Themenschwerpunkt nicht bloß auf jeweils eine einzelne Ausgabe zu begrenzen, sondern heftübergreifend Diskussionslinien zu ziehen. Erste ermutigende Ansätze sind da sicher ausbaufähig. Und es gibt Themenkomplexe, die zum Profil der Zeitschrift unbedingt dazugehören müßten, bislang jedoch eher unterrepräsentiert sind. Vor allem denke ich dabei an den Postmodernismus und Poststrukturalismus.

hso: Läßt sich etwas über Änderungen des Leserverhaltens im Vergleich zur DDR bzw. der Zeit 1989/90 sagen?

Dammaschke: Über das Leserverhalten zu DDR-Zeiten kann ich mich nicht äußern, da ich selbst erst eine Woche nach dem Fall der Mauer in die Redaktion kam. Ich bin ja 1986 wegen meines Eintretens für die Philosophie von Ernst Bloch und Georg Lukács an der „Hochschule für Ökonomie“ - dort war ich nach Studium und Promotion an der Berliner Humboldt-Universität als Philosoph tätig - mit Berufsverbot belegt und „zur Bewährung in die Praxis“ geschickt worden. Zudem hatte ich in die DZPhil nach einer ersten flüchtigen Bekanntschaft zu Studienbeginn fast nie mehr hineingeschaut. Daß mein eigenes Engagement für eine wirklich ehrliche und wahrhaftige Neugeburt der Zeitschrift, die in den Gründungsjahren von Ernst Bloch mitherausgegeben und - vermittelt durch seine Freundschaft mit ihrem ersten Chefredakteur Wolfgang Harich - von Georg Lukács stark geprägt wurde, auch aus solchen persönlich-biographischen Gründen besonders leidenschaftlich war, ist wohl verständlich.

hso: Die heutige DZPhil verdankt ihre Existenz nicht der Resistenz von Milieus, die ihre alten Zeitschriften als sozialkommunikative Bindemittel erhalten. Sie hat sich schnell vom Image einer ostdeutschen Zeitschrift gelöst. Einmal sind Sie dann aber doch noch ausführlicher auf Ihre Geschichte zurückgekommen: mit der Debatte über den Umbau der ostdeutschen Philosophie, die ein Beitrag von Ulrich Johannes Schneider im Heft 1/1996 ausgelöst hatte. Diese griff dann sogar ins Feuilleton der Tagespresse über, was wissenschaftlichen, erst recht philosophischen Zeitschriften nicht allzu häufig vergönnt ist. War das eine philosophische oder eine politische Debatte, der Sie da Ihre Spalten geöffnet hatten?

Dammaschke: Aufarbeitung statt Verdrängung war der DZPhil schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre wichtig, davon zeugen eine Reihe von Artikeln, die sich kritisch mit Aspekten der DDR-Philosophie auseinandersetzen, z.B. von Wolfgang Bialas, Peter Ruben, Richard Schröder, Udo Tietz/Norbert Winkler, Renate Wahsner. So bemühte sie sich aufrichtig, eigene Mitschuld an wissenschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen in der früheren DDR, an der Transformation der Philosophie in Legitimationstheorie, in eine totalitäre Parteiphilosophie zu thematisieren und daraus zu lernen.

Der Beitrag von Ulrich Johannes Schneider hat insofern unter einem bestimmten Blickwinkel und sicher besonders zugespitzt eine Diskussion fortgesetzt, die in der Zeitschrift schon seit der Wende lief,

ohne daß sie allerdings unser philosophisches Hauptthema bildete. Schneiders Artikel war in erster Linie ein wissenschaftspolitischer; der Autor unterstellt auch nirgends, er sei ein Spezialist für Geschichte der DDR-Philosophie. Dazu ist subtile philosophiehistorische Arbeit notwendig, die noch zu leisten wäre. Im laufenden Jahrgang beenden wir die Debatte, was nicht ausschließt, daß wir uns auch künftig hin und wieder dem Problem zuwenden werden. Dann aber im Sinne einer unmittelbarer philosophischen Diskussion.

Mein Eindruck bei der Lektüre eingesandter Manuskripte ist, daß es nicht nur verschiedene Handschriften, sondern eine unterschiedliche östliche und westliche Perspektive gibt, selbst wenn sich die AutorInnen dem gleichen philosophischen Problem zuwenden. Das hat bestimmt mit der stark differierenden politischen und intellektuellen biographischen Sozialisation zu tun.

Dies wollen wir editorisch testen und bitten daher PhilosophInnen aus Ost und West (nicht nur Deutschlands), einige prägnante philosophische Texte unseres Jahrhunderts, vor allem solche, in denen es um die gesellschaftliche Funktion von Philosophie und die spezifische Rolle des Philosophen geht, einer erneuten kritischen Lektüre zu unterziehen. Bilanz und Entwurf am Ende des Jahrtausends. Zu Beginn des kommenden Jahres führen wir hierzu eine neue Rubrik ein - Wiedergelesen -, in der wir dann die Ergebnisse solch aktueller Neuinterpretationen vorstellen. Starten werden wir mit Adornos „Wozu noch Philosophie?“. Und das ist ja auch die Frage.

Mischka Dammaschke, Dr. phil., ist Chefredakteur der Deutschen Zeitschrift für Philosophie

Nicht nur fusioniertes, auch vereinigt Hochschulwesen

Wolff-Dietrich Webler
Bielefeld

Als das Heft 4 des 39. Jahrgangs der Zeitschrift *Das Hochschulwesen* (HSW) für Juli/August 1991 erschien, war äußerlich nicht erkennbar, daß es sich im Grunde um eine neue Zeitschrift handelte. Titel, Umschlag, Layout und auch die Redaktion in Berlin waren gleich geblieben. Aber die politische Anbindung an ein Ministerium war entfallen, die Ausrichtung als eine "Zeitschrift für das Hochschulwesen der DDR" (ehem. Untertitel) war nicht nur einer gesamtdeutschen, sondern einer internationalen Öffnung gewichen, die wirtschaftliche Grundlage und die Eigentumsverhältnisse waren neu geordnet und einige wesentliche Ergänzungen und Präzisierungen des ursprünglichen Themenspektrums hatten stattgefunden. Diese neue Grundlage war unmittelbar davor durch Verträge zwischen dem Luchterhand Verlag und der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik e.V. (AHD) gewonnen worden.

Die kurze Übergangszeit, in der die Zeitschrift zwar schon vom Luchterhand Verlag, Neuwied, übernommen worden war, in der aber noch keine Entscheidungen zum Konzept gefallen waren, ging zu Ende. Die "alte" DDR-Zeitschrift, 1953 gegründet und bis 1990 im Deutschen Verlag der Wissenschaften als offizielles Organ des DDR-Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen stark subventioniert erschienen, stand spätestens seit dem Beitritt der DDR zur alten Bundesrepublik (und das hieß seit der Auflösung des obigen Ministeriums in föderative Strukturen) ohne finanzielle Basis da. Der Luchterhand Verlag war zwar grundsätzlich an dieser Zeitschrift interessiert; aber zunächst mußte geprüft werden, ob diese Zeitschrift im Westen "marktgängig" sein oder - evtl. mit einem Negativ-Image belastet - abgelehnt würde.

Daher wurden an die in dem Themenfeld Hochschulentwicklung in Westdeutschland agierenden Personen und hochschulpolitischen und wissenschaftlichen Organisationen erst einmal Rückfragen zum Profil und zum Ruf dieser Zeitschrift gerichtet. Von dort kam die Bestätigung,

daß die Zeitschrift erhalten werden sollte, denn das HSW gehörte zu den (wenigen) DDR-Zeitschriften, die im Westen wegen ihrer informativen und politisch wenig penetranten Artikel einen guten Ruf besaßen. Auch unterschied sich das Profil des HSW von dem der *Deutschen Universitätszeitung* und noch mehr von den Mitteilungen des Hochschulverbandes. Beides trug sicherlich dazu bei, daß der Luchterhand Verlag bereit war, die Zeitschrift fortzuführen und die "al-te", allerdings verkleinerte Redaktion in Berlin beizubehalten.

Nun mußte es um die Entwicklung eines gesamtdeutschen Konzepts für die Zeitschrift gehen, da die politischen Funktionen für die DDR und andere Teile des bisherigen Konzepts nicht mehr bestanden. Zufällig hatte der Vorsitzende der AHD - gleichzeitig Sprecher der Arbeitsgruppe Hochschulforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - vom Übergang des HSW an den Luchterhand Verlag gehört. Er schrieb dem Verlag und bot eine Kooperation, evtl. Fusion mit der AHD-Zeitschrift an. Gleichzeitig skizzierte er Grundvorstellungen für ein neues Zeitschriftenkonzept. Die AHD hatte seit 1982 nach längeren Anläufen eine eigene Zeitschrift *Hochschulausbildung, Zeitschrift für Hochschulforschung und Hochschuldidaktik* herausgebracht, die im Leuchtturm Verlag (einem vor allem in der Ingenieurpädagogik eingeführten Verlag) erschien. Diese Zeitschrift hatte ein erfreuliches Niveau erreicht; trotzdem war die AHD mit ihrem Konzept aus grundsätzlichen Erwägungen nicht glücklich und suchte auch einen neuen Verlag.

Die Änderungswünsche bezogen sich einerseits darauf, daß der Untertitel als Programm signalisierte, Hochschuldidaktik stehe *neben* der Hochschulforschung, während andere (vor allem auch der Autor) sie eher als Teil der Hochschulforschung ansahen - aber wichtiger noch waren Überlegungen, die keine Kritik am bisherigen Konzept, sondern seine Weiterentwicklung vorsahen. Die westdeutsche Hochschuldidaktik, auf deren Restriktionen an dieser Stelle nicht eingegangen werden soll, konnte ihre relative Isolierung bzw. das Desinteresse an ihren Fragestellungen evtl. dadurch ein Stück abbauen, daß die Fragen von Lehre und Studium eingebettet wurden in alle anderen, die Hochschulwissenschaftler/innen beruflich beschäftigenden Fragen. Damit mußte die Hochschuldidaktik zwar eine Relativierung hinnehmen, gewann aber evtl. dauerhaft den ihr selbstverständlich zukommenden Stellenwert.

Es sollte also eine Zeitschrift entstehen, die a) thematisch das ganze Spektrum der beruflichen Anforderungen an Hochschulwissenschaftler/innen behandelte (ohne allerdings die Forschungsspezifika der jeweiligen Fachdisziplin abdecken zu können), und die b) hochschuldi-

daktische Forschung und Entwicklung einbettete in den Gesamtkontext der empirischen und theoretischen Hochschulforschung. Als weiterer Wunsch sollten die Beiträge zu einem Hochschulmagazin aufgelockert werden. Über diese Grundzüge konnte eine Expertenrunde innerhalb der AHD, im wesentlichen bestehend aus dem AHD-Vorstand, der Redaktion der bisherigen AHD-Zeitschrift und einigen sonstigen erfahrenen AHD-Mitgliedern, Einigung erzielen.

Nach relativ kurzen Verhandlungen zwischen dem AHD-Vorsitzenden, Wolff-Dietrich Webler, und dem Verlagsleiter, Holger Knudsen, waren ein Redaktionskonzept verabschiedet und die Modalitäten der Herausgabe der Zeitschrift, der Personalentscheidungen und der Kooperation zwischen Verlag und AHD vereinbart. Das Ergebnis: Der traditionelle Titel *Das Hochschulwesen* bleibt erhalten, wird aber durch "Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik" als Untertitel ergänzt. Die Zeitschrift bleibt eine öffentliche, ist aber gleichzeitig Mitgliederzeitschrift der AHD, d.h. die AHD bringt ihre Mitglieder als Abonnenten ein. Die Zeitschrift wird von einem Kreis einschlägig arbeitender Wissenschaftler/innen herausgegeben, der zwischen Verlag und AHD vereinbart wird. Die Herausgeber werden durch einen breit gefächerten und in wichtigen Organisationen der Hochschulentwicklung und Hochschulforschung verankerten Beirat unterstützt, dessen Mitglieder das Themenspektrum der Zeitschrift im Detail abdecken. Der geschäftsführende Herausgeber wird von der AHD gestellt. Die Herausgeber sind auf der Basis des Redaktionskonzepts an keine Weisungen von außen gebunden. Sie bestehen z.Z. aus: PD Dr. sc. phil. Gustav-Wilhelm Bathke, Universität Halle-Wittenberg; Dr. jur. Peter Dallinger, Min.Direktor a.D., Bonn; Prof. Dr. phil. Ludwig Huber, Universität Bielefeld, Dr. jur. Jürgen Lüthje, Präsident der Universität Hamburg; Prof. Dr. sc. techn. Beate Meffert, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. phil. Ulrich Teichler, Universität-Gesamthochschule Kassel; Akad. Dir. Dr. rer. soc. Wolff-Dietrich Webler, Universität Bielefeld (geschäftsführend). Das Redaktionskonzept wurde in Heft 4/1991 mit folgendem Wortlaut veröffentlicht:

In eigener Sache

Die Zeitschrift "Das Hochschulwesen" ist in neue Hände übergegangen. Geblieben ist der leitende Redakteur Max Heidler, der die Zeitschrift seit vielen Jahren betreut. Neu ist der Verlag: Luchterhand. Nach Wegfall der staatlichen Subventionen der ehemaligen DDR möchte der neue Verlag zur ökonomischen und fachlichen Absicherung seiner Zeitschrift neue Abonnenten und Kooperationspartner gewinnen. Es soll eine Zeitschrift für das neue vereinigte Hochschulwesen in den Bundesländern entstehen

und zugleich eine Zeitschrift, die die internationale Verflechtung der Hochschulentwicklung beobachtet und kommentiert.

Diese Absicht traf sich mit derjenigen der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD); sie suchte für ihre Zeitschrift "Hochschulbildung. Zeitschrift für Hochschulforschung und Hochschuldidaktik" einen neuen Verlag. Die Ähnlichkeit der Konzepte veranlaßte beide Seiten, einen Kooperationsvertrag abzuschließen. Die AHD hat daraufhin ihre seit acht Jahren erscheinende Zeitschrift mit dem "Hochschulwesen" vereinigt.

Mit dem vorliegenden Heft 4/91 nimmt ein Kreis von sechs Herausgebern seine Arbeit auf. Der Verlag und die AHD haben diesen Fachleuten die Zeitschrift zur Gestaltung anvertraut, um gemeinsam folgende Konzeption zu realisieren:

- "Das Hochschulwesen" publiziert Beiträge*
- zur deutschen und internationalen Entwicklung der Hochschulen
 - zu Geschichte, Politik, Planung, Recht und Verwaltung ihrer institutionellen Organisation und ihrer Mitglieder
 - zu Lehre und Forschung
 - zu den Beziehungen zwischen Hochschule und Gesellschaft, Staat, Schule und Beruf
 - zu sozialer Herkunft, Berufsverlauf und Sozialisation der Hochschulmitglieder.

Die Zeitschrift veröffentlicht wissenschaftliche Aufsätze aus der Hochschulforschung (Forschung über Hochschulen) im weiteren Sinne, größere Essays und Übersichtsberichte. Daneben werden Nachrichten, Dokumentationen, (Gast-)Kommentare, (Tagungs-)Berichte, Kontroversen, Interviews, Porträts, Rezensionen, Literaturhinweise publiziert.

Übersichtlich strukturierte Stellenausschreibungen sollen den Arbeitsmarkt der Hochschulen transparent und leicht zugänglich machen.

Spezielle Aufmerksamkeit wird dem Zusammenwachsen des Hochschulwesens in den neuen und alten Bundesländern gewidmet. Das gewohnte Publikationsspektrum der Bundesrepublik soll durch regelmäßige Berichte über die Hochschulen in Mittel- und Osteuropa erweitert werden, ohne den übrigen internationalen Zusammenhang zu vernachlässigen.

Die Zeitschrift ist nicht Verlautbarungsorgan irgendeiner Organisation, sondern als informatives, meinungsfreudiges, unabhängiges, kritisch beobachtendes und analysierendes Forum angelegt. Aus empirischen Untersuchungen wissen wir, daß drei Informationskomplexe für gleich dringlich gehalten werden:

- Informationen zu*
- Lehre und Lernen
 - Beruf, Arbeitsplatz, Dienstverhältnis
 - Wissenschaftsförderung (insbesondere Einwerbung von Drittmitteln), Forschungsmanagement
- Dem folgt das Interesse an Informationen*
- über Rahmenbedingungen der Entwicklung in Forschung, Lehre, Studium und Beruf
 - zu Selbstverwaltung, Fakultätsmanagement und Personalführung.

Wir wollen unsere Leser mit professionell benötigten Informationen versorgen; arbeitsteilig sollten daneben nur noch die (forschungsorientierten) Fachzeitschriften der eigenen Disziplin erforderlich sein. Die Zeitschrift soll darüber hinaus zum Stellenmarkt für den Hochschulbereich werden.

Mit diesem Konzept wird "Das Hochschulwesen" eine seit langem bestehende Lücke schließen.

Das vorliegende Heft konnte - wegen des erforderlichen Vorlaufs in der Akquisition der Beiträge - dem neuen Konzept noch kaum folgen. Der Übergang wird zwei bis drei Hefte in Anspruch nehmen.

Herausgeber, Verlag, Redaktion.

Die damaligen Erwartungen konnten in der Folgezeit großenteils eingelöst werden. Die Zeitschrift ist inzwischen in eine Reihe von Sparten gegliedert, die bewußt den Anspruch an die Beiträge differenziert und dadurch unterschiedliche Autorengruppen und Leserkreise anspricht. Die Hauptsparten sind überschrieben mit "Forschung über Hochschulen", "Hochschulentwicklung/-politik" und "Erfahrungsberichte/Anregungen für die Praxis". Dies wird ergänzt durch gelegentliche "Interviews", "Meinungsforum" für besonders pointierte Beiträge, "Studentische Meinungen", "Dokumentation" und die üblichen Sparten wie "Berichte", "Bibliographia/Rezensionen", "Service" und "Nachrichten". Die in der alten Zeitschrift existierende Sparte "Aus Theorie und Praxis der Hochschulpädagogik" war jetzt - thematisch offener - auf die beiden Sparten "Forschung über Hochschulen" und "Erfahrungsberichte/Anregungen für die Praxis" verteilt und erweitert worden.

Die mit dem Neubeginn entstandene Personenkonstellation war allerdings nicht unproblematisch. Während die frühere Redaktion (einschließlich eines 9-köpfigen Redaktionskollegiums) zu Zeiten der DDR das Ergebnis ihrer Vorbereitungsarbeit zwar dem Ministerium vorzulegen hatte, aber in dieser Vorbereitung relativ unabhängig war, übernahm jetzt das sechsköpfige Herausbergremium - und insbesondere der geschäftsführende Herausgeber - die Gestaltung der Hefte. Hier mußten zwischen neuen Herausgebern und alter Redaktion die Aufgaben neu verteilt und gegenseitig akzeptiert werden. Außerdem mußte der Herausgeberkreis auch untereinander zu gemeinsamen Maßstäben finden. Schließlich kam die Mehrzahl der Herausgeber aus West-, die Redaktion jedoch aus Ostdeutschland. Kooperationswille und gegenseitige Rücksichtnahme bzw. der Respekt vor unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen ließen den Fusionsprozeß jedoch nahezu problemlos verlaufen.

Allerdings waren gegenüber den Absichten im Redaktionskonzept

in den folgenden Monaten und Jahrgängen auch Abstriche notwendig. Insbesondere ließ sich der erhoffte Stellenmarkt nicht realisieren, vor allem deshalb, weil die Erscheinungsfolge der Zeitschrift nicht mit den üblichen Ausschreibungsfristen in Einklang zu bringen war.

Auf der Seite der inhaltlichen Gestaltung der Hefte bzw. Jahrgänge handelt es sich beim HSW um eine "Angebotszeitschrift". Das heißt, daß die Aufsätze in der Regel aus Angeboten von Autoren stammen, die von sich aus - angezogen durch Konzept, Linie und Aufmachung der Zeitschrift - ihre Beiträge zur Publikation anbieten. Und derartige Vorlagen fließen zahlreich. Seit Sommer 1991 sind 296 Artikel geprüft worden. Die Zeitschrift wird also bis auf Ausnahmen nicht durch Akquisition von Beiträgen und gezieltes Ansprechen potentieller Autoren gesteuert. Das Ergebnis ist ein zufällig entstehendes, plurales Autorenspektrum, dessen Beiträge allein unter qualitativen Gesichtspunkten (der verschiedenen Sparten) beurteilt werden. Das Spektrum ist breit, soll breit sein, und ist nach der Fusion auch nicht auf "Westautoren" umgestellt worden (obwohl die "Ostautoren" anfangs andere Sorgen hatten, als für das HSW zu schreiben, so daß nicht sehr viele Beiträge kamen). Die Angebote kommen aus allen (hochschul-)politischen Lagern in West und Ost. Der Begriff im Untertitel: "Forum für ..." ist im Sinne der Pluralität programmatisch so gewollt; er soll geistige Auseinandersetzungen anregen. Nur vergleichsweise wenige Texte (z.B. Tagungsbeiträge) werden spontan zum Abdruck im HSW eingeladen, d.h. also akquiriert. Auf diese Weise kommen auch Themenschwerpunkt-Hefte zustande; nur in seltenen Fällen ist ein solches Heft langfristig geplant und sind die Beiträge gezielt dafür geschrieben.

Das HSW ist eine Zeitschrift mit einem strengen Gutachtersystem für seine Aufsätze. Alle Angebote werden dreifach durchgesehen: Von einem der Mitherausgeber, dem Redakteur und dem geschäftsführenden Herausgeber. Das gilt auch für Beiträge aus dem Herausgeberkreis selbst. Die Anforderungen variieren je nach Sparten: Forschungsbeiträge sind thematisch oft spezieller als andere Beiträge und müssen auch ihre Methoden überprüfbar darlegen; Texte zur Hochschulentwicklung müssen das nicht, aber auf breiten (Literatur-)Kenntnissen beruhen, breite Gültigkeit haben, gut beobachtet, reflektiert und informativ sein usw. Artikel als Erfahrungsberichte bzw. Anregungen für die Praxis können erlebnisbezogen singulär sein und sollen genau den Anspruch der Sparte erfüllen, nämlich Praxis anleiten. Von Fall zu Fall kann das durchaus eine Forschung oder auch anspruchsvolle Entwicklung sein, die praxisberatende Ergebnisse präsentiert. Von daher spiegeln die

Sparten auch kein Prestigegefälle, sondern erfüllen unterschiedliche Funktionen. Sie sind auch nicht immer trennscharf. Mit einem konkreten Beitrag in der Hand fällt die Zuordnung manchmal schwer, denn die Texte sind - wie erwähnt - in der Regel nicht für bestimmte Sparten geschrieben worden. Trotz solcher gelegentlichen Zuordnungsprobleme in Randbereichen haben sich die Sparten als Gliederungsprinzip bewährt.

Ein besonderes, für die "Wendezeit" in Mittel- und Osteuropa nicht untypisches Phänomen machte der Zeitschrift erheblich zu schaffen. Die ca. 1000 Abonnenten in den Staaten des ehemaligen Comecon-Gebietes bezogen die Zeitschrift traditionell über eine zentrale Importstelle ihres Landes. Dem Verlag waren die Einzelabonnenten nicht bekannt. Mit der politischen Wende in diesen Staaten wurden diese Importstellen aufgelöst. Die früheren Abonnenten waren offensichtlich außerstande, das Abonnement zu normalen Preisbedingungen von sich aus zu erneuern. Damit verlor die Zeitschrift binnen kürzester Frist die Hälfte ihrer bisherigen Abonnenten. Glücklicherweise gelang es durch die Fusion, mit Hilfe der AHD-Mitglieder und entsprechender Werbung diese Verluste durch neue Abonnenten in den westlichen Staaten zu kompensieren.

Die vor einigen Monaten durchgeführte Befragung der Leserinnen und Leser hat - neben Kritik und Anregungen zur Weiterentwicklung in einer Reihe von Punkten - eine überwältigende Zustimmung zum vorliegenden Konzept und zu seiner bisherigen Realisierung in Niveau und Auswahl der Beiträge gebracht. Von daher sieht die Zeitschrift nach ihrer erfolgreich abgeschlossenen Fusion zuversichtlich in die Zukunft.

Wolff-Dietrich Webler, Dr. rer.soc., Akad. Dir., Geschäftsführer des Interdisziplinären Zentrums für Hochschuldidaktik der Universität Bielefeld, ist gf. Herausgeber der Zeitschrift Das Hochschulwesen

Ansichten zum *Berliner Journal für Soziologie* Eine vorwiegend quantitative Analyse

Hansgünter Meyer
Berlin

Wie rezensiert man eine Zeitschrift? Wie macht das jemand, der sie mit gründete, dann eliminiert wurde, nun die Möglichkeit hat, das Ergebnis von sechs Jahren fachpublizistischer Tätigkeit kommentierend aufzulisten, sein

eigenes ursprüngliches Dazutun eingeschlossen? Was zu besichtigen ist, das ist eine nicht geringe Quantität Lesestoff. 276 Beiträge, einige Editorials und ein Teil der Rezensionen und wissenschaftlichen Mitteilungen mitgezählt. Wir werden einen Blick zu werfen haben auf drei Editorials, die 1990, 1992 und 1997 geschrieben wurden und daraus Bewertungen ableiten.

Am Anfang des Journals stand also gehörigerweise eine Erklärung der Herausgeber, was sie mit ihrem neuen Publikationsorgan dem wissenschaftlichen Schrifttum der Zeit hinzuzufügen beabsichtigen, insbesondere angesichts der Einsicht, daß es kaum Bedarfslücken, eher ein beträchtliches Überangebot an Zeitschriftenliteratur gab. Für das Projekt eines - wie die Dinge lagen - *Ost-Berliner Journals für Soziologie* war, im Frühjahr 1990, die Frage nach seinem Sinn und Auftrag besonders prekär, insofern sich auch auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, genauer: der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland, abzeichnete. Man hatte schlicht davon auszugehen, daß die ostdeutschen Soziologen bei der erwarteten Wissenschaftsfusion auf eine westdeutsche Soziologen-Community treffen würden, die an personellen Kapazitäten, institutionellen Gefügen, aber besonders auch in ihrer publizistischen Präsenz ein Vielfaches an Volumen und, was die wissenschaftlichen Standards betraf, qualitativ Bedeutenderes mitbringen werde. Würde eine neue, in Ostberlin erscheinende Zeitschrift in der gesamtdeutschen Landschaft der Soziologie nicht eher einen Anachronismus, einen außenseiterischen Gegenentwurf darstellen?

Die Idee zu einer neuen Zeitschrift entstand in den Begegnungen und Konferenzen der DDR-Soziologen im Winter 1989/90 und unmittelbar vor dem als müde geschmähten 5. Soziologie-Kongreß in Berlin,¹

der u.a. aber die von 600 „Noch-DDR“-Soziologen, umgeben von 300 Gästen aus Ost und West, basisdemokratisch und in turbulenter Stimmung gegründete Gesellschaft für Soziologie in der DDR (GfS; nach dem 3.10. 1990: „in Ostdeutschland“) hervorbrachte (8.2.1990), gleichsam ein später Höhepunkt im Prozeß der Emanzipation dieser Disziplin von den obrigkeitlichen Doktrinen. Anfang der 60er Jahre hatte er, im mühevollen Klein-klein, begonnen.² Nun sollte, mit einer eigenen wissenschaftlichen Gesellschaft, auch ein eigenes wissenschaftliches Organ die Bühne betreten.

Ein kurz darauf publizierter Beleg dieses Vorgangs liest sich wie folgt:

„Eine erste größere Hürde, die wir nehmen müssen, stellt die Herausgabe einer Zeitschrift für Soziologie dar, die den DDR-Soziologen, trotz mancher Vorstöße und Eingaben von der SED-Führung strikt verweigert worden war. Jetzt zeichnet sich dank der verständnisvollen Haltung des Akademie-Verlages, vertreten durch Gunter Begenau, der die organisatorischen und inhaltlichen vorbereitenden Tätigkeiten koordiniert, und dank der Unterstützung des Institutes für Soziologie der Humboldt Universität, dessen Direktor, Artur Meier, wesentliche personelle und technische Voraussetzungen zugesagt hat, die Möglichkeit ab, daß ab Herbst 1990 unsere Gesellschaft diese Zeitschrift herausgeben kann. Gedacht wird an einen verpflichtenden Titel: Berliner Journal für Soziologie. Es sollte deutlich gesehen werden, daß mit dem Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands eine Zeitschrift für Soziologie, die den Bezug zu Berlin im Titel führt, schon in dieser Form eine programmatische Option darstellt ... Auch wenn wir uns von Anfang an bemühen wollen, die sich jetzt anbahnende deutsch-deutsche Wissenschaftskooperation in dieser Zeitschrift sichtbar zu machen, wird sie durch unsere Gründungsinitiative und durch die Herkunft der Substanz der ersten Hefte doch unser Markenzeichen sein, mit dem wir uns in die internationale Soziologen-Community einführen.“³

Es wird dann noch ausgeführt, daß Frank Ettrich als Chefredakteur gewonnen werden konnte, daß die Leitung der Zeitschrift in der Hand eines Herausgeberkollektivs liegen wird, welches die Vorstände der Gesellschaft für Soziologie (GfS) und das Institut für Soziologie der Humboldt-Universität repräsentiert, und daß man daran gehen wird, einen Redaktionsbeirat aus international bedeutenden Soziologen zu verpflichten. Es fehlte nicht der Appell an die faktische Vollversammlung der DDR-Soziologen, nunmehr „Fachwissen, Initiative, publizistisches Talent“ zu zeigen und den Chefredakteur „jederzeit mit Angeboten gut zu versorgen“ bzw. immer Bereitschaft zu zeigen, wenn Themen und Arbeiten zu vergeben sind.

Die Idee, das erste Heft zum Frankfurter Soziologentag 1990 vorzulegen und werbewirksam zu verbreiten, ließ sich nicht verwirklichen. Doch erschien, wie vorgesehen, unter Frank Ettrich als Chefredak-

teur, ein erster Band mit 8 Beiträgen als Sonderheft 1991. Als (Gründungs-)Herausgeber zeichneten: Manfred Lötsch, Artur Meier, Hansgünter Meyer, alle drei Berlin; Peter Voigt, Rostock; Herbert F. Wolf, Leipzig. In allen Fragen, Herausgeberkollektiv und Redaktion betreffend, vertrat Gunter Begenau den Akademie-Verlag. Für den wissenschaftlichen Beirat wurden gewonnen: Norberto Bobbio, Rom; Anthony Giddens, London; Hans Joas, Berlin; Leonid Jonin, Moskau; Karl-Ulrich Maier, Berlin; Alain Touraine, Paris. Diese solenne Reihe wurde schon ab Heft 2/1991 durch Pierre Bourdieu, Paris, ergänzt.

Personelle und institutionelle Probleme waren also erfolgversprechend gelöst, nun kam es auf ein tragfähiges wissenschaftliches Programm an. Es war kaum anzunehmen, daß die führenden bundesdeutschen Soziologen größere Segmente ihres disziplinären Diskurses in den Spalten des neuen Journals austragen würden. Aber man konnte hoffen, daß Aspekte der aktuellen soziologischen Großtheorien und niedriger gespannte Theoriediskussionen mit den dazugehörigen namhaften Autoren herangeholt werden würden, und daß sie in einer, mit ihrer ostdeutschen Klientel verwachsenen Zeitschrift, Themen und Sprache finden würden, mit denen sie viele erreichen, die mit den vorhandenen Organen nicht so leicht erreicht werden könnten.

In den „Worten der Begrüßung“ der Herausgeber wurden drei Programmpunkte herausgestellt: „Die Soziologen ... sind berufen, in wissenschaftlichen Denkformen nachzuvollziehen, was sich realiter ereignet. Je rascher die bunten Bilder des Realen wechseln, je ausufernder Klischees, Wünsche, Illusionen und Ängste sich ausbreiten ... desto mehr Verantwortung trägt die Wissenschaft. Es ist ihre alte Aufgabe, hinter dem verwirrenden Schein das Wesen zu finden.“⁴ Und, mit Blick auf den Prozeß der zweifachen Wende in der DDR, der nun in das Eintrittsprozedere der neuen Bundesländer einmündet: Im Winter 1989/90 waren „Gesellschaftskonzepte, neue Entwürfe, Demokratie- und Sozialismus-Modelle wie Pilze aus dem Boden geschossen ... Die gute Absicht kam zu spät. Nicht ein neues Gesellschaftsmodell ist zu entwerfen, man muß sich darein schicken, ein gut bekannt geglaubtes besser zu verstehen.“ Schließlich wird angemahnt, das von der bundesdeutschen Soziologie aufgespannte übergreifende Thema der gesellschaftlichen Moderne aufzugreifen, kritisch zu hinterfragen und in die ostdeutschen Entwicklungsprobleme zu adaptieren. „Dieses ... von einer exzentrischen Geschichte ... gebeutelte Stück Deutschland - Ostdeutschland - enthält von allem Spuren, Folgen, Langzeitwirkungen, die sich nicht mit dem deutschen Zweitstaat DDR aufheben ... es wird für lange ein besonderes Gebiet bleiben.“ (Ebenda)

Noch war der Begriff der Transformation nicht erfunden, aus wel-

chem dann Hunderte Autoren und die professionell damit beauftragte KSPW ein ganzes Forschungsparadigma herleiteten, das heute Bibliotheken füllt, aber man kann durchaus sagen, der konzeptionelle Vorgriff des *Berliner Journals* vom Herbst 1990 war nicht schlecht gewählt.

Soweit und ohne vollständig zu sein, Programmatisches aus der Gründerzeit.

Schon im 2. Jahrgang des Unternehmens (1992) wurde ein neues Editorial präsentiert, „Das neue Gesicht des Berliner Journals“ überschrieben, in welchem Hans-Peter Müller (Humboldt-Universität) den Lesern ein neues Herausgeber-Team vorstellt, mit seinen innovativen Absichten bekanntmacht und eine solidere wirtschaftliche Grundlage dezent andeutet, die sich - über Geld spricht man nicht - offenbar aus den Möglichkeiten der neugegründeten KSPW herleitete.⁵ In der Tat war das neue Journal kein wirtschaftlicher Erfolg. Es hing am Tropf des Akademie-Verlages und dieser wieder an anderer Finanzierungsartistik. Der Absturz war nur eine Frage der Zeit.

Warum allerdings das von Jürgen Friedrichs (Köln) und den Gründungsherausgebern inhaltlich und technisch besorgte Doppelheft 3/4-1992, das den Ertrag der von ihnen ausgerichteten Niederschönhäuser Konferenz „Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR - Eine kritische Bilanz“ enthält und fertig im Verlag vorlag (die nicht knappen Fördermittel der Thyssen-Stiftung für diese Konferenz hätten sicher auch für einen Druckkostenzuschuß gereicht) - warum dieses Heft von den „neuen Herausgebern“ für „das neue Gesicht des Journals“ reklamiert wurde, bleibt ebenso unerfindlich wie die sachlich nicht zutreffende Behauptung Müllers, die „ostdeutsche Gesellschaft für Soziologie ... hat sich zwischenzeitlich wieder aufgelöst, so daß der korporative Herausgeber ... nicht mehr existiert.“ (Ebenda, S. 257) Die neuen Herausgeber hielten es auch nicht für nötig, auf die Herkunft des Materials zu verweisen (bzw. auf die Tatsache, daß es fertig vorlag), mit dessen Präsentation sie sich einführten.

Der Rez. kann versichern, diese gewollte Brüskierung der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) schlug bei den potentiellen ostdeutschen Lesern nicht gerade werbend zu Buche. Freilich, ein Dank an die Alt-Herausgeber für ihre Gründungsinitiative fehlte nicht. Die neuen Hrsg. verkündeten indes kein neues oder auch nur bemerkenswertes wissenschaftliches Credo, wenn man von den Schwerpunktsetzungen „Transformationsprozeß“, „Bindestrichsoziologien“ bzw. „Forschungsfelder“ und der Innovation „Rezensionsessays“ absieht. Nur letzteres gelang ihnen dann mit sichtlichem Gewinn umzusetzen. Für alles andere fand man Lösungen, die viele hochwertige Abhandlungen

gen und Beiträge erbrachten, aber sich doch nicht außerhalb der zu erwartenden professionellen Routine plazierten.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen von 6 Jahrgängen *Berliner Journal für Soziologie* zu. Von den 276 (hier berücksichtigten) Beiträgen, die bis Ende 1996 erschienen, das sind 12 Hefte und 2 Sonderhefte, wurden 1991 und 1992 von den Gründungsherausgebern, in erster Linie freilich durch die Gewandtheit von Frank Ettrich, 107 Beiträge, ca. 40%, realisiert. Je Jahrgang liegt diese Quote damit durchschnittlich etwa 123-132% über derjenigen, die von den „neuen Herausgebern“ nach 1993 realisiert worden war. Das war eine beachtliche redaktionelle Leistung nach dem schwierigen Start des Journals. (Was natürlich noch kein Qualitätsurteil über alte und „neue Herausgeber“ impliziert.)

Phase (vgl. nächste Tab.)	I	II	III	Summen
Thematisch gewertet	(97)	(62)	(68)	(227)
berücksichtigte Beiträge insgesamt	107	81	87	276
	Ko-autoren: 7	Ko-autoren: 11	Ko-autoren: 4	+ 6 KSPW-Berichtskonzeptionen

Wenn man das Kriterium einer angemessenen Durchmischung (Ostdeutsche, Westdeutsche, Ausländer als Autoren) betrachtet, was natürlich die wissenschaftliche Qualität der Beiträge auch noch nicht wertet, so schneidet die Phase der GfS-Zuständigkeit gegenüber den folgenden Doppel-Jahrgängen gut ab:⁶

	Die Doppel-Jahrgänge	Beiträge		
		Ostdeutsche /	Westdeutsche /	Ausländer
I	Jahrgänge 1991/1992 Gründungsphase, "GfS-Zuständigkeit"	1 /	0,7 /	0,43 bzw. (1 / 0,43)*
II	Jahrgänge 1993/1994	1 /	2,5 /	0,55 bzw. (1 / 0,16)*
III	Jahrgänge 1995/1996	1 /	6,8 /	1,7 bzw. (1 / 0,22)*

* deutsche zu ausländischen Autoren

Nach 1992 wurde die ostdeutsche Autorenschaft (d.h. Autoren mit fachlicher Herkunft aus der DDR-Soziologie) beträchtlich ausgedünnt. Ihr Proporz ging fast auf ein Zehntel zurück. Waren sie bis 1992 etwas

überproportional vertreten, so verringerte sich ihr absoluter und relativer Anteil bis Ende 1994 auf weniger als die Hälfte. Das Ausdünnen ostdeutscher Autorenschaft folgte einer logarithmischen Größe: Von 50 auf 18 auf 7 Autoren je Doppeljahrgang. Dadurch wurde zwangsläufig auch die Relation Deutsche ./ Ausländer weiter, wenn auch unbedeutend. Hier ist aufschlußreich, daß die absolute Zahl ausländischer Autoren mit der neuen Herausgeberschaft sich sofort verringerte: 1991/92 = 21; 1993/94 = 10 (1995/96 = 12, d.h. keine Trendwende). Man fühlt förmlich das Gewicht der hochdimensionierten bundesdeutschen Kapazitäten.

So - zunächst - ordnet sich das *Berliner Journal* ein in die Mechanik des gesamten ostdeutschen Institutionen-Umsturzes: Die neuen Strukturen verdrängten die Reste des DDR-Institutionen-Erbes, bei gleichzeitiger Ausgliederung des dort tätigen Personals. Zugleich reichen diese neuen Einrichtungen Subsistenzmittel aus, die eine teilweise Revitalisierung der zerfallenden Potentiale zum Ergebnis haben. Ihretwegen gibt es eine selbständige ostdeutsche Soziologie nicht mehr, aber daß es noch immer Soziologen mit erkennbar ostdeutschen Biographien gibt, ist weitgehend ihnen zu verdanken.

Um bei der Autoren-Klientel zu bleiben, die sich dem Berliner Journal zugewandt hatte, bzw. berücksichtigt worden war, soll noch ein Blick auf drei weitere Kriterien geworfen werden, die sie charakterisieren:

(1) Welchen Platz nehmen Frauen als Autoren von Beiträgen ein?

	Die Doppel-Jahrgänge	Anteil weiblicher Autoren *
I	Jahrgänge 1991/1992 Gründungsphase, "GfS-Zuständigkeit"	1 ./ 0,4
II	Jahrgänge 1993/1994	1 ./ 0,17
III	Jahrgänge 1995/1996	1 ./ 0,32

* Anm.: Bei Koautorenschaften wird jede Person als Autor gezählt

Die Relationen lesen sich so, daß in der Jahrgangsguppe I 30 Frauen Beiträge schrieben, in der Gruppe II 12 Frauen und in der Gruppe III 21 Frauen (unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Berichte und Rezensionessays). Der relativ niedrige Geschlechterproporz bei einer größeren Anzahl von Frauen-Autoren in der Gruppe I erklärt sich so, daß dort die Anzahl der Beiträge etwas höher ist: In unserer Wertung 107. Eine starke Erhöhung des Frauenanteils gegenüber anderen Heften

ergab sich in diesen Jahrgängen vor allem durch das Heft 1/1992, das die Ergebnisse einer internationalen Konferenz zum Vergleich der Lage der Frauen in den USA und der (ehem.) DDR darbietet. Andere Themen, bei denen in diesen Jahrgängen Frauen als Autoren zum Zuge kamen, folgten aus Schwerpunktsetzungen zu speziellen ostdeutschen Problemen: Konferenz zur kritischen Erörterung der DDR-Soziologie (vgl. Doppelheft 3/4-1992 und Retrospektiven auf die Jahre der Wende und ihre Folgen. (9 Beiträge dazu von Frauen)

In den beiden Jahrgängen 1995 und 1996 sind Frauen als Autoren ebenfalls sehr unterschiedlich vertreten. Der Grund ist ein von Hildegard M. Nickel - siehe ihr Editorial zum Heft 2/1995 - besorgtes thematisches Heft, nun zum Thema „Frauen in Europa“. Eine solche - begrüßenswerte - Schwerpunktsetzung zieht natürlich auch eine bestimmte geschlechtsspezifische Proportionierung der Autoren nach sich. Das mag, verallgemeinert, trivial erscheinen, nämlich: die Förderung eines bestimmten Autorenkreises setzt eine editorische Programmatik voraus, in der Praxis der Zeitschriftenliteratur finden sich jedoch eher die bestimmenden Spuren von Prominenten, die zu wissen glauben, was die Community des Faches aktuell lesen sollte.

(2) Wir wollen dieser Überlegung in einem Punkt nachgehen und die Frage stellen, welchen Raum nahmen die Arbeiten der „Promis“, Professoren resp. Ordinarien also, in Anspruch, aus welchen Herkunftsländern immer, und welchen Platz gab es für Beiträge, die, sagen wir vereinfacht, von Mittelbaupersonal geschrieben wurden. (Ob sich im letzteren eine Komponente der Nachwuchsförderung ausdrückt, wird unsere nächste Passage erörtern.) Da bei den Berichten und anderen wissenschaftlichen Mitteilungen die Personalien nicht immer mitgeteilt wurden, beziehen sich die folgenden Relationen nur auf die Abhandlungen, für die sich in den Heften auch Autorenangaben finden. (Dies sind bei I=91 Arbeiten, insgesamt werteten wir dort 107 Autoren; bei II = 74 Arbeiten, insgesamt gewertet 81; bei III = 78 Arbeiten, insgesamt 87.)

	Die Doppel-Jahrgänge*	Professoren / andere
I	Jahrgänge 1991/1992 Gründungsphase, "GfS-Zuständigkeit"	1 ./ 1,1
II	Jahrgänge 1993/1994	1 ./ 0,9***
III	Jahrgänge 1995/1996**	1 ./ 0,3

* Koautoren, wie oben, mitgezählt

** Sonderheft 1995 einbezogen

*** bzw. 1 ./ 0,5 - siehe flgd. Text

In der Gründungsphase zählen wir auf 43 Professoren 48 „andere“, also Mitarbeiter, die üblicherweise als „Mittelbaupersonal“ bezeichnet werden, die Privatdozenten eingeschlossen, wenn diese nicht höhergraduierte Lehraufträge bzw. Funktionen auswiesen. Die kleinere Autorenschaft der Gruppe III enthält bei 60 Professoren nur 18 andere. Die Ausdünnung des Mittelbaupersonals ist also gravierend. Daß dieser Trend in der Gruppe II nicht auftritt, ist dem Inhalt des Heftes 3/1993 zu danken, das eine Reihe Arbeiten aus dem Themenspektrum der KSPW enthält. Dort ist etwa die Hälfte aller „anderen“ der II. Jahrgangsgруппe versammelt, was Hans Bertram im Editorial als „breiten Rückgriff [! H.M.] auf Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern“ charakterisiert. Er fährt dann fort: „Wir hoffen, mit diesem Heft auch zeigen zu können, daß dieser Weg nicht nur unter dem Aspekt der sozialen Integration, sondern auch unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher Qualität außerordentlich ergiebig ist.“ (ebenda S. 255) Es handelt sich dabei um ganze 13 Autoren mit *Mittelbaustatus*, denen diese Laudatio gilt. Ohne sie betrüge der Professoren-Mittelbau-Quotient der beiden Jahrgänge 1 ./ 0,5. (In allen 4 Heften, deren Inhalt, nach Bertram - vgl. Editorial zu 3/1996 -, von der KSPW gestaltet wurde [die Hefte 3/93; 4/94; 4/95 und 3/96] sind bei 40 Beiträgen 36 Autoren ostdeutschen Herkommens zu zählen, eine beachtliche Mannschaft, die durch eine größere Anzahl Koautorenschaften möglich wurde.)

Weniger „sozial integriert“ sind jedoch die „Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern“ im Personal der Berichtsgruppensprecher und Berichtsgruppenmitglieder der KSPW, die das Sonderheft 5/1995 ausweist und denen sicher zu danken ist, was im Editorial mit Blick auf die KSPW-Publikationen als „weitestgehende Wahrung der Standards wissenschaftlicher Arbeiten, die für die großen Forschungsinstitutionen im Westen gelten“, ausgeführt wird. Dort konnten wir unter 53 KSPW-Aktiven nur 7 „Ostler“ ausmachen.

Das ist nun schon historisch festgeschrieben: Die Ostdeutschen - unter ihnen, wenn auch leider nicht als Vorhut, 400 graduierte Soziologen - konnten die Überwindung der realsozialistischen Gesellschaften sowjetischen Typs teils ungestüm, teils zögernd, aber doch demokratisch eingang setzen; ins Ziel bringen können sie diese Umwälzung leider nicht, weder allein noch in paritätischer Anteiligkeit. Aber immerhin sind sie wahrnehmbar beteiligt, wenn Soziologen die Probleme reflektieren und beschreiben, die dieser riesenhafte Prozeß und seine Krisen aufwerfen.

(3) Der Vollständigkeit halber werfen wir, wie angekündigt, einen Blick auf die Verteilung der Altersklassen, um nach einem Indikator zu

suchen, der das Journal als einen Förderer wissenschaftlichen Nachwuchses ausweist. Wir bilden ein einfaches Schema von vier Gruppen unterschiedlichen Lebensalters, die leicht als charakteristisch für wissenschaftliche Laufbahnen und Statusdurchgänge auszumachen sind.

Die Doppel-Jahrgänge*		A	B	C	D
		bis 30	>30-40 J.	> 40-55 J.	> 55 J.
I	Jahrgänge 1991/1992, N=87 Gründungsphase, "GfS-Zuständigkeit"	4,6%	25,3%	57,5%	12,6%
II	Jahrgänge 1993/1994, N=72	2,8%	30,5%	50,0%	16,7%
III	Jahrgänge 1995/1996, N = 65	0	21,5%	55,4%	23,1%

* Frauen sind in dieser Auswertung nur unvollständig vertreten, da Altersangaben meist fehlen.

Wie zu erwarten, stellt die Gruppe der >40-55jährigen, die ohnehin mit 15 Jahrgängen ein breites Spektrum erfaßt, den größten Anteil an Autoren, der interessanterweise von den neuen Herausgebern zunächst deutlich reduziert wurde, und zwar zugunsten der >30-40jährigen und der >55jährigen, um dann wieder anzusteigen. Die Hefte der Jahrgänge 1995-96 haben deutlich die älteste Autoren-Klientel. Die Aufschlüsselung der Beiträge nach Themengruppen zeigt den entscheidenden Impuls dafür: Rückschauende Diskussionen zu soziologischen Großtheorien plus allgemeiner Diskurs über Theorieentwicklung, plus Themen über die Soziologie in den Problemen der Zeit haben seit 1995 gegenüber den früheren Jahrgängen zugenommen. Hierzu zählten wir 36 Beiträge gegenüber 17 im Zeitraum 1993/94 und 19 in den Jahrgängen 1991/92. Dies aber sind die Domänen älterer Herrschaften eher als die der Macher im aktuellen Betrieb der Profession. Dieser Satz gilt nur unter dem Blickwinkel des Proporz. In absoluten Zahlen sind bei diesen Themen Jüngere ebenso vertreten.

Wenn man einen Zusammenhang mit der Unterteilung der Autorenschaft in Professoren und Mittelbau herstellt, dann zeichnet sich der Trend ab, daß mit zunehmendem Alter und Etabliertheit der Zeitschrift sich die Ordinarien-Profession gegenüber anderen Strukturen durchsetzen wird, was durchaus stimmig dem in allen Sparten des Wissenschaftsoutputs vorherrschenden Matthäus-Effekt entspricht, es sei denn, Herausgeber und Redaktion steuern mit Schwerpunkt- und Themenheften dagegen. Deren Wirkung hatten wir ja oben an einigen Beispielen (Frauen, DDR-Diskussion, KSPW-Beiträge) erörtert. Die obige Zählung unterstützt diese Ansicht, denn der Anteil der unter 40-jährigen ist deutlich von 1991/92 = ca. 30% auf 1995/96 = 21,5% zu-

rückgegangen. Andererseits ist der Anteil der über 55jährigen deutlich von 12,6% auf 23,1% angestiegen.

Das oben erwähnte Editorial der „neuen Herausgeber“ vom Herbst 1992 ist überschrieben mit: „Das neue Gesicht des Berliner Journals“ - mit Blick auf einige Trends der *praktizierten* Herausgeber-Strategie neigt der kritische Rez. eher dazu, vom vertrauten alternden Gesicht einer etablierten Profession zu sprechen. Nun, um nicht mißverstanden zu werden, das Altern muß nicht auf Kosten der wissenschaftlichen Exzellenz des Diskurses geschehen - bis zu einem kritischen Punkt nicht, wenn nämlich die voranschreitenden Älteren erstaunt feststellen, daß sich die Reihen hinter ihnen bedenklich gelichtet haben. Dieser Punkt, in vielen Hochschuldisziplinen schon längst überschritten, wird gerade in Ostdeutschland von Soziologen schneller erreicht sein, als es der eine oder andere für möglich hält.

Themenhäufigkeiten⁷

Es folgt - verkürzt - das Ergebnis der Auszählung und Klassifikation der Themen in einer tabellarischen Übersicht. (Vgl. nächste Seite) Dazu ist vorwegzuschicken, daß jede solche Klassifikation problematisch ist, weil die Beiträge zumeist mehrere inhaltliche Kriterien enthalten. Natürlich läßt sich eine Mehrfachklassifikation methodisch sauber durchführen; der technische und interpretatorische Aufwand allerdings steigt dabei kräftig an. Unterläßt man ihn, sind Vergrößerungen unvermeidlich.

So könnten die 24 Beiträge zur Frauenforschung leicht auf andere Themengruppen verteilt werden, je nachdem, welche Detailfragen sie abhandeln. Wenn man dies tut, verschwindet allerdings die Frauenfrage aus der Auswertung. Die Untersuchungen zur Situation in Ostdeutschland legen ebenfalls eine Zusammenfassung nahe. Hier wird versucht, ihre innere Aufschlüsselung durch einen Themenblock sichtbar zu erhalten.

Die Aufteilung von Themen nach differierenden Aspekten hat einen stark konstitutiven Einfluß auf eine jede Rangreihe. Das ist besonders dramatisch im Fall der Beiträge mit theoretisch-disziplinären Themen. Sie sind hier unterteilt (a) in die Diskussion zu soziologischen Großtheorien und (b) zu allgemeinen Fragen der Theorieentwicklung. Wenn man diese Unterteilung aufhobe, würde diese Großgruppe dann auf den 1. Rangplatz vorrücken, allerdings um den Preis, daß man sehr unterschiedliche Problemlagen zusammenfaßt. Bemerkenswert bleibt, daß sich ihre Frequenz von 1992 (I) bis 1996 (III) verdoppelt hat, von 12 auf 24 Beiträge.

Detailauszählungen - Jahrgangvergleiche: absolute Mengen der Beiträge Rangreihe (Rr)* - nur Spitzengruppen

Themen:	Teil I	Teil II	Teil III	Summe	Auswertung	
	1991/92	1993/94	1995/96		Vergleich in %	Rr*
Soziologie über die Frg. der Zeit: u.a.: Moderne	14	11	12	37	16,3	1
Aktuelle Untersuchungen	Situation in Ostdeutschland				(31 =) 13,7%	2
Sozialstruktur / Eliten	2	1	1	4		
Lebenslage	4	4	1	9		
Mentalität	3	4		7		
Lebensweise, -welten		5	2	7		
Institutionen		1	3	4		
Diskurs soziologischer Großtheorien	8	10	11	29	12,8	3
Frauenforschung	13	2	9	24	10,6	4
Allgemeine Theorieentwicklung	4	1	14	19	8,4	5,5
Soziologie u. soziolog. Forschung in der DDR	18		1	19	8,4	5,5
Transformation in Ostdeutschland: Theorie	4	5	4	13	5,7	7
Aktuelle Untersuchungen	Allgemeine Problematik					
a: Meinungsumfragen	1			1	(11 =) 4,8%	8,5
b: Eliten-Untersuchung	2	2	1	5		
c: religionssoziologische	1			1		
e: Institutionen	3	1		4		
Transformation in Ost + Süd-Ost Europa	4	4	3	11	4,8	8,5
1989er Revolution, Bewegungen, Biogr.u.	9	1		10	4,8	10
	33 Beiträge mit sehr geringer Häufigkeit je Klassifikation sind ausgelassen					
Summe: Beiträge	97	62	68	227	100	

In der ersten Hälfte ihrer Amtszeit haben die neuen Herausgeber die ursprüngliche Dichte der disziplinär-theoretischen Diskussion beibehalten. Ihre editoriale Ankündigung von 1992, einen Schwerpunkt zu theoretisch-integrativen Problemen der Bindestrich-Soziologie zu bilden, konnten sie offenbar nicht umsetzen. Die von Hans Bertram herausgestellte Initiative der KSPW brachte weitere theoretische Abhandlungen (Theorie der Transformation) hervor, die hier gesondert klassifiziert wurden. Dabei konnte wegen des Verzichtes auf Mehrfachzuordnungen nicht berücksichtigt werden, daß in einer Reihe weiterer Beiträ-

ge - besonders in denen der Großgruppe auf Rangplatz 2 - theoretische Überlegungen zur Transformation integriert sind. Man findet diese Arbeiten überproportional in der Jahrgangsgruppe II (1993/94), die allein 19 solche Titel enthält.

Vergleicht man die unterschiedlichen Frequenzen der 3 Jahrgangsguppen nach Themenschwerpunkten, so zeigt das „neue Gesicht“ des Journals gegenüber der Gründerzeit keine gravierenden Veränderungen, mit zwei strukturellen Akzentsetzungen jedoch: Die Autorenschaft der „Ordinarien-Klientel“ führte nunmehr den Diskurs zu Großtheorien und anderen übergreifend disziplinär-theoretischen Problemlagen an, und die KSPW, die Hunderte von Untersuchungen und Abhandlungen initiierte, brachte einiges von ihrer publizistischen Opulenz im Journal unter, einen Synergie-Effekt anstrebind, die eigene Respektabilität und die des Journals wechselseitig zu erhöhen. (Das lassen die verschiedenen Editorials deutlich erkennen.)

Mindestens zwei Schwerpunkte der Gründerjahrgänge sind mit einiger Zwangsläufigkeit fast verschwunden: Analysender „Wendezeit“ Winter 1989/90 und ihrer Akteure sowie die Untersuchung der DDR-Soziologie mit ihren zahlreichen Fachrichtungen und Bindestrich-Disziplinen. Dennoch finden sich auch dazu weitere begrüßenswerte Arbeiten, allerdings meist eingebunden in Sachthemen. Die umfangreiche KSPW-Publizistik, die hier nicht in Rede steht, hat dazu manches beigetragen, wenn auch weiterhin das Befinden *über* die Ostdeutschen vorrangig ist und ihre historisch so notwendige Introversion weit zurücktritt.

Als der Rez. mit seinen Zergliederungen einer großen Textmasse begann, hatte er zu fürchten, man müsse nicht zunächst das Journal und darin die Spuren der KSPW-Initiativen analysieren, sondern umgekehrt, das ganze voluminöse KSPW-Unternehmen zuerst sichten und danach die darin eingebundenen Abhandlungen des *Berliner Journals* herausfischen. Das war dann die Sachlage, bei aller Verzahnung der beiden Unternehmen, glücklicherweise nicht. Herausgeber und Redaktion wissen, wie man eine Zeitschrift macht und was in etwa die disziplinäre Community von ihnen erwartet.

Gegenüber den Friktionen der „Gründerjahrgänge“ - die sich aus den unsicheren materiellen Voraussetzungen ebenso ergaben wie aus den Schwierigkeiten, die eine Gesellschaft für Soziologie-Ost mit ihrer sich auflösenden, weil beruflich weitgehend ins Aus beförderten Mitgliedschaft hatte, eher noch verstärkt durch die Lage des HU-Institutes für Soziologie, das sich gerade in diesen Jahren personell und konzeptionell völlig umwandelte - ist die Zeitschrift heute, eingebunden in ein konsolidiertes, leistungsfähiges Universitätsinstitut und gefördert durch die bedeutenden personellen wie finanziellen Ressourcen und Connec-

tions der KSWP, in unvergleichlich günstigeren Umständen. Dies bestimmt das anspruchsvolle Niveau der Abhandlungen, die Breite und Vielfalt der Materialien und Mitteilungen wie auch das sorgfältig gepflegte publizistische Design. Es ist ein fachlicher und ästhetischer Gewinn, die Hefte in die Hand zu nehmen.

Nur als Ausblick und in gebotener Kürze soll ein drittes Editorial Erwähnung finden, das durch eine ungewohnte strategische Tiefenschärfe aufhorchen läßt: Hans-Peter Müller eröffnet sein Editorial des Hefes 1/1997 mit den Sätzen: „Der Standort spart. Das Modell Deutschland bröckelt“. Das dann Folgende zu kommentieren, muß vorausgeschickt werden, daß sich die 18 Editorials der Jahrgänge seit 1993, ein schon kritisch erwähntes aus 3/4-1992 eingeschlossen, dem Thema Soziologie und Gesellschaft in ihrem Gesamtzusammenhang eher fragmentarisch zuwandten, obgleich ein solcher Stoff durchaus zwangsläufig und allgegenwärtig ist, denn wovon sonst handelt Soziologie? Gewiß, drei Schwerpunkt-Hefte zum Thema Kultur (1/94, 1 und 2/96) bewegten sich in einem sehr weit gesteckten gesellschaftlichen Horizont und mit Reese-Schäfers Überblick zur „Zeitdiagnose“ (in 3/96) ist gar die Frage eines historischen Gesamtdioramas zur Diskussion gestellt. Man könnte auch geltend machen, daß die erhebliche Diversifikation, auf die der Diskurs zum Thema „Moderne“ hinauslief, durchaus gesamtgesellschaftliche Zustände und Befindlichkeiten reflektierte. Dennoch blieben die Zugänge fragmentarisch. Charakteristisch ist die (leider) nur sehr knappe Einführung in die Theoriedebatte des Hefes 1/1995, die H.-P. Müller gibt, nämlich nicht die Gesellschaft wälzt sich um und die Soziologie folgt dem etwas atemlos, sondern sie selbst, im Zustand einer merkwürdigen Unbeständigkeit, entwickelt sie sich weiter „durch beständige Um- und Neuinterpretation ihres Theoriebestandes“.

Und so war das von hoher Allgemeingültigkeit, was der Rez. die *charakteristische KSPW-Philosophie* nennen würde, die Selbstgewißheit der westlichen Moderne als etwas, worauf sich die Soziologie bereits mit einiger Zufriedenheit eingestellt hatte (ausgerüstet mit Habermas' Unübersichtlichkeiten und Becks Risikogesellschaft u.a. Lehren von den Antinomien der Moderne und nicht ohne Mirkwirken einer unkritischen Apologetik). Diese Entwicklungsreife auf den unentwickelten Rest der Welt zu übertragen, so blickte die fragmentale, aber höchst zufriedene Selbstsicht in die 90er Jahre (und darüber hinaus) - und war doch sehr schlecht beraten.

Zu Beginn des Jahrgangs 7 nun erinnert sich H.-P. Müller an einen Vortrag von Dieter Klein, ebenfalls Humboldt-Universität, der vor Jahr und Tag schon den kommenden riesigen Entwicklungs- und Reformbe-

darf der westlichen Moderne diagnostizierte, und erkennt dessen kluge Voraussicht. Die Grundvoraussetzungen dieser Gesellschaften bröckeln - „alles scheint auf dem Prüfstand oder gar zur Disposition zu stehen“, schreibt Müller und fährt fort: „Die Soziologie, sofern sie nicht abseits stehen oder sich durch flotte Begriffe wie 'zweite Moderne' nur rhetorisch (und nicht analytisch) an die Spitze dieser Bewegung stellen will, wird diese Entwicklungen sorgfältig untersuchen und vorsichtig einschätzen müssen.“

So läßt Goethe seinen Studenten im Faust sagen: Das ist doch eher was, man sieht doch, wo und wie! Hier deutet sich ein aufregendes Programm künftigen Zeitschriften-Diskurses an, der reflektieren und mitgestalten wird, was die Soziologen den Bewegungen der Zeit an praktikabler, vorausschauender Erkenntnisfindung abgewinnen werden, nachdem sie für ihre Unfähigkeit zu einer solchen Vorwarnfunktion zweimal gescholten wurden, beim Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten sowjetischen Typs und beim Nichterkennen der Krise der Transformation und nachholenden Modernisierung.

Hansgünter Meyer, Prof. em. Dr., früher am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der AdW, dann am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, war Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland und ist Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. (WISOS) Berlin-Adlershof

Anmerkungen:

¹ Vgl. *Kölnener Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (42)1990, Heft 2, Tagungsberichte, S. 381ff. Vgl. hier auch: Hansgünter Meyer: Es gab eine Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland. In: *hochschule ost*, (2)1993, Heft 7, S. 26-34.

² Eine zureichend vollständige Darstellung der Entstehungsgeschichte der DDR-Soziologie steht noch aus. Sehr verstreut sind einzelne Episoden und Initiativen aufgezeichnet worden. Hinzuweisen ist auf die Arbeiten von Helmut Steiner, der bereits in den 80 Jahren damit begann, den Gesamtzusammenhang der Disziplinentwicklung darzustellen. - Vgl. u.a. H. Steiner: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1988, hrsg. vom Institut für Soziologie der AdW, Akademie Verlag, Berlin. Ders.: Gesellschaftlicher Umbruch und Herausforderungen an die Sozialwissenschaften nach 1945. Leipzig, ein Beispiel, in: *Soziologentag Leipzig* 1991, hrsg. von Hansgünter Meyer i.A. des Vorstandes der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland), Akademie Verlag, Berlin 1992. Herbert Wolf: Zur Periodisierung der Soziologieentwicklung in der DDR, ebenda. Hansgünter Meyer: Soziologie in der DDR - Erfahrungen mit einer erodierten Disziplin. In: *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Mitteilungen* Nr. 65, September 1994. Vgl. auch die kritische Darstellung von Daniel Jansen: Die Soziologie in der DDR als Generationenphänomen, in: *Berliner Journal für Soziologie* Band 2, Heft 3/4-1992. Vgl. auch: H. Steiner: Aufbruch, Defizite und Leistungen der DDR-Soziologie: die 60er Jahre, in: Hans Bertram (Hrsg.): *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außer-*

universitären Forschung in Ostdeutschland, Schriftenreihe der KSPW, Bd. 23, Verlag Leske + Budrich, Opladen 1997.

³ Hansgünter Meyer: Einige abschließende Bemerkungen zum 5. Soziologiekongreß in der DDR, in: *Beiträge zum 5. Soziologiekongreß in der DDR. Informationen zur Soziologischen Forschung in der DDR (SID-Hefte)*, hrsg. von Elke Schneider, Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation, Heft 2/1990.

⁴ Hansgünter Meyer (namens der Herausgeber): Worte der Begrüßung für das neugegründete Berliner Journal für Soziologie, in: Band 1, Sonderheft 1991, S. 2.

⁵ Die neuen Herausgeber sind: Hans-Peter Müller, Hans Bertram, Artur Meier, Hildegard M. Nickel, sämtlich Professoren an der Humboldt-Universität Berlin. Seit 1/1995 auch: Frank Eltrich, Professor für Soziologie, Pädagogische Hochschule Erfurt-Mühlhausen. Hans Bertram ist Vorsitzender der KSPW i.e. Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Vgl. auch Bernhard Schäfers: Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim "Berliner Journal für Soziologie", in: *DGS-Informationen*, Heft 3/1992, S. 45f.

⁶ Der Rez. entschloß sich, die 6 Jahrgänge zu 3 Doppeljahrgängen zusammenzufassen. Dadurch entstanden nicht nur nennenswertere Losgrößen, es ergab sich auch die Möglichkeit, drei vergleichbare Teilgesamtheiten zu bilden. Die Hefte der Gruppe I (1991/92) wurden von den Gründungs Herausgebern gestaltet bzw. verantwortet. Die Funktion des Chefredakteurs dominierte dabei sehr. (Zu dem Editorial von Hans-Peter Müller im Heft 3/4-1992 siehe zutreff. Textpassage der Rez.) Die Hefte der Gruppe II (1993/94) wurden von „neuen“ Herausgebern gestaltet, wobei sich auch die Rolle des Chefredakteurs änderte. Diese Phase war auch charakterisiert durch das Anschwellen der KSPW-Aktivitäten, die nicht nur die Hrsg. stark in Anspruch nahm, sondern auch die potentielle ostdeutschen Autorenschaft neu strukturierte. Die Gruppe III (1995/96) zeigt den Alltag der neuen Herausgeberschaft, zugleich tritt die KSPW-Aktivität in ihre Endphase ein. Ein besonderer Konnex stellt sich auch durch die beiden in Ostdeutschland veranstalteten Soziologie-Kongresse der DGS her: 1995 in Halle und 1996 in Dresden. Mit Blick auf größere Zusammenhänge zeichnet sich gegen Ende des Jahres 1994 die Krise der Transformation in fast allen Ländern des ehem. Sowjetblockes ab. Es sind also auch „professions-politische“ Erwägungen, die Jahrgänge 1995/96 als eine gewisse Einheit zu behandeln.

⁷ Die Zählung der Beiträge war von Schwierigkeiten begleitet, die nicht völlig exakt gelöst werden konnten. Wie ist mit Rezensionen und Berichten, Nachrufen und Editorials, Nachdruck eines bereits veröffentlichten Textes u.ä. verfahren? Noch komplizierter ist vor diesem Hintergrund die Zählung der Autoren, denn Doppelautorenschaften sind nur der einfachere Fall; was aber ist zu tun, wenn ein Bericht 9 Autoren nennt, wie im Jahrgang 1996 zu verzeichnen? Problematisch ist ebenfalls die Zuordnung zu Themengruppen. Hier werden z.B. die Beiträge zusammengefaßt, für die es ebenso gerechtfertigt wäre, sie nach speziellen Themenlagen aufzuschlüsseln. Auf eine Mehrfachzuordnung der Beiträge nach unterschiedlichen Problemkreisen, die der Autor zusammenbringt, wie sie eigentlich erforderlich wäre, wurde wegen des wachsenden technischen Aufwandes verzichtet. Es war relativ einfach zu entscheiden, wer in die Rubrik „ostdeutscher Autor“ gehört. Man kann leicht entscheiden, ob jemand seinen wissenschaftlichen Start in der DDR-Soziologie hatte. Für jüngere Autoren wird aber auch dies zunehmend schwieriger, wenn z.B. 2 Jahre DDR-Startphase in zwischen einer 6jährigen Tätigkeit in westdeutschen Ländern, in den USA usw. gegenüberstehen. Obgleich der Klassifikation von Autoren und Beiträgen große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, kann es daher nicht ausgeschlossen werden, daß ein Nachvollzug durch einen Dritten zu etwas anderen Verteilungen gelangt.

Sozialwissenschaftlicher Diskurs nach der Zeitenwende: *Berliner Debatte INITIAL*

Erhard Crome
Potsdam/Berlin
Lutz Kirschner
Berlin

Die Zeitschrift *Berliner Debatte INITIAL* erscheint im Jahre 1997 im nunmehr 8. Jahrgang als Zweimonatszeitschrift. Als der Verlag Volk und Welt Ende 1990 die Zeitschrift *INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*

- Nachfolgerin der früheren *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge* - aus Kostengründen einstellte, entschied sich der Verein "Berliner Debatte INITIAL", die Zeitschrift trotz der wirtschaftlich schwieriger gewordenen Umstände weiterzuführen.

Bereits die 'erste' INITIAL war ein originäres Resultat der Umbruchsprozesse in der DDR. Auch künftig sollten "Gedanken sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler ins Land" geholt werden - lautete ein Teil der Positionsbestimmung der Redaktion im ersten Heft, immerhin formuliert am Jahresbeginn 1990, als Perestroika und Glasnost noch Momente der Umwälzungen in der DDR zu sein schienen. Zugleich sollte die Zeitschrift Podium der Debatte um die weitere gesellschaftliche Entwicklung und um die Analyse des dahingehenden Realsozialismus sein, zunehmend mit "Autoren aus der DDR und aus anderen Ländern". Die Verabschiedung von der kommunistischen Parteilichkeit war bereits zu diesem Zeitpunkt erfolgt: "Dem Humanismus verpflichtete Ideen werden hier eine theoretisch-publizistische Tribüne haben."¹ In einem zweiten redaktionellen Text zur Beschreibung des Anliegens der neuen Zeitschrift wurde hervorgehoben, die gesellschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR, "deren neugewonnene Freiheit es nun ermöglicht, provinzielle Rahmen zu sprengen", werde ihren Beitrag in der gewandelten Situation zu leisten haben.²

Der Verein "Berliner Debatte INITIAL" hatte sich um den Berliner Philosophen Peter Ruben gebildet, zunächst praktisch als Förderverein für die Zeitschrift. In der Mitteilung über die am 6. April 1990 erfolgte Gründung des Vereins hieß es: "Das Ziel von Berliner Debatte INITIAL besteht vor allem darin, alle diejenigen Wissenschaftler, Politiker, Kulturschaffenden und theoretisch interessierten Menschen zu vereinen, die Spaß daran finden, den Meinungsstreit über alle interessieren-

den sozialen Entwicklungen der Gegenwart zu pflegen." Damit wurde ein Credo formuliert, das auf Debatte und Meinungsstreit zielt, sich von Dogmen und Begrenzung auf einzelne Schulen in der Wissenschaft verabschiedet hat, mithin Erkenntnisgewinn aus konkurrierenden wissenschaftlichen Ansätzen ziehen will, eine breite sozialwissenschaftliche Zugangsweise und interdisziplinären Diskurs präferiert und zugleich den wissenschaftlichen Streit hin in die Gesellschaft öffnen will. "Wichtigster Ort der Streitkultur ist für den Verein die Zeitschrift INITIAL... So eröffnet Berliner Debatte INITIAL der Zeitschrift neue Wirkungsfelder und materiellen Spielraum für interessante Projekte."³

In seiner Grundsatzklärung: "Unser Selbstverständnis oder Was will INITIAL?", veröffentlicht im Heft 4/1990 der Zeitschrift, charakterisierte der Vorstand des Vereins die Zeitschrift als "sozialwissenschaftliches Journal mit Redaktionssitz in Berlin... um angesichts tiefgreifender Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und der Probleme der gesamteuropäischen Einigung eine Tribüne für die geistigen Auseinandersetzungen um die vernünftigen Wege, die sozialwissenschaftlich begründbaren Entscheidungen, die ökonomisch und ökologisch vertretbaren Lösungen zu bieten, die die kommende gesellschaftliche Entwicklung bestimmen werden". Die programmatischen Aussagen sollen im folgenden ausführlicher zitiert werden, weil sie konzeptionell über den damaligen Zeitpunkt hinausreichen:

"INITIAL will keiner besonderen Partei das Wort reden, sondern ein sozialtheoretisches Forum sein, um wissenschaftliche Überlegungen unterschiedlicher Denkrichtungen zu ökonomischen, soziologischen, politischen, psychologischen, kulturellen und ökologischen Problemen des gesellschaftlichen Fortschritts zu erörtern.

INITIAL sieht in der Wissenschaft getreu der Tradition der Aufklärung, die einst auch in Berlin eine Heimstatt hatte, das Allgemeine aller menschlichen An- und Einsichten, aus welcher besonderen Stellung, parteipolitischen Sicht oder weltanschaulichen Voraussetzung sie auch immer gewonnen werden."

(Ob Sozialwissenschaft nach dem Realsozialismus, am Ende des 20. Jahrhunderts noch eine "aufklärerische Funktion" haben könne, wurde in der Folgezeit in der Redaktion, im Vorstand des Vereins und in öffentlichen Streitgesprächen des Vereins mehrfach debattiert, ohne daß ein für alle Beteiligten befriedigender Konsens gefunden werden konnte. Dennoch blieb ein Verständnis, wonach allein wissenschaftliche Kriterien und zugleich die Tradition der Aufklärung Fluchtpunkte der Zeitschrift sind, profilprägend.)

"INITIAL ist daher für alle Soziallehren offen, seien sie in der Tradi-

tion der klassischen Arbeiterbewegung ausgebildet oder in der der christlichen, der liberalen oder konservativen Soziallehre.

INITIAL will keinen Sonderinteressen dienen, kein ideologisches Banner aufziehen, sondern jederzeit die Interessen der Erhaltung der menschlichen Gattung vertreten, die nur wirklich bestimmt sind, wenn sie aus der Verständigung erwachsen, die die Demokratie ermöglicht.

INITIAL versteht sich als ein Organ der sozialen Aufklärung und als Ausdruck der Verabschiedung der alten ideologischen Dichotomien in der Beantwortung der sozialen Frage. Was immer der 'ideologische Klassenkampf' in der Vergangenheit als Index der Sozialkonflikte bedeutet haben mag, die wissenschaftliche Aufklärung hat er nicht ermöglicht, sondern bestenfalls auf das pragmatisch Machbare reduziert, schlimmstenfalls ihre Vertreter in Lager getrieben oder in die Emigration verbannt. Gegen diese ideologische Unterwerfung der Sozialwissenschaft richtet sich *INITIAL* in dem Bewußtsein, daß die soziale Frage nicht erledigt ist, sondern allein schon durch die Wirtschaftsentwicklung beständig reproduziert wird und heute weltweite Bedeutung erlangt hat...

INITIAL wird in Berlin herausgegeben und versteht sich als in der Tradition der ursprünglichen antifaschistischen und demokratischen Ziele stehend, die in der Gründung und der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik stets mitgewirkt haben und bleibendes Erbe des kommenden vereinten Deutschlands sein werden.

INITIAL sieht sich in der verpflichtenden Aufgabe, den Gründen und Ursachen der stalinistischen Vergangenheit nachzugehen, genauer zu verstehen, was im Herbst 1989 in Mittel- und Osteuropa endgültig seine geschichtliche Auflösung erlebt hat."⁴

Ende 1990 übernahm der Verein neben der ideellen Herausgeber-schaft der Zeitschrift auch die verlegerische Verantwortung. Redakteurin Heide Damaschun, der der Start des Zeitschriftenprojekts wesentlich zu verdanken war, beschrieb in ihrem Editorial von Heft 7/1990 die Situation: "die Zeichen der Zeit für ein derartiges Wagnis sind denkbar ungünstig". Kredite für sozialtheoretische Zeitschriften seien nicht erreichbar. Vor dem Hintergrund "der weitgehenden Auflösung und Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft ist Unterstützung oder Förderung durch eine Wissenschaftseinrichtung nicht in Aussicht, ganz zu schweigen von der noch lange nicht auf dem Höhepunkt befindlichen Wissenschaftlerarbeitslosigkeit". Finanzierung durch eine Partei komme wegen der im Selbstverständnis fixierten Parteienunabhängigkeit nicht in Frage. Dennoch hoffte sie, "daß dem Verein Berliner Debatte *INITIAL* mit seinem verlegerischen Experiment Glück beschieden ist".⁵

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zeitschrift noch etwa 2.000 Abonnenten in Deutschland und 500 im Ausland. Die *Sowjetwissenschaft* hatte nach unserer Kenntnis noch zwei Jahre zuvor bei etwa 8.000 gelegen.

Allerdings war dabei zu berücksichtigen, daß einerseits jene Vorgängerin wegen ihrer Nähe zur "Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" und der ihr von der SED ursprünglich zgedachten ideologischen Funktion zahllose institutionelle Abonnenten hatte, wie SED-Kreisleitungen, Kreisvorstände der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft usw., andererseits Perestroika und Glasnost in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Attraktivität der Zeitschrift erhöht hatten. Beides war Ende 1990 entfallen: Die institutionellen Abonnenten waren schon 1989 vielfach schneller verschwunden, als sie das Abonnement hätten kündigen können, und Perestroika war keine deutsche Option. Darüber hinaus hatten im Laufe des Jahres 1990 viele privaten Bezieher ebenfalls gekündigt, auch weil der Heftpreis bereits ab Heft 3/1990 von 2,50 Mark auf 7 Mark erhöht worden war, was für DDR-gewöhnte Menschen ein hoher Preis zu sein schien. Zugleich hatte es etliche Neubestellungen gegeben, aus dem In- und Ausland, zahlenmäßig natürlich weit weniger als Abbestellungen. Alles in allem war der Abonnentenkreis Ende 1990 schon nicht mehr auf die ursprünglich übernommenen Listen zurückzuführen, sondern auf die Akzeptanz des Projektes der neuen Zeitschrift bei den Lesern.

Ab Heft 1/1991 erschien sie unter dem geänderten Titel: *Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs*. Nach etwa einem Jahr sahen sich Mitglieder des Vereins veranlaßt, nach einer effizienteren Organisationsstruktur für die Verlagstätigkeit und die beginnende Projektforschung zu suchen. Für eine Reihe vorwiegend jüngerer Ostberliner Gesellschaftswissenschaftler war dies zugleich eine Möglichkeit, die Zeitschrift in eigener Regie fortzuführen und damit eine Gelegenheit, ihre in den 80er Jahren eher am Rande des main-streams der DDR-Gesellschaftswissenschaften entstandene informelle Zusammenarbeit nun in institutionalisierter Form und öffentlichkeitsorientiert fortsetzen zu können. So wurde im Januar 1992 die "GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik" als eine gemeinnützig orientierte GmbH gegründet. Die Redaktion wurde teilweise neubesetzt, Rainer Land Verantwortlicher Redakteur.

Das generelle Anliegen der Zeitschrift *Berliner Debatte INITIAL*, der ersten und nach wie vor verbreitetsten Publikation der GSFP, war und ist es, den Diskurs zwischen verschiedenen sozialwissenschaftlichen Schulen, Strömungen und Disziplinen und eine "herrschaftsfreie" Kommunikation zwischen etablierten und nachwachsenden Sozialwissenschaftler/innen sowie zwischen Autor/inn/en aus Ost und West zu fördern. Wenngleich die Zeitschrift zum Teil länger anhaltende Debatten zu globalen Themen initiiert hat ("Ist der Mensch paradiesfähig?",

Nr. 2/1992, "Globaler Umbruch wirtschaftlicher Regulation", Nr. 5/1992, "Marxismus und kein Ende", Nr. 3/1993, "Unterwerfung", Nr. 6/1994), wurde ihr besonderes Interesse auf die Transformationsprozesse in Gesellschaft und Wissenschaft in Osteuropa und in Ostdeutschland gerichtet. Das schlug sich ebenfalls in thematischen Heftschwerpunkten nieder ("Sozialwissenschaften in Ostdeutschland - Exempel", Nr. 4/1992, "Postsowjetische Reflektionen", Nr. 6/1992, "Sozialwissenschaften in Ostdeutschland", Nr. 4/1993, "Frauenforschung Ost", Nr. 4/1994), aber auch in regelmäßigen Rubriken (so "Osteuropa"). Eine "Uni-Seite" dokumentierte in knapper Form den Aufbau der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche an den ostdeutschen Universitäten, informierte über die Besetzung von Lehrstühlen, die Lage des Mittelbaus, fortgesetzte und abgebrochene Forschungslinien. Ausführlicher thematisiert wurde die Reorganisation der - auch außeruniversitären - Forschungslandschaft in der Rubrik "Sozialwissenschaften in Ostdeutschland". Die Zeitschrift wurde auch zu einem Podium der Präsentation neuer wissenschaftlicher Ansätze in Ostdeutschland, etwa in Gestalt der Veröffentlichung von Antrittsvorlesungen neuberufener Professoren, darunter etlicher, die aus der westdeutschen Wissenschaftslandschaft stammten.

Bis zum Jahre 1993 stabilisierte sich die Auflage bei etwa 1.200 Exemplaren, das Abonnement bei 800. Die Folgen der wissenschaftspolitischen Entostung des Ostens im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften betrafen in einer zweiten und dritten Abbestellungsrunde auch *Berliner Debatte INITIAL*; in die Rente und den Vorruhestand versetzte ehemalige DDR-Professoren und in die Arbeitslosigkeit entsandte "Mittelbauern" kündigten aus finanziellen Gründen, in den Bereich des Versicherungswesens und der Imbißbuden-Gastronomie abgedrängte Ex-Akademiker hatten keine Muße mehr für *INITIAL*-Debatten oder bei der Neufindung von Überlebensmöglichkeiten abschließend mit sozialwissenschaftlichen Debatten gebrochen. In vielen Briefen an die Redaktion wurde die Abbestellung mit ausführlichen Begründungen versehen und erläutert, daß diese Entscheidung ausdrücklich nicht wegen des Profils der Zeitschrift, sondern wegen der obwaltenden Bedingungen getroffen worden war. Gleichzeitig jedoch nahm die Rezeption der Zeitschrift im Westen Deutschlands und im Ausland zu. Sie konnte an fast allen wichtigen sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Lehranstalten in Ostdeutschland und zunehmend auch in westdeutschen Institutionen präsent sein. Neue Abonnementbestellungen kamen aus dem Ausland, insbesondere aus Japan, den USA, Skandinavien sowie der Schweiz und Österreich. Die Abbestellungen und Neubestellungen

hielten sich in etwa die Waage. Das inhaltliche Konzept und die vergleichsweise große Verbreitung hatten zu einer zunehmenden öffentlichen Wahrnehmung von *Berliner Debatte INITIAL* geführt; jedoch war klar, daß die Verbreitung der Zeitschrift immer stärker von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ihren sozialen Wirkungen abhing.

Mitte der 90er Jahre mußte angesichts der weiter veränderten Umstände erneut über das Profil nachgedacht werden. Die Entscheidung, nicht zu einer vordergründig transformationsbezogenen Zeitschrift zu werden, war von allen Beteiligten getragen worden, hätte dies doch den Verzicht auf interessante philosophische und andere "askriptive" Themen bedeutet. Die Ergebnisse des Transformationsprozesses in Ostdeutschland und Osteuropa waren mittlerweile sichtbar. Eine eigenständige, ostdeutsch-stämmige Wissenschaftslandschaft existierte nicht mehr, wenngleich das unterstützende informelle Milieu aus der DDR stammender Sozial- und Geisteswissenschaftler trotz der Verdrängungen aus den offiziellen, institutionellen Strukturen fortexistierte. Strukturell entschieden die Träger der Zeitschrift, die Redaktion so zu öffnen, daß nicht nur die fachspezifische Breite erweitert werden sollte, sondern auch im Westen sozialisierte und vor allem jüngere Sozialwissenschaftler einbezogen werden. So erfolgte eine Erweiterung des Kreises der Redakteure in Richtung Westen und hin zu jüngeren Jahrgängen mit anderen Sozialisierungserfahrungen. Die Zuständigkeit des Verantwortlichen Redakteurs übernahm Harald Bluhm. Zugleich wurde ein wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift neu geschaffen, in den zielgerichtet auch originell denkende Wissenschaftler eingeladen wurden, die aus dem Westen stammen und im Osten arbeiten. An der Erweiterung der Themenfelder ("Die DDR denken", Doppelheft 4-5/1995, "Neues Denken über den Krieg", 6/1995, "Rechtsextremismus als soziale Bewegung", 1/1996, "Schwierigkeiten mit dem Rechtsstaat", 4/1996) wurde ebenso gearbeitet wie an der Ausweitung des Autorenkreises. Der westdeutsche Leser sollte originelle osteuropäische Autoren ebenso vorfinden wie der ostdeutsche Leser USA-Autoren.

So wurde *Berliner Debatte INITIAL* zu einer fachlich breit angelegten sozialwissenschaftlichen Zeitschrift in Deutschland, deren spezifisches Profil mit der Herkunft aus der Wende in der DDR (nicht aus den offiziellen vorwendischen Strukturen) zusammenhängt, Ausgangspunkte in den inoffiziellen, damals verdrängten Reformdiskursen in der späten DDR hat, sich aber nicht auf diese reduzieren läßt. *Berliner Debatte INITIAL* bemüht sich, zu Fragen der Zeit eine vernehmbare Stimme zu bleiben, und achtet zugleich darauf, nicht opportunistischen Zumutun-

gen herrschaftsorientierter Zitatentartungen erbötig sein zu müssen - der Zustand der intellektuellen Freiheit und der wirtschaftlichen Eigenverantwortung bietet eine hohe institutionelle und konzeptionelle Unabhängigkeit, auch wenn die Finanzierung mangels institutioneller Förderung in jedem Jahr prekär bleibt und von der freundlichen Akzeptanz der Abonnenten und Käufer abhängig ist.

Auch das Abonnement von *Berliner Debatte INITIAL* blieb von den Kürzungen der öffentlichen Hände in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht verschont. Ein weiterer Kreis von Neu-Rentnern und langzeitarbeitslosen ehemaligen Sozialwissenschaftlern im Osten bestellte angesichts der wachsenden Lebenshaltungskosten ab; öffentliche Bibliotheken kündigten wegen Geldmangels; Universitätsbibliotheken, die in mehreren Fachbereichen Exempare hatten, reduzierten auf eines - einseitig besetzte Bibliothekskommissionen taten ein übriges. Doch auch diese Rückgänge wurden durch Neubestellungen, vorwiegend Individualabonnements aus ganz Deutschland und aus dem Ausland im wesentlichen kompensiert. *Berliner Debatte INITIAL* hat im Normalfall eine Auflage von 1000; bei bestimmten Themen auch eine höhere.

Als Medium offener Diskussion, als eine der ernstzunehmenden sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in Deutschland ist *Berliner Debatte INITIAL* mittlerweile in Ost und West akzeptiert. Das Selbstverständnis bleibt davon bestimmt, daß Interdisziplinarität ein Vorzug ist, weil hinter den Fachdisziplinen noch so etwas wie eine Einheit der Sozialwissenschaften steht. Diese interdisziplinäre Ausrichtung von *Berliner Debatte INITIAL* und der Journalcharakter - die Zeitschrift als Ort sozialwissenschaftlicher Debatten - werden beibehalten. In unserer "Zeit des Übergangs" sind die sich vollziehenden Übergänge kritisch anzugehen, ohne mit der Präsentation des immer nächsten Weltverbesserungskonzepts zum Organ einer Wunderheilergemeinschaft werden zu wollen.

Erhard Crome, Dr. rer. pol. habil., Politikwissenschaftler, Universität Potsdam, und Lutz Kirschner, Dr. phil., Soziologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH, sind Mitglieder der Redaktion Berliner Debatte INITIAL.

Anmerkungen:

¹ *INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Heft 1, Berlin 1990, S. 1.

² Ebenda, S. 4.

³ *INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Heft 3, Berlin 1990, 2. Umschlagseite.

⁴ Ebenda, Heft 4, Berlin 1990, S. 442/443.

⁵ Ebenda, Heft 7, Berlin 1990, S. 667/668.

Seit September 1990: *UTOPIE kreativ*. Diskussion sozialistischer Alternativen

Wolfram Adolphi
Berlin

hochschule ost hat das durchaus nicht gewöhnliche Angebot unterbreitet, ostdeutsche Zeitschriften über sich selbst berichten zu lassen. *UTOPIE kreativ* greift dieses Angebot gern auf - und hat sich entschieden, dies mit dem ganz persönlichen

Beitrag eines ihrer Redaktionsmitglieder zu tun. Das ist denn auch gleich ein Blick in die Arbeitsweise der ehrenamtlich tätigen sechsköpfigen Redaktion: Seit Anfang 1994 arbeitet sie ohne Chefredakteur - darauf vertrauend, daß sich die unterschiedlichen Handschriften und Sichtweisen ihrer Mitglieder gleichberechtigt zu einem zugleich sowohl vielfarbigen wie auch unverwechselbaren Ganzen zusammenzufügen vermögen.

Ist das gelungen in der Zeit?

Ein paar Notizen zur „technischen“ Entwicklung

Die Geschichte der *UTOPIE kreativ*, Untertitel *Diskussion sozialistischer Alternativen*, beginnt im Frühjahr/Sommer 1990 mit einem Beschluß des PDS-Parteivorstandes zur Beförderung der Gründung einer unabhängig arbeitenden wissenschaftlich-theoretischen Zeitschrift zur Sozialismusdebatte. Der zur Generation der damals 55- bis 60jährigen gehörende Berliner Soziologe Prof. Dr. Helmut Steiner übernahm die Konzipierung und Chefredaktion des Blattes, knüpfte mitten in der immer unübersichtlicher werdenden Lage der Gesellschaftswissenschaftler in der sterbenden DDR ein dreifaches Netz bis heute fruchtbarer Kontakte: erstens innerhalb der ostdeutschen Wissenschaft, zweitens hinein in die Westberliner und westdeutsche Sozialwissenschaft und drittens zu Kolleginnen und Kollegen in Osteuropa. Gleichzeitig entwickelte er gemeinsam mit der Philosophin Dr. Marion Kunze und dem DDR-Historiker Dr. Jörn Schütrumpf, die damals beide Mitte 30 waren und bis heute der Redaktion angehören, die ersten Ausgaben.

Im September 1990 erschien die Nummer 1 der seither fortlaufend

numerierten 96 bzw. 192 Seiten umfassenden Monats- und Zweimonatshefte in dunkelgrünem, orange beschriftetem Umschlag und einem durch Autorenfotos und speziellen Marginaliendruck charakterisierten Layout. *UTOPIE konkret* hießen die Nummern 1 und 2 im September und Oktober 1990. Dieser Titel aber traf auf scharfen westlinken Gegenwind: In Hamburg hatte man für alle „konkret“-Kombinationen die Titelrechte, und so mußte der Bloch-Gedanke von den konkreten Utopien wieder aus dem Titel verschwinden. Ab Nummer 3 im November 1990 trug die Zeitschrift den Namen *UTOPIE kreativ*.

Die weitere Erscheinungsweise läßt die politischen, wissenschafts-politischen und technischen Schwierigkeiten ahnen, denen sich die - zunächst noch bezahlt arbeitenden - Redakteure nach einigen relativ stabilen Monaten ab Anfang 1992 gegenübersehen. Bis Heft 16 im Dezember 1991 konnte ein monatliches Erscheinen gesichert werden. Dann begann mit einem - nicht numerierten - Sonder-Doppelheft im Januar/Februar 1992 ein in doppelter Hinsicht neuer Abschnitt. Unter dem Titel „Politische Kultur im vereinigten Deutschland - Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin“ hatte das Heft die übergreifende politische Zäsur zum Gegenstand: Der Hinauswurf des im Zuge der ersten demokratischen Anstrengungen zur Selbst-erneuerung der Universität 1990 frei gewählten Rektors durch den Berliner Senat ließ keinen Zweifel mehr, daß der Prozeß der Erneuerung in eine umfassende Liquidierung einer eigenständigen ostdeutschen Wissenschaftslandschaft übergegangen war.

Und gleichzeitig verschlechterten sich die materiellen Bedingungen für die Zeitschrift: Der Dietz Verlag Berlin, in dem *UTOPIE kreativ* zunächst erschienen war, beendete im Herbst 1991 die Zusammenarbeit, und so mußte man gründlich umstrukturieren. Gehälter für die drei Redaktionsmitglieder gab es nun nicht mehr, zur Kostensenkung wurden - beginnend mit Heft 17/18 im März/April 1992 - Doppelhefte produziert, und es schien ein Ende der Zeitschrift in Sicht.

Im Herbst 1992 wurde mit der Gründung des Fördervereins Konkrete Utopien e. V. eine neue Herausgeberschaft für die Zeitschrift gebildet. Gründungsvorsitzende des Vereins waren der Ökonom Prof. Dr. Gunther Kohlmey (Jg. 1913) und *UTOPIE kreativ*-Chefredakteur Helmut Steiner. Die Redaktion wurde um einige - sämtlich aus Berlin stammende - Wissenschaftler aus der Generation der 35- bis 45jährigen erweitert: um den in Leipzig ausgebildeten Ökonomen und Afrikawissenschaftler Dr. Arndt Hopfmann, den Philosophen Dr. Arnold Schölzel und den Staats- und Ostasienwissenschaftler Dr. sc. Wolfram Adolph.

Zur ständigen Mitarbeiterin wurde außerdem - auch wenn es im Impressum erst seit 1997 vermerkt ist - die Historikerin Dr. sc. Ulla Plener. Verlagsorganisatorische Arbeiten übernahm die Mathematikerin Dr. Monika Noack, und als Korrektorin ist Dr. Ruth Andexel tätig.

In diesem Kreis - allerdings ohne Helmut Steiner, der Ende 1993 auf eigenen Wunsch ausschied - arbeitet die Redaktion bis heute. Bis zum Heft 47/48 (September/Oktober 1994) blieb es bei der zweimonatlichen Erscheinungsweise, dann entstanden wieder Monatshefte. Seit 1996 erscheinen jährlich 8 Monatshefte und 2 Zweimonatshefte (Juli/August und November/Dezember). Die Auflagenhöhe liegt bei rund 1000 Exemplaren, der derzeitige Verkaufspreis des Einzelheftes bei 7,50 DM. *UTOPIE kreativ* hat rund 600 Abonnenten - je zur Hälfte in Ost- und Westdeutschland.

Diskussion sozialistischer Alternativen

Im April 1997 erschien Heft 78 der *UTOPIE kreativ*. Zu Wort gekommen sind seit Heft 1 im September 1990 über 600 Autorinnen und Autoren aus Ost- und Westdeutschland, Ost- und Westeuropa und den USA. Das Alter der Autorinnen und Autoren reicht von 23 bis 93 - von ihre ersten Arbeiten veröffentlichenden Studentinnen und Studenten wie Jenny Niederstadt und Klaus Lederer aus Berlin bis zu solchen legendären sozialistischen Gesellschaftsanalitikern wie Günter Reimann (New York) und Jürgen Kuczynski.

Sie alle beteiligen sich in *UTOPIE kreativ* an einer Diskussion sozialistischer Alternativen, deren Anspruch Helmut Steiner im Editorial zu Heft 1 so umrissen hatte:

„Als Gesellschaftsordnung steht Sozialismus heute nicht zur Debatte. Aber die diesbezügliche Vergangenheit kritisch zu analysieren, über künftige sozialistische Entwicklungswege nachzudenken, Kriterien und Ziele sozialen Fortschritts in der Gegenwart zu formulieren, sozialistisch orientierte Alternativen für kapitalistisch bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte zu diskutieren - das bleiben unverzichtbare Aufgaben.“

Und weiter:

„Neue gesellschaftstheoretische Überlegungen und Lösungsvorschläge sind gefragt. Das schließt die kritische und selbstkritische Besinnung über die bisherige sozialistische Theorie und Praxis nicht nur ein, sondern setzt sie voraus. Es verlangt zugleich die unbefangene Kenntnismahme, Prüfung und Diskussion der in der Geschichte und Gegenwart weltweit erarbeiteten Sozialismus-Entwürfe. Wie vielfältig und facettenreich sind allein die auf Marx und Engels fußenden Konzepte. Selbst das Leninsche

Erbe und das seiner Zeitgenossen ist reicher und anders, als wir es in der Vergangenheit vielfach propagierten. Um wieviel mehr gilt dies für die - bestenfalls ignorierten, meist jedoch verdächtigten und bekämpften - religiös und sozialistisch geprägten, ökologischen und feministischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sozialismus-Projektionen. Unbefangene Kenntnisnahme, Prüfung und Diskussion dieser Konzepte verlangt, ihre Repräsentanten und theoretischen Vertreter in der Zeitschrift selbst zu Wort kommen zu lassen.“

Der Rückblick zeigt, daß die Zusammenführung von 1.: kritischem Rückblick auf die Sozialismusgeschichte; 2.: selbstkritischem Umgang insbesondere von aus der DDR stammenden Autorinnen und Autoren mit ihren eigenen früher veröffentlichten Arbeiten und 3.: zukunftsorientierter Sozialismuskritik tatsächlich zum bestimmenden Profil von *UTOPIE kreativ* geworden ist. Stellen wir einfach die Inhaltsverzeichnisse von Heft 1 und Heft 78 nebeneinander:

Heft 1 veröffentlichte zunächst die Präambel zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Die folgenden Beiträge dann wurden der Übersichtlichkeit im Heft wegen - denn es gibt nicht wie bei anderen ähnlichen Zeitschriften nur einem einzigen übergreifenden Thema gewidmete Hefte - in Rubriken zusammengefaßt. Deren Bezeichnungen kehren seitdem in mehr oder weniger regelmäßiger Folge in den Heften immer wieder - Kontinuitäten der Arbeit und Vielfalt der Debatte gleichermaßen sichtbar machend.

Unter der seither in jedem Heft am Beginn stehenden Rubrik „Essay“ im Heft 1 also ein Beitrag von Helga Königsdorf „‘Einig Europa’ oder die Idee von der ‘Deutschen Tüchtigkeit’“. Dann in der seither ebenfalls fast ständigen Rubrik „Gesellschaft - Analyse & Kritik“ von Reinhard Mocek „Unterwegs ohne Theorie. Anmerkungen zur Sozialismus-Diskussion“ und von Peter Hess „Kapitalismuskritik auf dem Prüfstand“. Die dritte Rubrik in Heft 1: „Europäische Linke - woher? wohin?“ mit Beiträgen von Winfried Morgenstern „Die Sackgasse und was danach kommt“. Diskussion über linke Politik in Ungarn“; Sibylle Schröder „Neuformierung der politischen Kräfte in der CSFR“; Frank Wilhelmy „Perspektive als Alternative? Gedanken zur Zukunft der PDS in Deutschland“ und Wolfgang Gehrcke „Die Linke zwischen Zusammenbruch und Neubeginn“. Darauf folgend in der Rubrik „DDR - historisch“ von Reinfried Musch „Zur Politikfunktion von Wissenschaft im Jahre 1989/90“ und von Christian Stappenbeck „‘Tarnorganisation für Kriegshetze und Spionage’. Der geheime Plan zur Liquidierung der Jungen Gemeinde 1953“.

Zu einem Forum besonders markanter individueller Positionsnahme

wurde die Rubrik „Standorte“, die in Heft 1 mit Beiträgen von Olaf Groehler „Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite der Geschichtsschreibung“ und Jutta Dittfurth „Radikalökologische Politik und Antikapitalismus“ eröffnet wurde. - Nicht in gleicher Weise fortgesetzt wurde indes die Rubrik „Lesenswert“, in der im Heft 1 mehrere Sichten auf das Buch von Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch „Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Antisemitismus in der deutschen Geschichte“ - und zwar von Kurt Julius Goldstein, Renate Krichner, Christine Scholz-Kauschke und Anette Leo - zusammengestellt und durch einen Beitrag von Schuder und Hirsch „Erfahrungen mit dem ‘Gelben Fleck’“ ergänzt wurden. Für eine solche zielgerichtete Zusammenführung ganz verschiedener Autoren fehlte später die Kraft - wie überhaupt natürlich die Ehrenamtlichkeit der Redaktionsarbeit nicht ohne Folgen für die Planmäßigkeit, Kontinuität und Intensität der Kooperation mit Autorinnen und Autoren bleiben konnte.

Feste - und auch profilbestimmende - Rubrik wurde „Dokumentierte Geschichte“: in Heft 1 mit dem Abdruck eines „Prawda“-Artikels von Leo Trotzki „Über den Fünfzigjährigen“ vom April 1920 über Lenin und einem Bericht von Wladislaw Hedeler „Zum 50. Jahrestag der Ermordung Leo Trozki. Ergebnisse und Lehren einer internationalen Konferenz“. - Leider nicht mit gleicher Regelmäßigkeit konnte die Rubrik „Sozialstatistik & Umfragen“ - in Heft 1 vertreten mit einem Aufsatz von Georg Rechel „Sozialporträt des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ - fortgeführt werden.

Bleiben die Rubriken „Konferenzen & Veranstaltungen“ und „Bücher und Zeitschriften“ - die erste fast, die zweite ganz lückenlos von Heft zu Heft ausgefüllt. In Heft 1 berichteten Arnold Schölzel unter der Überschrift „‘Der Sozialismus ist tot - Es lebe der Sozialismus?’“ über die 11. Berliner Volksuni und Hans-Christian Stillmark über „Experimenta 6 - Heiner Müller“, und im Rezensionsteil standen Bücher von Jürgen Kuczynski, Rudolf Bahro und Norman Birnbaum zur Debatte.

In Heft 78 stammt der Essay aus der Feder von Hans Misselwitz: „Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen - das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen“. Die nächste Rubrik dieses Heftes konnte bisher viel zu selten gesetzt werden - hier ist sie glücklicherweise vertreten: Unter „Konkrete Utopien“ unternahm Hanna Behrend einen „Rückblick aus dem Jahr 2000: Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?“

Die Rubrik „Gesellschaft - Analysen & Alternativen“ (der Rubrik-titel wird, wie man im Vergleich mit Heft 1 feststellen kann, durchaus

nicht dogmatisch behandelt) versammelt in Heft 78 Beiträge von Werner Seppmann „Konkurrenz und Gewalt. Entwicklungstendenzen des Risikokapitalismus“ und von Arndt Hopfmann „Transformation und Zukunftsfähigkeit. Zur Kritik eines nachholenden Transformations- und Entwicklungsparadigmas“. Unter „Dokumentierte Geschichte“ entwickelte Jochen Cerny eine „Einführung zu Wolfgang Harichs Programm für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (1956)“, bevor dann der Text von Wolfgang Harich „Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus“ selbst abgedruckt wurde. In der Rubrik „Die Linke im 20. Jahrhundert“ stellte Ulla Plener „Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit - Handlungsmotive - Lebensbilanz“ vor. Unter „Konferenzen & Veranstaltungen“ berichtete Horst Dietzel über eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über die PDS, und im Rezensionsteil ging es um Bücher von Ernstheinrich Meyer-Stiens (Hrsg.), Erich Kitzmüller, Arne Heise, Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.), Klaus M. Leisinger/Vittorio Hösle (Hrsg.), Halina Nelken, Willibald Jacob/Jakob Moneta/Franz Seghers (Hrsg.) sowie Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder. Neu eingeführt wurde die feuilletonistische Rubrik „Festplatte“, in der sich Wolfgang Sabath spöttisch-hintersinnig mit Artikeln und Standpunkten aus Tagespresse und Rundfunk auseinandersetzt.

„Sozialistische Ökumene“ und ein Stück eigenständiger Wissenschaftslandschaft

78 Hefte *UTOPIE kreativ* spiegeln auf ganz eigene Weise den widerspruchsvollen, gewundenen, an Schwierigkeiten nicht armen Weg derjenigen, die trotz und im vollen Bewußtsein des Scheiterns der DDR und des „Realsozialismus“ und in kritischer und oft schmerzhafter Selbstbesinnung nach gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus der Gegenwart suchen. Mögen sie sich Linke nennen oder Utopisten oder Visionäre oder sich jedweder solcher Kategorisierung verweigern, aus dem Osten kommen oder aus dem Westen, ihre Aufgabe jetzt vor allem in der Analyse der Vergangenheit sehen oder in der Skizzierung von Zukunftsideen, den Blick zuerst auf ihre unmittelbaren Lebensumstände gerichtet haben oder auf die Probleme globaler Dimension - mehr als 600 von ihnen haben in *UTOPIE kreativ* zum Mit-Denken, zur Gegenrede und zum Meinungsstreit aufgefordert. *UTOPIE kreativ* begreift sich als links verwurzelte, gleichwohl parteienübergreifende Beförderin des kulturvollen politischen Meinungsstreits und der zukunfts-

orientierten Nachdenklichkeit. Ihre Ost-Gebundenheit gehört zu ihrem Profil und ist doch - wie sich aus dem Autorinnen- und Autorenverzeichnis leicht ablesen läßt - nicht Einengung oder Beschränkung. Wollte man die Vision ihres Wirkens beschreiben, träfe wohl am ehesten der Begriff der „sozialistischen Ökumene“. Und in der Art ihrer Beiträge ist *UTOPIE kreativ* heute schon auch Chronistin des geistigen und praktischen Ringens um diese Ökumene in den vergangenen Jahren.

Seit Sommer 1995 hat dieses Ringen auch eine institutionalisierte Prägung erhalten: *UTOPIE kreativ* ist als PDS-nahe Zeitschrift gemeinsam mit der SPD-Zeitschrift *spw* (*Sozialistische Politik und Wirtschaft*) und der Zeitschrift *Andere Zeiten* von Bündnis 90/Die Grünen einer der Träger des „Crossover“-Prozesses, der seither auf einer großen Tagung (im Februar 1996 in Berlin - dokumentiert in einer gemeinsamen Zeitschrift, die bei *UTOPIE kreativ* als Heft 66/April 1996 eingeordnet ist) und mehreren kleineren Beratungen PolitikerInnen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS sowie WissenschaftlerInnen aus dem Umfeld dieser drei Parteien zusammenführte.

In der Wissenschaftslandschaft hat *UTOPIE kreativ* zweifellos einen besonderen Platz: Wohl nur selten sonst ist so konzentriert und vielfarbig gesellschaftswissenschaftliches Wissen und Nachdenken derjenigen DDR-Wissenschaftler versammelt, die „abgewickelt“ wurden und dennoch aktiv blieben - und zwar nicht, indem sie alte Thesen und Ansichten neu aufgossen, sondern weiterarbeiteten, also: alte Positionen in Frage stellten, neue Forschungen unternahmen und mit dem Blick des aktiv Beteiligten - und nicht des von draußen Draufschauenden - DDR-Geschichte und -Wissenschaftsgeschichte im besten Sinne des Wortes aufzuheben bemüht sind.

Freilich: Mißt man die Zahl derer, die da mittun, am Potential der DDR-Gesellschaftswissenschaften insgesamt, ist Nachdenklichkeit angezeigt. Denn viel zu viele der Älteren haben resigniert und aufgehört zu schreiben, und aus der Generation der 35- bis 50jährigen melden sich überhaupt nur sehr wenige zu Wort. Zuverlässige Aussagen über die Gründe dafür liegen uns nicht vor. Aber ahnen kann man, wieviele „abgewickelt“ wurden oder, wenn nicht, neuen Anpassungszwängen ausgesetzt sind.

Wie erfreulich daher, daß der Redaktion in wachsendem Maße Manuskripte aus bisher von der Zeitschrift noch nicht erschlossenen Gegenden der Wissenschaftslandschaft angeboten werden. So weist die AutorInnen-Liste mittlerweile auch einige im regulären Universitäts-

und Hochschulbetrieb verankerte Hochschullehrerinnen und -Lehrer aus, und Studentinnen und Studenten und jüngere WissenschaftlerInnen aus Ost und West spüren, daß ihnen *UTOPIE kreativ* interessante Publikations- und Diskussionsmöglichkeiten bietet.

Impulse für eine Erweiterung ihres AutorInnenkreises fließen *UTOPIE kreativ* auch aus den Jahreskolloquia des Fördervereins Konkrete Utopien e. V. zu. Außerdem gibt es eine Kooperation der Zeitschrift mit den PDS-nahen Stiftungen: mit der auf Bundesebene agierenden Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung in Berlin, dem Verein „Helle Panke“ in Berlin und den Rosa-Luxemburg-Vereinen in Brandenburg und in Sachsen.

Beständig ist das Streben von *UTOPIE kreativ*, auch Politikerinnen und Politiker für Wortmeldungen zu gewinnen.

Denn erstens gibt es ein spürbares Interesse des Lesepublikums daran, mehr und Ausführlicheres - und über einen längeren Zeitraum hinweg Nachlesbares - über deren Strategien und Auffassungen zu erfahren, und zweitens ist da - wohl nicht nur in der Redaktion - auch immer noch und immer wieder die Hoffnung, alternative Politik sollte vielleicht doch mit einer neuartigen Verbindung von Politik und Wissenschaft einhergehen können. Aber der Alltag läßt da manche Erwartung rasch zersterben.

Eine andere Erwartung hingegen erhält gerade in den jüngsten Ausgaben eine interessante Erfüllung: Immer schon hat *UTOPIE kreativ* versucht, in die Annäherung an die Diskussion sozialistischer Alternativen auch Künstler einzuschließen und die Debatte um Kultur und Kulturpolitik; und nun gibt es in den jüngsten Heften eine schöne Zunahme solcher Beiträge: in Heft 77 zum Beispiel zwei über Hans Mayer, in Heft 79 einen Text von Adolf Dresen „Über Kitsch und Kunscht. Neues aus der Theaterwelt“, und Heft 80 bietet eine ausführliche Dokumentation des Kulturforums der PDS, das im Dezember 1996 unter dem Titel „Leben ohne Arbeit?“ Künstlerinnen und Künstler, Politikerinnen und Politiker und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in mehreren öffentlichen Diskussionsrunden vereinigte.

Dort hatte auch sie wieder einmal ihren Platz, der sich die Zeitschrift ja eigentlich verschrieben hat und die trotzdem noch immer viel zu selten wirklich ihr Gegenstand ist: die Utopie. Natürlich: Die Diskussion geht weiter. Und *UTOPIE kreativ* lädt zur Beteiligung ein.

Wolfram Adolphi, Dr. sc. phil., Ostasienwissenschaftler, freiberuflicher Journalist und Publizist, ist seit Ende 1992 Redaktionsmitarbeiter von UTOPIE kreativ

WeltTrends - Internationale Anlyse aus deutsch-polnischer Sicht

Erhard Crome
Potsdam/Berlin

Die Zeitschrift *WeltTrends* ist eine Neugründung. Das erste Heft erschien im Herbst 1993. Der Gründung gingen zunächst umfangreiche inhaltliche Debatten zwischen Politikwissenschaftlern aus Potsdam und Berlin,

die sich mit internationaler Politik sowie mit Problemen des politikwissenschaftlichen Vergleichs vor allem der osteuropäischen Transformationsprozesse beschäftigen, voraus. Dabei spielten unterschiedliche Überlegungen eine Rolle.

Das außenpolitisch gebildete Fachpersonal der DDR, das diplomatische wie auch das wissenschaftliche, wurde 1990 völlig beiseite zu drängen versucht. Während etwa im Umweltschutzbereich aus der DDR stammendes Fachpersonal in erheblichem Maße, im Bereich des Verteidigungsministeriums immerhin noch in nennenswerter Größenordnung übernommen wurde, verstand man sich im Bereich der Außenpolitik dazu, die entsprechenden Spezialisten grundsätzlich nicht zu nutzen. Zugleich hatte sich jedoch mit den Veränderungen der europäischen Kräftekonstellation nach 1989 sowie mit der deutschen Vereinigung und der Erlangung der vollen Souveränität im 2+4-Vertrag die Lage Deutschlands insgesamt weitgehender und grundsätzlicher verändert, als es angesichts der inneren Lage in Ostdeutschland und der Zahl seiner Bevölkerung (etwa 20 Prozent der deutschen Bevölkerung) zunächst den Anschein hat. Die Gesamtlage Deutschlands in Europa und in der Welt ist eine andere, als es die der früheren Bundesrepublik Deutschland war. Die groß angekündigte „dritte außenpolitische Debatte der Bundesrepublik“, die eigentlich die erste außenpolitische Debatte Deutschlands hätte sein sollen, las sich in Zeitschriften und Zeitungen als Recycling überkommener linksrheinischer Bekenntnisse zu Europa und deutsch-amerikanischer Freundschaft der alten Bundesrepublik und verlief dann im Sande. So stand am Anfang die inhaltliche Wahrnehmung: Eine Folge der praktizierten Art und Weise der deutschen Vereinigung ist, daß eine ernsthafte Debatte um die Außenpolitik und die Interessen des vereinigten Deutschlands nicht stattfindet.

Das spiegelte sich auch in der deutschen Zeitschriften-Landschaft Anfang der 90er Jahre wider. Es gab - je nachdem, wie man zählt - drei oder vier außenpolitische Zeitschriften in Deutschland, die alle gleichermaßen "linksrheinisch" und mehr oder weniger regierungsnah sind und im Profil stärker Rücksicht auf offiziöse Positionen als auf wissenschaftliche Kriterien bei der Auswahl der Artikel und Autoren zu nehmen schienen. Insofern gab es 1993 eine Marktlücke für eine nicht-linksrheinische, nicht-regierungsnahe, allein wissenschaftlichen Interessen und Gesichtspunkten, nicht aber politischen Opportunitäten verpflichtete wissenschaftliche Zeitschrift zur internationalen Politik und zur vergleichenden Politikwissenschaft. Letzteres wiederum mit Schwerpunkt auf den Transformationsprozessen in Osteuropa, aber nicht darauf beschränkt.

Wie sich bei sich intensivierenden Diskussionen mit polnischen Kollegen, vor allem vom Westinstitut (Instytut Zachodni) Poznan, Anfang der 90er Jahre zeigte, gab es von ihrer Seite ein Interesse, eine engere Verbindung zwischen den außenpolitischen Debatten in Polen und in Deutschland herzustellen und polnische Positionen in die deutschen Diskussionen einzubringen. Insbesondere wurde große Übereinstimmung dahingehend festgestellt, daß die internationalen Konstellationen nach der großen europäischen Wende von 1989 neu bewertet werden müssen, wofür die alten Denkmuster und Ansätze aus der Zeit der Systemkonfrontation nicht geeignet sind. Übereinstimmung gab es auch dahingehend, dem deutsch-polnischen Verhältnis bei dem Nachdenken über die neuen Chancen und Probleme von Frieden, Sicherheit und Kooperation in Europa besonderes Augenmerk zu schenken. Dies wiederum entsprach den Überlegungen der Brandenburger und Berliner Kollegen, daß ein solches gemeinsamen Nachdenken gerade aus Brandenburger Sicht - das Bundesland mit der längsten gemeinsamen Grenze zu Polen - ein Beitrag zur Gestaltung des neuen deutsch-polnischen Verhältnisses sein kann.

So entstand das Projekt der gemeinsamen deutsch-polnischen Zeitschrift, die nach mehreren Diskussionsrunden den Namen *WeltTrends* erhielt. Von Beginn an bestand Übereinstimmung, nicht vornehmlich eine Zeitschrift zu deutsch-polnischen Themen zu machen, sondern durch die Zusammenarbeit mit dem polnischen Institut die Debatte zu bereichern, auf die insgesamt als 'Weltrends' zu erörternden Fragen neben dem ostdeutschen auch den polnischen Blick zu werfen. Dieses Konzept hat sich als tragfähig erwiesen. Obwohl 1993 mehrere Diskurskreise oben charakterisierte Lücke ausgemacht hatten und fast zeit-

gleich mit *WeltTrends* im Westen des Landes zwei weitere Neugründungen von wissenschaftlichen Zeitschriften erfolgten, die Probleme der internationalen Politik behandeln, sowie eine der betagteren Zeitschriften sich konzeptionell liftete, konnte *WeltTrends* ihren Platz behaupten.

Bei der Gründung waren sich alle Beteiligten des Risikos durchaus bewußt. Gewiß, der erste Satz des Editorials im ersten Heft lautete: "Krisenzeiten sind Gründerzeiten". Dennoch konnte man der Perspektive durchaus nicht sicher sein, es blieb ein Wagnis. Begründend hieß es dann weiter:

"Was also soll diese Hybris ostdeutscher Politologen nach Abwicklung und Warteschleifen? Wir haben uns gemeinsam mit polnischen Freunden zu diesem Sprung in die Arena der wissenschaftlichen Debatte erst nach langer Diskussion entschlossen. Argumente gegen das Projekt waren Legion, die favorisierenden in der Zahl geringer, aber letztlich gewichtiger und deshalb ausschlaggebend. Polnische Partner mit gleichartigen Problemhaushalten und festem Willen, in die europäische Debatte einzugreifen, stärkten unsere Gewißheit und das Potential für die neue Zeitschrift. Nicht unerheblich war für uns auch das neue Gefühl, bar jeglicher administrativer Bevormundung ein solches Projekt zu wagen."

Zum Selbstverständnis der Zeitschrift wurde von Anfang an zugleich betont:

"Es geht uns nicht um ein ostdeutsches Journal, sondern um ein anderes deutsches, das die heute vorhandene thematische Breite und regionale Vielfalt der Debatte zu internationalen Fragen annähernd widerspiegelt und das in der direkten Kooperation mit östlichen Partnern der nicht wegzuleugnenden Tatsache Rechnung tragen will, daß deren Probleme die Europas und damit auch die unsrigen sind."

Vor diesem Hintergrund galten für die Profilierung der Zeitschrift insbesondere drei Punkte: die strikte Berücksichtigung des akademischen, wissenschaftlichen Charakters der Zeitschrift, das Bemühen um kritischen Dialog mit dem Zeitgeist und die klare Position, daß *WeltTrends* nicht parteigebunden und regierungsfern ist.

Ausgehend von der Einschätzung: "Die bisherige Debatte in diesem Land erscheint uns defizitär. Sie thematisch und regional zu erweitern, um sie produktiver zu machen, ist unser vornehmstes Anliegen", wurde insbesondere Wert auf eine internationale Autorenschaft gelegt. Nicht nur für osteuropäische Autoren gilt, daß sie in deutschen Zeitschriften, außer wenn sie punktuell zu Problemlagen ihrer Herkunftsländer schreiben sollen, in der Regel nicht vorkommen. Die außenpolitische Debatte in Deutschland ist zumeist eine Debatte deutscher Autoren und eine, die konzeptionell und methodisch am mainstream aus den USA orientiert

ist. Bei *WeltTrends* wurden Autoren etwa aus Chile, Finnland oder Norwegen gewonnen, nicht über chilenische, finnische und norwegische Fragen zu schreiben, sondern zu Themen wie "Neue Weltordnung" oder "Zerfall von Imperien". Neben der spezifischen Einbeziehung osteuropäischer Sichten wurde so das Hereinholen internationaler Beiträge auch aus anderen Weltgegenden in die deutschen Debatten zu einem Markenzeichen von *WeltTrends*.

Jedes Heft enthält einen Themenschwerpunkt, der dem Namen der Zeitschrift auch entspricht. Neben "Neue Weltordnung" und "Zerfall von Imperien" wurden globale Themen behandelt wie "Migration", "Reform der UNO" und "Globaler Kulturkampf?", aber auch Probleme Europas bzw. Osteuropas wie "Realer Post-Sozialismus", "NATO-Ost-erweiterung" und "Chaos Europa". Ende 1996 wurde ein spezifisches Heft zu den Beziehungen zwischen "Deutschland und Polen" herausgebracht; 1997 soll ein Heft zu den deutsch-tschechischen Beziehungen folgen. Wie problematisch es sein kann, wenn ein Schwerpunkt behandelt wird, den die linkselbischen Diskursverwalter noch nicht freigegeben haben, spürte *WeltTrends*, als in Nummer 4 unter der Überschrift "Geopolitik" die Frage debattiert wurde, ob eine analytisch gewendete Geopolitik vielleicht Erkenntnisgewinn erwarten lassen könnte bei der Analyse der internationalen Beziehungen - eine in den USA oder Frankreich völlig normale Fragestellung. In der deutschen Presse dagegen rief dies gereizte Reaktionen hervor und die Unterstellung, so fragende ostdeutsche Intellektuelle seien am Abhandenkommen des Marxismus irre geworden und würden nun rechten Vereinfachungen aufsitzen.

In unregelmäßiger Folge hat *WeltTrends* Themen der Geschichte der Außenpolitik der DDR behandelt, darunter zum Verhältnis der DDR bzw. der Ostdeutschen zu Polen (Heft 13 und 14). Zugleich blieb Osteuropa auch außerhalb der Themenschwerpunkte im Blickpunkt der Zeitschrift. Konzeptionell wurden stets Autoren unterschiedlicher wissenschaftlicher Strömungen und Denkschulen im Bereich der internationalen Politik und ihr nahestehender Disziplinen zum Meinungsstreit eingeladen. Zugleich bietet *WeltTrends* besonders auch jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, neue Forschungsergebnisse vorzustellen.

Herausgegeben wird *WeltTrends* gemeinsam von einem eigens geschaffenen Verein *WeltTrends* e.V. mit Sitz in Potsdam und dem Westinstitut Poznan. Die Zeitschrift erscheint heute mit freundlicher Unterstützung der Universität Potsdam, der Stiftung Westinstitut Poznan, der Humboldt-Universität zu Berlin sowie der Adam-Mickiewicz-Univer-

sität Poznan. Ein Wissenschaftlicher Beirat, dem auch bekannte Fachleute aus ganz Deutschland sowie aus Polen angehören, trägt seit geraumer Zeit zur inhaltlichen Profilierung der Zeitschrift bei.

Die Auflage von *WeltTrends* liegt bei 800 Exemplaren, wovon über 450 im Abonnement bezogen werden; 150 Exemplare pro Ausgabe werden regelmäßig nach Polen gesandt. Bisher gibt es nur eine deutsche, keine polnische Ausgabe der Zeitschrift. Letzteres wäre wünschenswert, ist aber bisher nicht realisierbar. Die Redaktionssitzungen finden abwechselnd in Potsdam und Poznan statt.

Trotz der momentan festzustellenden Annäherung zwischen beiden Ländern bleibt die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen angesichts der Belastung der Vergangenheit, insbesondere der aus der Zeit der Nazi-Barbarei, ein besonders komplizierter Prozeß. In Gestalt von *WeltTrends* wird ein bescheidener Versuch unternommen, auf einem spezifischen Feld dazu einen Beitrag zu leisten. *WeltTrends* versteht sich als Mittler und Förderer des wissenschaftlichen Dialogs zwischen Deutschland und Polen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Wissenschaftslandschaft in der Region Berlin-Brandenburg und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So wurde *WeltTrends* zu einer der in Deutschland erscheinenden außenpolitischen Zeitschriften, die weit über die Region hinaus wahrgenommen werden.

Erhard Crome, Dr. rer.pol. habil., Politikwissenschaftler an der Universität Potsdam, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Zeitschrift WeltTrends

Spezialstudie und Gesamtschau 25 Jahre *asien, afrika, lateinamerika*

Martin Robbe
Berlin

Die Zeitschrift *asien, afrika, lateinamerika* erscheint jetzt im 25. Jahrgang. Ihre Anfänge reichen indessen weiter zurück, und ihre Geschichte war bewegt; sie er- und überlebte zwei Einschnitte von existentieller Bedeutung.

Unfreundliche Übernahme der MIO

Am 10. April 1947 beschloß das Plenum der Deutschen Akademie der Wissenschaften – nachdem 1912 eine „Orientalische Kommission“ entstanden war –, ein Institut für Orientforschung zu gründen. Dieses war zunächst stark traditionell geprägt, doch setzte es sich bald, ohne davon Aufhebens zu machen, über damit verbundene Schranken hinweg. In Beschäftigung mit Asien und Afrika vereinte es verschiedene Disziplinen: Sprachwissenschaft, Archäologie, Geschichte, Ethnologie. Und es suchte die Zeitspanne von der alten bis zur neuen und neuesten Geschichte zu erfassen.

Seit 1950 erschien eine Monographien-Reihe „Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung“. 1953 kam auf Initiative von Richard Hartmann, des ersten Direktors, und betreut vom Akademie-Verlag eine Zeitschrift hinzu: die *Mitteilungen des Instituts für Orientforschung* (MIO). Sie stand von Anfang an Nicht-Institutsangehörigen offen. Und sie machte den Wandel mit, den das Institut vollzog, was sich u. a. darin äußerte, daß sie sich zunehmend auch Gegenwartsfragen zuwandte. 1966, mit Band XII, signalisierte ein neues Outfit inhaltlich-strukturelle Veränderungen: Die Zeitschrift brachte fortan jährlich vier Hefte heraus, wovon jeweils eins einer ausgewählten Bibliographie deutscher Literatur über Asien und Afrika vorbehalten war, während für die übrigen drei Hefte eine größere Vielseitigkeit angestrebt wurde; so sollten Artikel, dem Charakter einer Zeitschrift entsprechend, kürzer sein, und eine Rubrik „Information und Diskussion“ sowie Rezensionen wurden neu aufgenommen.

Das veränderte Konzept der Zeitschrift bewährte sich. Die Zeitschrift konnte, dies ein Gradmesser dafür, ihre Auflage erhöhen.

1967 feierte das Institut für Orientforschung den zwanzigsten Jahrestag seiner Gründung, frohgemut und stolz. Die Zahl seiner Mitarbeiter war von 12 auf 61 gewachsen. Die von ihm getragenen Veröffentlichungen füllten ein Verzeichnis von 40 Seiten¹. Doch nur zwei Jahre später brach eine „Reform“ über die Akademie herein, aus der u. a. verschiedene „Zentralinstitute“ hervorgingen. Dahinter stand eine vom VII. Parteitag der SED gegebene Orientierung und im Zusammenhang damit die Überzeugung, daß die Welt sich im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus grundsätzlich bipolar entwickle. Die relative Eigenständigkeit der Entwicklungsländer geriet tendenziell aus dem Blickfeld, was auch zur Auflösung des Instituts für Orientforschung führte (sein damaliger Direktor Fritz Hintze erfuhr davon erst im nachhinein).

Der MIO ging damit ihr institutioneller Rückhalt verloren. Die Mitarbeiter, die sie betreut hatten, wollten sie, ermutigt von Kollegen, am Zentralinstitut für Geschichte, zu dem sie gekommen waren, fortführen. Doch der Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften (Zentraal) beanspruchte die MIO-Lizenz, um ein eigenes Organ herauszubringen, und befand sich darin in Übereinstimmung mit der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED. Der ungleiche Streit währte immerhin zwei Jahre. Die zuständige Akademieleitung war sogar bereit, in dieser Frage der ZK-Abteilung zu trotzen, doch die Institutsdirektion kapitulierte. 1973 erschien Band 1 von *asien, afrika, lateinamerika* (aala), deklariert als „Zeitschrift des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR“. In ihrem Geleitwort sprachen Gerhard Hahn und Lothar Rathmann von einer „Übernahme der ‚Mitteilungen des Instituts für Orientforschung‘“ – heute würde man wohl von einer unfreundlichen bzw. feindlichen Übernahme sprechen –, der sie bescheinigten, „in den vergangenen Jahren wertvolle Forschungsergebnisse verschiedener Disziplinen veröffentlicht“ zu haben². Fortan verschwieg die neue Zeitschrift – auch in ihrer Jahrgangszählung –, daß sie eine Vorläuferin hatte.

Der Wunsch des Zentraal nach einer eigenen Zeitschrift war verständlich. Aufgrund der knappen Papier- und Druckkapazitäten war offenbar an eine Neugründung kaum zu denken. Doch mußte der Zentraal deshalb, die Frage bleibt, ein ohne ihn florierendes Unternehmen an sich reißen? Jeder, der wollte, konnte schließlich in der MIO publizieren.

aala-Monopolstellung?

Peter Sebald, der erste aala-Chefredakteur, ging mit Elan an die Arbeit. Er hatte, soweit dies möglich und sinnvoll war, die Unterstützung derer, die zuvor die MIO betreut hatten. (Als ihn, dies nebenbei bemerkt, das Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen, bei dem die Redaktion "angesiedelt" war, in unschöner Weise seiner Funktion enthob, fand er in der Abteilung "Geschichte der Entwicklungsländer" des Akademie-Zentralinstituts für Geschichte eine neue Wirkungsstätte.)

asien, afrika, lateinamerika erschien ab 1974 sechsmal im Jahr, und das blieb bis heute so. Ab 1976 kamen, um im Ausland wirksamer zu werden, "special issues" hinzu, hauptsächlich in Englisch (Arabisch kam auch einmal vor), und zwar ein- bis dreimal jährlich.

In den Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften spielte die Zeitschrift, schon weil sie konkurrenzlos war, eine zentrale Rolle. Sie suchte, zumindest vom Ansatz her, allen im Zentral vertretenen Disziplinen gerecht zu werden. Das gelang ihr begrenzt; die damit verbundene Heterogenität der Themen – das reichte von der Wörterbuchgestaltung über die afrikanische Landwirtschaft bis zur Nichtpaktgebundenheit – war allerdings einem klaren inhaltlichen Profil abträglich. Die Zeitschrift stand der Politik nahe. Regelmäßig veröffentlichte sie Beiträge zu politischen und theoretischen Grundfragen, und wiederholt äußerten sich Politiker in ihr, darunter das damalige Politbüromitglied Hermann Axen, stellvertretende Minister, übrigens auch J. M. Primakow, der heutige russische Außenminister. Ausführlich berichtete sie über das wissenschaftliche Leben in der DDR wie über die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Staaten. Eine Monopolstellung hatte die Zeitschrift indessen nicht inne. Es gab andere Zeitschriften, in denen Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaftler publizierten, darunter die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, die *Ethnographisch-archäologische Zeitschrift*, die *Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung* und die *Wissenschaftlichen Zeitschriften* der Universitäten und Hochschulen; die altorientalischen Disziplinen verfügten ohnehin über eigene Publikationsorgane. *asien, afrika, lateinamerika* war auch kein Organ der DDR-Außenpolitik, wenngleich es wiederholt Bestrebungen gab, sie in diese Rolle zu drängen, und Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums stets als Gutachter tätig waren.

Die Zeitschrift teilte insgesamt – wie hätte es anders sein können – Stärken und Schwächen des Wissenschaftsbetriebes, der hinter ihr

stand, wenngleich nicht alles, was dort gedacht und diskutiert wurde, in ihr zur Sprache kam (das verhinderte eine Zensur, die nicht nur administrativ tätig, sondern von Autoren in hohem Maße auch verinnerlicht war). In Behandlung der Systemauseinandersetzung dominierte das Apodiktische und eine heute peinlich berührende Schwarz-Weiß-Malerei, während eine Problematisierung unterentwickelt war. Wer in der Zeitschrift nach Belegen für Obrigkeitshörigkeit und Dogmatismus sucht, findet sie mühelos, nur dem Gesamtphänomen wird er nicht gerecht. Es gab zahlreiche ausgezeichnete Spezialstudien, die noch heute Bestand haben. International bekannte Wissenschaftler, etwa Walter Ruben und Manfred Kossok, nahmen zu konzeptionellen Fragen ihrer Arbeit Stellung. Und im Nacheinander der Jahrgänge zeichnet sich, schon in der Wahl der Themen und wie diese behandelt wurden, Geschichte ab, die der DDR, die der Dritten Welt und die der Beziehungen beider zueinander. Das geht mit Einsichten einher, die Autoren zu Papier brachten. Stand relativ lange eine nichtkapitalistische Entwicklung bzw. sozialistische Orientierung in den Entwicklungsländern im Zentrum ihrer Erörterungen, so wandten sie sich in Reaktion auf die entsprechende Praxis dann verstärkt der Frage nach den Fortschrittspotenzen einer kapitalistischen Entwicklung und der Dialektik von Reform und Revolution zu. Allerdings nur ansatzweise kam zustande, was der organisatorische Rahmen der Zentral eigentlich ermöglichen und befördern sollte, nämlich die interdisziplinäre Zusammenarbeit und Zusammenschau.

On the road

1989 würdigte die Zeitschrift noch, wenngleich bescheiden, den 40. Jahrestag der DDR. Auf die Wende in diesem Staat ging sie erstmals in einer in Heft 2/1990 von Holger Fischer im Namen aller Mitarbeiter unterzeichneten Erklärung an die Leser und Autoren ein (der Chefredakteur war zurückgetreten). Die DDR-Wissenschaft sei deformiert worden, doch habe sie auch "viele solide, international anerkannte Ergebnisse" erbracht, heißt es darin, und beides habe sich in der Zeitschrift niedergeschlagen.³ Das gleiche Heft berichtete noch von einer Plenartagung des Zentral am 19. Oktober 1989 in Berlin, um anzumerken, daß dieser am 31. März 1990 aufgelöst worden sei.⁴

Was sollte aus der Zeitschrift werden? Sie war das Organ des Zentral, folglich heimatlos geworden.

Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaftler, die an der Aka-

demie der Wissenschaften wirkten, wollten dort, anknüpfend an das 1969 aufgelöste Institut für Orientforschung, ihre Disziplinen erneut institutionell etablieren und stellten einen entsprechenden Antrag an das Akademie-Präsidium. Im Zusammenhang damit trachteten sie danach, die Zeitschrift *asien, afrika, lateinamerika* zu übernehmen; schließlich war diese aus der MIO, einem Akademie-Unternehmen, hervorgegangen. Der Plan eines eigenen Instituts zerschlug sich, wenngleich die Akademieleitung Wohlwollen signalisiert hatte: Die Akademie wurde zum 31. Dezember 1991 abgewickelt. Die Sache mit der Zeitschrift klappte noch, wenngleich ihre Übernahme durch den Gang der Ereignisse ihren ursprünglichen Sinn verlor. Ab Heft 3/1990 trat das Akademie-Institut für Allgemeine Geschichte, vertreten durch Martin Robbe, als neuer Herausgeber auf. Es gelang, u. a. Lothar Brock, Franz Nuscheler und Udo Steinbach aus der alten BRD bzw. den alten Bundesländern zur Mitwirkung zu gewinnen.

Der Übergang in die neue BRD vollzog sich zunächst ziemlich reibungslos. Es lagen genügend Spezialstudien vor – diese waren ohnehin die Stärke der Zeitschrift –, um die nächsten Hefte zu füllen. Ab 1991 griff die Zeitschrift zunehmend Themen auf, die sich aus dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende des Ost-West-Konflikts ergaben. In der Hoffnung auch, damit ihren Bestand sichern zu können, entwickelte sie zudem eigene Initiativen. So hatte im Februar 1990, noch während der deutschen Zweistaatlichkeit also, in Dresden ein gesamtdeutsches Kolloquium zu dem Thema „Konflikte und Konfliktregelungen in den internationalen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Geschichte und Prognosen“ stattgefunden. In zwei Heften des darauffolgenden Jahres veröffentlichte die Zeitschrift „Dresdner Nachbetrachtungen“. Das Kolloquium war, dies machte seinen besonderen Reiz aus, zeitlich unmittelbar in die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa hineingeraten – da mochte es aufschlußreich sein, ein Jahr danach Kolloquiumsteilnehmer zu fragen, was sie über die damalige Veranstaltung, ihren eigenen Beitrag zu ihr und die danach eingetretenen Veränderungen dachten. Zu denen, die sich äußerten, gehörten Immanuel Geiss, Joachim Heidrich, Gerhard Höpp und Dieter Senghaas. Im Mai 1991 veranstaltete die Zeitschrift gemeinsam mit dem Institut für Allgemeine Geschichte ein Kolloquium zu Krise und Krieg am Golf und veröffentlichte Materialien davon in den Heften 5 und 6 des laufenden Jahrgangs.

Eine Aufbruchstimmung, wenngleich nicht ohne Skepsis und Ängste, beherrschte diese Monate. Sie schwand.

Die Zeitschrift lebte bis dahin vom DDR-Wissenschaftsbetrieb. Mit dessen Dezimierung – bis heute verloren über 80 Prozent der noch 1990 in der DDR tätigen Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaftler ihre Stellen – büßte sie in erheblichem Umfang Autoren und Abonnenten ein. Die Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, ohnehin nie stabil, brachen weg. Die Unterstützung, die aus den alten Bundesländern und dem westlichen Ausland kam, machte diese Verluste nicht ohne weiteres wett. Mit der Abwicklung der Akademie verlor die Redaktion ihre hauptamtlichen Mitarbeiter; ein ABM-Projekt, nach dreivierteljähriger Verzögerung genehmigt, schuf lediglich für zwei Jahre Abhilfe. Die Akademie-Evaluierer hatten *asien, afrika, lateinamerika* zwar als „fortsetzungswürdig“ bezeichnet, doch fühlte sich von denen, an die diese Feststellung hätte gerichtet sein können, niemand angesprochen. Der Akademie-Verlag, selbst in Bedrängnis, gab die Zeitschrift auf. Die Gordon and Breach Publishing Group übernahm sie, und zwar ohne – im Unterschied zu anderen Verlagen, die auch ein Interesse bekundet hatten – einen Zuschuß zu fordern. Das war in der ansonsten miserablen Situation ein ausgesprochener Glücksfall. Doch ist offenbar kein Glück vollkommen; der Verlag ließ und läßt die Zeitschrift in Asien (Singapore, Malaysia, Indien) herstellen, was einen zusätzlichen Arbeitsaufwand (u.a. durch ein Mehr an Korrekturen) bedingt, und das beim Fehlen einer hauptamtlichen redaktionellen Kraft.

Den inhaltlichen Bruch mit Unhaltbarem in der Vergangenheit nahm die Zeitschrift eher pragmatisch vor. Wortmeldungen, die ihn ausdrücklich reflektierten, blieben selten. Kaum jemand von den Autoren, die vor der Wende das theoretische Profil der Zeitschrift bestimmten, hat sich ungeachtet entsprechender Einladungen danach in ihr zu Wort gemeldet. Es ist schon etwas gespenstisch, daß da Gedankenstränge so abrupt abbrechen.

Eine Erweiterung ihrer Herausgeberschaft 1995 brachte der Zeitschrift neue Impulse. Bisher äußerte sich das vor allem in der Gestaltung themenbezogener Hefte. 1996 behandelte ein Heft „Entwicklungstheorie – Krise und Chance“, ein anderes „Frauen in Transformationsprozessen“, während 1997 zwei Hefte dem Komplex „Gegenseitige Wahrnehmungen – Orient und Okzident seit dem 18. Jahrhundert“ gewidmet sind (u.a. mit einem Interview mit Edward Said). Es gelingt so, langfristig interessante Probleme aufzugreifen und kompetente Wissenschaftler für ihre Behandlung zu gewinnen.

Was die Zeitschrift zu DDR-Zeiten nicht recht bewältigte, scheint indessen inzwischen noch schwieriger geworden zu sein: angestammte

Grenzen zwischen Wissenschaftsdisziplinen zu überwinden. Mancher Politologe etwa scheint, zugespitzt formuliert, angesichts des Neuen, das er in die Beschäftigung mit Entwicklungsländern einbringt, den Orientalisten als jemanden wahrzunehmen, der den Orient auf Grammatik reduziert, während letzterem an seinem politologischen Kollegen vor allem auffällt, daß er keine orientalischen Sprachen beherrscht. Dabei steht Wissenschaft der Dritten Welt – wie wohl der Gesellschaft allgemein – nach wie vor ziemlich hilflos gegenüber. Da wäre es schon angezeigt, unter Verzicht auf Eitelkeiten und Konkurrenzverhalten Anstrengungen zu bündeln, um eine Gesamtschau vom Menschen in seiner individuellen wie gesellschaftlichen Existenz zu gewinnen. Das nun ist schon ein anderes Thema; doch *asien, afrika, lateinamerika* könnte – bei fortzuführender Pflege der Spezialstudie – hier anregend wirken, was ihr einen unverwechselbaren Platz in der deutschen Wissenschaftslandschaft einbringen würde.

*Martin Robbe, Prof. Dr. phil., Historiker und Orientalist, ist Mitherausgeber der Zeitschrift *asien, afrika, lateinamerika**

Anmerkungen:

¹ Die Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung und seiner Mitarbeiter. Zusammengestellt von Friedmar Geißler, Berlin 1968.

² Gerhard Hahn/Lothar Rathmann: Zum Geleit. In: *asien, afrika, lateinamerika*, 1(1973)1, S. 5

³ *asien, afrika, lateinamerika*, 18(1990)2, S. 209

⁴ Ebenda, S. 343 f.

Für eine übergreifende Perspektive auf die Romania: *Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik*

Thomas Höpel
Leipzig

Grenzgänge - dieser Name für eine 1994 gegründete romanistische Zeitschrift steht für einen programmatischen Ansatz, der für die deutschsprachige Romanistik der neunziger Jahre geradezu als Herausforderung gelten kann.¹ *Grenzgänge* will entlang verschiedener Grenzen und über sie hinweg in die Diskussion eingreifen. Die Redaktion erinnerte in ihrem programmatischen Editorial von Heft 1 an ein Gründungsmotiv der romanischen Philologie im nachnapoleonischen Deutschland, das sie weiterhin als relevant einstufte: die Möglichkeit der Auseinandersetzung der Deutschen mit den romanischen Nachbarvölkern und so mit ihrer eigenen Identität. Das schloß den Gedanken des Kulturtransfers, der kulturellen Grenzgängerschaft von vornherein mit ein. Da dieser Gedanke aber mit der spezialistischen Vereinzelung der Disziplinen, die in jüngster Zeit in der Aufspaltung des Romanistenverbands in verschiedene Fachverbände nicht den einzigen Ausdruck fand, in den Hintergrund trat, wollten die *Grenzgänge* den Blick auf gemeinsame Interessen und auf das Fach als Ganzes lenken, die Beunruhigung über den Zustand in eine Einladung zur produktiven Neuerung wandeln.

Die Intentionen der Initiatoren

Die Gründung der Zeitschrift *Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik* steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Umbruch in Ostdeutschland und dem damit verbundenen Neuaufbau der romanistischen universitären Landschaft. Gerade mit Blick auf das in weiten Teilen der westdeutschen romanistischen Zunft verbreitete Krisenbewußtsein² wurde diese Erneuerung auch als Chance begriffen, um Modernisierungsbewegungen in Gang zu bringen. In *Grenzgänge* sollte dieser Umstrukturierungsprozeß und der teilweise Neuaufbau der Romanistik in der ehemaligen DDR, die als Ausgangspunkt für eine notwendige Verständigung zwischen den akademischen Gemeinschaften in Ost und West verstanden werden, dokumentierend und anregend be-

gleitet werden. *Grenzgänge* wollte damit auch Forum der gemeinsamen Sprachfindung im Dialog und beim Zusammenwachsen der romanistischen Gemeinschaften in der ehemaligen Bundesrepublik bzw. der ehemaligen DDR sein. Die redaktionelle Verwurzelung der Zeitschrift in Leipzig, Potsdam und Frankfurt/Main und die Unterstützung, die die drei Universitäten dem Projekt gewährten, deuten diesen grenzüberschreitenden Ansatz der Zeitschrift auch personell bzw. institutionell an. Zudem wurden die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift auch nach ihrem Verhältnis zu bzw. ihrer Stellung in der Romanistik an ostdeutschen Universitäten (nach der Abwicklung) ausgewählt und um Mitwirkung gebeten.

Neben der Begleitung des strukturellen Erneuerungsprozesses zielten die *Grenzgänge* auch auf eine inhaltliche Modernisierung des Faches. Ohne die zwingende Notwendigkeit der Spezialisierung in der Romanistik zu verkennen, war die Zeitschrift von Anfang an darauf aus, den Blick auf die gemeinsamen Interessen und auf das Ganze des Faches zu richten und auch offen für Gedanken aus benachbarten Disziplinen zu sein. Die programmatische Zusammensetzung von Redaktion und Beirat aus Literatur- und Sprachwissenschaftlern, Historikern und Landeskundlern dürfte als durchaus originell angesehen werden und sollte sich in interdisziplinären Themenschwerpunkten niederschlagen.

Die Redaktion erinnerte dabei auch an die Ursprünge der Romanistik, sind doch von der romanischen Philologie der Gründer heute als gemeinhin anerkannte Wissenschaftsgebiete nur die Sprach- und die Literaturwissenschaft geblieben. Die Volkskunde, die einst von einem Ordinarius mitvertreten wurde, fristet als eine in der übergroßen Mehrheit der Universitäten mit der Didaktik verbundene Landeskunde weitgehend ein Schattendasein und wird von den Sprach- und Literaturwissenschaften marginalisiert. Das verschenkt zum Teil die Chance, sprach- und literaturwissenschaftliche Reflexionen mit kulturwissenschaftlichen Fragestellungen umfassender zu verbinden. Die Intention der Redaktion und des Beirats der *Grenzgänge* wollte aber genau solche Beziehungen knüpfen.

Damit mischt sie sich zwangsläufig in die Diskussion ein, die um die aktuelle Verfassung und die Perspektiven der Romanistik geführt wird. Diese Diskussion zu begleiten und anzuregen war zugleich explizites Gründungsanliegen der Zeitschrift. Es sollten deshalb auch Texte, die über Geschichte, Standort und Zukunftsmöglichkeiten der Romanistik Auskunft geben bzw. Perspektiven zur Diskussion stellen, sowie kultur-, bildungs- und wissenschaftspolitische Fragen behandeln, Raum finden.

Die Zeitschrift sollte damit zugleich studien-, lehr- wie forschungsrelevante Themen in den Blick nehmen und eben damit nicht nur für ro-

manistische Fachwissenschaftler und andere mit Themen aus der Romania befaßte Wissenschaftler interessant und nützlich sein, sondern auch für Studierende. Gerade ihnen sollte Orientierung in einem Fach geboten werden, das durch starke innere Widersprüche und eine ungewöhnliche Breite der Themenfelder gekennzeichnet ist. Mit besonderem Augenmerk auf diese Lesergruppe sollten daher mit Forschungsberichten, die in bestimmte Themen und Gebiete einführen, Orientierungen für das und im Studium in einer immer unübersichtlicher werdenden Literaturlage geboten werden.

Diese Intentionen waren für die strukturelle Gliederung der Zeitschrift maßgebend. Drei Rubriken sollten die thematischen Anliegen ordnen und damit dem Leser die Orientierung erleichtern. Die erste, zumeist einem thematischen Schwerpunkt gewidmete Rubrik sollte interdisziplinären und historisch vergleichenden Studien im Schnittpunkt von Sprache, Literatur und Geschichte vorbehalten sein. Die zweite Rubrik wurde für Forschungsberichte vorgesehen, die in bestimmte Themen und Gebiete einführen und einen aktuellen Forschungsüberblick geben. In der dritten Rubrik - Romanistik und Gesellschaft - sollten kultur-, bildungs- und wissenschaftspolitische Fragen im näheren und weiteren Umfeld der romanistischen Forschung und Lehre behandelt und diskutiert werden. Zugleich sollten durch „Informationen aus den ostdeutschen romanistischen Instituten“ die personellen und strukturellen Veränderungen sowie die Aktivitäten in Lehre und Forschung in den ostdeutschen Instituten dokumentiert und damit zur gegenseitigen Information beigetragen und zur Kommunikation angeregt werden.

„Heroische Illusion“ und Zwänge der Umsetzung

Nunmehr liegen die ersten drei Jahrgänge komplett vor - mit einem deutlich größeren Umfang als ursprünglich geplant -, das siebte Heft steht kurz vor der drucktechnischen Fertigstellung und Heft 8 ist im Themenschwerpunkt bereits abgeschlossen. In ihnen wurden dem programmatischen Ansatz verpflichtete Themenschwerpunkte wie „Kulturtransfer zwischen Deutschland und Frankreich“, „Kanada am Grenzweg“, „Neue Romania in Afrika“, „Beschreibung nach der Postmoderne“ und „Entwicklung des Spanischen in der Moderne unter besonderer Berücksichtigung des französischen Einflusses“ behandelt.

Ein Blick auf Autoren und Themen der einzelnen Aufsätze scheint aber für einen genaueren Vergleich mit den ursprünglichen Intentionen, die mit der Gründung der Zeitschrift verfolgt wurden, aussagekräftiger als der einfache Verweis auf globale Titel, die manches verdecken können. Auch wenn das Vorgehen schablonenhaft und im Einzelfall im ge-

wissen Grade willkürlich ist (da die Anzahl der Aufsätze pro Schwerpunkt erheblich schwankt), wurden die dreiundvierzig Beiträge der Themenschwerpunkte und die dreizehn Forschungsberichte nach den von ihnen hauptsächlich behandelten romanischen Sprachen gruppiert.³ Dabei ergibt sich folgendes Bild: Beiträge zum Französischen stellen die absolute Mehrheit dar (31 von 56), wobei allein sechzehn sich dem Französischen in der neuen Romania (Kanada und Afrika) und fünf sich kulturellen Transferprozessen zwischen Deutschland und Frankreich widmen. Zehn Beiträge wenden sich der spanischen Sprache und Kultur zu, davon nur einer einer Varietät von außerhalb der Pyrenäenhalbinsel. Beiträge zur italienischen (3), portugiesischen (2) und rumänischen (1) Kultur und Sprache sind auffällig schwach vertreten. Vier Beiträge sind der Geschichte der Romanistik und fünf einem übergreifenden Thema gewidmet. Der Eindruck, daß das Französische auffallend überrepräsentiert ist, bestätigt sich, wenn die Gruppe der nicht-deutschen Autoren in den Blick genommen wird: hier stehen zehn Französischsprachige (5 Franzosen, 5 französischsprachige Außereuropäer) vier Spaniern gegenüber - Portugiesen, Italiener (wenn man einmal vom Interview mit Umberto Eco absieht), Rumänen haben überhaupt nicht in den *Grenzgängen* publiziert.

Was das Anliegen der Gründer betrifft, sich Anregungen aus anderen Disziplinen zu öffnen, so ist festzustellen, daß neben fünfundzwanzig von Sprachwissenschaftlern, zwanzig von Literaturwissenschaftlern und fünf von Landeskundlern/Kulturwissenschaftlern verfaßten Beiträgen, auch Beiträge von Historikern (4), Philosophen (3) und Germanisten (3) stehen. Nichtromanisten⁴ zählen damit in begrenztem Umfang, aber das war für eine alles in allem romanistische Zeitschrift auch kaum anders zu erwarten, zu den Autoren. Eine systematische Einbeziehung von Texten aus der Feder von Nichtromanisten zu den Themenschwerpunkten unterbleibt allerdings.

Das Verhältnis der Artikel, die von Sprach-, Literaturwissenschaftlern und Landeskundlern/Kulturwissenschaftlern verfaßt wurden, illustriert das derzeitige Verhältnis innerhalb der institutionalisierten Romanistik: sowohl in bezug auf die Stellenverteilung als auch auf den den einzelnen Fächern zugewiesenen Stellenwert. Allerdings sollte dabei eingeschränkt werden, daß eine zu eng an solchen kategorialen Einordnungen haftende Einschätzung nicht unbedingt der Realität, so wie sie sich in den Heften gezeigt hat, entspricht: kann doch ein Literatur- oder Sprachwissenschaftler durchaus Grenzen zu den Kulturwissenschaften überschreiten und Ideen aus anderen Disziplinen kreativ in die Argumentation einbinden.

Die heroische Illusion, das Ganze des Faches in den Blick zu neh-

men, konnte damit also nur mit Abstrichen umgesetzt werden. Auffallend ist die bislang deutlich majoritäre Position, die Frankreich, den frankophonen Kulturen und dem Französischen in den *Grenzgängen* eingeräumt wurde. Das mag vielleicht zum Teil an der engen persönlichen Verankerung liegen, die die Zeitschrift am Frankreich-Zentrum der Universität Leipzig besitzt. Auch eine systematische Zusammenarbeit mit Nichtphilologen ist aus den Beiträgen insgesamt noch kaum abzulesen - sie orientiert sich mehr an bestimmten Themen.

Was das Anliegen der Redaktion, zur deutsch-deutschen Sprachfindung innerhalb der romanistischen Zunft beizutragen, betrifft, so gibt ein statistischer Blick auch darüber Aufschluß. Die siebenundvierzig von deutschsprachigen Romanisten verfaßten Beiträge verteilen sich praktisch paritätisch auf Romanisten, die in Institutionen der ehemaligen DDR (24) und in denen der ehemaligen BRD (22) sowie Österreichs (1) tätig sind, wobei zu den ostdeutschen Beiträgen auch drei gezählt wurden, die von zeitweise oder längerfristig im Ausland lehrenden und forschenden Leipzigern stammen. Leipzig ist mit fünfzehn Beiträgen am stärksten vertreten, wobei allein fünf Beiträge von Mitgliedern der Redaktion oder zumindest unter ihrer Beteiligung verfaßt wurden. Berlin folgt mit zwölf Beiträgen, wobei Wissenschaftler der Freien Universität viermal und Mitarbeiter des Forschungszentrum Literaturwissenschaft fünfmal vertreten sind. Frankfurt/Main (4), Saarbrücken (3), Osnabrück (2) und Mannheim (2) folgen. Dem Anliegen, Romanisten aus Ost und West gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen und sie zugleich in einen auch außerdeutschen Dialog einzubinden, konnte damit entsprochen werden. Auch wiederholt, wenn auch nicht systematisch, unter der Rubrik „Aus den ostdeutschen Instituten für Romanistik“ veröffentlichte Informationen über den Stand der Umstrukturierung der akademischen Landschaft in der ehemaligen DDR deuten das Bemühen der Redaktion an, Verständnis und Aufklärung über Umstrukturierungen und spezielle Entwicklungen im Osten Deutschlands zu geben. Auch einige in der Rubrik Romanistik und Gesellschaft veröffentlichte Interviews und Beiträge zielen in diese Richtung.

Wenn auch Leipzig aus dieser Aufschlüsselung als Gravitationszentrum der Zeitschrift erkennbar wird, so ist doch für die letzten beiden Jahrgänge (Hefte 5-8) ein stärkeres Zurücknehmen der Redaktion bei der Vorbereitung der Themenschwerpunkte erkennbar: die Themenschwerpunkte von dreien der vier Hefte standen unter der Regie von Romanisten, die nicht zur Redaktion gehören und nicht aus Leipzig stammen. Lediglich Heft 6, das sich der Diskussion um Standort und Perspektiven der Romanistik widmete, wurde in starkem Maße von der Redaktion konzipiert.

Dieses Heft ist als ein Bemühen der Redaktion zu werten, eine schärfere Profilierung auf eine als grenzüberschreitende kulturwissenschaftliche Herausforderung verstandene Romanistik herbeizuführen sowie den eigenen Standort nach den ersten drei Jahrgängen (erneut) zu bestimmen. Dabei wird auch die schon in früheren Heften begonnene Auseinandersetzung mit der Geschichte der Romanistik und der Romanisten wieder aufgenommen und versucht, aus früheren Ansätzen Anleihen und Begründungszusammenhänge zu nehmen. Die von der Redaktion vorgelegten Thesen sind ein guter Indikator für die von der Redaktion als vorrangig betrachteten Fragestellungen und müssen sich deshalb an ihrer bisherigen Realisierung in den *Grenzgängen* messen lassen. Tatsächlich spiegeln sich die in den Thesen vorgeschlagenen Orientierungen zum Teil in den bisher in den *Grenzgängen* behandelten Themenfeldern wider: so findet die Forderung nach gleichberechtigter Aufnahme der Neuen Romania in den Fächerkanon in zwei Heften, die sich der Neuen Romania in Afrika und Nordamerika widmen, ihren Niederschlag. Auch die in diesem Zusammenhang avisierte Einbindung von globalen Zusammenhängen (Wirtschaft, Politik etc.) in das Studium der untersuchten Sprachräume konnte dabei realisiert werden. Die kulturwissenschaftliche Neudefinition des Faches und der Vorschlag, Kulturen und Transferprozesse komplexer durch Beteiligung von Geschichts-, Sozial- und Kulturwissenschaften zu erfassen, wurde in Ansätzen verwirklicht, auch wenn die *Grenzgänge* auf das Problem des Kulturtransfers bislang besonderes Augenmerk gerichtet haben und hier auch tatsächlich „Nichtromanisten“ stärker zu Wort kamen.

Die im Editorial von Heft 1 angekündigte Behandlung von Themen, die für Studium und Lehre relevant sind, wurde in den Thesen durch Vorschläge zu künftigen Organisationsformen der Lehre untermauert. Lehre und Studium sollen sich künftig stärker an Praxis und Arbeitsmarkt und damit an der gesellschaftlichen Verwertbarkeit eines Romanistikstudiums ausrichten, womit indirekt auch die Frage nach der Vermittelbarkeit von Hochschulabgängern angeschnitten wurde. Die Vorstellung von neuen Studiengängen mit stärker kulturwissenschaftlicher und interdisziplinärer Ausrichtung, die diesen Prämissen folgen, in Heft 5 und auch die Vorstellung von alternativen Lehrkonzepten sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Einige im Rahmen der Diskussion in Heft 6 zum Standort der Romanistik veröffentlichte Beiträge und Stellungnahmen nehmen ebenfalls explizit Bezug auf Erneuerungsvorschläge für Lehre und Studium.

Neben dem Aufruf zur Diskussion und zum Überdenken bisheriger Studien- und Lehrkonzepte geben diese Beiträge zum Teil auch Orientierungen für Studierende über bereits bestehende alternative Studien-

möglichkeiten. Mit künftigen Themen, u.a. einer Diskussion um die Studienmotivation von Studierenden der Romanistik (Haupt- wie Nebenfach), soll hier angeknüpft werden. Von den elf in den ersten sechs Heften veröffentlichten Forschungsberichten, die (so die Idee der Redaktion) als Einführungen in bestimmte Themen und Gebiete auch als Orientierung für Studierende innerhalb eines unübersichtlichen Forschungsfeldes gedacht waren, entsprachen acht diesem Anspruch. Die drei anderen stellten eher ein spezielles Forschungs- bzw. Publikationsprojekt vor oder befaßten sich mit der Geschichte der Romanistik.

Resonanz bei den anvisierten Zielgruppen

Urteile über den Erfolg/Mißerfolg seines eigenen Produkts abzugeben, ist ein schwieriges Unterfangen; der subjektive Charakter von Selbstbeschreibungen ist eine allbekannte Tatsache.

Zahlreiche positive Reaktionen aus Fachkreisen, die sich unter anderem in Rezensionen sowie in Zuschriften an die Redaktion zeigten, und Artikel, die als Reaktion auf Texte der Redaktion eingesandt wurden, zeugen davon, daß für die in den Heften behandelten Themenfelder wie Geschichte und Kultur der romanischen Länder, Interdisziplinarität, Geschichte der Romanistik und der Romanisten, Neue Romania und die Auseinandersetzung um die Wandelprozesse in der Romanistik Diskussionsbedarf besteht.

Über die Akzeptanz der Zeitschrift im Kreise der Studierenden als einer Zielgruppe können bislang nur relativ ungenaue Aussagen getroffen werden. Die (nur geringen) Abonnentenzahlen unter Studierenden liefern kein verlässliches Bild von der Akzeptanz, eher schon darüber, daß es offensichtlich kaum noch der Fall oder einfach aus der Mode gekommen ist, daß Fachzeitschriften von Studierenden kontinuierlich bezogen und verfolgt werden. Als positives Zeichen wird von uns aber die Beteiligung von zwei romanistischen Fachschaften an der Diskussion um den Standort der Romanistik gewertet. Das ist im romanistischen Blätterwald ohne Zweifel ungewöhnlich.

Ein Problem, vor das sich die *Grenzgänge* in naher Zukunft gestellt sehen, ist eher prosaisch, nichtsdestoweniger essentiell: die Finanzierung. Da die Förderung, die die Universität Potsdam dem anlaufenden Projekt in den ersten zwei Jahren gewährt hat, nunmehr beendet ist, muß es Redaktion und Verlag gelingen, neue Quellen für die Finanzierung zu erschließen und die Abonnentenzahlen zu erhöhen. Der moderate Bezugspreis (siehe Fußnote 1) sollte an sich kein Hindernis sein.

Bilanz der ersten Jahre

Eine tatsächliche Umsetzung des zugegeben hohen Anspruchs läßt sich nur teilweise feststellen: insbesondere in den von der Redaktion als innovativ eingeschätzten Themenfeldern Kulturtransfer, Neue Romania und Globalisierung gelang es, unter Beteiligung von Geschichts-, Sozial- und Kulturwissenschaftlern diesen Anspruch einzulösen. Dagegen steht dem erklärten Willen, die Breite des Faches zu behandeln, entgegen, daß bislang die Umsetzung der Konzepte in starkem Maße auf die Untersuchung frankophoner Kulturen begrenzt blieb. Auch scheint die Partizipation von Nichtromanisten noch zu themenabhängig und sporadisch. Interessant ist, daß sich trotz anderslautenden Postulats, in der Autorenschaft das derzeitige Kräfteverhältnis in der Romanistik mit den dominierenden Sprach- und Literaturwissenschaften und den dominierten oder zumindest um Emanzipation ringenden Landes- und Kulturwissenschaften widerspiegelt. Vielleicht wäre es aber auch vermessener zu erwarten, daß mit einem Zeitschriftenprojekt in drei bis vier Jahren eine Erneuerung gelingt, die im Fach vor nunmehr zwanzig Jahren angeschoben und seitdem (unter wandelnden Vorzeichen) intensiv diskutiert wurde, allerdings in ihren Anfangsgründen stehen geblieben ist.

Thomas Höpel, M.A., hat Geschichte und Französisistik studiert und ist verantwortlicher Redakteur der Grenzgänge

Anmerkungen:

¹ *Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik* erscheint zwei Mal jährlich zu einem Einzelheftpreis von 15,-DM, im Jahresabonnement kostet die Zeitschrift 27,-DM (inklusive Versandkosten) bzw. 20,-DM für Studierende/Ermäßigungsberechtigte.

² Siehe dazu u. a. die Beiträge des Bandes: Ein 'unmögliches Fach': Bilanz und Perspektiven der Romanistik, hrsg. von Fritz Nies und Reinhold R. Grimm, Tübingen 1988.

³ Die statistische Auswertung beruht auf den Beiträgen der Themenschwerpunkte von Heft 1 bis 8 sowie der Forschungsberichte, die in den Heften 1-7 erschienen sind. Die in Heft 6 abgedruckte Diskussion um den Standort und die Perspektiven der Romanistik wurde nicht einbezogen.

⁴ Die an sich wenig glückliche Absetzung der Romanisten von den Nichtromanisten wird hierbei lediglich als ein Unterscheidungskriterium gebraucht. Unter Romanisten werden dabei Sprach-, Literatur- und Landeswissenschaftler gefaßt, die sich hauptsächlich mit den romanischen Kulturen befassen und meist an romanischen Instituten institutionell angebunden sind - in Abgrenzung zu Historikern, Philosophen, Politologen etc., die sich indessen aber mit durchaus ähnlichen Fragestellungen wie ihre „romanistischen“ Kollegen befassen können.

Gefährdung und Wahrung von Tradition Die Zeitschrift *Philologus* in den Jahren der DDR

Ernst Günther Schmidt
Leipzig

1. Warum Aufmerksamkeit für eine Zeitschrift für Klassische Philologie?

Habent sua fata libelli: Seit der römische Grammatiker Terentius Maurus vor knapp 2000 Jahren

ausgesprochen hat, daß Bücher ihre Schicksale haben, ist der Satz wohl nie angezweifelt worden. Ja, in dem Maße, in dem das Publikationswesen sich ausdehnte, weitete sich auch seine Gültigkeit. So wird man heute hinzufügen, daß auch Schriftenreihen, Zeitungen, Zeitschriften und alle die neuen Wunder der multimedialen Welt ihre Schicksale haben. Nur wenig davon ist untersucht und die Frage im Grunde ungeklärt, wieviele untersuchenswert ist und je erforscht werden wird. Wenn im folgenden von einer Fachzeitschrift für Klassische Philologie die Rede ist, so mag es scheinen, als werde die Aufgabe an einer Stelle angepackt, an der sie allenfalls für Spezialisten beachtenswert, für einen breiteren Leserkreis jedoch ohne Interesse ist. Die Skepsis möchte berechtigt scheinen, wäre da nicht der eine Punkt, der zu denken gibt: 35 Jahre aus der mittlerweile mehr als 150jährigen Geschichte des *Philologus* fallen in die Zeit der Deutschen Demokratischen Republik und damit in eine der schwierigsten Phasen der deutschen Geschichte. Eine politische Realität, nicht vom Schicksal, sondern von Menschen gemacht, wurde für ein stilles Gelehrtenorgan zum Fatum.

Wie stellte sich der *Philologus* einer solchen Entwicklung? Was geschah, als die Gegensätze aufeinanderprallten: die bislang autonome Welt philologischen Spezialistentums und die auf bedenklichen Wegen vorwärtsdrängende, auf Durchdringung und Unterwerfung aller Lebensbereiche bedachte neue politische Macht im Osten Deutschlands? So gestellt, weckt die Frage vielleicht doch Neugier. Denn eine Vermutung drängt sich auf: Wir haben es hier nicht mit der Art von Gegensätzen zu tun, von denen die dialektische Theorie schwärmte, aus denen Großartiges und Zukunftsprägendes erwachsen sollte. Eher finden wir uns in der engen Welt täglicher Bedrängnisse und Bemühungen, kleiner Mißerfolge und Erfolge, kurz in einer Szenerie, wie sie für den "real exi-

stierenden Sozialismus" so bezeichnend war. Welche Chance hatte der *Philologus*, sich in solcher Umgebung zu behaupten?

Eine vorläufige Antwort lautet: Die Zeitschrift, von der wir handeln, war zu Zeiten der DDR nicht erfolglos. Mehr als andere Fachorgane, vor allem mehr als die übrigen geisteswissenschaftlichen Blätter griff sie auf verteidigungswerte Traditionen zurück und wahrte zumindest Elemente jener Autonomie, die sie in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens, von 1846 bis 1945, weitgehend genossen hatte.

Dabei war der *Philologus* nicht einfach konservativ. In bescheidenem Maße behielt er Raum selbst für Entwicklungen. Zum Teil waren sie durch die übergreifenden Tendenzen vorgegeben, die sich aus dem System des Sozialismus herleiteten, zum Teil orientierten sie sich aber auch an internationalen Trends. Die Zeitschrift bewegte sich auf schmalen, künstlich eingeschnürten Bahnen, ohne jedoch gegen die internationalen Wissenschaftsentwicklungen abgeschottet zu sein. So war sie nicht nur das Fachblatt der klassischen Philologen der DDR, sondern auch ein gesuchter Partner im länderübergreifenden Fachdialog.

Mit dieser Position markierte der *Philologus* den einen Pol in der begrenzten Erscheinungsvielfalt der wissenschaftlichen Zeitschriften, die in der DDR erschienen. Das heißt zugleich, daß er vom anderen Pol, der Unterwerfung unter die kommunistische Ideologie, so weit ablag wie wohl zumindest in den Gesellschaftswissenschaften kein anderes Fachblatt.

Damit eignet sich der *Philologus* als ein Modell. An ihm können Tendenzen abgelesen werden, die für die DDR gewiß nicht die eigentlich typischen waren, aber Berücksichtigung verdienen, wenn es gilt, von dem ja keineswegs eindimensionalen Gebilde DDR-Wissenschaft ein umfassenderes Bild zu zeichnen.

2. Ein Blick zurück: der *Philologus* 1846–1945

Zu einem guten Teil ist dem *Philologus* die Rolle, die er zu Zeiten der DDR zu spielen vermochte, aus seiner Geschichte zugewachsen. Davon muß kurz die Rede sein, um die Entwicklung, die sich nach 1945 anschloß, zu begreifen.¹ Die Funktion einer Zeitschrift für Klassische Philologie läßt sich ferner nicht von den allgemeinen Geschicken des Faches trennen, das sie vertritt. Auch diese Seite ist zunächst in wenigen Strichen zu skizzieren.²

Die nötigsten Auskünfte sind rasch erteilt. Seit langem, seit der Renaissance, seit Winckelmann, seit dem Neuhumanismus Humboldt-scher Prägung, war die Antike für Europa eine Bildungsmacht ersten Ranges. Dementsprechend hatten die Altertumswissenschaft und ihr Kernstück, die Klassische Philologie mit ihrer Zuständigkeit für die

griechische und römische Literatur, im Wissenschaftssystem eine herausragende Stellung. Sie waren die Mitte, aus der heraus die übrigen Geisteswissenschaften sich erst allmählich entwickelten.

Der Bedeutung der Klassischen Philologie entsprach der Rang ihrer Publikationsorgane. Nimmt man hinzu, daß die Führung im Fach seit dem Ende des 18. Jahrhunderts von den älteren Hauptsitzen Italien, Frankreich, England und den Niederlanden auf Deutschland übergegangen war, so sieht man das Neuerscheinen einer deutschen Zeitschrift für Altertumswissenschaft kurz vor der Mitte des 19. Jahrhunderts im Einklang mit wesentlichen kulturellen Tendenzen der Zeit. Daß die Gründung des Blattes noch in die Frühzeit der klassisch-philologischen Publikationsorgane fällt, läßt sich im übrigen unschwer schon dem Titel entnehmen: Ein so passender, zentraler Begriff wie *Philologus* = "der Philologe", seinerzeit im Jahre 1846 ein glücklicher Griff, steht für neuzugründende Organe schon seit langem nicht mehr zur Verfügung.

Unter den bis heute kontinuierlich erschienenen Fachblättern für die klassische Altertumswissenschaft ist der *Philologus* das zweitälteste. Zusammen mit dem etwas älteren *Rheinischen Museum für Philologie* und dem etwas jüngeren *Hermes* bildete er über viele Jahre die Trias der in Deutschland führenden und auch international hochangesehenen Fachorgane. Von namhaften Philologen wie Friedrich Wilhelm Schneidewin (1846–1854), Otto Crusius (1889–1918), Albert Rehm (1918–1937) und Johannes Stroux (1929–1948) geleitet, war der *Philologus* wie die beiden konkurrierenden Zeitschriften im Fache eine Institution.

Bei allen Erfolgen mußte der *Philologus* allerdings auch vor 1945 gelegentlich schon Krisen bestehen. Nach furiosem Start vermochte er unter seinem zweiten Herausgeber Ernst von Leutsch (1855–1888) das Anfangsniveau für eine Weile nicht voll zu halten. In den wirtschaftlich schwierigen Jahren 1918–1920 und 1929–1932 entging er nur knapp dem Ruin. In der Zeit der Hitlerdiktatur mußte er sich, wenn auch relativ spät, politischen Zwängen fügen: Als der Verlag, seit 1847 die angesehene, zunächst in Göttingen, später in Leipzig ansässige Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung, sich 1937 außerstande sah, in den dem *Philologus* beigegebenen Supplementbänden (einer der ältesten Monographienreihen) eine Arbeit des aus "rassischen" Gründen verfeimten berühmten Berliner Latinisten Eduard Norden zu drucken, trat einer der beiden Herausgeber, Albert Rehm (München), von der Leitung zurück; für eine Reihe von Jahren steuerte nur ein Herausgeber, Johannes Stroux (Berlin), das Blatt. Allerdings ist es seiner Kompetenz und Integrität zu danken, daß der *Philologus* sich nicht tiefer mit dem Nationalsozialismus verstrickte.

Wie für alle namhaften deutschen Fachzeitschriften stellte sich nach

dem Zusammenbruch von 1945 auch für den *Philologus* die Aufgabe, das Tief zu überwinden und in den internationalen Diskurs zurückzukehren. Wie waren die Bedingungen dafür, und wie wurden sie genutzt?

3. Die Situation nach 1945

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren wirkten Faktoren, die dem Aufleben des *Philologus* teils förderlich und teils hinderlich waren.

Förderlich waren die ungebrochen starke Reputation des *Philologus* und die rasch einsetzende Neubelebung der altertumswissenschaftlichen Ausbildung und Forschung. Der letztgenannte Punkt betraf vor allem die Westzonen Deutschlands, aus denen 1949 die Bundesrepublik Deutschland hervorging. Er betraf aber auch die sowjetisch besetzte Ostzone, die sich im gleichen Jahr als sog. Deutsche Demokratische Republik etablierte. Hier starb das traditionelle Gymnasialwesen mit seinen altsprachlichen Schwerpunkten, obwohl nunmehr als "bürgerlich" beargwöhnt, nicht sogleich ab. An einer Anzahl Schulen wurden sog. C-Zweige eingeführt, die einen verstärkten Unterricht in den Fächern Latein und Griechisch anboten. An allen Universitäten bestanden die Lehrstühle für Klassische Philologie zunächst fort und wurden, wenn möglich, im Falle von Vakanzen neu besetzt. Sie alle waren mit Ausbildungskapazität verbunden. An der Berliner Akademie der Wissenschaften, die sich, bislang preußisch, als Deutsche Akademie der Wissenschaften einen gesamtdeutschen Anstrich gab, liefen die weltbekannten altertumswissenschaftlichen Traditionsunternehmen wie die Editionen der griechischen und lateinischen Inschriften fort. Die neuen politischen Autoritäten stellten dafür nicht unerhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Mehrere klassische Philologen gelangten in maßgebliche Funktionen, so Friedrich Zucker, einige Jahre später einer der Herausgeber des *Philologus*, als erster Nachkriegsrektor der Universität Jena und Johannes Stroux, der amtierende Herausgeber des *Philologus*, als Präsident der Berliner Akademie.

Hinderlich waren demgegenüber die wirtschaftliche Lage und der bald einsetzende politische Druck. Die Inhaber der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung, die den *Philologus* herausgab, verlegten den Geschäftssitz von Leipzig nach Wiesbaden, vermochten unter den Bedingungen der westdeutschen Währungsreform den 1948 unternommenen Versuch, die Zeitschrift wieder erscheinen zu lassen, jedoch nicht fortzuführen. Die politische Entwicklung hatte die Abwanderung namhafter klassischer Philologen aus dem Osten Deutschlands und damit eine nicht voll ausgleichende Schwächung des Faches zur Folge. Die herkömmliche Attraktivität des Berufs eines Altphilologen sank rasch.

Unter solchen Voraussetzungen bedurfte es einer besonderen Initiative, um zu einem Zeitpunkt, als die alten Konkurrenzzeitschriften *Rheinisches Museum* und *Hermes* das Nachkriegstief längst überwunden hatten, auch den *Philologus* zu retten.

Das Jahr der erforderlichen Entscheidung war 1954. Der Tod Stalins ein Jahr zuvor wirkte auf den Prozeß der Abgrenzung der beiden deutschen Staaten gegeneinander retardierend. Vorübergehend wuchs die Möglichkeit von Ost-West-Kontakten. Die Berliner Akademie der Wissenschaften nutzte die relative Gunst der Stunde. Zumindest nach außen hin verstärkte sie ihren gesamtdeutschen Anspruch. Auf den Fundamenten aufbauend, die vor allem der mittlerweile verstorbene Stroux gelegt hatte, faßten jüngere Führungskräfte die altertumswissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie zu einem Komplexinstitut zusammen, das in seinen Ausmaßen seinesgleichen suchte. Der neuen Einrichtung wurden mehrere Zeitschriften zugeordnet, so für Alte Geschichte die *Klio* und für Klassische Philologie eben der *Philologus*.

Mit der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung in Wiesbaden gelang eine geschäftliche Einigung. Der *Philologus* erschien nunmehr "im Auftrag der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin" in Arbeitsgemeinschaft zwischen der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung und dem neugegründeten ostberliner Akademie-Verlag, der alle verlegerischen Aktivitäten übernahm. Eine Trias von Herausgebern wurde gewonnen, in der Friedrich Zucker (Jena), der in Westberlin wohnhafte, aber an der ostberliner Akademie arbeitende Otto Luschnat und ein ganz der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft zugehöriger Philologe, Wolfgang Schmid (Bonn), tätig waren.

Ein Widerspruch war weder damals noch in den späteren Jahren der DDR zu beheben. Unter den Bedingungen des DDR-Sozialismus nahm die Klassische Philologie trotz einer Anstrengung wie der Gründung des Berliner Akademie-Instituts und seiner zahlreichen Initiativen insgesamt eine eher rückläufige Entwicklung. Zu keinem Zeitpunkt gingen bei der Redaktion des *Philologus*, die ihren Sitz nunmehr in Berlin hatte, genügend Manuskripte von DDR-Autoren ein, um die Hefte der Zeitschrift zu füllen. Der *Philologus* war und blieb auf auswärtige Mitarbeiter angewiesen, auf Fachkollegen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus dem Ausland. Daß die hierfür nötigen Kontakte, einmal geknüpft, nicht wieder abrissen, war für das Blatt eine Lebensfrage.

4. Die Akademiereform von 1970

Trotz der nie ganz leichten Rahmenbedingungen bekamen die neuen Herausgeber des *Philologus* die Probleme in den Griff. Sie gewannen

der Zeitschrift das Vertrauen der Autoren zurück und vermochten gegenüber der Leitung des Berliner Akademieinstituts, in dessen Auftrag sie nunmehr tätig waren, ein beträchtliches Maß an Autonomie zu wahren. Daß eine so bewährte Kraft wie Friedrich Zucker 1964 aus Altersgründen aus dem Herausbergremium ausschied und durch einen noch wenig erfahrenen jungen Kollegen, den Verfasser dieser Zeilen, ersetzt wurde, blieb ohne negative Folgen. Selbst der Umstand, daß mit dem Berliner Mauerbau von 1961 dem westberliner Herausgeber Luschnat der Besuch der ostberliner Redaktion verwehrt war, beeinträchtigte den Geschäftsgang nicht so nachhaltig, daß die Existenz des Blattes auf dem Spiele gestanden hätte.

Eine ernstere Krise kam mit der Ende der Sechzigerjahre verfügten Reform der Berliner Akademie der Wissenschaften, die als Akademie der Wissenschaften der DDR nunmehr enger an die politischen Realitäten gebunden werden sollte. An der ostberliner Akademie der Wissenschaften wurden jetzt sog. Zentralinstitute gegründet, und eines davon, das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, verleihte sich auch die klassisch-philologischen Arbeitsunternehmen ein. Zugleich ging die Verantwortung für den *Philologus* auf die neue Einrichtung über. Daß der Begriff der Philologie im Institutsnamen nicht mit vorkam, deutete auf die Absicht, die Rolle der Klassischen Philologie zurückzudrängen.

Dem entsprach, daß gleichzeitig an den Universitäten der DDR die sog. 3. Hochschulreform durchgeführt und hier die Stellung der Klassischen Philologie sogar noch weit empfindlicher getroffen wurde. Zwar blieben an den Universitäten Berlin, Halle, Jena, Leipzig und Rostock klassische Philologen auch weiterhin tätig, aber nur in wenigen Fällen im Rang von Lehrstuhlinhabern und in noch weniger Fällen mit dem Recht, weiterhin Studenten auszubilden. Nur an der Universität Jena lief die Diplombildung für klassische Philologen und an der Universität Halle die Ausbildung von Lateinlehrern für den nunmehr sehr begrenzten Bedarf an den Oberschulen der DDR weiter.

Benötigte die derart gebeutelte Klassische Philologie der DDR noch eine eigene Zeitschrift? Die negative Antwort lag eigentlich näher als die positive. Andererseits dauerte aber der Anspruch der DDR fort, eine Pflegestatt nicht nur des Sports und bestimmter kultureller Bereiche, sondern auch der Wissenschaft zu sein. Hinzu kam, daß bei den sog. Klassikern des Marxismus-Leninismus, der sich immer mehr als Staatsdoktrin durchsetzte, eindeutige Zeugnisse für eine Wertschätzung der griechisch-römischen Kultur vorlagen. Im Begriff des "kulturellen Erbes", der eine Leitfunktion erfüllte, hatte konsequenterweise auch die Antike ihren Platz. Die Schriftsteller der DDR entdeckten dieses Erbe und verwerteten und propagierten es in bemerkenswerten eigenen Pu-

blikationen.³ So kamen eine Reihe von Faktoren zusammen, die die Klassische Philologie, wenn auch bei stark beschnittenen Wirkensmöglichkeiten, am Leben erhielten und damit auch einer Zeitschrift für das Fach die Existenz sicherten.

Zwei scharfe Einschnitte mußte der *Philologus* allerdings hinnehmen. Zum einen bedang sich das Akademie-Zentralinstitut aus, selbst als (juristischer) Herausgeber zu fungieren. Die Wissenschaftler, die die editorische Arbeit leisteten, waren nur noch Mitglieder eines Redaktionskollegiums, angeleitet von einem Verantwortlichen Redakteur. Zum anderen – und das war die größere Schwierigkeit – durften im Zuge der Entflechtung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten innerhalb dieses Leitungsgremiums keine bundesdeutschen Kollegen mehr tätig sein. Entsprechend dieser mit Härte vertretenen Forderung mußten zwei der drei Herausgeber, Wolfgang Schmid (Bonn) und Otto Luschnat (Berlin-West), aus der Leitung ausscheiden, nur der Unterzeichnende, an der Universität Jena tätig, konnte die Leitungsaufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

Das Schicksal des *Philologus* hing hier an einem seidenen Faden. Denn wie schon gesagt wäre die Zeitschrift als ein rein internes DDR-Organ, nur durch Beiträge aus dem Lande gespeist, nicht existenzfähig gewesen. Es mußten also Wege gefunden werden, den redaktionellen Umbau mit einem Mindestmaß an Schaden für den internationalen Ruf der Zeitschrift vorzunehmen. Das betraf sowohl die redaktionelle Struktur als auch die Personen, in deren Händen künftig das Geschick der Zeitschrift liegen sollte.

Als geschickte Entscheidung erwies es sich, daß eine der Vorgaben, durch die der Prähistoriker Joachim Herrmann, Direktor des neuen Berliner Zentralinstituts, auf die Zeitschrift Einfluß nahm, die Gründung eines wissenschaftlichen Beirats des *Philologus* war. Hierdurch gelang es, eine Reihe erstklassiger ausländischer Kräfte an das Blatt zu binden. Und vor allem: die Mitgliedschaft in diesem Beirat konnte auch Wolfgang Schmid und Otto Luschnat angeboten werden. Daß die Art, wie beide in dieser Situation seitens der ostberliner Akademie behandelt wurden, unangemessen war, darf nicht beschönigt werden. Aber eine schmale Brücke war immerhin gewiesen, und daß sich nach begreiflichem Zögern wenigstens einer der Angesprochenen, Wolfgang Schmid, bereit fand, sie zu beschreiten, war für die Fortdauer der Zeitschrift von größtem Wert.

5. Der Ertrag

Die Verantwortungsträger, die von 1970 bis 1989 für den *Philologus* tätig waren, müssen hier nicht im einzelnen vorgestellt werden.⁴ Daß sie

alle am Erfolg des Blattes interessiert waren und nach Kräften auf ihn hinwirkten, sei dankbar anerkannt.

Stärker als durch äußere Umstände und durch Herausgeber und Redakteure wird das Bild einer Fachzeitschrift durch die Autoren geprägt, die in ihr publizieren und so ihren wissenschaftlichen Ertrag bestimmen. Will man den *Philologus* unter diesem Gesichtspunkt würdigen, müssen vorerst allerdings doch vier Faktoren mehr äußerer Art genannt werden.

Ein erster Punkt ist, daß eine Zwangsverfügung, die in der DDR bestand, sich für den *Philologus* eher als ein Vorteil erwies. Gemeint ist der Zwang für DDR-Wissenschaftler, vorrangig in den Publikationsorganen des eigenen Landes zu publizieren. Veröffentlichungen im Ausland oder gar in der Bundesrepublik bedurften umständlicher Sondergenehmigungsverfahren. Auf Grund dieser Bestimmung gewann der *Philologus*, ohne daß es intensiver Werbung bedurfte, die besten klassischen Philologen, die es in der DDR gab, als Autoren und mit ihnen einen Mitarbeiterstamm, auf den jederzeit gezählt werden konnte.

Zweitens war der *Philologus* innerhalb der DDR für das Fach Klassische Philologie fast ohne Konkurrenz. Die publizistischen Aktivitäten der klassischen Philologen konzentrierten sich weitgehend auf diese eine Zeitschrift und belebten sie dadurch.

Drittens waren die wissenschaftlichen Kontakte, die über die DDR hinausreichten, intensiver als in manchem anderen Fach. Auf spektakuläre Wirkung bedachte Abgrenzungsmaßnahmen, wie sie etwa die Historiker der DDR praktizierten, unterblieben.

Viertens trat bis zum Ende der DDR nicht der Effekt ein, daß auch in der Klassischen Philologie der Marxismus-Leninismus als verbindliche, ausschließliche Grundlage jeder wissenschaftlichen Arbeit durchgesetzt worden wäre.

Das "Kleine Fach" – so der offizielle Begriff –, das "Orchideenfach" – so die populäre Bezeichnung – stand unter besonderen Bedingungen.⁵ So waren von den acht ordentlichen Universitätsprofessoren und Berliner Akademieprofessoren, die nach einer Auffüllung des Bestandes zum Zeitpunkt der Wende von 1989 im Fach aktiv tätig waren, nur zwei Mitglieder der SED und, wie jetzt feststehen dürfte, keiner Mitarbeiter der Stasi. Unter solchen Voraussetzungen konnte die SED ihre "führende Rolle" nicht umfassend durchsetzen. Außerhalb der DDR war dieser Umstand bekannt und weckte Bereitschaft, mit der Kollegenschaft in der DDR zusammenzuarbeiten. Das galt freilich nicht uneingeschränkt. Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland lehnte ein Teil der klassischen Philologen aus begreiflichen Gründen Verbindungen zur DDR und damit auch das Publizieren in einer dort herausgegebenen Zeit-

schrift ab. Insgesamt aber war das Zusammenwirken über die Staatsgrenzen, die natürlichen wie die künstlichen, hinweg relativ intensiv, und der *Philologus* profitierte davon. Die Zeitschrift war beides: das Fachorgan der klassischen Philologen der DDR und ein Instrument der internationalen Forschung.

Es ist hier nicht möglich, die Resultate solcher Aktivitäten, die während des letzten halben Jahrhunderts ihren Weg in den Wissensbestand der Klassischen Philologie über den *Philologus* genommen haben, auch nur in Auswahl vorzuführen. Nach Weltmaßstab stand die Zeitschrift in dieser Hinsicht gewiß nicht an allererster Stelle. Aber bei vielen klassisch-philologischen Publikationstypen wie Nachbereitung papyrologischer Neufunde, Textkritik und -interpretation, Autoren- und Werkcharakteristik spielte sie eine beachtete Rolle.

6. Internationalität

Unter den Besonderheiten des *Philologus*, die zur Kennzeichnung seiner Situation noch ein Wort verdienen, steht an erster Stelle die Breite der internationalen Kontakte. Es ist dies eine Tradition, die bis in die Anfangsjahre der Zeitschrift zurückreicht, in unterschiedlicher Intensität stets fort dauerte, ihren Höhepunkt aber erstaunlicherweise gerade in den Jahren der sonst eher auf Abgrenzung bedachten DDR erreichte. Wie eine Aufstellung der Herkunftsländer und der Zahl der Beiträge belegt, gilt dies gerade auch für die schwierige Zeit nach der Berliner Akademiereform. Zugrundegelegt sind der Statistik die Erscheinungsjahre 1971–1991:⁶

DDR	212	Rumänien	6
BR Deutschland	89	Irland	5
USA	76	Georgien	4
Großbritannien	44	Niederlande	4
Italien	35	Schweiz	4
Rußland ⁷	22	Spanien	4
Tschechoslowakei	18	Belgien	3
Frankreich	12	Bulgarien	2
Kanada	10	Syrien	2
Österreich	10	Finnland	1
Polen	10	Jugoslawien	1
Ungarn	10	Kuba	1
Australien	9	Litauen	1
Griechenland	7	Neuseeland	1
Dänemark	6	Schweden	1

Drei Ländergruppen dominieren: die beiden deutschen Staaten, die in der Klassischen Philologie führenden Länder wie die USA, Großbritannien und Italien und die seinerzeit sozialistischen Staaten. Aber der Kreis der Beitragsländer greift auch darüber hinaus und umfaßt im Grunde nahezu alle Staaten, in denen das Fach heute intensiver gepflegt wird. Der *Philologus* legte Wert darauf, diese Vielfalt kenntlich zu machen: Die Hefte waren gewöhnlich so zusammengestellt, daß sie Beiträge aus jeder der genannten Ländergruppen enthielten.

7. Forschungsrichtungen

Weniger umfassend waren im *Philologus* der DDR-Jahre gewisse neu aufkommende (in der DDR z.T. als "bürgerlich" diskreditierte) Fachmethoden und -richtungen vertreten. So erschienen zwar gelegentlich Beiträge, die mit Mitteln der Informationstheorie arbeiteten, kaum jedoch strukturalistisch orientierte Arbeiten.

Die Gretchenfrage war natürlich die Stellung der Zeitschrift zum Marxismus. Hauptsächlich galten zwei Regeln: Gehaltvollen marxistischen Arbeiten stand das Blatt offen, von trivialmarxistischen suchte es sich freizuhalten. Eine spezifisch marxistisch geprägte Zeitschrift ist der *Philologus* nicht geworden. Daß er in einem sozialistischen Land herauskam, lassen seine Hefte allerdings erkennen – nicht von den Anfangsjahren an, wohl aber in dem Zeitraum nach 1970, d.h. nach der Unterordnung des Blattes unter das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Berliner Akademie der Wissenschaften.

Erwähnt sei noch, daß der *Philologus* in dem hier diskutierten Zeitraum seine Attraktivität dadurch zu erhöhen versucht hat, daß er auch Studien zur Rezeption der antiken Literatur und zur Geschichte der Klassischen Philologie als Wissenschaftsdisziplin gedruckt hat. Mit dem ersten der beiden Punkte knüpfte er an eine Tradition an, die schon auf die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zurückgeht. Mit dem zweiten Punkt folgte er einer Forschungslinie, die sich erst in den letzten Jahrzehnten stärker herausgebildet hat und nur allmählich Anerkennung als integrierender Bestandteil der Klassischen Philologie findet. Nur was sich ändert, hat Dauer. Der *Philologus* hat auch diesen Grundsatz zu beherzigen gesucht.

8. Ein Erfolgsrezept?

Die letztgetroffene Feststellung führt auf die Frage: Gab es ein Erfolgsrezept, das es dem *Philologus* ermöglichte, seinen aus einer langen Tradition erwachsenden Aufgaben auch unter den Bedingungen des "real

existierenden Sozialismus" nachzukommen? Einen einzigen Faktor zu nennen, wäre gewiß kurzgriffig. Aber stichwortartig seien gewisse Gründe zusammengestellt, die sich in ihrer Summe als ein Überlebensrezept bewährt haben.

Seitens des Akademie-Verlages Berlin ist der Sinn für eine stimmige Ökonomie zu nennen: Der *Philologus* brachte Devisen und war nicht zuletzt deshalb willkommen. Die übergeordneten Verantwortlichen an der Berliner Akademie der Wissenschaften verzichteten auf unrealistische Forderungen: In dem Wissen, daß sich mit den vorhandenen Kräften ein Blatt für eine spezifisch marxistisch-leninistische Klassische Philologie nicht durchsetzen ließ, drängten sie das Blatt nicht zu Risiken, die ein Scheitern heraufbeschworen hätten. Die Verantwortlichen in der Redaktion zeigten Sinn für das Machbare. Die Autoren erkannten ihr Bemühen dadurch an, daß sie ihrerseits zur Mitarbeit bereit waren. Alle Beteiligten zeigten Respekt vor der Kultur, an deren Erschließung der *Philologus* mitwirkte, und Achtung vor den Wegen, auf denen frühere Philologengenerationen sich dieser Aufgabe angenommen hatten. Es bedurfte vielfältiger Vernunft, um den *Philologus* auf Kurs zu halten. Sie wurde aufgebracht, und die Fahrt gelang.

9. Neue und alte Wege

Da der *Philologus* zu DDR-Zeiten ein erhebliches Maß an Kontinuität gewahrt hatte, brachte auch die politische Wende vom Herbst 1989 für ihn keinen völligen Umbruch. Natürlich wurden neue Wege beschritten, aber sie knüpften durchweg an alte Wege an.

Verlegerisch blieb für die Zeitschrift der Akademie Verlag Berlin zuständig, auch wenn dieser nun nicht mehr der Berliner Akademie der Wissenschaften beigeordnet war, sondern sich als selbständiges, privatwirtschaftliches Unternehmen profilierte. Der internationale wissenschaftliche Beirat des *Philologus* setzte, in der personellen Zusammensetzung nur geringfügig verändert, sein Wirken fort. Aufgehoben wurde dagegen die Herausgeberfunktion der Berliner Akademie, und geändert wurde auch die interne Leitungsstruktur. Das Gremium der persönlich verantwortlichen Herausgeber, das 1970 unter politischem Druck abgeschafft worden war, wurde wiederhergestellt. Die Zahl seiner Mitglieder betrug nunmehr allerdings nicht wie vor 1970 drei, ebensowenig folgte sie der Zahl von sieben Mitgliedern des Redaktionskollegiums, wie sie zuletzt zur Zeit der DDR bestanden hatte. Die Entscheidung fiel vielmehr zugunsten der Kompromißziffer fünf. Sie erlaubte, daß eine Anzahl der bisher Verantwortlichen für die Zeitschrift auch weiterhin Verantwortung trug, daß aber auch ein westdeutscher Kollege aus dem Beirat ins

Herausberggremium überwechseln und dieser sich durch einen west-berliner Philologen verstärken konnte. Der Verantwortliche Redakteur bzw. Chefredakteur der DDR-Zeit führte sein Amt unter der neuen Funktionsbezeichnung eines geschäftsführenden Herausgebers fort.

Wie bei allen früheren Umbrüchen war die entscheidende Frage natürlich, ob die Autoren und Leser dem Blatt die Treue halten oder sogar verstärkt an ihm interessiert werden würden. Pauschal sei gesagt, daß die Bilanz günstig ist, jedoch keinen Anlaß zu Selbstzufriedenheit bietet. Kontinuität stellt sich - das besagen alle Erfahrungen - nicht automatisch ein. Auch ein Fachblatt kann nur durch beharrliches Bemühen auf dem Niveau gehalten werden, das seiner Tradition entspricht. An Initiativen, die darauf abzielen, fehlt es nicht. Über den Erfolg mag die nächste Philologengeneration entscheiden.

Ernst Günther Schmidt, Prof. Dr. phil., war von 1961 bis zu seiner Emeritierung 1994 Fachvertreter für Klassische Philologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit 1964 mitverantwortlicher und verantwortlicher Leiter der Zeitschrift Philologus

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. E. G. Schmidt: 150 Jahre "Philologus", *Philologus* 140, 1996, S. 3-38.
- ² Zur Geschichte der Klassischen Philologie knapp, aber instruktiv U. von Wilamowitz-Moellendorf, *Geschichte der Philologie*, 3. Auflage Leipzig 1927, Nachdruck 1959.
- ³ Am umfassendsten dokumentiert bei V. Riedel: *Antikerezeption in der DDR*, Berlin 1984 (Veröffentlichung der Akademie der Künste der DDR). Vgl. auch ders.: *Literarische Antikerezeption. Aufsätze und Vorträge*, Jena 1996 (Jenaer Studien 2), mit zahlreichen Hinweisen auf weitere Untersuchungen. Beispiele u.a. bei B. Seidensticker/P. Habermehl (Hg.), *Unterm Sternbild des Herkules*, Frankfurt a.M./Leipzig 1996.
- ⁴ Die Redaktionsmitglieder können hier nicht im einzelnen genannt werden. Aufgeführt sind sie bei E. G. Schmidt (wie Anm. 1), S. 36-38.
- ⁵ Daß die Kleinen Fächer, darunter die Altertumswissenschaften, ihre Stellung in der DDR (und nach der Wende von 1989) bislang noch kaum öffentlich diskutiert haben, bemängelt mit Recht P. Pasternack: *Die Schwierigkeiten der Selbstreflexion. Wie die Fachdisziplinen ihren Umbau in Ostdeutschland debattierten*, *Das Hochschulwesen* (HSW) 45, 1997, S. 69-78, bes. 74. Ein Forschungsauftrag zum Thema ist für die klassischen Altertumswissenschaften jedoch im Anlaufen.
- ⁶ Daß als Grenzjahr nicht 1989, sondern 1991 gewählt ist, beruht darauf, daß bis zu dem späteren Jahr im *Philologus* fast ausschließlich Beiträge gedruckt worden sind, die schon zu Zeiten der DDR zur Publikation angenommen worden waren. Auch erfolgte erst 1991 eine größere Umstellung in der Redaktion, mit der das Blatt in eine neue Phase seiner Entwicklung eintrat.
- ⁷ Die Beiträge aus der Sowjetunion sind hier bereits nach den Nachfolgeländern registriert (Rußland, Georgien, Litauen).

H-Soz-u-Kult: ein historisches Diskussionsforum im Internet

Rüdiger Hohls

Berlin

Konrad H. Jarausch

Chapel Hill

Unter der Überschrift "Abschied von Gutenberg?" berichtete die Journalistin Susanne Baller im *Spiegel Spezial* (Heft 3/1997, S. 39 f.), daß fast jede Woche ein neues Team sein Produkt ins Netz schicke, mehr als 1.500 Publikationen seien zur Zeit schon bekannt.

Man nenne sie elektronische Magazine, im - so die *Spiegel*-Autorin - Cyber-Jargon kurz "e-zines" genannt. Zwar seien die anfangs eher belächelten e-zines inzwischen auch von der Printkonkurrenz akzeptiert und würden teilweise nachgeahmt, aber neben den vergleichsweise hohen Kosten für den PC und Netzanschluß seien es vor allem die sinnlichen Defizite (Starren auf den Bildschirm, lange Ladezeiten, unzureichendes Layout), die einem Durchbruch der neuen Medien bisher im Wege stehen. Mit Verweis auf die Praxis einiger e-zines, in zusätzlichen Buchreihen die besten Online-Artikel zu veröffentlichen, endet der Artikel mit einer eher pessimistischen Feststellung: "Zurück in die Vergangenheit."

Was hat dieser Befund nun mit H-Soz-u-Kult zu tun?

H-Soz-u-Kult ist in erster Linie eine sogenannte Mailing-Liste, ein historisches Online-Diskussionsforum, mit dessen Hilfe die Mitglieder (Subskribenten) über fachwissenschaftlich relevante Themen kommunizieren können. Die Debattenbeiträge stellen dann die Grundlage für die sogenannten Web-Seiten, quasi die e-zine-Version von *H-Soz-u-Kult*, dar. Jedoch gibt es keine Ausgaben oder Monatshefte mehr, sondern es handelt sich eher um ein fortgeschriebenes, strukturiertes digitales Archiv, das offen ist für jedermann. Die Abkürzung *H-Soz-u-Kult* entspricht den Vorgaben des amerikanischen "H-Net" (Humanities-Network) und steht für: Humanities • Sozial- und Kulturgeschichte

Inhaltliche Ausrichtung - Zielstellung - Erwartungen

H-Soz-u-Kult ist die erste Mailing-Liste des H-Net speziell für die Geschichtswissenschaften im deutschsprachigen Raum und stellt einen

'Versuchsballon' in vielerlei Hinsicht dar. Für das H-Net ist sie ein erster Schritt, sich mittels nicht englischsprachiger Listen mehr den regionalen (nationalen) Bedürfnissen und Besonderheiten der Geistes- und Sozialwissenschaften anzupassen. Zwar bedient das H-Net aus der Natur des Internets heraus multinationale Teilnehmergruppen, aber die bestehenden thematischen Mailing-Listen beschäftigen sich überwiegend mit anderen Ländern aus der Perspektive der akademischen Gemeinschaft der USA. So ist *H-German*, eine mehr als 1.000 Teilnehmer zählende Mailing-Liste für deutsche Geschichte, vor allem ein Forum für die an deutscher Geschichte interessierten Historiker in den Vereinigten Staaten. Deutsche Historiker und Historikerinnen sind mit nur 7 Prozent der *H-German*-Teilnehmer deutlich unterrepräsentiert. *H-Soz-u-Kult* wendet sich deshalb in erster Linie an ein deutschsprachiges Publikum und will Diskussionen unter den deutschsprachigen Historikern in einen überregionalen Diskussionszusammenhang vermitteln.

H-Soz-u-Kult beabsichtigt auch, die Akzeptanz für das Medium Internet in der deutschen Wissenschaftslandschaft zu erhöhen. Der Prozeß der Globalisierung und der weltweiten Vernetzung schreitet voran, das Internet wird deshalb auch als Medium der wissenschaftlichen Information immer wichtiger werden. *H-Soz-u-Kult* wird diesen Prozeß aktiv mitgestalten und ist bemüht, den deutschen Historikern die besten Seiten der globalen Kommunikation näherzubringen.

H-Soz-u-Kult führt den Untertitel "Methoden, Theorien und Ergebnisse der neueren Sozial- und Kulturgeschichte". Damit sind auch die inhaltliche Konzeption, der thematische Rahmen und die Funktion dieser Mailing-Liste umrissen. Die Begriffe Kulturgeschichte und Sozialgeschichte dienen als inhaltliche Klammer und sollen den Anknüpfungspunkt für die Methodendiskussion in der aktuellen Geschichtsschreibung liefern. Der Austausch über methodologische Fragen ist ein zentraler Aspekt des Faches und trägt zur Fortentwicklung geschichtswissenschaftlicher Praxen bei. Bemühungen um neue Wege der Kulturgeschichte stehen zur Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit in den wichtigsten methodischen Richtungen der Geschichtswissenschaft. Die 'Schubladen' sind divers: Gesellschaftsgeschichte, Gender History, Geistes- und Ideengeschichte, Alltagsgeschichte, Umweltgeschichte, Wissenschaftsgeschichte etc. beschäftigen sich mit vergleichbaren Phänomenen aus teilweise völlig unterschiedlichen Ansätzen. *H-Soz-u-Kult* privilegiert keinen Ansatz und lebt von der Vielfalt der Herangehensweisen. Mit der Auflösung der Nachkriegsordnung, den rasanten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen sowie

den ideologischen Umbrüchen seit Ende der 80er Jahre zielen die theoretischen Debatten vor allem auf die Kritik aller übergreifenden Konzeptionen geschichtswissenschaftlicher Forschung. *H-Soz-u-Kult* will teilhaben an den Diskussionen, die auf der Grundlage unterschiedlichster, oft inkompatibler, theoretischer Grundannahmen im Rahmen von 'Cultural Studies' weltweit geführt werden. Die Verständigung über international unterschiedlich verwendete Begriffe und Konzepte ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für vergleichende Forschung. Das H-Net bietet dieser fachimmanenten, internationalen Orientierung das zur Zeit wohl am besten geeignete Forum. Gleichzeitig öffnet die Mailing-Liste die akademische Diskussion über die Universität hinaus. Geschichtswissenschaft und außerakademische Geschichtsschreibung erhalten über das Internet eine neue Kontaktfläche. Weiterhin stellt *H-Soz-u-Kult* Ergebnisse historischer Forschungen vor. So profitiert die Mailing-Liste von den weltweit im H-Net entstandenen und bereitgestellten Rezensionen, und auch die Subskribenten von *H-Soz-u-Kult* steuern Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen bei. Die Mailing-Liste bietet ein schnelles und einfaches Forum zur Vorstellung und Diskussion von Forschungsprojekten.

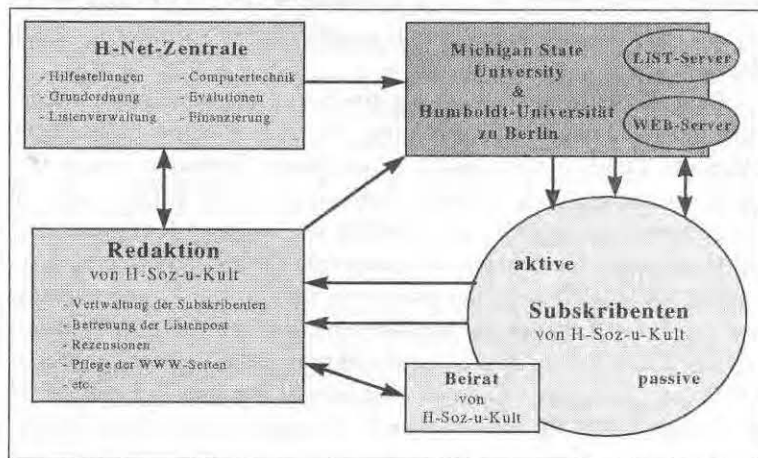
Das H-Net

Das amerikanische H-Net ist der im Moment weltweit wichtigste Vermittler zwischen den Geisteswissenschaften und dem 'Informations-Highway' Internet. Das nichtkommerzielle H-Net organisiert sich gegenwärtig durch etwa 80 Mailing-Listen, die inzwischen (mit deutlich steigender Tendenz) ca. 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichen. Ziel ist die Förderung des wissenschaftlichen Austausches durch das Internet.

Beim H-Net handelt es sich um eine vergleichsweise junge Institution. Sein Gründer, Richard Jensen, war Anfang der siebziger Jahre einer der Pioniere bei Einsatz quantitativer Methoden in der Geschichtswissenschaft und konnte dadurch auf reiche Erfahrungen mit 'Mainframes' sowie PCs zurückgreifen. Die Existenz des nicht gerade für Geisteswissenschaftler konzipierten aber dennoch kostenlosen Internets bot eine Chance, die informelle persönliche Kommunikation zwischen zwei Kollegen zu formalisieren und auf eine größere Zahl auszuweiten. Der Erfolg dieser ersten elektronischen Diskussionsgruppe motivierte dann das "National Endowment for the Humanities" in Washington, die nationale Stiftung für Geisteswissenschaften, die Ausbreitung des H-Net finanziell zu unterstützen. Mit dieser Außenfinan-

zierung war es wiederum möglich, die Universitätsverwaltungen (anfangs University of Illinois at Chicago Circle und jetzt Michigan State University) zu überzeugen, die notwendige Hard- und Software anzuschaffen und den Betrieb sicherzustellen.

Das H-Net wurde von Richard Jensen im Dezember 1992 angekündigt, im Juli 1993 hatten sich dann drei Mailing-Listen mit etwa 500 Abonnenten etabliert (H-Urban, Holocaust und H-Women). Danach ging es Schlag auf Schlag weiter: Schon im Juli 1994 gab es 30 Listen mit mehr als 12.500 Teilnehmern aus 50 Ländern und etwa 1 Million Beiträge pro Monat, die über diese Listen verbreitet wurden. Der anfängliche Erfolg wurde dadurch geradezu zum Vater weiterer Erfolge, die sich in der erstaunlichen Verbreitung des H-Net innerhalb eines halben Jahrzehnts spiegeln. Das aus den lokalen Versuchen hervorgegangene Modell einer elektronischen Diskussionsgruppe mit einigen Moderatoren, aber offener Einschreibung von Mitgliedern, erwies sich als so praktikabel, daß immer neue Themenbereiche die gleiche Form wählten. Nur mit kleinen Modifikationen konnte die Erfahrung einer bereits bestehenden Organisation in der Auswahl von Moderatoren, ihres Trainings in den technischen Einzelheiten, der Inskription von Teilnehmern, der Überwachung eines konstruktiven Stils usw. auf weitere Gruppen übertragen werden. Skeptiker, die ein solches Network für eine spielerische Zeitverschwendung hielten, wurden spätestens dann bekehrt, wenn sie merkten, daß Ihnen wichtige Informationen zu Konferenzen oder interessante Diskussionen entgingen. Dadurch wurde in den USA und anderen englischsprachigen Ländern das H-Net schließlich zu einem Selbstläufer.



Unvermindert wächst das H-Net seither weiter mit etwa 5 Prozent pro Monat. Inzwischen ist es zu einer gemeinnützigen Einrichtung amerikanischen Rechts mit festem Mitarbeiterstab herangewachsen, das sich primär aus Spenden und Stiftungsgeldern finanziert. Die Zentrale des H-Net (an der Michigan State University) stellt die notwendige Technik bereit, pflegt und administriert die für den Betrieb notwendige Software. H-Soz-u-Kult erhält in der Bundesrepublik technische und organisatorische Hilfestellung durch die Humboldt-Universität zu Berlin, wo sich auch die Redaktion befindet.

Board und Direktorium des H-Net definieren die Rahmenbedingungen für die thematischen Listen, führen Evaluationen durch und bemühen sich zudem um eine ausreichende Finanzierung. Die Editoren und Beiräte der einzelnen Mailing-Listen zeichnen verantwortlich für die Kommunikation mit den aktiven wie passiven Abonnenten der Listen und natürlich für die Inhalte bzw. Debatten. Letztlich ist das Erfolgsrezept des H-Net vergleichsweise einfach: Es stellt der akademischen Welt ein einfaches, raumübergreifendes Medium des fachlichen Austausches zur Verfügung. Das H-Net stützt sich dazu auf die Fachkompetenz der Gemeinschaft der Gelehrten weltweit und faßt diese zu der im H-Net-Jargon so bezeichneten 'republic of letters' zusammen. Die relativ einfache Technik themenbezogener Mailing-Listen gibt allen Interessierten die Möglichkeit, an diesem kollektiven Wissen teilzuhaben bzw. selbst individuelle Kompetenz weiterzugeben. Das H-Net bzw. die einzelnen Mailing-Listen sorgen lediglich für die Redaktion und Moderation dieser Foren, um die Eigendynamik elektronischer Diskussionen in einem sinnvollen Rahmen zu halten.

Die meisten Listen des H-Net beschäftigen sich mit Themen und Fragen der amerikanischen Geschichte. Daneben gibt es Listen mit Schwerpunkt in der europäischen Geschichte, beispielsweise *H-German* (neuere deutsche Geschichte), *H-Albion* (englische Geschichte), *Habsburg* (österreichisch-ungarische Geschichte) oder *H-France* (französische Geschichte). Zusätzlich existieren eine Reihe von Listen mit methodologischem oder thematischem Schwerpunkt, beispielsweise *H-Urban* (Stadtgeschichte, die älteste Liste des H-Net), *H-Labor* (Geschichte der Arbeit), *H-Rural* (Agrargeschichte) oder *H-Diplo* (Außenpolitik- und Diplomatiegeschichte). Deutlich unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten sind Listen zur Alten Geschichte, zur mittelalterlichen Geschichte oder zur Geschichte der islamischen Länder oder des Nahen Ostens. Weitere Desiderate ließen sich anführen.

Zielgruppe - Rezipienten - Beteiligungsformen

H-Soz-u-Kult ist ein moderiertes Informationsnetzwerk für Historikerinnen und Historiker, die sich für unterschiedlichste Probleme und Fragestellungen der deutschen Sozial- und Kulturgeschichtsschreibung interessieren. Es bietet ein Forum für fachliche Stellungnahmen, Forschungshinweise, Veranstaltungsankündigungen und -berichte, für Rezensionen, für bibliographische Informationen und Hinweise, für Anfragen zu speziellen fachlichen Themen und anderes mehr. Auf dem Weg elektronischer Kommunikation, durch E-mail, erhalten die Subskribenten sozial- und kulturgeschichtliche Nachrichten und Kommentare zu aktuellen Fragestellungen aus der geschichtswissenschaftlichen Forschung. Die technische Möglichkeit zur vergleichsweise direkten Reaktion, zur fachlichen Diskussion (auch über weite räumliche Entfernungen hinweg) und intellektuellen Stellungnahme unterscheidet dieses Medium von anderen.

Den Subskribenten entstehen durch die Teilnahme an der Mailing-Liste keinerlei [finanzielle] Kosten. Sie sind in der Regel - etwa durch eine Magisterarbeit - bereits wissenschaftlich qualifiziert und haben ein aktives Interesse an thematischen und methodologischen Diskussionen. Hierin unterscheidet sich *H-Soz-u-Kult* von vielen ebenfalls im Internet beheimateten sogenannten News-Groups, deren Kommunikation nicht von einer Editorengruppe moderiert wird. Eingehende Beiträge werden also zunächst von den Editoren auf ihre fachwissenschaftliche Relevanz hin geprüft und erst dann an die Mitglieder der Mailing-Liste weitergeleitet. Die Offenheit der Mailing-Liste findet ihre Grenzen im Verhältnis von Länge und Relevanz der mitgeteilten Informationen. Die Moderation verhindert außerdem die Weiterleitung von Nachrichten inkriminierenden, kommerziellen oder illegalen Inhalts. Prinzipiell steht die Mailing-Liste jedoch jedem eingetragenen Subskribenten für fachwissenschaftliche Diskussionsbeiträge offen.

Zwar lebt die Mailing-Liste in erster Linie von den Beiträgen der Subskribenten, darüber hinaus aber regt die Redaktion Diskussionen zu einzelnen Themen an und organisiert die Erstellung von Rezensionen zu Büchern und Artikeln. Gerade hierin liegt eine der Stärken des Mediums. Zudem werden von der Redaktion alle auf *H-Soz-u-Kult* erschienenen Beiträge und Rezensionen nach einigen Wochen dauerhaft auf unserer WorldWideWeb-Präsentation im Internet übernommen. Rezensionen werden darüber hinaus der Liste *H-Review*, der gemeinsamen H-Net-Liste für Besprechungen fachwissenschaftlicher Neuerschei-

nungen aus dem Bereich der Humanities, zur nochmaligen Publikation überlassen. Dadurch sind die Rezensionen auch den Abonnenten aller anderen Listen schnell und problemlos zugänglich.

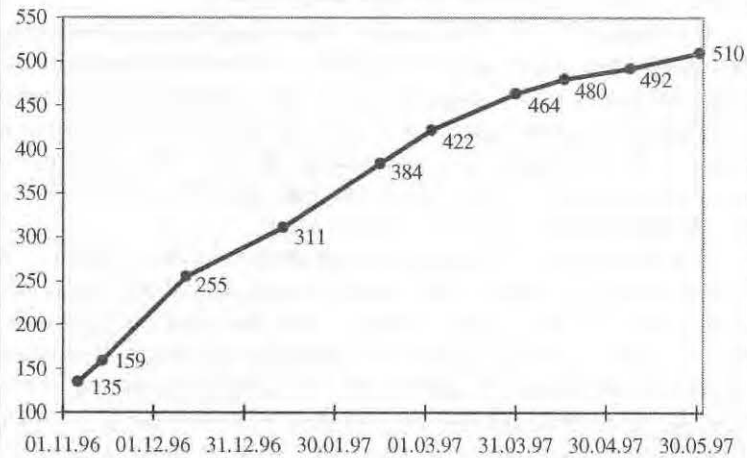
Die Redaktion von *H-Soz-u-Kult* besteht aus einer generationenübergreifenden Gruppe von Historikern, die vornehmlich in Berlin beheimatet sind. Es sind: Karsten Borgmann M.A., Humboldt-Universität zu Berlin, Peter Helmlinger M.A., Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Rüdiger Hohls, Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Konrad Jarausch, University of North Carolina, Ralf Wolz M.A., Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Zur Zeit verfügt *H-Soz-u-Kult* über einen elfköpfigen Beirat, der methoden-, generationen- und nationenübergreifend die Interessen nach außen vertritt, als Multiplikator wirkt und über das inhaltliche Profil mitbestimmt. Es sind: Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch, Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Christoph Conrad, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Ute Daniel, Technische Universität Braunschweig, Prof. Dr. Josef Ehmer, Universität Salzburg, Dr. Andreas Ernst, Universität Zürich, Prof. Dr. Arthur E. Imhof, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Alf Lüdtke, Max-Planck-Institut für Geschichte - Göttingen, Dr. Matthias Middell, Universität Leipzig, Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Universität Hannover, PD Dr. Wilhelm H. Schröder, Zentrum für Historische Sozialforschung Köln.

Subskribenten / Abonnenten

Mit den Planungen für *H-Soz-u-Kult* begannen wir im Juni 1996. Die technischen Voraussetzungen und administrativen Rahmenbedingungen waren im September des gleichen Jahres so weit vorangeschritten, daß wir auf dem 41. Deutschen Historikertag in München das Projekt einer breiteren Fachöffentlichkeit vorstellen konnten. Bis zum offiziellen Listenstart Anfang November 1996 lagen dann mehr als 130 Voranmeldungen interessierter Historiker vor. Die Zahl der Teilnehmer wuchs in den ersten Wochen vergleichsweise rasant, so hatten zum Jahreswechsel schon mehr als 300 Fachwissenschaftler die Liste abonniert. Seither hat sich der Zuwachs verlangsamt, doch erreichte die Liste Ende Mai 1997 mehr als 500 Personen. Von Beginn an stieß unser Diskussionsforum auf internationale Resonanz: So waren die Subskribenten anfänglich in 15 verschiedenen Ländern beheimatet, inzwischen stammen sie aus 24 verschiedenen Staaten. Unter den ausländischen Teilnehmern sind es vor allem Historiker mit Schwerpunkt auf der deut-

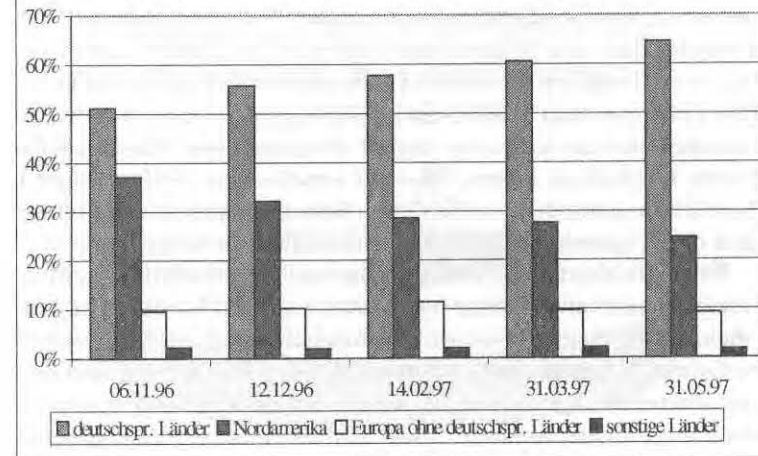
Anzahl der Subskribenten von H-Soz-u-Kult
seit Anfang November 1996



schen oder mitteleuropäischen Geschichte oder Wissenschaftler, die in ihren Heimatländern 'German Studies' betreiben. Unter den ausländischen Teilnehmern herrschen die akademischen Berufsbezeichnungen Lecturer, Assistant Professor, Researcher und Professor vor. In den deutschsprachigen Ländern stößt *H-Soz-u-Kult* vor allem beim akademischen Nachwuchs und im wissenschaftlichen Mittelbau auf Resonanz. Auffallend ist zudem, daß sich hierzulande vor allem Angehörige 'randständiger' historischer Institute anmelden, so zum Beispiel die Spezialisten aus Instituten für Technikgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, Rechtsgeschichte, Ethnographie, Urbanistik u.ä. Dagegen gelang es *H-Soz-u-Kult* bisher weniger, die Angehörigen jener historischen Institute, die inhaltlich eher der klassischen National- und Politikgeschichte verpflichtet sind, zu erreichen.

Beim Listenstart stammten nur etwa 50 Prozent der Subskribenten aus den deutschsprachigen Ländern, knapp 40 Prozent der Subskribenten waren in Nordamerika beheimatet. Die verbleibenden 12 Prozent entfielen auf Angehörige anderer Staaten. Inzwischen hat sich *H-Soz-u-Kult* auch von der Teilnehmerzusammensetzung her zu einer primär deutschsprachigen historischen Diskussionsliste entwickelt. Ende Mai 1997 stammten etwa zwei Drittel der Subskribenten aus den deutschsprachigen Ländern, nur noch 25 Prozent aus Nordamerika und etwa 11 Prozent aus dem übrigen Europa sowie Israel, Australien und Japan.

Subskribenten von H-Soz-u-Kult nach Herkunftsländern



Dennoch erreicht *H-Soz-u-Kult* in den deutschsprachigen Ländern nur einen Bruchteil der Historiker, wie der Blick über die Landesgrenzen hinweg zeigt. Generell werden hierzulande die neuen elektronischen Medien im internationalen Vergleich für die fachwissenschaftliche Kommunikation noch unterdurchschnittlich genutzt. So erreichte das H-Net in Australien, Neuseeland, den Vereinigten Staaten und Kanada Mitte 1996 zwischen 400 und 500 von 10.000 Angehörigen historischer Fakultäten (einschl. Studierende); die entsprechenden Raten lagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz um den Faktor 10 bis 15 niedriger. Hier gibt es also noch ein großes Wachstumspotential.

Beiträge / Artikel

H-Soz-u-Kult veröffentlichte im Zeitraum November 1996 bis Mai 1997 etwa 220 Beiträge. Das thematische Spektrum der Beiträge ist breit, Länge wie Qualität fallen ebenfalls auseinander. Seitens der Redaktion unterscheiden wir zum einen Tagungs- und Kongreßankündigungen sowie 'call for papers', weiterhin wurden Tagungsberichte veröffentlicht und Forschungsprojekte vorgestellt. In die Kategorie Beiträge fallen Aufsätze wie ein Artikel über "Bildung und Wirtschaftswachstum im 19. und 20. Jahrhundert" (C. Diepoldt) oder die Vorstellung neuer methodischer Ansätze und Verfahrensweisen wie in Beiträgen, die z.B. überschrieben sind mit "Vorstellung einer digitalen Edition im Internet oder: Hätte Ranke einen Scanner benutzt?" (B. Assmann) oder Artikel mit wissenschaftssoziologischer bzw. wissenschaftspolitischer

Provenienz ("Sokals 'Jux' und die Wissenschaftssoziologie" (C. Timmermann)). Einzelne Beiträge forderten dann Widerspruch heraus, und es entwickelten sich Diskussionen unter den Teilnehmern. So gab es etwa zu der Frage, ob es vor dem Hintergrund unterschiedlicher kultureller Prägungen und Traditionen möglich sei, den internationalen historischen Diskurs nur in der derzeit dominierenden Wissenschaftssprache Englisch zu führen, allein 22 verschiedene Stellungnahmen. Diese Diskussion schloß sich an einen Beitrag an, in dem das Konzept eines neuen historischen Fachinformationsdienstes vorgestellt wurde.

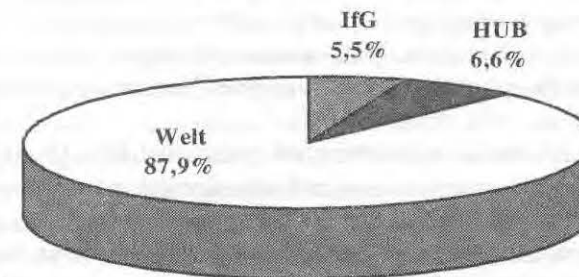
Weiterhin bietet *H-Soz-u-Kult* etablierten Fachzeitschriften die Möglichkeit, Inhaltsverzeichnisse und Abstracts der Artikel aktueller Ausgaben anzukündigen. Davon machen inzwischen mehr als 15 Zeitschriften Gebrauch. Last not least verbreitet *H-Soz-u-Kult* Rezensionen neuerschienener Bücher aus dem Bereich der Sozial- und Kulturgeschichte sowie ausgewählter Aufsätze. Bisher sind aber nicht alle Verlage bereit, *H-Soz-u-Kult* Rezensionsexemplare zu überlassen. Noch sind die Vorbehalte und Wissensdefizite gegenüber diesem jungen und im deutschen Sprachraum noch unterrepräsentierten Medium deutlich zu spüren bzw. die Vorbehalte schlagen sich in Zurückhaltung nieder. Der Rezensionsbereich von *H-Soz-u-Kult* befindet sich gegenwärtig noch im Aufbau. Dennoch hat *H-Soz-u-Kult* inzwischen mehr als 20 Rezensionen, teilweise durch die Übernahme von benachbarten H-Net-Listen, verbreitet.

Web-Pages

Parallel zum Ausbau der Listenarbeit begannen wir im Januar 1997, eine WorldWideWeb-Präsentation von *H-Soz-u-Kult* zu erstellen. Die Arbeiten waren Mitte Februar d. J. so weit abgeschlossen, daß der Web-Server von *H-Soz-u-Kult* seither im Internet verfügbar ist. Die WWW-Seiten ermöglichen es auch nicht eingetragenen Subskribenten, Listenbeiträge einzusehen und Diskussionen nachzuvollziehen. Mit einem 'time lag' von etwa 14 Tagen werden relevante Listenbeiträge in die Web-Präsentation übernommen. Zugleich stellen die Web-Seiten eine Art langfristiges Archiv dar und bieten den Autoren der Diskussionsliste eine bibliographische Referenz für ihre Beiträge. Damit wird *H-Soz-u-Kult* zum ersten fachhistorischen "e-zine" im deutschsprachigen Raum und stellt somit auch in dieser Hinsicht einen Versuchsballon dar.

Die Resonanz ist bisher über Erwarten positiv, zumindest läßt sich die Zugriffsstatistik auf den Server entsprechend interpretieren. Von den insgesamt ca. 14.000 registrierten Zugriffen (sogen. hits) fremder

Zugriffe auf den Web-Server von H-Soz-u-Kult in den Monaten April / Mai 1997



Gesamtzahl Zugriffe: 7.918 Durchschnittliche Anzahl Zugriffe
Zugriffe verschiedener Hosts: 732 pro Host: 11 pro Tag: 130

Rechner in den Monaten April und Mai 1997 auf die Web-Pages von *H-Soz-u-Kult* erfolgten knapp 8.000 auf Inhaltsdokumente. Davon wiederum entfielen etwa zwei Drittel auf Beiträge der Diskussionsliste und ein Drittel auf Seiten organisatorischen oder allgemeinen Inhalts. Leider ist es technisch zur Zeit noch nicht möglich, die Zugriffe nach Ländergruppen auszuwerten. Jedoch stammen 88 Prozent der Zugriffe von Rechnern (Hosts), die nicht an der Humboldt-Universität zu Berlin beheimatet sind. Diese Zahlen spiegeln somit die überregionale Nutzung der Web-Seiten. Zudem ist die Tendenz klar: Die Zahl der auswärtigen Zugriffe auf den Web-Server steigt von Woche zu Woche kontinuierlich an.

Die Homepage von *H-Soz-u-Kult* ist unter der folgenden WWW-Adresse erreichbar: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>

Diskussionskulturen: amerikanischer versus deutscher historischer Diskurs - Ausblick

Historiker, die auf beiden Seiten des Atlantiks arbeiten, stellen immer wieder mit Erstaunen fest, daß Anglo-Amerikaner dem technologischen Wandel offener und flexibler gegenüberstehen als ihre deutschen Kollegen. Dort hat sich etwa jeweils ein halbes Jahrzehnt früher als auf dem europäischen Kontinent der Gebrauch von PCs auf dem Campus einge-

bürgert, E-mail als informelles Kommunikationsmittel durchgesetzt und das H-Net als elektronisches Netzwerk für die Geschichtswissenschaft entwickelt. Auf deutscher Seite machen die Journalistin Elisabeth Pond und der Historiker David Schoenbaum in ihrem 1996 erschienenen Buch "Annäherung an Deutschland" vor allem die Unbeweglichkeit der Telekom, die fehlende Kreativität der Wissenschaftspolitiker und eine neue Technologiefeindschaft dafür verantwortlich (S. 97 f.). Demgegenüber gibt es im anglo-amerikanischen Raum zahlreiche weitere Gründe für diesen Unterschied, von denen hier nur einige angeführt werden sollen.

Eine erste Ursache ist die wesentlich größere räumliche Distanz zwischen den Forschungszentren wegen der kontinentalen Ausdehnung der Vereinigten Staaten. Man kann sich nicht einfach in einen Zug setzen und zwei Stunden später mit einem informierten Fachmann an einer anderen Universität eine Frage diskutieren, sondern man muß entweder lange Autofahren oder überhaupt sofort fliegen. Auch wegen des schlechteren Postsystems ist es unmöglich über Nacht einen Brief zu erhalten, wenn man nicht einen teuren privaten Dienst wie Federal Express bemüht. Besonders in Ländern des britischen Commonwealth wie Australien ist die Entfernung so immens, daß jedes neue Mittel ihrer Überwindung willkommen scheint; und kleinere westliche Länder wie Israel oder die skandinavischen Staaten können nur durch das Internet an der weltweiten, in englischer Sprache stattfindenden Kommunikation teilhaben.

Auch gewisse Nachteile des anglo-amerikanischen Universitätssystems halten die technologische Innovationsbereitschaft geradezu wach. Da sich jeweils zehn Professoren nur etwa eine Sekretärin teilen müssen, ist beispielsweise das Diktieren von Briefen schlichtweg unbekannt und auch das Schreiben wissenschaftlicher Arbeiten so zeitraubend, daß sich die meisten Forscher lieber selbst an den Computer setzen. Ohne die Personalkapazitäten von Großforschungsprojekten, Sonderforschungsbereichen, Innovationskollegs usw. ist der Historiker dort gewöhnlich ein 'Einzelkämpfer', der im Stile der Heimindustrie vor sich hin arbeitet und auf die institutionellen Ressourcen, die deutschen Ordinarien noch zur Verfügung stehen, verzichten muß. Daher ist er dauernd auf der Ausschau nach Verfahren, die, wie der PC oder E-mail, seine Selbständigkeit und Produktivität steigern können.

Gleichzeitig ist in der angelsächsischen Welt die wissenschaftliche Diskussionskultur liberaler und die Form der geistigen Auseinandersetzung verbindlicher. Statt abweichende Positionen oder rivalisierende

Kollegen 'vernichten' zu wollen, wird deren Partizipation als legitim akzeptiert, auch wenn man weiterhin hofft, sie inhaltlich von der Richtigkeit der eigenen Anschauungen überzeugen zu können. So herrscht in der formalen Kommentierung von Konferenzpapieren eher ein hilfreicher Ton, der positive Aspekte würdigt und im Falle von Schwachstellen Korrekturen vorschlägt, statt eigene Überlegenheit zu demonstrieren und sich durch Abwertung des Anderen zu profilieren. Trotz gelegentlicher ironischer Spitzen, ist dieser weniger verletzende Stil der Diskussion, der Besuchern immer wieder auffällt, geeigneter für den Gedankenaustausch in einem zwischen mündlichen und schriftlichen Formen angesiedelten elektronischen Medium als die allzu verbreitete Rechthaberei mancher hiesiger Fachleute.

Zudem ist zumindest in amerikanischen Departments die Internationalisierung der Forschung größer als in vergleichbaren deutschen Fachbereichen. Da um die Jahrhundertwende die Mehrheit der Einwanderer aus Europa stammte und auch die amerikanische Nationalgeschichte bestenfalls drei Jahrhunderte zurückreichte, konnte sich eine breite und anspruchsvolle Forschung über europäische Geschichte entwickeln. In den letzten Jahrzehnten weitete sich das äußere Interesse aufgrund der veränderten Immigrationsstruktur und der Verlagerung der wirtschaftlichen Interessen auf die dritte Welt und den pazifischen Raum aus. In führenden amerikanischen Institutionen sind daher etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Historiker Spezialisten in nicht-amerikanischer Geschichte – eine hierzulande, trotz aller Europarhetorik auf die eigene Vergangenheit zentrierten Struktur, völlig undenkbar! Diese breite Streuung der Interessen involviert US-Forscher stärker in Diskussionen anderer Länder und macht sie zu Vermittlern in internationalen Debatten.

Dazu kommt ein weniger von Endzeitängsten geprägtes, optimistischeres Verhältnis zu technischen Innovationen, die mehrheitlich immer noch als Garant des Fortschritts und eines besseren Lebens verstanden werden. Auch das hohe Prestige der weitgehend im eigenen Lande entwickelten Hardware und die Dominanz der englischen Sprache in der sich rapide verändernden Software verringern die Hemmschwelle bei sonst eher zurückhaltenden Humanisten. Oft auf Druck der Geschäftswelt unterstützt die akademische Verwaltung die Verbreitung neuer Geräte auf dem Campus, die Modernität suggerieren und durch Entlastung von Personal möglicherweise Geld sparen helfen. Die Kampagne für den Einsatz von PCs in der Lehre hat die Dimensionen des 'Feldzugs' für Fernunterricht per Fernsehen von vor zwei Jahrzehnten

schon überschritten. Dadurch werden aber auch wichtige Dienste, wie der elektronische Bibliothekskatalog, für jeden einzelnen Benutzer zugänglich, die das Arbeiten erleichtern und auch gestandene Kollegen überzeugen, die neue Technik zu erlernen. In manchen Fachbereichen werden die internen Ankündigungen und Verlautbarungen mittlerweile nur noch per E-mail verteilt.

Trotz der unterschiedlichen Startbedingungen sind die Aussichten für die Verbreitung des H-Net Konzeptes auf den deutschen Sprachraum dennoch eigentlich nicht schlecht. Vor allem bei der jüngeren Historikergeneration sind ähnliche Tendenzen deutlich: Auch sie sucht nach einem nicht-hierarchisierten Forum der Kommunikation zur Überwindung der Vereinzelung, ihr stehen kaum die institutionellen Ressourcen von Professoren zur Verfügung, sie hat oft schon im anglo-amerikanischen Ausland Erfahrungen mit der Teilnahme an Netzwerken gemacht, sie ist wenigstens partiell technologiefreudiger als ältere Geisteswissenschaftler und mehr bereit, mit neuen Methoden zu experimentieren. Auch wenn der schärfere Diskussionsstil sich nicht über Nacht abschleifen läßt und andere Diskurstraditionen die offene Artikulierung von Meinungen weiterhin erschweren, zeigen erste Diskussionen über das Problem der Übersetzungen oder über die Wehrmachtausstellung, daß elektronische Diskussionsforen wie *H-Soz-u-Kult* auch im deutschen Sprachraum eine konstruktive wissenschaftliche Auseinandersetzung fördern können. *H-Soz-u-Kult* wird deshalb auch zukünftig seinen Platz neben der Gutenberg-Galaxie finden und ausbauen.

Rüdiger Hohls, Dr. phil., Historiker, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Redaktionsmitglied von H-Soz-u-Kult. Konrad H. Jarausch, Prof. Dr., ist Professor für Deutsche / Europäische Geschichte an der University of North Carolina in Chapel Hill (USA), war kommissarischer Direktor des in Potsdam ansässigen Instituts für Zeithistorische Forschungen (ZZF) und gehört der Redaktion von H-Soz-u-Kult an

Die Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung im 39. Jahrgang **Die älteste deutsche Zeitschrift zur Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Wende überlebt**

Fritz Zimmermann
Berlin

Im Nachhinein kann man es schon als ein kleines Wunder bezeichnen, daß die BzG noch existiert. Sie gehörte gewiß nicht zu den ideologiefreien Organen, und sie hat über Jahre auftragsgemäß ihren Beitrag zur Legitimierung der herr-

schenden Verhältnisse in der DDR geleistet. Aber als Ende 1989 auf Veranstaltungen der DDR-Historiker mit dem Herausgeber der Zeitschrift, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, scharf abgerechnet wurde wegen seiner mit dem Begriff „Leitinstitut“ getarnten Bevormundung der Historiker zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR, wurde die BzG von dieser Kritik ausgenommen. Ihr und ihrer Redaktion bescheinigte man, im Rahmen des Möglichen Fairneß und Toleranz gegenüber den Autoren geübt zu haben und neben der überwiegenden Publikation von ausgesprochen „linientreuen“ Beiträgen auch offen gewesen zu sein für Versuche, im Zusammenhang mit sowjetischer Perestroika und Glasnost auch in der DDR neue Fragestellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung aufzuwerfen.

Tatsächlich zeigen vor allem die Jahrgänge 1988 und 1989 in Ansätzen gewisse Veränderungen im Profil der Zeitschrift und auch vorsichtige neue Sichten auf alte Themen. Das trifft besonders zu auf eine sachlichere Behandlung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und einen faireren Umgang mit führenden Sozialdemokraten, wie er sich ausdrückte in biographischen Arbeiten über Philipp Scheidemann, Adolf Reichwein, Georg Ledebour, Max Sievers und anderen. Auch eine stärkere Behandlung von sozialgeschichtlichen Themen ist in diesen Jahrgängen zu finden, so über die soziale Lage und Struktur der Arbeiterklasse in verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten, über Migrationsprozesse der Arbeiter und Fragen der elementaren Arbeiterbewegung. Schließlich weist auch der Dokumententeil - schon

immer die interessanteste Rubrik der BzG - dieser Jahrgänge neue Facetten auf, wie sie in früheren Jahren nicht denkbar gewesen wären. Genannt seien Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D. S. Manuilski von der Kominternführung aus den Jahren 1937 bis 1942 mit der Bitte, sich für die Freilassung in der Sowjetunion verhafteter deutscher Kommunisten einzusetzen, oder der Zehnjahresbericht der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks von 1959 über die etwa 1,5 Millionen Briefe und Eingaben von Bürgern der DDR an den Präsidenten, vorwiegend Beschwerden über Bürokratismus, Gleichgültigkeit und menschliche Kälte von Mitarbeitern des Staatsapparates.

Nur so ist es zu verstehen, daß nirgends die Forderung erhoben wurde, das Erscheinen der Zeitschrift einzustellen oder wenigstens ihren Titel zu ändern und eine neue Redaktion einzusetzen. Selbst der Chefredakteur blieb im Amt. Hingegen wurde die Leitung des Herausgeberinstituts aufgelöst und für dessen Umstrukturierung zu einem sehr viel kleineren Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung ein Arbeitsausschuß gebildet. Während die Hefte 1 bis 3/1990 der BzG ohne Herausgeber im Impressum und Kopf der Zeitschrift erschienen, wird ab Heft 4/1990 das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung als Herausgeber genannt.

In Heft 1/1990 publizierte die Redaktion ein Editorial „In eigener Sache“, in dem sie versuchte, die Zeitschrift auf die neue gesellschaftliche Situation einzustellen. Wenn auch nicht frei von Illusionen, was die Erneuerung des Sozialismus und des gesellschaftlichen Lebens in der DDR betrifft (der Beitrag wurde Anfang November 1989 verfaßt), so wurden die deutliche Selbstkritik der Redaktion - „Einengung der Arbeiterbewegung auf die Parteigeschichte“, „Mißachtung entscheidender eigener historischer Erfahrungen und Traditionen“ der deutschen Arbeiterbewegung, „widerspruchsfreie und konfliktlose Erfolgsbeschreibung“ der Geschichte der SED, Tabuisierung der „verheerenden Auswirkungen des Stalinismus auf die deutsche Arbeiterbewegung“ - und die Schlußfolgerungen daraus zustimmend zur Kenntnis genommen. Auch ihre Orientierung auf „einen konzeptionellen Neubeginn“ der Erforschung, Darstellung und Propagierung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurde akzeptiert, wozu als wichtiges Element die Entwicklung der BzG „zu einem Diskussionsforum der Geschichte der Arbeiterbewegung“ gehört.

Diese Forderung war zwar so alt wie die Zeitschrift selbst, aber vor 1989/90 waren alle Bemühungen der Redaktion um eine echte Diskussion objektiv zum Scheitern verurteilt, weil es nur möglich war, vorher

in verschiedenen Gremien, zum Beispiel auch im Redaktionskollegium diskutierte und damit „abgesicherte“ Beiträge zu veröffentlichen. Eine Diskussion konnte es danach nicht um echte Probleme oder gravierende Meinungsverschiedenheiten geben, sondern höchstens um mehr oder weniger belanglose Nuancen. Im Editorial wurde nun verlangt, „sich in den Artikeln nicht auf allgemein abgesicherte und von allen akzeptierte Einschätzungen zu beschränken, sondern - gestützt auf eine breite Quellenbasis - neue Fragen aufzuwerfen, manches Gewohnte in Zweifel zu ziehen, eigene Standpunkte prononciert vorzutragen“. Entscheidend für den Abdruck eines Beitrages ist nicht die Übereinstimmung mit der Meinung der Redaktion oder des Redaktionskollegiums, so hieß es, sondern „die wissenschaftliche Qualität der Arbeit“.

Inhaltlich nahm die Zeitschrift, beginnend mit den Jahrgängen 1990 und 1991, einen erfreulichen Aufschwung. Es erfolgte ein radikaler Bruch mit der früheren politisch und ideologisch ausgerichteten Geschichtsschreibung, Tabus galten nicht mehr. Die Freigabe von bisher gesperrten Archivmaterialien, besonders im Zentralen Parteiarchiv der SED, stellte die Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung auf eine neue Grundlage. Gewichtige, oftmals als sensationell empfundene Dokumentationen entstanden und fanden Aufnahme in die BzG. Historiker, vor allem auch jüngere, aus den anfangs noch nicht abgewickelten Instituten und wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR bewiesen mit fundierten Aufsätzen - befreit von ideologischer Bevormundung - ihre Fähigkeiten zu differenzierter historischer Analyse. Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern entdeckten die BzG als Publikationsorgan und bereicherten mit ihrer methodologisch oft anderen Herangehensweise an die Geschichte ihren Inhalt.

Im Ergebnis dieser Arbeit wurde *erstens* die frühere starke Konzentration auf die kommunistische Parteigeschichte überwunden. Die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung fand größere Beachtung, und entgegen einer einseitig kritischen Betrachtung dominierte nun eine abgewogene Beurteilung der Sozialdemokratie, wurde versucht, ein objektives Bild ihrer Stärken und Schwächen zu zeichnen. *Zweitens* wurde mit der geglätteten und geschönten und damit gefälschten Darstellung der kommunistischen Bewegung gebrochen. Innerparteiliche Auseinandersetzungen und Machtkämpfe in Komintern, KPD, Kominform und SED wurden aufgedeckt, strategische Fehlentscheidungen analysiert, weiße Flecken getilgt. Zum eigentlichen Schwerpunktthema der BzG entwickelte sich *drittens* die kritische Behandlung der Geschichte der SED und der DDR. Neue Materialien und neue konzeptionelle

Sichten wurden eingebracht, besonders zum Vereinigungsprozeß von KPD und SPD 1945/46, zur Umstrukturierung der SED zu einer stalinistischen „Partei neuen Typus“, zum Demokratiedefizit in der DDR, zur Abhängigkeit der SED von der KPdSU. Erstmals wurde in der Zeitschrift über sowjetische Internierungslager auf deutschem Boden geschrieben. *Viertens* schließlich entwickelten sich in der BzG zumindest ansatzweise wissenschaftliche Diskussionen zu einzelnen Themen oder Beiträgen. Neben größeren Artikeln konnten eine Vielzahl von kritischen Leserbriefen veröffentlicht werden.

Trotz dieser positiven inhaltlichen Entwicklung nahm die Abonnentenzahl rapide ab. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Der Hauptgrund dürfte in der einsetzenden Verödung der Wissenschaftslandschaft im Osten durch die Abwicklung zahlreicher wissenschaftlicher Einrichtungen zu suchen sein. Die Geschichtsinstitute der Akademie der Wissenschaften und der SED wurden geschlossen und ihre Mitarbeiter zu Hunderten in den Vorruhestand, in die Rente oder in die Arbeitslosigkeit geschickt. Auch das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, das zahlreiche Abonnements der Zeitschrift gesichert hatte, wurde eingestellt. Eine feste Größe unter den Abnehmern der Zeitschrift war bis zur „Wende“ das Parteischulsystem der SED von den Kreisparteischulen bis zur Parteihochschule und die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung auf allen Ebenen. Damit war Anfang 1990 Schluß. Schließlich konnten nach Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli 1990 unsere zahlreichen Abonnenten in den osteuropäischen Ländern und vor allem in der Sowjetunion wegen Devisenmangels die BzG nicht mehr beziehen. Im wesentlichen stabil blieb die Abonnentenzahl bis heute von über einhundert nur im „westlichen“ Ausland und von einigen hundert in den alten Bundesländern. Hier hatten auch die zahlreichen organisatorischen Veränderungen beim Bezug, die notwendigen Preiserhöhungen und Veränderungen im Format, bei der Umschlagsgestaltung und in der Erscheinungsweise keinen negativen Einfluß.

Im Gegensatz dazu dürften diese organisatorischen und technischen Probleme nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Abonnenten und sonstigen Käufer der Zeitschrift auf dem Gebiet der DDR von einigen Tausend auf einige Hundert zurückging, obwohl die Qualität des Inhalts gestiegen war. Seit Gründung der BzG 1959 hatte der Dietz Verlag, Berlin, der Parteiverlag der SED, die Zeitschrift betreut. Er setzte das auch 1990 über die Währungsumstellung vom 1. Juli hinaus fort. Der Wegfall von Subventionen zwang ihn, den Preis von 2

Mark auf 5 D-Mark zu erhöhen. Auch dieser höhere Preis deckte bald nicht mehr die Herstellungskosten. In große Schwierigkeiten geriet der Verlag, als ab 1991 der Postzeitungsvertrieb, der bisher die Abonnenten bedient und die Zeitschrift an seinen Kiosken verkauft hatte, diese Arbeit einstellte. Die Umstellung auf eine private Vertriebsfirma, die mit einer faktischen Neubestellung verbunden war (der Verlag konnte von der Post die Abo-Listen nicht erhalten), brachte große Einbrüche in den Abonnentenstand. Hinzu kam, daß die meisten Buchhandlungen nun keine Dietz-Literatur (wozu auch die BzG gehörte) mehr in ihr Sortiment aufnahmen. Der Verlag erklärte sich mit Heft 2/1991 außerstande, die Arbeit mit der Zeitschrift fortzusetzen.

Kurzfristig übernahm der Zeitschriftenverlag „Demokratie und Recht“, Hamburg, die Zeitschrift. Die Redaktion stellte sich auf die neuen Bedingungen ein. Sie hatte schrittweise ihren Personalbestand auf die Hälfte (drei Redakteure) reduziert und schaffte sich einen Computer an, der es ihr ermöglichte, Satz und Umbruch in der Redaktion herzustellen, was die Herstellungskosten in der Druckerei enorm verringerte. Das Engagement des Verlages dauerte trotzdem nur ein Jahr. Mit der Schließung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung am 31. März 1992, dem Herausgeber der Zeitschrift, kündigte der Verlag kurzfristig die Zusammenarbeit. Außer der Umstellung auf ein verlagsinternes Vertriebssystem, was wiederum mit einer Abnahme der Abonnements verbunden war, hatte der Verlag ab Heft 1/1992 aus finanziellen Gründen das Format verkleinert, den Umfang der einzelnen Hefte verringert und den Umschlag neu gestaltet. Geblieben war der Titel. Aber war das ohne Verlag noch von Bedeutung?

Die Zeitschrift befand sich in der größten Krise ihrer Geschichte. Die Redaktion war mit der Schließung des Herausgeberinstituts entlassen, der Verlag hatte sich zurückgezogen. Sollten die hoffnungsvollen Ansätze der letzten beiden Jahre jäh zu Ende sein? Das Bedürfnis nach der Zeitschrift, vielleicht weniger bei den Abonnenten, dafür aber sehr viel mehr bei den Autoren, war groß. Viele Historiker, die in den vorzeitigen Ruhestand geschickt worden waren, wollten gern weiterarbeiten. Es kam ihnen auf Publikationsmöglichkeiten an, nicht auf ein Honorar, das seit 1990 sowieso nicht mehr gezahlt werden konnte. Anfangs schien die Treuhand, die das Vermögen der SED verwaltete, nicht abgeneigt zu sein, die Zeitschrift finanziell am Leben zu erhalten. Aber auch als die verlangten Gutachten renommierter altbundesdeutscher Historiker äußerst positiv ausfielen und sie sich sehr engagiert für den Erhalt der BzG einsetzten, der sie ein gegenüber früher vollkommen

neues Herangehen an die Geschichte bescheinigten, lehnte die Treuhand schließlich ab.

Gab es noch einen Weg, die BzG am Leben zu erhalten? Der ehemalige Chefredakteur, der in den Vorruhestand ging, und sein Stellvertreter, dem die Arbeitslosigkeit bevorstand, erklärten sich bereit, die Zeitschrift ehrenamtlich zu redigieren. Auch eine sich im Vorruhestand befindende Sekretärin des Instituts konnte für eine unbezahlte Tätigkeit in der Redaktion gewonnen werden. Der Bundesvorstand der PDS bot der Redaktion unentgeltlich einen Büroraum mit Telefon in seinem Gebäude an. Es fehlte nur noch ein Verlag mit Druckerei. Der konnte schließlich mit Hilfe eines westdeutschen Gewerkschafters und Autoren der BzG im bayerischen Kösching bei Ingolstadt gefunden werden. Sein Inhaber war aus Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung bereit, die Zeitschrift ohne Druckkostenzuschuß (natürlich auch ohne Finanzierung der Redaktion) herzustellen und zu vertreiben. Nach einer fast halbjährigen Pause konnte nach Heft 2/1992 im März im neuen Verlag mit gleichem Outfit im September Heft 3/1992 erscheinen. Redaktion und Verlag hatten sich darauf geeinigt, statt 6 nur noch 4 Hefte je Jahrgang herauszugeben. Preis 9.- DM (seit 1997 10.- DM).

Obwohl damit die organisatorischen Turbulenzen der ersten Nachwendjahre beendet waren, gelang es seither nicht, den Abonnentenstand zu erhöhen. Für den Verlag liegt die Auflage der Zeitschrift an der Grenze ihres Existenzminimums. Es mangelt der BzG nicht an Autoren, wohl aber an Lesern, genauer an Abonnenten und Käufern. Sicher liegt das auch an der unprofessionellen Arbeit der Redaktion, die seit zwei Jahren nur noch mit einem Redakteur arbeitet. Es fehlt an Zeit, Kraft und Geld für eine wirksame Werbearbeit. Aber das dürfte nicht die Hauptursache sein. Der Hauptgrund liegt in der schwachen Position des Gegenstandes der Zeitschrift selbst.

Seit Mitte der achtziger Jahre unseres Jahrhunderts mehren sich solche Titel von Büchern und Zeitschriftenaufsätzen wie „Das Ende der Arbeiterbewegung“ oder „Abschied vom Proletariat“. Sie spiegeln - wenn auch stark zugespitzt - eine objektive Tendenz wider. Die traditionelle Arbeiterklasse schrumpft, mit ihrem zahlenmäßigen Rückgang nimmt auch ihre Bedeutung ab. Offensichtlich wird ihr Klassenbewußtsein schwächer. Die Arbeiterbewegung verliert an Kraft. Das Scheitern des Parteikommunismus und der Zusammenbruch des von ihm getragenen Staatensystems in Europa hat diesen Prozeß noch beschleunigt. Der mit der klassischen Arbeiterbewegung eng verbundene Marxismus hat an Autorität eingebüßt. Ihm wird mit wachsender Skep-

sis begegnet. So unbestritten die Leistungen der Arbeiterbewegung in der Geschichte auch sind, wenn ihre Rolle in der Gegenwart so rapide abnimmt, hat das Konsequenzen für das heutige Interesse an ihrer Geschichte. Nur noch an wenigen Universitäten gibt es kleine Arbeitsgruppen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen. Die Verlage, die Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung herausbringen, haben Absatzprobleme. Sie haben daraus ihre Schlüsse gezogen. Desto wichtiger ist die Existenz solcher Zeitschriften wie der hier vorgestellten, die auch in Zeiten der Flaute im Publikumsinteresse Historikern Publikationsmöglichkeiten bieten, damit das Reservoir an Spezialisten zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht noch weiter schrumpft.

Natürlich wirken auch gewisse Tendenzen gegen diese Entwicklung. Die Umwälzung 1989/90 hatte und hat eine befreiende Wirkung auf die Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung in den betroffenen Ländern. Sie kann nun ohne politisch-ideologische Vorgaben wirken und auch die Geschichte dieser Vorgaben aufarbeiten. Davon lebt die BzG zur Zeit in erster Linie. Aber für die Zukunft ist es unabdingbar, sich stärker den neuen sozialen Bewegungen zuzuwenden und sich auch mit den neuen elementaren Arbeiterbewegungen zu befassen, wie sie sich vor allem in ehemaligen sogenannten Entwicklungsländern (Südostasien, Südamerika) herausbilden. Je größer die Bedeutung der neuen und alten sozialen Bewegungen im Ringen um Reformen oder gar um Alternativen zu den bestehenden Gesellschaftsordnungen wird, desto mehr wird schließlich auch das Interesse an ihrer Geschichte wachsen.

Fritz Zimmermann, Prof. Dr. sc. phil., Historiker, Berlin, war bis 1992 Chefredakteur der BzG und ist seither ehrenamtlicher verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift

Historische Zeitschriften in Ostdeutschland

Matthias Middell
Leipzig

Am Anfang waren eher manichäische Glaubensbekenntnisse als kritische Historisierung gefragt. Unmittelbar nach 1989 standen sich in der Debatte um die DDR-Geschichtswissenschaft vor allem anklagende und entlastende Dis-

kurse gegenüber. Da aber auch jene, die die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Historikerschaft betonten, nicht an der Fortführung einer DDR-Historiographie festhielten und deren Deformationen und blinden Flecken bereitwillig einräumten, da schließlich Evaluierungen, Abwicklungen und Generationswechsel die institutionelle Basis einer solchen von manchem "Ankläger" befürchteten Kontinuität vollständig entzog, hatte sich der Streit auch bald erledigt. Im Unterschied zu vielen ost- und südeuropäischen Ländern ging es in der politischen Auseinandersetzung um den Charakter der untergegangenen Historiographie nicht mehr um die Frage, wer aus öffentlichen Mitteln bezahlt Geschichte schreiben sollte.¹ So setzte sich schrittweise die Erkenntnis durch, daß Verfälschung und Differenzierung nicht moralische und politische Entlastung bedeuten müssen, daß andererseits Pauschalurteile nicht schon wegen ihres Rigorismus höhere Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Die sich nun anschließende Phase der Akademisierung der Debatte um die DDR-Geschichtswissenschaft, die mit einer intellektuellen Distanzierung von ihrem Gegenstand einher geht, folgt im wesentlichen zwei unterschiedlichen Pfaden. Während die eine Richtung besonderen Wert auf eine diktaturgeschichtliche Erklärung sucht, schneidet die andere den gleichen Kuchen mit dem Besteck der Wissenschaftsgeschichte. Geht es der ersteren um das Verhältnis zur politischen Macht und deren Legitimationsstrategien, so fahndet die letztere nach den spezifisch professionellen Formen, in denen wissenschaftliche Erkenntnisuche ablief. Es liegt nahe, daß die diktaturgeschichtliche Sichtweise zuerst die Fremdheit gegenüber westlichen Verhaltensweisen von Akademikern aufdeckt und in den Kategorien von "Durchherrschaft" (J. Kocka)

und "Opposition" zu fassen bemüht ist. Das wissenschaftsgeschichtliche Herangehen neigt dagegen eher dazu, die Nähe zu betonen, die der ostdeutsche Wissenschaftsbetrieb zu dem in anderen Ländern aufwies. Die Spannung zwischen beiden Perspektiven hat zur vorläufigen Bestimmung der DDR-Historiographie als "anormale Normalwissenschaft" (M. Sabrow, K. H. Jarausch) geführt, die von "selbstwidersprüchlichen Individuen" (R. Possekel) betrieben wurde.² Diese Beurteilung kann in ihrer Pauschalität noch nicht befriedigen, aber sie bietet immerhin einen Ausgangspunkt für verschiedene Strategien der Konkretisierung im Rahmen einer "kritischen Historisierung" der ostdeutschen Geschichtswissenschaft bis 1989.

Der Übergang von den erregten Debatten der unmittelbaren Nachwendezeit zur kühlen Distanzierung kann je nach Temperament als Verlust oder als Gewinn gesehen werden. Interessant scheint aber, daß die anfangs alle bewegende Frage nach dem "Was bleibt?" beinahe vollständig verschwunden ist. Sie hat sich offenbar nicht für eine Antwort geeignet, solange sie als generelle Frage an die Totalität der DDR-Geschichtswissenschaft (oder gar die gesamte DDR-Geschichte) gestellt wurde und dabei auch noch als normative Frage (miß-)verstanden wurde, die eigentlich lautete "Was soll bleiben?".

Heute, acht Jahre nach dem Umbruch vom Herbst 1989 und sieben nach dem administrativen Vollzug der staatlichen Einheit, stellt sich die Frage auf viel banalere Weise: "Was ist geblieben und warum?". Diese Frage läßt sich kaum noch mißverstehen als nostalgische Suche nach übrigbleibenden autochthonen Resten einer kulturellen Situation, die mit ihrem staatlichen Rahmen, ihren ökonomischen und sozialen Voraussetzungen untergegangen ist. Interessant ist eher, warum bestimmte Formen, die in der kollektiven Wahrnehmung mit Vorläufern in der DDR identifiziert werden, sich an eine neue Umgebung anpassen konnten (und/oder mußten) und welche Produktivität sie dabei entfalten.

Ein Blick in die Auslagen wissenschaftlicher Bibliotheken zeigt die Fortexistenz ostdeutscher Periodika wie der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, der *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, des *Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte* und sogar neue Journale wie die *Berliner Debatte Initial* oder *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*. Sind dies die Refugien der abgewickelten DDR-Historiographie oder läßt sich die Zeitschriftenlandschaft einer Geschichtswissenschaft von deren sonstiger akademischer Institutionalisierung und kognitiver Verfassung abkoppeln? Die nachfolgenden Bemerkungen können das Phäno-

men nicht erschöpfend aufklären,³ versuchen aber zumindest einige Hinweise zu geben, warum diese Zeitschriftenlandschaft fortbesteht.

Die Gründung von wissenschaftlichen Zeitschriften entspringt dem Bedürfnis, in der akademischen Kommunikation eine eigene Stimme zu haben, in der Konkurrenz der Positionen die eigene zu profilieren und ihr einen Kreis von Autoren und Lesern zu verpflichten, der sich in der Redaktionsstrategie repräsentiert fühlt. Diese Redaktionsstrategie kann öffentlich reflektiert sein,⁴ sie kann sich aber auch allein aus der Zusammenstellung der einzelnen Hefte ergeben. Die vielfältigen Faktoren, die auf diese Redaktionsstrategie einwirken, werden in der Regel nicht dargestellt - je größer der Repräsentationsanspruch einer Zeitschrift ist, desto vielfältiger dürften aber in der Regel die Rücksichten sein, die sich in den Zufälligkeiten der Editions politik widerspiegeln.

Der Wunsch, eine periodisch vernehmbare Stimme zu finden, steht aber nicht allein im Belieben der Autoren. Der Preis dafür ist die Notwendigkeit, verschiedenartige Ressourcen zu mobilisieren. Wissenschaftliche Zeitschriften dürften also entstehen, wenn das Defizit an Repräsentanz für eine genügend große Gruppe von Autoren und Lesern in ausreichendem Maße hervortritt und die politischen, organisatorischen und technischen Hindernisse zur Veröffentlichung nicht unüberwindlich sind. Umgekehrt kann also angenommen werden, daß Zeitschriften dort ihre Existenzberechtigung verlieren, wo sie die versprochene Repräsentanz nicht (mehr) leisten.

I.

Die ostdeutsche Geschichtswissenschaft und Wissenschaftspolitik hatte bereits früh, nämlich 1953, mit der Gründung der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (ZfG) einen Prozeß in Gang gesetzt, der am Ende der staatlichen Existenz der DDR eine differenzierte historische Zeitschriftenlandschaft mit einigen Besonderheiten hinterließ.

Die ZfG hatte sich, dem Anliegen ihrer Gründer entsprechend, zu einer Institution "nationaler Repräsentanz" entwickelt und wurde von den meisten Historikern des Landes wie auch von außen als jene Zeitschrift angesehen, die typische Tendenzen der ostdeutschen Historiographie widerspiegelte. Diese "Repräsentanz" war jener der 1859 gegründeten *Historischen Zeitschrift* nachgebildet, die in der Phase der Professionalisierung der deutschen Geschichtsschreibung, ihrer Verwissenschaftlichung und Identifikation mit dem Nationalstaat zum

sichtbaren Forum der (historistischen) Mehrheitspositionen in der deutschen Historiographie geworden war. Als Organ umfangreicher Literaturkritik, die faktische jede Neuerscheinung dem kritischen Auge ihrer Rezensenten vorlegte, war sie zu einer Anerkennungsinstanz für neue Strömungen geworden. Die *Historische Zeitschrift* fand im 19. und im frühen 20. Jahrhundert rasche Nachahmung in vielen anderen Ländern.

Fragwürdig wurde die idealtypisch ausgebildete Rolle als Institution nationaler Repräsentanz erst seit den späten sechziger Jahren, als "Problemgeschichte"⁵ die nationalen Meistererzählungen attackierte und auch in neuen Zeitschriften konkurrierenden Ausdruck suchte, für die der Prototyp die französischen *Annales d'histoire économiques et sociales* seit 1929 darstellten.

Von solcher methodischer Pluralisierung blieb zwar die DDR-Geschichtswissenschaft nicht vollständig unerreicht, aber der spezifische Typus kontrollierter Fachöffentlichkeit ließ hier das ältere Modell einer monozentristischen Zeitschriftenlandschaft länger überleben als anderswo.⁶ Dies hing mit einem Widerspruch zusammen, der die Geschichte der DDR-Historiographie insgesamt begleitete: Sie verstand sich einerseits als radikaler Gegenentwurf zur älteren deutschen Nationalgeschichtsschreibung. Der borussisch geprägten *master narrative* setzte sie - anfangs eher als Wunsch, denn schon als Realität - eine Erzählung entgegen, die die Volksbewegungen zum eigentlichen Träger der deutschen und allgemeinen Geschichte machte und notwendigerweise in einer sozialistischen Perspektive enden sollte. Die gemeinsame Arbeit an einem solchen antifaschistisch inspirierten Gegendiskurs prägte die kollektive Identität der "DDR-Historiker"⁷ und sammelte sie um ein Zeitschriftenprojekt, das dieser neuen Erzählung Regelmäßigkeit und Zusammenhalt verleihen sollte. Indem aber die "DDR-Geschichtswissenschaft" von einer im Inhalt radikal anderen, in der Form aber identischen Fixierung auf eine nationalgeschichtliche Meistererzählung getrieben wurde, mußte sie auch an den entsprechenden Funktionen einer repräsentativen Zeitschrift für diesen Diskurs festhalten.

Aus dieser Perspektive hätte die ZfG zu einer sehr einheitlichen Zeitschrift werden müssen, die systematisch die Kritik an dem ihr gegenüberliegenden historistischen Diskurs mit der Entfaltung ihrer Gegeninterpretationen verband. Die Heraufkunft von Gegenründungen, die anderen methodischen Maximen verpflichtet gewesen wäre, hätte als bald folgen müssen. Da aber andererseits die Vorstellung von der durchgreifenden Ablösung der alten, "bürgerlichen" durch die neue Geschichtswissenschaft in einem Verständnis von kontrollierter und gelenkter Hi-

storiographie eingepfercht blieb, Emanzipation als mit Steuerung zusammengezwungen wurde, blieben konkurrierende Zeitschriften ausgeschlossen. Die ZfG mußte sich so auf widersprüchliche Weise zugleich als repräsentativ für einen bestimmten nationalgeschichtlichen Diskurs (in der DDR-Historiographie) und als integrativ für andere Ergebnisse der ostdeutschen Geschichtswissenschaft zeigen. Eine permanente Verwechslung der Repräsentanz-Funktion der ZfG für die DDR-Historiographie bzw. die Historiographie in der DDR war die Folge.

Diese Funktionsbestimmung als Organ mit "nationaler Repräsentanz" und als Organ, das einen bestimmten nationalgeschichtlichen Diskurs repräsentierte, zog mit Notwendigkeit bestimmte Praktiken nach sich, wie die gleichgewichtige Beachtung von Forschungsgebieten, Institutionen und subdisziplinären Abspaltungen. Wurde dieses Gleichgewicht im Herausgeberkreis, in der Aufsatzauswahl und in der Auswahl zu rezensierender Bücher gestört, drohte zuerst immer die Unterrepräsentanz neuerer Entwicklungen, wie sich am Fall der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, stärker aber noch für die Kultur- und Alltagsgeschichte in den siebziger und achtziger Jahren leicht zeigen läßt. Die ZfG mußte also, weil wissenschaftspolitisch hochgradig kontrolliert, aber vor allem durch ihren Strukturkonservatismus bedingt, den neuen historiographischen Tendenzen hinterherhinken. Da sie gleichzeitig - im Ladenpreis subventioniert⁸ und in relativ hoher Auflage selbst an öffentlichen Kiosken verkauft - ein Instrument der Geschichtspropaganda⁹ und ein Organ der fachinternen Kommunikation mit dem Anspruch auf internationale Anerkennung sein sollte, schwankte die Redaktion häufig in den Maßstäben für die Annahme von Artikeln und in der Festlegung der unteren Niveaugrenze für zu besprechende Publikationen.

Diese hier nur sehr knapp zu skizzierenden Strukturmerkmale der ZfG, mit denen natürlich nichts über die Leistung einzelner Autoren oder Herausgeber ausgesagt werden kann, die sich mit diesen Begrenzungen ihrer Spielräume auseinanderzusetzen hatten, mußten die Zeitschrift im Herbst 1989 in eine tiefe Krise stürzen: Ihre doppelte Repräsentanzfunktion verfiel mit dem Legitimationsschwund der DDR-Geschichtswissenschaft und dem Zusammenbruch jenes Gefüges, das man als spezifisches akademisches Feld der DDR bezeichnen könnte, und in dem sich professionelle Hierarchien der Nähe oder Ferne zu den politischen Institutionen, die den Geschichtsdiskurs zu steuern oder zu kontrollieren suchten, bei der Definition sozialen oder kulturellen Kapitals verknüpften.

Brach die DDR-Geschichtswissenschaft mit ihren Institutionen im Sommer 1990 zusammen, so hatte sich der Anspruch auf eine radikal alternative Nationalgeschichte schon weit früher als kaum einlösbar herausgestellt. Immer komplexer und unübersichtlicher wurden die Gegenstände, wenn man sich nicht allein auf das Glatteis der reinen Politikgeschichte führen lassen wollte, das der alte Historismus zum Tanz vorgeschlagen hatte. Nach der Verabschiedung der Misere-Theorie Alexander Abuschs in den frühen fünfziger Jahren, hielt auch eine selektive Erinnerung an die Heroen der Volksbewegung dem Wunsch der Historiker und des Publikums nach einer Deutung all jener Figuren nicht mehr stand, deren Jubiläen die geschichtsträchtige Szenerie der DDR zwischen Friedrich-Kult und Luther-Ehrung aufwühlte. Statt einer methodischen Kehrtwende in die Sozial- und Alltagsgeschichte, mit der der emanzipatorische Anspruch aufrechtzuerhalten gewesen wäre, entwickelte sich ein sophistisches Interpretationsschema von Erbe und Tradition, das immer näher an den einstmals heftig bekämpften Feind eines national gestimmten Historismus heranführte. Ausländische Beobachter wie J. H. Brinks sahen die DDR-Geschichtswissenschaft nach dieser Volte vereinigungsbereit.¹⁰ Ironischerweise aber konnte die inzwischen erheblich veränderte westdeutsche Historiographie mit diesen unausgesprochenen Kapitulationsangeboten wenig anfangen, denn kritische Fachvertreter hatten in der Bundesrepublik selbst jenes Feindbild eines für nationalistisch-autoritäre Versuchungen anfälligen Historismus abgetragen, das den Bemühungen der ostdeutschen Autoren nach 1945 auch international Legitimität gespendet hatte.

Der bittere Weg der Erkenntnis, daß die ZfG nichts mehr repräsentierte außer sich selbst, war für die Mitglieder des Herausbergremiums unterschiedlich lang. Dies verzögerte den Reformprozeß der Zeitschrift über das Jahr 1990 weit hinaus. Mehrere Anläufe unterschiedlicher Gruppen, der Zeitschrift ein Herausgeberkollegium aus jüngeren ostdeutschen Historikern zu geben, scheiterten und wiesen auf die Zerklüftung der akademischen Landschaft der sich ihrem Ende zuneigenden DDR hin. Drei Ebenen ließen sich in diesen Konflikten ausmachen: Berliner Historiker sahen die ihnen in der DDR automatisch zufallende Zentralrolle gefährdet und lebten schon in der Sorge um einen Aufstand der Provinzen; die Spannung zwischen den Akademie- und den universitären Instituten verstärkte sich noch durch das unterschiedliche Abwicklungs- bzw. Evaluierungsschicksal, und schließlich waren wohl alle Beteiligten unsicher, ob ausgerechnet jetzt der rechte Moment gekommen sei, die konstitutive Balance zwischen dem Anspruch auf eine

neue Nationalgeschichte und der eher weltgeschichtlichen Ausrichtung aufzulösen oder weiter durch additive Formelkompromisse zuzudecken. Eine öffentliche Auseinandersetzung kam schon deshalb nicht zustande, will der Verlag seinerseits in heftigen Turbulenzen war. Aber auch ohne publikumswirksame Kontroverse konnte von einer Anerkennung der ZfG als einem Organ, das die ostdeutsche Geschichtswissenschaft repräsentierte, durch die Mehrheit der Historiker kaum noch eine Rede sein. Übrig blieb von der Repräsentanz nach dem Ende der DDR als Staat zuerst einmal eine große Zahl ausländischer Abonnements in Bibliotheken, die einstmals die führende Zeitschrift der DDR zur Fortsetzung bestellt hatten.

Die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* waren dagegen weit eindeutiger als die ZfG auf eine Rolle in der Neubegründung eines nationalgeschichtlichen Paradigmas fixiert und an die Legitimationsstrategien des Staates gebunden. Die institutionelle Bindung an die bald aufgelösten historischen Parteiinstitute und der Ansehensverlust durch die breite Diskussion von "weißen Flecken" und Geschichtsfälschungen im fachlichen Kerngebiet der Zeitschrift mußten sie in existentielle Gefahr bringen. Lediglich die große Homogenität ihrer Autorenklientel und Leserschaft konnte Hoffnung spenden.

Andere historische Periodika hatten es in der von der ZfG beinahe monopolisierten historischen Zeitschriftenlandschaft unter den Bedingungen der Papierkontingentierung und der Erteilung von Druckerlaubnissen außerordentlich schwer. Die *Wissenschaftlichen Zeitschriften* der Universitäten, die zunächst als Aushängeschilder der Hochschulen (und Tauschobjekte) eine große Bedeutung hatten, verloren diese in den siebziger und achtziger Jahren und sanken auf das Niveau von Preprint-Sammlung und Protokollbänden weniger aufregender Tagungen herab.

Erst seit Ende der sechziger Jahre führte der Prozeß der Ausdifferenzierung der Institutionen und der subdisziplinären Felder zur Entstehung weiterer Zeitschriften, die vor allem in Verantwortung von Akademieinstituten bzw. auch von einzelnen Universitätsinstituten herausgegeben wurden. Insbesondere die Idee, daß die jeweiligen Akademieinstitute zu Leitinstituten für die Forschungsentwicklung in den Fachgebieten werden sollten, hatte das Erscheinen entsprechender Fachorgane zur Folge, bei denen zumindest die redaktionelle Verantwortung in den Händen von Mitarbeitern dieser Institute lag (*Jahrbuch für Geschichte*, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* u. ä.). Der Zentrale Rat für Afrika-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften gab mit *Asien*, *Afrika*, *Lateinamerika* eine Zeitschrift heraus, die ebenfalls wenigstens

partienweise als historische anzusehen ist und der außereuropäischen Geschichte ein Forum bot.

In den siebziger und achtziger Jahren traten eine Reihe von speziellen Publikationen hinzu, die eher als graue Literatur anzusehen sind: Wissenschaftshistorische Manuskripte und Nachrichten aus der Lateinamerikaforschung in Rostock, Leipziger Beiträge zur Revolutionsgeschichte, Hefte zur Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität¹¹ - sie alle profitierten von der Regel, daß Veröffentlichungen zum Zwecke der akademischen Lehre auch ohne Verlag in kleinen Auflagen hektographiert herausgebracht werden konnten.

Das Auftauchen dieser Periodika deutete sowohl eine Lockerung der scharfen Veröffentlichungskontrolle in der DDR als auch das Zerbröseln der Repräsentanz an, die die "zentralen" historischen Zeitschriften nach wie vor beanspruchten.

II.

Einer der faszinierendsten Gedanken, die im Zusammenhang mit der absehbaren deutsch-deutschen Vereinigung 1990 auftauchten, war die Einschätzung, daß die Kapazitäten der alten Bundesrepublik in beinahe allen Bereichen ausreichen würden, um die Bevölkerung der ehemaligen DDR quasi "aus der Luft" zu versorgen. Die absehbare internationale Rezession stand bei solchen Überlegungen Pate, und tatsächlich gelang es der westdeutschen Wirtschaft ja auch, den Einbruch durch den Zugewinn eines ostdeutschen Absatzmarktes um mehrere Jahre hinauszuschieben.

Faszinierend kann man diesen Gedanken aus verschiedenen Gründen nennen. Er sagt vor allem etwas aus über die ökonomistische Grundstimmung in einer prosperierenden Gesellschaft, deren Identität im wesentlichen auf wirtschaftlicher Durchsetzungskraft und nicht auf kulturelle Sensibilität aufgebaut war und ist. Es wurde natürlich schnell klar, daß dieses Grundmuster, nämlich die deutsch-deutschen Doppelentwicklungen in zahlreichen Sphären der Gesellschaft, wie sie sich während des vierzigjährigen Systemwettstreits herausgebildet hatten, nun auf das überlegene Exemplar zu reduzieren und den übrigen Raum zum Absatzgebiet umzufunktionieren, schon aus logistischen Gründen nicht für alle Produkte aufgehen konnte. Immerhin aber, für historische Zeitschriften gab es keinen Grund, nicht in diesem Modell zu denken. Mit dem Zusammenbruch der staatlichen Sonderexistenz des zweiten deutschen Staates, mit dem dramatischen Legitimationsverlust, den die

DDR-Historiker durch ihre Zurückhaltung im Moment des revolutionären Umbruchs von 1989 noch verschärften, verbanden sich zugleich Schwierigkeiten ganz praktischer Art für die Produktion in einem so fragilen Bereich wie dem der wissenschaftlichen Zeitschriften.

Diese Schwierigkeiten ergaben sich auf drei Ebenen, zum einen mit und in den Verlagen, zum zweiten hinsichtlich der Leserschaft und schließlich zum dritten für die Stabilität der Redaktionen. Zahlreiche wissenschaftliche Verlage waren vom Verkauf bedroht oder befanden sich für längere Zeit in der unsicheren Position, von der Treuhand lediglich bis zum Verkauf verwaltet zu werden. Die Ansprechpartner in den Verlagen wechselten häufig, so daß für Periodika, die auf eine Stabilität der Beziehungen angewiesen sind, wenig Kontinuität zu spüren war. Nicht wenige Verleger wollten rasch westliche Hochschullehrer als Autoritäten in die Redaktionen integrieren, ohne daß es zu einer wirklichen Diskussion der Konzepte gekommen wäre, so daß sich hier alsbald eine Spannung zwischen dem Beharrungsvermögen der Redaktionen und den Wünschen der Verlage ergab. In diesen Streitigkeiten tauchte eine unter DDR-Verhältnissen beinahe irrelevante Frage immer wieder auf: wem eigentlich die Zeitschriften gehörten. Zumeist waren entsprechende Statuten nicht mehr auffindbar oder wenigstens in Vergessenheit geraten. Ob eine Redaktion ihre Ressourcen über den Verlag oder über ein wissenschaftliches Institut bezog, ob der/die Redakteur(e) Angestellte des Verlages oder der Akademie waren - in der DDR hatte solche Unterscheidung allenfalls symbolische Bedeutung, nun wurde sie virulent: Das ökonomische Schicksal der ZfG hatte zwischen 1992 und 1994 viel mit den Forderungen des verantwortlichen Redakteurs an seinen Arbeitgeber, den herausgebenden Verlag, zu tun

Die massive Steigerung der Preise in der Produktion von Druckergebnissen führten bei den Verlagen zu einem Konzept, das eher die Auflage nach unten und den Preis nach oben schnellen ließ, anstatt mit niedrigen Preisen weiterhin die erheblichen Auflagen wissenschaftlicher Zeitschriften in der DDR aufrechterhalten zu können. Insgesamt neigten die Verlage eher dazu, die kostenträchtigen Periodika loszuschlagen, sobald die Unternehmen in die stürmische See der Eigentums-umgestaltung und der Anpassung an die rauheren Verhältnisse des Marktes gekommen waren. Hinsichtlich der Leserschaft machte sich vor allem der Zusammenbruch zahlreicher Abnehmer in Form von Institutionen und ihren Bibliotheken bemerkbar. Weiterhin wechselten viele Leser in prekäre Berufsverhältnisse, in den Vorruhestand oder gingen ganz aus akademischen Berufen weg, so daß ein stark abnehmendes

Interesse an wissenschaftlichen Zeitschriften generell in Ostdeutschland auszumachen war. In dem Moment, wo sich diese Tendenz sich mit einer massiven Steigerung der Preise verband, fielen ganze Gruppen von historisch Interessierten als Leserschaft vollständig aus. Die Budgetkrise der Bibliotheken in West- wie in Ostdeutschland tat ein übriges, und ein Ausgleich wegfallender Institutionenabonnements durch Privatabonnements außerhalb der neuen Bundesländer war angesichts der grassierenden Delegitimierung ostdeutscher Sichtweisen wenigstens auf kurze Sicht kaum zu erwarten.

Diese beiden Ebenen verbanden sich schließlich auch mit einer Krise in den Redaktionen. Zum einen zerbrachen über den ausbrechenden Differenzierungen zwischen den universitären und außeruniversitären Einrichtungen und den einzelnen Regionen die ursprünglich fein ausbalancierten Gleichgewichte zwischen einzelnen akademischen Feldern, Generationen und akademischen Orten in der DDR, so daß in mancher Redaktion die Konkurrenz zwischen den Mitgliedern die Solidarität bei weitem zu überwiegen begann. Die bereits angedeuteten Krisen, was die jeweilige Zeitschrift eigentlich repräsentiere, bedurften einer längeren inhaltlichen Diskussion, für die kaum ausreichend Zeit zur Verfügung stand.

Dabei machte sich bemerkbar, daß nun mit dem raschen Elitenwandel in den neuen Bundesländern das institutionelle Hinterland für die Herausgabe wissenschaftlicher Zeitschriften wegbrach. Die Verlage waren nicht mehr bereit, in der bisher gekannten Weise mit Personal und Sekretariatskapazitäten dieses Hinterland zu finanzieren. Der massive Wandel der Produktionsweise im Verlagswesen hin zu Desktop-Publishing und der computergestützten Redaktionsarbeit stellte auch Redaktionen, die unter kontinuierlicheren Bedingungen arbeiten konnten, vor erhebliche Probleme. Die Auslagerung von Verlagsfunktionen hin zu den Herausgebern und Redakteuren von Zeitschriften fiel zeitlich mit allen anderen Krisenmomenten zusammen.

III.

Es bleibt die Frage, warum es unter so heiklen Umständen noch immer historische Zeitschriften in Ostdeutschland gibt, warum die einen überlebt haben und andere neu hinzugetreten sind.¹² Eine erste und relativ schnell einleuchtende Antwort bietet der Fall des *Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte*. Hier rettete eine Gruppe hochmotivierter ostdeutscher Wirtschaftshistoriker, die aufgrund ihrer internationalen Aner-

kennung wohl mit positiver Evaluierung rechneten, die Zeitschrift über die Monate der ersten Wirren. Die Fortexistenz der Akademieinstitute bis Ende 1991 bot genügend Rückendeckung an Infrastruktur. Das Jahrbuch war in weitaus geringerem Maße als andere Periodika in der DDR mit dem Prinzip der Repräsentanz für eine national verfaßte Wissenschaftlergemeinschaft verknüpft worden und konnte weiterhin auf eine internationale Autoren- und Leserschaft vertrauen. Ein unmittelbar konkurrierendes Unternehmen war ebenfalls nicht in Sicht, und die (Neu-)Besetzung der Berliner Hochschullandschaft stärkte die wirtschafts- und sozialgeschichtlich orientierte Gruppe, die sich um ein solches Publikationsprojekt scharen sollte und wollte. So konnte der herausgebende Verlag trotz zahlreicher eigener Turbulenzen auf Kontinuität bauen, und aus Verlegersicht war der Wechsel des Herausgebergremiums von den ehemals etablierten ost- zu den führenden westdeutschen Wirtschafts- und Sozialhistorikern ein Glücksfall für den ungebrochenen Erfolg des Jahrbuchs bei den Lesern und beim Einwerben sehr guter Beiträge in einer akademischen Landschaft, in der zwar an Käufern und Abonnenten für wissenschaftliche Zeitschriften, nicht aber an vagabundierenden Manuskripten Mangel herrscht.¹³

Eine zweite mögliche Antwort bieten uns jene Zeitschriften, die, wie die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, zwar ihre Trägerinstitution verloren haben, aber nach wie vor an spezifische Quellenbestände und Themenschwerpunkte gebunden bleiben, die für die DDR-Geschichtswissenschaft typisch waren, ohne daß in diesen Zeitschriften heute noch Bewertungen und die rituelle Sprache der ostdeutschen Arbeiterbewegungsforschung wie vor 1989 zu finden wären. Der Spagat zwischen der eher ideen-, organisations- und politikgeschichtlichen Vorgehensweise vieler Autoren der BZG und den sozial- und kulturgeschichtlichen Methoden der Arbeitergeschichtsschreibung, wie sie sich in Westdeutschland in den siebziger und achtziger Jahren entwickelt hat, ist wohl zu groß, um sich eine mühelose Integration in den bestehenden Blätterwald der vor allem sozialdemokratisch inspirierten Arbeiterforschung vorstellen zu können. Der herrschaftskritische Impuls einer die Fesseln dogmatisierter Urteile abstreifenden Arbeiterbewegungsforschung paßt in westlichen Augen (und damit bei den Verlegern: in den Augen der Leser und Käufer!) schlecht mit einem Methodenset zusammen, das eher dem älteren Historismus zugerechnet wird.¹⁴ Viele der originellen Untersuchungen bedürfen auch der Einbettung in die Codierungen des Geschichtsbewußtseins, das in der DDR geformt wurde. Es handelt sich um die Zerstörung von Legenden, das Abtragen

von Mauern, die um Gegenstände der Arbeiterbewegungsgeschichte in der DDR gezogen wurden, eine Auseinandersetzung um die Geschichtspolitik und ihre Legitimationsabsichten des untergegangenen Staates.

Man könnte sich damit begnügen, dies als notwendige Aufräumarbeiten in einem an sich kleinen, wenn auch in der DDR besonders wichtigen Segment der Geschichte anzusehen und den weiterbestehenden Zeitschriften damit ein mehr oder minder bald nahendes Verfallsdatum und die Eingrenzung auf ein bestimmtes Milieu von Lesern zu bescheiden. Es scheint aber mit Blick auf die übrigen ostdeutschen historischen Zeitschriften ein größeres Problem dahinterzustecken, dessen Stichwörter Identität und Repräsentanz heißen.

Die ehemals gesuchte positive Identifikation mit der DDR und ihrem dominanten Geschichtsbild macht, nachdem dieses Leitbild glanzlos verabschiedet worden ist, einer eher negativen Identifikation mit einem abstrakten Bild von den DDR-Verhältnissen Platz, deren Hintergrund die Frustration über die ungenügende Repräsentanz in den Institutionen der größer gewordenen Bundesrepublik ist.

Diese Hypothese läßt sich an einer Durchsicht der *Historischen Zeitschrift* für die Jahre 1990 bis 1995¹⁵ überprüfen. Zwar hat die HZ längst ihre überragende Repräsentativität in der deutschen Geschichtswissenschaft verloren, aber sie bleibt doch ein markantes Monument der historischen Gelehrsamkeit und ist (vielleicht nach der FAZ) nach wie vor das unfänglichste Rezensionsorgan der Bundesrepublik. Ein erster Überblick zeigt die Verteilung der insgesamt 145 Aufsätze, die in den zwölf Bänden der ersten Hälfte der neunziger Jahre erschienen sind:

Band	Aufsätze	Autoren von deutschen Hochschulen	Autoren aus der ehem. DDR	Autoren aus Hochschulen der neuen Bundesländer	Autoren aus Hochschulen der Schweiz	Autoren aus Hochschulen Österreichs	Autoren aus anderen Ländern
250	13	11	-	-	2	-	-
251	13	13	-	-	-	-	-
252	11	10	-	-	-	-	1
253	11	9	-	-	1	-	1
254	11	9	-	-	2	-	-
255	10	8	-	-	1	1	-
256	14	11	-	-	1	-	2
257	10	8	-	1	1	-	1
258	13	12	-	2	-	-	1
259	12	10	-	-	1	-	1
260	14	14	-	1	-	-	-
261	13	12	-	1	1	-	-
Gesamt	145	127	-	5	10	1	7
in %	100	87,6	0	3,4	6,9	0,7	4,8

Nach der Aufnahme von Aufsätzen zu urteilen handelt es sich bei der Veröffentlichungsstrategie der HZ-Redaktion also um eine vorrangig auf die Präsentation (bundes-)deutscher Forschungsergebnisse und Methodendiskussionen gerichtete. Die Zeitschrift lenkt dabei traditionell auch eine kontinuierliche Aufmerksamkeit auf die geschichtswissenschaftliche Produktion der Schweiz, während österreichische Historiker sich offenkundig im Unterschied zum 19. und frühen 20. Jahrhundert weitgehend aus der Mitwirkung an der HZ zurückgezogen haben. Die Präsenz sonstiger ausländischer Autoren ist insgesamt sehr schwach.

Autoren aus der ehemaligen DDR sind überhaupt nicht vertreten, während jene Historiker, die Lehrstühle nach 1990 in den neuen Bundesländern besetzt haben, bald in der HZ repräsentiert sind. Dieser Befund muß nicht unbedingt für einen bewußten (etwa politisch motivierten) Ausschluß der ehemaligen DDR-Historiker sprechen. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß methodische Präferenzen dieses Fehlen erklären können. Neben den aus den Institutionen ausgeschiedenen Historikern, die für ein Fachorgan, das seit seiner Gründung großen Wert auf die Position seiner Autoren im akademischen Feld legt, vom Bildschirm verschwunden sind, beschäftigen sich die verbliebenen ostdeutsche Historiker vor allem mit sozialgeschichtlichen Fragen,¹⁶ mit landesgeschichtlichen Forschungen und mit auf die DDR bezogenen zeitgeschichtlichen Problemen. Alle drei Felder gehören höchstens an den Rand des von der HZ repräsentierten methodischen Spektrums.¹⁷

Anders als für die Aufsätze handelt es sich bei der Rezensionstätigkeit der *Historischen Zeitschrift* allerdings nicht um den Anspruch, ein eingegrenztes Feld methodischer Ansätze zu Wort kommen zu lassen, sondern um eine Art Gesamtvertretungsanspruch. Der ausführliche Besprechungsteil will Orientierung im Dickicht der Neuerscheinungen geben. Er verspricht, das ausländische wie deutsche Schrifttum auf relevante Ergebnisse zu sichten und dem regelmäßigen Leser einen vollständigen Überblick der wichtigen Publikationen der letzten Zeit zu liefern. Dieses Versprechen wurde durch einen erst in den neunziger Jahren zugunsten der in München bearbeiteten Historischen Bibliographie aufgegebenen Service erhärtet, eine riesige Sammlung von Zeitschriften auf Artikel von allgemeinerem Interesse durchzuforschten.¹⁸

Die folgende Übersicht zeigt die Zahl der besprochenen Titel und ordnet sie nach Herkunft der Autoren.¹⁹

Der Trend ist erstaunlich stabil: knapp zwei Drittel der besprochenen Publikationen stammen von deutschsprachigen Autoren, zwischen ei-

Band	Rezensionen	Bücher deutschsprachiger Autoren in Klammern: in Prozent aller Rez.	Bücher ausländischer Autoren in Klammern: in Prozent aller Rez.	Bücher ehemaliger DDR-Autoren in Klammern: in Prozent aller Rez.
250	198	110 (55,5%)	84 (42,4%)	4 (2,0%)
251	243	155 (63,7%)	86 (35,4%)	2 (0,8%)
252	289	181 (62,6%)	104 (36,0%)	4 (1,4%)
253	251	143 (56,9%)	107 (42,6%)	1 (0,4%)
254	231	147 (63,6%)	84 (36,4%)	-
255	212	115 (54,2%)	89 (41,2%)	8 (3,8%)
256	262	150 (57,3%)	105 (40,1%)	7 (2,7%)
257	293	196 (66,9%)	93 (31,7%)	4 (1,4%)
258	349	221 (63,3%)	124 (35,5%)	4 (1,1%)
259	330	192 (58,2%)	128 (38,8%)	10 (3,0%)
260	417	268 (64,3%)	140 (33,6%)	9 (2,2%)
261	338	224 (66,3 %)	102 (30,2%)	12 (2,7%)
Gesamt	3413 (100%)	2102 (61,6%)	1246 (36,5%)	65 (1,9%)

nem Drittel und zwei Fünfteln sind fremdsprachige oder ins Deutsche übersetzte ausländische Veröffentlichungen. Eine Tendenz zur Zunahme von deutschsprachigen Autoren läßt sich für 1994 und 1995 ausmachen, dementsprechend fällt der Anteil von Besprechungen fremdsprachiger Publikationen - diese Tendenz ist aber viel zu kurzfristig, um aus ihr irgendwelche weitergehenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Veröffentlichungen von ehemaligen DDR-Historikern machen unter zwei Prozent der besprochenen Werke aus, ein leichter Anstieg wird bei näherem Hinsehen lediglich dadurch ausgelöst, daß Publikationen aus der Zeit vor 1989 nun anläßlich von Nachauflagen oder auch direkt (d.h. mit einer Verzögerung von mehr als fünf Jahren) besprochen werden. Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß erstens die Veröffentlichungsintensität in der DDR geringer war als in der alten Bundesrepublik (nach 1989 aber in vielen Fällen rasch anstieg), daß zweitens die Zahl der publizierenden Historiker durch die institutionellen Umbrüche 1990-1993 stark rückläufig war und generell die Relationen zwischen den beiden Teilen Deutschlands etwa im Verhältnis 5:1 standen, bleibt doch eine gravierende Unterrepräsentation.

Gerade in jener Übergangsphase, in der die Neuorientierung der ostdeutschen Historikerschaft in institutioneller und kognitiver Hinsicht

zeitlich extrem gedrängt abließ, sahen sie sich in den bestehenden Medien der Geschichtswissenschaft nur äußerst ungenügend vertreten, kamen mit ihren Ansichten nicht zu Wort und wurden in ihren akademischen Äußerungen kaum zur Kenntnis genommen. Solcherart wenigstens zeitweilig in eine Zone des Schweigens gedrängt, blieb ihnen kaum eine andere Chance, als selbst nach einer Stimme zu suchen.

Das Fortbestehen der ZfG als ein Forum, auf dem sich die Verständigung ost- und westdeutscher sowie ausländischer Autoren zu wenigstens von ehemaligen DDR-Historikern mitbestimmten Regeln vollzog, kann als Anzeiger für diesen Prozeß genommen werden. *Berliner Debatte Initial* als "Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs" bedient das Bedürfnis nach Anschluß an die wesentlich dynamischere zeithistorische Diskussion der Transformationstheoretiker in Soziologie und Politikwissenschaft und bringt nicht zuletzt die fortbestehenden Beziehungen zur russischen Historiographie und Sozialwissenschaft als Wettbewerbsvorteil ins Spiel. Das *Berliner Jahrbuch für Kommunismusforschung* folgt ähnlichen Pfaden. In all diesen Fällen, zu denen auch die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* zu zählen sind, ist nicht die politische Distanzierung von kommunistischen Prinzipien der Organisation des politischen Feldes der Unterschied zu analogen Periodika im Westen. Vielmehr dürfte der "feine Unterschied" in der Sprache der Autoren darin begründet liegen, daß eine durchlebte Erfahrung zu anderen Formulierungen greifen läßt als normativ begründete Theoriebildung.

Mit der Leipziger Zeitschrift *Comparativ* emanzipierten sich die Bemühungen um weltgeschichtliche Fragestellungen von der ZfG und einem Schattendasein als graue Literatur. Bestehende internationale Verbindungen bildeten ein Startkapital für ein auf Vergleich angelegtes Projekt: ohne die Unterstützung ausländischer Kollegen wäre eine Zeitschrift, die sich anfangs viermal, seit 1993 sechsmal jährlich dem Kultur- und Gesellschaftsvergleich widmet, nicht zu gestalten.²⁰

Eine Prognose fällt gleichwohl schwer. Einerseits scheinen sich die fortexistierenden und neu entstandenen Periodika konsolidiert zu haben. Die Schwierigkeiten des Anfangs sind gemeistert. Damit kann aber auch der Enthusiasmus des Beginns aufgebraucht sein. Die finanzielle Basis aller Zeitschriftenprojekte im Osten dürfte mehr oder minder prekär sein. Daß sich eines dieser Journale zu einem auflagenstarken Sprachrohr von "nationaler Repräsentanz" mausert, erscheint eher unwahrscheinlich. Vielmehr haben sie wohl alle eine Perspektive als gruppenpezifische "Stimme" vor sich, die für einen begrenzten Gegenstand

und ein genau definiertes Methodenset den Habitus einer drei- bis siebenhundertköpfigen Klientel anspricht. Durch Tradition nicht belastet, fällt es diesen kleinen Schnellbooten der historischen Publizistik oft leichter als manch großem Tanker, in die freien Buchten des Marktes zu schlüpfen.

Das Ghetto einer allein ostdeutschen Leserschaft haben sie (möglicherweise mit Ausnahme der BzG) überwunden, die Zuwachsraten an Abonnenten sind - so hört man aus verschiedenen Redaktionen übereinstimmend - im Ausland weit höher als in Westdeutschland. Die Bereitschaft zur Selbstausschöpfung der mitarbeitenden Redakteure ist das Startkapital, die technischen Fertigkeiten und die Computerausstattung für den Umstieg auf eine in weiten Teilen selbstgefertigte Zeitschrift ein auffälliger Vorteil gegenüber der schon länger bestehenden Konkurrenz. Ob das Fehlen einer institutionellen Bindung an Universitätsinstitute Vor- oder Nachteil ist, wird wohl erst nach Abschluß der Kürzungswelle zu entscheiden sein, die derzeit die Hochschulhaushalte überrollt.

Aufs Ganze gesehen, könnte man in einem Moment des Leichtsinns annehmen, die ostdeutschen Zeitschriften hätten die (wenig nach Ruhe und Zufriedenheit riechende) Zukunft schon erreicht, vor der sich etablierte Konkurrenten noch fürchten.²¹ Die Wende hat sie von jenem Ballast der Repräsentanz befreit und zu einer Beschleunigung ihrer Anpassung an international beobachtbare Trends gezwungen, so daß sich nun aus der Underdog-Karriere neues Selbstbewußtsein speist.

Matthias Middell, Dr. phil., Historiker, ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Zentrums für Höhere Studien der Universität Leipzig

Anmerkungen:

¹ Dies noch das Anliegen einer Konferenz der Evangelischen Akademie Berlin Brandenburg und des Unabhängigen Historikerverbands 1994, das etwas gespenstisch anmutete, weil der Gegenstand des Streites im Zuge der Neubesetzung von Lehrstühlen und außeruniversitären Instituten bereits abhanden gekommen war. Vgl. die Dokumentation *Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz*, hrsg. von Rainer Eckert/ Ilko-Sascha Kowalczyk/ Ulrike Poppe, Berlin 1995.

² Vgl. als Überblick zum aktuellen Stand der Diskussion die beiden Sammelbände *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, hrsg. von Georg G. Iggers/ Konrad H. Jarausch/ Matthias Middell/ Martin Sabrow (=Sonderheft der Historischen Zeitschrift), München 1997 und Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit*, Leipzig 1997 (i.E.).

³ Dies hängt zum einen mit der unterschiedlichen Quellenlage zusammen, da in der Regel die Archive der einzelnen Zeitschriften nicht zugänglich oder wie im

Fälle der ZfG wohl auch definitiv zerstört sind. Zum anderen kommt die Erforschung der Zeitschrifteninhalte gerade erst in Gang; das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte plant für November 1997 eine Tagung zu Zeitschriften als Institutionalisierungsinstanzen in der Geschichtswissenschaft, das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Studien organisiert 1998 eine Konferenz zu den Periodika in der DDR. Der Zusammenhang zwischen den personalen und institutionellen Netzwerken, die eine Zeitschrift tragen und den historiographischen Inhalten, die sie tendenziell ihre Strategie bestimmen, kann bei Periodika wegen der großen Zahl von Texten durch quantitative Verfahren ermittelt werden, die allerdings außerordentlich aufwendig sind.

⁴ Dies läßt sich gut anhand der französischen *Annales d'histoire économique et sociale*, später: *Annales. Economie-Société-Civilisation* und heute: *Annales Histoire et Sciences sociales* nachvollziehen, die jeden "tournant critique" mit einem redaktionellen Vorwort kommentiert haben. Vgl. die Übersetzungen dieser redaktionellen Strategieerklärungen in: "Alles Gewordene hat Geschichte". Die Schule der Annales in ihren Texten, Leipzig 1994.

⁵ Das Konzept der *histoire-problème* ist einer chronologischen Geschichtserzählung, die sich ihres Erklärungsanspruches nicht vergewissert, von Lucien Febvre und Marc Bloch in den zwanziger Jahren entgegengestellt worden. Vgl. dazu den Rückblick bei François Furet, *De l'histoire-récit à l'histoire-problème*, in: Ders., *L'atelier de l'historien*, Paris 1982, S. 73-90.

⁶ Vgl. die Überlegungen dazu in: Historikerkongresse im Vergleich (=Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Heft 5/6), Leipzig 1996 und Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit*, Leipzig 1997 (i. E.)

⁷ Es ist hier nicht der Ort, die an anderer Stelle geführte Debatte um die Existenz einer einheitlichen DDR-Historiographie und die notwendige Unterscheidung von der Historiographie in der DDR aufzunehmen. Ich beschränke mich deshalb auf folgende Unterscheidung: als DDR-Historiographie sollen jene Gruppierungen zusammengefaßt werden, die sich dem Projekt einer neuen *master narrative* verschrieben und sich deshalb vorrangig den Schlüsselstellen der deutschen Nationalgeschichte (Reformation, Absolutismus, Reichseinigung, Erster Weltkrieg, Geschichte der politischen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert) zuwandten. Hieraus ergab sich auch eine spezifische Bindung an Legitimationsstrategien für den neuen deutschen Staat, der 1949 entstanden war. Davon abzuheben sind meines Erachtens jene historiographischen Tendenzen, die andere - eher vergleichend-international ausgerichtete - Strategien verfolgten, einen Gegendiskurs zur borussischen Nationalgeschichte zu entwickeln. Der Unterschied liegt in der jeweiligen Ausrichtung auf das aktuelle Identifikationsobjekt: ein fortschrittlicher deutscher Nationalstaat oder eine internationalistische Emanzipationsbewegung, die einen staatlich verfaßten Sozialismus solange einschließen konnte, wie er eine emanzipatorische Politik betrieb.

⁸ Ein ca. hundert Druckseiten starkes Einzelheft kostete 3,- M.

⁹ Die Ergebnisse waren allerdings ernüchternd. Eine Analyse Mitte der achtziger Jahre ergab für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, daß lediglich 1% der Geschichtslehrer die ZfG abonniert hätte, unter den Geschichtsstudenten der Hochschulen lag

die Abonnementfreudigkeit ebenfalls unter 5%. Im Bereich der SED-Geschichtspromaganda dürften die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* eine weit größere Bedeutung gehabt haben als die ZfG, die sich eher zu einer vertieften Akademisierung in der Präsentation der Forschungsergebnisse hin entwickelte.

¹⁰ Jan Herman Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels*, Frankfurt a. M./New York 1992.

¹¹ Vgl. zur Analyse dieser kulturwissenschaftlichen Reihe der Gruppe um Dietrich Mühlberg den Beitrag von Adelheid von Saldern in Iggers/Jaraus/Middell/Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, a.a.O.

¹² Daß auch Periodika mit ihren Trägerinstitutionen verschwunden sind, soll hier nicht unerwähnt bleiben. Dies betrifft vor allem das *Jahrbuch für Geschichte*, das vormals am Zentralinstitut für Geschichte bzw. für deutsche Geschichte der DDR-Akademie der Wissenschaften angesiedelt war.

¹³ Daß dies die verdrängten Matadoren der Zeitschrift, die sie über die Jahre 1989 bis 1993 gebracht hatten, anders beurteilen, ist leicht einsichtig. Vgl. die Äußerungen von Thomas Kuczynski in der Hamburger Zeitschrift 1999. Deutlich wird in diesen Artikeln aber auch, daß sich der letzte Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte in einer Falle befand. Leistete er Widerstand gegen seine eigene Entmachtung, gefährdete er die Zeitschrift, die er als Teil des Lebenswerkes seines Vaters und seiner Kollegen empfand, in ihrer Existenz. Eine Folgegeneration, die mit der Bereitschaft zur Selbstaussbeutung eine Alternative hätte aufweisen können, war unter den gegebenen Umständen nicht zu sehen. Verallgemeinern läßt sich: Dort, wo die Produktionsbedingungen auf dem angenehmen Niveau der DDR gehalten werden sollten, nämlich sämtliche Redaktionsarbeit an den Verlag abzugeben, waren nur noch westdeutsche Ordinarien mit unvermittelten Zugängen zu Subventionen in der Lage, die Zeitschriften aufrechtzuerhalten.

¹⁴ Dies behandelt ausführlich Alf Lütke in einem Aufsatz über Arbeitergeschichte in der DDR-Historiographie in: Iggers/Jaraus/Middell/Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, a.a.O.

¹⁵ Dieser Zeitraum wurde vor allem gewählt, um eine genügend große Zahl von Bänden zu erfassen und evtl. Verzerrungen durch längere Redaktionszeiten auszuschließen. Die Phase des Zusammenbruchs und der Neukonstituierung von Geschichtswissenschaft im Osten Deutschlands liegt innerhalb dieses Zeitraumes. Deshalb sind die Werte für diese Jahre wohl ausschlaggebend für das Verhalten jener Gruppen, die davon auf die eine oder andere Weise betroffen sind.

¹⁶ Man denke an die Max-Planck-Arbeitsgruppe zur Agrargeschichte der Guts herrschaft um Jan Peters in Potsdam, den Lehrstuhl von Hartmut Zwahr in Leipzig, jenen von Hartmut Harnisch in Berlin oder den von Helga Schultz in Frankfurt/ Oder.

¹⁷ Für die These, daß es sich nicht per se um eine Ausgrenzung ostdeutscher Wissenschaftler handelt, spricht auch, daß es in anderen historischen Journalen wie *Geschichte und Gesellschaft*, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* oder dem *Deutschland Archiv*, um nur einige zu nennen, eine durchaus beträchtliche

Zahl von Artikeln ehemaliger DDR-Historiker gibt. Deren Mehrheit befaßt sich allerdings mit "Vergangenheitsbewältigung", d.h. der (oftmals hochgradig subjektivierten) Erklärung von Fehlentwicklungen in der DDR-Geschichtswissenschaft bis 1989. Methodische Neuerungen sind von solchen Erwägungen kaum zu erwarten. Offenkundig deshalb erschöpft sich auch das Publikumsinteresse zusehends.

¹⁸ Während die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* und die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* in dieser Bibliographie auch nach 1990 ausgewertet wurden, blieben neu entstandene Zeitschriften unberücksichtigt.

¹⁹ Schweizer und österreichische Autoren sowie deutschsprachige Übersetzungen anderer ausländischer Autoren wurden grundsätzlich der Kategorie "ausländische Autoren" zugewiesen. In dieser Kategorie finden sich u.a. zahlreiche langjährige Quelleneditionen (besonders italienische und nordeuropäische), bei denen jeder Einzelband angezeigt wurde, so daß die Werte eher um ca. 5% nach unten korrigiert werden müßten, wollte man ein Bild nach Titeln unter Ausschluß der Mehrbändigkeit haben.

Die Rubrik "DDR-Autoren" kennt eine Reihe von Grenzfällen, in denen Sammelbände von einem ostdeutschen gemeinsam mit westdeutschen oder ausländischen Wissenschaftlern herausgegeben wurden. Sie wurden hier der Sparte "DDR-Autoren" zugerechnet, ohne den jeweiligen intellektuellen Anteil zu bestimmen. Wollte man diese Fälle herausrechnen, würde die Zahl der besprochenen Bände von "DDR-Autoren" erheblich sinken.

²⁰ Da der Verf. selbst Herausgeber dieser Zeitschrift ist und es keineswegs sein Anliegen ist, die vorstehenden Bemerkungen zu einem unlauteren "Wettbewerbsvorteil" umzumünzen, soll hier von spezifischen Erfahrungen mit den "Leipziger Beiträgen zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung" nicht weiter die Rede sein. Es ist aber natürlich ganz unvermeidlich, daß sie auch in die allgemeinere Überlegungen eingeflossen sind. Dies wird nur durch die öffentliche Diskussion zu korrigieren sein, zu der dieser Text hoffentlich Anlaß gibt.

²¹ Ein Zeichen für diesen Trend dürfte auch das Entstehen der ersten deutschen historischen Internet-Zeitschrift unter dem Titel *H-Soz+Kult* an der Berliner Humboldt-Universität sein.

Rezeption ostdeutscher Zeitschriften durch die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft Quantitative Analyse zu naturwissenschaftlichen Journalen

Hans-Jürgen Czerwon
Berlin

1. Zeitschriftenbewertung mit Hilfe des *Science Citation Index*

Durch die neuen Informationstechnologien haben sich die Formen der wissenschaftlichen Kommunikation in den vergangenen Jahren entschei-

dend gewandelt. So wird das auf gedruckten Zeitschriften basierende traditionelle wissenschaftliche Publikationswesen zunehmend durch elektronische Journale ergänzt; darüber hinaus ermöglicht der Zugriff zu Datenbanken von Vorabveröffentlichungen (Preprint-Server) inzwischen die Information über ein riesiges Massiv von „offiziell“ unveröffentlichten Manuskripten (vgl. z.B. [1;2]).

Ungeachtet der zuletzt genannten Entwicklung sind die herkömmlichen wissenschaftlichen Zeitschriften jedoch weiterhin ein zentraler Bestandteil der wissenschaftlichen Kommunikation, da bisher nur in ihnen auf der Grundlage bewährter Referee-Systeme eine sorgfältige inhaltliche Prüfung der eingereichten Manuskripte erfolgt und somit die *scientific community* vor einer unkontrollierten Flut qualitativ minderwertiger Beiträge geschützt wird. Innerhalb eines Wissenschaftsgebietes erlangt eine Reihe von Zeitschriften den Rang sogenannter Kern- oder Schlüsselzeitschriften, deren Kenntnis für den auf diesem Gebiet arbeitenden Wissenschaftler notwendig ist, da die in ihnen veröffentlichten Beiträge in hohem Maße die aktuelle Diskussion in der Forschung bestimmen. Ein charakteristisches Merkmal für Kernzeitschriften ist ihre Erfassung in international verfügbaren bibliographischen Datenbanken.

Unter diesen Datenbanken nimmt der vom Institute for Scientific Information (ISI), Philadelphia, PA, USA, herausgegebene *Science Citation Index* (SCI) insofern eine Sonderstellung ein, als er einerseits die größte multidisziplinäre bibliographische Datenbank auf den Gebieten der Natur- und Technikwissenschaften ist und andererseits die gleich-

zeitige Erfassung von bibliographischen Angaben zu Publikationen und ihrer Zitierungen in später veröffentlichten Arbeiten es gestattet, die unterschiedlichsten Aspekte der internationalen Wissenschaftskommunikation quantitativ zu analysieren. Obwohl im SCI mit gegenwärtig ca. 3.400 Periodika nur ein Bruchteil der weltweit veröffentlichten wissenschaftlichen Zeitschriften indexiert wird, ist der SCI für die wissenschaftliche Publikationsaktivität der meisten Länder bzw. auf den meisten Fachgebieten repräsentativ. Dies ist speziell dann der Fall, wenn, wie in den *hard sciences* Physik und Chemie, relativ wenige internationale Kernzeitschriften den internationalen Informationsaustausch dominieren.

Auf die vielfältigen Möglichkeiten der Nutzung des SCI für die Bewertung der Rolle von Zeitschriften im Kommunikationsnetz der Wissenschaft hat erstmals der frühere Direktor des ISI, Eugene Garfield, im Jahr 1972 hingewiesen [3]. Seit 1974 erscheinen jährlich die ebenfalls vom ISI edierten *Journal Citation Reports*, in denen für jede SCI-Zeitschrift eine Vielzahl von Daten und Indikatoren publiziert wird. Die Kriterien, nach denen das ISI Journale für seine Informationsdienste (außer dem SCI sind dies im wesentlichen die *Current Contents* und die Datenbanken *Social Sciences Citation Index* sowie *Arts & Humanities Citation Index*) auswählt, sind Zitationsindikatoren, Journalstandards sowie Expertenurteile [4].

Von herausragender Bedeutung sind hierbei die auf Zitationsdaten basierenden Indikatoren; unter diesen ist der Impact-Faktor einer Zeitschrift wiederum der wichtigste. Der Impact-Faktor einer Zeitschrift im Jahr n ergibt sich als Quotient der Anzahl von Zitationen, die die in den Jahren $n-2$ und $n-1$ in der Zeitschrift publizierten Arbeiten im Jahr n in allen durch den SCI erfaßten Periodika erhalten haben und der Anzahl der Publikationen. So errechnet sich z.B. der Impact-Faktor der Zeitschrift *Annalen der Physik* im Jahr 1995 als Quotient aus der Anzahl der Zitierungen, die die 1993 und 1994 in diesem Journal veröffentlichten Artikel 1995 erreicht haben, und der Summe der 1993er und 1994er Publikationen in den *Annalen der Physik*.

Da die Zitierhäufigkeit wissenschaftlicher Publikationen, wie detaillierte Analysen gezeigt haben, im Mittel bereits 1 bis 2 Jahre nach Veröffentlichung ihren Maximalwert erreicht, ist die Verwendung dieses Zeitschriftenindikators gut begründet. Die Tatsache der unterschiedlichen Publikations- und Zitiergewohnheiten auf den einzelnen Wissenschaftsgebieten und auch innerhalb dieser Gebiete darf bei vergleichenden Untersuchungen jedoch nicht außer acht gelassen werden.

So unterscheiden sich die mittleren Zitierhäufigkeiten wissenschaftlicher Publikationen in der Biomedizin und der Mathematik beispielsweise um mehr als den Faktor 10, und innerhalb der Physik treten ähnliche Unterschiede z.B. zwischen der Hochenergiephysik und der mathematischen Physik auf. Außerdem sind die mittleren Zitierhäufigkeiten von Übersichtsarbeiten (SCI-Klassifikation: *Review*), Originalarbeiten (*Article*) und Kurzmitteilungen (*Letter, Note*) unterschiedlich. Auf vergleichbaren Teilgebieten der Physik sind die Impact-Faktoren der renommiertesten Review-Zeitschriften mindestens doppelt so hoch wie die solcher Zeitschriften, die ausschließlich Originalarbeiten veröffentlichen.

Die internationale Reputation von Forschungsgruppen oder einzelnen Wissenschaftlern hängt entscheidend davon ab, wie es ihnen gelingt, ihre Forschungsergebnisse in namhaften Zeitschriften zu publizieren. Diese Journale verfügen, wie z.B. das *New England Journal of Medicine* in der medizinischen Forschung, nicht nur über ein strenges System der Begutachtung eingereicherter Manuskripte (*peer reviewing*), sondern sie haben auch die höchsten Impact-Faktoren. Quantitative Ergebnisse belegen, daß die subjektive Einschätzung eines Forschers bezüglich des Rangs einer Zeitschrift stark mit entsprechenden Zitationsindikatoren korreliert [5].

Wissenschaftler streben daher i.a. nach Anerkennung durch Publikation ihrer Ergebnisse in möglichst renommierten Fachzeitschriften (mit hohen Impact-Faktoren!), wobei gleichzeitig ein Publikationskanal gewählt wird, der eine optimale Stellung im Kommunikationsnetzwerk der Wissenschaft (z.B. im Rahmen eines Sprachraums oder einer Ländergruppe) garantiert [6]. Wird ein bei einem *high-impact journal* eingereichtes Manuskript abgelehnt, so wird es häufig bei einer weniger angesehenen Zeitschrift mit niedrigerem Impact-Faktor erneut eingereicht. Eine empirische Untersuchung des *peer review* Verfahrens bei der Zeitschrift *Angewandte Chemie* belegt, daß keines der abgelehnten Manuskripte später in einer Zeitschrift mit einem höheren Impact-Faktor als dem von *Angewandte Chemie* erschienen ist [7]. Eine wissenschaftliche Veröffentlichung findet somit in den meisten Fällen den ihr gebührenden Platz im Kommunikationsnetz der *scientific community*.

Es ist evident, daß Faktoren wie die Publikationssprache oder zumindest mehrsprachige Zusammenfassungen zu einer Veröffentlichung unmittelbaren Einfluß auf die Rezeption und damit auch auf die Zitierung von Publikationen haben. Der Impact-Faktor, der für die Aufnahme oder Streichung einer Zeitschrift in der SCI-Datenbank ausschlag-

gebend ist, spiegelt auf diese Weise verschiedene qualitative Merkmale einer Gesamtheit wissenschaftlicher Arbeiten in quantitativer Form wider.

2. DDR-Zeitschriften in der internationalen Wissenschaftskommunikation

Ist bereits die Erfassung eines Journals im SCI ein Ausweis für die Zugehörigkeit zu den internationalen Kernzeitschriften auf einem Wissenschaftsgebiet, so liefern der Impact-Faktor und andere Indikatoren Hinweise auf die Stellung der betrachteten Zeitschrift innerhalb dieses Zeitschriftenkerns. Frühere Untersuchungen (z.B. [8-11]) weisen aus, daß die DDR gut im SCI vertreten war und bezüglich der Zahl der erfaßten Zeitschriften den 2. Rang unter den früheren sozialistischen Ländern hinter der UdSSR einnahm.

1985 war die DDR z.B. mit 48 Zeitschriften im SCI präsent, was seinerzeit einem Anteil von 1,4% am Gesamtvolumen von knapp 3400 SCI-Journalen entsprach. Diese Zahl reduzierte sich zwar in den Folgejahren (1989: 41 Journale), im Vergleich mit den mittleren und kleinen Ländern Osteuropas hatte die DDR aber eine gute Ausgangssituation hinsichtlich der Möglichkeit der Publikation von Forschungsergebnissen in angesehenen einheimischen Periodika (1989 wurde z.B. nur eine einzige bulgarische Zeitschrift durch den SCI erfaßt). Bibliometrische Untersuchungen zeigen, daß DDR-Autoren diese Gelegenheit auch wahrnahmen und häufiger als andere osteuropäische Forscher, einmal abgesehen von der UdSSR, in eigenen Journalen publizierten [12]. Dies war auch dem Umstand geschuldet, daß nach dem 2. Weltkrieg traditionsreiche Zeitschriften wie *Annalen der Physik* oder *Zeitschrift für physikalische Chemie* in Ostdeutschland weitergeführt wurden.

Den Hauptanteil der vom SCI indexierten DDR-Zeitschriften bildeten biowissenschaftliche und medizinische Journale (ca. 60%). Um die Stellung dieser Zeitschriften in den jeweiligen Fachgebieten zu ermitteln, orientiert man sich günstigerweise an den in den *Journal Citation Reports* publizierten Ranglisten bezüglich der Impact-Faktoren. Dabei zeigt sich, daß bis auf wenige Ausnahmen die biowissenschaftlichen und medizinischen DDR-Journale hintere Ränge in ihren Fachgebieten einnahmen. Da die Mehrzahl der Publikationen in diesen Zeitschriften von Autoren aus der DDR verfaßt wurde, führte die international geringe Beachtung dieser Arbeiten maßgeblich zum niedrigen Zitationsimpact der Zeitschriften. Obwohl biowissenschaftliche Veröffentli-

chungen im Durchschnitt häufiger zitiert werden als die in der Physik und Chemie, ergab sich für die DDR ein umgekehrtes Bild: Publikationen in den *physical sciences* wurden stärker zitiert, was auch damit zusammenhing, daß in den entsprechenden Journalen ein stärkerer Trend zum Englischen als Publikationssprache zu verzeichnen war.

Generell kann konstatiert werden, daß speziell drei Faktoren die international unterdurchschnittliche Rezeption ostdeutscher Fachzeitschriften wesentlich beeinflußt haben. Der erste Faktor war der im Vergleich mit anderen hochentwickelten Industrieländern niedrige Grad der Verflechtung der DDR in der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation, der u.a. in der geringen Zahl von Kooperationsbeziehungen ostdeutscher mit westlichen Wissenschaftlern und folglich auch in der vergleichsweise geringen Zahl gemeinsamer Veröffentlichungen in DDR-Journalen zum Ausdruck kam. (Die als qualitativ hochwertig eingeschätzten Publikationen wurden auch von DDR-Autoren vornehmlich in westlichen Zeitschriften veröffentlicht!) Hinzu kam die mangelhafte Attraktivität vieler DDR-Zeitschriften für ausländische Autoren wegen der Bevorzugung von Deutsch als Publikationssprache. Nicht zuletzt entsprach auch die Zusammensetzung der *Editorial Boards* und der Gutachtergremien häufig nicht internationalen Maßstäben.

3. Trends bei früheren ostdeutschen SCI-Zeitschriften nach 1990

Im SCI, der unserer Untersuchung zugrunde liegt, wurden 1995 3430 Periodika erfaßt, von denen 272 eine deutsche Verlagsadresse hatten (Tab. 1). Der relative Anteil der US-amerikanischen Zeitschriften macht seit Jahren fast 40% aus; die Repräsentativität des SCI wird auf Grund dieses hohen Anteils häufig in Zweifel gezogen und dabei vergessen, daß viele dieser Journale mit hohen Impact-Faktoren eine wichtige Rolle in der Wissenschaftskommunikation spielen, gerade auch für Autoren aus Entwicklungsländern. Unter Berücksichtigung vorliegender Angaben aus dem SCI sowie mit Hilfe des *Serials Directory* wurde die Entwicklung der früheren DDR-Zeitschriften (Titeländerungen, Fusionen mit westdeutschen Zeitschriften, Einstellung des Erscheinens, Wechsel zu anderen Verlagen etc.) nach 1990 verfolgt und die wichtigsten bibliometrischen Indikatoren den *Journal Citation Reports* entnommen. Ergänzt wurden diese Analysen durch eigene Recherchen in der CD-ROM-Version des SCI.

Von den 41 früheren ostdeutschen Zeitschriften, die 1989 durch den

Rang	Land	Zahl der Zeitschriften	Relativer Anteil (in %)
1	USA	1368	39,9
2	Großbritannien	713	20,8
3	Niederlande	330	9,6
4	Deutschland	272	7,9
5	Schweiz	116	3,4
6	Frankreich	98	2,9
7	Rußland	86	2,5
8	Japan	81	2,4
9	Dänemark	43	1,3
10	Kanada	42	1,2
11	Australien	37	1,1
12	Schweden	32	0,9
13	Italien	30	0,9
14	Österreich	20	0,6
15	Neuseeland	14	0,4
16	Norwegen	13	0,4
17	Tschechien	12	0,3
18	Indien	11	0,3
19	Irland	11	0,3
20	Polen	10	0,3
21	Israel	8	0,2
22	Südafrika	8	0,2
23	Ungarn	8	0,2
24	VR China	6	0,2
25	Singapur	6	0,2
26	Spanien	6	0,2
27	Ukraine	6	0,2
28-47	andere Länder	43	1,2
	Summe	3430	100,0

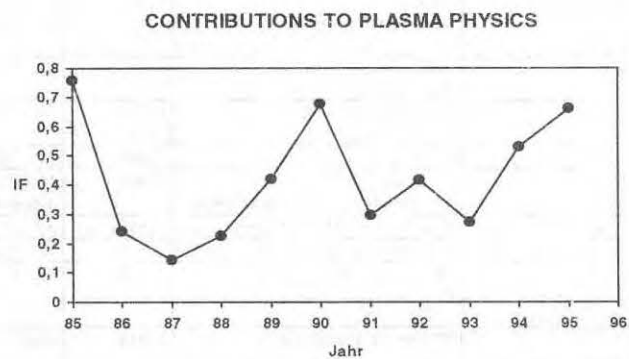
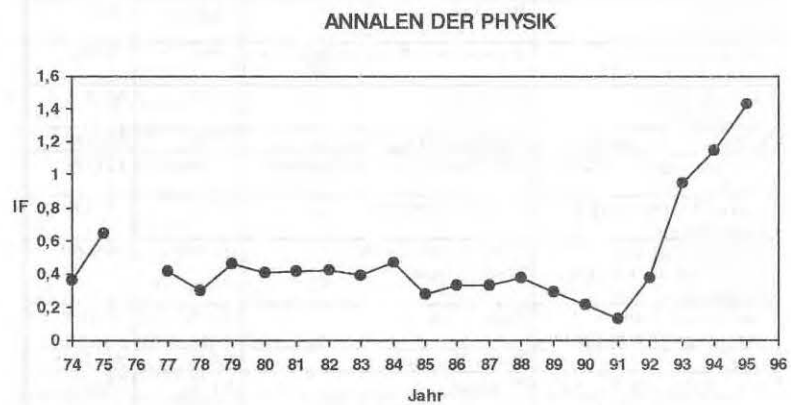
Tab. 1: Länderverteilung der SCI-Zeitschriften (1995)

SCI indiziert wurden, waren 1995 noch 30 in dieser bibliographischen Datenbank präsent. Während nach den vorliegenden Informationen vier Zeitschriften Anfang der 90er Jahre ihr Erscheinen eingestellt haben, wurden die restlichen sieben nicht mehr durch den SCI erfaßt. Dabei handelt es sich ausnahmslos um Zeitschriften, die innerhalb ihres Fachgebiets einen niedrigen Impact-Faktor hatten. Das ISI ordnet jede Zeitschrift nach ihrem Inhalt einem oder mehreren der 160 im SCI berücksichtigten Fachgebiete (*subject categories*) zu; belegt ein Journal

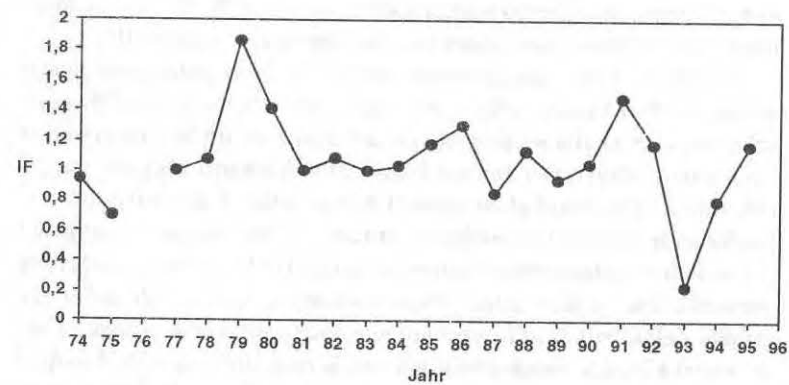
Zeitschrift	Subject Category	Impact-Faktor	Rang
Acta Biotechnologica	Biotechnology & Applied Microbiology	0,429	59 (65)
Acta Histochemica	Cell Biology	0,731	90 (103)
Acta Polymerica	Polymer Science	1,920	5 (51)
Annals of Anatomy	Anatomy & Morphology	0,609	11 (13)
Annalen der Physik	Physics	1,430	18 (62)
Archiv für Protistenkunde	Biology	0,519	38 (57)
Astronomische Nachrichten	Astronomy & Astrophysics	0,597	23 (35)
Biologisches Zentralblatt	Biology	0,265	44 (57)
Chemische Technik	Chemical Engineering	0,231	56 (75)
Contributions to Plasma Physics	Physics, Fluids & Plasmas	0,662	12 (18)
Crystal Research and Technology	Crystallography	0,321	17 (19)
Experimental and Clinical Endocrinology & Diabetes	Endocrinology & Metabolism	0,644*	58 (66)*
Experimental and Toxicologic Pathology	Pathology	0,479*	52 (64)*
Flora	Plant Sciences	0,431	84 (129)
Fortschritte der Physik	Physics	1,170	23 (62)
Internationale Revue der gesamten Hydrobiologie	Marine & Freshwater Biology	0,350	56 (62)
Isotopenpraxis	Inorganic & Nuclear Chemistry	0,124	30 (31)
Journal of Basic Microbiology	Microbiology	0,441	53 (64)
Journal of Plant Physiology	Plant Sciences	0,565*	69 (130)*
Journal für praktische Chemie - Chemiker-Zeitung	Chemistry Applied Chemistry	0,351	77 (105) 18 (29)
Kerntechnik	Nuclear Science & Technology	0,476*	23 (34)*
Nahrung	Food Science & Technology	0,251	49 (71)
Pedobiologia	Ecology	0,566	50 (73)
Pharmazie	Chemistry Pharmacology & Pharmacy	0,466	67 (105) 128 (149)
Physica Status Solidi A	Condensed Matter Physics	0,558	32 (39)
Physica Status Solidi B	Condensed Matter Physics	0,583	29 (39)
Zeitschrift für anorganische und allgemeine Chemie	Inorganic & Nuclear Chemistry	1,015	14 (31)
Zeitschrift für physikalische Chemie	Physical Chemistry	0,813	60 (75)
Zoologischer Anzeiger	Zoology	0,262	74 (100)
Zoology - Analysis of Complex Systems	Zoology	0,355*	60 (94)*

Tab. 2: Impact-Faktoren und Rang früherer DDR-Zeitschriften im SCI (1995); * Daten für 1994

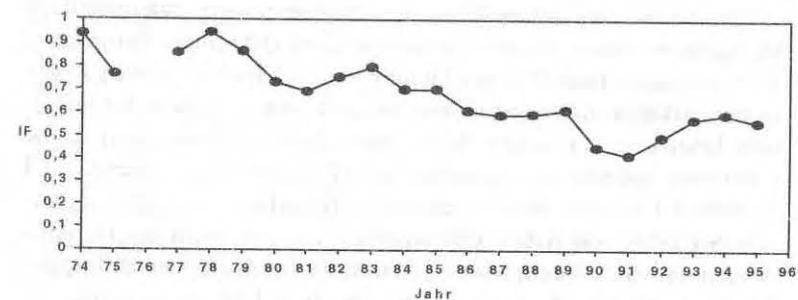
Abb. 1: Zeitliche Veränderung des Impact-Faktors IF physikalischer Zeitschriften



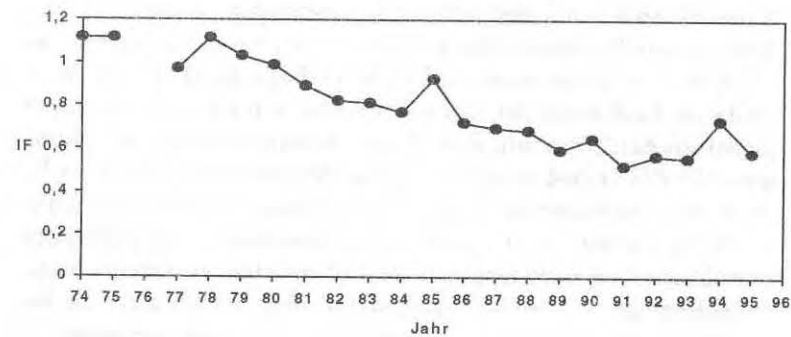
FORTSCHRITTE DER PHYSIK



PHYSICA STATUS SOLIDIA



PHYSICA STATUS SOLIDI B



innerhalb einer *subject category* bezüglich des Impact-Faktors über einige Jahre hinweg einen hinteren Platz, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß es früher oder später aus der Datenbank herausfällt.

Für die in Tab. 2 aufgelisteten und größtenteils unter einer neuen verlegerischen Verantwortung erscheinenden ehemaligen DDR-Zeitschriften wurden die *subject categories*, in die sie im SCI eingeordnet sind, hinzugefügt. Der Impact-Faktor gibt Auskunft über die durchschnittliche Zitierhäufigkeit eines in dem jeweiligen Journal publizierten Beitrages. In der letzten Spalte wurde in Klammern die Gesamtzahl der in dem entsprechenden Fachgebiet im SCI indexierten Zeitschriften vermerkt. Die in dem Gebiet *Biotechnology & Applied Microbiology* erfaßte Zeitschrift *Acta Biotechnologica* hatte 1995 einen Impact-Faktor von 0,429, d.h. durchschnittlich wurde eine 1993 oder 1994 in *Acta Biotechnologica* publizierte Arbeit 1995 in allen SCI-Zeitschriften 0,429mal zitiert. Innerhalb der Kategorie *Biotechnology & Applied Microbiology* belegt diese Zeitschrift damit Rang 59 unter 65 Periodika.

Die 30 ehemals ostdeutschen Zeitschriften belegen innerhalb ihrer Fachgebiete sowohl vordere als auch mittlere und hintere Rangplätze. Veränderungen bezüglich der Stellung einer Zeitschrift innerhalb des Kommunikationsnetzes eines Wissenschaftszweiges gehen eher mittel- oder langfristig vonstatten; für die betrachteten Journale sind solche daher nicht unbedingt zu erwarten. Für alle seit den 60er Jahren im SCI erfaßten DDR-Zeitschriften (darunter sind solche, die später ihr Erscheinen eingestellt haben, oder andere, die nur in einem beschränkten Zeitraum im SCI waren) wurden vom Autor die Zeitreihen der Impact-Faktoren ermittelt. Hier ist nicht der Ort, diese Ergebnisse umfassend darzustellen, daher sollen exemplarisch die fünf physikalischen Zeitschriften herausgegriffen werden (Abb. 1).

Drei dieser Zeitschriften (*Annalen der Physik*, *Physica Status Solidi A* und *Physica Status Solidi B*) verzeichneten für das Jahr 1991 den Minimalwert des Impact-Faktors IF, was sicher mit der damaligen Umbruchsituation in den Redaktionen und Verlagen zu erklären ist. Während sich die Position der *Annalen der Physik* unter den allgemeinen physikalischen Zeitschriftenseitdem gravierend verbessert hat - die *Annalen der Physik* sind inzwischen der Spitzengruppe zuzurechnen -, hat der Einfluß der beiden festkörperphysikalischen Journale *Physica Status Solidi A* und *Physica Status Solidi B* kontinuierlich abgenommen, obwohl seit ihrer Gründung in ihnen fast ausschließlich englischsprachige Beiträge veröffentlicht werden. Offenbar werden durch die Redaktionen beider Journale viele Manuskripte akzeptiert, die später von

der *scientific community* wenig beachtet (zitiert) werden. Aus statistischen Gründen schwankt der Impact-Faktor von Zeitschriften mit einem geringen jährlichen Publikations-Output i.a. stärker als der von Journalen mit einem großem Publikationsmassiv. Daher können die Schwankungen des Impact-Faktors von *Contributions to Plasma Physics* und *Fortschritte der Physik* nicht eindeutig mit bestimmten Ursachen verknüpft werden.

Von den in Tab. 2 aufgeführten Zeitschriften ist bei etwa der Hälfte seit Anfang der 90er Jahre ein eindeutiger Trend hin zu einer stärkeren Wahrnehmung - immer gemessen an der Zitierhäufigkeit - durch die wissenschaftliche Gemeinschaft auszumachen. Den absoluten Spitzenplatz nahm 1995 die Zeitschrift *Acta Polymerica* ein. Die übrigen Journale stagnieren bezüglich ihres Impact-Faktors, oder es ist sogar eine rückläufige Entwicklung wie bei *Physica Status Solidi A* und *Physica Status Solidi B* zu verzeichnen.

Die vorherrschende Publikationssprache bei den im SCI erfaßten wissenschaftlichen Aufsätzen ist Englisch; im Zeitraum 1978-1982 betrug dieser Anteil bereits 88,5%. Dagegen wurden im gleichen Zeitraum in dieser Datenbank nur 3,9% russisch-, 3,8% deutsch- und 2,6% französischsprachige Beiträge registriert [13]. Der Zitationsimpact englischsprachiger Artikel ist im Mittel etwa 2,7mal so hoch wie der deutsch- oder französischsprachiger Beiträge. Die Tendenz zum Englischen als Publikationssprache ist auch unter den deutschen Naturwissenschaftlern bedeutend stärker ausgeprägt als unter Geisteswissenschaftlern, und unter den Naturwissenschaftlern sind wiederum die in der Grundlagenforschung Tätigen stärker anglophon als die in der angewandten Forschung [14]. Die wachsende Bedeutung des Englischen als *lingua franca* der internationalen Wissenschaft ist evident; für die deutschen Zeitschriften in der Grundlagenforschung wurde dieser Einfluß quantitativ erstmals Anfang der 80er Jahre detailliert untersucht [15]. Speziell für die ostdeutschen Zeitschriften wurde eine entsprechende Untersuchung vor einigen Jahren gemacht [11].

In Tabelle 3 findet man die Ergebnisse einer aktuellen Analyse über die Relation von englisch- und deutschsprachigen Beiträgen in ausgewählten ehemaligen DDR-Zeitschriften für die Jahre 1985, 1990 und 1995. In der Untersuchung wurden nur „echte“ wissenschaftliche Beiträge (gemäß SCI-Klassifikation sind das: *Article*, *Letter*, *Note*, *Review*) berücksichtigt und *Editorials*, *Biographical Items* etc. weggelassen. Neben Deutsch und Englisch spielte bzw. spielt noch Französisch und Russisch eine marginale Rolle in den früheren ostdeutschen Journalen,

Zeitschrift	Jahr					
	1985		1990		1995	
	Englisch	Deutsch	Englisch	Deutsch	Englisch	Deutsch
Acta Biotechnologica	42,0	54,0	85,7	14,3	100	0
Acta Polymerica	40,4	51,7	59,2	40,8	100	0
Annalen der Physik	35,8	64,2	75,9	24,1	100	0
Archiv für Protistenkunde	65,9	34,1	72,4	24,1	97,7	2,3
Astronomische Nachrichten	81,4	18,6	98,6	1,4	97,9	2,1
Biologisches Zentralblatt	64,4	35,6	63,8	34,0	65,8	34,2
Chemische Technik	0,8	99,2	0	100	2,3	97,7
Contributions to Plasma Physics	91,1	6,7	100	0	100	0
Crystal Research and Technology	99,3	0,7	100	0	100	0
Flora	26,8	73,2	62,9	37,1	85,7	14,3
Fortschritte der Physik	100	0	100	0	100	0
Journal für praktische Chemie - Chemiker-Zeitung	32,6	67,4	45,3	54,7	47,6	52,4
Nahrung	48,0	52,0	79,2	20,8	93,1	6,9
Pedobiologia	86,5	5,4	89,2	10,8	100	0
Pharmazie	34,0	63,0	44,3	54,5	77,1	22,9
Zeitschrift für physikalische Chemie	36,6	63,4	60,1	39,9	92,7	6,4
Zoologischer Anzeiger	74,0	26,0	76,6	23,4	100	0

Tabelle 3: Prozentualer Anteil von englisch- und deutschsprachigen wissenschaftlichen Beiträgen in ostdeutschen Zeitschriften

so daß sich die Prozentanteile für die einzelnen Jahre in Tab. 3 nicht immer auf 100% summieren. Die Resultate zeigen eindeutig, daß es in den meisten Zeitschriften, die 1985 noch einen hohen Anteil deutschsprachiger Beiträge hatten, im vergangenen Jahrzehnt gelungen ist, Deutsch durch Englisch abzulösen. Nicht immer war dies allerdings unmittelbar mit einem höheren Zitationsimpact des Journals verknüpft.

Eine optimale Publikationsstrategie von Verlagen wissenschaftlicher Zeitschriften erfordert vielschichtige Analysen, wie sie z.B. durch den niederländischen Verlag *Elsevier* seit Jahren beim *Centre for Science and Technology Studies* (CWTS) der Universität Leiden (Nie-

derlande) in Auftrag gegeben werden [16]. Die Hauptanwendungsgebiete der Bibliometrie sind in diesem Kontext für *Elsevier Science B.V.* die Qualitätskontrolle einzelner Produkte (Zeitschriften), die Marktanalyse, die strategische Analyse für die langfristige Planung und die Entwicklung neuer Produkte. Jedes dieser Anwendungsfelder erfordert adäquate Indikatoren und Werkzeuge, wobei sich die Verwendung und differenzierte Interpretation des Impact-Faktors von Zeitschriften für diesen Verlag nach eigener Einschätzung als besonders nützlich erwiesen hat. Vor dem Hintergrund gegenwärtiger und künftiger Veränderungen in der Kommunikation sind neue quantitative Bewertungsformen, z.B. für elektronisch verbreitete wissenschaftliche Informationen, erforderlich. Die Bedeutung traditioneller Zeitschriften wird auf absehbare Zeit jedoch erhalten bleiben. Die angekündigte Zusammenlegung solch renommierter physikalischer Zeitschriften wie *Journal de Physique* und *Zeitschrift für Physik* zu *European Physics Review* scheint ein gangbarer Weg zu sein, die Flut von Zeitschriften einzudämmen und gleichzeitig deren Qualität zu steigern [17].

Hans-Jürgen Czerwon, Dipl.-Phys., ist Vorstandsmitglied der Forschungsgesellschaft für Wissenschaftskommunikation und -information e.V., Berlin

Literatur:

1. Taubes, G. (1996): Science journals go wired, In: *Science*, Vol. 271, S. 764-766.
2. Laloe, F. (1997): Die „neuen Technologien“ und das Publikationswesen in Europa, In: *Physikalische Blätter*, Bd. 53, Nr. 5, S. 411-413.
3. Garfield, E. (1972): Citation analysis as a tool in journal evaluation, In: *Science*, Vol. 178, No. 4060, S. 471-479.
4. Garfield, E. (1990): How ISI selects journals for coverage: quantitative and qualitative considerations, In: *Current Comments*, No. 22 (May 28, 1990), S. 5-13.
5. McAllister, P.R.; Anderson, R.C.; Narin, F. (1980): Comparison of peer and citation assessment of the influence of scientific journals, In: *Journal of the American Society for Information Science*, Vol. 31, No. 3, S. 147-152.
6. Luukkonen, T. (1992): Is scientists' publishing behaviour reward-seeking?, In: *Scientometrics*, Vol. 24, No. 2, S. 297-319.
7. Daniel, H.-D. (1993): An evaluation of the peer review process at Angewandte Chemie, In: *Angewandte Chemie: International Edition in English*, Vol. 32, No. 2, S. 234-238.
8. Czerwon, H.-J. (1985): Physikzeitschriften aus der DDR im internationalen Informationsaustausch, In: *Informatik*, Bd. 32, Nr. 1, S. 25-31.
9. Czerwon, H.-J. (1988): Biowissenschaftliche und medizinische DDR-Zeitschriften im Science Citation Index, In: *Informatik*, Bd. 35, Nr. 6, S. 238-240.

10. Czerwon, H.-J. (1991): Quantitative Analysen zur Rolle von naturwissenschaftlich-technischen Zeitschriften aus der DDR in der internationalen Wissenschaftskommunikation, In: *Deutscher Dokumentartag 1990: Proceedings*, hrsg. von W. Neubauer und U. Schneider-Brien, Frankfurt a.M.: Deutsche Gesellschaft für Dokumentation, S. 151-162.
11. Czerwon, H.-J.; Havemann, F. (1993): Influence of publication languages on the citation rate of scientific articles: a case study of East German journals, In: *Scientometrics*, Vol. 26, No. 1, S. 51-63.
12. Lancaster, F.W.; Burger, R.H.; Rauchfuss, B.M. (1992): Use of literature by East European scientists: What influences place of publication of sources cited? In: *Scientometrics*, Vol. 24, No. 3, S. 419-439.
13. Garfield, E. (1987): Is Japanese science a juggernaut?, In: *Current Comments*, No. 46 (November 16, 1987), S. 3-9.
14. Skudlik, S. (1990): Sprachen in den Wissenschaften: Deutsch und Englisch in der internationalen Kommunikation, Tübingen: Gunter Narr Verl., 329 S.
15. Stankus, T.; Schlessinger, R.; Schlessinger, B.S. (1981): English language trends in German basic science journals: a potential collection tool, In: *Science & Technology Libraries*, Vol. 1, No. 3, S. 55-66.
16. Roosendaal, H.E. (1995): Role of bibliometrics in scientific communication, In: *Fourth International Conference on Science and Technology Indicators: Performance at the National, Regional and Institutional Level*, Antwerp, Belgium, October 5-7, 1995, (Extended Abstracts), S. 3.
17. Großmann, S. (1997): Europäisch publizieren, In: *Physikalische Blätter*, Bd. 53, Nr. 6, S. 497.

Gesichter und Geschichten eines Berufsstandes: die Bibliothekare in der DDR¹

Christine Ferret
Paris

Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf die Ergebnisse einer von 1993 bis 1995 durchgeführten Umfrage, deren Ziel in der Beschreibung des Arbeitsumfeldes von Bibliothekaren² in der DDR bestand. Dabei wurden die durch den Sozialismus ab 1945 bewirkten Veränderungen und die Art und Weise, wie sich die Fachleute damit auseinandersetzten, berücksichtigt. Studien- und Forschungseinrichtungen wurden in der Untersuchung besonders in Betracht gezogen. Die Ausgangshypothese war, daß sich trotz aller Zwänge und sichtbaren Herrschens von „Parteilichkeit“ die sozialen Identitäten der Bibliothekare auf das Berufsbild und auf die Interpretation und Verwirklichung von vorgegebenen Richtlinien auswirken konnten, ebenso wie die jeder Generation eigenen Erfahrungen und Mentalitäten in ihrer Mannigfaltigkeit. Das Bild vom erzieherisch tätigen Bibliothekar, reduziert auf präskriptive Aufgaben, traf in der Tat überhaupt nicht zu. Die Auswertung von Fachveröffentlichungen und bestimmten Archivbeständen (besonders in den Bibliotheken selbst) vervollständigen etwa 60 Interviews.

1. Gewinnung von Nachwuchs, Laufbahn, Konzeptionen

Auf den ersten Blick liegt einer der Faktoren, der den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen den von den übergeordneten Stellen vorgeschriebenen und den von den Bibliothekaren in der DDR entwickel-

ten und gelebten Rollen erklären könnte, in der sozialen und politischen Nachwuchsgewinnung von Bibliothekaren. Unmittelbar machte sich der chronische Mangel an qualifiziertem Personal bemerkbar. Vom ersten Nachkriegstag an erschien dieses Problem in den Debatten um den Beruf eng verbunden mit der Frage der sozialen und politischen Anerkennung der Bibliothekare, die sich sehr schnell als begrenzt erwies: Trotz offizieller Reden und ihres sichtbaren Enthusiasmus begann der „Liebesverlust“ sehr früh im Bereich der Dokumentation. Die geringen Löhne erklären unter anderem das Desinteresse der neuen Generationen und die Orientierung auf andere Karrieren, ein Phänomen, das weit über diese Jahre hinaus fortbestand. So stellte 1965 eine Arbeitsgruppe um Alexander Abusch fest, daß die Zahl der Bibliotheksangestellten innerhalb von zehn Jahren von 1450 auf nur 1867 angestiegen war und daß in derselben Zeitspanne 10 % der Stellen unbesetzt blieben.

Zwei Jahrzehnte später war die geringe Erneuerung des Bibliothekspersonals in den Augen der übergeordneten Stellen immer noch katastrophal: Nach einer Einschätzung vom April 1989 erforderte es die extreme Überalterung des Berufsstandes, die Hälfte der Angestellten vor dem Jahr 2000 durch jüngere zu ersetzen,³ um die Rentenabgänge zu kompensieren.

Die Unbeliebtheit des Berufs erklärt es, daß die großen wissenschaftlichen Bibliotheken ein Zufluchtsort für die gebildete Bourgeoisie und für sozial oder politisch ausgegrenzte Personen bleiben konnten. Sicher muß diese Behauptung in erster Linie hinsichtlich der Hierarchiespitze differenziert werden. Mit Beginn der ausgehenden 40er Jahre verstärkte sich die Sorge darum, die Bibliotheksleitungen politisch treuen Kadern anzuvertrauen, wie verschiedene Umfragen auf Länderebene zeigen, die alle den starken Anteil an „Parteilosen“ hervorheben. Die zehn Direktoren der großen wissenschaftlichen Bibliotheken,⁴ die es 1949 gab, wurden ein Jahrzehnt später allesamt durch andere ersetzt. So wurde den Direktoren der Bibliotheken Weimar, Leipzig, Berlin und der Sächsischen Landesbibliothek während der 50er Jahre nahegelegt zurückzutreten, die Direktoren der Universitätsbibliotheken Jena und Greifswald verließen die DDR. Die Herrschaft der SED wurde spätestens Anfang der 70er Jahre verwirklicht: Mit Beginn dieser Periode waren alle Direktoren wissenschaftlicher Bibliotheken, außer der in Halle, Mitglieder der Partei.

Trotzdem, so scheint es, war die von den Behörden verfolgte Linie nicht immer gleich. Hinsichtlich der Bibliotheken wie für den Staatsapparat insgesamt war die Gewinnung von Leitungskadern einer bestimmten Anzahl von „Zyklen“ unterworfen. Während die Sorge um die Stärkung der Positionen der SED offensichtlich ist in den Jahren 1945-1952, ebenso wie in der Zeit nach dem fünften und achten Parteitag (1958 und 1971) oder auch nach der Verkündung der Perestrojka in der UdSSR, spielten

Fragen der Qualifikation der Leitungskader in der restlichen Zeit eine wichtige Rolle.⁵ Bis auf einige Ausnahmen waren übrigens alle Direktoren bei ihrem Personal fachlich anerkannt und besaßen eine faktisch ungebrochene Legitimität.⁶

Andererseits scheinen die Bibliotheken als zweitrangige Institutionen betrachtet worden zu sein, in denen es möglich war, Mitarbeiter mit unangenehmem Werdegang auf eine andere Stelle zu versetzen. Während der unter dem Zeichen der „sozialistischen Umgestaltung“ stattfindenden Verhärtung Ende der 50er Jahre erfolgten zum Beispiel Umstrukturierungen im Staatssekretariat für das Hochschulwesen. Johannes Müller, bis dahin verantwortlich für den Bereich Bibliotheken, wurde 1959 dieser Funktion enthoben und zum Leiter der Universitätsbibliothek Leipzig ernannt.⁷

Wenn die Behörden, trotz punktueller Schwierigkeiten, die Situation im Hinblick auf die Bibliotheksleitungen unter Kontrolle halten konnten, wurde das soziale Profil der übrigen Mitarbeiter fortwährend in Frage gestellt, allerdings ohne spürbares Resultat. Über die 70er Jahre zieht Arwed Bouvier, damals Direktor der UB in Greifswald, zum Beispiel die folgende Bilanz:

„Der Beruf des Bibliothekars an wissenschaftlichen Bibliotheken gilt in kleinbürgerlichen Kreisen noch weitgehend als nicht so fest mit der sozialistischen Ideologie verbunden. Seine Anziehungskraft auf kleinbürgerliche und vor allem auch klerikale Kreise ist daher beträchtlich. Diese Tendenz wird objektiv dadurch verstärkt, daß der in der Bibliothek nun einmal vorhandene Bestand von bürgerlicher Ideologie, sowohl als Belletristik als auch in scheinbar 'seriöser' Wissenschaft, als ideologischer Faktor wirkt, zumal die Kollegen in der Einarbeitung der Neuzugänge, der Ausleihe, der Auskunft mit ihm ständig konfrontiert sind. Auch die Tatsache, daß die Abgrenzung gegenüber der imperialistischen BRD im wissenschaftlichen Bibliothekswesen der DDR noch unvollkommen entwickelt ist, wird als ideologischer Faktor wirksam ('gesamtdeutsche' Sigelliste, rote Fernleihscheine statt ausländischer u. a.)“.⁸

Dieselbe Situation findet man an der Landesbibliothek Dresden, wo das Ministerium die Anzahl der konfessionell gebundenen Mitarbeiter als zu hoch einschätzte und die lokalen Parteiverantwortlichen deshalb ein Evaluierungskomitee gründeten.⁹

Die verfügbaren zahlenmäßigen Angaben zeigen, daß der Anteil an SED-Mitgliedern in den wissenschaftlichen Bibliotheken damals zwischen 8 und 10 % lag. Trotzdem ist es angebracht hinzuzufügen, daß die Situation von Einrichtung zu Einrichtung sehr unterschiedlich sein konnte, je nach der Bedeutung, die ihr die politische und administrative Staatsmacht beimaß: Während die SED-Kader in Dresden oder in Mecklenburg weiterhin Ausnahmen blieben und in den 80er Jahren lediglich drei

von zehn Abteilungsleitern in der Deutschen Staatsbibliothek SED-Mitglieder waren, zählen wir in derselben Zeitspanne nur zwei „Parteilose“ unter den Abteilungsleitern der Deutschen Bücherei.¹⁰

Neben diesen Schwankungen stellt man fest, daß in allen Bibliotheken der Anteil an SED-Mitgliedern in den 70er und 80er Jahren durchschnittlich weniger bedeutsam als nach der Gründung der DDR war, einem Zeitpunkt, zu dem sie ungefähr 20 % aller Angestellten bildeten. Der Politisierungsgrad der Angestellten nahm mit der Zeit ab, und die Bibliothekare, die in den 50er Jahren Mitglied der SED waren, wurden bei ihrem Eintritt in die Rente nicht durch junge Kommunisten ersetzt. Die Rate der Zugehörigkeit zur Partei nahm andererseits bei den qualifiziertesten Bibliothekaren ab (wissenschaftliche Bibliothekare). Das starke Vordringen der Frauen in dem Beruf spielte wahrscheinlich in den mittleren Hierarchieebenen eine Rolle: Frauen, die 52 % der Gesamtbevölkerung darstellten, bildeten in den 80er Jahren nur ein Drittel aller SED-Mitglieder (23% im Jahr 1950).¹¹

Was die soziale Herkunft der Bibliothekare betrifft, merkt man schnell, daß das Privileg der „Arbeiter- und Bauernkinder“ fast ausschließlich auf dem Papier bestand. Eine 1982 zur Berliner Berufsfachschule durchgeführte Studie verdeutlicht zum Beispiel, daß der Anteil von Studenten aus Arbeiterfamilien zwischen 1962 und 1981 durchschnittlich 27,4% betrug, wobei es Jahrgänge gab, die bedeutend darunter lagen: 1963 13%, 1970 9,5%, 1972 13,6%, 1978 11,1%. Abgesehen vom letzten Jahrgang registrieren wir vom Anfang der 70er Jahre an eine Stabilisierung des Anteils von „Arbeiterkindern“: Er liegt nun immer über 30%. Die Anzahl von Personen aus intellektuellen Kreisen war im allgemeinen Durchschnitt etwas höher und überstieg in bestimmten Jahrgängen 40% (1972, 1978, 1979).¹²

Bestimmte Tendenzen ergaben sich außerdem aus den Gesprächen, die ich durchgeführt habe. Bei den in den 40er und 50er Jahren ausgebildeten Bibliothekaren fällt die Vielfalt der sozialen Herkunft auf. Sicher ist die plötzliche Demokratisierung des Berufes den „Arbeiterkindern“ damals zugute gekommen. Trotzdem hatte die Gründung der Vereinigung der „Bibliotheksfacharbeiter“ 1951, für die kein Abitur gefordert wurde und die genau dem Wunsch entsprach, die Nachwuchsgewinnung auf bisher ausgeschlossene Schichten der Bevölkerung auszudehnen, paradoxe Konsequenzen. Diese Reform bot denen eine mehr oder weniger akzeptable Ausweichmöglichkeit, die man eigentlich aus den Bibliotheken beseitigen wollte und die, der Bourgeoisie entstammend, gezwungen waren, auf ein Studium zu verzichten. Aus diesem Anfang in einem Beruf auf niedrigster Qualifikationsebene erwuchs später ein bewußter Zugriff zur Weiterbildung: der Status des Konservators wurde im allgemeinen

erst am Karriereende erreicht. Die Mehrzahl der auf diese Weise gewonnenen qualifizierten Kader waren in den wissenschaftlichen Bibliotheken tätig.

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal, das sich in jeder Generation wiederfand, ist die Häufigkeit der Umschulungen. Die Wahl der Bibliothekarslaufbahn entsprach dem Wunsch, ein Berufsumfeld zu verlassen, das als zu politisch empfunden wurde (zum Beispiel der Bereich der Bildung), dem gegenüber die Bibliotheken als „Zufluchtsorte“ fungierten. Man ist jedesmal erstaunt darüber, wie relativ leicht es war, eine Arbeitsstelle zu finden – manchmal ohne spezielle Ausbildung –, was die Befragten mit dem Mangel an Nachwuchs erklären. Die Suche nach einem geschützten Umfeld, das mehr Handlungsspielraum bot, begründet auch die Umorientierungen während des Studiums, die im wesentlichen die jüngsten Fachleute (unter 35 Jahren) betrafen.

Auch wenn das soziale „Profil“ und die ursprüngliche Motivation der befragten Bibliothekare nur selten mit der vom Staat DDR verkündeten Normkonform gingen, war ihr sozialer Aufstieg deswegen nicht systematisch begrenzt. Bis 1961 erlangten junge Leute bei Überspringen der Karrierestufen Posten mit hoher Verantwortung, weil es schwierig war, die aus der DDR geflüchteten Kader zu ersetzen. Diese Art der Beförderung betraf besonders jene Fachleute, die keine SED-Mitglieder waren und auch nicht wurden, und wurde neben den familiären Bindungen ein Faktor der Verankerung. Bis zu einem gewissen Punkt veränderte die Aufwertung der Weiterbildung in den 70er Jahren auch die individuellen Lebensläufe zum Positiven.

Die Erfahrung der Bibliothekare steht hier teilweise im Gegensatz zu der anderer Bevölkerungsgruppen¹³ in dem Sinne, daß der soziale Aufstieg die Gesamtheit der Generationen und nicht nur die „Aufbaugeneration“ betraf. Selbst wenn die glänzendsten Werdegänge letzterer und besonders den Männern vorbehalten waren, war der möglicherweise daraus entspringende „Karrierestopp“ für die jüngeren Kader¹⁴ in diesem Bereich wenig spürbar: Die schwache soziale Anerkennung des Berufes stellte hier bei gleichzeitiger Begrenzung der Anzahl qualifizierter Angestellter einen Faktor langfristiger „Regulierung“ dar. In dieser Hinsicht kann man auch den Fall von zwei Befragten nennen, die in den 50er und 60er Jahren nach Verbüßen von Gefängnisstrafen aus politischen Gründen dann wieder eine Stelle als Bibliothekar finden konnten. Wenn ihre Karrieren natürlich auch begrenzt waren, wird in den Erlebnisberichten Bezug genommen auf Verhandlungen zwischen den verschiedenen sich gegenüberstehenden Behörden, der Bibliotheksleitungen einerseits und der staatlichen Behörden andererseits. Die autorisierten Vertreter des Berufes scheinen vor allem darum besorgt gewesen zu sein, nicht auf aus-

gebildetes Personal verzichten zu müssen, auch wenn die politische Vergangenheit der Anwärter sie verdächtig erschienen ließ. Trotz der verschiedenen Ausgangssituationen und sozialen Umfeldern waren Arrangements letztendlich bei allen Arten von Mitarbeitern möglich.

Wir können aus diesen Darlegungen ableiten, daß es einen Widerspruch gab zwischen den Bildungs- und ideologischen Zielen, die die Einrichtungen zur Literaturverbreitung verfolgten, und den Absichten, die ein Teil des Personals, das das Funktionieren dieser Einrichtungen ermöglichte, hatte - mindestens bis in die mittlere Ebene der Hierarchie. Das Beispiel der Bibliotheken zeigt, daß die ostdeutsche Gesellschaft über (sehr genau abgegrenzte) Zufluchtsorte verfügte, die sogar von den örtlichen Behörden als solche genutzt wurden, da sie dazu neigten, unliebsam gewordene Personen dorthin zu versetzen. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Stellen in den Direktionen der wissenschaftlichen Bibliotheken oft in der Hand betagter, in den 30er Jahren ausgebildeter Kader lagen, die Fürsprecher älterer Anschauungen waren und damit eine Art Kontinuität und Fortbestand der Traditionen sicherten.

Einige Karriereverläufe - zumindest in der Generation der über 50-jährigen - scheinen so die Entstehung von besonderen, häufig anzutreffenden Werten und Grundsätzen gefördert zu haben. Wir stellen fest, daß es eine Übereinstimmung in der Sicht der Befragten gibt, die vor Einrichtung des DDR-Bildungssystems (theoretisches Privileg der „Arbeiter- und Bauernkinder“, Gewicht der politischen Bildung, Ausschließlichkeit der „Bibliothekswissenschaften“ und Verzicht auf eine Spezialisierungsdisziplin) ausgebildet wurden, und jener, für die der Zugang zum Beruf aufgrund ihrer sozialen Herkunft mit der Unmöglichkeit verbunden war, einen Universitätskursus zu belegen. In beiden Fällen orientierte sich die Berufstätigkeit an der Kultur zur Allgemeinbildung enzyklopädischer Art, die insbesondere deskriptive Aufgaben wie Katalogisierung und Bibliographie umfaßte. Das Ideal von der Erhaltung und Bewahrung sowie die Berufung auf die traditionellen Tugenden des Berufes (Gelehrsamkeit, wissenschaftliche Tätigkeit während der Arbeit usw.) kamen in dem Wunsch zum Ausdruck, die Altbestände, mit denen das Ansehen der Bibliotheken verbunden ist, zur Geltung zu bringen.

In diesem Zusammenhang muß auf den fast ständigen Bezug hingewiesen werden, der in den Interviews auf das alte deutsche Bibliotheksmodell genommen wurde, das aus dem 19. oder vom Anfang des 20. Jh. stammt. Die Bedeutsamkeit eines solchen Erbes, einer Quelle des Stolzes für die Bibliothekare einschließlich der überzeugten Kommunisten, führte dazu, den Anteil des sowjetischen Einflusses vor 1989 zu relativieren. Das Ansehen der Bibliotheken in der UdSSR war übrigens nicht sehr erfreulich.

Die entschiedene Negation des damaligen politischen und pädagogischen Modells führte außerdem zu einer Aufwertung des „Konservatismus“ und zu einer Definition der früheren Berufstätigkeit als ausschließliche „Dienstleistung“ mit einem Hauptpublikum aus Forschern und Lehrern, wobei die Studenten zum Beispiel kaum noch erwähnt wurden. Insofern war es den Befragten möglich, sich als „Helfer“ bei der Verteidigung wissenschaftlicher Interessen darzustellen, deren wesentliche Aufgabe das Streben nach der größtmöglichen Vollständigkeit der Sammlungen war. Solche Konzeptionen, die durch ihren legitimierenden Charakter Anerkennung fanden, förderten die Anstrengungen, die gemacht wurden, um eine rentable Arbeitsweise der Bibliotheken zu sichern. Dabei ging es darum, gegen ideologische Beschränkungen zu kämpfen oder Haushaltslücken zu umgehen. Die Sorge darum, das Ansehen des Berufsstandes und der dazugehörigen Einrichtungen zu erhalten, spielte hierbei ebenfalls eine Rolle, berechtigt aber nicht dazu, den Einfluß der Nachwuchsgewinnung und einer relativ stabilen sozialen Morphologie unerwähnt zu lassen.

Der Widerspruch zwischen den offiziellen Reden und dem Bild, daß die Fachleute heute von sich selbst zeichnen, bedeutet nicht, daß es massiven Widerstand gegen Parolen und ideologische Vorschriften gab: Die Integration von *a priori* disqualifizierten Personen ermöglichte es auch, ihre Loyalität gegenüber der DDR oder zumindest gegenüber ihren Vorgesetzten zu garantieren, und diese Integration bewirkte eine sehr starke Identifizierung mit den Bibliotheken. Die Laufbahndieses Typs von Fachleuten war überdies durch eine faktisch nicht vorhandene Mobilität gekennzeichnet: Die gesamte Karriere spielte sich meist in ein und derselben Einrichtung ab. Ob die Befragten nun aus Arbeiterfamilien oder aus der Bourgeoisie stammten, immer war festzustellen, daß sie sich den Regeln der Organisation entsprechend verhielten: Respekt vor der Hierarchie, Verzicht auf „Extreme“ und auf deutliche Übertretungen von Befugnissen, ritualisierte Beziehungen zu den Vertretern der politischen Macht.

Die fortschreitende Erhöhung der Qualifikationen und sogar der Verantwortlichkeiten führte bei der Mehrzahl der befragten Personen zu einem Anpassungsprozeß oder zumindest zu einem Kompromiß. Das wird überdies deutlich in dem so häufigen Gebrauch des Begriffes „Nische“ zur Bezeichnung des ehemaligen Arbeitsumfeldes, das sich zum Teil wie eine Beschreibung der Privatsphäre ausnimmt.¹⁵ Die Bibliotheken erscheinen in den Zeugenaussagen tatsächlich als Rückzugszonen *par excellence*: Da sie ungefährlich für die Herrschenden waren, galten sie als sicher vor politischen und ideologischen Einflüssen, und es konnte sich dort eine fast autarke Ordnung bilden, wenn die Umstände - besonders die Zusammensetzung des Leitungspersonals - es zuließen.

2. Streitigkeiten und Strategien: die Suche nach einer Autonomie?

1990 traf der ehemalige Direktor der Landesbibliothek Dresden, B. Burgemeister, die folgende Feststellung:

*„In der Leitung und bei den meisten Mitarbeitern unseres Hauses bestand immer Klarheit darüber, daß die Aufgabe, eine traditionsreiche wissenschaftliche Bibliothek vom Range der Sächsischen Landesbibliothek im humanistischen Geiste weiterzuführen, unvereinbar ist mit einem gehorsamen Ausfüllen der von der einstigen Staats- und Parteiführung vorgegebenen Dogmen“.*¹⁶

Dennoch - und vielleicht aufgrund der Vielfalt der jeweiligen örtlichen Situation und der Länge der zu berücksichtigenden Zeitspanne - gestattet es die Betrachtung der in den DDR-Bibliotheken herrschenden Zustände nicht, eine Bilanz über die unvereinbaren Konsequenzen zu ziehen, die Burgemeister hervorhob. Man ist vielmehr erstaunt über die Widersprüche, die sich im Verhalten der Angestellten enthüllten.

So griffen die Verantwortlichen in der Praxis der Katalogisierung mitunter offiziellen Weisungen vor. Als die systematische Einrichtung von Auswahlkatalogen 1959 im Ministerium für Hochschulwesen zur Priorität wurde, hatten bestimmte Bibliotheken schon ein solches Projekt durchgeführt, inspiriert vom sowjetischen Modell. In der DSB wurde zum Beispiel 1952/53 eine selektive Sachkartei erstellt, die die vor 1945 erschienenen Publikationen und jene mit „zweifelhafter“ ideologischer Konformität nicht berücksichtigte. Die Befragten, die an dieser Aktion teilnahmen, unterstreichen indessen, daß - entgegen sowjetischen Gebräuchen - die ostdeutschen Leser weiter Zugang zu umfassenden Karteien hatten.

Was die Erwerbungen betraf, so setzten sich die von den staatlichen Behörden formulierten Richtlinien anfänglich sicher nur schwer durch: „Objektivistische“ Tendenzen und der Eklektizismus bei den Beschaffungen bildeten das Thema von besonders in der Fachpresse kursierenden Einschätzungen nach der Gründung der DDR. Die Bibliothekare wandten sich zum Beispiel weiter an den privaten Buchhandel und nutzten Antiquariatskataloge für den Bücherkauf. Anfang der 50er Jahre kam fast die Hälfte der gängigen Zeitschriften der Deutschen Staatsbibliothek aus westlichen Ländern. Werke, die als sozialismusschädlich eingestuft wurden, wurden nur unregelmäßig zensiert, was die Verschwommenheit der Richtlinien, der Mangel an intellektuellen Bezugspunkten und das Fehlen von Ersatzdokumentationen teilweise erklären. Was die seit dem Befehl Nr. 4 des Alliierten Kontrollrats (1946) obligatorische Ablieferung nazistischer und militaristischer Druckwerke an die DSB oder an die DB betrifft, so wurde sie nicht immer befolgt.¹⁷

Anfang der 50er Jahre kam es dennoch zu einer wachsenden Übereinstimmung zwischen den Statistiken über die Entwicklung der Sammlungen und den Vorschriften. Das Prinzip der sofortigen Verwendbarkeit der Bestände kam in dem sehr klaren Privileg bestimmter Disziplinen zum Ausdruck. In der Universitätsbibliothek Greifswald zum Beispiel bildeten die Erwerbungen in den Naturwissenschaften, in Medizin und Technik - die 1951 nur 31% des Wachstums darstellten - Anfang 1961 mehr als 50%.¹⁸ 1965 kam es im Zusammenhang mit den Aufgaben, die der Universität zugeordnet wurden, zu einer totalen Verlagerung der Werteskala. Im medizinischen Bereich wurden damals fast 22%, in den Naturwissenschaften 20%, in der Literaturwissenschaft dagegen nur 4% der Neuerwerbungen getätigt. Im Hinblick auf die geographische Herkunft der Werke wurde der den sozialistischen Ländern vorbehaltene Anteil von Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre um 50% erhöht (er betrug 1963 60%). Diese Konformität läßt sich teilweise durch den schwachen finanziellen Aktionsradius und die damit verbundenen Kontrollen von seiten der Verwaltungen erklären. Das Festhalten der alten Bibliothekare am traditionellen Enzyklopädismus und an der Vielzahl kultureller und sprachlicher Gebiete, die bis dahin umfassend vertreten waren, konnte oft nur auf dem Umweg von Austauschbeziehungen mit fremden Ländern realisiert werden.

Trotz der wachsenden Treue zu den sozialistischen Prinzipien und zur „Parteilichkeit“ wurde die Geschichte der Bibliotheken in der DDR durch unterschwellige Konflikte geprägt. Die Gespräche, die ich mit ehemaligen Bibliothekaren geführt habe, die Mitglieder des Staatsapparates waren, verdeutlichen besonders die Widersprüche, die sie zwischen ihrer politischen Identität und den beruflichen Interessen empfanden. Eine sehr starke Identifizierung mit der DDR, zumindest bis zu dem ökonomischen Debakel der 80er Jahre, hinderte sie nicht, sich gegenüber den staatlichen Behörden und der SED offensiv zu verhalten oder eine Art Autonomie zu verlangen.

Man kann u.a. an die Versuche erinnern, die in den 50er Jahren zur Gründung eines Berufsverbandes der Bibliothekare unternommen wurden. Die Diskussion über eine etwaige „Föderation“ begann 1956 auf Initiative von G. Rückl, dem damaligen Direktors der ZIB, und H. Kunze, dem Direktors der DSB. Dieser Vorschlag, kurz vor dem polnischen und ungarischen Aufstand gemacht, wurde kategorisch abgelehnt, da die staatlichen Behörden befürchteten, daß die Herrschaft der Partei und der Gewerkschaftsverbände dadurch geschwächt und die Angestellten der wissenschaftlichen Bibliotheken sich mehr Gehör verschaffen würden. Ihr Einfluß wurde für unheilvoll gehalten, da die meisten von ihnen vor 1945 ausgebildet worden war. Folgendes Urteil ist vielsagend:

„Es besteht (...) die Gefahr, daß der Bund zum Kampforgan für materielle Fragen gegen den Staat wird. (...) Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen sind wir an einer solchen Bewegung nicht interessiert, da die Liberalisierungstendenzen zu groß sind.“¹⁹

Angesichts der Beharrlichkeit der Bibliothekare wurde letzten Endes die Gründung eines Verbandes von Einrichtungen, nicht mehr eines Fachverbands, vorgeschlagen. 1964 wurde der Vorschlag verwirklicht, wobei ihm in den Augen der Angestellten ein Großteil seiner Legitimität entzogen war, die in ihm nur einen „Transmissionsriemen“ und nicht ein wirkliches Vertretungsorgan sahen.

Auf der innerbetrieblichen Ebene der Einrichtungen wurde die Bejahung beruflicher Autonomie durch bestimmte Prinzipien gestützt: Die Verteidigung der traditionellen Vielfalt und die Sorge darum, das Prestige der Einrichtungen zu wahren, stellten wichtige ethische Merkmale dar, die bisweilen zu einer Art Widerstand oder wenigstens zur Äußerung von Meinungsverschiedenheiten führten. 1958 zum Beispiel weigerte sich H. Deckert, provisorischer Direktor der Sächsischen Landesbibliothek, die letzten westdeutschen Zeitschriften, über die die Bibliothek noch verfügte, aus den Lesesälen zu entfernen, und wandte sich mit folgenden Worten an das Ministerium für Hochschulwesen:

„Es liegen jetzt nur noch verschwindend wenige Zeitschriften West-Deutschlands aus ausschließlich naturwissenschaftlich-technischen und medizinischen Gebieten aus. Noch weiter zu gehen und auch die letzten zu entfernen, scheint uns ein nicht mehr zu verantwortendes Sektierertum zu sein, das den Aufgaben einer wissenschaftlichen Bibliothek nicht gerecht wird und nur schadet.“²⁰

Auch Schwierigkeiten materieller Art lösten Meinungsverschiedenheiten aus, wie zum Beispiel 1959, als die Behörden die Überprüfung aller westdeutscher Zeitschriften vorschrieben,²¹ die die Universitätsbibliotheken erhielten, um die Ausgaben zu beseitigen, die „dem sozialistischen Lager feindliche“ Artikel enthielten. Der Mangel an Personal und die Unklarheit der Weisungen wurden in diesem Fall vom Direktor der UB Greifswald als Gründe für seine Ablehnung genannt.

Die Zensur der Doktorarbeiten²² liefert ein weiteres Beispiel der Divergenzen zwischen den Bibliotheksleitungen und den staatlichen Behörden. Im Juli 1972 wurde von zwei Angestellten der Universitätsbibliothek Berlin und der Deutschen Bücherei ein „Memorandum“²³ verfaßt, um die Schwierigkeiten zum Ausdruck zu bringen, die mit der Zurückhaltung von Informationen verbunden waren: 60% der Universitätsarbeiten wurden damals als „vertraulich“ behandelt, und nur 1400 Doktorarbeiten standen zur vollen Verfügung der Bibliotheken. Die traditionellen Austauschbeziehungen mit der BRD wurden ernsthaft aufs Spiel gesetzt, da die DDR für das Jahr 1972 nur 160 Doktorarbeiten anbot. Die diesem Be-

richt beigefügten Schlußfolgerungen behandeln die Risiken, denen sich das Land aussetzte: Informationsverluste, ökonomische Verluste (der Preis der westdeutschen Doktorarbeiten, die jährlich eingingen, wird auf 60 000 DM geschätzt) und Prestigeverlust für die Deutsche Bücherei, die Nationalbibliographie (die unvollständig bleiben mußte) und sogar für die Forschung selbst.

Halten wir beiläufig fest, daß diese verschiedenen Einwände ohne unmittelbare Wirkungen blieben. Die gesetzliche Regelung wurde 1977 für Universitätschriften (Anweisung über die Archivierung von Hoch- und Fachschulchriften mit Dienstgeheimnissen vom 4. Oktober 1977) und ihre zentralisierte Aufbewahrung in der DB präzisiert, aber dafür waren Spezialkataloge vorbehalten, die die Nationalbibliographie unverändert ließen. Der Gesetzestext sah eine Maximalfrist von vier Wochen für die Archivierung der Doktorarbeiten vor, ohne daß sich die Gewohnheiten der Universitäten und Hochschulen deswegen änderten.²⁴ Parallel dazu häuften sich die Gegenbeschuldigungen in der DB hinsichtlich des Übermaßes an Beschränkungen:

„Es ist festzustellen, daß in zunehmendem Maße Veröffentlichungen (auch Bibliographien) diese Bezeichnung [NfD] erhalten, wobei die Handhabung nicht nur in Einzelfällen als Mißbrauch bezeichnet werden muß.“²⁵

In einem ganz anderen Zusammenhang veranlaßte das Verbot des *Sputnik* und der Moskauer *Neuen Zeit* etwa 40 Bibliothekare der Deutschen Staatsbibliothek und der Landesbibliothek Dresden, in den 80er Jahren aus der DSF auszutreten.

Parallel dazu finden wir Hinweise auf eine bestimmte Zahl individueller oder kollektiver Kunstgriffe, umgesetzter Strategien, um unterschiedliche Interessen der Vertreter der politischen Macht durchzusetzen. Im allgemeinen blieben die individuellen Aktionen, die zu Konflikt und Disqualifizierung führen konnten, eine große Ausnahme. Wie sich in den Gesprächen ergab, wurden sie vor allem von in den 40er oder 50er Jahren ausgebildeten Bibliothekaren realisiert, die aufgrund ihrer hierarchischen Stellung mit bestimmten Befugnissen ausgestattet waren. Während die jüngeren Facharbeiter häufig erwähnen, welchen Spaß sie hatten, wenn sie die Vertreter der Partei durch Umgehen der Direktiven und Regeln „foppten“, bezog sich die Haltung der älteren vor allem auf die Interessen der Institution, sei es auf grundlegende Aufgaben (Verzeichnung der Bestände) oder die materiellen und finanziellen Bedürfnisse der Bibliotheken.

Wenn die Verteidigung von Denkströmungen, die mit dem „real existierenden Sozialismus“ unvereinbar waren, eine wichtige Motivation darstellte, so sind auch die Interessen und Motivationen des Berufsstandes als Körperschaft nicht zu vernachlässigen. In dem Sinne, daß das Um-

gehen der Regel die Gelegenheit bot, die Sachkunde der Fachleute auf bestimmten Sondergebieten hervorzuheben, u.a. bei der Auswahl der Werke und der Einschätzung des Inhalts. Die Mehrheit der Zeugenaussagen orientiert sich überdies an dem Wunsch, den Anteil der kollektiven Logik und vor allem die Existenz eines Konsens zwischen den Facharbeitern zu verdeutlichen. Die Befragten stellen häufig den Gesichtspunkt der Bibliothekarsgemeinschaft („wir“) dem der Parteivertreter gegenüber, um so den Zusammenhalt der Gruppe mit spezifischen Werten zu demonstrieren.

Gegenüber Vorschriften, die als unzulässig betrachtet wurden, bestand eine mögliche Taktik in der Untätigkeit und dem Abwarten einer „Beruhigung“. Die Erfahrung mit Arbeitsplanungen ermöglichte es, auf die Handlungsweisen der Parteivertreter vorzugreifen und Vertrauen in die vergehende Zeit zu legen. Die Bibliothekare kalkulierten u.a. die plötzlichen Umorientierungen ein, die die Behördenpolitik kannte.

Ein anderer Strategietyp, bei weitem der häufigste, lag in der Kunst des Kompromisses. In der bibliographischen und kataloggraphischen Praxis erlaubte es die punktuelle Anerkennung des Prinzips der Parteilichkeit, auf dem Umweg von Registern, Auswahlkarteien oder empfehlenden Bibliographien die traditionelle Vielfalt des Angebots zu erhalten. Guten Willen und Verständnis zeigen hinsichtlich der ideologischen Vorschriften sicherte also den Erhalt einer Art Unabhängigkeit.

Die Probleme, die durch die Nationalbibliographie aufgeworfen wurden, sind in diesem Punkt sehr aufschlußreich. Sie tauchten Anfang der 50er Jahre auf, zu einer Zeit, als die BRD-Verleger, deren guter Wille vom Fortbestehen der rechtmäßigen Archivierung abhing, sich sträubten, ihre Publikationen nach Leipzig zu senden. Wenn die Existenz einer westdeutschen Nationalbibliothek ebenso wie das Fehlen ökonomischer Absatzmärkte dieses Phänomen teilweise erklären, stellen die „Parteilichkeit“ der DDR-Bibliographen und eine lückenhafte Bestandsaufnahme der an die DB geschickten Werke einen weiteren Störfaktor dar.²⁶ Von 1945 bis 1950 wurden 110 Titel „aus politischen Gründen“ aus der Nationalbibliographie ausgeschlossen (darunter befanden sich im wesentlichen Werke über die politische Geschichte und Gegenwart der Länder des Sowjetblocks, aber auch Stücke von Jean-Paul Sartre).²⁷ 1950 wandte sich die Bibliotheksleitung an das Bildungsministerium, um eine Aufhebung der Zensur zu fordern und erzielte offenbar trotz einiger unmittelbarer Restriktionen einen Erfolg:²⁸ Die Verbreitung der Nationalbibliographie wurde auf die großen wissenschaftlichen Bibliotheken der DDR und auf das Ausland beschränkt, während die DB versprach, eine besondere Bibliographie für die restlichen Nutzer einzurichten, die sich ausschließlich auf die ostdeutsche Verlagsproduktion stützte.

Zwei Jahre später war das Problem gleichwohl immer noch gegenwärtig. Der Druck, scheint es, ließ nicht nach,²⁹ und die Vertreter der DB reagierten, indem sie die Bedeutung der Zugeständnisse in der sozialistischen politischen Ordnung unterstrichen. Diese rechtfertigten in ihren Augen die Berücksichtigung von Interessen bibliotheksökonomischer Art:

„Um den in der DDR geltenden politischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, hat die DB auf Veranlassung des Vorläufers des Amtes für Literatur und Verlagswesen³⁰ im vergangenen Jahr die Bibliographie Neuerscheinungen in der DDR geschaffen, die an Stelle der Nabi als Orientierungsmittel für das Gebiet der DDR bestimmt ist und vom 1. Juli 1951 als Beilage zum Börsenblatt für den deutschen Buchhandel (...) erscheint. Seitdem wird die Nationalbibliographie im großen und ganzen nur noch nach Westdeutschland und in das Ausland geliefert, im Bereich der DDR erhalten sie mit Einzelgenehmigung des Amtes für Literatur und Verlagswesen nur Zentralbehörden, wissenschaftliche Bibliotheken und bestimmte wissenschaftliche Buchhandlungen. Damit dürfte wohl den in Betracht kommenden politischen Gesichtspunkten in ausreichender Weise Rechnung getragen sein.“³¹

Schließlich wurde ein „Abkommen“ getroffen, selbst wenn es die Probleme der DB nicht vollständig löste. Titel, die einen klaren Angriff auf die UdSSR und die DDR darstellten, wurden aus der Bibliographie ausgeschlossen,³² ebenso pornographische Werke. Wenn damit auch programmiert war, daß bestimmte Publikationen klar und einfach verdrängt wurden, so waren die Konsequenzen einer solchen Entscheidung manchmal noch überraschender. Im Laufe der Jahre und der folgenden Jahrzehnte bestand eine der von den Bibliographen verfolgten Strategien darin, die Titel in Einklang mit der herrschenden Ideologie zu bringen und die darin enthaltenen *a priori* suspekten Elemente auszumerzen. Für die 50er und 60er Jahre zum Beispiel ergibt sich ein solches Phänomen aus dem Vergleich von Angaben, die in Leipzig und in der westdeutschen Nationalbibliographie Frankfurt gemacht wurden. *Der Aufstand: Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953* (Stuttgart, 1958) erschien in der Leipziger Version unter einer Abkürzung (*Der Aufstand*). Dasselbe geschah mit *Das sowjetische Herrschaftssystem. Der Weg in die Staatssklaverei* (Köln, 1951), das ganz einfach *Das sowjetische Herrschaftssystem* genannt wurde, oder auch *Sprung in die Freiheit... Berichte über die Ursachen, Begleitumstände und Folgen der Massenflucht aus der Sowjetzone* (Troisdorf, 1954), das in *Sprung in die Freiheit...* umgewandelt wurde.³³ In jedem der genannten Fälle ermöglichte es die Auslassung des Untertitels, den Inhalt des Werkes weniger klar und sogar total unverständlich anzugeben.

Die Strategien umfaßten auch den Zugriff auf terminologische „Einteilungen“ und die Notwendigkeit - die die Befragten oft als solche benannten - zum Erreichen ihrer Ziele ein marxistisches Vokabular zu ver-

wenden, selbst wenn die Vorschläge direkt durch „liberale“ Erfahrungen angeregt wurden (das war u.a. der Fall bei der Einführung des freien Zuganges in den Bibliotheken mit öffentlichem Bestand).

Die Argumentationsstrategien konnten sich auch auf die Konvergenz von Berufsinteressen und Interessen der politisch Herrschenden gründen. Dieser letzte Gesichtspunkt spielte beispielsweise für die Erweiterung der Bestände und für die Begründung des Vollständigkeitsprinzips eine Rolle: der Zugang zu Informationen, die so komplett wie möglich waren, konnte als ein Dienst betrachtet werden, den die Bibliothekare der politischen Macht und der Verwaltung leisteten - ein Dienst, der nicht frei von Zweideutigkeit war. Das Wesentliche war hier, wie es scheint, für die Fachleute nicht die Art und Weise, in der man sich ihrer Leistungen bediente, sondern deren Kontinuität und die Tatsache, daß diese Dienste von der Unersetzbarkeit der Fachleute zeugten. Eine solche Logik mußte auch negative Effekte zeitigen, wenn die Bibliothekare implizit in diesen Auseinandersetzungen der politischen Macht wertvolle Instrumente der Kontrolle anboten. Dies gilt zum Beispiel für die Staatssicherheit.

Dabei scheint ungeachtet aller Lücken in den Quellen³⁴ der Schluß zulässig, daß sich die Staatssicherheit nicht besonders für die Frage der Bibliotheken interessiert hat und daß ihr Einfluß hier im allgemeinen begrenzt war. Gewiß wurden die Namen verdächtiger Leser von Fall zu Fall der Stasi mitgeteilt, wenn die verlangten Titel einen „subversiven“ Charakter zu haben schienen,³⁵ und die Aktivitäten, die sich mit der Zensur verbanden, wurden zum Gegenstand einiger Berichte, die allerdings sehr begrenzt blieben.

Demgegenüber spielten die Bibliothekare eine aktive Rolle bei der Identifikation von Informationsquellen, die der Geheimdienst benötigte. Sie konnten unter anderem mit Namen von Forschern dienen, die in westlichen Zeitschriften publizierten.³⁶ Häufiger praktizierten die betroffenen Fachleute eine regelrechte dokumentarische Überwachung für die Stasi. 1973 sind die bibliographischen Hilfsmittel, über die die Deutsche Bücherei verfügte, beispielsweise benutzt worden, um die amerikanischen Veröffentlichungen über die Ostblockstaaten aufzulisten, und die Stasi zeigte sich gleichermaßen interessiert an den Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Bundeswehr.³⁷ 1978 sind es die chinesischen Bücher und Zeitschriften, die ein anderer Angestellter der DB detailliert darstellte.³⁸ Während des Jahres 1978 informiert die Nationalbibliothek die Stasi darüber, daß die Werke bestimmter ostdeutscher Autoren (unter anderem S. Heym, C. Wolf, L. Rathenow) in der BRD oder in der Schweiz veröffentlicht worden sind; ein Pressespiegel aus Artikeln, die im Westen erschienen sind, wird auch zur Verurteilung von R. Bahro erstellt.³⁹

Solche Dienstleistungen erlaubten es der Deutschen Bücherei, paral-

lel auf die Unterstützung der Stasi zurückzugreifen, wenn ihre Interessen durch übergeordnete Behörden berührt waren. Dies war insbesondere in den siebziger Jahren der Fall, als die Betonung der Abgrenzung der beiden deutschen Staaten die Traditionen der Nationalbibliothek in Frage stellte. Sammelpunkt aller Veröffentlichungen in deutscher Sprache zu sein. In einem Bericht von 1975 sind das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen und das „Methodische Zentrum“ direkt ins Visier genommen:

„Gen. X stellte weiterhin das Sammelgebiet der DB in Frage, welches seit ihrer Gründung festliegt. Eine solche Position grenzt schon an Sabotage. Seit der Gründung der DB wurde niemals das Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums angetastet. ... Der Fundus des deutschsprachigen Schrifttums der Welt seit 1913 ist für die Lehre, Forschung und Praxis der DDR sowie für die ideologische Beurteilung des Gegners von unschätzbarem Wert und entstehende Lücken sind nie wieder zu ergänzen.“⁴⁰

Während die dokumentarische Assistenz für die Stasi ohne Zweifel einen extremen Fall darstellt, so konnte die fortschreitende Rehabilitierung des Erbe-Begriffes in einer anderen Hinsicht zur punktuellen Interessentübereinstimmung zwischen der Staatsmacht (die historische Identität der DDR zu begründen) und den Fachleuten führen, die von der hier entstandenen Bresche profitieren sollten, wenn es um die Legitimierung bestimmter Aufgaben ging. Dies war insbesondere beim Gesamtkatalog der Wiegendrucke der Fall, dessen Redaktion bei der Deutschen Staatsbibliothek lag.

Eine dritte Art der Konvergenz betraf die finanziellen Interessen des Staates. Die Deutsche Bücherei zum Beispiel konnte nur durch den kostenlosen Bezug der Werke, die die westlichen Verleger schickten, die Fortsetzung der „pan-germanischen“ Traditionen selbst in einer Zeit erwirken, wo diese nicht mehr auf der Tagesordnung standen. Dokumentarische Notwendigkeiten und der Devisenmangel führten sehr rasch zur Aufnahme von Kontakten mit der Deutschen Bibliothek in Frankfurt, auch wenn diese seit ihrer Gründung als illegitime Konkurrentin bezeichnet wurde.⁴¹ Die beiden Einrichtungen gingen 1965 zum Dublettentausch über und versuchten, ihre Akquisitionspolitik abzustimmen. 1976 unternahm der Direktor der westdeutschen Nationalbibliothek erstmals einen offiziellen Besuch in Leipzig,⁴² der zu bestimmten Abmachungen führte: die DB schickte beispielsweise die Werke des Aufbau-Verlages nach Frankfurt, die der Verlag sich weigerte, nach Westdeutschland zu senden.

Wenn die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen aus Westdeutschland sich auf diese Weise immer stärker im Rahmen der Institutionen vollzog - offenkundiger noch ab 1986 und der Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen den beiden Staaten -, so haben die Interviews

gezeigt, daß bestimmte persönliche Initiativen dem mehr oder weniger heimlich und den übergeordneten Strukturen verborgen, vorangingen. Die verfolgten Ziele waren dabei durchaus verschieden: teilweise ging es um die Aufrechterhaltung rein bibliotheksökonomischer Interessen, die die Verwirklichung internationaler Projekte⁴³ ermöglichen sollten; aber auch die Perspektive einer technischen oder materiellen Unterstützung durch die westdeutschen Partner war nicht zu vernachlässigen.

Ungeachtet der Risiken, die mit solchen Unternehmungen verbunden waren, erschienen die von oben ausgeübten Kontrollen den betroffenen Interviewpartnern als ein vergleichsweise geringes Hindernis im Verhältnis zum Abbruch der ursprünglich aufrechterhaltenen Beziehungen zu den Kollegen aus der BRD. Die Ressourcen, die die Bekanntschaftsnetze und die informellen Beziehungen zum anderen Deutschland boten, erschöpften sich im Laufe der Zeit, als neue Generationen von Bibliothekaren hinzutraten, für die die Einheit des Landes ein vergangenes Kapitel darstellte.

3. Das Ende des Konsens

Die Verhaltensweisen, die hier knapp vorgestellt wurden, gingen häufig - auch in Fällen des Konflikts oder der Dissens - einher mit einer starken Identifikation mit der DDR und ihren Gründungsprinzipien. Die punktuelle Infragestellung der etablierten Ordnung im Namen der Autonomie und der Werte einer Profession war in diesem Sinne nur die Kehrseite eines übergreifenderen Konsens, selbst wenn dieser im Laufe der Zeit allmählich zerbrach.

Die wirtschaftliche Stagnation und spätere Regression führten zu grundlegender Dysfunktionalität, deren Konsequenzen - nach Meinung der Mehrheit der befragten Zeitzeugen - schwerwiegender waren als die der administrativen Restrukturierungen und der ideologischen Vorschriften. Die ersten Zeichen von Verfall und dem Ende des Konsens, der die Nachkriegs-DDR charakterisierte, tauchten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auf: Diese Periode war durch eine Verhärtung gekennzeichnet, in der ganz im Gegensatz zu den fünfziger Jahren die Debatte mit den Herrschenden nicht mehr möglich war, und zugleich durch eine Verschlimmerung der Haushaltslage. Im Ergebnis sank die Kaufkraft der Bibliotheken erheblich.⁴⁴ 1962 fiel der Devisenbetrag, der unter den Bibliotheken verteilt wurde, erstmals unter 10.000,- DM.⁴⁵

Die Forderungen der Fachleute in Budgetfragen rissen sicherlich seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht ab, aber sie intensivierten sich jetzt doch auf spektakuläre Weise. 1961 war für die Bibliothekare die Reduzierung der Mittel für den Ankauf von Periodika mit dem Gefühl ver-

bunden, aller Entscheidungsmöglichkeit enthoben zu sein. So hebt E. Marks hervor:

“Dabei geht es weniger um die Frage des sparsamen Verwendens der Mittel oder um die Einsicht in die politische Notwendigkeit einer eventuellen Kürzung des Kontingents. Vielmehr wird nicht verstanden, wie ohne die Beratung mit den Fachwissenschaftlern von den Haushaltsorganen einfach über den Wegfall der Mittel entschieden wurde. Man erblickt darin einen krassen Widerspruch zu unseren Erklärungen über die nationale Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit in der DDR.”⁴⁶

Die Direktoren der Universitätsbibliotheken protestierten ihrerseits gegen die Erhöhung der Mittel für die Hochschulen, die wiederum die anderen Institutionen schwächte.⁴⁷ Die Position der zentralen Fachbibliotheken wurde in dieser Periode entsprechend den Festlegungen der Bibliotheksverordnung von 1968 gestärkt. Im Sinne einer größeren “Rationalisierung” konzentrierten sie einen bedeutenden Teil der verfügbaren Mittel, insbesondere Devisen für den Ankauf, was sie in eine direkte Konkurrenz mit den großen Forschungsbibliotheken brachte. Dieses Phänomen beförderte die Bildung von Interessengruppen und Koalitionen: seit 1969 trafen sich ungeachtet der ewigen Konkurrenz zwischen beiden Einrichtungen die Direktionen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek, um Druck auf die ministeriellen Instanzen auszuüben. Das erste Treffen war motiviert durch ein Programm des “Methodischen Zentrums”, das nach den Worten der Berichterstatter den besonderen Status der DB und der DSB nicht respektierte und für ihre Integration in DDR-weite Verbände pries.⁴⁸

Alle Forderungen blieben indes ohne den mindesten Effekt, besonders auf dem Gebiet der Ankäufe, und ab 1983 wurden bei Monographien nur noch Bestellungen genehmigt, die westdeutsche Werke betrafen. Für andere geographische Gebiete wurden die Ankäufe vollständig unterbrochen, während die Zuwachsrate nach und nach enorm sank. Während die Zahl der in den nichtsozialistischen Ländern publizierten und von den ostdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken angekauften Werke 1982 noch fast 12.000 betrug, waren es 1984 nur noch 4.800 und 1985 3.470.⁴⁹ In der DSB registriert man bei den ausländischen Eingängen zwischen dem Ende der fünfziger und der Mitte der achtziger Jahre einen Rückgang um 50%.

Es bleibt übrigens darauf hinzuweisen, daß der Geldmangel zu einer gewissen “Drift” führen konnte. So entdeckte das Hochschulministerium 1971, daß einige alte Bestände aus den Universitätsbibliotheken von Rostock, Jena und Greifswald über Antiquariatsbuchhandlungen an neu gegründete westdeutsche Universitätsbibliotheken verkauft worden waren.

Ohne ihn zu unterbrechen, hat der Bau der Mauer den sozialen Aufstieg neuer Generationen gedämpft. Selbst wenn er möglich war, fehlte die Motivation: Eine Verbesserung der Lebensbedingungen war beinahe ausgeschlossen, ebenso wie eine Veränderung der Lage einschließlich der Machtverteilung. Einige Interviewpartner berichteten beispielsweise von ihrer Weigerung, Leitungsposten zu übernehmen, die man ihnen Ende der sechziger oder zu Beginn der siebziger Jahre anbot, mit der Begründung der "individuellen Kosten" einer solchen Karriere: Anpassung an die politische "Mühle", Doppelzüngigkeit, Opportunismus.

In den achtziger Jahren scheint der ostdeutsche Staat ein wiedergewonnenes Interesse an den Institutionen der Bücherverbreitung zu zeigen, ohne daß sich die Arbeitsbedingungen der Bibliothekare dadurch verbesserten. Die Tendenz zum "Rückzug auf sich selbst" erreicht schließlich auch die Eliten, deren politisches Engagement, untrennbar von ihrer beruflichen Entwicklung, in Frage gestellt wird: Der Bezug auf die BRD strukturiert nun die Zeugnisse über eine Periode, in der sogar Forderungen und Kritiken ebenso aus dem Feld des Möglichen verschwunden zu sein scheinen wie das Vertrauen in die ökonomischen Kapazitäten des Landes. Dies betrifft insbesondere die "Aufbaugeneration", die sich seit dem Ende der vierziger Jahre aktiv an der Neustrukturierung und den Versuchen zu einer konzeptionellen Erneuerung des Bibliothekswesens beteiligt hatte. Die Identifikation mit der DDR, die so deutlich ist für diese Menschen, deren Berichte immer wieder mit der Erwähnung des Nazismus beginnen, wird immer problematischer, während die Erfahrung durch eine Gegenüberstellung verschiedener Berufsperioden gekennzeichnet ist.

Bei den anderen Bibliothekaren ist die chronologische Teilung nicht so deutlich: die Erfahrung der DDR ist, wenigstens in ihren beruflichen Aspekten, relativ einheitlich, beinahe linear. Sie zeugt von einer vertraglichen Ordnung, die zunächst auf den Perspektiven basierte, die der sozialistische Staat zum Beispiel auf dem Feld der Karriere bot. Diese Perspektiven erwiesen sich als illusorisch, weil die ökonomische Grundlage fehlte, und so ging man von einer globalen zu einer lokalen Definition des Vertrages über: in den achtziger Jahren waren die einzigen möglichen Regelungsformen informeller Natur, Regelungen zwischen den Individuen. In diesem Rahmen haben sich die Bibliothekare wohl einen Teil Autonomie bewahrt, aber es handelte sich um eine eher "deprimierte" Autonomie, die aus dem Desinteresse der politischen Macht an den Bibliothekaren hervorging.

Parallel zur wirtschaftlichen Krise vergingen im Laufe der Zeit die beruflichen Werte der "Gründergeneration" und der Personen, die bis in die fünfziger und sechziger Jahre eingestellt worden waren: Die "Kunstfer-

tigkeiten" der älteren, die auf dem Kompromiß und den Verhandlungen mit den Repräsentanten der Macht oder, seltener, auf einer Umgehung der Regeln und Arbeit im Verborgenen beruhten, wurden nicht an die jüngeren Berufskollegen weitergegeben. Für die "Kinder der DDR" bildeten die Traditionen nicht mehr so offensichtlich einen mobilisierenden Anhaltspunkt. Zu der Zeit, zu der sie ihre Berufstätigkeit aufnahmen, gehörte das Prestige der Institutionen aufgrund des Mangels an Mitteln zur Legende, und die sozialistischen Spielregeln waren, auch auf der Ebene der Berufsausübung, Bestandteil der herrschenden Lage. Die Benutzung des "Erbes" war bereits in den offiziellen Diskurs eingeordnet worden. Wohl erschienen die Bibliotheken noch als relativ vor der politischen Einflußnahme geschützte "Nischen", ohne daß aber eine Identifikation mit den existierenden Modellen möglich gewesen wäre. Das Ideal der "Neutralität" und des Dienstes an der Allgemeinheit durch die dokumentarische Vermittlung war seinerseits angesichts des strukturellen Auseinanderfallens von Angebot und Nachfrage zum Scheitern verurteilt. Der einzige Manövrierraum für die neuen Generationen bestand in der Möglichkeit, die Privatsphäre zu nutzen und der Arbeit lediglich eine sekundäre Bedeutung zuzumessen.

*Christine Ferret, Dr., ist Bibliothekarin an der
Universitätsbibliothek der Universität Paris VIII,
Aus dem Französischen von Regina Schubert, Leipzig*

Anmerkungen:

¹ Dieser Artikel faßt die Resultate einer Dissertation unter dem Titel „Visages d'une profession: Les bibliothécaires de RDA“, Lyon 1995, 485 S., zusammen.

² Die Umfrage wurde hauptsächlich in folgenden Einrichtungen durchgeführt: Deutsche Bücherei (DB), Deutsche Staatsbibliothek (DSB), Universitätsbibliotheken in Berlin, Greifswald, Leipzig, Sächsische Landesbibliothek. Mit unserer Auswahl gaben wir den Einrichtungen mit langen Traditionen und hundertjähriger Geschichte den Vorzug, deren Anpassung an das sozialistische Umfeld problematischer erschien als bei anderen Bibliotheken.

³ Kaderperspektivplan bis zum Jahre 2000, Bundesarchiv Potsdam, DR3, Nr. 1847, Sch. 2.

⁴ Wir berücksichtigen hier die DB, die DSB, die Universitätsbibliotheken in Berlin, Jena, Leipzig, Greifswald, Halle, Rostock und die Landesbibliothek in Dresden.

⁵ Zu allen diesen Aspekten siehe: Schwarzenbach, R., Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung; ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945-1975), Köln 1976.

⁶ Dies bezieht sich besonders auf eine Übersicht der zwischen 1989 und 1990

eingetretenen Veränderungen in den Bibliotheken und Ausbildungsstätten für Bibliothekare. Diese Übersicht verdeutlicht besonders die „berufliche Kompetenz“ und die „demokratische Legitimation“ der Direktoren. Beim zweiten Aspekt ist am häufigsten die Floskel „genießt Achtung der Belegschaft“ anzutreffen: Bundesarchiv Potsdam, DR3, Nr. 3835.

Die Infragestellung der bestehenden Direktionen war zum Zeitpunkt der „Wende“ selten. Ein Gegenbeispiel von Bedeutung war nichtsdestoweniger die UB in Leipzig.

⁷ Vergleichbares geschah 1949 in der Sächsischen Landesbibliothek: Der neue Direktor, Alfred Fellisch, war vorher (sozialdemokratischer) Minister für Industrie und Transportwesen in der sächsischen Regierung.

⁸ Einschätzung der politisch-ideologischen Lage an der UB Greifswald, 28.4.1971, Hausarchiv der Universitätsbibliothek Greifswald, Nr. A 11/b: 4 (Rektorat 1969ff.)

⁹ Mitteilung von Sektor Bibliothek-Museen an Genossen Minister Böhme, 30.9.1974, Hausarchiv der Sächsischen Landesbibliothek Dresden, Nr. 1.1, 1974-1985.

¹⁰ Kaderperspektivplan bis zum Jahre 2000, Bundesarchiv Potsdam, DR3, Nr. 1847, Sch. 2.

¹¹ Siehe: Spittmann, I. (Hg.), *Die SED in Geschichte und Gegenwart*, Köln 1987, S. 227 ff.

¹² Kimmel, Martina, *Untersuchungen zur Zusammensetzung der Studentenschaft an der Berliner Fachschule in der Grundstudienrichtung Bibliothekswesen* (Abschlußarbeit), Berlin (Fachschule für wissenschaftliche Information und wissenschaftliches Bibliothekswesen) 1982 (NfD).

Die vom Autor zitierten Zahlenangaben entstammen Studentenakten. Die verwendete Typologie entspricht dem in der DDR üblichen Gebrauch. Die „Intelligenz“ ist durch ihre „immaterielle“ Tätigkeit und ihr Bildungsniveau, Universitäts- oder Hochschulabschluß, gekennzeichnet, während die Kategorie der Arbeiter einen viel unbestimmteren Bereich meint, der die im produktiven Sektor, aber auch die in Staatsapparat und Partei Tätigen umfaßt.

¹³ Die Forschungen von Lutz Niethammer Anfang 1987 über das spezielle Alltagsleben in den Industriegebieten der DDR zeigen dagegen, daß bei der ausgewählten Testgruppe und bei langfristiger Perspektive unter Berücksichtigung der aufeinanderfolgenden Arbeitergenerationen eine Minderheit der Männer und eine Mehrheit der Frauen keinerlei sichtbare Beförderung, weder politisch noch beruflich, erfahren haben, selbst wenn die Fälle von Abstieg auf der sozialen Stufenleiter übrigens sehr selten sind. Siehe: Niethammer, L., *Approcher le changement. A la recherche du vécu sociale populaire spécifique dans la province industrielle de la RDA*, in: Lüdtko, A., *Histoire du quotidien*, Paris 1994, S. 266-329, bes. S. 326. (deutsch: *Alltagsgeschichte*, Frankfurt a. M. 1989)

¹⁴ Siehe hierzu: Plato, A. von, *Les Allemandes. Le problème des réorientations politiques en 1945 und 1989, Allemagne d'aujourd'hui*, April-Juni 1995, S. 150-166.

¹⁵ Besonders in bezug auf die letztgenannte Privatsphäre beschreibt Günter Gaus

die ostdeutsche Gesellschaft als „Nischengesellschaft“. Siehe: *Wo Deutschland liegt: eine Ortsbestimmung*, München 1987, S. 115-169. Die Metapher einer „Insel“ wird von den Bibliothekaren ebenfalls verwendet.

¹⁶ B, Burgemeister an: Ministerium für Bildung und Wissenschaft, 29.5.1990, Hausarchiv der Sächsischen Landesbibliothek Dresden, Nr. 1.1.

¹⁷ Diese unterschiedlichen Tendenzen gehen insbesondere aus einer Serie von Inspektionen hervor, die die Dienststellen des Ministeriums für Hochschulwesen nach ihrer Gründung 1951 durchführten. Hinsichtlich der Zensur bezeugen andere Quellen dabei nicht weniger den Übereifer, der durch die Unbestimmtheit der Instruktionen hervorgerufen wurde. Das betraf u. a. den allgemeinen Buchbestand nach Verkündung der *Richtlinie zur Verbesserung des Buchbestandes der Massenbibliotheken* 1952, die zum Kampf gegen den Pazifismus aufruft. Siehe zu diesem Punkt: De Bruyn, G., *Der neue Kurs und die Bibliotheksarbeit, Der Bibliothekar*, 1953, H. 12, S. 870.

¹⁸ Hausarchiv der Universität Greifswald, UB-Bestand, Nr. 38.

¹⁹ SED, Abt. Volksbildung und Kultur an: Paul Wandel, 25.03.1957, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), IV-2/9.047-689, S. 58.

²⁰ 3. Oktober 1958, Hausarchiv der Sächsischen Landesbibliothek Dresden, Nr. 1.1. (1951-1958).

²¹ Das Staatssekretariat an die Direktoren der Universitätsbibliotheken, 20.5.1959 und Brief von Julius Halpern, 15.6.1959, Hausarchiv der Universitätsbibliothek Greifswald, Nr. A 10a.

²² Eine allgemeine Darstellung dieses Aspektes in: Bleek, W., Mertens, L., *DDR-Dissertationen: Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994.

²³ Memorandum zur Sofortlösung von Problemen der Beschaffung von Hochschulschriften aus der BRD und aus West-Berlin für die DDR, Bundesarchiv Potsdam, DR3, Nr. 1850, Sch. 2. Dieser Text war - über H. Röttsch, den Direktor der DB, als Vermittler - an H. J. Böhme gerichtet, den Minister für Hochschulwesen 1970 bis 1989.

²⁴ Nach Berechnungen von Bleek und Mertens für die DB betrafen die Verbote 16,6 % der ostdeutschen Doktorarbeiten, die zwischen 1978 und 1987 eingingen. Die Bibliothekare fanden sich damit ab, diese Verbote zu „verwalten“, ohne irgendeine Entscheidungsvollmacht zu besitzen. Die Zensur konnte dennoch im Laufe der Jahre, wenn die Information überholt war, aufgehoben werden.

²⁵ Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 811/1 (Brief von H. Röttsch, 30.11.1978)

²⁶ Denkschrift, betreffend die „Deutsche Nationalbibliographie“ und die bei der DB bestehende Krise, 2.4.1952, Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 152/1/6.1951 waren es 4000 Werke, die in Frankfurt aufgenommen und von der DB nicht berücksichtigt wurden.

²⁷ An das Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen, 14.11.1950, Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 558/0.

²⁸ Die Notwendigkeit, sämtliche deutschsprachigen Neuerscheinungen in der „Deutschen Nationalbibliographie“ anzuzeigen, 18.09.1950, Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 558/0.

²⁹ Die „bourgeoisen“ Handhabungen Heinrich Uhlendahls wurden seinerzeit von der SED-Gruppe der DB heftig bekämpft.

³⁰ Gemeint ist der kulturelle Beirat.

³¹ Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 152/1/6. Diese Bemerkungen waren an Gerhard Harig, Staatssekretär für Hochschulwesen von 1951 bis 1957, gerichtet.

³² „Von der Verzeichnung sollen lediglich jene Schriften ausgenommen werden, deren Titel eine Hetze gegen die UdSSR und die DDR ausdrücken“, Niederschrift über die Besprechung im Staatssekretariat für Hochschulwesen am 2. und 3. Mai 1952, Leipzig, 7.5.1952, Hausarchiv der Deutschen Bücherei, Nr. 152/1/6.

³³ Zitiert nach: Rühle, G., Ist die Leipziger Bibliographie objektiv oder „parteilich“?, Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Frankfurter Ausgabe), Nr. 30, 11. April 1963, S. 581-585.

³⁴ Nach Auskunft der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit hat diese Behörde die Unterlagen über die Bibliotheken nicht systematisch erfaßt. Lediglich die Konsultation einiger auf persönliche Fälle bezogener Dossiers war demzufolge möglich.

³⁵ Dies war zum Beispiel der Fall in der Deutschen Bücherei, als ein Leser das Buch „Die Alternative“ von Bahro lesen wollte, ohne die offiziellen Wege gegangen zu sein und ohne daß ihn seine Funktion dafür qualifiziert hätte. Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv (BStU-ZA), AIM 5329/92, Bd. 3/1.

³⁶ Dies war eines der Motive für die Stasi bei der Rekrutierung des IM „Peter Bauer“, der an der Bibliothek der Bergakademie Freiberg beschäftigt war: „Die Nutzung des Kandidats erfolgt ... zum Herausfinden von Veröffentlichungen von DDR-Wissenschaftlern in Zeitungen und Zeitschriften des kapitalistischen Auslands“, Dienststelle Freiberg, 6.6.1970, BStU-ZA, AIM 15412/91, S. 17.

³⁷ Bericht vom 16. Mai 1973, BStU-ZA, AIM 1003/91, Bd. III, S. 246ff.

³⁸ „Reinhard“: Bericht über den Komplex „Chinaliteratur“ und ihr Geschäftsgang in der deutschen Bücherei Leipzig, BStU-ZA, AIM 5329/92, Bd. II, S. 170ff.

³⁹ BStU-ZA, AIM 5329/92.

⁴⁰ IM-Bericht, 1975, BStU-ZA, AIM 5329/92, S. 313. Späterhin, besonders in den achtziger Jahren, sind es vor allem die finanziellen Schwierigkeiten der Bibliotheken, die in die Berichte eingehen.

⁴¹ Vgl. G. Rost, „... Was die Mode streng geteilt“, in: *Börsenblatt*, 4.9.1992, S. 15. Nach diesem Zeugnis wurde die Kooperation zwischen den beiden Bibliotheken zuerst unter der Bedingung toleriert, daß sie nicht publik würde. Für die Nationalbibliographie konnte indes keine Übereinkunft gefunden werden - in diesem Punkt blieben die Institutionen ungleiche Konkurrenten, wenn man sich den Unterschied in ihrer technischen Ausstattung vor Augen hält. G. Rost ist

übrigens auch Autor einer humorvollen Broschüre über die Geschichte der beiden Nationalbibliotheken und ihres Verhältnisses: *Die Moritat von den beiden Schwestern, die der Zeitgeist zerrüttete und dann wieder kittete*, Leipzig 1992.

⁴² Diese Initiative war auf ostdeutscher Seite von einer regelrechten politischen Krise begleitet: das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen stellte sich einer solchen Visite entgegen, die es für politisch kompromittierend hielt, und begab sich damit in einen Konflikt mit dem Zentralkomitee der SED, in dem die Verantwortlichen der DB Unterstützung gefunden hatten. Diese „Episode“ ist in einem Vorgang der Staatssicherheit dokumentiert: BStU-ZA, AIM 5329/92, S. 15.

⁴³ Man kann als Beispiel das Projekt der Katalogisierung der deutschen orientalischen Handschriften erwähnen, das 1956 gestartet wurde. Nach dem Bau der Mauer zog sich die DDR daraus zurück; gleichwohl wurden weiterhin einzelne Handschriften heimlich in den Westen gegeben, um dort katalogisiert zu werden.

⁴⁴ Der Verfall begann 1955. 1958 verringerte das Kulturministerium das Gesamtbudget für den Ankauf ausländischer Literatur um 14%, und die Bestellungen in die nichtsozialistischen Länder gingen um durchschnittlich 35% zurück. Wenn auch die *Allgemeinbibliotheken* kaum von dieser Frage der Kontingente betroffen sind, läßt sich doch auch für diesen Typ von Einrichtungen seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein Rückgang der Budgets feststellen: 3,9 Millionen Mark standen ihnen 1954 zur Verfügung, 2,9 Millionen 1956.

⁴⁵ Bundesarchiv Potsdam, DR I, no 1411.

⁴⁶ Staatssekretariat: Sektor wissenschaftliche Bibliotheken, E. Marks an Genossen Herder, 24.5.1961; Betr.: Versteigerungsmittel für die DSB, Bundesarchiv Postdam, DR 3, no 5446, Sch. 1

⁴⁷ Hausarchiv der Universitätsbibliothek Greifswald, no A 10/d.

⁴⁸ Protokolle DB/DSB, Hausarchiv der DB, Nr. 811/1.

⁴⁹ Bundesarchiv Postdam, DR 304, no 187.

Deutsches Bibliotheksinstitut Eine Einrichtung für alle Bibliotheken

Marion Schmidt
Berlin

Vorab: Der Schreibauftrag lautete, die Rolle des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI) für die neuen Bundesländer darzustellen. Doch dazu muß erst einmal die Rolle des DBI für die deutschen Bibliotheken überhaupt erläutert werden. Wo es nennens-

werte Ost-West-Unterschiede gibt, werden sie erwähnt. Ansonsten ist das DBI - knapp 20 Jahre nach seiner Gründung und gut fünf Jahre nach der Erweiterung seiner Zuständigkeit - ein gesamtdeutsches Institut, das viel mehr Gemeinsamkeit praktiziert, als es aus Sicht der Westdeutschen oder der Ostdeutschen vorstellbar ist. Aber das DBI hat seinen Sitz in Berlin, und in dieser Stadt unterscheidet man inzwischen nur noch selten zwischen hüben und drüben, weil es überall nur noch runter geht mit den Etats für Kultur und Wissenschaft.

Einsteiger-Info

Das Deutsche Bibliotheksinstitut (DBI) ist die gemeinsame Einrichtung der Länder und des Bundes für Dienstleistungen, anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung im Bibliothekswesen. Es wurde 1978 gegründet, "wohnt" in Berlin und hat derzeit gut 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Angebotspalette des DBI reicht von Beratungsdiensten zu vielen bibliothekarischen Arbeitsgebieten, EDV-Dienstleistungen und Verbundsysteme über Fortbildungen, Publikationen, Projektbetreuung bis zur Koordination und Förderung nationaler und internationaler Kontakte und Kooperationsvorhaben. Diese Angebote konzipiert und realisiert das DBI in enger Zusammenarbeit mit der bibliotheksrelevanten Forschung einerseits und der bibliothekarischen Praxis andererseits. Alle Angebote werden möglichst spartenübergreifend entwickelt, so daß sie öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken gleichermaßen nutzen können. Und sie werden überregional angeboten, d.h. die Berliner Bibliotheken profitieren zwar von kurzen Informationswegen, erhalten aber keine speziell für ihre Belange konzipierten Dienstleistungen. Zielgruppen des DBI sind nämlich qua Gesetz alle Arten von Bibliotheken und deren Träger, Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter sowie regionale und überregionale bibliothekarische Einrichtungen und weitere Institutionen und Personen, die für das Bibliothekswesen wichtig sind.¹

Funktion des DBI für das Bibliothekswesen

Als das DBI 1978 in Berlin gegründet wurde, bestand im westdeutschen Bibliothekswesen eigentlich kein Mangel an überregionalen Infrastruktureinrichtungen. Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main war und ist nationale Archivbibliothek, die das deutschsprachige Schriftgut sammelt und die deutsche Nationalbibliographie sowie weitere überregionale Nachweisinstrumente herausgibt. Die Staatsbibliothek zu Berlin fungiert - wie die Bayerische Staatsbibliothek in München - als Clearingstelle für den Leihverkehr, und ist wesentlich beteiligt an elektronisch geführten Normdateien und Zentralkatalogen. Die Zentralen Fachbibliotheken vertiefen die wissenschaftlichen Literatursammlungen und bieten EDV-technisch möglichst optimal erschlossene Recherche- und Bestellsysteme. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert neben vielen einzelnen Pilotprojekten und Modellversuchen vor allem den deutschen Leihverkehr, indem sie den Aufbau der sogenannten Sondersammelgebiete unterstützt. In den regionalen bibliothekarischen Verbundzentralen werden die Bestände der wissenschaftlichen und zunehmend auch öffentlichen Bibliotheken in EDV-Katalogen zusammengeführt und für die kooperative Nutzung aufbereitet. Die öffentlichen Bibliotheken, in denen die DV-Technik auch heute noch nicht für eine großflächige Vernetzung ausgebaut ist, haben mit der Lektoratskooperation und den staatlichen Fachstellen überregional relevante Einrichtungen, in denen gemeinsame Aufgaben zentralisiert oder zumindest koordiniert werden. Die Einkaufszentrale für Bibliotheken, ein staatlich getragenes Wirtschaftsunternehmen, organisiert und verkauft vom Regal über die Buchbindung bis zum Werbeplakat im Prinzip alles, woraus eine Bibliothek materiell besteht. Etliche Personalverbände bieten ihren Mitgliedern Informationsdienste und Arbeitsgremien, vertreten gemeinsame Berufsinteressen gegenüber den Unterhaltsträgern und der Öffentlichkeit und befassen sich mit den künftigen Anforderungen an den Beruf. Ein Institutionenverband, dem die meisten deutschen Bibliotheken und bibliothekarischen Einrichtungen angehören, nimmt ähnlich programmatische und bibliothekspolitische Aufgaben wahr. Dann gibt es noch die Deutsche Literaturkonferenz, die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB, seit 1989), die Fachhochschulen für Bibliotheksausbildung, einen Lehrstuhl für Bibliothekswissenschaften, etliche Arbeitsgemeinschaften...

Nahezu alle diese Einrichtungen und Organisationen agierten auch schon in den 70er Jahren für Bibliotheken, ihr Personal, ihre Nutzer, für Erhalt, Ausbau und Weiterentwicklung des Bibliothekswesens. Zusätzlich gab es in Berlin noch zwei Arbeitsstellen: eine für öffentliche Bibliotheken, die vor allem bibliotheksorganisatorische und konventionell-bibliothekarische Hilfen erarbeitete und vermittelte, und eine für wissenschaftliche Bibliotheken, die die elektronische Datenverarbeitung für die Verwaltung von Katalogdaten testete und entwickelte.

Doch gerade in dieser Vielfältigkeit lag ein großes Problem des westdeutschen Bibliothekswesens: Zu viele Aufgaben wurden parallel wahrgenommen, zu viele Projekte konnten nicht vorangetrieben werden, weil der einzelnen Organisation die erforderlichen Mittel fehlten. Um der Gefahr weiterer Zersplitterung zu begegnen und den Einsatz staatlicher Mittel effizienter zu gestalten, wurden nach neuen Wegen gesucht, überregionale bibliothekarische Sachaufgaben rationalisieren, zusammenzufassen und ausbauen zu können. Mitte der 70er Jahre legte eine Arbeitsgruppe, die die Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) und die Finanzministerkonferenz der Länder eingesetzt hatte, erste Planungsvorschläge für ein Deutsches Bibliotheksinstitut vor. 1975 erhielt der Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst die Federführung zur Gründung des DBI. Der Standort Berlin wurde gewählt, weil dort die beiden Arbeitsstellen, aus denen die Neugründung hervorgehen sollte, angesiedelt waren. Außerdem wurde von dem neuen, kulturell überregional bedeutsamen Institut erwartet, daß es die Attraktivität der Inselstadt erhöhen würde, ohne Proteste aus Ostberlin auszulösen, wie es bei Ansiedlung politischer Institutionen unweigerlich geschehen wäre.

Verortung des DBI in der Kulturadministration

Neben inhaltliche Erwartungen mußten auch organisatorische Fragen geklärt werden, die die kulturpolitische Positionierung des Instituts aufwirft: Innovative Forschungsaufgaben mit gesamtstaatlicher Relevanz gehören ins Bundesressort, während die Entwicklung, Normierung und Einführung bibliothekarischer Systeme und Verfahren, wofür das DBI laut Gründungsgesetz zuständig ist, die kulturelle Staatshoheit der Länder sowie die kommunale Selbstverwaltung tangieren. Für beide Seiten dieses Problems, die Frage der Finanzierung und die der organisatorischen Einbindung in die föderale Kulturlandschaft, konnten Lösungen gefunden werden, die bis heute funktionieren.

Wie andere "freie", also nicht universitäre Forschungseinrichtungen wurde das DBI als Serviceeinrichtung für die Forschung in die Wis-

senschaftsgemeinschaft "Blaue Liste" aufgenommen, deren Mitglieder von Bund und Ländern nach jeweils definierten Schlüsseln gemeinsam finanziert werden. Im DBI betragen der Bundesanteil 30% und der Länderanteil 70%. Im Gründungsjahr lag der Gesamtetat des DBI mit damals 54 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 5,8 Mio. DM, 1996 hatte das DBI 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verfügte über 16,5 Mio. DM Gesamtetat.

Ebenso wie die Finanzstruktur ist auch die Organisationsstruktur des DBI in seinem Gründungsgesetz definiert. Wie schon gesagt dient das DBI allen Bibliotheken, unabhängig davon, ob es sich um Bundes-, Länder- oder kommunale Einrichtungen handelt. Und es soll seine Angebote in enger Verbindung zu den Erfordernissen der Praxis und den Erkenntnissen der Forschung entwickeln. Das DBI-Gesetz trägt diesen Ansprüchen Rechnung, indem es eine sehr kooperative Gremienstruktur vorschreibt.

Oberstes Organ des DBI ist sein Kuratorium, das die Richtlinien für die Durchführung der Aufgaben erläßt und die Tätigkeit des Direktors überwacht. Das Kuratorium besteht aus fünf Vertretern der Länder, vier Vertretern des Bundes, zwei von der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände benannten Vertretern, einem Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, zwei vom Institutionenverband entsandten Vertretern des öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliothekswesens und dem Vorsitzenden des DBI-Fachbeirates. In dieser Zusammensetzung repräsentiert das Kuratorium sowohl die Unterhaltsträger des DBI, die den Etat des Instituts finanzieren, als auch die Träger der unterschiedlichen Bibliotheksformen, die letztlich die von den Bibliotheken genutzten Produkte des DBI bezahlen müssen. Bisher sind die neuen Länder im DBI-Kuratorium nur mit einer Stimme vertreten, was aber daran liegt, daß sie zunächst von ihrer Zahlungspflicht zur Forschungsförderung befreit waren.

Fachliche Vernetzung

Das zweite Entscheidungsgremium ist der Fachbeirat, dem 15 vom Kuratorium bestellt Bibliotheksfachleute angehören. Es berät den Direktor und das Kuratorium in allen fachlichen Angelegenheiten. Durch den Fachbeirat kann das Bibliothekswesen tatsächlich Lobbyarbeit gegenüber dem Institut betreiben; hier können neue Institutsaufgaben lanciert, Fehleinschätzungen korrigiert oder auch zu offensive Projektideen gebremst werden.

Unmittelbar nach der Wende hatte der Fachbeirat sich durch einer Art Hospitationsregelung kurzfristig verdoppelt: Leitende Bibliotheka-

re der neuen Bundesländer konnten zunächst einen Schnupperkurs in westdeutscher Gremienarbeit absolvieren, bis sie bei der dann folgenden Fachbeiratswahl kandidieren konnten. Heute kommt ein Drittel der Fachbeiräte aus den neuen Bundesländern.

Während Fachbeirat und Kuratorium zum Überbau des Instituts zählen, gibt es zwei weitere, im DBI-Gesetz vorgesehene Kooperationsformen, die den Bezug zur beruflichen Praxis sichern. Da ist zunächst die Möglichkeit, gesondert finanzierte Projekte zu organisieren, deren Ergebnisse dem gesamten Bibliothekswesen zugänglich zu machen sind. Die meisten Projekte des DBI wurden vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) gefördert; ebenso wichtiger Förderer zur Finanzierung bewährter Langzeitprojekte ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) wurde eher selten beansprucht. Heute sind es vor allem das neue Großministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) und die Europäische Union, bei denen das DBI Gelder für innovative Bibliotheksprojekte zu akquirieren sucht. Insgesamt hat das DBI seit seiner Gründung gut 80 Projekte betreut, die meistens von wissenschaftlichen Projektmitarbeitern in den einzelnen Partnerbibliotheken durchgeführt werden, während das DBI Ablauforganisation, Auswertung und Veröffentlichung der Projektergebnisse übernimmt.

Das vierte, im DBI-Gesetz genannte Kooperationsinstrument sind die Kommissionen des DBI, von denen es zur Zeit acht gibt. Sie werden vom Fachbeirat mit kompetenten Vertretern aus der bibliothekarischen Praxis besetzt und übernehmen zu Beginn ihrer Amtsperiode relativ konkrete Aufgaben, die sie als ehrenamtliche Tätigkeit zum Nutzen des gesamten Bibliothekswesen verrichten. Für befristete und einmalige Koordinierungsaufgaben können zusätzlich Expertengruppen oder Round Table eingerichtet werden. Mitgliedschaft in einer DBI-Kommission bedeutet für die berufenen Bibliothekarinnen und Bibliothekare zwar eine erhebliche berufliche Mehrbelastung, gereicht ihnen aber auch zur Ehre und nutzt mancher Karriere.

Neben diesen "verordneten" Gremien gibt es noch viele andere Arbeitsgemeinschaften, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DBI aktiv oder beratend teilnehmen. Wenn man jetzt noch die Fachtagungen und zahlreichen Fortbildungsseminare bedenkt, die das DBI im Laufe eines Jahres informierend und moderierend besucht, läßt sich leicht ausrechnen, daß die Reisekosten des Instituts und seiner Gremienmitglieder einen beachtenswerten Ausgabenposten darstellen. Und man mag sich fragen, ob dies nicht alles einfacher und preiswerter zu haben ist.

Handlungsgrundsätze

Reisen bildet. Es bildet im Bibliothekswesens tragfähige überregionale Arbeitsbeziehungen, die vor allem durch regelmäßige, persönliche Kontakte herzustellen und zu pflegen sind.

Schon als man das DBI gründete, war klar, daß die angestrebte überregionale Ressourcenbündelung und Arbeitsteilung nur dann zu realisieren sind, wenn Organisation und Aufgabenplanung des Instituts der föderalen Struktur des Bibliothekswesens entsprechen. Während in der zentralistisch aufgebauten DDR allgemeingültige Planungsdaten von "oben nach unten durchgestellt" und allen Bibliotheken die jeweils angestrebten Leistungsstandards verordnet werden konnten, erforderte das bundesdeutsche Bibliothekswesen, die Kulturhoheit der Länder und die kommunale Selbstverwaltung zu beachten und die Träger und Nutznießer des Instituts in die Planung und Entwicklung zentral erstellter Angebote einzubeziehen. In diesem Grundsatz bestand der wesentliche Unterschied zwischen dem DBI und seinen Paralleleinrichtungen der ehemaligen DDR, die als nachgeordnete Behörden der Ministerien für Kultur und für Wissenschaft staatliche Steuerungsfunktionen wahrnehmen konnten.

Da dem DBI der inhaltliche Eingriff in die föderalen und kommunalen Selbstbestimmungsrechte verwehrt ist und es den Bibliotheken die Nutzung seiner Angebote nicht vorschreiben kann, muß das Institut die von ihm erwarteten Innovations- und Integrationsleistungen allein durch die Qualität seiner Arbeit realisieren. Sein Erfolg bemißt sich daran, inwieweit die vorgesehenen Zielgruppen die Beratungsinhalte, die intendierten Projektergebnisse und die Dienstleistungsangebote als nutzbringend annehmen und die Träger des Bibliothekswesens die Leistungen des DBI weiterhin finanzieren. Um seine Angebote praxisgerecht zu planen und zu überprüfen, muß das Institut regelmäßig die Experten in den Bibliotheken konsultieren und den kontinuierlichen Informations- und Interessenaustausch mit ihnen suchen und pflegen.

Quantität und Qualität

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) - die übrigens auch im DBI erstellt wird - zählt für das Jahr 1995 insgesamt 15.351 Bibliotheken in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft. 28.813 Menschen arbeiten dort, erwerben, erschließen und vermitteln 373,2 Mio. sogenannte Medieneinheiten, also Bücher, Zeitschriften, Disketten, CD-Roms, Landkarten usw.

Wer die Leistungsfähigkeit dieses "ideellen Großkonzerns" unter-

stützen will, kann das nur mit standardisierten Angeboten tun. Ob es sich um bibliothekarische Regelwerke, um Arbeitshilfen zum Bestandsaufbau oder zur Personalbemessung, zum Einsatz und zur Nutzung von kleinen und großen Computern, Datenbanken, Softwareprogrammen handelt, ob es um Probleme bei Bau, Ausstattung und Erhaltung von Bibliotheksgebäuden geht oder ob Informationen zur traditionellen Bibliotheksverwaltung oder zum modernen Bibliotheksmanagement nachgefragt werden - alle Dienstleistungen und Beratungsinhalte können nur in relativ allgemeingültiger Version erstellt und vermittelt werden, um von einer möglichst breiten Nutzerschaft angenommen zu werden. Angebote mit "Breitenwirkung" sind z.B. die Zeitschrift "Bibliotheksdienst", die mit knapp 5.000 Abonnenten republikweit gelesen wird und das Regelwerk zur alphabetischen Katalogisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken, ein umfangreiches und unerlässliches Nachschlagewerk für die Herstellung von "astreinen" Katalogkarten, das das DBI knapp 6.500 Mal verkauft hat.

Ebenso verbreitet ist die Zeitschriftendatenbank (ZDB), ein nationales Katalogisierungs- und Nachweisinstrument für fortlaufende Sammelwerke, an dessen Aufbau 100 Bibliotheken aus inzwischen allen Bundesländern teilnehmen. Für den Online-Zugriff, der das Kopieren vorhandener Datensätze erlaubt, sind 600 Geräte zugelassen. Als Recherchequelle kann die ZDB in so unterschiedlichen Ausgabeformen genutzt werden, daß die Zahl der Endverbraucher kaum exakt zu berechnen ist. Jährlich werden über 500 Einzelverzeichnisse erstellt sowie 400 Mikrofiche- und knapp 800 CD-Rom-Ausgaben verkauft. Zusätzlich erreicht die Online-Datenbank der ZDB einen Nutzungsgrad von über 60.000 Einschaltstunden im Jahr; eine Auslastung, die unter den bibliothekarischen Datenbanken des DBI nur noch von der Online-Version des Verbundkatalogs maschinenlesbarer Katalogdaten mit über 100.000 Einschaltstunden übertroffen wird.

Das DBI muß aber kleinere Einheiten produzieren. Eine broschiierte Arbeitshilfe zur Ausstattung von Hochschulbibliotheken wurde 164 Mal verkauft - eine Miniaufgabe, gewiß, aber da es ins Deutschland neben den 79 Universitätsbibliotheken nur noch 160 Hochschulbibliotheken gibt, ist der Markt eigentlich gesättigt. Auch die Arbeitshilfe für die sogenannten "One-Person Libraries", jene wissenschaftlichen Spezialbibliotheken, die eine einzelne Fachkraft betreut, erreichte "nur" eine verkaufte Auflage von 386 Exemplaren. Das entspricht einer Streuung in jede dritte wissenschaftliche Spezialbibliothek, womit die meisten Einpersonen-Bibliotheken erreicht sein dürften. Publikationen, die sich ausschließlich an ostdeutsche Bibliotheken richteten, haben sich inzwischen als allseitig nachgefragt herausgestellt: die Zeitschrift "Bi-

bliotheksInfo", eine Nachfolgepublikation eingestellter Ost-Zeitschriften, ist heute genauso bundesweit verbreitet wie eine Arbeitshilfe zur Renovierung von Bibliotheksaltbauten.

Natürlich sind die gedruckten und maschinenlesbaren Publikationen nur ein Weg, auf dem das DBI sein akkumuliertes Wissen der Berufsöffentlichkeit anbietet. Einzelanfragen werden nach wie vor individuell beantwortet. Dabei achtet das DBI jedoch immer darauf, langfristige und künftige Aufgaben und Probleme der Bibliotheken zu erkennen, richtig einzuschätzen und die erforderlichen Instrumentarien für deren Bewältigung vorzubereiten bzw. bereitzuhalten. Vielfach vermitteln die Experten des DBI ihr Wissen zunächst in den zuständigen Arbeitskreisen und Gremien. Bei fortdauernder oder erhöhter Nachfrage werden ausführlichere Fachvorträge formuliert, die im weiteren zu kompletten Fortbildungsseminaren ausgearbeitet werden können. In den Jahren unmittelbar nach der Wende hatte das DBI, um dem großen Fortbildungsbedarf der neuen Bundesländer entsprechen zu können, sein Seminarangebot dank zusätzlicher Fördermittel nahezu verdoppelt. Über 2.000 Bibliothekarinnen und Bibliothekare besuchten jährlich diese vom DBI organisierten oder finanzierten Seminare. Inzwischen liegt die Teilnahmefrequenz wieder auf "Vorwende-Niveau" und Proporzprobleme bestehen nicht zwischen Ost- und Westteilnehmern, sondern zwischen fortbildungsaufgeschlossenen Frauen und den unterrepräsentierten Männern, die es wohl nicht nötig haben, ihre Kenntnisse regelmäßig aufzufrischen.

Keine Ost-West-Probleme?

Beginn 1990, fast unmittelbar nach Maueröffnung und nachdem die ersten ostberliner Bibliothekare schon die Publikationsabteilung und die Fachbibliothek des DBI ausführlich begutachtet hatten, nahm das DBI offiziellen Kontakt zu seinen Parallel-Einrichtungen der DDR auf. Das Zentralinstitut für Bibliothekswesen, das für die öffentlichen Bibliotheken der DDR zuständig war, hatte damals gut 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken etwa 20. Zusammen waren diese beiden Einrichtungen also größer als das DBI, das damals 86 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigte. In diesen ersten Monaten herrschte Ausnahmezustand: Alte, vom Westen teilweise schon vergessene Publikationen mußten nachgedruckt werden, Bibliothekspartnerschaften wurden organisiert, Buchspendenaktionen angeregt und unterstützt, eine deutsch-deutsche Arbeitsgruppe zur Anpassung des Bibliothekswesens mit etlichen Unterausschüssen und Neben-AGs ergriff das DBI als Geschäftsstelle, ein

gewaltiges Lehrmittelprojekt mit Bonner Geldern und weiteren Stiftungsmitteln wurde vom DBI aus abgewickelt, und die DBI-Leute erleben, wie "abwickeln" zum Unwort wurde, obwohl das Projekt so erfolgreich war.

Im gleichen Tempo, in dem sich die deutsche Vereinigung vollzog, bereitete eine gemeinsame Arbeitsgruppen der drei Institute die Aufgaben- und Organisationsplanung für ein vereintes Bibliotheksinstitut vor. Dabei bot sich als praktikabelste Lösung an, die gesetzliche Grundlage des DBI für dieses neue gesamtdeutsche Institut zu übernehmen. Das DBI beantragte also bei seinen Unterhaltsträgern einen erheblich erweiterten Stellenplan. Das zusätzlich beantragte Personal sollte die Dienstleistungskapazität für die Bibliotheken der neuen Bundesländer sichern. Zudem wurde die bisherige Aufgabenverteilung den aktuellen Erfordernissen und teilweise noch unbefriedigten Nachfragen des westdeutschen Bibliothekswesens angepaßt, um das DBI personell für alle Aufgaben und Herausforderungen der 90er Jahre zu wappnen.

Ende 1991 wurden die beantragten 43 unbefristeten und 13 befristeten zusätzlichen Stellen genehmigt und die beiden Parallel-Einrichtungen der ehemaligen DDR aufgelöst. Für das DBI begann ein intensiver Lernprozeß.

Das DBI in zwei, drei oder vier Häusern

Fast alle "neuen" Stellen konnten mit dem Personal der Osteinrichtungen besetzt werden. Wo Kompetenz oder Lernbereitschaft nicht ausreichten, wurden zunächst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern gesucht. Und die dann verbliebenen Stellen wurden mit Westpersonal besetzt. Die Ost-West-Durchmischung lag dadurch bei über 30%. In nahezu sämtlichen Arbeitsgebieten saßen Ost- und West-Experten beisammen und mußten sich über die gemeinsamen Aufgaben verständigen. Manchmal ging die Annäherung sehr schnell, manchmal muß man sich noch heute die Weltsicht durchbuchstabieren. Doch haben solche Störungen des Selbstverständlichen ihr Positives, indem sie Begründungen und Erklärungen erzwingen. Auf jeden Fall hat sich das DBI im Lauf der letzten fünf Jahre zu *einem* Institut verdichtet, dessen interne Zäsuren entlang von Alterslinien, Berufsgrenzen, Funktionstrennungen und Sozialisierungserfahrungen verlaufen - wie in jedem anderen Betrieb eben auch.

Das Personal des erweiterten DBI mußte zunächst auf zwei Dienstgebäude verteilt werden, da keines der bisherigen Häuser Platz genug bot. Inzwischen ist die Standortverteilung noch weiter gegangen: der Großrechner steht noch im "alten" DBI-Haus, die Verwaltung, die

EDV-Abteilungen und der Publikationsbetrieb sind vorübergehend in ein hochmodernes Bürogebäude umgezogen, die Beratungsdienste nutzen weiterhin den Altbau des Zentralinstituts für Bibliothekswesen und das Redaktionsteam des Berliner Bibliotheksverbundes sitzt recht isoliert in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz.

Eine Vision hat alle Bedenken und Beschwerden der letzten Jahre überdauert: der DBI-Neubau, ein gemeinsames Haus mitten in Berlin, neben dem Stammhaus der Staatsbibliothek, dort, wo riesige Büro- und Geschäftshäuser entstehen und ein künftiges Zentrum der Stadt gebaut wird. Der Planungsvorlauf war beschwerlich und hat alle nur möglichen Hürden bewältigen müssen. Doch dem ersten Spatenstich steht nun bald nichts mehr im Wege; als PC-Simulation ist der Neubau schon zu besichtigen.

Schwerpunkt: Management I (extern)

Nachdem die freie Wirtschaft schon seit den 70er Jahren neue Organisationsformen ausprobiert, erlebt der öffentliche Dienst - nach einer "wendebedingten Verzögerung" - seit einigen Jahren einen massiven Reorganisationsdruck. Heute geht es nicht mehr darum, für einen überschaubaren Zeitraum ein- oder zweistellige Sparraten zu erfüllen. Diese Einschränkungen haben Ämter und Behörden schon in früheren Jahren - wenn auch zähneknirschend - hinnehmen können. Heute geht es um einen grundlegenden Strukturwandel und für manche Einrichtung um das nackte Überleben. Diese Erfahrung haben unmittelbar nach der Wende viele Bibliotheken schon vollziehen müssen; mußte doch der Stolz der Demokratischen Republik, das flächendeckende Bibliotheknetz, eine massive Ausdünnung hinnehmen. Einige Zeit glaubte man noch, das "Bibliothekensterben" sei ein Phänomen, das sich nur im Osten abspielen würde. Doch bald schon mußten die ersten Zweigstellen in städtischen Großstadtbibliotheken in Nordrhein-Westfalen oder Hamburg schließen. Neben diesen drastischen "Spar"maßnahmen kam es republikweit zu Kürzungen der Anschaffungsetats. Weil Personal im öffentlichen Dienst nur mittel- und langfristig zu kürzen sind, bleibt nur der sogenannten Sachmitteletat, aus dem Bücher, Zeitschriften, Re-gale oder Auswahlverzeichnisse bezahlt werden, der schnell mal um 20% bis 40% reduziert werden kann. Für wissenschaftliche Bibliotheken, deren Erwerbungsmitel an teure Jahresabonnements für Fachzeitschriften gebunden sind, kann eine solche Maßnahme oft einen kompletten Erwerbungsstopp für Monographien bedeuten. Manche Lehrmittelsammlung stagniert auf dem Stand der frühen 90er Jahre, in mancher Institutsbibliothek fehlen die aktuellsten Titel.

Die Finanzkrise der Bibliotheken ist die des gesamten Kultur- und Wissenschaftssektors und läßt sich nicht auf reine Verteilungskämpfe reduzieren. Statt dessen müssen Strategien entwickelt werden, die es den Einrichtungen erlauben, selbständig und flexibel auf die jeweiligen Restriktionen zu reagieren und neue kooperative Konzepte der Aufgabenverteilung und -zusammenlegung durchzuführen. Hier ist das DBI gefragt, um vorhandene theoretische Ansätze und praktische Erfahrungen zu sammeln, aufzubereiten und weiterzuvermitteln und den Bibliotheken neue Förderquellen wie die verschiedenen EU-Fonds zu erschließen. Um für diese neuen Anforderungen gerüstet zu sein, hatte das DBI schon bei seiner Aufgabenerweiterung eine neue Abteilung "Betriebsorganisation. Projektmanagement" gegründet. Der Beratungsdienst Bibliotheksmanagement befaßt sich mit der betriebswirtschaftlichen Analyse von Arbeitsvorgängen, mit Berechnungsmodellen für den Personaleinsatz, mit den Folgen der kommunalen Verwaltungsreform und der Budgetierung von Bibliotheken, mit Methoden des Marketing und des Qualitätsmanagements. Die Stelle für Projektmanagement akquiriert potentielle Förderer und förderungswürdige Projektthemen. Dazu werden Projektideen aus dem DBI und dem Bibliothekswesen aufgegriffen und mit wissenschaftlichen und berufspraktischen Experten bis zur Projektreife bearbeitet und nach ggf. erteilter Bewilligung der erforderlichen Mittel organisatorisch betreut. Zu den Projekten, die sich mit der Optimierung bibliotheksorganisatorischer Aufgaben befassen, gehören z.B. die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von Büchertansportdiensten für den Leihverkehr, die Entwicklung einer Planungs- und Arbeitshilfe zur Kostenrechnung, die Entwicklung einer praxisnahen Marketingstrategie für Hochschulbibliotheken, Mitwirkung an einer europäischen Qualifizierungsoffensive für Bibliothekare im Bereich elektronische Medien u.a.

Dieser Aufgabenbereich wird die Bibliotheken und damit auch das DBI in den künftigen Jahren sehr beschäftigen. Es bleibt zu hoffen, daß das Tempo und der Handlungsdruck dieser Entwicklung noch genügend Spielraum läßt, die konventionellen Aufgaben, die Erschließung und Erhaltung der Bestände, so sorgfältig durchführen zu können wie es die Regeln des Berufsstandes erfordern.

Schwerpunkt Management II (intern)

Als Einrichtung der öffentlichen Hand mit heute 140 Beamten und Angestellten kann das DBI die Entwicklungen im öffentlichen Dienst nicht nur als externer Experte beobachten und bewerten - obwohl dies die bequemste Rolle in diesem Geschehen wäre. Doch auch das DBI

muß sparen. Und auch das DBI muß sich - ob mit oder ohne Sparauflagen - der Qualität seiner bisherigen Arbeiten vergewissern und seine bisherige Organisationsstruktur und Aufgabenverteilung angesichts geänderter Umweltbedingungen überdenken und überarbeiten. Erster Handlungsdruck entstand, als die Integration der neuen Kolleginnen und Kollegen abgeschlossen schien. Doch ein dreißigprozentiger Personalzuwachs ist nicht mit einigen organisatorischen Federstrichen zu bewältigen. Defizite in der internen Kommunikation, bei der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit und der Rückkopplung neuer Außenimpulse waren Probleme, die dringend bewältigt werden mußten. Im ersten Anlauf verständigte man sich auf ein gemeinsames Leitbild und künftige Aufgabenschwerpunkte innerhalb der bestehenden Organisationsform. Im zweiten Schritt führte das DBI in extern moderierten Qualitätszirkeln neue Formen der abteilungsübergreifenden und hierarchieunabhängigen internen Kooperation ein. Parallel dazu erzwang eine routinemäßige Überprüfung durch den Wissenschaftsrat eine sehr präzise Aufgabenrevision. Sie erleichterte zwar, die schriftlichen Unterlagen zusammenzustellen und sich auf die mündliche Befragung vorzubereiten, doch waren damit für einige wesentliche Probleme immer noch keine Lösungen gefunden. So war der definitive Verzicht auf die 13 befristeten Stellen, die man entgegen aller Hoffnung nicht hat verlängern können, recht problematisch, weil etliche der Aufgaben durchaus noch nicht abgeschlossen waren. Die "Klassifikation für Allgemeinbibliotheken", die Erschließungssystematik der ehemaligen DDR, hat nach zwischenzeitlicher Anpassung an westliche Lebensbedingungen und Literaturthemen, bundesweit neue Nutzer gefunden und müßte nun, wie die westliche "Allgemeine Systematik für Bibliotheken", dauerhaft gepflegt werden. Die Beratungshilfen beim Umgang mit demokratischen Verwaltungsstrukturen müßten angesichts der fortdauernden flächendeckenden Verwaltungsreform eher noch verstärkt werden. EDV-Beratung hat sich auch als Dauerthema mit steigender Nachfrage erwiesen.

Um in dieser Situation dem zunehmenden Arbeitsdruck effizient entgegen zu können, befaßt man sich im DBI auch praktisch mit Projekt- und Qualitätsmanagement. Außerdem hatte das Kuratorium schon vor einiger Zeit dem Institut eine externe Organisationsuntersuchung vorgeschlagen. Optimierung der Aufbauorganisation, neue Verfahren der Ablauforganisation, eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, um die Rückkopplung zur beruflichen Praxis zu verbessern - diese Aufgaben werden das DBI, neben den inhaltlichen Fragen, in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen.

Bibliotheken im Netz

Das größte und spannendste Thema ist jedoch die Kardinalfrage nach der Zukunft der Bibliotheken im Zeitalter der Volldigitalisierung. In allen Medien wird spekuliert und diskutiert, ob man denn Bibliotheken überhaupt noch benötige, wenn alles Wissen weltweit im Netz, in Datenbanken oder auf Silberscheiben gespeichert und von jedem privaten Schreibtisch aus abrufbar sein wird. Dieses Szenario enthält eine ganze Reihe von Folgeproblemen, mit denen Bibliothekare sich heute befassen müssen, um ihre künftige Rolle und ihren künftigen Status zu sichern.

Klipp und klar gleich vorneweg: Bücher wird es auch weiterhin geben. Die Unterhaltungsliteratur, die man im Urlaub, in der U-Bahn und zum Feierabend verschlingt, wird weiterhin gedruckt erscheinen und sollte auch künftig, der besseren Auslastung des Einzelbuchs wegen, in öffentlichen Bibliotheken ausleihbar sein.

Die alten Folianten, die schönen Erstausgaben der schönen Literatur, wissenschaftliche Einführungswerke - auch sie werden als Druckausgaben weiterhin ihren Platz in den Bibliotheksregalen oder -magazinen haben. Wer annimmt, der Gesamtbestand der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken von derzeit 237,1 Mio. Bänden ließe sich rückwirkend digitalisieren, muß einen Goldesel und eine Zeitmaschine im Gepäck haben. Die wissenschaftlichen Bibliothekare wären schon überglücklich, wenn nur die Katalogdaten all ihrer Bestände rückwirkend maschinenlesbar erfaßt, wenn die wichtigsten Altbestände verfilmt und damit vor feuchten Leserhänden geschützt und wenn für die Nutzung der aktuellsten CD-Rom-Ausgaben genügend PC-Arbeitsplätze in den Lesesälen vorhanden wären.

Die Bibliothek der Zukunft wird sich nicht im Netz auflösen, sondern am Netz angeschlossen sein, sie wird ihre Bestände in zentralen Datenbanken nachweisen und wird wichtige Aufsätze aus Büchern und Zeitschriften online liefern dürfen. Sie wird Informationsraster über das digitalisierte Informationschaos legen, sie wird sogenannte "Urtexpte" von nichtgedruckter Internet-Literatur sammeln und wird die Informationssuchenden als Navigator durch die fragmentierte Welt des Wissens begleiten.

Das DBI wird auch in diesem Geschäft eine wichtige Rolle spielen. Schon seit Jahren baut das Institut die einzige bundesweite Katalogdatenbank immer wieder aktuell auf, hat Online-Zugänge zu dieser und anderen Datenbanken entwickelt, hat nationale und internationale Bibliotheksdatenbanken miteinander verknüpft. Das DBI hat wichtige Funktionen im bundesweiten SUBITO-Projekt übernommen, in dem

die Online-Bestellung und -Lieferung von Bibliotheksliteratur vorbereitet wird. Das DBI arbeitet mit internationalen Softwarehäusern zusammen, um seine EDV-Kataloge ans Internet anzuschließen. Gleichzeitig achtet das DBI darauf, daß Bibliotheken, die noch mit älterer Technik ausgestattet sind, weiterhin Zugang zu den moderneren Entwicklungen haben und nicht plötzlich von den Wissensquellen der Trendsetter abgeschnitten sind. Und das DBI ist dabei, wenn wichtige globale Rechtsfragen zu klären sind wie das copy right für digitalisierte Informationen, auf die theoretisch jedermann zugreifen kann, ohne den Urheber entsprechend zu honorieren.

Die Bibliotheken stehen sowohl betriebsorganisatorisch als auch ihrer ideellen Selbsteinschätzung nach mitten in einem Paradigmenwechsel. Für den Berufsstand hat dieser Umbruch globale und historische Dimensionen, während gleichzeitig intensive Existenzsicherung vor Ort betrieben werden muß. Angesichts dieser Aufgaben wirkt die Ost-West-Frage schon nostalgisch. In Zukunft wird sie immer mehr als Relevanz verlieren.

Marion Schmidt, Dipl. Soz., ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bibliotheksinstituts

Anmerkung:

¹ Weitere Informationen zum DBI und zum Bibliothekswesen können kostenlos angefordert werden bei DBI, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Alt-Moabit 101A, 10559 Berlin; DBI, Arbeitsbericht 1994 - 1995, Berlin 1996, 181 S.; DBI, Rechtsgrundlagen, Berlin 1996, brosch. 45 S.; DBI, Geschichte, Strukturen, Aufgaben, Berlin 1997, brosch. 20 S.; DBI, Publikationen 1996, Berlin 1996, 96 S. Kostenpflichtig abgegeben werden durch DBI, Publikationsvertrieb, Alt-Moabit 101A, 10559 Berlin; Hans-Peter Thun, Eine Einführung in das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995, 47 S., DM 12,-; Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliotheken '93, Strukturen, Aufgaben, Positionen. Berlin 1994, 182 S., DM 10,-. Auch im Internet kann gelesen und bestellt werden: <http://www.dbi-berlin.de>

Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig

Helmut Schiller
Leipzig

Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig wurde am 12. November 1894 als erste öffentliche Leihbücherei für Blinde in Deutschland ins Leben gerufen. Ort und Zeit waren kein Zufall.

Am Ende des 19. Jahrhunderts existierten in Deutschland mehr als dreißig Blindenschulen. Man nannte sie Anstalten, aber es waren in erster Linie Schulen, auch mit guten Blindenlehrern und engagierten Direktoren. Sie hatten meist Internatscharakter und besaßen in der Regel beigeordnete Werkstätten für das Erlernen eines für Blinde geeigneten Handwerks. Reichlich zwei Jahrzehnte nach der Gründung der ersten Blindenschule Europas in Paris (1784) hatte sich in Sachsens Residenzstadt 1809 die Königlich Sächsische Blindenanstalt zu Dresden gegründet, die zweite in Deutschland nach Berlin-Steglitz 1805, von da an entwickelte sich das Blindenschulwesen sehr rasch. Diese Anstalten hatten Ende des Jahrhunderts gebildete und erwerbstätige Blinde in relativ großer Zahl hervorgebracht.

Louis Braille, blinder Lehrer an der ersten Blindenschule Europas in Paris, hatte 1825 aus vorangegangenen Versuchen anderer das auf sechs erhabenen Punkten beruhende Schriftsystem entwickelt. Die Vorzüge dieser Blindenschrift: Gut tastbar, daher schnell lesbar und geeignet für jede Sprache, auch für jede Fachsprache, für Noten, Zahlen, chemische Formeln usw. Ursprünglich hervorgegangen waren die Versuche seiner Vorgänger aus einer auch nachts lesbaren Geheimschrift für Soldaten des französischen Militärs.

Auf dem III. Blindenlehrerkongreß 1879 in Berlin setzte sich die Braille'sche Punktschrift endgültig gegen alle Widerstände und gegen alle bisherigen Systeme als verbindlich für die Blindenschulen in Deutschland durch. Schon seit 1873 war die Schulpflicht für blinde Kinder im Königreich Sachsen Gesetz. Die Lehrpläne der Blindenanstalten gliederten sich zunehmend denen der Volksschulen für sehende Kinder an.

Die Drucktechnik für Punktdruck entwickelte sich entsprechend, auch der Bereich der Hilfsmittel für Alltag und Schule erweiterte sich.

Schon seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts gab es an Schulen wie jener in Illzach im Elsaß für die blinden Schüler beispielsweise Relieflandkarten und Globen. Natürlich existierten an diesen Anstalten auch kleine Bibliotheken. Aber deren Bestände waren bescheiden wie jede Schulbibliothek und außerhalb der Anstalt nicht greifbar. Das Bedürfnis nach Leihbibliotheken, die für alle Blinden zugänglich waren, erhöhte sich enorm und wurde zur Forderung. (Gleichzeitig strebten die Blinden auch auf anderen Gebieten nach mehr Unabhängigkeit und Selbständigkeit, gründeten eigene Organisationen der Selbsthilfe, zunächst lokal oder regional. 1913 schlossen sie sich zur ersten gesamt-nationalen Selbsthilfeorganisation in Deutschland zusammen, dem Reichsdeutschen Blindenverband.)

Die 1894 in der Buchstadt Leipzig durch die Initiative des Dresdner Anstaltsdirektors Hofrat Friedrich August Büttner und des Leipziger Pfarrers Georg Buchwald sowie einiger entschlossener Leipziger Damen ins Leben gerufene erste deutsche öffentliche Leihbücherei für Blinde war nun wiederum der Anfang einer ganzen Serie von Blindenbibliotheksgründungen bis etwa 1920.

Die Leipziger wurde zunächst getragen von einem noch recht kleinen „Verein zur Beschaffung von Hochdruckschriften und Arbeitsgelegenheit für Blinde zu Leipzig“. Der Gründungsort war das Marthahaus des Leipziger Frauenvereins in der Löhrrstraße. Frauen führten zunächst auch den Verein. Für die „Beschaffung von Hochdruckschriften“, also für Bibliothek und Druckerei, war es Marie Lomnitz-Klamroth, Tochter des Ersten Kapellmeisters der Kaiserlichen Großen Oper in Moskau, Absolventin des Leipziger Konservatoriums und später Ehefrau des Leipziger Verlegers Ferdinand Lomnitz. Sie übernahm bald nach der Gründung die Leitung der Bücherei, führte um die Jahrhundertwende amerikanische Hall- und deutsche Pichtschreibmaschinen für die Übertragung in Blindenschrift ein und entwickelte eine systematische Punktdrucktypographie. Sie etablierte deutschlandweit eine Schar von rund 300 ehrenamtlichen Übertragerinnen, und nach dem Tod ihres Mannes betrieb sie mit großem Ehrgeiz und immensem Durchsetzungsvermögen eine engere Anbindung der Bücherei an die Stadt Leipzig und die Trennung der Bibliothek von dem Arbeitsbeschaffungsverein. So wurde 1916 mit Hilfe Leipziger Unternehmer (Hupfeld, Giesecke), Intellektueller (Prof. Schramm) und einiger Persönlichkeiten aus dem Rat der Stadt (besonders Bürgermeister Dr. Weber) der „Verein zur Förderung der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig“ gegründet, dessen Vorstandsvorsitzender der jeweilige Kreishauptmann der

Stadt war. Die DZB (bis dahin an verschiedenen Orten in der Stadt verstreut) bekam ein festes Domizil im Souterrain des berühmten Buchhändlerhauses in der damaligen Hospitalstraße (heute Prager Straße) und Frau Lomnitz-Klamroth sowie ihre wenigen Mitarbeiter erstmals auch ein festes Gehalt.

Die Stadt Leipzig hat die Leihbücherei für Blinde mehrmals vor dem finanziellen Untergang gerettet, namentlich in der Inflation. Ab 1925 war die DZB als reichswichtig anerkannt und bekam nun nicht mehr nur von der Stadt, sondern sowohl von der sächsischen Staatsregierung als auch von der Reichsregierung finanzielle Hilfe. Frau Lomnitz-Klamroth wurde mit hohen Auszeichnungen geehrt, u.a. wurde sie Ehrensatorin der Universität Leipzig.

Um 1930 war die DZB vermutlich die größte Leihbücherei für Blinde in Deutschland, die Marburger Hochschulbücherei (gegr. 1916), angeschlossen an die Deutsche Blindenstudienanstalt, stellte ein weiteres Zentrum dar, vor allem der Blindenbildung, und die Hamburger Zentralbücherei (gegr. 1905) hatte ein ähnliches Profil wie die Leipziger. Die deutschen Blindenbüchereien, es waren (und sind) noch einige mehr, hatten bei Unterschieden in Größe, Profil, Spektrum des Angebots usw. eines gemeinsam: Die ausleihbare Literatur mußte selbst hergestellt werden, und zwar nicht nur in jener Spezialschrift, sondern auch auf Spezialpapier und, wenn nicht per Handübertragung, dann mit einer speziellen Drucktechnik. Die Bücher für Blinde waren daher nicht nur größer und schwerer, sehr platzgreifend, ihre Auflagen äußerst klein - sie waren darum auch erheblich teurer als Bücher für Sehende und im Buchhandel nicht erhältlich. Das wiederum erhöhte den Zwang, Leihbüchereien für Blinde zu unterhalten. Von Anfang an konnte sich das Bibliothekswesen für Blinde finanziell nicht selbst tragen, war auf Sponsoren, auf private Wohlfahrt angewiesen. Erst im Laufe dieses Jahrhunderts wurde die Stützung bzw. Trägerschaft durch die öffentliche Hand erkämpft. (Die Ausleihe war auch vor hundert Jahren schon kostenlos. Ausgeliehen wurde immer auf dem Postweg, und schon damals hatten die Nutzer allein das Rückporto zu bezahlen. Heute ist der Postversand von Blindensendungen gänzlich kostenfrei, und die Ausleihe in der DZB ist es auch geblieben.)

In den zwanziger Jahren kam es zu Konkurrenzdenken und mangelnder Kooperation zwischen der DZB und den anderen großen Blindenbüchereien, was aber das weitere Aufblühen der DZB nicht beeinträchtigte. Die Direktorin schied 1936 aus Altersgründen aus, mit ihr ging ihre bewährte Mitarbeiterin Antonie Mahler, eine Frau, die über

zwanzig Reichspatente auf Lehr- und Lernmittel für Blinde erworben hatte.

Nach der nationalsozialistischen Gleichschaltung des deutschen Blindenwesens und dem Zurückdrängen auf die wieder rein private Wohlfahrt arbeitete die DZB unter einem NS-Vorstand weiter. Das Angebot für die Ausleihe verschob sich zugunsten von NS-Literatur und Kriegsliteratur. Bei dem Luftangriff in der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1943 wurde auch das Druckhaus Klepzig am Täubchenweg in Leipzig zerstört, in dessen zweiter Etage die DZB seit 1935 zu Hause war. Rund 30 000 Bände in Blindenschrift (die Zeitschriften eingeschlossen), eine wertvolle wissenschaftliche Bibliothek des Blindenwesens in Schwarzdruck (Normaldruck) und zahlreiche Kataloge, Sammlungen und Dokumentationen wurden vernichtet.

Übertragung und Ausleihe gingen jedoch weiter, z.T. in Wohnungen, eine Ausweichstelle in Döbeln wurde eingerichtet, eine vorübergehende Unterkunft bekam die DZB im Gebäude der Leipziger Kreishauptmannschaft am Roßplatz, das später ebenfalls bombardiert wurde.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes versuchte der alte Vorstand die Restbestände zu veräußern und die DZB zu liquidieren. Dies wurde von der Mitarbeiterin Herta Fröhlich verhindert, die die DZB in dieser Zeit de facto leitete. Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde hörte nicht auf zu bestehen. Im Herbst 1945 von der Stadtverwaltung zunächst kommissarisch und kurz darauf von der Sächsischen Landesverwaltung offiziell wurde der blinde Sozialpolitiker Max Schöffler als Direktor eingesetzt. Schöffler, in der Zeit der Weimarer Republik ein im Blindenwesen anerkannter Verfechter von Staatshilfe statt privater Wohlfahrt, während des NS-Regimes wegen 'Vorbereitung zum Hochverrat' zeitweise im Zuchthaus Bautzen inhaftiert, erreichte mit Entschlossenheit und mit Unterstützung der sächsischen Landesverwaltung sowie der sowjetischen Militäradministration sehr schnell einen neuen Mietvertrag, die Druckgenehmigung und später die Genehmigung für die erste deutsche Blindenzeitschrift nach dem Krieg 'Die Gegenwart'. Ganz in seinem Sinne etablierte die sächsische Landesverwaltung die Deutsche Zentralbücherei für Blinde 1946 als Anstalt des öffentlichen Rechts. Unter Schöfflers Leitung und mit enormer Staatshilfe erreichte die DZB, die einzige Blindenbücherei in der sowjetischen Zone und dann in der DDR, wieder etwa das breite Spektrum der Vorkriegszeit, wurde auch Schulbuchverlag für den Bedarf der Blindenschulen der DDR. Schöffler betrachtete die DZB als einzige 'wissenschaftlich-sozialistische Blindenbücherei in Westeuropa'. Er verteidig-

te als überzeugter Sozialist die Unabhängigkeit der Blindenselbsthilfe und die Einheit des deutschen Blindenwesens, protestierte 1953 gegen die Rücknahme bereits erreichter sozialer Errungenschaften der Blinden, widersetzte sich ideologischem Zwang und Bevormundung und mußte schließlich aus diesen politischen Gründen sein Amt sowohl als Direktor wie auch als Chefredakteur der Zeitschrift 'Die Gegenwart' 1954 aufgeben.

In seiner Amtszeit zog die DZB zweimal um, bekam 1953 wieder ein festes eigenes Haus, und zwar im wiedererrichteten Gebäude der ehemaligen Höheren Israelitischen Schule in der Gustav-Adolf-Straße 7.

Der Unterricht an dieser Schule war 1942 unter dem Terror der Nazis eingestellt worden. Das Haus wurde zu einem der 47 sogenannten Judenhäuser Leipzigs, also zu einem Vorhof der Hölle der Vernichtungslager. 1948 von der SMAD an die nach Vertreibung und Ermordung nur noch kleine Israelitische Religionsgemeinde in Leipzig zurückgegeben, wurde das Grundstück 1953 vom Volksbildungsministerium der DDR für die DZB angekauft und wiederaufgebaut.

Schon Anfang der fünfziger Jahre war in der DZB mit der Produktion von Reliefdarstellungen für Karten, Atlanten und für Fachliteratur begonnen worden, ebenso mit den Vorbereitungen zur Schaffung einer Hörbücherei in der DZB. Diese wurde allerdings erst 1956 Wirklichkeit, in der Amtszeit von Schöfflers Nachfolger Herbert Jakob. Es war nach Münster und Marburg die dritte in Deutschland.

Herbert Jakob war blinder Journalist und leitete die DZB bis zu seinem Tod 1975. In diese Zeit fällt nicht nur die Gründung des Tonstudios und damit der Hörbücherei, sondern auch der Anbau neuer Gebäude vor allem für Magazine, Tonstudio und Produktionsräume (1963), die Modernisierung der Druckerei (1974) und die Aufnahme von Großdruckbüchern für Sehschwache in das Produktionsprogramm der DZB (1971). Die Mitarbeiterzahl wuchs auf über 100, die Aufgaben der DZB gingen über die einer reinen Leihbücherei hinaus. Sie wurde zunehmend auch Verlag für die Publikationen des Blinden- und Sehschwachen-Verbandes der DDR (BSV - vorher ADBV und DBSV) und Zeitschriftenverlag, befand sich in enger Zusammenarbeit mit dem Zentrum der Rehabilitationspädagogik an der Humboldt-Universität Berlin. Außerdem sollte sie gemäß der SED-Kulturpolitik ein gewisses Zentrum der Kulturarbeit des Blinden- und Sehschwachenverbandes der DDR werden. Das gelang weniger, ebenso wehrte Herbert Jakob, vermutlich in Übereinstimmung mit dem Kulturministerium der DDR, den Versuch ab, die DZB in eine Einrichtung dieses Verbandes zu verwandeln. So behielt sie

ihren Namen und ihr Profil als eine der großen deutschen Blindenbüchereien.

1956 enthielten die Bestände der DZB bereits wieder knapp 3000 Titel in fast 5000 Bänden Blindenschrift, zehn Jahre später etwa 8.500 Titel in rund 17.000 Bänden. Heute sind es mehr als 13.000 Titel in über 40.000 Bänden Blindenschrift und in der Hörbücherei über 6000 Titel auf mehr als 125.000 Kassetten. Die Hörbuchausleihe entwickelte sich stets schneller, die Ausleihe an Titeln in Blindenschrift bleibt etwa gleich oder steigt wenig an.

Gegenwärtig sind es rund 2.350 Hörer und fast 600 Leser, die regelmäßig ausleihen, insgesamt verzeichnete die DZB z.B. 1996 rund 77 000 Entleihungen. Diese Zahlen sagen, daß diejenigen, die die Bücherei nutzen, sehr oft ausleihen, aber auch, daß viele Blinde und Sehbehinderte die Bücherei nicht nutzen. Das Verhältnis mag so ähnlich sein wie bei Sehenden auch. Mit Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, häufigen direkten Kontakten zu den örtlichen Organisationen der Landesverbände, besonders hier im Osten, versuchen wir möglichst viele Blinde und Sehbehinderte zu erreichen und als Nutzer zu gewinnen.

Unterstand die DZB zunächst dem sächsischen, dann dem DDR-Volksbildungsministerium, so war sie seit 1955 dem Ministerium für Kultur der DDR zugeordnet. Damit war sowohl ihre Finanzierung gesichert als auch eine relative Eigenständigkeit. Ihre Nutzer - und ihre Kunden und Abonnenten - waren neben den Blinden und Sehschwachen der DDR immer auch Blinde in Westdeutschland und deutschsprechende Blinde in anderen Ländern. Alle Direktoren nach 1945 pflegten Kontakte ins Ausland, es gab Reisen nach Frankreich, England, den USA, Japan, in die nordeuropäischen und natürlich in einige osteuropäische Länder, und die DZB hatte immer Freunde auch im westdeutschen Blindenwesen. Es gab gesamtdeutsche und internationale Veranstaltungen hier in der DZB.

Die Bestände und auch das Verkaufsangebot wurden zu allen Zeiten vornehmlich durch Belletristik bestimmt, zudem von wichtigen Nachschlagwerken, Atlanten und Schulbüchern. Die Auswahl der schöngeistigen Literatur erfolgte auf der Grundlage des Buchmarktes der DDR. Da blinde Bürger ebenso mit den Propagandamaterialien der SED versorgt wurden wie Sehende, druckte die DZB natürlich auch diese Art Literatur.

Die Preise für Verkaufsliteratur glichen seit 1955 denen der entsprechenden Schwarzdruckbücher für Sehende, eine kolossale soziale Maßnahme der DDR zur Durchsetzung von gleichberechtigtem Zugang

Blinder zu Literatur, gleichzeitig aber eine ebenso kolossale und auf Dauer unhaltbare Übersubventionierung. Auch heute sind die Preise gestützt (das sind sie seit 1894), aber doch um ein vielfaches höher, sie liegen allgemein aber noch etwas unter dem Niveau westdeutscher Blindenbücher - geschuldet dem schwächeren Einkommen Blinder und Sehschwacher in den ostdeutschen Ländern.

Der dritte blinde Direktor in Folge ist seit 1976 der frühere Hochschuldozent Prof. Dr. sc. Siegfried Tschirner, auch er bald nach seinem Amtsantritt reisefreudig und weltgewandt. Seine aktive Mitarbeit in der Europäischen Blindenunion, die ihren Sitz in Paris hat, setzte er auch nach 1990 fort. Er war lange Zeit auch in verantwortlichen Positionen des BSV. Diese Personalunion ermöglichte ihm u.a., alle wesentlichen internationalen Verbindungen der DZB aufrechtzuerhalten oder auszubauen, wie z.B. in die skandinavischen Länder, so daß nach dem Anschluß der östlichen deutschen Länder an die Bundesrepublik Deutschland 1990 kein wesentlich neuer Zustand eintrat. Die Verbindungen konnten nun allerdings erweitert und organisatorisch etabliert werden. So ist die DZB heute Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutschsprachiger Blindenhörbüchereien (AG BHB), der Arbeitsgemeinschaft der Blindenschriftdruckereien und -bibliotheken (AG BDB), Mitglied des Börsenvereins des deutschen Buchhandels sowie Mitglied des Deutschen Bibliothekenverbandes (DBV).

Eine weitere Folge der Vereinigung war der nun ungehinderte Zugang der Nutzer im Osten zu den Blindenbüchereien im Westen und umgekehrt sowie eine immense Erweiterung der Auswahlmöglichkeiten durch einen schier unübersehbaren Buchmarkt. Dies hatte nach einer kleinen Flaute ein leichtes Ansteigen der Nutzerzahlen in der DZB zur Folge, das bis heute anhält und für sich spricht.

Bei unverändertem Anliegen der DZB, gerichtet auf die Literaturversorgung Blinder und stark sehbehinderter Menschen in Deutschland und darüber hinaus gab es mit dem Ende der DDR im wesentlichen zwei existenzielle Probleme: Gelöst werden mußte das Finanzierungs- und das Statusproblem. Da die DZB auf Grund der in ganz Deutschland und im Ausland geschätzten Druckqualität ihrer Bücher und durch die allen bekannte und von niemandem zu ersetzende zuverlässige Versorgung Tausender Blinder vor allem im Osten als unentbehrlich anerkannt wurde, blieb ihr eine Abwicklung erspart. Unterstützt wurde der Direktor in seinen Bemühungen, die Arbeit der DZB ungehindert fortsetzen zu können, sowohl vom Deutschen Blindenverband in Bonn als auch vom Bonner Innenministerium und der Staatsregierung in Dresden wie auch

von den östlichen Landesverbänden. Ein Kabinettsbeschuß vom Dezember 1990 bestätigte die Übernahme durch den Freistaat Sachsen, stellte allerdings für später eine privatrechtliche Weiterführung in Aussicht. Diese Option erwies sich als nicht realistisch, war wohl auch angelehnt an westdeutsche Modelle ähnlicher Einrichtungen, die seit Jahrzehnten als Vereine oder Stiftungen existieren, aber gleichfalls längst sehr stark von Mitteln der Länder bzw. des Bundes oder der Kommunen getragen werden. Die DZB selbst wollte an den Status von 1946 anknüpfen, an die Anstalt des öffentlichen Rechts, und wurde darin ebenfalls von vielen Seiten in Ost und West unterstützt. Bis heute ist sie als nachgeordnete Einrichtung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen eine unselbständige gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Das klingt noch immer nicht endgültig. Ein Finanzierungsmodell, das zu kleineren Teilen mitgetragen wird von den übrigen ostdeutschen Ländern - ähnlich wie in der Zeit bis zur Auflösung der ostdeutschen Länder in der DDR 1952 - kam bisher nicht zustande, obgleich von Mecklenburg-Vorpommern bis Thüringen die meisten unserer Nutzer leben und die DZB nie eine nur sächsische Einrichtung war.

An der Existenznotwendigkeit der Blindenbücherei wird nicht gezweifelt, und es wird bei mäßigen Sparzwängen auch in die Zukunft investiert, wie die angelaufene Grundsanierung der drei Gebäude zeigt. Personalabbau vollzog sich auf die 'sanfte' Weise, also durch Nichtbesetzen freiwerdender Stellen, Umsetzungen und Zusammenlegungen von Arbeitsplätzen, so daß aus den über hundert Mitarbeitern der siebziger Jahre inzwischen sich die Belegschaft bei 80 eingeepegelt hat. Den größten Anteil von Mitarbeitern hat dabei die Blindenschriftübertragung. Dort arbeiten auch einige blinde Kolleginnen und Kollegen. Der Anteil der Frauen war zu allen Zeiten höher als der der Männer, der Anteil Schwerbehinderter liegt bei 13 Prozent.

Es gab nach der deutschen Vereinigung, die sich im Blindenwesen relativ rasch und kooperativ vollzog, in der DZB keine nennenswerten Einbrüche, bis auf den Rückgang im Absatz der Verkaufsliteratur bei Großdruck und bis auf die Kürzung der Zeitschriftenproduktion auf Grund der Vereinigung der beiden deutschen Blindenverbände. Denn damit verbunden waren die Übernahme der nun gemeinsamen Verbandszeitschrift durch den Deutschen Blindenverband (DBV) und der Wegfall der übrigen BSV-Zeitschriften aus unserem Produktionsprogramm. Die Redaktion der gemeinsamen Verbandszeitschrift liegt übrigens in den Händen des Redakteurs der ehemaligen DDR-Verbands-

zeitschrift, und auch den Namen hat die gemeinsame Zeitschrift aus dem Osten: „Die Gegenwart“. Man sollte hinzufügen, daß im gesamten ostdeutschen Blindenwesen in anderen Bereichen allerdings Einbrüche zu verzeichnen sind.

Wie die Nutzerzahl gingen in den letzten Jahren auch die im Vergleich zum Gesamthaushalt bescheidenen Einnahmen durch den Verkauf nach oben, ebenso die Abonnentenzahlen bei Zeitschriften. Das Manko beim Absatz von Großdruck liegt wohl daran, daß unsere ehemaligen Hauptabnehmer, die öffentlichen Bibliotheken, andere Anschaffungsprioritäten setzten und setzen, daß Großdruckbücher im Preis gestiegen sind und daß nicht mehr wir allein Großdruck anbieten. Dennoch, seit 1992 erschienen diese Bücher der DZB in neuer Ausstattung, waren attraktiver und noch sehbehindertengerechter, dennoch: seit zwei Jahren aber haben wir die Herausgabe eingestellt, vielleicht aber nur vorübergehend.

In den letzten Jahren der DDR war die Mangelwirtschaft auf technischem Gebiet besonders spürbar, aber sie hatte in all den Jahrzehnten unsere Techniker auch kreativ und flexibel gemacht. Die entscheidende Modernisierung begann 1986 mit der Anschaffung elektronischer Geräte zur Texterfassung und für den Blindendruck. Die technische Erneuerung des Tonstudios folgte nach der Wende. Die gesamte Übertragung von Schwarz- in Blindenschrift sowie das Punzieren, also das Prägen der Texte auf Zinkplatten, wurde auf EDV-gesteuerte Prozesse bzw. die Arbeit der Übertragerinnen an den PC verlegt. Es gibt seit einigen Jahren auch die Möglichkeit, geeignete Texte mit dem Scanner und einem HBS-Programm in Blindenschrift zu übertragen. Mehrere Blinde arbeiten am PC mit Braillezeile.

Die Disketten gehen nach den üblichen strengen Korrekturgängen in die Computer der elektronisch gesteuerten Punziermaschine bzw. des Schnelldruckers. Beendet ist damit bis auf wenige gelegentliche Ausnahmen das über viele Jahrzehnte übliche Punzieren an den mechanischen Punziermaschinen, das Gehör und Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stark attackierte.

Die herkömmlichen Druckmaschinen für Buch- und Zeitschriftenproduktion in Blindenschrift, ein Drucktiegel und ein zwanzig Jahre alter Automat sind allerdings noch unentbehrlich. Historisch ist inzwischen auch die Übertragung von Einzelexemplaren mit der Picht- oder Bogenmaschine, also der Schreibmaschine für Blinde. Diese allerdings ist weiter für viele Blinde ein wichtiges privates Arbeitsmittel und wird auch an Blindenschulen und von blinden Studenten weiter benutzt.

Auch die Arbeit im Versand wurde rationalisiert, vor allem durch eine elektronische Vernetzung mit der Hörbuchausleihe und durch die Einführung neuer Standardverpackungen sowohl für Bücher in Blindenschrift als auch für die Kassetten.

Die Buchbinderei wird nie ganz den Charakter einer Manufaktur und den Leimeruch verlieren. Handwerk ist gefragt, wenn Bücher für Blinde in winzigen Auflagen, großen Formaten oder als Minibücher, auch mit Schuber, und in verschiedenen Ausführungen, z.B. als Mobilbände, gebunden oder mit Spiralbindung bzw. Heftung hergestellt werden.

Im Vergleich mit den anderen großen Blindenbüchereien gibt es keinen technischen Rückstand mehr, z.T. auch durch die Hilfe z.B. aus Marburg oder Münster. Die Hilfe war auch nie ganz einseitig, wenn man z.B. an die Unterstützung der DZB für die Weiterexistenz der Nürnberger Blindenbücherei in der Zeit des Direktors Jakob denkt, eine Hilfe über Umwege und an offiziellen Bestimmungen vorbei, geprägt durch persönliche Kontakte, wobei auch im Westen Vorbehalte und Bestimmungen umgangen werden mußten.

Grundlegende strukturelle Veränderungen gab es nicht. In der DZB sind bekanntlich alle Gebiete des Buchwesens in Bezug auf Literatur für Blinde und Sehbehinderte unter einer Leitung und unter einem Dach vereinigt. Das wird so bleiben, und das unterscheidet sie von jeder anderen Bibliothek für Sehende. So besteht die DZB genau genommen aus drei Bibliotheken, der Blindenschriftbibliothek als Leihbibliothek, der Hörbücherei ebenfalls als Leihbibliothek und der seit 1991 wieder aufgebauten wissenschaftlichen Bibliothek des Blindenwesens. Deren Bestände waren als „Leitstelle für Information und Dokumentation“ für den BSV der DDR in den sechziger Jahren nach Berlin gegangen und wurden als DZB-Eigentum vertraglich mit dem DBV nach der Vereinigung mit dem BSV 1991 an uns zurückgegeben. Diese wissenschaftliche Bibliothek in Schwarzdruck hat Präsenzcharakter und dient wissenschaftlicher Arbeit und Forschung zum gesamten Blindenwesen und seiner Geschichte und steht allen Interessenten offen. Hierzu zählen vor allem Studenten der Rehabilitationspädagogik, Lehrer, Dozenten und Mitarbeiter der Blindenverbände sowie andere Interessierte. Mit diesen einst nach Berlin verlegten Beständen kehrte auch unsere eigene Geschichte zu uns zurück. Nur so war es möglich, in relativ kurzer Zeit eine kritische Betrachtung zum 100jährigen Bestehen der DZB 1994 zu schreiben und Personen, Vorgänge und Ereignisse ins Licht zu rücken, die fast vergessen waren.¹

Darüber hinaus ist die DZB Verlag und Hersteller und natürlich auch im weitesten Sinne Buchhandlung geblieben, da unsere Verkaufsproduktion nicht in den allgemeinen Buchhandel geht, sondern nur im Direktbezug von uns erhältlich ist. In DZB-eigenen Produktionsabteilungen wird nach wie vor Literatur für Blinde und Sehbehinderte in verschiedenen Editionsformen hergestellt, als Literatur in Blindenschrift, als Hörliteratur auf Kassette, in Form von Reliefdarstellungen und (bisher außer Haus gedruckt) als Großdruck für Sehschwache. Im Bereich der Verkaufsliteratur gibt es besonders attraktive Editionen als Kombinationen mehrerer Editionsformen. Dazu gehören beispielsweise die farbigen Reliefwandkalender für Erwachsene und Kinder mit Punktschrift und Schwarzschrift, die „Chronik des 20. Jahrhunderts“, eine chronologische Dokumentation in Blindenschrift mit auf Schallfolien gespeicherten Originalhördokumenten (herausgebracht mit freundlicher Unterstützung vom Bertelsmann Lexikothek Verlag) oder drei Bände „Stilelemente der Architektur“, die dem Blinden durch Reliefs die für ihn sonst unertastbaren Konturen und Schönheiten von Bauwerken und deren Elemente vermitteln, sowie den Atlas der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bestände der Blindenschriftbibliothek umfassen alle Bereiche und Genres der schöngeistigen Literatur, von Weltliteratur bis zur Trivalliteratur (diese allerdings war in der DDR verpönt und kaum vorhanden), ebenso Sach- und Fachliteratur vieler Wissensbereiche sowie Kinderliteratur. In der Hörbücherei macht ebenfalls Belletristik den größten Teil aus, darunter auch vom Rundfunk übernommene Hörspiele. Hörliteratur wird nur für die Ausleihe produziert und kann aus lizenzrechtlichen Gründen nicht verkauft werden. Die Ausleihe ist prinzipiell allein an Blinde und stark sehbehinderte Personen möglich.

Neues in unseren Beständen wird auf der zweimonatlich erscheinenden Bücherliste bekanntgegeben, die als Beilage unserer Zeitschrift „DZB-Nachrichten“ (in Punktschrift und auf Kassette) und auch separat bezogen werden kann. Im übrigen können Kataloge der beiden Leihbibliotheken sowie des Verlagsangebotes gekauft oder geliehen werden. In den Händen der Verlagsabteilung liegt auch die Redaktion der 16 Zeitschriften in Punktdruck oder auf Kassette sowie das Abonnentenwesen. Die Themenbreite der Zeitschriften, die von unseren Redakteuren im allgemeinen mit eigenen und mit lizenzierten Beiträgen anderer Zeitschriften für Sehende gestaltet werden, reicht von Schüler- und Jugendzeitschriften über Rundfunk- und Fernsehprogrammzeitschriften bis zu Zeitschriften literarischer, politischer und unterhalten-

der Art sowie Ratgebern, einer 'Deutschlandrevue' und dem hörbaren Eroticon 'Sechs mal Sex'.

Nur ein winziger Bruchteil der unübersehbaren Fülle an Büchern für Sehende kann auf Grund von technischem Aufwand, beschränkter Kapazität und hoher Produktionskosten für Blinde und Sehbehinderte übertragen werden. Umso mehr kommt es auf die Auswahl an. Ein Arbeitskreis aus Mitarbeitern wählt die Titel für Neuproduktionen aus. Neben der bibliotheks- oder literaturwissenschaftlichen Ausbildung und Berufserfahrung dieser Mitarbeiter sind es der enge Kontakt zu Blinden und Sehbehinderten sowie deren Ideen und Vorschläge selbst, die auf der Basis des Buchmarktangebotes schließlich die Auswahl bestimmen. Etwas komplizierter geworden ist die Lizenzbeschaffung, die Reaktion der Verlage, deren Bücher wir für Blinde in kleinen Auflagen nachdrucken, ist zum Teil unterschiedlich, nicht immer ist diese eigentlich gemeinnützige Sache gebührenfrei, selten bestehen unbegründete Vorbehalte. Die Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften verhindert unnötige Doppelproduktionen in Deutschland. Es ist auch üblich und für uns jetzt möglich, die Bestände durch den Ankauf aus anderen Blindenbüchereien zu ergänzen. Die Generallizenz aus DDR-Zeiten für den blindengerechten Nachdruck all dessen, was wir wollen, gibt es natürlich nicht mehr, und die kostenlose und pflichtgemäße Zusendung von Neuerscheinungen, die uns einst zu einem recht ansehnlichen Bestand an Büchern in Normaldruck verholfen hat, ist auch vorbei. Wir beobachten den Buchmarkt und kaufen üblicherweise, was wir übertragen wollen.

Pro Jahr werden in Punktdruck etwa 100 Titel herausgebracht, an Hörbüchern etwa ebensoviel. Die Hörbücher und Hörzeitschriften werden seit 1956 professionell von Schauspielern oder Rundfunksprechern im hauseigenen Studio gelesen. Das macht ihre Qualität aus, aber es macht auch Kosten. Auch die Entscheidung, ob ein Buch als Hörbuch oder in Blindenschrift produziert wird, ist nicht allein eine Frage der Kosten, des Buchumfangs, der sprecherischen oder drucktechnischen Umsetzungsmöglichkeit, sondern auch des zu erwartenden Leser- und Hörerkreises. Die Tatsache, daß nur etwa fünfzehn Prozent aller Blinden die Punktschrift beherrschen, erklärt, warum der Bedarf an Hörliteratur größer ist und dort die Zunahme an Nutzern stärker und warum die Zahl der ständigen Nutzer der Blindenschriftbibliothek bei 600 liegt, die der Hörer bei über 2000. Nicht die Schwierigkeit der Punktschrift, sondern die Altersstruktur der Blinden ist Ursache dieser Relation. Der weitaus größte Teil der Blinden erblindet im Alter, wo es manchem sehr

schwer fällt oder für viele gar unmöglich ist, die Blindenschrift noch zu erlernen. Diejenigen Blinden aber, die die Blindenschrift einmal erlernt haben, entweder in der Blindenschule, in einem Kursus ihrer Selbsthilfeorganisation oder autodidaktisch, möchten nicht mehr auf sie verzichten. Blinde Leser haben oft einen größeren Lesehunger als Sehende, weil sich ihnen die Welt weit mehr über das Wort erschließt, über die Sprache - eben auch über die Schriftsprache. Wir empfehlen auch Älteren, die Blindenschrift zu erlernen, sie bietet ein hohes Maß an Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit. Die Braillesche Punktenschrift wird daher lebendig bleiben und nicht von der Kassette verdrängt, sie hat auch den Computer erobert, nur müssen Bibliotheken wie die unsere sowie Blindenlehrer und Selbsthilfeverbände und -vereine stets aktiv für die Erhaltung dieses Kulturgutes und ihre Vermittlung etwas tun. Die Fachleute der DZB bzw. ihre Direktoren waren früher an der Arbeit der deutschen Punktenschriftkommission (sowohl in der gesamtdeutschen, später in der der DDR) vertreten und sind auch heute an der Weiterentwicklung bzw. Reformierung und Förderung dieser Brailleschen Punktenschrift beteiligt. Gewiß spielen in Bildung und Kommunikation, im Berufsleben blinder Menschen Tonträger und Disketten neben dem Buch eine erhebliche Rolle, gewiß sind Computer mit Sprachausgabe neben denen mit Braillezeile sowie Lesegeräte wesentliche Hilfsmittel für Blinde - und heute würde auch die DZB Nachschlagewerke wie den Duden, Taschenlexika oder Wörterbücher nicht mehr auf herkömmliche Weise drucken und binden wie noch in den sechziger und siebziger Jahren (der Duden in Blindenschrift in 26 Bänden), sondern für solche Projekte CDs oder Disketten wählen wie schon jetzt für einige unserer Kataloge. Aber die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig wird stets zu jenen Bibliotheken gehören, die dem Buch und dem Leser eine Zukunft bieten. Es ist nicht anders als bei Sehenden. Auch von ihnen werden viele ohne Computer, aber mit dem Buch leben, viele auch mit beidem - manche auch ohne Bücher.

Nur eins ist eben anders: Blinde lesen nicht mit den Augen.

Helmut Schiller, Dipl.-Lehrer, ist Leiter der Wissenschaftlichen Bibliothek der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig

Anmerkung:

¹ Helmut Schiller: Hundert Jahre DZB - Die wechselvolle Geschichte der ersten deutschen Blindenbücherei, Leipzig 1994

Die Berliner Staatsbibliothek nach der Wende Probleme, Chancen und Herausforderungen

**Antonius Jammers
& Hartmut List**
Berlin

I. Im vergangenen Jahr 1996, vor allem im Herbst, konnte sich die Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz eines auffallend regen Medieninteresses erfreuen. Angesichts des sonst üblichen Schattendaseins der Bibliotheken in der Berichterstattung

von Presse, Funk und Fernsehen ein durchaus beachtenswerter Sachverhalt. Doch welche Gründe veranlaßten zahlreiche Journalisten, nicht allein im Bibliotheksbestand, sondern auch in der Bibliotheksleitung zu recherchieren? Zum einen gab es natürlich die Berichterstattung über herausgehobene Neuerwerbungen, wie z.B. der Erwerb des Nachlasses von Dietrich Bonhoeffer, die Ersteigerung des Autographs einer Kirchenkantate von Johann Sebastian Bach oder über die Eröffnung einer interessanten Ausstellung. Be-eindruckend war auch die Medienresonanz, die mit der bemerkenswerten Rückgabe von 100.000 Büchern an deutsche Bibliotheken aus Georgien verbunden war und die im Rahmen eines offiziellen Festaktes und in Anwesenheit des Bundesaußenministers sowie des georgischen Botschafters in der Staatsbibliothek Unter den Linden stattfand.

Diese guten Nachrichten waren jedoch von Berichten überlagert, die weniger Erfreuliches zum Inhalt hatten. Unter Überschriften wie „Anschlag auf die geistige Mitte“¹, „Bricht die Stabi zusammen?“², „Schwankend im Märkischen Morast“³ stand dabei immer wieder das Bibliotheksgebäude Unter den Linden im Zentrum der Aufmerksamkeit. Im Nachfolgenden soll deshalb in aller Kürze das breite Spektrum der Problemfelder umrissen werden, die gegenwärtig mit dieser traditionsreichen Bibliothek verknüpft sind.

Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz - der Name klingt bekannt, trotzdem ist er neu. Denn Staatsbibliotheken gab es für mehrere Jahrzehnte im geteilten Berlin gleich zwei. Je nach geographischer Herkunft - ob aus Ost oder West - waren unterschiedliche Häuser gemeint, wenn auf diese Institution die Rede kam. Denn in bemerkenswerter Parallelität hat die Staatsbibliothek das Schicksal Deutschlands und Berlins mit Zerstörung, Trennung und Vereinigung geteilt. Hervor-

gegangen aus der einstigen Preußischen Staatsbibliothek beriefen sich die Deutsche Staatsbibliothek (Ost) und die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (West) auf die selbe, fast 350 Jahre alte Tradition. Nach fast 50 Jahren der Trennung begann unter einem verbindenden Namen 1992 ein neuer Abschnitt in der Geschichte des renommierten Hauses. Was bleibt, sind zwei Häuser einer Einrichtung in exponierter, ihrer Bedeutung angemessenen Lage in der alten und neuen deutschen Hauptstadt: Das ehrwürdige Stammhaus Unter den Linden und der einzigartig moderne Bibliotheksbau in der Nähe des Potsdamer Platzes.

Da Neuzuschaffendes vielfach nur aus dem Vorausgegangenen verständlich wird und ferner im Rahmen dieser Artikelserie über Bibliotheken in den Neuen Bundesländern zu berichten ist, sind den weiteren Ausführungen zur konzeptionellen und praktischen Gestaltung der wiedervereinigten Staatsbibliothek an dieser Stelle einige Reminiszenzen zur Deutschen Staatsbibliothek voranzustellen.

II. Die Deutsche Staatsbibliothek (DSB) war zum einen Teilnachfolgerin der Preußischen Staatsbibliothek und zum anderen in Abstimmung - und auch in gewisser Konkurrenz - mit der Deutschen Bücherei in Leipzig Nationalbibliothek der DDR.

Nach Abzug der schmerzlichen Kriegsverluste und der in Polen und in Rußland zurückgehaltenen wertvollen Bestände besaß die DSB knapp die Hälfte der Druckwerke und wertvollen Sonderbestände der alten Königlichen und Preußischen Bibliothek. Im Rahmen ihrer allerdings begrenzten Möglichkeiten war sie zu DDR-Zeiten erfolgreich bemüht, Lücken zu schließen und den Altbestand und die historischen Sondersammlungen zu vermehren.

Unabhängig von allen politischen Implikationen gab es zur Vorgängereinrichtung Preußische Staatsbibliothek eine bemerkenswerte Kontinuität, erleichtert auch durch die Beibehaltung - des allerdings zunächst stark zerstörten - Gebäudes Unter den Linden sowie durch die Fortführung der weitgehend vollständig erhaltenen Kataloge.

Die Funktionen der DSB wurden in der von der DDR-Regierung am 31.5.1986 erlassenen Bibliotheksverordnung definiert. Als zentrale wissenschaftliche Bibliothek der DDR war sie beauftragt, die wissenschaftlich bedeutsame Literatur aller Länder zu erwerben und zu erschließen und entsprechende Informationstätigkeit auszuüben. Darüber hinaus hatte sie gemäß dieser Verordnung das wissenschaftliche und kulturelle Erbe des deutschen Volkes zu pflegen und zentrale Aufgaben von nationaler und internationaler Bedeutung wahrzunehmen.

Die DSB besaß Ende 1989 3,8 Millionen Druckwerke und weitere 1,3 Millionen Bestandseinheiten in den historischen Sonderabteilun-

gen⁴. Ihr Neuzugang bestand beachtlicherweise etwa zur Hälfte aus Literatur aus den sog. Devisenländern (der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland). Insofern nahm die DSB gegenüber den ostdeutschen Hochschulbibliotheken eine durchaus privilegierte Stellung ein. Sie hatte, insbesondere mit den von ihr gepflegten Sondersammelgebieten, mit dem Institut für Leihverkehr und Zentralkataloge sowie mit ihrem Dokumentenbereitstellungszentrum und der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände wichtige Sonderaufgaben im Bibliothekswesen der zentralistisch strukturierten DDR zu erfüllen⁵. Diese herausgehobene Position wird ferner durch die Tatsache unterstrichen, daß der DSB-Stellenplan mehr als 500 Stellen umfaßte und ihr Erwerbungssetat 1989 knapp 7 Millionen Mark betrug.

Somit war die DSB vor der Wende eine große Bibliothek mit einem umfangreichen Altbestand und darüber hinaus mit einem vergleichsweise guten Bestand moderner westlicher Literatur. Sie verfügte über ein relativ funktionsfähiges Gebäude und über qualifiziertes Personal. Dennoch litt sie ganz erheblich, wie andere Einrichtungen und Bibliotheken auch, unter stetig wachsenden Problemen des realsozialistischen Alltags der DDR und war in manchen Bereichen vom Standard westdeutscher und westeuropäischer Bibliotheken deutlich entfernt. Die Rahmenbedingungen verschlechterten sich in der Endzeit der DDR, das betraf insbesondere die räumliche Situation mit dem immer noch fehlendem Buchtransportsystem, desolaten Aufzügen, die schlechte technische Ausstattung - vom Fuhrpark bis zur Datenverarbeitung - oder auch großen Rückstände beim Einband der Periodika.

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 und das Ende der DDR im Oktober 1990 erwies sich für die weitere Entwicklung der DSB als der gravierende Einschnitt, der die Bibliothek vor die Notwendigkeit stellte, Funktionen, Aufgaben und interne Organisation neu zu definieren und zu gestalten. Zunächst sah sich die Bibliothek jedoch mit einem drastischen Absinken ihrer Benutzerzahlen konfrontiert, da immer mehr Leser die nunmehr zugänglichen Literatur- und Leistungsangebote der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (SBPK) und anderer Bibliotheken im westlichen Teil Berlins nutzten. Nach dem Zusammenbruch der DDR bestand auch kein Bedarf mehr für eine ostdeutsche Nationalbibliothek. Für ein „zentrales“ Dokumentenbereitstellungszentrum, für einen besonderen DDR-Leihverkehr oder für DDR-Zentralkataloge gab es keine Basis mehr. Sehr schnell wurde klar, daß in Berlin nicht zwei große Staatsbibliotheken unabhängig voneinander fortexistieren konnten. Daraus erwuchs die Notwendigkeit, unverzüglich zu abgestimmten Formen der Zusammenarbeit zwischen beiden Bibliotheken zu finden.

Im Rahmen der ersten Gespräche zwischen den Leitungen beider Bibliotheken wurden die Felder der Zusammenarbeit ermittelt und mögliche Formen der Kooperation besprochen. Befördert durch die Dynamik der politischen Entwicklung und die zu Beginn des Jahres 1990 deutlich erkennbaren Konturen des deutschen Vereinigungsprozesses, bestand auf beiden Seiten sehr schnell Übereinstimmung, daß das Ziel dieser Gespräche nur die Vereinigung der beiden Nachfolgeeinrichtungen der Preußischen Staatsbibliothek sein konnte. Bereits am 31. Mai 1990 legten beide Bibliotheken ein gemeinsames Memorandum zur Zukunft der vereinigten Staatsbibliotheken vor. Ziel des Memorandum war, die getrennten Teile der ehemals staatlichen preußischen Sammlungen wieder zusammenzuführen, was wenige Monate später auch so im Artikel 35, Absatz 5 des Einigungsvertrages fixiert wurde. Somit waren auf politischer Ebene die Weichen zur Vereinigung beider Bibliotheken gestellt⁶.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, im Detail auf die administrativen Probleme einzugehen, die im Zusammenhang mit den notwendigen Strukturveränderungen in der DSB zu bewältigen waren. Sie dürften in ihrem Kern auch mit denen anderer ostdeutscher Betriebe und Institutionen vergleichbar sein. Hier wie anderswo vollzog sich dieser schwierige Prozeß unter dem Wirken der spezifischen Faktoren der Wendezeit: die Freude und der Wunsch nach Vereinigung war gepaart mit Mißtrauen, Vorbehalten und Vorurteilen bei nicht wenigen Mitarbeitern, Ängste um den Arbeitsplatz, Unsicherheiten über die Anerkennung beruflicher Abschlüsse und tariflicher Eingruppierungen. Natürlich stellten sich auch Fragen der Stasi- und SED-Vergangenheiten, obwohl in der DSB nur etwa 5% der Mitarbeiter SED-Mitglieder waren.

Unabhängig von diesen Alltagsproblemen waren die Generaldirektoren der DSB und der SBPK herausgefordert, in kürzester Zeit ein Konzept für die Vereinigung beider Bibliotheken zu erarbeiten. Unter Beachtung der vorhandenen Voraussetzungen galt es zu überlegen, wie die Aufgaben- und Bestandsverteilung der „Vereinigten Staatsbibliothek“ aussehen sollte. Parallel dazu wurden erste praktische Maßnahmen der Zusammenarbeit realisiert: Aufbau eines Benutzungsverbandes, Abgleich der laufend bezogenen Zeitschriftenabonnements und Abbestellung dubletter Titel, Eintragung der Zeitschriften der DSB in die Zeitschriftendatenbank u.v.m. Die Abteilungen der DSB und der SBPK erhielten den Auftrag, bis Ende Juli 1990 Vorschläge für ihre Zukunft im Rahmen der Vereinigung beider Bibliotheken auszuarbeiten. Auf dieser Grundlage entstandene Denkmodelle wurden in einer Vielzahl von Gremien und in ungezählten Beratungen auf ihre Realisierbarkeit hinterfragt. Mögliche Lösungen wurden vor allem unter dem Ge-

sichtspunkt einer für den Benutzer nachvollziehbaren Aufgaben- und Bestandsverteilung, der vorhandenen räumlichen Voraussetzungen beider Bibliotheksgebäude, der ökonomischen Vertretbarkeit, der wissenschaftlichen, bibliothekarischen und organisatorischen Zweckmäßigkeit diskutiert. Sehr schnell kristallisierte sich heraus, daß Ideallösungen auf absehbare Zeit nicht realisierbar sind. An keinem der beiden Standorte kann die Bibliothek geschlossen untergebracht werden und für einen Bibliotheksneubau waren weder ein geeigneter Standort noch die erforderlichen Mittel vorhanden.

Im Ergebnis der Beratungen wurde für die Staatsbibliothek eine „Zwei-Häuser-Konzeption“ entwickelt, die vom Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz am 2.12.1991 gebilligt wurde. Der Stiftungsrat beschloß in dieser Sitzung ferner, mit Wirkung vom 1.1.1992 die DSB mit der SBPK unter dem Namen „Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz“ (SBB) organisatorisch zusammenzuführen und beendete damit die als Folge des 2. Weltkrieges entstandene Teilung der Staatsbibliothek⁷.

III. Die Konzeption der „Zwei-Häuser-Bibliothek“⁸ sieht als grundlegende Prämisse die Weiternutzung der beiden großen Bibliotheksgebäude Unter den Linden und in der Potsdamer Straße vor, und zwar im Rahmen einer einheitlichen und häuserübergreifenden Struktur mit folgender Schwerpunktsetzung und Aufgabenverteilung:

— Im Haus Unter den Linden (Haus 1) wird eine „Historische Forschungsbibliothek“ aufgebaut, der die Hauptabteilung Historische Drucke, die Sonderabteilungen für Handschriften, Musik, Karten, Kinder- und Jugendbuch sowie die Abteilung für Bestandserhaltung und Reprographie zugeordnet werden. Nach Abschluß der notwendigen Gebäudesanierung, einschl. der Errichtung eines neuen großen Lesesaals, soll in diesem Teil der SBB vor allem deren gesamter Altbestand bis zum Beschaffungsjahr 1955 konzentriert werden.

Der Aufbau einer „Historischen Forschungsbibliothek“ gründet sich auf die Voraussetzung, daß im Haus Unter den Linden eine hervorragende Quellsituation gegeben ist, an deren Ausbau zielstrebig gearbeitet und die rund 3 Millionen Bände umfassen wird. Inhaltlich wird dieser Bestand den Zeitraum von den Anfängen des Buchdrucks bis zur Mitte unseres Jahrhunderts dokumentieren. Aufgabe einer Historischen Forschungsbibliothek ist es, diesen Bestand durch Antiquaria-Erwerbungen fortlaufend zu ergänzen und zur Unterstützung von Wissenschaft und Forschung tiefer zu erschließen. In dieses Aufgabenprofil organisch integriert sind die der Staatsbibliothek übertragenen Verantwortlichkeiten im Rahmen solch überregionaler Projekte wie der „Samm-

lung deutscher Drucke⁹ und des „VD 17“¹⁰. „Historische Forschungsbibliothek“ subsumiert somit die historische Bibliothek als Forschungsgegenstand, als Forschungsquelle, mit Raum für unzählige Projekte der Druck-, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Das sind weiterhin Ausstellungen und Publikationen, Kooperationen mit Universitäten, der Akademie der Wissenschaften und mit großen Forschungsvorhaben, da ist viel Platz und Raum für Initiativen und Vorhaben, die Bibliothek als reiche Fundgrube und Quelle zu nutzen.

— Im Scharounbau der SBB (Haus 2) dagegen entwickelt sich eine große wissenschaftliche „Informationsbibliothek“ mit den modernen Beständen (ab Beschaffungsjahr 1956). Ferner sind in diesem Bibliotheksgebäude die regionalen Sonderabteilungen Osteuropa, Orient- und Ostasien sowie die Abteilung Amtsdrukchriften und Internationaler Amtlicher Schriftentausch untergebracht. Ganz oder überwiegend befinden sich in diesem Teil der Bibliothek auch die Zentralabteilung, die Erwerbungs- und Katalogisierungsabteilung (jeweils für moderne Druckschriften), die Abteilung Überregionale Bibliographische Dienste sowie die für Informationstechnik.

Als einzige echt häuserübergreifende Abteilung ist die Benutzungsabteilung für die allgemeinen Magazine und Lesesäle in beiden Häusern zuständig und auch entsprechend räumlich verteilt.

Mit der Verwirklichung der Konzeption wurde sofort nach Vereinigung der beiden Staatsbibliotheken im Jahre 1992 begonnen. In beispielhafter Auswahl soll hier nur auf die wichtigsten Aktivitäten verwiesen werden:

— Ältere Literatur (bis 1955) wird nur noch in Haus 1 beschafft. Der Zugang bei antiquarischen Erwerbungen beläuft sich in der dafür verantwortlichen Abteilung Historische Drucke von 1992 bis 1996 auf ca. 73.000 Bestandseinheiten (davon rund 20.000 Reprints und Mikrofiches).

Bereits 1992 wurden in diesem Bibliotheksteil so gut wie alle laufenden Zeitschriften abbestellt bzw. die Abonnements von der Erwerbungsabteilung im Haus 2 übernommen.

— Mit der physischen Vereinigung der durch Kriegs- und Nachkriegszeit willkürlich getrennten Altbestände wurde 1995 begonnen; die Signaturen der Sachgruppen Theologie, Rechts- und Staatswissenschaft wurden im Haus 1 zusammengeführt, dabei wurden 140.000 Bände aus dem Haus 2 übernommen. Für 1997 ist eine weitere größere Bestandstransaktion vorgesehen.

— Eine wichtige Voraussetzung für das Zusammenwachsen beider Häuser ist die Verbesserung der sehr schwierigen Katalogverhältnisse. Es liegt auf der Hand, daß eine Institution wie die Staatsbibliothek mit

ihrer bewegten Vergangenheit durch eine wenig homogene Erschließung ihrer Bestände belastet ist. Allein auf dem Gebiet der Formalkatalogisierung gibt es für den Hauptbestand neben ergänzenden Bestandsnachweisen vor allem folgende, sich teilweise überschneidende Nachweisinstrumente:

* den Alphabetischen Katalog I (AK I), ein handschriftlicher Zettelkatalog bis 1909 für Haus 1,

* den Alphabetischen Katalog II (AK II), ein PI-Zettelkatalog¹¹ von 1909 bis 1974 für Haus 1,

* den Alten Alphabetischen Katalog (AAK), ein PI-Zettelkatalog bis 1984 für Haus 2,

* den Alphabetischen Katalog III (AK III), ein RAK-Zettelkatalog bis 1991 für Haus 1,

* den Verbundkatalog ab 1985 im Haus 2 (für Haus 1 ab 1992).

Die Neuerwerbungen in Haus 2 werden seit 1985 und die aus beiden Häusern somit seit 1992 im Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg online-gestützt katalogisiert, die Zeitschriften und Serien aus Haus 2 sind vollständig, die aus Haus 1 überwiegend in der Zeitschriftendatenbank (ZDB) erfaßt. Trotz weitgehender Verfilmung und damit Duplizierung der Kataloge für beide Häuser kommt in dieser schwierigen Nachweissituation der Überführung der Titel der alphabetischen Hauptkataloge in eine Datenbank besondere Bedeutung zu. Deshalb wurde bereits 1991 mit der Retrokonversion dieser Katalogdaten begonnen. Die Realisierung dieser Aufgabe erfolgte mit hoher Priorität und erheblichen personellen und finanziellen Aufwendungen. So konnten bis zum Herbst 1996 bereits 4 Millionen Titelsätze in die Konversionsdatenbank aufgenommen werden. Zusammen mit den Titeln der Staatsbibliothek im regionalen Verbund und aus der ZDB sind somit etwa ca. 5 Millionen Titel oder gut zwei Drittel des Druckschriftenbestandes der SBB elektronisch erfaßt. Es ist beabsichtigt, im Rahmen einer Übergangslösung diese Titelsätze noch im Jahr 1997 in Form einer CD-ROM-Ausgabe verbessert zugänglich zu machen und damit den Bestandsnachweis für Benutzer und Mitarbeiter der SBB bis zur Inbetriebnahme des gegenwärtig in der Phase der Entwicklung befindlichen komplexen Bibliotheksinformationssystems deutlich zu verbessern.

— Die Erarbeitung eines umfassenden schriftlichen Erwerbungskonzeptes für alle erwerbenden Abteilungen der Staatsbibliothek. Damit werden nicht nur die Grundsätze für den Bestandsaufbau transparent gemacht, sondern auch ihr Beschaffungsprofil im lokalen und nationalen Kontext dargestellt.¹²

— Der unbefriedigende Erhaltungszustand des Hauses 1 sowie die Umsetzung der in der SBB-Bibliothekskonzeption für dieses Gebäude vor-

gesehene Zweckbestimmung ist mit umfangreichen Baumaßnahmen verbunden. Erschreckend ist dabei vor allem, daß für notwendige Gebäudesanierung wesentlich höhere Kosten veranschlagt werden müssen, als nach der Wende zunächst von Fachleuten geschätzt wurden. Dies hat zur Konsequenz, daß alle Zeitvorstellungen der letzten Jahre für die Sanierung nicht zu halten sind. Bei allen gravierenden Defiziten des Gebäudes, den erheblichen und noch für viele Jahre ungelösten Schwierigkeiten konnten in den zurückliegenden 5 Jahren dennoch bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Ertüchtigung des Gebäudes und zur Verbesserung der Situation für Benutzer, Bibliothekare und Bestände erreicht werden. Natürlich ist insgesamt noch ein weiter Weg zurückzulegen bis zum Standard moderner westlicher Bibliotheken oder des Scharounbaus, aber das Gebäude ist, sieht man von den Magazinen, der Ausleihe und dem Transportsystem ab, weitgehend voll funktionsfähig und in kleinen Teilbereichen bereits vorzüglich rekonstruiert. Von einer baulichen Gefährdung des Gebäudes kann somit nicht die Rede sein.

— Als die SBB im Sommer 1995 Gewißheit erhielt, daß nicht, wie zunächst erhofft, in wenigen Jahren ein Abschluß der baulichen Rekonstruktion des Hauses 1 möglich sein wird, beschloß die Leitung der Bibliothek, unter Inkaufnahme von Provisorien und vorläufigen Lösungen die verschiedenen Sonderabteilungen nach deren organistorischen Vereinigung 1992 auch physisch jeweils an einem Standort zusammenzufassen. Endlich - nach mehr als 50 Jahren - soll den Benutzern an einem Ort der Gesamtbestand mit allen Nachweisen wieder zur Verfügung stehen. Natürlich spielten auch ökonomische Gründe eine Rolle, denn zwei Sonderlesesäle für eine Abteilung sind unwirtschaftlich, eine längerfristige Doppelung und parallele Aktualisierung der Handbibliotheken ist nicht vertretbar. Nach entsprechenden, insbesondere für die Musikabteilung recht umfangreichen - auch baulichen¹³ - Vorarbeiten werden 1997 in folgender Reihenfolge diese physischen Zusammenführungen von Abteilungen an jeweils einem Standort vorgenommen:

* Überführung der Rara-Bestände des Hauses 2, bisher in Verantwortung der Handschriftenabteilung, nach Haus 1. Nach deren Vereinigung mit der Rarasammlung des Hauses 1 entsteht in der Zuständigkeit der Abteilung Historische Drucke eine großartige, insgesamt 60.000 Bände umfassende Sammlung besonders wertvoller Druckschriften.

* Integration der beiden insgesamt ca. 4.300 Bände umfassenden Inkunabelsammlungen in Haus 1 (weiterhin in Verantwortung der Handschriftenabteilung).

* Zusammenlegung der Musikabteilung in Haus 1.

* Zusammenfassung der Handschriftenabteilung, aus Platzgründen allerdings vorübergehend in Haus 2; der Inkunabelbestand mit dem Arbeitsbereich Gesamtkatalog der Wiegendrucke wird dagegen in Haus 1 konzentriert.

* Vereinigung der Orientabteilung in Haus 2.

* Zusammenlegung der Zeitungsabteilung mit ihrem Bestand von rund 160.000 großformatigen Zeitungsbänden und zahlreichen Mikrofilmen aus beiden Häusern sowie mit einem eigenen kleinen Lesesaal und Benutzungsbereich an einen neuen Ausweichstandort (dieser steht in einem gut geeigneten und hergerichteten ehemaligen Lagerhaus am Berliner Westhafen zur Verfügung).

Mit diesen Maßnahmen wird unter Inkaufnahme von vorübergehend hinnehmbaren Provisorien die Mehrzahl der bisher geteilten Sonderabteilungen beider Vorgängereinrichtungen vereinigt werden können. Zwar gibt es für sie seit 5 Jahren jeweils eine verantwortliche Leitung, aber jetzt können endlich die seit Jahrzehnten getrennten Bestände wieder zusammengeordnet werden; dies gilt auch für die jeweiligen Handbibliotheken in den Sonderlesesälen und für die Kataloge. Ein wichtiger Fortschritt im Vereinigungsprozeß der Staatsbibliothek ist auch der Umstand, daß die Mitarbeiter jeweils in einem Haus untergebracht werden, ihre Abteilung also endlich als eine Einheit erleben werden.

Leider ist aus Kapazitätsgründen eine physische Zusammenführung der großen Kartenabteilung kaum möglich. Auch wenn eine diesbezügliche Machbarkeitsstudie noch aussteht, scheint eine geschlossene Unterbringung der gesamten Bestände, insbesondere der ca. 900.000 Karten und Pläne sowie der 150.000 Städteansichten derzeit an einem Standort kaum realisierbar. Es wird deshalb Aufgabe der nächsten Jahre sein, zumindest die historischen Karten (bis 1945) in Haus 1 zu konzentrieren und die modernen Karten und Pläne in Haus 2 zusammenzuführen.

Aus der bisherigen - leider nur abrißartig möglichen - Darstellung wird deutlich, daß auf dem komplizierten Weg der Vereinigung der Staatsbibliothek in den zurückliegenden 5 Jahren bereits viel geschaffen wurde und wichtige Weichenstellungen für die weitere Entwicklung der größten deutschen Universalbibliothek erfolgten. Eigentlich kein Grund für die beunruhigenden Pressemeldungen zu den Zukunftsperspektiven der Staatsbibliothek. Was ist passiert und wo liegen die Ursachen für unsere derzeitigen Probleme und Schwierigkeiten?

IV. Wie alle Einrichtungen und Institutionen des Kultur- und Wissenschaftsbereiches ist natürlich auch die Staatsbibliothek mit der schwierigen Haushaltssituation bei Bund und Ländern konfrontiert. Die massiven Etatkürzungen betreffen in unserer Einrichtung vor allem die un-

gewöhnlich kostspielige Rekonstruktion des Hauses Unter den Linden. Laut ursprünglicher Planung sollte das Gebäude mit neuem zentralen Lesesaal Mitte des nächsten Jahrzehnts fertig werden. Auf der Grundlage einer sog. verbesserten Planungsgrundlage hieß es dann 1995, daß sich die Baumaßnahmen bis zum Jahre 2015 erstrecken werden.

Inzwischen ist jedoch auch diese notwendige Planungssicherheit weitgehend verlorengegangen. Seit Frühjahr 1995 beschäftigt sich der Bundesrechnungshof (BRH) mit der Staatsbibliothek. Es geht ihm um die „Feststellung organisatorischer Schwachstellen unter besonderer Berücksichtigung der organisatorischen Auswirkungen der Deutschen Einheit“. In einem ersten an das Bundesinnenministerium gerichteten Teilbericht vom 27. März 1996 hält es der BRH zusammenfassend für geboten, das „Zwei-Häuser-Modell“, insbesondere unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte

- * Umbau und Erweiterung des Gebäudes an der Potsdamer Straße
- * Beibehaltung der Speicherbibliothek am Berliner Westhafen und
- * Einbeziehung der Räumlichkeiten des Ibero-Amerikanischen Instituts nochmals zu überdenken sowie alle Alternativen gegeneinander abzuwägen und ggf. eine Neukonzeption mit dem Ziel der Zusammenführung der SBB an einem Standort zu entwickeln.

Es ist unschwer zu erkennen, daß dem Bibliotheksgebäude Unter den Linden in diesen Überlegungen bereits keine Funktion mehr zugedacht wird.

Der vorliegende Teilbericht des BRH wurde von der Generaldirektion der Staatsbibliothek und der Hauptverwaltung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Zusammenarbeit mit der Bundesbaudirektion geprüft. Die im Ergebnis erstellten Stellungnahmen beinhalten folgende Kernpunkte:

— Eine denkbare Konzentration der wesentlichen Funktionen der Bibliothek auf Haus 2 würde vor allem - soweit überhaupt möglich - schwierige Umbauten im Scharounbau und größere Erweiterungsbauten bedingen und wäre frühestens im Jahre 2015 baulich abgeschlossen. Die dann zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten wären jedoch nicht nur völlig unzureichend, sondern wichtige Funktionszusammenhänge könnten nicht realisiert werden. Nicht erreicht würden die erforderlichen Flächen zur Unterbringung der Mitarbeiter und der Sonderabteilungen - insbesondere mit deren Bedarf an Tresormagazinen - sowie für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Benutzerarbeitsplätzen. Die weitere Entwicklung der Bibliothek wäre damit ernsthaft gefährdet.

— Der Vergleich der von der Bundesbaudirektion geschätzten Baukosten zwischen beiden Modellen ergab, daß das „Zwei-Häuser-Modell“ eher günstiger liegt, daß also die Vermutung des BRH, mit der Aufgabe

des Bibliotheksgebäudes Unter den Linden ließen sich Investitionskosten einsparen, nicht zutrifft.

— Eine Verwendung von Haus 1 für andere als Bibliothekszwecke scheidet wegen der umfangreichen selbsttragenden Regalkonstruktion im Gebäude praktisch aus. Die zuständige Berliner Senatsverwaltung - Fach- und Finanzressort - hat verbindlich erklärt, daß eine Übernahme des Gebäudes durch das Land Berlin nicht in Frage kommt. Die Humboldt-Universität hat andere Schwerpunkte gesetzt, für sie ist die Übernahme nicht finanzierbar.

Diese Stellungnahmen wurden dem Bundesinnenministerium zugeleitet; sie waren zusammen mit dem Teilbericht des BRH im Spätsommer 1996 Gegenstand zahlreicher Erörterungen der beteiligten Bundesressorts mit dem BRH und teilweise auch mit den Berichterstattern des Haushaltsausschusses des Bundestages sowie mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Im Rahmen dieser Beratungen konnte sich der BRH zunächst insoweit durchsetzen, daß für die SBB nunmehr vier denkbare Unterbringungsalternativen zu überprüfen sind:

1. das „Zwei-Häuser-Modell“ u.U. unter dauerhafter Einbeziehung des Ausweichmagazins am Westhafen
2. die Konzentration am Standort Potsdamer Straße unter Einbeziehung dort möglicher Erweiterungsbauten und des Ausweichmagazins am Westhafen sowie unter Aufgabe des Gebäudes Unter den Linden
3. die Errichtung eines Neubaus für die gesamte Bibliothek an einem noch zu findenden Standort und unter Aufgabe der beiden bisherigen Bibliotheksgebäude
4. ein kombiniertes Modell: Haus 2, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Erweiterungsbauten und des Ausweichmagazins, sowie Teile von Haus 1; im übrigen Nutzung von Haus 1 durch andere Stiftungseinrichtungen.

Die genannten vier Varianten werden nunmehr in zwei Stufen von externen Sachverständigen untersucht. Zunächst wird das Aufgabenprofil der Staatsbibliothek von 3 vom Bundesinnenministerium bestellten Experten im Rahmen einer bibliotheksfachlichen¹⁴ Begutachtung überprüft. Dieses Gutachten soll im Sommer 1997 vorliegen. Da es für die langfristige Entwicklung der Bibliothek von ganz erheblicher Bedeutung sein dürfte, ist es unausweichlich, daß sich die zuständigen Ministerien in Bonn und Berlin¹⁵, die Bibliothek und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz selbst, aber auch die Bibliothekskommission, die Referentenkommission, der Stiftungsrat und nicht zuletzt auch der BRH mit dem Gutachten auseinandersetzen. Ziel muß ein allseits akzeptiertes Aufgabenprofil und Mengengerüst sein; dies wird bestenfalls Ende 1997 vorliegen können.

In einer zweiten Stufe wird dann - vermutlich Anfang 1998 - von einem weiteren externen Sachverständigen die Wirtschaftlichkeit der oben aufgeführten vier Unterbringungsvarianten geprüft werden. Insbesondere die Prüfung der Varianten 2 und 3 erfordert aber vorab die Anfertigung konkreter Machbarkeitsstudien. Unter Beachtung baurechtlicher und stadtplanerischer Aspekte ist zu klären, in welchem Umfang Erweiterungen am Haus 2 tatsächlich möglich sind. Ferner ist die Fragestellung zu untersuchen, welche baulichen Eingriffe am Scharounbau erforderlich sind und ob diese aus bibliotheksfachlichen, bauästhetischen und baurechtlichen Gründen auch akzeptiert und umgesetzt werden können. Darüber hinaus muß festgestellt werden, ob sich in Berlin ein für die Bedürfnisse der SBB geeignetes großes Grundstück mit akzeptabler Verkehrsanbindung und vergleichbarer räumlicher Beziehung zu den großen Wissenschaftsinstitutionen der Stadt finden läßt. Schließlich ist zu untersuchen, welche sinnvolle und auch finanzierbare Nachnutzung der beiden vorhandenen großen Bibliotheksbauten möglich wäre.

Erst mit Vorlage der zweiten gutachterlichen Stellungnahme ist die Voraussetzung für eine letztlich politische Entscheidung gegeben, die zum Standort und damit auch zum Bibliothekskonzept erforderlich ist. Auf Grundlage dieser dann verbindlichen Entscheidung wird mit der endgültigen mehrjährigen Bauplanung begonnen werden können, so daß bestenfalls im zweiten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts eine abgeschlossene bauliche Lösung vorliegen wird.

V. Zusammenfassend läßt sich somit feststellen: Der Vereinigungsprozeß bei der Staatsbibliothek zu Berlin dauert noch Jahrzehnte. Wohl keine unserer größeren Bibliotheken in Deutschland wurde durch den Zweiten Weltkrieg, die Nachkriegsjahrzehnte und die Zeit der Vereinigung so langfristigen und tiefgreifenden Belastungen wie die Staatsbibliothek zu Berlin unterworfen. Bis zum Beginn des Krieges verkörperte sie die führende wissenschaftliche Bibliothek in Deutschland. Dann folgten Auslagerung, Vernichtung und Verlust von bis zu 800.000 Bänden, ein weitgehend im Krieg zerstörtes Gebäude Unter den Linden, wertvollste Sammlungsbestände noch heute in Polen und Rußland und jahrzehntelange Teilung.

Nun, 7 Jahre nach der deutschen Vereinigung, wurde, vom BRH erzwungen, eine erneute Grundsatz- und Standortdiskussion mit allen Konsequenzen, Verzögerungen und vermutlich auch Verteuerungen begonnen. Die Unsicherheit bei den Mitarbeitern ist verständlich. Der große Elan und das spürbare Engagement, nach langer Zeit der Teilung an der Vereinigung der Staatsbibliothek tatkräftig mitwirken zu können,

droht verloren zu gehen. Dies ist jedoch kein Anlaß zur Resignation, sondern wird als besondere Herausforderung verstanden.

Antonius Jammers, Dr. jur., ist seit 1995 Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz. Hartmut List, Dipl.-Phil., ist seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Generaldirektion der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz

Anmerkungen:

¹ H. J. Schuster: Anschlag auf die geistige Mitte. In: *Rheinischer Merkur* vom 6.9.1996

² Peter Schubert: Bricht die „Stabi“ zusammen? In: *Berliner Morgenpost* vom 22.11.1996

³ H. Wefing: Schwankend im Märkischen Morast. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11.11.1996

⁴ Handschriften-, Musik-, Karten-, Inkunabel-, Orient- u. Kinder- u. Jugendbuchabteilung; Abteilung für Seltene und Kostbare Drucke; Theodor-Fontane-Archiv

⁵ Siehe dazu: Mehrjahresbericht Deutsche Staatsbibliothek 1986-1991. In: *Berichte zur Geschichte der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin*. Berlin 1996. Sowie Antonius Jammers: Das Ende der Deutschen Staatsbibliothek. In: *Wissenschaftliche Bibliotheken nach der Wiedervereinigung Deutschlands - Entwicklung und Perspektive*. Halle (Saale) 1996, S. 210 ff. und Daniela Lülfiing: Die Entwicklung der Deutschen Staatsbibliothek und ihre Rolle im Bibliothekswesen der DDR. Erscheint demnächst in den *Beiträgen zur Buch- und Bibliotheksgeschichte*. Hrsg. von der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel.

⁶ Da die DSB eine dem Ministerium für Wissenschaft und Bildung der DDR (bis 1989 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen) nachgeordnete Einrichtung war, ging sie mit Wirkung vom 3.10.1990 in die Trägerschaft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz über.

⁷ Endgültig wird die Nachkriegsgeschichte aber erst beendet sein, wenn die Zusammenführung von Beständen und Erschließungsmitteln auch praktisch vollzogen sein wird.

⁸ Siehe dazu: Die „Vereinigte Staatsbibliothek zu Berlin“. Organisation einer Bibliothek in zwei Häusern. In: *Jahrb. Preußischer Kulturbesitz* 1991. Bd. 28, 1992, S. 41 ff. Aber auch: Richard Landwehrmeyer: Die Staatsbibliothek zu Berlin. In: *Bibliotheken in alten und neuen Hochschulen*. Frankfurt/M. 1993, S. 83 ff. (ZfBB Sonderb. 55). Günter Baron: Die Staatsbibliothek zu Berlin-Preußischer Kulturbesitz: Eine Bibliothek in zwei Häusern. In: *Mitt. SBB (PK) N.F. 2*, 1993, S. 1 ff.

⁹ Die SBB sammelt und erschließt im Rahmen dieses Projektes alle von 1871 bis 1912 erschienenen Drucke.

¹⁰ Erarbeitung eines Verzeichnisses aller in deutschen Bibliotheken vorhandenen Drucke des 17. Jahrhunderts

¹¹ Katalogisierung nach dem Regelwerk der „Preußischen Instruktionen“

¹² Siehe dazu: Staatsbibliothek zu Berlin-Preußischer Kulturbesitz. Grundsätze des Bestandsaufbaus. Berlin 1996.

¹³ bis hin zum Einbau einer kleinen Teletift-Anlage

¹⁴ Dabei sind vor allem Fragen der Aufgaben- und Bestandsentwicklung sowie des perspektivischen Stellen- u. Raumbedarfs der Bibliothek zu untersuchen.

¹⁵ Das Land Berlin trägt 50% der für die Gebäude der Stiftung Preußischer Kulturbesitz notwendigen Investitionskosten.

Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990 - 1997

Peer Pasternack
Leipzig

Leipzig, Sitzungssaal des früheren Reichsgerichts, im März 1997: Unter großer öffentlicher Beachtung verhandelt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Verfassungsbeschwerden mehrerer Beschwerdeführer, denen als

Bedienstete im öffentlichen Dienst ostdeutscher Länder wegen „mangelnder persönlicher Eignung“ nach Einigungsvertrag gekündigt worden war. Einer der Beschwerdeführer ist Heinrich Fink, 1990/91 Rektor der Berliner Humboldt-Universität, gekündigt mit der Begründung, er sei als IM „Heiner“ für das MfS tätig gewesen. Dem BVerfG sind bei der eigenen Feststellung von Tatsachen enge Grenzen gesetzt. So sah es nun seine Aufgabe nicht darin, die landesarbeitsgerichtlich erkannte IM-Tätigkeit Finks nochmals auf ihre Tatsächlichkeit hin zu überprüfen. Vielmehr ging es dem BVerfG um die Frage, ob das LAG Bedeutung und Tragweite des Grundrechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes genügend berücksichtigt habe, als es die Weiterbeschäftigung Finks als unzumutbar entschied. Am 8.7.1997 wurde Finks Beschwerde durch das BVerfG zurückgewiesen. (Az 1 BvR 1934/93) Für diesen Fall hatte Fink vorher bereits den Gang zum Europäischen Gerichtshof angekündigt. Seine Erfolgsaussichten dort gelten als offen.

Der Fall Fink war durch komplexe Konstellation, Vielfalt der Verfahrenselemente und symbolische Aufladung gekennzeichnet. Insoweit darf er Bedeutung über sich selbst hinaus beanspruchen. Die hier gegebene Problemverdichtung focussiert am personalen Einzelfall exemplarisch zahlreiche der zentralen Fragen, die sich mit dem ostdeutschen Hochschulumbau verbinden.

Wie man 1990 Rektor wurde

Im Herbst 1989 hatte der Professor für Anorganische Chemie Dieter Hass das Rektorat der Humboldt-Universität (HU) inne. In einem am

16. November 1989 veröffentlichten Interview betonte er, sich als Rektor nicht in Frage stellen zu können und zu wollen: „Der wissenschaftliche Rat hat mich vor eineinhalb Jahren in geheimer Abstimmung zum Rektor gewählt. So lange ich hier das Vertrauen habe, und sei es mit einer Mehrheit von 51 Prozent, werde ich mich der Verantwortung meines Amtes stellen.“ (Hass 1989)

Bald indes geriet Hass in den - seinerzeit allgemein schädlichen - Ruf, sich in Überanpassung zu üben. Aussagen wie: „Ich bin aus der SED ausgetreten, weil ich mit der Realität, was man aus der sozialistischen Idee gemacht hat, einfach nicht mehr zu Rande kam“ (Hass 1990), in Verbindung mit pejorativen Spitzeln gegen die „Kollegen von der PDS“, auf die das Gorbatschow-Wort zuträfe: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben (Maler 1990), lassen dies nachvollziehbar erscheinen. Andererseits formulierte Hass lediglich technokratische Selbstverständlichkeiten, wenn er auf folgendes hinwies:

„Gemessen an der Zahl der Studenten haben wir etwa doppelt soviel Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter als die akademischen Bildungseinrichtungen der BRD. Deshalb werden wir entweder unseren Wissenschaftlerbestand um die Hälfte reduzieren, was für uns nicht in Frage kommt, oder das Doppelte an Leistung bringen müssen, zum Beispiel durch Aufhebung des Numerus clausus für mehrer Studienrichtungen. [...] Wenn wir von einer marktwirtschaftlichen Orientierung ausgehen, dann werden wir am Ende auch arbeitslose Akademiker produzieren. [...] Unsere Gesellschaft muß sich jetzt darauf orientieren, bestimmte Prozesse übers Geld zu steuern, wo wir früher glaubten, sie über das Bewußtsein steuern zu können. Und in diesem Kontext halte ich es für überlegenswert, die Stipendien als Kredit zu gewähren, wie beim Bafög in der BRD, um einen gewissen Leistungsdruck zu erzeugen.“ (Hass 1990)

Auf einer studentischen Protestveranstaltung gegen diese Interview-Aussagen begründet er sie: „Wir brauchen die Hilfe von drüben... Von westlicher Seite gibt es eine klare Position. Wenn wir den Numerus clausus nicht beseitigen, dann gibt es kein Geld für unsere Unis.“

Die Reaktionen: „Wütende Zwischenrufe wie: ‘Das ist Kapitulation vor dem großen Geld!’ und ‘Kapitulanten können wir an der Spitze dieser Universität nicht gebrauchen!’“ Jedenfalls stellt Hass bei dieser Gelegenheit auch klar, daß er nicht wieder zur Wahl des Rektors kandidieren werde: „Ich hoffe nur, daß Sie einen kriegen, der etwas besseres zu bieten hat“. (Kaemmel 1990)

Die Studenten meinten, eine solchen zu haben: „Der Studentenrat wollte... nicht abseits stehen und hat beschlossen, eine eigenen Kandidaten vorzuschlagen und besonders zu unterstützen: Der Philosophie-Historiker Gerd Irrlitz, der nicht nur wegen seiner Vorlesungen bei Studenten einen guten Ruf genießt...“¹ Irrlitz stellte ein wissenschaftsphilosophisch inspiriertes Reformprogramm vor:

„Der kulturell-dynamische Charakter der Wissenschaften als ein Gefüge von sich immer wieder umbildenden Rationalitätsfeldern soll auch in der Universitätsstruktur und also auch im Universitätsstatut zum Ausdruck kommen. [...] Interdisziplinäre Fachbereiche sollten darum das Kernstück der zukünftigen Universitätsstruktur sein... Die Fachbereiche sollten sich als unabhängig von den Fakultäten konstituieren, über sie hinausgehen und auch, je nach Projekten und Lehrprogrammen, verändert werden können.“ (Irrlitz 1990, 7)

Wichtig schien ihm die Verstetigung der Veränderlichkeit von Strukturen: „Ein vorläufiges Statut zum Beispiel, nach gründlicher Diskussion der Universitätsangehörigen, dann die Erprobung in der Praxis, neue Beratung und nach einem Jahr oder später die Vereinbarung von etwas Besserem.“ (Ebd.)

Auch Irrlitz verzichtete nicht auf die an der Humboldt-Universität unvermeidliche Referenz an deren Gründergeneration - Humboldt, Schleiermacher, Fichte. Was bei anderen in diesen Monaten und später ritualisierte Gewohnheit zum Zwecke der Konfliktverdeckung blieb, wird hier jedoch zum Ausgangspunkt praktischer Kritik: Der vorliegende Universitätsstatut-Entwurf zeige „eine gewisse Rührung, zu vergangenen Zeiten zurückkehren zu können. Und vielleicht kehrt man auch zu den Illusionen über vergangene Zeiten zurück. Institute als letzte Einheiten, und in diesen die Lehrstühle.“ (Ebd.)

Irrlitz wurde nicht zum Rektor gewählt.²

341 von den 469 Konzilstimmen erhielt am 3. April 1990 auf Antrieb der Direktor der Sektion Theologie, Heinrich Fink, Praktischer Theologe. Zur Wahl gestellt hatten sich vier Kandidaten, neben Irrlitz und Fink der Veterinärmediziner Theodor Hiepe und der Zahnmediziner Rainer Zuhrt.³ Irrlitz kam als Zweitplazierter auf 79 Stimmen.

Programmatik kann es nicht gewesen sein, die Heinrich Fink ins Rektoramt gehoben hatte. Seine aus Anlaß der Wahl formulierten Äußerungen nahmen kritisch reflektierenden Bezug auf die Geschichte der Berliner Universität. Daraus wurden moralische Maßstäbe für künftiges Lehren und Forschen abgeleitet. Finks Ausführungen zur jüngsten, also DDR-Vergangenheit ließen die Universitätsangehörigen einen Menschen sehen, der sich zeitgeistunabhängig zeigte. Die Notwendigkeit der Aufarbeitung des sozialistischen Scheiterns bezog er ausdrücklich nicht auf die Forderungen nach öffentlichen Tribunalen:

„Sozialismus als Vision von machbarer Gerechtigkeit und Frieden ist allerdings ebenso wenig durch Korruption, Staatssicherheit und mißlungener Planwirtschaft zu zerstören wie durch die jahrzehntelangen Torturen von Pressefreiheit und Bevormundung durch eine in Dogmatik zunehmend erstarrte Staatspartei [...] Die wichtigen Vertreter der Theologie der Befreiung... haben auch heute noch diese Vision, wenn sie für ihren Kontinent Gerechtigkeit 'helfend' fordern. Solidarisch mit ihnen sind wir ihnen aber eine konkret Antwort schuldig, weshalb gerade gestandene Antifaschisten der ersten Stunde - dann

in Regierungsverantwortung - in Methoden der Macht ihrer Peiniger von damals verfielen.“ (Fink 1990, 99f.)

Zur Universitätsreform hingegen fand sich in dieser Zeit keine zielführende Aussage bei Fink. Das Studentenblatt *UnAufgefordert* schätzte die Stimmungslage, die zu seiner Wahl geführt hatte, wohl korrekt ein, als es schrieb: In schöner Konsequenz der neuen innenpolitischen Ästhetik sei „auch unser neues Uni-Oberhaupt“ ein Theologe. Die breite Zustimmung für Rektor Fink zeige, daß er offensichtlich die richtige Integrationsfigur für "Studentenvolk wie Professorenherren" darzustellen scheint. Allerdings sei „ein Theologe sicher im Augenblick auch der einzige Professorentypus, der nach den neuen moralischen Anforderungen an öffentliche Ämter... keine Flecken auf seiner Vergangenheitsweste vermuten läßt.“ (U.T. 1990, 1)

Dem letzten Satz hatte Fink freilich zuvor bereits widersprochen. Auf der Pressekonferenz nach seiner Wahl warnte er die Journalisten vor der Illusion, ihn für ein unbeschriebenes Blatt zu halten. Wer in der DDR Professor hatte werden können, sei natürlich „Erwartungen von Partei und Regierung“ ausgesetzt gewesen. Auch er, Fink, sei als langjähriger Sektionsdirektor der Theologie als „verstrickt“ anzusehen. (Küpper 1993, 49)

Die romantische Phase der Berliner Universitätserneuerung

Das Amt brachte Fink alsbald in schwierige Situationen. Insbesondere die spezifische Berliner West-Ost-Konstellation produzierte konfliktorische Zuspitzungen. Die Humboldt-Universität war mit der Differenz von demokratischen Ansprüchen eines elementaren gesellschaftlichen Aufbruchs (Ostdeutschland) einerseits und administrativen Routinen eines politisch nicht infragegestellten Entscheidungsstruktursystems (West-Berlin) andererseits konfrontiert. Wo die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung nach effizientem und damit schnellem Zugriff auf die um ein Selbstverständnis ringende Universität strebte, da antwortete ebendiese mit dem Anspruch: „Erneuerung... nicht nur, aber auch mit den vorhandenen Menschen!“ (Fink 1991b)

Zahlreiche Konflikthanlässe fanden sich aus der Berliner Wissenschaftsverwaltung heraus generiert. In diesen mischte sich Interessenspolitik mit der senatsseitigen Auffassung einer allgemeinen Insuffizienz der universitären Selbsterneuerung. Die sog. Mantelgesetze 1990, die Abwicklung sozial- und geisteswissenschaftlicher Fächer 1990/91, das Ergänzungsgesetz zum BerlHG 1991, gerüchteweise bekannt werdende Bestrebungen zur sukzessiven Abwicklung der Charité 1991, schließlich die fristlose Kündigung des Rektors Ende 1991, das Fu-

sionsgesetz 1992 und das Hochschulpersonalübernahmegesetz im gleichen Jahr bezeichnen die Markierungspunkte der Konfliktkarriere zwischen Senatsverwaltung und Humboldt-Universität in der zentralen Umgestaltungsphase. Sie brachten beinahe regelmäßig flächendeckende Solidarisierungen innerhalb der Humboldt-Universität mit auch durchaus überraschenden Koalitionen zustande. Das verdeckte längere Zeit den zentralen hochschulinternen Konflikt.

Dieser zentrale Konflikt bestand in einer widerstreitenden Verknüpfung von Zieldefinition und Prozeßinstrumentierung für den grundsätzlich nicht im Streite stehenden Universitätsumbau. (Letzteres - der nicht streitig gestellte Umbau - dürfte auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher hochschulinterner Bestrebung als restaurativer so formulierbar sein. War die Neustrukturierung innerhalb der Humboldt-Universität im Grundsatz auch nicht strittig, so mußte doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit.) Niemand an der Humboldt-Universität bestritt, daß es dabei um eine *demokratische Erneuerung* gehen müsse. (Abermals in aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, mußte nun wohl subjektiv keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte: Schließlich seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.)

Indes, für die einen bedeutete dieses Leitbild *demokratische Erneuerung* primär die Beschreibung eines zu erreichenden Zustandes: Die Universität sollte erneuert werden, um hinfort eine demokratische sein zu können. Für die anderen beschrieb *demokratische Erneuerung* nicht allein die Zielprojektion, sondern auch bereits den dorthin zurückzulegenden Weg: Die Universität könnte nur dann eine demokratische werden, wenn der Erneuerungsvorgang selbst schon den diesbezüglich billigerweise anzulegenden Maßstäben genüge.

Seine Entsprechung fand dieser hochschulinterne Konflikt in dem Interessenkonflikt zwischen Humboldt-Leitung und Senatsverwaltung. Er lief letztlich auf eine auch aus anderen Bereichen vertraute Frage hinaus: Sind in der Interessenkollision die Ansprüche der Grundrechtsträger, d.h. der Bürger und Bürgerinnen, oder die des Hoheitsträgers, d.h. des Staates, den jeweils anderen vorzuordnen?

Zunächst jedoch ist die Arbeit am Statut der HU der wesentliche, strukturierende Strang der Erneuerungsaktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 1990. Bei der Erarbeitung des ersten sog. Mantelgesetzes vom 29.9.1990 kann sich die Universität in einem Punkt gegen die Senatsver-

waltung durchsetzen: Die Anpassung ihrer Gremien und ihres Statuts an die Regelungen des Berliner Hochschulgesetzes (BerLHG) muß nicht sofort, sondern erst zum Ende des Folgejahres 1991 vollzogen werden.⁴ Damit hat die HU die Chance, ihre Erneuerung mit einem situationsangepaßten Statut einzuleiten. Es betrifft dies insbesondere Regelungen der Gremienzusammensetzungen, die frei von absoluten professoralen Mehrheiten sind.

Am 9. Oktober 1990 nimmt das Konzil das neue Universitätsstatut an. Insbesondere in der Zusammensetzung von Konzil und Fachbereichsräten weicht es vom Hochschulrahmengesetz ab: Die Hochschullehrer haben 35% der Sitze, die Studierenden 30%, 25% besetzen die akademischen und 10% die sonstigen Mitarbeiter. (§ 7 Abs. 1 Statut der Humboldt-Universität 1990) Rektor Fink:

„Um die Quote wurde... heftig diskutiert. Dabei fanden sich die Professoren in der Defensive. Sie machten nur geringe Anstrengungen, sich die Mehrheit zu sichern. Offenbar glaubten die Professoren selbst nicht daran, daß es dem Ansehen der Universität förderlich gewesen wäre, wenn sie auf einem Stimmenanteil von 50 Prozent bestanden hätten.“ (Fink 1991, 74)

Als zusätzliche Sicherung gegen Majorisierungen in den Gremien wird ein Gruppenveto-Recht eingeführt. (§ 9 Abs. 7; § 20 Abs. 2 HU-Statut 1990) In Abweichung vom BerLHG findet die Wahl der Gremienvertreter nicht auf Listen, sondern als Einzelpersonen statt. (§ 6 Abs. 2)

Wichtiger als die gesetzliche Übergangsbestimmung zum befristet HRG/BerLHG-abweichenden Statut sollte indessen etwas anderes werden: Das 1. Mantelgesetz regelte auch die Übernahme der Humboldt-Universität durch das Land Berlin und gab ihr den Status einer Kuratorialhochschule, wobei die Bildung eines Kuratoriums bis zum 31. März 1991 erfolgen sollte. Für die Übergangszeit wurde eine sog. Sechserkommission eingesetzt, die insbesondere alle personalrechtlichen Fragen zu entscheiden haben sollte. Sie bestand aus den Senatoren für Wissenschaft und Forschung, für Finanzen und für Inneres, dem Rektor, einem Prorektor sowie einem weiteren, vom Akademischen Senat zu wählenden Mitglied der Hochschule.⁵ Während die Berliner Hochschulkuratorien auch das Stadtparlament und intermediäre Instanzen einbeziehen, saßen sich in dieser Kommission mithin unmittelbar und ungepuffert Interessenvertreter von Hochschul- und exekutiver Staatsseite gegenüber. Damit waren künftige Konfliktverschärfungen bereits durch die Konstruktion der Sechserkommission begünstigt.

Neben der aufwandsintensiven Erarbeitung und Verabschiedung des Statuts wurden universitätsintern erste Initiativen zu personenbezogenen Überprüfungen ergriffen, insbesondere durch Gründung eines sog. Ehrenausschusses und einer Anhörungskommission. Der Ehren-

ausschuß sollte sich auf Antrag mit jeglichen Einzelfällen befassen, d.h. für die Befragung potentiell aller Universitätsangehörigen zur Verfügung stehen. Die Anhörungskommission dagegen war zur freiwilligen Anhörung gegenwärtiger Funktionsinhaber bzw. Kandidaten für Wahlämter geschaffen worden. Inhaltlich sollten beide Kommissionen politische Integritätsprüfungen vornehmen.

Zugleich fand sich die Universität erstmals mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich öffentlicher Medienangriffe zu erwehren: Der Anlaß waren Hochschullehrer-Berufungen, die zum Beginn des Wintersemesters 1990 vorgenommen werden sollten. Die HU wollte dabei eine Reihe von auch symbolträchtigen Berufungen, z.T. mit Rehabilitierungscharakter vorgenommen sehen (u.a. den amtierenden Bildungsminister Hans Joachim Meyer und Rudolf Bahro). Dagegen sahen Kritiker wie der Akademische Senat der Freien Universität vornehmlich die Besetzung von 200 Stellen ohne öffentliche Ausschreibung. Bedenklich sei, „wenn am Beginn einer gemeinsamen Berliner Hochschulpolitik mit einem Berufungsschub von mehr als 200 Hochschullehrern Tatsachen geschaffen werden, die die weitere Entwicklung der Berliner Hochschulen präjudizieren.“ (Kintzinger 1990)

Berufen wurden schließlich, neben einigen Honorarprofessoren und -dozenten, 53 Hochschullehrer,⁶ nicht zuletzt, weil der Bildungsminister bestrebt war, akademische oder politische Zurücksetzungen abzustellen. (Meyer 1992, 31)

Die Humboldt-Universität fühlte sich jedenfalls durch die Angriffe in den Medien gründlich mißverstanden. „Was uns befreit, ist die Öffentlichkeit“, sagte Rektor Fink gegen eine einsetzende Wagenburgstimmung. (Küpper 1993, 51) Auch der Akademische Senat öffnete sodann seine Sitzungen der Öffentlichkeit (erstmalig am 20.11.1990).

Vergangenheitsbezogene Debatten wurden an den Instituten, so weit es ging, vermieden. „Der Rektor mahnte immer wieder, es gehe zu langsam. Ein Heißsporn war er selber nicht“, bezeugt die Dauerbeobachterin Mechthild Küpper. (Ebd., 52) Doch auch „seine Mahnungen, jetzt nicht neue Sündenböcke zu suchen, sich vom eigenen ‚gelebten Leben‘ nicht zu distanzieren, die Reform mit den ‚vorhandenen Menschen‘ zu versuchen, sie waren damals angemessen, auch wenn man heute einen Unterton von Eigennutz heraushört.“ (Ebd.)

Derweilen etablierte sich eine gewisse Routine und entwickelte sich ein Korpsgeist in dem unterdessen nicht mehr sehr großen Kreis der zentralen Umgestaltungsaktivisten: „Abstimmungen fanden oft nicht statt, weil der Rektor, der die Sitzungen leitete wie ein gütiger Grundschullehrer, dem an Formalitäten nicht gelegen ist, mit einem Blick in die Runde sah, wie die Sache stand.“ (Ebd., 51)

Abwicklung. Gerüchte um den Rektor. Konfliktkarrieren

Dann, am 22. Dezember 1990, kam die Abwicklung. Zehn Institute und Bereiche an der Humboldt-Universität wurden für aufgelöst erklärt. (Vgl. Köhler 1991) Ihre Mitarbeiter kamen in eine Warteschleife. Die Studierenden wußten zunächst auch nicht, wie es weitergehen soll, waren aber im übrigen vor allem empört ob des administrativen Umgangs mit ihrer Universität. Fink wird in eine Kämpferrolle gedrängt, der er sich nicht verweigert. Wochenlang protestieren, ähnlich wie in Leipzig und Halle/S., Studenten gegen die Abwicklung.⁷ Anders als in Leipzig und Halle haben sie ihren Rektor auf ihrer Seite. Bislang erträglich gehaltene Konflikte mit der Senatsverwaltung spitzen sich zu.

Doch ist Fink nicht erst jetzt, in der Wahrnehmung der Humboldt-Universität, für die politische Seite unbequem bzw., in der Wahrnehmung der Senatsverwaltung, ein Erneuerungshemmnis geworden. Am 18. September 1990 hatte ein Zeitungsbericht in der F.A.Z. eine Fink betreffende Unterstellung formuliert:

„... der mild lächelnde, verkrampft und unsicher wirkende Mann aus Ost-Berlin, der den Blickkontakt beim Wort Staatssicherheit sorgfältig meidet [...] 1979 wurde er Professor für Praktische Theologie an der Humboldt-Universität, was in Anbetracht des fehlenden Zweiten Examens seltsam erscheint. Manche böse Zungen haben vermutet, daß in dieser klassischen ‚Anwerbessituation‘ nach dem mehrfach gescheiterten Examen die Staatssicherheit tätig geworden sein könnte, doch fehlen bisher Beweise. [...] Daß er sich... auch persönliche Rückendeckung durch die Evangelische Kirche für schwierige Zeiten erhofft, kann man nur genauso vermuten, wie seine wahrscheinlich inoffizielle Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst.“ (Schmoll 1990)

Der Stil läßt Beobachter, die als unvoreingenommen gelten, einen gezielten Demontageversuch vermuten. Der Berlin-Brandenburgische Bischof Gottfried Forck reagiert mit einer Ehrenerklärung:⁸ „... Schlimm ist... der Vorwurf, Fink habe wahrscheinlich inoffizielle Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst geleistet. Es kann umgekehrt festgestellt werden, daß Fink sich für Dozenten und Studenten eingesetzt hat, die vom Staatssicherheitsdienst bedrängt wurden.“ (Forck 1990)

Ebenso äußert sich Harald Mau, Charité-Dekan, der später eine sehr viel kritischere Einstellung zu Fink finden soll. Im Oktober 1990 aber legt er noch ein Zeugnis ab, das die dominierende Stimmung an der Universität spiegelt, ohne deren Kenntnis spätere Entwicklungen - nicht zuletzt bezüglich des Verhältnisses der HU zu ihrem Rektor - nicht zu erklären sind:

„Heinrich Fink... ist der Kopf einer guten Sache... Vierzig Jahre in der DDR gelebt zu haben und bis an die Grenze des Leistungsvermögens gearbeitet zu haben, diente - ob man es wollte oder nicht - der Gesellschaft und dem Staat...“

wer keine Bomben gelegt hat, sondern ordentlich gearbeitet hat, seine Aufgaben erfüllte, stützte einen Staat, der zwar nicht geliebt wurde, aber der einzige war, der zur Verfügung stand... Keiner derjenigen, die sich jetzt bereit erklärt haben, Verantwortung zu tragen, behauptet, frei von Schuld zu sein... Ich weiß denen keinen Dank, die einen Prozeß der Neubesinnung zum Stillstand bringen wollen durch Diskreditierung seiner Köpfe.“ (Mau 1990)

Fink beantragt bei der Gauck-Behörde seine Überprüfung. Unterm 1.2.1991 wird ihm mitgeteilt: „Aus den überprüften Unterlagen haben sich... keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben.“ (Gauck-Behörde 1991)

Nach den Protesten gegen die Abwicklung im Dezember 1990/Januar 1991 und den rechtlichen Schritten, mit denen sich die Humboldt-Universität gegen die Abwicklung wehrt, scheiden sich Politik und Öffentlichkeit an der Person Fink erst recht. Der, infolge Regierungswechsels ins Amt gelangte, neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt geht sofort auf Konfliktkurs. Mitte Februar 1991 stattet er der HU seinen ersten öffentlichen Besuch ab: „Das wird kein Erfolg. Manfred Erhardt verspottet Finks Rede von der ‘Universitas litterarum’ als ‘hohle Phrasen’“, erinnert Küpper (1993, 145) das Klima. Der Senator beginnt, von der Entwicklung der Humboldt-Universität zu einer Elite-Hochschule zu sprechen. Das Selbstverständnis der Universität trifft auch dies nicht: „Die Humboldt-Universität erbittet von den politisch Verantwortlichen im Lande Berlin die Chance[,] zu einer ‘ganz normalen’ Universität zu werden. Sie weist das ihr angetragene Leitbild einer Elite-Hochschule zurück“, entgegnet Fink (1991c).

Zwei Mathematik-Professoren, H. Kurke und R. Sulanke (1991), fordern indessen den Rektor auf, „den Kurs zu ändern und von einer Politik der Konfrontation zu einer Politik der Kooperation mit dem aus demokratischen Wahlen der gesamtberliner Bevölkerung hervorgegangenen Senat überzugehen.“ Schließlich sei „ganz klar, daß die Humboldt-Universität das Land Berlin braucht, nicht aber das Land Berlin die Humboldt-Universität.“ Beispielsweise hätte die HU „rechtlich gar keine Chance, gegen eine... Aufhebung oder eine eventuelle Vereinigung mit der Freien Universität vorgehen zu können.“

Im Mai wird der Entwurf zu einem Ergänzungsgesetz zum BerlHG aus der Senatsverwaltung bekannt, in dem es u. a. heißt, zum Rektor, Dekan oder Geschäftsführenden Direktor einer Einrichtung könne nur ein Professor gewählt werden, der die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt. In Abs. 1 wiederum wurde definiert, wer Hochschullehrer neuen Rechts ist: nach HRG und BerlHG berufen oder aber vom Senator mit der Wahrnehmung einer Professur beauftragt. Der Rektor kommentiert in einer Stellungnahme: „Keiner der vorhandenen Hochschullehrer erfüllt

gegenwärtig die Voraussetzungen für ein Amt gem. § 10 Abs. 2.“ (Rektor 1991)

Die Vorsitzenden der Anfang 1991 gebildeten Zentralen Personalstrukturkommission, Bernd Bank und Michael Daxner, formulieren den schwebenden Verdacht deutlicher: „Der § 10 (2) kann als ‘Lex Fink’ einen zusätzlich politischen Beigeschmack erhalten.“ (Bank/Daxner 1991)

Die Interventionen sind erfolgreich. Im schließlich verabschiedeten Gesetzestext wird sich die kritisierte Bestimmung zwar auf die Ämter der Dekane und Direktoren, nicht jedoch auf das Rektoramt bezogen wiederfinden. (Vgl. § 8 Abs. 2 ErgGBerLHG)

In dieser Zeit arbeiten bereits die Personalstrukturkommissionen (PSK) der Fachbereiche, deren Bildung eine authentische Humboldt-Initiative war, mit der die HU auf die Abwicklungsgerrichte reagiert hatte. Die Tätigkeit der PSKs zielt auf die selbständige Definition einer finanzierbaren Personalstruktur und die Beantwortung der Frage, wie weit das vorhandene Personal in diese Struktur integrierbar ist. (Vgl. ZPSK 1991)

Parallel prozessiert die Humboldt-Universität durch sämtliche Instanzen gegen die Abwicklung. Zugleich zeigt sich, daß auch Finks Politik, entgegen dominierender öffentlicher Wahrnehmung, durch pragmatische Elemente (mit)geprägt wird. Als das Oberverwaltungsgericht im Eilverfahren entscheidet, die Abwicklung sei z. T. rechtswidrig, beschließt die Universität z. B., die vom Senator eingesetzten Struktur- und Berufungskommissionen weiterarbeiten zu lassen, obschon diese nun ohne rechtliche Grundlage sind. (Küpper 1993, 147)

Aber auch weitere Konfliktanlässe finden sich unablässig produziert: Das Abgeordnetenhaus knüpft die Weiterzahlung von Doktorandenstipendien an die Evaluierung der Forschungsstudenten und Aspiranten. Für Unruhe sorgen Differenzen zwischen Senatsverwaltung und Personalvertretungen über die tarifliche Eingruppierung der ostberliner Hochschulangehörigen. Die Humboldt-Universität legt Verfassungsbeschwerde gegen die Beschneidung der Mitspracherechte ihrer Hochschullehrer durch das ErgGBerLHG ein. (Vgl. Reuth 1991a)

Öffentliches Aufsehen hat obendrein schon seit längerem eine Spende erregt, welche die HU noch 1990 von der PDS erhalten hatte. Die journalistische Berichterstattung legt Hehlerei der Universität bei einer Unterschlagungsaktion der PDS nahe: „Nach Informationen der Berliner Morgenpost soll die PDS am 31. Mai vergangenen Jahres 250 Millionen an den Rektor der Humboldt-Universität, Professor Fink, im Ost-Teil Berlins überwiesen haben, um das Geld vor dem staatlichen Zugriff zu sichern.“ (Hoeren 1991)

Tatsächlich dürfte es sich seitens der HU um schlichte Naivität, be-

stenfalls um bereits verwestlichtes, also von ethischen Erwägungen eher unberührtes Fund raising einer etwas kurz gehaltenen öffentlichen Einrichtung gehandelt haben. Endgültig geklärt wurden die Umstände der Spendenaktion im folgenden nie.

Die Charité sieht sich ab September 1991 anhaltenden Pressekampagnen ausgesetzt, die sich auf vermeintliche Mißbrauchstatbestände ärztlichen Handelns in der DDR beziehen. (Die entsprechenden Vorwürfe werden in nachfolgenden Untersuchungen durchgehend als nicht stichhaltig bewertet.) Innerhalb der Charité ist man überzeugt, Opfer einer gelenkten Kampagne zu sein, um hernach problemlos dem Erhalt der beiden westberliner Hochschulklinika dargebracht werden zu können: „Die Leitung der Charité sieht hier eine gezielte Aktion, mit der die Existenz des Uni-versitätsklinikums in Frage gestellt werden soll. In einer wirtschaftlichschwierigen Situation mit riesigen Finanzdefiziten käme die Schließung eines Universitätsklinikums gelegen.“ (Charité 1991)

Auch im übrigen hat die Humboldt-Universität in den öffentliche Meinung bildenden Organen keine gute Presse. (Vgl. Rietzschel 1991, Baring 1991, Stein 1991) Eine üblich werdende Technik der Insinuation steigert dabei einerseits die Überzeugungskraft der journalistischen Darstellungen bei Uneingeweihten. Sie trägt andererseits zur 'Kampagnen'-Wahrnehmung in der HU bei. Exemplarisch zeigt dies ein F.A.Z.-Beitrag vom Oktober 1991. Ralf Georg Reuth greift dort aus unterschiedlichen Gründen mehrere Humboldt-Wissenschaftler an und unterlegt seine Ausführungen mit offenbar abträglich gemeinten Charakterisierungen. Zu Karl A. Mollnau: „er war Doktorvater des jetzigen PDS-Vorsitzenden Gysi“. Zu Rosemarie Will: „sie war Vertraute des Soziologen Michael Brie, der sich unlängst selbst der Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst bezichtigte“. Zu Dieter Klein: „Vertrauter des heutigen Rektors“. Zu Heinrich Fink: „de Maiziére-Freund“ bzw. „Altduzfreund de Maizières“. (Reuth 1991)⁹

Kurz: Die Humboldt-Universität steht permanent im Mittelpunkt von öffentlichen Kontroversen. Der Rektor, nach wie vor den weitaus meisten HU-Angehörigen als „Kopf einer guten Sache“ (Mau) geltend, ist das Symbol des universitären Selbstbehauptungswillens: gegen eine staatliche Verwaltung und (westliche) Öffentlichkeit, die als grundsätzlich feindselig und übelmeinend wahrgenommen wird.¹⁰

Die sich daraus ergebenden Gereiztheiten bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die universitätsinterne Atmosphäre. Der aus dem Runden Tisch der Humboldt-Universität hervorgegangene Hochschulpolitische Rat (HPR) etwa schreibt am 20.5.1991 dem Rektor: „Der Rat erwartet erkennbares Engagement der Leitungs- und Entscheidungsgremien der Universität bzw. derer, die den Auftrag haben[,] nach sozialen

Grundsätzen Aussagen zum Arbeitsrecht zu machen. Wir erwarten, daß verwaltungsrechtlich offene Fragen nicht länger zu Lasten der Menschen gehandhabt werden.“ (Roerber 1991)

Fink antwortet ähnlich umstandslos: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie spezifizieren könnten, wem Sie mangelndes Engagement vorwerfen. Ebenfalls wäre es hilfreich, festzustellen, wer die offenen Fragen zu Lasten der Menschen handhabt. Wenn Sie meinen, die Universitätsleitung würde dies tun - immerhin implizie[r]t Ihre Aussage dies -[,] sollten Sie es auch offen sagen.“ (Fink 1991c)

Im Verhältnis zur Senatsverwaltung erhält die Politik der Universitätsleitung Anfang September 1991 Unterstützung des Europäischen Parlaments. Eine EP-Entschließung äußert sich „zur Verletzung von Freiheit und Unabhängigkeit in Lehre und Forschung der Berliner Humboldt-Universität durch den Berliner Senat und die drohende Entlassung der Mehrzahl der Wissenschaftler und Hochschullehrer zu Beginn des neuen Akademischen Jahres“. Sie nimmt dabei Bezug auf die Abwicklung wie das Ergänzungsgesetz zum BerLHG, das den meisten HU-Hochschullehrern das Stimmrecht in den Gremien versagt. (EP 1991) Eine vorangegangene Intervention des Wissenschaftssenators hatte diese Entschließung nicht verhindern können. Erhardt hatte am 2.9.1991 an drei ihrer Initiatoren geschrieben:

..... haben mich Ihre Aussagen und Feststellungen in Erstaunen versetzt. Offenbar gehen Sie davon aus, daß der Erneuerungswille der Humboldt-Universität durch Staatseingriffe behindert werde. Das genaue Gegenteil ist der Fall! // Zwar haben die von der Humboldt-Universität selbst eingesetzten Personalstrukturkommissionen teilweise durchaus bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt; die zentralen Organe der Humboldt-Universität haben freilich davon bisher so gut wie nichts umgesetzt. [...] Ich nehme an, daß Ihnen die von mir geschilderten Sachverhalte so nicht bekannt waren. Anderenfalls wäre es nicht verständlich, daß Sie von 'mittelalterlichen Hexenjagden' sprechen und damit denjenigen in den Arm fallen, denen eine personelle und fachliche Erneuerung der Humboldt-Universität nach freiheitlichen Maßstäben am Herzen liegt.“ (Erhardt 1991)

Doch die Konflikte der HU mit dem Berliner Senat beschränken sich auch nicht auf den Kernbereich der Erneuerungspolitik. Einen ständigen Streit trägt die Humboldt-Universität etwa über ihre Liegenschaften aus. Erst 1993 werden Berliner Politiker aufhören, HU-Gebäude als mögliche Bundesbehördensitze anzubieten. (Küpper 1993, 152) Unterm 23. April 1991 teilt der Wissenschaftssenator dem Rektor mit, es fehle immer noch ein Haushaltsplan der Universität für das laufende Kalenderjahr. (Erhardt 1991a) Der sachlich betroffene amtierende Kanzler Schwarz erlaubt sich, den „ja bereits im Oktober 1990“, also sechs Monate zuvor, eingereichten Haushaltsplanentwurf dem Senator nun „auch persönlich zu übersenden“, zugleich um Nachsicht bittend,

„wenn Ihnen vorstehende Darstellung als Ausdruck von Überempfindlichkeit erscheinen mag“. (Schwarz 1991)

Bald darauf werden die Spannungen weniger subtil ertragen, wie eine Pressemitteilung des Innensenators vom 20. September 1991 exemplarisch dokumentiert. Ihren Anlaß fand sie in Gehaltseingruppierungen der Universitätsmitarbeiter, die durch die HU-Verwaltung vorgenommen worden waren:

„Die Leitung der Humboldt-Universität hat bei den von ihr vorzunehmenden Bewertungsvermutungen bei ihrem nichtwissenschaftlichen Personal vollständig versagt... Hierbei kann es dahingestellt bleiben, ob dies auf kaum vorstellbarem, eklatantem Mangel an Sachkenntnis beruht oder ob beabsichtigt war, die Humboldt-Universität von einer Kadenschmiede des SED-Staates in eine Art Selbstbedienungsladen zu verwandeln. Tatsache ist, daß aufgrund dieser von Rektor Prof. Fink zu vertretenden Fehlleistung harte Einschnitte für die betroffenen Beschäftigten... erfolgen müssen... Die Zeit der Privilegien für die Humboldt-Universität ist vorbei... Es kann nicht angehen, daß bis auf einen einzigen Bezirk sämtliche Ostberliner Bezirksamter ihre insgesamt 110.000 Bewertungsvorgänge ordnungsgemäß abgeschlossen haben und die Leitung der Humboldt-Universität sich nicht in der Lage sieht, ihre Hausaufgaben ordentlich zu erledigen.“ (Heckelmann 1991)

Unabhängig von der sachlichen Bewertung des zugrundeliegenden Vorgangs bleibt der Tonfall ungewöhnlich. Er setzt sich fort in öffentlichen Äußerungen anderer Beobachter. Die F.A.Z. zitiert an typografisch herausgehobener Stelle einen Satz von Hermann von Berg:¹¹ „Wer mit diesem Rektor, dem Traum- und Wunschkandidaten der stalinistischen Fraktion der PDS geht, hat verdientermaßen seine Zukunft hinter sich.“ Der Satz stammte aus einem Offenen Brief v. Bergs an den Studentenrat, datiert vom 16. Juli 1991. (Berg 1991)

Dessen wesentliche Vorwürfe gegen Finks Universitätspolitik waren bereits im Mai 1991 in dem o.g. F.A.Z.-Artikel von Reuth (1991) und im Juni 1991 im *Deutschland Archiv* (Eisenfeld 1991) publik geworden: die Berufung des Rechtsphilosophen Hermann Klenner zum Honorarprofessor, eine nachträgliche Habilitation des Juristen Karl A. Mollnau und die Promotion des Treuhand-Vorstandsmitgliedes Alexander Koch. Auf beide Veröffentlichungen folgten Richtigstellungen. (Schwarz 1991; Gehrke 1991; Fink 1991a; Paech 1991) Von Berg hatte indessen auch eine Reihe von Vorwürfen gegen Fink als politischen Akteur in der DDR erhoben. Diese macht sich nun, am 22. November 1991, die Zeit zu eigen: Finks herausgehobene Rolle in der Christlichen Friedenskonferenz und seine bereitwillige Übernahme politischer Aufträge in Synode und Theologie. Zugleich wird jetzt auch die IM-Kolportage erneut¹² aufgegriffen:

„In einem anderen Papier taucht er im Zusammenhang mit einer staatlichen

Aktion gegen Richard Schröder auf. 'Man hat also mit ihm beraten, wie man gegen mich vorgeht. Das ist wirklich nicht schön für ihn', kommentiert Schröder.¹³ // Heinrich Fink bestreitet das alles... die Gauck-Behörde habe längst bestätigt, daß er kein informeller Mitarbeiter (IM) der Stasi gewesen sei, obwohl solche Gerüchte - ein IM mit Decknamen 'Heiner' - bis heute umgehen.“ (Nawrocki 1991)

Es werden in der sich verdichtenden Debatte drei Dinge miteinander verbunden: Fink und sein Verhältnis zur DDR, Fink und das MfS, Fink und die Erneuerung der Humboldt-Universität. Die Kritiker Finks sehen zwischen diesen drei Themen einen systematischen Zusammenhang. Tatsächlich hatte sich Fink nicht als Feind der DDR verstanden. Gleichwohl: Ohne hier in die Recherche biographischer Verästelungen eintreten zu können,¹⁴ muß zumindest erwähnt werden, daß die Zeugnisse zu Fink & DDR nicht linear interpretierbar sind. So hatte zwar Hermann von Berg etwa geschrieben:

„Ein... Mielke-Bericht vom 28.06.1989 über die 'Europäische Ökumenische Versammlung' vom Mai 1989 in Basel hebt Finks CFK-Verdienst bei der Agitation für die Konzeption 'Kirche im Sozialismus' hervor und betont lobend die ungeheuerliche Lüge vom 'demokratischen Charakter des Wahlsystems der DDR'... Nach Wertung des MfS und seines Ministers erscheint Fink in allen Zusammenhängen, im Gegensatz zu namentlich genannten 'negativen Kräften', stets als 'Positivkraft'.“ (Berg 1991)

Doch stehen dem zugleich andere Aussagen entgegen, etwa - hier ebenso exemplarisch wie v. Berg zitiert¹⁵ - von Hans Jürgen Fischbeck, DDR-Bürgerrechtler, nun bündnisgrünes MdB: Fischbeck hatte v. Berg in einem gleichfalls Offenen Brief geantwortet, und zwar zum einen als einer, der „in der Synode in politischen Fragen fast immer anderer Meinung als Heinrich Fink war“, und den zum anderen die Bergschen Angriffe auf Fink „nach Stil, Inhalt und Absicht an die Zeit der SED-Herrschaft“ erinnerten:

„Er [Fink, p.p.] hat - anders als andere - seine Zugehörigkeit zur Kirche immer über seine durchaus nicht unkritische Loyalität zum Staat gestellt. Deshalb hatte er mein Vertrauen. Diese Loyalität zum Staat DDR, die ich nicht teilte, teilte er mit vielen anderen Intellektuellen in der DDR, die oft lange und allzu lange an der irrigen Hoffnung festhielten, dieser Staat sei reformierbar und demokratisierbar und könne den Sozialismus als Menschheitsprojekt vorbringen. Sie sind deshalb keine Stalinisten. Es mag wohl sein, daß die Stasi, die mich, wie man in veröffentlichten Papieren nachlesen kann, als 'feindlich-negativ' einstufte, Heinrich Fink in seiner - wenn auch kritischen - Loyalität zum Staat vergleichsweise positiv fand. Heinrich Fink hatte - letztlich im Interesse der Kirche - als Direktor der Sektion Theologie eine schwierige Stellung zwischen Staat und Sektion... In dieser Stellung versuchte er verbindend und versöhnend, zuweilen auch abschirmend zu wirken.“ (Fischbeck 1991)

Ein westdeutscher Pfarrer bezeugte seine Erfahrungen mit Fink folgenderweise:

„Mein erster persönlicher Kontakt geht auf das Jahr 1987 zurück, als Heinrich Fink beim Jahresfest des Alten- und Pflegeheims 'Alexanderstift' in Neufürstenhütte/Württemberg die Festansprache hielt. Dabei hat er sich nicht nur als Bessarabiendeutscher öffentlich bekannt (was damals in der DDR nicht opportun war), sondern auch die Situation der Diakonie in der DDR so geschildert, daß daraus eine deutliche Distanz zu dem System erkennbar war... Diese Festansprache hat mich so beeindruckt, daß ich ihn im Jahr darauf zum Jahresempfang des Diakonischen Werkes Wolfsburg e.V., dessen Vorsitzender ich bin, einlud, wo er ebenfalls über die Diakonie in der DDR sprach, auch hier in einer klar erkennbaren Distanz zu den Verhältnissen.“ (Baumann 1991)

Rektor gekündigt. Universität im Ausnahmezustand

Die sich für Fink, wie im Gefolge dann auch für die Humboldt-Universität, Ende des Jahres 1991 zuspitzende Entwicklung schilderte Fink später selbst. Dies kann hier übernommen werden, da korrigierende Darstellungen anderer Beteiligten nicht überliefert sind:

„Am 28. Oktober '91 war ich bei Gauck, weil Studenten ihm geschrieben hatten mit der Bitte, über die Strukturen, in denen die Humboldt-Universität mit der Stasi verwickelt war, zu arbeiten... Wir haben keine Antwort bekommen, und ich bin zu Gauck gegangen mit der Bitte, erstens unsere Kollegen bevorzugt zu überprüfen und zweitens, daß wir diesen Brief der Studenten bald beantwortet bekommen. Und da kam plötzlich einer seiner Mitarbeiter, ich hab' das nicht gleich durchschaut, daß er extra kam, um mir zu sagen, es gibt da einen Vorgang 'Heiner'. Daraufhin sagte ich, ja, das ist mein Vorname. Er sagte, na gut, wir tragen jetzt alles zusammen und werden Sie informieren. Ich bin da ohne große Beunruhigung wieder gegangen und hörte dann - auch wieder anonym -, es gäbe eine Nachricht an den Senator, ich wäre IM. Da hab' ich den Senator gefragt. ... Anfang November..., und er sagte, ihm wäre nichts diesbezüglich bekannt.“

Am 25. November hatten wir unsere Immatrikulationsfeier... Während des Festakts wurde mir durch den Fahrer des Wissenschaftssenators ein Brief in die Komische Oper gereicht mit der Aufforderung, noch am gleichen Abend bei Professor Erhardt zu erscheinen...¹⁶ Er informierte mich über ein Schreiben der Gauck-Behörde vom selben Tag..., in dem es heißt, Professor Fink ist seit 1969 als inoffizieller Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit unter dem Decknamen Heiner tätig gewesen.¹⁷ Ich erklärte dem Senator, und ich trat mit dieser Erklärung am nächsten Tag an die Öffentlichkeit, daß ich mir keinerlei Zusammenarbeit mit der Stasi im Sinne des Schreibens der Gauck-Behörde vorzuwerfen habe und daß es sich meiner Ansicht nach um eine politisch motivierte Manipulation handelt, die mit der anstehenden Wiederwahl [lies: Wahl, p.p.] des Rektors nicht zufällig zeitlich zusammenfalle.¹⁸

Am nächsten Tag wurde mir bekannt, daß der Senator eine Sitzung der Personalkommission einberufen hatte, um personalrechtliche Maßnahmen gegen mich zu veranlassen... Der Entscheidung, mich fristlos zu entlassen, lag nur der Brief der Gauck-Behörde zugrunde, keine Prüfung der Akten. Der Senator wäre der einzige gewesen, der Einsicht in die Akten hätte

nehmen können, er hat es nicht getan. Es erfolgte keine Anhörung. Ich bat ihn am Abend des 25., mich bis zur Klärung des Sachverhalts zu beurlauben¹⁹... Von meiner Kündigung erfuhr ich durch die Presse...“²⁰ (Karau 1992, 38f.)

Was nun folgt, faßt Küpper (1993, 148) sinnfällig in dem Satz zusammen: „Die Universität, immer groß, wenn sie sich von außen bedroht fühlt, begibt sich energisch wieder in den Ausnahmezustand.“

In der Tat: Der Akademische Senat tritt sofort zu einer Sondersitzung zu-sammen (von 24 Mitgliedern sind 18 anwesend) und „verurteilt entschieden die nicht rechtsstaatliche Praxis des Senators für Wissenschaft und Forschung“ (einstimmig). Er „stellt sich voll hinter das Wirken Prof. Heinrich Finks als Rektor dieser Universität. Das Vertrauen in die persönliche Integrität von Rektor Fink ist für den Akademischen Senat... nicht in Frage gestellt.“ (Abstimmungsergebnis 14 ja : 4 nein : 0 Enthaltung) Und er „beschließt, daß die Wahlen zum Senat und Konzil erst stattfinden, wenn die Vorwürfe gegen den Rektor gerichtlich überprüft sind.“ (15:1:2) (HU-Senat 1991²¹)

Mit letzterem Beschluß, der Wahlverschiebung, wird offenkundig auf den seinerzeit vermuteten Zusammenhang von Gauck-Auskunft, Kündigung und anstehender Rektorwahl Bezug genommen.

Das Konzil bestätigt drei Tage später auf einer Außerordentlichen Tagung die Senatsbeschlüsse im Grundsatz und bittet den Rektor, im Amt zu bleiben. (Abstimmungsergebnis 83:8:10) Den Senatsbeschluß zur Verschiebung der Wahlen indes kritisiert das Konzil, da eine solche „eine schwerwiegende Bedrohung der möglichen Selbstverwaltung der Humboldt-Universität mit unabsehbaren Weiterungen“ bedeute und eine baldige gerichtliche Prüfung der Vorwürfe gegen den Rektor als unwahrscheinlich anzusehen sei. (83:10:10) (HU-Konzil 1991)

Am 28.11.1991 hatte dann auch die Personalkommission der HU mit 4:3 Stimmen, gegen die drei Universitätsvertreter, beschlossen, Fink fristlos zu kündigen. (Vgl. Küpper 1993, 60; Europ. Bürgerforum 1992, 9) Hilfsweise wurde vorsorglich zugleich die ordentliche (fristgemäße) Kündigung ausgesprochen. (Ut.kr.-Dok. 1992, 40f.) Für den Tag darauf rief der Studentenrat zu einer Vollversammlung auf. In deren Anschluß fand ein „Spontaner Spaziergang“ zum Sitz der Gauck-Behörde statt. Abgeordnete der Vollversammlung übergaben ein Protestschreiben gegen die Art und Weise des Umgangs mit den MfS-Akten, (Ut.kr.-Dok. 1992, 39) Auf Vollversammlungsbeschluß hin fand bereits am 28./29. November ein studentischer Warnstreik statt, flankiert von kurzfristig organisierten Veranstaltungen incl. Demonstration vor dem Schöneberger Rathaus. Am Abend des 28. November stellten sich auf einer Podiumsdiskussion Rudolf Bahro, Daniela Dahn, Christoph Hein,

Stefan Heym, Gisela Kraft, Günther Krusche, Jens Reich, Käthe Reichel, Walter Romberg, Christa und Gerhard Wolf hinter Fink. Zwei TheologiestudentInnen aus dem Publikum formulierten ihr Unbehagen angesichts des Meinungsdrucks pro Fink:

„... ich bin nicht die einzige, die in diesen Tagen erlebt hat, daß aus Freundeskreis und Bekanntenkreis Leute zur Staatssicherheit gehört haben, dafür gearbeitet haben, wovon wir es überhaupt - also ich - also überhaupt nicht erwartet und angenommen haben. Und ich glaube, daß genau hier das Problem liegt. [...] Ich kann nur sagen, daß ich allen sehr wünsche, daß sie im Recht sind mit dem, was sie jetzt emotional äußern.“ (Podiumsdiskussion 1991, 21)

Und:

„Ich bin ein bißchen erschrocken über die Glorifizierung von Herrn Doktor Fink in dieser ganzen Sitzung, die mir ein bißchen wie ein FDJ-Treffen vorkommt... Ich sage nur, daß die großartige Bewegung der Studenten hier auch eine zweifelhafte Sache ist und was mir bei der ganzen, sehr emotional gemachten Sache hier auffiel: Ich hätte mir sehr gewünscht, daß in den Zeiten, wo auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking, wo wir die Wahlkontrollen organisiert haben, daß da ein paar Akzente von der Humboldt-Uni oder von den Studenten, die jetzt hier so engagiert sind, gekommen wären. Mir ist die ganze Sache hier viel zu einheitlich...“ (Ebd., 22)

Die Haltung zu Fink bleibt eine Glaubensfrage. Die Ursache dafür ist nicht in der Humboldt-Universität zu suchen. Das im Raum stehende Problem ist die Beweislage. Sie zu klären, wäre ein korrektes Verfahren nötig gewesen. Der Vorsitzende der Universitäts-Ehrenkommission, Flemming, hatte in der Senatssondersitzung am 26.11.1991 darauf hingewiesen, „daß es sich hier um eine nicht rechtsstaatliche Entscheidung handelt, da in einem solchen Fall lt. Einigungsvertrag die Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung im Einzelfall zu prüfen ist; das ist nicht geschehen.“ Pikanterweise fügte er an: „Allerdings sei dies auch nicht in den Fällen Althaus, Friis etc. geschehen. Hierzu habe sich der A[kademi-sche]S[enat] aber anders verhalten.“²²

Nachdem die Kündigung Finks binnen Stunden zu so möglicherweise nicht erwarteten Unmutsäußerungen geführt hatte, hatten am 27. November Reparaturbemühungen eingesetzt. In dem Bescheid der Gauck-Behörde vom 25.11.1991 waren die Auskünfte noch sehr knapp gehalten. Insbesondere der Hinweis, „daß z.Z. weiteres Beweismaterial nur durch Rückschlüsse“ gewonnen werden könne, da der IM-Vorgang „Heiner“ im Dezember 1989 gelöscht worden sei (Ut.kr.-Dok. 1992, 27), hatte Argwohn bei skeptischen Betrachtern geweckt. Die Eindeutigkeit der behördlichen Bewertung, Fink sei seit 1969 IM gewesen, schien hier durch die Quellen - fünf leere Aktendeckel und eine Löschanweisung vom Dezember 1989 - nicht hinreichend gedeckt.

Zwei Tage nach dieser ersten Auskunft reagierte die Gauck-Behör-

de auf die Skepsis mit einem weit ausführlicheren Schreiben. In diesem wurden 12 in den MfS-Aktenhinterlassenschaften aufgefundene, verstreute Hinweise zu Fink dargestellt und bewertet. (Ut.kr.-Dok. 1992, 33-37) Infolge einer durch Behördendirektor Geiger anlässlich des oben erwähnten „Spontanen Spaziergangs“ erfolgten Zusage, daß er oder Gauck zu der für den 29. November angesetzten außerordentlichen Konzilsitzung kommen werde, kamen beide. Eingangs verurteilte Joachim Gauck die Demonstration vor seinem Amtssitz als „PDS-gesteuert“, ausgangs entschuldigte er sich dafür. (bakunin 1991) Im übrigen wurde er gefragt: „Können Sie sich vorstellen, daß Prof. Fink von diesem IM-Vorgang nichts gewußt hat?“, und antwortete:

„Außerhalb meiner Behördenkompetenz und meiner behördlichen Aufgabe sage ich Ihnen sehr gerne, daß ich mir das vorstellen kann. [...] Wir haben erlebt, daß... diese Aussage... ganz oft... von allen möglichen Leuten benutzt worden ist, und deshalb ist ihr... Wert auch ein bißchen versaut, sage ich mal richtig. Aber es ist so, daß ich ohne Mühe instande bin, mir vorzustellen, daß ein Mann wie Heinrich Fink... möglicherweise das nicht gewußt hat. Und das ist die Aufgabe, um die ich niemanden beneide, jetzt zu bewerten, wie man mit einem Menschen eben verfahren soll, der bei den schwierigen Zeiten, die wir durchschritten haben, in solche schwierigen Gefilde gekommen ist.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 47)

Innerhalb seiner Behördenkompetenz hatte die Auskunft des Bundesbeauftragten am 25.11.1991 gelautet: „Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben. // Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 27)

Das Konzil beschließt: „Wir halten auch nach der Anhörung von Herrn Gauck und Dr. Geiger die fristlose Entlassung des Rektors für voreilig und ungestützt“, und bestätigt die o.g. Entscheidungen des Akademischen Senats im wesentlichen. Die Gremien der Universität bemühen sich weiter darum, den Vorgang in ein ordentliches Prüfungsverfahren zu lenken. Die inner- wie außeruniversitäre Öffentlichkeit ist anhaltend engagiert. Aus der Gauck-Behörde kommen Äußerungen, die schwer interpretierbar, jedenfalls nicht eindeutig sind, und die derart wohl wesentlich die Heftigkeit der öffentlichen Empörung befördern. Aus einem Interview der Studentenzeitung *UnAufgefordert* mit den zuständigen Sachbearbeitern der Gauck-Behörde, geführt am Abend des 28.11.1991:

UnAuf: „... 'Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen'?“ Antwort: „Das ist ein gängiger Textbaustein, der bei Hinweis auf IM-Tätigkeit so gebraucht wird. [...] es gibt ja durchaus IMs, die zwar als IMs geführt wurden...“ UnAuf: „... aber es nicht wußten?“ Antwort: „Nicht wußten oder sie hatten nur offizielle Kontakte.“ [...] UnAuf:

„War das bei Herrn Fink der Fall?“ Antwort: „Das können wir ja nicht sagen, das steht ja in unserem Schreiben, daß Unterlagen nicht gefunden worden sind.“ UnAuf: „Es stand doch in Ihrem Schreiben, daß er als IM tätig gewesen ist.“ Antwort: „Wenn wir sagen, jemand wird bei der Stasi als IM geführt, dann haben wir dafür Anhaltspunkte. Es gibt ja nicht nur die Akten, es gibt auch Aufzeichnungen von Führungsoffizieren, Quittungen, die jemand bekommen hat. [...] In dem Schreiben steht nur die Tatsache, daß er tätig gewesen ist.“ [...] UnAuf: „Er hat gesagt, daß er kein IM war und Sie behaupten das Gegenteil.“ Antwort: „Auf jeden Fall sagt er nicht: Ich hatte mir der Staatssicherheit nichts zu tun. [...] Noch zu der Formulierung '... ist tätig gewesen.' Die Buchführung bei der Stasi war sehr, sehr sorgfältig. Anhand der Karteien läßt sich die individuelle Entwicklung, was den äußeren Rahmen der Tätigkeit betrifft, sehr gut nachvollziehen. Jemand gerät ins Blickfeld der Stasi. Dann wird ein Vorlauf angelegt. Dann steht auf der Karteikarte 'Vorlauf IM'. Das wird durchgestrichen. Dann war er IM. Dann wird er unregistriert. Wieder durchgestrichen. Nächste Stufe.“ UnAuf: „Und das war bei Fink der Fall?“ Antwort: „Das habe ich damit noch nicht gesagt. Aber aus diesem Karteiablauf kann man das sehr gut ersehen...“ (Richter/Ziem 1991)

Marlis Dürkop und Hans Jürgen Fischbeck, beide MdA, teilen am 2.12.1991 im Pressedienst der Bündnis 90/Grüne/UFV-Fraktion mit: „Ein Gespräch des Abgeordneten Fischbeck mit einem Mitarbeiter des ehemaligen MfS ergab, daß es sich bei den im Schreiben der Gauck-Behörde vom 25.11.91 erwähnten Akten um Akten über Herrn Prof. Fink handelt.“

Naheliegenden Einwänden begegnet Fischbeck mit der Schlußbemerkung, zur Bewertung der Glaubwürdigkeit dieser Informationen könne er sich vorerst nur auf seine Urteilskraft und Integrität berufen. Ich sei aber bestrebt, diese Glaubwürdigkeit auch von "anderen, die sich nicht schon für die Integrität H. Finks ausgesprochen haben", einschätzen zu lassen. (Dürkop/Fischbeck 1991)

Für die Senatsverwaltung bleibt der Fall klar, so daß sich weiterer Handlungsbedarf aus ihrer Sicht nicht ergibt. Angesichts der gegebenen Unstimmigkeiten liegt es nahe, daß die Gegenseite - HU und Fink - die Gerichte bemüht.

Zugleich führt die Auseinandersetzung um die Fink-Kündigung auch innerhalb der Humboldt-Universität zu stärkerer Differenzierung der Positionen zur Hochschulerneuerung wie zu deutlicherer öffentlicher Wahrnehmbarkeit der Differenzen: Mehrere Hochschullehrer vor allem der Charité, u.a. der Dekan Harald Mau, unterzeichnen am 2.12.1991 eine Erklärung, in der zwar mit keinem Wort die Fink-Affäre oder der Name des Rektors erwähnt wird, die aber im übrigen eindeutig ist:

„Tief betroffen von der systematischen Zerstörung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit unserer Universität von innen heraus und beschämt über die eskalierende Entwicklung der vergangenen Wochen und Monate halten wir es

für notwendig, uns von den pauschalen Äußerungen zur Position 'der Universität' zu distanzieren. // Wir sind nicht einverstanden mit der Verschleppung und Verhinderung einer Erneuerung der Universität durch emotional überladene Reaktionen, propagandistische Proteste und Beschwerden bei Beibehaltung belasteter Strukturen und Personen. Beabsichtigt oder unbeabsichtigt werden damit keine Erfolge für unsere Universität erreicht, sondern Reaktionen provoziert, die der Universität schaden. Eine Atmosphäre sich aufschaukelnder Gegenreaktionen behindert die Arbeit und ein normales akademisches Leben.“²³ (Ut.kr.-Dok. 1992, 56)

Richard Schröder, als SPD-Politiker in der Volkskammer 1990 zentraler Akteur bei der Durchsetzung der Staatsverträge, nunmehr vom Sprachenkonvikt²⁴ übergeleiteter Philosophie-Professor an der Theologischen Fakultät, bringt sich für eine Rektorkandidatur in Position (vgl. Schröder 1991; 1992; 1992a): „Was ist gelaufen an der Universität - mal unabhängig davon, was Herr Fink will? Sehr wenig Neuberufungen, sehr wenig, was erkennen läßt, daß es schon etwas greifbar Neues gibt... Ich habe Herrn Fink als jemanden erlebt, der Erneuerung verzögert, weil er möglichst viel bewahren will.“ (Schröder 1992a, 6)

Die Theologische Fakultät als Finks Herkunftseinrichtung wirkt unentschlossen, was ihrer internen Fraktionierung geschuldet scheint. Ihre Äußerungen schwanken zwischen Skrupulösität und der Neigung, sich lieber von Fink distanzieren zu wollen. Im Protokoll einer aus gegebenem Anlaß durchgeführten erweiterten Fakultätsratsitzung am 2.12.1991 heißt es:

„Der Dekan legt den Entwurf einer öffentlichen Erklärung vor, die auf die Bitte an Herrn Prof. Fink zielt, seine Amtsgeschäfte als Rektor niederzulegen. // Über den Vorschlag dieser öffentlichen Äußerung wurde keine Einigung erzielt... Es wurde geltend gemacht, daß in der Erklärung die Person des Kollegen Fink zu wenig Unterstützung erhalte und daß diese Aufforderung zum Rücktritt in der Öffentlichkeit mißverstanden werden könne. // Nachstehende Erklärung fand mehrheitliche Zustimmung: // Wir nehmen die Erklärung von Herrn Fink [kein IM gewesen zu sein, p.p.] ernst, können aber auch an den Ergebnissen der Gauck-Behörde nicht vorbeigehen und erwarten eine schnelle rechtlich eindeutige Klärung. // Dabei wurde von einigen deutlich gemacht, daß eine Diskreditierung der Gauck-Behörde nicht stattfinden darf.“ (Theol. Fak. 1991)

Deutlicher wird der Theologie-Professor Jürgen Henkys in einer Erklärung vom gleichen Tag:

„Herr Kollege Fink hat sich in seiner öffentlichen Erklärung vom 26.11.1991... wie folgt geäußert: 'Ich muß davon ausgehen, daß es sich bei diesem Schreiben (...) um das Ergebnis einer politisch motivierten Manipulation handelt (...) Ich sehe in dem Schreiben und in der Verwendung des Schreibens der Gauck-Behörde den Höhepunkt einer gegen mich geführten Kampagne (...)'. Mit diesen Formulierungen hat Herr Kollege Fink als Rektor ein in der Humboldt-Universität verbreitetes Demokratie-Verständnis bedient, das ich für meine Person entschieden zurückweisen muß.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 57)

Weitere, in ähnliche Richtung zielende Wortmeldungen kommen vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), dem Humboldt-Forum - einer für die anstehenden Gremien-Wahlen konstituierten Liste (Ut.kr.-Dok. 1992, 58) - und dem Personalratsmitglied Sylvia Bork (Ut.kr.-Dok. 1992, 60) Ein Studentenvertreter, Ilko-Sascha Kowalczyk, verweist darauf, daß alle Stasi-Beschuldigten bislang gelehnet hätten, daß Fragen an Fink nach seiner eigenen Vergangenheit „stets eintönig unbeantwortet“ geblieben seien, und bezeugt: „Meine Hoffnung, daß hier ausnahmsweise nicht gelehnet, sondern die Wahrheit gesagt wird, ist zugeständenermaßen nicht besonders groß.“ (Kowalczyk 1992, 60)

Der Vorsitzende der Universitäts-Ehrenkommission, Bert Fleming, läßt am 27.11.1991 „bis auf weiteres“ seine „Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im Akademischen Senat“ und den Ehrenausschußvorsitz ruhen: Er sieht die Intentionen der Senatsstellungen nicht hinreichend in den nachfolgenden öffentlichen Aktionen an der HU repräsentiert. „Die Kenntnisnahme von Realitäten, wozu auch Rechtswirklichkeiten gehören, müssen [lies: muß, p.p.] ... möglich sein [...] Das Verknüpfen eines persönlichen Schicksals einer Person mit dem Schicksal einer Institution kann ich... nicht mittragen.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 49f.)

Gegen diese Position, die eine strikte Trennung von (Amts-)Person und Universität verlangt, polemisieren der amtierende Kanzler Karl Schwarz, von der TU abgeordnet, und der Mathematikprofessor und ZPSK-Ko-Vorsitzende Bernd Bank: „Eine Argumentation aus dem Geist der alten DDR! Die ‘Sache’ gegen (und im Zweifel natürlich über) die ‘Person’!“ Und weiter:

„Im ‘Fall Heinrich Fink’ geht es darum, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Verfahren der demokratisch gewählte Rektor der Universität seines Amtes enthoben werden kann. Dies ist eine Frage von existenzieller Bedeutung für die Universität. In diesem Sinne ist die Sache Heinrich Finks zugleich elementare Sache der Universität. Die Auseinandersetzung um die Rechtmässigkeit der Amtsenthebung von Rektor Fink nicht zu führen, hiesse, sich dem Kampf um ein lebenswichtiges Prinzip zu entziehen und die Sache der Universität aufzugeben.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 55)

Prorektor Reinisch ordnet die Fink-Kündigung in eine aus seiner Sicht gegebene Kontinuität der Demontage des Selbstbehauptungswillens der Humboldt-Universität ein:

„Es ist durch den Gang der Ereignisse ziemlich wahrscheinlich, daß es sich hier um einen hochschulpolitischen Vorgang handelt. Die Humboldt-Universität ist die einzige Universität in der ehemaligen DDR, in der die Selbstverwaltungsgremien noch nicht zertrümmert worden sind. Heinrich Fink steht für

diesen Weg. Er ist seit Monaten dafür angegriffen worden, von der FAZ, der WELT oder anderen Publikationen...“ (Reinisch 1991)

Auch außeruniversitär erfreut sich Fink breiter Unterstützung. Christoph Hein interveniert zu seinen Gunsten. (Vgl. Hein/Gauck 1992) Der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus stellt in einer Pressemitteilung die auch von Fink insinuierte Frage: Ob es wirklich immer nur Zufall sei, daß sich in der jüngsten Vergangenheit die Fälle häuften, in denen Materialien über eine Stasitätigkeit unmittelbar vor Personalentscheidungen - hier der Rektorwahl - bekannt wurden. (Tolksdorf 1991) Wolf-Dieter Narr, Heinz Knobloch, Julius H. Schoeps, Günter Grass u.v.a. erklären sich öffentlich für Fink oder senden ihm persönliche Briefe. (Vgl. Ut.kr.-Dok. 1992) Dorothee Sölle, Martin Walser, Uwe Wesel und andere werden später eine „Initiative Gegen neues Unrecht“ gründen, um Fink bei der Begleichung von ca. DM 50.000 Prozeßkosten zu helfen. (Wischnath 1993a, 153) Augenscheinlich bricht sich am konkreten Fall ein über diesen hinausgehendes Unbehagen Bahn.

Am 6. und 7. Januar 1992 kommt eine „internationale Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern“ nach Berlin, „um sich zu informieren, wie es zur Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität... kommen konnte.“ (Europäisches Bürgerforum 1992, 2) Initiiert durch ein „Europäisches Bürgerforum“, geleitet vom Europa-Abgeordneten Lode van Outrive und im übrigen mit keinem extern verliehenen Mandat ausgestattet, treffen sie auf breite Gesprächswilligkeit in Berlin. Unter anderen Hans Jürgen Fischbeck, Albrecht Schönherr, der Akademische Senat der HU, aber auch Joachim Gauck mit Hans Jörg Geiger sowie Manfred Erhardt stehen zur Verfügung.

Letzterer Gesprächsbereitschaft kennzeichnet die seinerzeitige Atmosphäre: Die politisch für die Fink-Kündigung Verantwortlichen sehen sich unter einem erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten. An einer abschließenden Pressekonferenz der Delegation nimmt Wolfgang Ullmann, MdB, teil und formuliert nochmals den Umstand, der die Stimmungen der kritisch geneigten Diskutanten dieser Wochen grundiert: „... es macht mir doch keiner weis, das, was hier im Gange ist, sei nur ein Streit um hehre Rechtsprinzipien und die moralische Tadello-sigkeit von Rektoren deutscher Universitäten.“ (Europäisches Bürgerforum 1992, 37)

Vergleichsweise ausgleichend hatte bereits am 3. Dezember 1991 Michael Daxner, der auswärtige ZPSK-Ko-Vorsitzende und Oldenburger Universitätspräsident, in einem Brief an den Wissenschaftssenator zu wirken versucht:

„Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, daß es das Verfahren ist, das jetzt gegen Heinrich Fink eingeleitet wurde, das sehr viel schwerer wiegt als die Glaubwür-

digkeit einzelner Personen und Quellen. [...] Lieber Herr Erhardt, ich habe Sie als fairen und sachkundigen Verhandlungspartner kennengelernt. Ich möchte Sie nur herzlich bitten, sich einer Korrektur des Verfahrens gegen Heinrich Fink nicht zu verschließen - wie ich ihm vorige Woche geschrieben habe: die Wahrheit wird an den Tag kommen, und wie ich Ihnen nahelege: dazu muß man ihr eine Chance geben, zu erscheinen.“ (Uf.kr.-Dok. 1992, 59)

Gerichtliche Auseinandersetzungen. Außergerichtliche Begleitung

Die Chance der Wahrheit, an den Tag zu kommen, mußte, wie schon erwähnt, qua Gerichtsverfahren eröffnet werden. Es geschah dies auf zweierlei Wegen und in vier Stufen: Die Universität ging zweimal und Fink selbst einmal vor das Verwaltungsgericht, um die Entscheidungen des Senators prüfen zu lassen. Dabei stand die Befugnis des Senators im Streit, der Universität hinsichtlich der Besetzung ihres Rektorates Vorschriften zu machen. Parallel ging Fink arbeitsrechtlich gegen seine Kündigung als Hochschullehrer vor. Dies sollte ihn im weiteren durch zwei Berliner Instanzen, zum Bundesarbeitsgericht und schließlich zum Bundesverfassungsgericht führen.

Das Verwaltungsgericht wies zunächst Anträge der Universität wie H. Finks auf vorläufigen Rechtsschutz zurück, ohne Inhaltliches zu präjudizieren: Das Gericht vertrat die Auffassung, „daß zunächst die Humboldt-Universität als für die Selbstverwaltung zuständige Stelle zu entscheiden habe, ob sie von einer wirksamen Kündigung sowie der Beendigung des Rektorenamtes ausgehe und deshalb dem Rektor die Amtsausübung untersage. [...] Die Anträge Finks gegen das Land Berlin hat die Kammer als unzulässig angesehen, weil dieser Antragsgegner [das Land Berlin, p.p.] bislang allenfalls Rechtsansichten, aber noch keine angreifbaren Maßnahmen - schon gar nicht gegen Rektor Fink direkt - getroffen habe.“²⁵

Zur Erinnerung: Das Verwaltungsgericht hatte nicht die (arbeitsrechtlich zu klärende) Kündigung zu verhandeln, sondern einen ggf. erfolgten Verwaltungsakt, der Fink an der Ausübung des Rektorates hindere. Diesen Verwaltungsakt sahen Kläger wie Beklagte gleichermaßen gegeben, da Rektor nur sein könne, wer auch Hochschullehrer ist. Das Verwaltungsgericht zeigte sich hier, wie zitiert, spitzfindiger.

Senator Erhardt wies daraufhin in Form einer Rechtsaufsichtsmaßnahme die Humboldt-Universität an, Fink die Amtsausübung zu untersagen. Zugleich ordnete er den sofortigen Vollzug an. Dies wurde seitens des amtierenden Rektors Zschunke am 30.1.1992 einerseits vollzogen.²⁶ Andererseits betrachtete der Akademische Senat die Weisung

„als einen Eingriff in die Hochschulautonomie und beauftragt die Universitätsleitung, dagegen beim Verwaltungsgericht Berlin Klage einzureichen“²⁷

Arbeitsrechtlich vollzog sich die Auseinandersetzung, wie erwähnt, in vier Stufen. Am 1.4.1992 gab das Berliner Arbeitsgericht zunächst H. Fink recht: Er sei als Hochschullehrer weiterzubeschäftigen. Die Beklagte hätte „keine zulässigen Beweismittel benannt“. Die Schreiben und Berichte der Gauck-Behörde seien „einschl. ihrer Anlagen, d.h. einschl. der Aktenstücke aus den MfS-Akten, keine öffentlichen Urkunden i.S. der §§ 415, 418 ZPO, die Beweis für die darin bezeugten Tatsachen begründen könnten... Als Privaturkunden begründen sie... allenfalls Beweis dafür, daß die einzelnen Angaben/Erklärungen/Vermerke von den jeweiligen Ausstellern stammen (§ 416 ZPO)...“ Die Auskünfte und etwaige Wertungen der Gauck-Behörde seien in jedem Falle durch die auskunftersuchende Stelle, hier die Senatsverwaltung, „inhaltlich voll zu überprüfen“.²⁸

Der Wissenschaftssenator, von Hause aus Jurist, hatte dazu ein sicheres Urteil: „Es gibt ordentliche Gerichte, und es gibt Arbeitsgerichte“.²⁹ Er legte Berufung gegen die erstinstanzliche Entscheidung ein. Zudem stellte er den Antrag, den Beschluß zur Weiterbeschäftigung Finks bis zum Entscheid der Berufung aufzuheben. Hintergrund war vermutlich eine denkbare und aus Sicht des Senators gefährvolle Entwicklung: Fink hätte als weiterbeschäftigter Hochschullehrer bei den zwischenzeitlich anstehenden Rektorwahlen kandidieren können. „Falls er sich zu diesem Schritt entschließt, wählte man ihn vermutlich auch. Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen... im Januar hatten die Befürworter einer Fortsetzung des hochschulpolitischen Kurses von Fink die Mehrheit erhalten“, hieß es in der F.A.Z.³⁰ Dem Antrag des Senators, den Beschluß zur Weiterbeschäftigung Finks bis zum Entscheid der Berufung aufzuheben, wurde nicht stattgegeben.

Daraufhin teilte der Senator der Humboldt-Universität am 6.4.1992 schriftlich mit, daß die Rechtsaufsichtsmaßnahme - die Untersagung der Amtsausübung Finks als Rektor - weiter Bestand habe. (Damaschke 1992) Auf Initiative seiner studentischen Mitglieder beschloß der Akademische Senat am 7.4.1992 dagegen, die Universitätsleitung aufzufordern, Fink im Ergebnis des erstinstanzlichen Arbeitsgerichts-urteils wieder als Rektor einzusetzen.³¹ Die Universitätsleitung folgte dieser Aufforderung nicht. Seitens der studentischen Senatsmitglieder wurde der Antrag deshalb am 19.5.1992 wiederholt, nach eindringlichen Bitten anderer Senatoren, die pragmatische Gründe anführten, jedoch zurückgezogen.³²

Zur gleichen Zeit sickerte aus der Struktur- und Berufungskommis-

sion (SBK) der Theologischen Fakultät durch, daß Heinrich Fink nicht hinreichend qualifiziert genug sei, um eine Hochschullehrerstelle besetzen zu können. (Küpper 1993, 149) Bereits im Januar 1992 hatte ein Kollege Finks, Rudolf Mau, im *Tagesspiegel* ähnliches mitgeteilt, was indes für eine nichtwissenschaftliche bzw. außerfachliche Öffentlichkeit nur schwer überprüfbar ist: „Auf der Strecke wissenschaftlicher Leistungen entdeckt man freilich nur Spärliches, und die spezifische Qualifikation für das von ihm zu vertretende Fach Praktische Theologie ist nicht gerade über-zeugend.“ (Mau 1992)

Im August 1992 dann hatte der Wortlaut des Votums der SBK - obgleich ein nichtöffentliches Dokument, da Personalangelegenheit - auch den Weg in wenigstens eine Zeitungsredaktion gefunden. Anlässlich der Eröffnung der zweiten Prozeßinstanz konnte das SBK-Urteil in der F.A.Z. zitiert werden:

„Nach Sichtung der wissenschaftlichen Qualifikation von Herrn Fink, insbesondere seiner Dissertation A und Dissertation B, und nach Auswertung der von ihm vorgelegten Liste von Publikationen sowie des von ihm eingereichten wissenschaftlichen Werdegangs und unter Berücksichtigung der Aufstellung seiner Lehrveranstaltungen kommt die SBK zu dem Ergebnis, daß Herr Fink nicht die Voraussetzungen erfüllt, um ihn für eine Berufung auf eine Professur nach dem Berliner Hochschulgesetz vorzuschlagen.“³³

Die zweitinstanzliche Entscheidung wurde am 16. Dezember 1992 verkündet. Das Landesarbeitsgericht kam zu einem bei Prozeßbeobachtern allgemein überraschenden Ergebnis (vgl. Füller 1993): Der Kläger sei nicht lediglich abgeschöpft worden, sondern habe direkt konspirative Kontakte zum MfS gehabt und diesem Informationen geliefert. Deshalb sei die Kündigung wirksam. „Die Berufungskammer hat in dem komplizierten Prozeß der Wahrheitsfindung den Grad an Gewißheit erlangt, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie - die Zweifel - vollkommen auszuschließen.“ Ihr Urteil nannte die Kammer selbst „argumentativ angreifbar“. Zugleich nahm sie für sich in Anspruch, die objektive Aktenlage und die Aussagen eigenständig gewürdigt zu haben.

Gehört worden waren auch, anders als in der ersten Instanz, frühere MfS-Mitarbeiter. Sie hatten insbesondere ausgesagt, daß Fink von seiner Registrierung als IM nichts gewußt habe und abgeschöpft worden sei.³⁴ Ihre Aussagen wertete das Gericht prinzipiell als unglaubhaft. In den zwei Fällen jedoch, in denen es Fink des direkten Stasi-Kontakts für überführt ansah, bezog es sich dann ausdrücklich auf deren Aussagen. Explizit distanzierte sich die Kammer von der Gauck-Behörde: Sie stehe deren „Wertung und ihren einzelnen Schlußfolgerungen eher skeptisch gegenüber.“ Die vor Gericht erfolgten Ausführungen der Behörde des Bundesbeauftragten hätten „durchgängig den Eindruck (vermit-

telt), als sei die Abschöpfungsversion ‘undenkbar’ (im doppelten Sinne des Wortes) und bedürfe gar keiner rationalen Widerlegung.“

Rechtsmittel, d.h. in diesem Falle Revision, wurden nicht zugelassen. Die mit dem Konflikt verbundenen Rechtsfragen seien juristisch „nicht von grundsätzlicher Bedeutung“.³⁵

Kurz vor der Urteilsverkündung hatte der Richter den streitenden Parteien einen Vergleich angeboten. Fink lehnte ab. Nun ging er in den Vorruhestand. Die Präsidentin der HU teilt mit, daß an der Universität „verständlicherweise tiefe Betroffenheit“ herrsche. Das Urteil sei für die Universität schmerzhaft, „vor allem auch deshalb, weil sie den unbestrittenen Beitrag von Heinrich Fink im Erneuerungsprozeß der Humboldt-Universität gewürdigt wissen möchte.“ (Dürkop 1992)

Am 22. Januar 1993 findet für Fink im Audimax der HU eine Solidaritätsveranstaltung statt. Eine Kollekte wird veranstaltet, um zu den aufgelaufenen DM 40.000 Prozeßkosten beizutragen. (Küpper 1993, 151) Am 27.5.1993 verabschiedet die Leitung der Humboldt-Universität mit einiger Verspätung ihre Vorgänger - Fink, den kommissarischen Kanzler Schwarz und die Prorektoren - in einem kleinen Festakt offiziell. Der frühere auswärtige ZPSK-Ko-Vorsitzende Daxner reflektiert in einer Ansprache den Übergang der HU in das neue System und ihr Werden zur „zweiten Humboldt-Universität“. Fink sei ein „Gestriger“ nicht und kein „Heutiger“, jedoch ein „Mann des Übergangs und der Übergänge“, und nur ein solcher habe „die Universität als Körperschaft bewahren und als Anstalt den neuen Besitzern übergeben“ können:

„Ja, er mußte sich auf die Hochschulautonomie berufen, die seine Universität vordem nicht gekannt hatte, er mußte für Würdige und Unwürdige darauf bestehen, daß die Regeln für eine Universität im vereinigten Deutschland nicht denen geopfert würden, die bis vor kurzen diesen Regeln mit recht gelehrter Arroganz gegenüberstanden hatten.“ (Daxner 1994, 7)

Die Ansprache wird 1994 in der Reihe „Öffentliche Vorlesungen“ publiziert, ohne daß eine redaktionelle Bemerkung noch auf den Anlaß ihres Entstehens verweist. Für die Universität mithin ist der Vorgang offenkundig endgültig abgeschlossen. Für Fink noch nicht ganz.

Stufen drei und vier seiner gerichtlichen Auseinandersetzung folgten ab Sommer 1993: Gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel durch das Urteil des LAG Berlin legte Fink Nichtzulassungsbeschwerde beim BAG ein. Das Gericht lehnte das Begehren am 19.10.1994 ab. Die Beschwerde wurde als „unbegründet beziehungsweise unzulässig“ zurückgewiesen.³⁶ Gegen die Kündigung legte Fink zudem Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein.

Fazit

H. Fink hat anhaltend bestritten, als IM tätig gewesen zu sein. Schlüssig bewiesen wurde das Gegenteil, trotz überdurchschnittlichen Engagements der Gauck-Behörde, nicht. Das die IM-Tätigkeit erkennende Berliner Landesarbeitsgericht hatte seinem Urteil selbst „argumentative Angreifbarkeit“ bescheinigt. Die Wahrheit jedenfalls, was immer hier darunter zu verstehen wäre, ist im Verlauf von sechs Jahren nicht gefunden worden. Die Affäre Fink hatte andere Ergebnisse:

(a) *Erneuerungspolitisch* verpaßte die Humboldt-Universität die Chance, die sich aus der zugespitzten Personalisierung eines politischen Problems ergab: Niemals zuvor und niemals später wieder war eine Atmosphäre gegeben, in der der Umgang mit den Akten auf eine solche Aufmerksamkeit und Diskussionsbereitschaft stieß. Diese nicht genutzt zu haben für eine universitätsangemessene, d.h. diskursiv grundierte, methodisch geleitete, ideologiearme und um Objektivierung bemühte Debatte, muß als gravierendes Manko bilanziert werden. Dieses blieb auch nicht folgenlos. So muß etwa der suizidale Ausgang eines absurden IM-Vorwurfs aus dem Jahre 1995³⁷ teilsächlich auf die 1991/92 unterbliebene systematische Debatte zum Umgang mit den Akten zurückgeführt werden.

(b) *Hochschulpolitisch* wurde im Zuge der Fink-Affäre eine in relevantem Ausmaß renitente Universität domestiziert. Das Resultat wird unterschiedlich bewertet. Manche meinen, damit sei der demokratische Aufbruch der HU endgültig zum Schlachtopfer der repressiven Intoleranz der Berliner Senatsverwaltung geworden. Andere sehen in dem Vorgang die Eröffnung einer - endlich - tatsächlichen Erneuerungschance für die Humboldt-Universität.

(c) *Individuell* ist einerseits, wie immer in solchen Fällen, 'etwas' an Fink hängengeblieben. Sein einstiger Unterstützer Wolfgang Ullmann z.B. sollte 1993 eine grundlegend geänderte Meinung haben:

„Nach meiner - nicht sehr eingehenden - Kenntnis der Akten war diese Kündigung unvermeidlich. Dies hätte sich vielleicht verhindern lassen, wenn Herr Fink eine andere Politik gemacht hätte. Aber diese Position, auf die er sich versteift hat, er sei ein unschuldig Ausgenutzter gewesen, war meiner Meinung nach unangemessen und hat seiner Stellung geschadet. Denn nach den Akten paßte es nicht zu den Tatbeständen, zu behaupten, er habe von nichts gewußt.“ (Ullmann 1993, 24)

Andererseits aber interessiert auch niemanden mehr so richtig, wie es denn nun wirklich war. Manche haben ein Urteil, das in der einen oder anderen Richtung feststeht. Sie sind von ohnehin „angreifbaren“ Argumentationen nicht weiter zu beeinflussen. Wer dagegen kein festste-

hendes Urteil hat, neigt erst recht dazu, sich lieber nicht auf angreifbare Argumentationen einzulassen.

(d) *Vergangenheitspolitisch* trug der Fall Fink insoweit dazu bei, das ursprünglich von ostdeutschen Bürgerrechtsakteuren verfochtene Anliegen der MfS-Aktenöffnung zu demontieren. Dieses Anliegen war individuelle wie gesellschaftliche Aufklärung. Doch: Wo so wenig Gewißheit zu erlangen, aber mit solch geringer Gewißheit derart reichlich politische Instrumentalisierung zu betreiben wäre, da sei augenscheinlich das gutgemeinte Anliegen gegen sachfremde Indienstnahme ungenügend immunisiert worden. Das zivilgesellschaftliche, aufklärerische Wollen fand sich hoheitlich okkupiert. Die Akten sind nicht vergesellschaftet, sondern verstaatlicht. (Das freilich wäre ohne Prophetie schon zeitig konstatierbar gewesen: als die Akten der Obhut einer Behörde, angegliedert dem Bundesinnenministerium, unterstellt worden waren.) Somit etwas über zivilgesellschaftliche Illusionen vermittelt zu haben, kann als letztes Ergebnis der Affäre Fink festgehalten werden.

Peer Pasternack, Dipl.-Pol., promoviert in Leipzig und Oldenburg

Anmerkungen:

¹ redaktionelle Notiz in *UnAufgefordert* 8/27.3.1990, S. 1.

² Hingegen wird er dann 1996 der einzige ostdeutsche Philosoph auf einer C4-Professur sein. (Siemons 1997)

³ Vgl. *Humboldt Universität* 24/25-1989/90, 22.3.1990, S. 3.

⁴ Gesetz über den Geltungsbereich des Berliner Landesrechts vom 29. September 1990, Anl. 2 Abschn. XI Abs. A Pkt. 9-11.

⁵ Ebd. Pkt. 1-3.

⁶ Vgl. Berufungen, in: *Humboldt Universität* 1/2-1990, S. 2.

⁷ Am 19.12.1995, also fünf Jahre später, wird ein abschließendes Urteil des OVG Berlin feststellen: „Die Abwicklungsentscheidung des Beklagten ist rechtsfehlerhaft; die Klägerin [= die HU] kann die Überführung ihrer noch streitgegenständlichen fünf Teileinrichtungen verlangen.“ (Az. OVG 8 B 75.92) Praktische Auswirkungen hatte dieses Urteil nicht mehr.

⁸ wobei er, nach Auskunft des Moderators der evangelisch-reformierten Gemeinden, Wischnath, „wochenlang“ darum hatte streiten müssen, „daß sein Unmut über diese Macht und seine Ehrenerklärung für Fink wenigstens in die Leserbriefspalte kam“. (Wischnath 1993, 107)

⁹ Vgl. auch die Richtigstellungen zu diesem Beitrag in F.A.Z. vom 24.5.1991, 5.6.1991, 10.6.1991, 11.6.1991.

¹⁰ „Man redet nicht mit uns. Kommt es doch einmal vor, geschieht es im Ton der Forderung“, so macht Prorektor Ulrich Reinisch seinem Ärger über die 'zentralistischen Eingriffe' Luft, denen die Universität ausgesetzt sei. Doch der allgemeine Mißmut hat noch andere Gründe. Man fühlt sich unverstanden,

empfindet die Berichterstattung der Medien, die den demokratischen Erneuerungsprozeß in Ost-Berlin wachsam verfolgen, als böse und verleumderisch“, heißt es in der F.A.Z. vom 1.11.1990. (Krause 1990)

¹¹ früher SED-Funktionär, DDR-Geheimdiplomate und Wirtschaftsprofessor an der HUB, dann dissidentische Entwicklung und 1986 Ausreise, durch Vermittlung Franz Josef Strauß' Professur in Würzburg, ab 1990 wieder an der Humboldt-Universität.

¹² nachdem ein Jahr lang davon nichts zu hören gewesen war, zuvor letztmalig bei Schmoll (1990).

¹³ Schröder präzisierte am 29.11.1991: „Ich behaupte nicht, daß er gegen mich intrigierte. Mir liegt aber eine amtsinterner Vermerk für den Staatssekretär für Kirchenfragen vom 30.8.1988 vor, wonach man deshalb an Fink herantreten wollte. Es ging um eine Veröffentlichung von mir in der Westpresse, die man 'nicht unbeachtet' lassen wollte. Fink selbst sagte mir, ein solches Gespräch habe nicht stattgefunden – was ich ihm abnehme, weil er es mir so mitteilt. [...] Was andere daraus machen, liegt außerhalb meiner Macht. Auch was diesbezüglich in der ZEIT stand, stimmt so nicht.“ (Schröder 1991)

Noch detaillierter in einem Interview einige Wochen darauf: „... Das zweite Dokument ist ein Vermerk für den Staatssekretär (zwei Tage nach Erscheinen des Artikels), man solle gegen mich vorgehen und die Einzelheiten sollen mit Fink besprochen werden. Das habe ich Herrn Fink zugeschickt. Er hat mir gesagt, das Gespräch habe nie stattgefunden. Ich sagte, ein anderer Punkt in dem Schreiben sei gewesen, daß man ohne alle Vorbehalte davon ausginge, daß man mit ihm besprechen könnte, wie gegen mich vorzugehen sei. Nein, hat er gesagt, so etwas hätte er nicht gemacht, er hätte doch immer vermitteln wollen. Man glaubte offenbar im Staatssekretariat, er vermittelte soviel, daß er auch noch in dieser Sache vermitteln könne. Man nahm an, er organisiere, wer den Artikel schreibt.“ (Schröder 1992a, 7)

¹⁴ dazu vgl. Karau (1992), Maleck (1992), Fink (1992).

¹⁵ Verweisen sei auch auf die oben zitierte Ehrenerklärung des Berlin-Brandenburgischen Bischofs Gottfried Forck (1990).

¹⁶ dokumentiert in Ut.kr.-Dok. (1992, 26).

¹⁷ dokumentiert ebd., 27.

¹⁸ dokumentiert ebd., 30-33.

¹⁹ dokumentiert ebd., 38.

²⁰ vgl. das Kündigungsschreiben, dokumentiert ebd., 40f.

²¹ Die Abstimmungsergebnisse sind dem Beschlußprotokoll über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 26. November 1991, Bl. 2f. entnommen. Es war geheim abgestimmt worden.

²² Beschlußprotokoll über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 26. November 1991, Bl. 2.

²³ gez. von Prof. Dr. med. Bernd Freigang, Prof. Dr. rer. nat. Roland Glaser, Prof. Dr. rer. nat. Hans-Georg Henning, Dr. med. Klaus-Roland Jahn, Doz. Dr. rer. nat. Ulrich Prösch, Prof. Dr. med. Jürgen Wendler, Doz. Dr. rer. nat. Günter Wersuhn, Prof. Dr. rer. nat. Regine Witkowski, Prof. Dr. theol. Matthias Köckert, Prof. Dr. sc. med. Harald Mau, Prof. Dr. sc. med. Günter Dörner.

²⁴ Zum Schluß „Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg“.

²⁵ Presseerklärung des Präsidenten des Verwaltungsgerichts Berlin vom 27.1.1992, nach Europäisches Bürgerforum (1992, 26).

²⁶ Schreiben des 1. Prorektors der Humboldt-Universität an Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin, 30. Januar 1992 (auszugsweise in Europäisches Bürgerforum 1992, 27). Vgl. auch Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 4. Februar 1992, S. 2.

²⁷ Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 12.2.1992, S. 3.

²⁸ Urteilsbegründung, Az 64 A Ca 28177/91.

²⁹ Zit. nach Der entlassene Rektor... (1992).

³⁰ Der entlassene Rektor... (1992). Dagegen finden sich zu der Frage, ob Fink vor seiner Kündigung als aussichtsreicher Kandidat für eine Wiederwahl galt, durchaus unterschiedliche Ansichten. Küpper (1993, 148) meint, es sei „schon durchaus ungewiß“ gewesen, „ob Fink ein zweites Mal gewählt würde“. Wischnath (1993, 107) dagegen gibt an, Fink hätte die Rektor-Wahl „allemaal gewonnen“.

³¹ Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats der Humboldt-Universität zu Berlin vom 7. April 1992, S. 8f.

³² Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats der Humboldt-Universität zu Berlin vom 19. Mai 1992, S. 3 + Anl. 1.

³³ Im Streit um... (1992)

³⁴ Roßberg: Fink wußte nichts... (1992).

³⁵ Urteilsbegründung, Az 12 Sa 32/92.

³⁶ Vgl. Entlassung Finks rechtskräftig (1994).

³⁷ Genauer bei Pasternack (1997, 129f.).

Literatur:

- bakunin (1991): Das Pilatus-Syndrom. Konzilantes vom Freitag, in: *UnAufgefordert*, Sondernummer 2.12.1991, S. 4.
- Bank, Bernd/Daxner, Michael (1991): [Brief an] Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Herrn Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, Berlin, 6.5.1991, 2 S. Unveröff.
- Baring, Arnulf (1991): Warum ich an die Humboldt-Universität will. Berlin ist dabei, eine historische Chance zu verspielen, in: F.A.Z., 10.5.1991, S. 27.
- Baumann, Arnulf (1991): [Brief an] Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Herrn Senator Prof. Dr. Manfred Erhard, Wolfsburg, 3.12.1991, in Ut.kr.-Dok. (1992, 2f.).
- Berg, Hermann von (1991): Offener Brief an den Studentenrat der HU zur Tagung am 18.7.1991 zum Thema: Wie weiter? Berlin, 16. Juli 1991, in Ut.kr.-Dok. (1992, 20f.).
- Charité (1991): Im Zusammenhang mit den Pressemitteilungen zur Organspende teilt das Universitätsklinikum Charité mit, in: *Humboldt Universität*, 19.9.1991, S. 4.
- Damaschke, Heidi (1992): Berliner Arbeitsgericht hob fristlose Kündigung von Prof. Fink auf, in: *Humboldt Universität*, 14-1991/92, S. 3.
- Daxner, Michael (1994): Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt Berlin. Festrede 27. Mai 1993 (Öffentliche Vorlesungen H. 36), hrsg. von der Präsidentin der Humboldt-Universität, Berlin, 24 S.
- Der entlassene Rektor Fink muß weiter beschäftigt werden, in: F.A.Z., 3.4.1992, S. 2.

- Dürkop, Marlis (1992): Betroffenheit der Humboldt-Universität nach Urteilsverkündung. Presseinformation, Berlin, 16. Dezember 1992, in: *hochschule ost* 1/1993, S. 57.
- Dürkop, Marlis/Fischbeck, Hans Jürgen (1991): Die Fink-MfS-Akten waren Akten ÜBER Fink!, in: *PresseDienst Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV im Abgeordnetenhaus von Berlin*, Berlin, 2.12.91, 2 S.
- Eisenfeld, Peter (1991): Der „geistige Tod gewissermaßen“ des Herrn Prof. Dr. jur. habil Hermann Klenner oder Ein „Glücksfall“ für die wissenschaftliche und moralische Erneuerung der Humboldt-Universität, in: *Deutschland Archiv* 6/1991, S. 642-645.
- Entlassung Finks rechtskräftig (1994), in: F.A.Z., 20.10.1994, S. 4.
- EP (1991) = Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 1991, Straßbourg, 2 Bl. Unveröff.
- Erhardt, Manfred (1991): Der Senator für Wissenschaft und Forschung: [Schreiben an] Herrn Prof. Lode Van Outrive, Herrn Coimbra-Martins, Herrn Professor Ken Coates, Berlin, 2. September 1991. Unveröff.
- Erhardt, Manfred (1991a): Prof. Dr. Manfred Erhardt (Senator): [Schreiben an] Herrn Professor Dr. Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, 23. April 1991, 3 S. Unveröff.
- Europäisches Bürgerforum (1992) (Hg.): Die Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Heinrich Fink. Bericht über den Besuch der internationalen Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern. Berlin, 6. und 7. Januar 1992, Berlin, 40 S.
- Fink, Heinrich (1990): Der unwegsame Weg der Wahrheit. Rede zur Übernahme des Rektorates der Humboldt-Universität zu Berlin, in: B. Maleck, Heinrich Fink: „Sich der Verantwortung stellen“, Berlin 1992, S. 95-102.
- Fink, Heinrich (1991) (Iv.): „Laßt die Studenten selber denken“. Heinrich Fink, Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität, über die Reform seiner Hochschule, in: *Der Spiegel* 4/1991, S. 72-77.
- Fink, Heinrich (1991a): Gegendarstellung, in: F.A.Z., 11.6.1991, S. 4.
- Fink, Heinrich (1991b): Thesen zur Entwicklung der Humboldt-Universität, in: *Bündnis 2000* 23/1991, S. 7.
- Fink, Heinrich (1991c): [Schreiben] An den Hochschulpolitischen Rat, Berlin, 27.5.1991, 2 S. Unveröff.
- Fink, Heinrich (1992): Heinrich Fink. Theologe, in: G. Herzberg/K. Meier, *Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts*, Berlin 1992, S. 40-73.
- Fischbeck, Hans Jürgen (1991): Offener Brief an Hermann von Berg. Berlin, den 19.11.1991, in *Ut.kr.-Dok.* (1992, 22).
- Forck, Gottfried (1990): Den Rektor der Humboldt-Universität schlechtgemacht, in: F.A.Z., 22.10.1990, S. 12.
- Füller, Christian (1993): Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat. Für billige Polemik taugt der Prozeß um Finks Entlassung nicht. Kein Glanzstück für den Rechtsstaat, in: *hochschule ost* 4/1993, S. 63-70.
- Gauck-Behörde (1991) = Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes: [Schreiben an Rektor der Humboldt-Universität Berlin, Herrn Prof. Dr. sc. theol. Heinrich Fink], Tgb.-Nr. 1868/90-Gi, 1.2.1991, in: *hochschule ost special*, Dezember 1991, S. 5.
- Gehrke, Hans-Joachim (1991): Bemühen um einen Neuanfang., in: F.A.Z., 10.6.1991, S. 12.
- Hass, Dieter (1989) (Iv.): Die Universität ist für die Studenten da, nicht umgekehrt, in: *Neues Deutschland*, 16.11.1989, S. 6.
- Hass, Dieter (1990) (Iv.): Wie geht's weiter an unseren Universitäten?, in: *Junge Welt* 28.2.1990, S. 3.
- Heckelmann, Dieter (1991): Pressemitteilung 165/91: Heckelmann schreit gegen weitere

- finanzielle Schäden zu Lasten Berlins durch falsche Bewertungsvermutungen der Humboldt-Universität ein, Berlin, 20.9.1991, 2 S.
- Hein, Christoph/Gauck, Joachim: Offener Briefwechsel, in: *hochschule ost* 2/1992, S. 51-54.
- Hoeren, Dirk (1991): PDS-„Spende“ an die Humboldt-Universität, in: *Berliner Morgenpost*, 5.1.1991.
- HU-Konzil (1991) = Konzil der Humboldt-Universität zu Berlin: Entschließung des Konzils der Humboldt-Universität zu Berlin auf seiner Außerordentlichen Tagung am 29. November 1991, in: *hochschule ost special*, Dezember 1991, S. 12.
- HU-Senat (1991) = Akademischer Senat der Humboldt-Universität zu Berlin: Sondersitzung am 26.11.1991. Beschluß, in: *hochschule ost special*, Dezember 1991, S. 11.
- Im Streit um Entlassung Finks sollen Stasi-Offiziere aussagen, in: F.A.Z., 20.8.1992, S. 3.
- Irlitz, Gerd (1990): Universitätsstatut - Hochschulreform - Wissenschaftsreform, in: *UnAufgefördert* 8/17.3.1990, S. 6f.
- Kaemmel, Mara (1990): Studentendemo in der Humboldt-Universität, in: *taz* (DDR-Ausgabe), 10.3.1990, S. 2.
- Karau, Gisela (1992): Die „Affäre“ Heinrich Fink. Spotless-Verlag, Berlin, 99 S.
- Kintzinger, Axel (1990): Deutsch-deutscher Streit um Uni-Stellen, in: *taz*, 17.7.1990, S. 5.
- Köhler, Gerd (1991) (Hg.): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil I: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. April 1991 Zwischenbericht (GEW Dokumentation), Frankfurt a.M. 1991, 29 S.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (1992): Die liebeskranke Organisation. Anmerkungen zur Debatte um Stasi, Fink und Universitäten, in: *hochschule ost* 2/1992, S. 59-63.
- Krause, Tilman (1990): Die Mauer des Nörgelns und der Unbelehrbarkeit, in: F.A.Z., 1.11.1990, S. 36.
- Küpper, Mechthild (1993): Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, o.O. (Berlin), 155 S.
- Kurke, H./Sulanke, Rolf: [Brief] An den Rektor der Humboldt-Universität, Herrn Prof. Dr. H. Fink, Berlin, den 4. Januar 1991, 2 S. Unveröff.
- Maleck, Bernd (1992): Heinrich Fink: „Sich der Verantwortung stellen“, Berlin, 128 S.
- Maler (1990): Wer zu spät kommt, den hasst das Leben. 8. März in der Humboldt-Uni: Meeting gegen die Politik des Rektors, in: *UnAufgefördert* 8/27.3.1990, S. 5.
- Mau, Harald (1990): Vergangenheitsbewältigung, in: F.A.Z., 22.10.1990, S. 12.
- Mau, Rudolf (1992): Wege und Irrwege der Humboldt-Theologen. Die Geschichte einer Disziplin der Universität von 1945 bis heute, in: *Der Tagesspiegel*, 30.1.1992, S. 23.
- Meyer, Hans Joachim (1992): Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht, in: *hochschule ost* 6/1992, S. 20-35.
- Nawrocki, Joachim (1991): Erneuern oder überleben? Die Reform der Berliner Humboldt-Universität kommt kaum voran, in: *Die Zeit*, 22.11.1991.
- Pasternack, Peer (1997): Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 116-143.
- Paech, Norman (1991): Betrifft: Der „geistige Tode gewissermaßen“ des Herrn Prof. Dr. jur. habil. Hermann Klenner, Heft 6/1991, S. 642ff, in: *Deutschland Archiv* 9/1991, S. 967.
- Podiumsdiskussion (1991) = Über den Umgang mit unserer Vergangenheit, Podiumsdiskussion am 28. November 1991 in der Humboldt-Universität, in: *hochschule ost special*, Dezember 1991, S. 13-24.
- RCDS: Stellungnahme des RCDS der HUB zu der Erklärung des Herrn Fink zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, V.i.S.d.P. S. Krause, o.O. (Berlin), o.D.
- Reinisch, Ulrich (1991): Alle Macht den Akten?, in: *Forum Wissenschaft* 4/1991, S. 63.
- Rektor (1991) = Der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin: Gesetz zur Änderung des

Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerIHG)/wesentliche, die Humboldt-Universität betreffende Punkte. Berlin, 6.5.1991, 2 S. Unveröff.

Reuth, Ralf Georg (1991): Habilitation an der Humboldt-Universität im Schnellverfahren, in: *F.A.Z.*, 7.5.1991, S. 6.

Reuth, Ralf Georg (1991a): Querelen an der Humboldt-Universität. Ost-Berliner Professoren reichen Klage ein, in: *F.A.Z.*, 18.7.1991, S. 4.

Richter, Klaus/Ziem, Herbert (1991) (Iv.): „Wir können das beweisen“. Gespräch mit der Gauck-Behörde über Fink und Stasi, in: *UnAufgefordert* Nr. 31/4.12.1991, S. 3f.

Rietzschel, Thomas (1991): Vertrauen ist noch besser. Die Humboldt-Universität bei der Abwicklung beobachtet, in: *F.A.Z.*, 13.4.1991, S. 27.

Roeber, Klaus (1991): [Schreiben an] Herrn Rektor Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin, 20.5.1991. 1 Bl. Unveröff.

Roßberg: Fink wußte nichts von IM-Status (1992), in: *F.A.Z.*, 25.11.1992, S. 2.

Schmoll, Heike (1990): Zusammenlegung mit Universität erreicht. Rektor mit sozialistischer Vergangenheit?, in: *F.A.Z.*, 18.9.1990, S. 5.

Schröder, Richard (1991) (Iv.): „Der exemplarische DDR-Bürger“. Gespräch mit Prof. Richard Schröder, Ex-Fraktionschef der SPD in der DDR-Volkskammer, Gegenkandidat zu Rektor Heinrich Fink, in: *Junge Welt*, 29.11.1991.

Schröder, Richard (1992) (Iv.): Ungelegte Eier. Dr. R. Schröder, die HU, die Erneuerung und das Rektorat, in: *UnAufgefordert* 33/20.1.1992, S. 3f.

Schröder, Richard (1992a) (Iv.): Wenn Theologen eine Partei gründen, in: *UnAufgefordert* 34/3.2.1992, S. 5-7.

Schwarz, Gabriele (1991): Ein Klima endloser Verdächtigungen, in: *F.A.Z.*, 24.5.1991, S. 10.

Schwarz, K[arl] (1991): [Schreiben an] Herrn Prof. Dr. M. Ehrhardt, Senator für Wissenschaft und Forschung - persönlich -, Berlin, 29.4.1991, 2 S. Unveröff.

Siemons, Mark (1997): Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR, in: *F.A.Z.*, 10.2.1997, S. 29.

Statut der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin o.J. (1990). 43 S.

Stein, Rosemarie (1991): Widerstandsnest der alten Nomenklaturkader. Noch immer eine Festung: die Berliner Charité, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.6.1991, S. 12.

Theol. Fak. (1991) = Theologische Fakultät der Humboldt-Universität. Protokoll der erweiterten Fakultätsratssitzung mit allen Hochschullehrern und Assistenten der Fakultät am 2. 12. 1991, 19.00-20.30, S. 3. Unveröff.

Tolksdorf, Michael (1991): Rektor Fink - Ernstfall oder Präzedenzfall?, in: *Presse-Dienst F.D.P.-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin*, 28. November 1991.

Ullmann, Wolfgang (1993) (Iv.): „Die einzige Opposition liegt bei uns!“ Wolfgang Ullmann über Kohl, Deutschland, Verfassung, Studenten und Bürgerbewegungen, in: *UnAufgefordert* 48/49, 5.7.1993, S. 19-25.

U.T. (1990): Amtseinführung mit Ausblicken. Nachbemerkungen zur Investitur des neuen Rektors am 3. Mai, in: *UnAufgefordert* 12/23.5.1990, S. 1+3.

Ut.kr.-Dok. (1992) = Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, *Utopie kreativ* Dokumentation Januar 1992, Berlin, 189 S.

Wischnath, Rolf (1993): Der Fall Heinrich Fink, in: *Utopie kreativ* 29/30-März/April 1993, S. 106-111.

Wischnath, Rolf (1993a): Warum Heiner Fink verurteilt wurde, in: *Junge Kirche* 3/1993, S. 149-153.

ZPSK (1991) = Zentrale Personalstrukturkommission: Thesen zur strukturellen Erneuerung der Humboldt-Universität, 3.5.1991, Ms. m. Anlagen. Unveröff.

Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung

Thomas Neie
Leipzig

Hochschullehrern - gemeinhin als Träger der Wissenschaftsfreiheit¹ verstanden - kommt bei (fast) allen Entscheidungen in den Hochschulen der maßgebliche Einfluß zu. Organisatorisch und nicht zuletzt hochschulrechtlich wurde im Zuge

des Einigungsprozesses dafür Sorge getragen, daß den Stimmen der DDR-Hochschullehrer ein solches Gewicht nicht zukam. Erst nach Neuberufung, Übernahme oder Absolvierung eines außerordentlichen Verfahrens wurden die hochschullehrertypischen Rechte - teilweise - eingeräumt. Zur Begründung dieser Prozedur wurde angeführt, daß DDR-Hochschullehrer nicht Hochschullehrer in materiellem Sinne seien. Darüber und über einen Anspruch auf Übernahme in die Personal-kategorien des Hochschulrahmengesetzes (HRG) hatte das Bundesverfassungsgericht² (BVerfG) auf die Verfassungsbeschwerde mehrerer DDR-Hochschullehrer aus Sachsen-Anhalt und Berlin hin zu befinden. Da es für die Entscheidung des BVerfG von Bedeutung war, wird im folgenden kurz ein Überblick über die bundesweit geltenden Regelungen und die Folgen für die DDR-Hochschullehrer gegeben, bevor am Beispiel der Verfahren der Länder Sachsen-Anhalt und Berlin auf die Entscheidung selbst eingegangen werden soll.

I. Gesetzliche Vorgaben und landesspezifische Verfahren

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD war zwangsläufig die Frage aufgeworfen, was aus den Hochschullehrern, die bereits in der DDR als solche tätig waren, werden sollte. Neben - durch Beschluß der DDR-Regierung angeregten - Initiativen in den Hochschulen, sich von Personen zu trennen,³ wurde mit der Vorläufigen Hochschulordnung (VorlHSchO) vom 18. September 1990⁴ das Hochschulrecht der DDR mit Wirkung vom 01. Oktober 1990 bis zum Inkrafttreten landesrechtlicher Regelungen teilweise den Vorschriften des HRG angepaßt. Hochschullehrer, deren Rechtsverhältnisse nach Maßgabe des Einigungsvertrages zu einem Land fortbestanden, behielten nach § 127 VorlHSchO den Status bei, den sie bei Inkrafttreten der Verordnung inne hatten. Professoren und Dozenten gehörten nach § 88 Abs. 1 Nr. 1 VorlHSchO mitglied-schaftsrechtlich zur Gruppe der Hochschullehrer.

Der Einigungsvertrag (EV) griff in diese Rechtsstellung nicht ein, eröffnete jedoch die Möglichkeit der Abwicklung (Art. 13 Abs. 1 und 2 EV) von Einrichtungen sowie der individuellen Beendigung der Arbeitsverhältnisse (Anlage I, Kap. XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III, Nr. 1 Abs. 4 und Abs. 5 EV).⁵ Gleichzeitig änderte der EV das HRG dergestalt, daß die Länder im Beitrittsgebiet innerhalb von 3 Jahren nach dem Wirksamwerden des Beitritts den Vorschriften des HRG entsprechende Landesgesetze zu erlassen hatten.⁶ Mit dem EV wurde zur Regelung der Überleitung⁷ des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen in die Personalkategorien des HRG ein neuer § 75a in das Gesetz eingefügt. Diese Überleitungsvorschrift knüpft an die Grundsätze des § 75 HRG an, der nach Inkrafttreten des HRG die Überleitung des seinerzeit vorhandenen Personals in die Personalkategorien des Gesetzes regeln sollte. § 75a HRG bestimmt des Weiteren, daß die mitglied-schaftliche Stellung der in ihrem bisherigen Verhältnis verbleibenden Beschäftigten durch Landesrecht zu regeln ist.

Die Erneuerung der Hochschulen verlief in den ostdeutschen Ländern unterschiedlich.⁸ Hinsichtlich der Verfahren und ihrer Ergebnisse liegen nur partiell Darstellungen vor. Eine Auswertung des Erneuerungsprozesses bleibt der weiteren Forschung vorbehalten.

1. Das Verfahren am Beispiel Sachsen-Anhalts

Die Beschwerdeführer im vom BVerfG entschiedenen Verfahren waren sieben sachsen-anhaltinische Hochschullehrer alten Rechts, denen die fachliche Qualifikation - mit einer Ausnahme - bescheinigt worden war. Sie waren nicht als Professoren neuen Rechts übernommen worden, sondern im alten Rechtsverhältnis verblieben. Zum Verständnis soll kurz auf das Erneuerungsverfahren in Sachsen-Anhalt eingegangen werden.

Mit Wirkung vom 03. August 1991 trat das Hochschulerneuerungs-gesetz⁹ (HEG LSA) an die Stelle der Vorläufigen Hochschulordnung. Nach § 64 HEG LSA war in einem förmlichen Verfahren festzustellen, ob die Hochschullehrer die erforderlichen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit erfüllen. Die persönliche Eignung überprüfte eine Personalkommission. Die fachliche Qualifikation, die die persönliche Eignung voraussetzte, wurde im Wege außerordentlicher Berufungsverfahren, die für ein Viertel der Professorenstellen jedes Fachbereiches möglich waren, bzw. im Rahmen eines ordentlichen Berufungsverfahrens festgestellt. Hochschullehrer alten Rechts behielten gemäß § 118 HEG LSA grundsätzlich ihren Status bei. Die Aufgabenstellung für diesen Personenkreis entsprach jener der Hochschuldozenten.

Mitgliedschaftsrechtlich wurden die Hochschullehrer zwei ver-

schiedenen Gruppen zugeordnet. Eine Gruppe bildeten die nach HRG bzw. HEG LSA berufenen, eine weitere die Professoren alten Rechts und die Hochschuldozenten. Entscheidungserhebliche Mitwirkungsbe-fugnisse hatten dabei nur Angehörige der Gruppe „Professoren neuen Rechts“.

Das HEG LSA wurde durch das am 13. Oktober 1993 in Kraft getretene Hochschulgesetz LSA (HSG LSA) abgelöst. Hochschuldozenten sind nach § 69 Abs. 1 HSG LSA der Gruppe der Professoren, Hochschullehrer alten Rechts nach § 118 Abs. 4 HSG LSA der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter zugeordnet. Auf Antrag war eine Über-nahme als Hochschuldozent oder in ein vergleichbares Angestelltenver-hältnis möglich, soweit die Voraussetzungen nach § 118 Abs. 4 Nr. 1 bis 4 HSG LSA vorlagen.

2. Das Berliner Verfahren

Die BVerfG-Entscheidung betraf des Weiteren eine Verfassungsbe-schwerde eines Hochschullehrers der Humboldt-Universität zu Berlin. Nach § 8 Abs. 1 des Ergänzungsgesetzes zum Berliner Hochschulgesetz (ErgGBerLHG) vom 18. Juli 1991¹⁰ wurden bei Abstimmungen, die un-mittelbar Forschung oder Berufung von Professoren betreffen, nur die Stimmen derjenigen Professoren gezählt, die nach neuem Recht beru-fen oder als Professor oder Hochschuldozent übernommen worden wa-ren. Nicht übernommene Beschäftigte verblieben nach § 6 Abs. 2 Satz 1 des Hochschulpersonalübernahmegesetzes (HPersÜG) vom 11. Juni 1992¹¹ in ihren bisherigen Rechtsverhältnissen. Soweit sie der Gruppe der Hochschullehrer bisherigen Rechts angehörten, entschied nach § 6 Abs. 2 Satz 2 HPersÜG der Akademische Senat der jeweiligen Hoch-schule, wer aufgrund seiner persönlichen Eignung sowie fachlichen Qualifikation und Leistung mitgliedschaftsrechtlich den berufenen Pro-fessoren gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 1 BerLHG gleich stand. Wurde eine sol-che Entscheidung, wie im entschiedenen Fall, nicht getroffen, zählte die Stimme des betreffenden Hochschullehrers bei Entscheidungen, die un-mittelbar Forschung oder Berufungen betrafen, gemäß § 47 Abs. 3 BerLHG für die Ermittlung der Professorenmehrheit nicht mit.

Durch das Gesetz zur Anpassung des Berliner Hochschulrechtes (HANpG) vom 10. Mai 1994¹² wurde das BerLHG dahingehend geän-dert, daß nunmehr nach § 45 Abs. 4 BerLHG in ihren Beschäftigungsver-hältnissen verbliebene Angehörige des wissenschaftlichen Personals, für die kein Gleichstellungsbeschluß gefaßt worden ist, zur Gruppe der akademischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehören. Auf die Stel-lungnahme des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) hin wurde die Verfassungsbeschwerde in diesem Fall als unzulässig abgewiesen, da

Stefan Heym, Gisela Kraft, Günther Krusche, Jens Reich, Käthe Reichel, Walter Romberg, Christa und Gerhard Wolf hinter Fink. Zwei TheologiestudentInnen aus dem Publikum formulierten ihr Unbehagen angesichts des Meinungsdrucks pro Fink:

„... ich bin nicht die einzige, die in diesen Tagen erlebt hat, daß aus Freundeskreis und Bekanntenkreis Leute zur Staatssicherheit gehört haben, dafür gearbeitet haben, wovon wir es überhaupt - also ich - also überhaupt nicht erwartet und angenommen haben. Und ich glaube, daß genau hier das Problem liegt. [...] Ich kann nur sagen, daß ich allen sehr wünsche, daß sie im Recht sind mit dem, was sie jetzt emotional äußern.“ (Podiumsdiskussion 1991, 21)

Und:

„Ich bin ein bißchen erschrocken über die Glorifizierung von Herrn Doktor Fink in dieser ganzen Sitzung, die mir ein bißchen wie ein FDJ-Treffen vorkommt... Ich sage nur, daß die großartige Bewegung der Studenten hier auch eine zweifelhafte Sache ist und was mir bei der ganzen, sehr emotional gemachten Sache hier auffiel: Ich hätte mir sehr gewünscht, daß in den Zeiten, wo auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking, wo wir die Wahlkontrollen organisiert haben, daß da ein paar Akzente von der Humboldt-Uni oder von den Studenten, die jetzt hier so engagiert sind, gekommen wären. Mir ist die ganze Sache hier viel zu einheitlich...“ (Ebd., 22)

Die Haltung zu Fink bleibt eine Glaubensfrage. Die Ursache dafür ist nicht in der Humboldt-Universität zu suchen. Das im Raum stehende Problem ist die Beweislage. Sie zu klären, wäre ein korrektes Verfahren nötig gewesen. Der Vorsitzende der Universitäts-Ehrenkommission, Flemming, hatte in der Senatssondersitzung am 26.11.1991 darauf hingewiesen, „daß es sich hier um eine nicht rechtsstaatliche Entscheidung handelt, da in einem solchen Fall lt. Einigungsvertrag die Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung im Einzelfall zu prüfen ist; das ist nicht geschehen.“ Pikanterweise fügte er an: „Allerdings sei dies auch nicht in den Fällen Althaus, Friis etc. geschehen. Hierzu habe sich der A[kademische]S[enat] aber anders verhalten.“⁴²²

Nachdem die Kündigung Finks binnen Stunden zu so möglicherweise nicht erwarteten Unmutsäußerungen geführt hatte, hatten am 27. November Reparaturbemühungen eingesetzt. In dem Bescheid der Gauck-Behörde vom 25.11.1991 waren die Auskünfte noch sehr knapp gehalten. Insbesondere der Hinweis, „daß z.Z. weiteres Beweismaterial nur durch Rückschlüsse“ gewonnen werden könne, da der IM-Vorgang „Heiner“ im Dezember 1989 gelöscht worden sei (Ut.kr.-Dok. 1992, 27), hatte Argwohn bei skeptischen Betrachtern geweckt. Die Eindeutigkeit der behördlichen Bewertung, Fink sei seit 1969 IM gewesen, schien hier durch die Quellen - fünf leere Aktendeckel und eine Löschanweisung vom Dezember 1989 - nicht hinreichend gedeckt.

Zwei Tage nach dieser ersten Auskunft reagierte die Gauck-Behörde

de auf die Skepsis mit einem weit ausführlicheren Schreiben. In diesem wurden 12 in den MfS-Aktenhinterlassenschaften aufgefundene, verstreute Hinweise zu Fink dargestellt und bewertet. (Ut.kr.-Dok. 1992, 33-37) Infolge einer durch Behördendirektor Geiger anlässlich des oben erwähnten „Spontanen Spaziergangs“ erfolgten Zusage, daß er oder Gauck zu der für den 29. November angesetzten außerordentlichen Konzilsitzung kommen werde, kamen beide. Eingangs verurteilte Joachim Gauck die Demonstration vor seinem Amtssitz als „PDS-gesteuert“, ausgangs entschuldigte er sich dafür. (bakunin 1991) Im übrigen wurde er gefragt: „Können Sie sich vorstellen, daß Prof. Fink von diesem IM-Vorgang nichts gewußt hat?“, und antwortete:

„Außerhalb meiner Behördenkompetenz und meiner behördlichen Aufgabe sage ich Ihnen sehr gerne, daß ich mir das vorstellen kann. [...] Wir haben erlebt, daß... diese Aussage... ganz oft... von allen möglichen Leuten benutzt worden ist, und deshalb ist ihr... Wert auch ein bißchen versaut, sage ich mal richtig. Aber es ist so, daß ich ohne Mühe imstande bin, mir vorzustellen, daß ein Mann wie Heinrich Fink... möglicherweise das nicht gewußt hat. Und das ist die Aufgabe, um die ich niemanden beneide, jetzt zu bewerten, wie man mit einem Menschen eben verfahren soll, der bei den schwierigen Zeiten, die wir durchschritten haben, in solche schwierigen Gefilde gekommen ist.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 47)

Innerhalb seiner Behördenkompetenz hatte die Auskunft des Bundesbeauftragten am 25.11.1991 gelautet: „Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben. // Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 27)

Das Konzil beschließt: „Wir halten auch nach der Anhörung von Herrn Gauck und Dr. Geiger die fristlose Entlassung des Rektors für voreilig und ungestützt“, und bestätigt die o.g. Entscheidungen des Akademischen Senats im wesentlichen. Die Gremien der Universität bemühen sich weiter darum, den Vorgang in ein ordentliches Prüfungsverfahren zu lenken. Die inner- wie außeruniversitäre Öffentlichkeit ist anhaltend engagiert. Aus der Gauck-Behörde kommen Äußerungen, die schwer interpretierbar, jedenfalls nicht eindeutig sind, und die derart wohl wesentlich die Heftigkeit der öffentlichen Empörung befördern. Aus einem Interview der Studentenzeitung *UnAufgefordert* mit den zuständigen Sachbearbeitern der Gauck-Behörde, geführt am Abend des 28.11.1991:

UnAuf: „... 'Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen'?“ Antwort: „Das ist ein gängiger Textbaustein, der bei Hinweis auf IM-Tätigkeit so gebraucht wird. [...] es gibt ja durchaus IMs, die zwar als IMs geführt wurden...“ UnAuf: „... aber es nicht wußten?“ Antwort: „Nicht wußten oder sie hatten nur offizielle Kontakte.“ [...] UnAuf:

„War das bei Herrn Fink der Fall?“ Antwort: „Das können wir ja nicht sagen, das steht ja in unserem Schreiben, daß Unterlagen nicht gefunden worden sind.“ UnAuf: „Es stand doch in Ihrem Schreiben, daß er als IM tätig gewesen ist.“ Antwort: „Wenn wir sagen, jemand wird bei der Stasi als IM geführt, dann haben wir dafür Anhaltspunkte. Es gibt ja nicht nur die Akten, es gibt auch Aufzeichnungen von Führungsoffizieren, Quittungen, die jemand bekommen hat. [...] In dem Schreiben steht nur die Tatsache, daß er tätig gewesen ist.“ [...] UnAuf: „Er hat gesagt, daß er kein IM war und Sie behaupten das Gegenteil.“ Antwort: „Auf jeden Fall sagt er nicht: Ich hatte mit der Staatssicherheit nichts zu tun. [...] Noch zu der Formulierung '... ist tätig gewesen.' Die Buchführung bei der Stasi war sehr, sehr sorgfältig. Anhand der Karteien läßt sich die individuelle Entwicklung, was den äußeren Rahmen der Tätigkeit betrifft, sehr gut nachvollziehen. Jemand gerät ins Blickfeld der Stasi. Dann wird ein Vorlauf angelegt. Dann steht auf der Karteikarte 'Vorlauf IM'. Das wird durchgestrichen. Dann war er IM. Dann wird er umregistriert. Wieder durchgestrichen. Nächste Stufe.“ UnAuf: „Und das war bei Fink der Fall?“ Antwort: „Das habe ich damit noch nicht gesagt. Aber aus diesem Karteiablauf kann man das sehr gut ersehen...“ (Richter/Ziem 1991)

Marlis Dürkop und Hans Jürgen Fischbeck, beide MdA, teilen am 2.12.1991 im Pressedienst der Bündnis 90/Grüne/UFV-Fraktion mit: „Ein Gespräch des Abgeordneten Fischbeck mit einem Mitarbeiter des ehemaligen MfS ergab, daß es sich bei den im Schreiben der Gauck-Behörde vom 25.11.91 erwähnten Akten um Akten über Herrn Prof. Fink handelt.“

Naheliegenden Einwänden begegnet Fischbeck mit der Schlußbemerkung, zur Bewertung der Glaubwürdigkeit dieser Informationen könne er sich vorerst nur auf seine Urteilskraft und Integrität berufen. Ich sei aber bestrebt, diese Glaubwürdigkeit auch von "anderen, die sich nicht schon für die Integrität H. Finks ausgesprochen haben", einschätzen zu lassen. (Dürkop/Fischbeck 1991)

Für die Senatsverwaltung bleibt der Fall klar, so daß sich weiterer Handlungsbedarf aus ihrer Sicht nicht ergibt. Angesichts der gegebenen Unstimmigkeiten liegt es nahe, daß die Gegenseite - HU und Fink - die Gerichte bemüht.

Zugleich führt die Auseinandersetzung um die Fink-Kündigung auch innerhalb der Humboldt-Universität zu stärkerer Differenzierung der Positionen zur Hochschulerneuerung wie zu deutlicherer öffentlicher Wahrnehmbarkeit der Differenzen: Mehrere Hochschullehrer vor allem der Charité, u. a. der Dekan Harald Mau, unterzeichnen am 2.12.1991 eine Erklärung, in der zwar mit keinem Wort die Fink-Affäre oder der Name des Rektors erwähnt wird, die aber im übrigen eindeutig ist:

„Tief betroffen von der systematischen Zerstörung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit unserer Universität von innen heraus und beschämt über die eskalierende Entwicklung der vergangenen Wochen und Monate halten wir es

für notwendig, uns von den pauschalen Äußerungen zur Position 'der Universität' zu distanzieren. // Wir sind nicht einverstanden mit der Verschleppung und Verhinderung einer Erneuerung der Universität durch emotional überladene Reaktionen, propagandistische Proteste und Beschwerden bei Beibehaltung belasteter Strukturen und Personen. Beabsichtigt oder unbeabsichtigt werden damit keine Erfolge für unsere Universität erreicht, sondern Reaktionen provoziert, die der Universität schaden. Eine Atmosphäre sich aufschaukelnder Gegenreaktionen behindert die Arbeit und ein normales akademisches Leben.“²³ (Ut.kr.-Dok. 1992, 56)

Richard Schröder, als SPD-Politiker in der Volkskammer 1990 zentraler Akteur bei der Durchsetzung der Staatsverträge, nunmehr vom Sprachenkonvikt²⁴ übergeleiteter Philosophie-Professor an der Theologischen Fakultät, bringt sich für eine Rektorkandidatur in Position (vgl. Schröder 1991; 1992; 1992a): „Was ist gelaufen an der Universität - mal unabhängig davon, was Herr Fink will? Sehr wenig Neuberufungen, sehr wenig, was erkennen läßt, daß es schon etwas greifbar Neues gibt... Ich habe Herrn Fink als jemanden erlebt, der Erneuerung verzögert, weil er möglichst viel bewahren will.“ (Schröder 1992a, 6)

Die Theologische Fakultät als Finks Herkunftseinrichtung wirkt unentschlossen, was ihrer internen Fraktionierung geschuldet scheint. Ihre Äußerungen schwanken zwischen Skrupulösität und der Neigung, sich lieber von Fink distanzieren zu wollen. Im Protokoll einer aus gegebenem Anlaß durchgeführten erweiterten Fakultätsratssitzung am 2.12.1991 heißt es:

„Der Dekan legt den Entwurf einer öffentlichen Erklärung vor, die auf die Bitte an Herrn Prof. Fink zielt, seine Amtsgeschäfte als Rektor niederzulegen. // Über den Vorschlag dieser öffentlichen Äußerung wurde keine Einigung erzielt... Es wurde geltend gemacht, daß in der Erklärung die Person des Kollegen Fink zu wenig Unterstützung erhalte und daß diese Aufforderung zum Rücktritt in der Öffentlichkeit mißverstanden werden könne. // Nachstehende Erklärung fand mehrheitliche Zustimmung: // Wir nehmen die Erklärung von Herrn Fink [kein IM gewesen zu sein, p.p.] ernst, können aber auch an den Ergebnissen der Gauck-Behörde nicht vorbeigehen und erwarten eine schnelle rechtlich eindeutige Klärung. // Dabei wurde von einigen deutlich gemacht, daß eine Diskreditierung der Gauck-Behörde nicht stattfinden darf.“ (Theol. Fak. 1991)

Deutlicher wird der Theologie-Professor Jürgen Henkys in einer Erklärung vom gleichen Tag:

„Herr Kollege Fink hat sich in seiner öffentlichen Erklärung vom 26.11.1991... wie folgt geäußert: 'Ich muß davon ausgehen, daß es sich bei diesem Schreiben (...) um das Ergebnis einer politisch motivierten Manipulation handelt (...) Ich sehe in dem Schreiben und in der Verwendung des Schreibens der Gauck-Behörde den Höhepunkt einer gegen mich geführten Kampagne (...)'. Mit diesen Formulierungen hat Herr Kollege Fink als Rektor ein in der Humboldt-Universität verbreitetes Demokratie-Verständnis bedient, das ich für meine Person entschieden zurückweisen muß.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 57)

Weitere, in ähnliche Richtung zielende Wortmeldungen kommen vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), dem Humboldt-Forum - einer für die anstehenden Gremien-Wahlen konstituierten Liste (Ut.kr.-Dok. 1992, 58) - und dem Personalratsmitglied Sylvia Bork. (Ut.kr.-Dok. 1992, 60) Ein Studentenvertreter, Ilko-Sascha Kowalczyk, verweist darauf, daß alle Stasi-Beschuldigten bislang gezeugnet hätten, daß Fragen an Fink nach seiner eigenen Vergangenheit „stets eintönig unbeantwortet“ geblieben seien, und bezeugt: „Meine Hoffnung, daß hier ausnahmsweise nicht gezeugnet, sondern die Wahrheit gesagt wird, ist zugestandenermaßen nicht besonders groß.“ (Kowalczyk 1992, 60)

Der Vorsitzende der Universitäts-Ehrenkommission, Bert Flemming, läßt am 27.11.1991 „bis auf weiteres“ seine „Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im Akademischen Senat“ und den Ehrenausschußvorsitz ruhen: Er sieht die Intentionen der Senatsstellungen nicht hinreichend in den nachfolgenden öffentlichen Aktionen an der HU repräsentiert. „Die Kenntnisnahme von Realitäten, wozu auch Rechtswirklichkeiten gehören, müssen [lies: muß, p.p.] ... möglich sein [...] Das Verknüpfen eines persönlichen Schicksals einer Person mit dem Schicksal einer Institution kann ich... nicht mittragen.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 49f.)

Gegen diese Position, die eine strikte Trennung von (Amts-)Person und Universität verlangt, polemisieren der amtierende Kanzler Karl Schwarz, von der TU abgeordnet, und der Mathematikprofessor und ZPSK-Ko-Vorsitzende Bernd Bank: „Eine Argumentation aus dem Geist der alten DDR! Die ‘Sache’ gegen (und im Zweifel natürlich über) die ‘Person’!“ Und weiter:

„Im ‘Fall Heinrich Fink’ geht es darum, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Verfahren der demokratisch gewählte Rektor der Universität seines Amtes enthoben werden kann. Dies ist eine Frage von existenzieller Bedeutung für die Universität. In diesem Sinne ist die Sache Heinrich Finks zugleich elementare Sache der Universität. Die Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung von Rektor Fink nicht zu führen, hiesse, sich dem Kampf um ein lebenswichtiges Prinzip zu entziehen und die Sache der Universität aufzugeben.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 55)

Prorektor Reinisch ordnet die Fink-Kündigung in eine aus seiner Sicht gegebene Kontinuität der Demontage des Selbstbehauptungswillens der Humboldt-Universität ein:

„Es ist durch den Gang der Ereignisse ziemlich wahrscheinlich, daß es sich hier um einen hochschulpolitischen Vorgang handelt. Die Humboldt-Universität ist die einzige Universität in der ehemaligen DDR, in der die Selbstverwaltungsgremien noch nicht zertrümmert worden sind. Heinrich Fink steht für

diesen Weg. Er ist seit Monaten dafür angegriffen worden, von der FAZ, der WELT oder anderen Publikationen...“ (Reinisch 1991)

Auch außeruniversitär erfreut sich Fink breiter Unterstützung. Christoph Hein interveniert zu seinen Gunsten. (Vgl. Hein/Gauck 1992) Der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus stellt in einer Pressemitteilung die auch von Fink insinuierte Frage: Ob es wirklich immer nur Zufall sei, daß sich in der jüngsten Vergangenheit die Fälle häuften, in denen Materialien über eine Stasitätigkeit unmittelbar vor Personalentscheidungen - hier der Rektorwahl - bekannt wurden. (Tolksdorf 1991) Wolf-Dieter Narr, Heinz Knobloch, Julius H. Schoeps, Günter Grass u. v. a. erklären sich öffentlich für Fink oder senden ihm persönliche Briefe. (Vgl. Ut.kr.-Dok. 1992) Dorothee Sölle, Martin Walser, Uwe Wesel und andere werden später eine „Initiative Gegen neues Unrecht“ gründen, um Fink bei der Begleichung von ca. DM 50.000 Prozeßkosten zu helfen. (Wischnath 1993a, 153) Augenscheinlich bricht sich am konkreten Fall ein über diesen hinausgehendes Unbehagen Bahn.

Am 6. und 7. Januar 1992 kommt eine „internationale Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern“ nach Berlin, „um sich zu informieren, wie es zur Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität... kommen konnte.“ (Europäisches Bürgerforum 1992, 2) Initiiert durch ein „Europäisches Bürgerforum“, geleitet vom Europa-Abgeordneten Lode van Outrive und im übrigen mit keinem extern verliehenen Mandat ausgestattet, treffen sie auf breite Gesprächswilligkeit in Berlin. Unter anderen Hans Jürgen Fischbeck, Albrecht Schönherr, der Akademische Senat der HU, aber auch Joachim Gauck mit Hans Jörg Geiger sowie Manfred Erhardt stehen zur Verfügung.

Letzterer Gesprächsbereitschaft kennzeichnet die seinerzeitige Atmosphäre: Die politisch für die Fink-Kündigung Verantwortlichen sehen sich unter einen erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten. An einer abschließenden Pressekonferenz der Delegation nimmt Wolfgang Ullmann, MdB, teil und formuliert nochmals den Umstand, der die Stimmungen der kritisch geneigten Diskutanten dieser Wochen grundiert: „... es macht mir doch keiner weis, das, was hier im Gange ist, sei nur ein Streit um hehre Rechtsprinzipien und die moralische Tadello-sigkeit von Rektoren deutscher Universitäten.“ (Europäisches Bürgerforum 1992, 37)

Vergleichsweise ausgleichend hatte bereits am 3. Dezember 1991 Michael Daxner, der auswärtige ZPSK-Ko-Vorsitzende und Oldenburger Universitätspräsident, in einem Brief an den Wissenschaftssenator zu wirken versucht:

„Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, daß es das Verfahren ist, das jetzt gegen Heinrich Fink eingeleitet wurde, das sehr viel schwerer wiegt als die Glaubwür-

digkeit einzelner Personen und Quellen. [...] Lieber Herr Erhardt, ich habe Sie als fairen und sachkundigen Verhandlungspartner kennengelernt. Ich möchte Sie nur herzlich bitten, sich einer Korrektur des Verfahrens gegen Heinrich Fink nicht zu verschließen - wie ich ihm vorige Woche geschrieben habe: die Wahrheit wird an den Tag kommen, und wie ich Ihnen nahelege: dazu muß man ihr eine Chance geben, zu erscheinen.“ (Ut.kr.-Dok. 1992, 59)

Gerichtliche Auseinandersetzungen. Außergerichtliche Begleitung

Die Chance der Wahrheit, an den Tag zu kommen, mußte, wie schon erwähnt, qua Gerichtsverfahren eröffnet werden. Es geschah dies auf zweierlei Wegen und in vier Stufen: Die Universität ging zweimal und Fink selbst einmal vor das Verwaltungsgericht, um die Entscheidungen des Senators prüfen zu lassen. Dabei stand die Befugnis des Senators im Streit, der Universität hinsichtlich der Besetzung ihres Rektorates Vorschriften zu machen. Parallel ging Fink arbeitsrechtlich gegen seine Kündigung als Hochschullehrer vor. Dies sollte ihn im weiteren durch zwei Berliner Instanzen, zum Bundesarbeitsgericht und schließlich zum Bundesverfassungsgericht führen.

Das Verwaltungsgericht wies zunächst Anträge der Universität wie H. Finks auf vorläufigen Rechtsschutz zurück, ohne Inhaltliches zu präjudizieren: Das Gericht vertrat die Auffassung, „daß zunächst die Humboldt-Universität als für die Selbstverwaltung zuständige Stelle zu entscheiden habe, ob sie von einer wirksamen Kündigung sowie der Beendigung des Rektorenamtes ausgehe und deshalb dem Rektor die Amtsausübung untersage. [...] Die Anträge Finks gegen das Land Berlin hat die Kammer als unzulässig angesehen, weil dieser Antragsgegner [das Land Berlin, p.p.] bislang allenfalls Rechtsansichten, aber noch keine angreifbaren Maßnahmen - schon gar nicht gegen Rektor Fink direkt - getroffen habe.“²⁵

Zur Erinnerung: Das Verwaltungsgericht hatte nicht die (arbeitsrechtlich zu klärende) Kündigung zu verhandeln, sondern einen ggf. erfolgten Verwaltungsakt, der Fink an der Ausübung des Rektorates hindere. Diesen Verwaltungsakt sahen Kläger wie Beklagte gleichermaßen gegeben, da Rektor nur sein könne, wer auch Hochschullehrer ist. Das Verwaltungsgericht zeigte sich hier, wie zitiert, spitzfindiger.

Senator Erhardt wies daraufhin in Form einer Rechtsaufsichtsmaßnahme die Humboldt-Universität an, Fink die Amtsausübung zu untersagen. Zugleich ordnete er den sofortigen Vollzug an. Dies wurde seitens des amtierenden Rektors Zschunke am 30.1.1992 einerseits vollzogen.²⁶ Andererseits betrachtete der Akademische Senat die Weisung

„als einen Eingriff in die Hochschulautonomie und beauftragt die Universitätsleitung, dagegen beim Verwaltungsgericht Berlin Klage einzureichen“.²⁷

Arbeitsrechtlich vollzog sich die Auseinandersetzung, wie erwähnt, in vier Stufen. Am 1.4.1992 gab das Berliner Arbeitsgericht zunächst H. Fink recht: Er sei als Hochschullehrer weiterzubeschäftigen. Die Beklagte hätte „keine zulässigen Beweismittel benannt“. Die Schreiben und Berichte der Gauck-Behörde seien „einschl. ihrer Anlagen, d.h. einschl. der Aktenstücke aus den MfS-Akten, keine öffentlichen Urkunden i.S. der §§ 415, 418 ZPO, die Beweis für die darin bezeugten Tatsachen begründen könnten... Als Privaturkunden begründen sie... allenfalls Beweis dafür, daß die einzelnen Angaben/Erklärungen/Vermerke von den jeweiligen Ausstellern stammen (§ 416 ZPO)...“ Die Auskünfte und etwaige Wertungen der Gauck-Behörde seien in jedem Falle durch die auskunftersuchende Stelle, hier die Senatsverwaltung, „inhaltlich voll zu überprüfen“.²⁸

Der Wissenschaftssenator, von Hause aus Jurist, hatte dazu ein sicheres Urteil: „Es gibt ordentliche Gerichte, und es gibt Arbeitsgerichte“.²⁹ Er legte Berufung gegen die erstinstanzliche Entscheidung ein. Zudem stellte er den Antrag, den Beschluß zur Weiterbeschäftigung Finks bis zum Entscheid der Berufung aufzuheben. Hintergrund war vermutlich eine denkbare und aus Sicht des Senators gefährvolle Entwicklung: Fink hätte als weiterbeschäftigter Hochschullehrer bei den zwischenzeitlich anstehenden Rektorwahlen kandidieren können. „Falls er sich zu diesem Schritt entschließt, wählte man ihn vermutlich auch. Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen... im Januar hatten die Befürworter einer Fortsetzung des hochschulpolitischen Kurses von Fink die Mehrheit erhalten“, hieß es in der F.A.Z.³⁰ Dem Antrag des Senators, den Beschluß zur Weiterbeschäftigung Finks bis zum Entscheid der Berufung aufzuheben, wurde nicht stattgegeben.

Daraufhin teilte der Senator der Humboldt-Universität am 6.4.1992 schriftlich mit, daß die Rechtsaufsichtsmaßnahme - die Untersagung der Amtsausübung Finks als Rektor - weiter Bestand habe. (Damaschke 1992) Auf Initiative seiner studentischen Mitglieder beschloß der Akademische Senat am 7.4.1992 dagegen, die Universitätsleitung aufzufordern, Fink im Ergebnis des erstinstanzlichen Arbeitsgerichts-urteils wieder als Rektor einzusetzen.³¹ Die Universitätsleitung folgte dieser Aufforderung nicht. Seitens der studentischen Senatsmitglieder wurde der Antrag deshalb am 19.5.1992 wiederholt, nach eindringlichen Bitten anderer Senatoren, die pragmatische Gründe anführten, jedoch zurückgezogen.³²

Zur gleichen Zeit sickerte aus der Struktur- und Berufungskommis-

sion (SBK) der Theologischen Fakultät durch, daß Heinrich Fink nicht hinreichend qualifiziert genug sei, um eine Hochschullehrerstelle besetzen zu können. (Küpper 1993, 149) Bereits im Januar 1992 hatte ein Kollege Finks, Rudolf Mau, im *Tagesspiegel* ähnliches mitgeteilt, was indes für eine nichtwissenschaftliche bzw. außerfachliche Öffentlichkeit nur schwer überprüfbar ist: „Auf der Strecke wissenschaftlicher Leistungen entdeckt man freilich nur Spärliches, und die spezifische Qualifikation für das von ihm zu vertretende Fach Praktische Theologie ist nicht gerade überzeugend.“ (Mau 1992)

Im August 1992 dann hatte der Wortlaut des Votums der SBK - obgleich ein nichtöffentliches Dokument, da Personalangelegenheit - auch den Weg in wenigstens eine Zeitungsredaktion gefunden. Anlässlich der Eröffnung der zweiten Prozeßinstanz konnte das SBK-Urteil in der F.A.Z. zitiert werden:

„Nach Sichtung der wissenschaftlichen Qualifikation von Herrn Fink, insbesondere seiner Dissertation A und Dissertation B, und nach Auswertung der von ihm vorgelegten Liste von Publikationen sowie des von ihm eingereichten wissenschaftlichen Werdegangs und unter Berücksichtigung der Aufstellung seiner Lehrveranstaltungen kommt die SBK zu dem Ergebnis, daß Herr Fink nicht die Voraussetzungen erfüllt, um ihn für eine Berufung auf eine Professur nach dem Berliner Hochschulgesetz vorzuschlagen.“³³

Die zweitinstanzliche Entscheidung wurde am 16. Dezember 1992 verkündet. Das Landesarbeitsgericht kam zu einem bei Prozeßbeobachtern allgemein überraschenden Ergebnis (vgl. Füller 1993): Der Kläger sei nicht lediglich abgeschöpft worden, sondern habe direkt konspirative Kontakte zum MfS gehabt und diesem Informationen geliefert. Deshalb sei die Kündigung wirksam. „Die Berufungskammer hat in dem komplizierten Prozeß der Wahrheitsfindung den Grad an Gewißheit erlangt, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie - die Zweifel - vollkommen auszuschließen.“ Ihr Urteil nannte die Kammer selbst „argumentativ angreifbar“. Zugleich nahm sie für sich in Anspruch, die objektive Aktenlage und die Aussagen eigenständig gewürdigt zu haben.

Gehört worden waren auch, anders als in der ersten Instanz, frühere MfS-Mitarbeiter. Sie hatten insbesondere ausgesagt, daß Fink von seiner Registrierung als IM nichts gewußt habe und abgeschöpft worden sei.³⁴ Ihre Aussagen wertete das Gericht prinzipiell als unglaubhaft. In den zwei Fällen jedoch, in denen es Fink des direkten Stasi-Kontakts für überführt ansah, bezog es sich dann ausdrücklich auf deren Aussagen. Explizit distanzierte sich die Kammer von der Gauck-Behörde: Sie stehe deren „Wertung und ihren einzelnen Schlußfolgerungen eher skeptisch gegenüber.“ Die vor Gericht erfolgten Ausführungen der Behörde des Bundesbeauftragten hätten „durchgängig den Eindruck (vermit-

telt), als sei die Abschöpfungsversion ‘undenkbar’ (im doppelten Sinne des Wortes) und bedürfe gar keiner rationalen Widerlegung.“

Rechtsmittel, d.h. in diesem Falle Revision, wurden nicht zugelassen. Die mit dem Konflikt verbundenen Rechtsfragen seien juristisch „nicht von grundsätzlicher Bedeutung“.³⁵

Kurz vor der Urteilsverkündung hatte der Richter den streitenden Parteien einen Vergleich angeboten. Fink lehnte ab. Nun ging er in den Vorruhestand. Die Präsidentin der HU teilt mit, daß an der Universität „verständlicherweise tiefe Betroffenheit“ herrsche. Das Urteil sei für die Universität schmerzhaft, „vor allem auch deshalb, weil sie den unbestrittenen Beitrag von Heinrich Fink im Erneuerungsprozeß der Humboldt-Universität gewürdigt wissen möchte.“ (Dürkop 1992)

Am 22. Januar 1993 findet für Fink im Audimax der HU eine Solidaritätsveranstaltung statt. Eine Kollekte wird veranstaltet, um zu den aufgelaufenen DM 40.000 Prozeßkosten beizutragen. (Küpper 1993, 151) Am 27.5.1993 verabschiedet die Leitung der Humboldt-Universität mit einiger Verspätung ihre Vorgänger - Fink, den kommissarischen Kanzler Schwarz und die Prorektoren - in einem kleinen Festakt offiziell. Der frühere auswärtige ZPSK-Ko-Vorsitzende Daxner reflektiert in einer Ansprache den Übergang der HU in das neue System und ihr Werden zur „zweiten Humboldt-Universität“. Fink sei ein „Gestriger“ nicht und kein „Heutiger“, jedoch ein „Mann des Übergangs und der Übergänge“, und nur ein solcher habe „die Universität als Körperschaft bewahren und als Anstalt den neuen Besitzern übergeben“ können:

„Ja, er mußte sich auf die Hochschulautonomie berufen, die seine Universität vordem nicht gekannt hatte, er mußte für Würdige und Unwürdige darauf bestehen, daß die Regeln für eine Universität im vereinigten Deutschland nicht denen geopfert würden, die bis vor kurzen diesen Regeln mit recht gelehrter Arroganz gegenübergestanden hatten.“ (Daxner 1994, 7)

Die Ansprache wird 1994 in der Reihe „Öffentliche Vorlesungen“ publiziert, ohne daß eine redaktionelle Bemerkung noch auf den Anlaß ihres Entstehens verweist. Für die Universität mithin ist der Vorgang offenkundig endgültig abgeschlossen. Für Fink noch nicht ganz.

Stufen drei und vier seiner gerichtlichen Auseinandersetzung folgten ab Sommer 1993: Gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel durch das Urteil des LAG Berlin legte Fink Nichtzulassungsbeschwerde beim BAG ein. Das Gericht lehnte das Begehren am 19.10.1994 ab. Die Beschwerde wurde als „unbegründet beziehungsweise unzulässig“ zurückgewiesen.³⁶ Gegen die Kündigung legte Fink zudem Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein.

die Nachholung des Verfahrens möglich und der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten eröffnet sei.¹³

3. Mitgliedschaftsrechtliche Stellung in den übrigen Ländern

In Sachsen werden Hochschullehrer alten Rechts generell der Gruppe der Professoren zugeordnet (§ 158 SHG). Thüringen und Mecklenburg machen die korporationsrechtliche Stellung von einer Überprüfung zumindest der persönlichen Eignung abhängig (§ 131 HSG M-V; § 123 HSG Th.). Durch die Neugründung der Hochschulen und der damit einhergehenden Einsetzung der Gremien (Gründungsrektor etc.) konnte Brandenburg auf eine Differenzierung der Rechte der Hochschullehrer im Gesetz verzichten.

Anzumerken ist, daß auch bei Zuordnung zur Gruppe der Hochschullehrer erhebliche Mitwirkungsbeschränkungen bestehen. Trotz positiver Evaluierung und tagtäglichem Engagement in der Hochschule war und ist es *möglich*, daß DDR-Hochschullehrer von bestimmten Funktionen ausgeschlossen werden.¹⁴ Nicht in das neue Rechtsverhältnis übernommene Hochschullehrer, deren persönliche Eignung gleichwohl festgestellt worden ist, sind nach § 123 Abs. 2 HSG Th. nicht zum Rektor, Dekan etc. sowie weder in das Konzil, den Senat noch den Fachbereichsrat wählbar. Hinzu kommt, daß die Stimmen der Hochschullehrer alten Rechts in Fragen, die unmittelbar Forschung und die Berufung von Hochschullehrern betreffen, unberücksichtigt bleiben, wenn sie nicht übernommen oder berufen worden sind (§ 123 Abs. 3 HSG Th.). Im einzelnen sei auf die Übersicht der Regelungen in der Synopse hochschulrechtlicher Regelungen in Ostdeutschland¹⁵ verwiesen.

II. Die Entscheidung des BVerfG

Hochschullehrer alten Rechts waren insbesondere in Sachsen-Anhalt und Berlin, soweit ein Gleichstellungsbeschluß nicht gefaßt worden ist, in ihren Mitwirkungsrechten beschränkt. Unabhängig von ihrer persönlichen Eignung und fachlichen Qualifikation war in beiden Ländern eine mitgliedschaftliche Zuordnung zur Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter vorgesehen oder zumindest möglich. Darin wurde von den betroffenen Hochschullehrern - in Sachsen-Anhalt sind dies etwa 300¹⁶ - ein Verstoß gegen das vom BVerfG aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 entwickelte Homogenitätsprinzip gesehen. Des weiteren wurde geltend gemacht, daß der nach § 75a HRG in seinen Grundsätzen anzuwendende § 75 Abs. 3 HRG neben der Möglichkeit der ordentlichen Berufung eine Möglichkeit der Überleitung vorsehe, die in Sachsen-Anhalt nicht weiter vorgesehen sei. § 75 Abs. 3 HRG gebiete zudem, die Besitzstände der nicht übergeleiteten Beschäftigten mit der Funktion und Qualifikation

eines Professors zu wahren. Die vom HSG LSA vorgesehene Möglichkeit der Übernahme als Hochschuldozent hätte unmittelbar die Befristung des Beschäftigungsverhältnisses zur Folge. Die Landesregierung und der Landtag¹⁷ Sachsen-Anhalts sowie die Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus von Berlin waren im wesentlichen der Auffassung, daß die verbliebenen Hochschullehrer nicht dem materiellen Hochschullehrerbegriff entsprächen.

I. Mitgliedschaftsrechtliche Stellung

In seiner Entscheidung stellt das BVerfG nunmehr in Fortführung seiner bisherigen Rechtsprechung dar, daß die Gruppe der Hochschullehrer in sich homogen zusammengesetzt sein muß. Dies hat zur Folge, daß die Mitgliedschaft in dieser Gruppe auf Hochschullehrer im materiellen Sinne beschränkt, aber auch erstreckt wird. Hochschullehrer ist, unabhängig von seiner dienstrechtlichen Stellung, der akademische Forscher und Lehrer, der aufgrund der Habilitation oder eines sonstigen gleichwertigen Qualifikationsnachweises mit der selbständigen Vertretung eines wissenschaftlichen Faches in Forschung und Lehre betraut ist.

Soweit den Hochschullehrern in einem förmlichen Verfahren vor der außerordentlichen Berufungskommission nach vorhergehender Überprüfung ihrer persönlichen Eignung bescheinigt worden ist, daß sie über die für ihre Aufgaben erforderliche fachliche Qualifikation verfügen, sind sie qualifiziert im Sinne des materiellen Hochschullehrerbegriffes. Sie können mit der selbständigen Vertretung eines wissenschaftlichen Faches in Forschung und Lehre betraut werden. Daß eine Betrauung nicht stattgefunden hat, ist unschädlich. Soweit Hochschullehrer fachlich negativ evaluiert, aber in der Folgezeit langjährig mit der selbständigen Vertretung eines Faches in Lehre und Forschung betraut worden sind, ist die fachliche Qualifikation durch die tatsächliche Bewährung nachgewiesen worden. Damit muß die korporationsrechtliche Zuordnung zur Gruppe der Hochschullehrer erfolgen, was in den der Entscheidung zugrunde liegenden Fällen nicht geschehen ist.

Dieser Eingriff in das Grundrecht des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG i. V. m. Art. 3 Abs. 1 GG ist auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Funktionsfähigkeit der Hochschulorgane¹⁸ nicht gerechtfertigt. Problematisch ist die Entscheidung insofern, als der Gesetzgeber eine Rechtfertigung gar nicht erwogen hat.¹⁹ Hinweise zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben lagen bereits bei Verabschiedung des HEG LSA vor,²⁰ fanden aber keine Berücksichtigung. Im Ergebnis ist festzustellen, daß § 118 Abs. 4 Ziff. 1 HSG LSA mit Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 GG in Ausprägung des Homogenitätsprinzips nicht vereinbar ist.

Das BVerfG hat die Regelung nicht für nichtig erklärt, da dadurch die Verfassungswidrigkeit nicht beseitigt würde. Vielmehr obliegt es dem Gesetzgeber Sachsen-Anhalts, eine verfassungskonforme Regelung zu treffen. Soweit der Gesetzgeber beabsichtige den entscheidenden Einfluß der Hochschullehrer alten Rechts auszuschließen, kommt nach Auffassung des BVerfG eine Gleichstellung mit den Hochschuldozenten gemäß § 69 Nr. 1 i. V. m. § 70 Abs. 2, 3 und 4 HSG LSA in Betracht. Dies sieht ein aktueller Entwurf des Änderungsgesetzes zum HSG LSA nun auch vor.

2. Kein Anspruch auf Übernahme

Soweit § 118 Abs. 4 Satz 2 HSG LSA vorsieht, daß eine Übernahme nur als Hochschuldozent in Betracht kommt, soll dies mit § 75a i. V. m. § 75 Abs. 3 HRG²¹ vereinbar sein, da es den Ländern rahmenrechtlich nicht verwehrt sei, die Übernahme auf die Rechtsstellung eines Hochschuldozenten zu beschränken und die Übernahme in das Amt eines Professors auszuschließen. § 75a HRG verweise lediglich auf Grundsätze des § 75 HRG. Der Gesetzgeber sei nicht starr an die Vorgaben des § 75 HRG und sich daraus ergebende Besitzstandsregelungen gebunden.

Der Ausschluß der Möglichkeit der Übernahme zum Hochschullehrer neuen Rechts bei gleichzeitiger Einordnung in die Personalstruktur nach dem HRG führt nach Auffassung des BVerfG zur statusmäßigen Abwertung der Hochschullehrer alten Rechts. Der darin liegende Eingriff in die Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG ist durch die notwendige Neuordnung des Hochschulwesens, insbesondere mit Blick auf finanziell tragbare Lösungen, gerechtfertigt. Soweit der Wechsel in das Dienstverhältnis eines Hochschuldozenten neuen Rechts nach § 47 Abs. 2 Satz 1 HSG LSA die Befristung des Dienstverhältnisses nach sich zieht, wird seitens des BVerfG darauf verwiesen, daß diese Regelung des § 118 Abs. 4 Satz 2 HSG LSA als Angebot konzipiert ist, das nicht angenommen werden mußte. In Ausnahmefällen - wohl unter dem Gesichtspunkt der Besitzstandswahrung - könne eine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit nach § 47 Abs. 3 HSG LSA in Betracht kommen: ein nicht ganz unbedeutendes Ergebnis der Verfassungsbeschwerden, das hoffentlich von den Hochschulen auch aufgegriffen wird.

3. Besitzstandswahrung

Die Entscheidung läßt offen, ob im Fall der Weiterbeschäftigung der Betroffene einen Anspruch hat, seine vor der Wiedervereinigung und vor dem Inkrafttreten des HSG LSA ausgeübte Tätigkeit in vollem Umfang fortzusetzen.²² Den Feststellungen des Gerichtes kann entnommen

werden, daß Einschränkungen generell möglich sind, diese jedoch einer Rechtfertigung bedürfen.

4. Einschätzung

Die Begründung der Ablehnung eines Anspruches auf Übernahme für die Hochschullehrer alten Rechts überzeugt nicht. § 118 Abs. 4 HSG LSA verstößt gegen §§ 75a, 75 HRG, da der vom BVerfG dem Landesgesetzgeber eröffnete Spielraum bei der Anpassung des Landesrechtes an das HRG so weit geht, daß alle wesentlichen Prinzipien des § 75 HRG unterlaufen werden. Die Auslegung des BVerfG verhindert - zumindest teilweise - die Verwirklichung der Personalstruktur²³ des HRG und befördert die Bildung einer Parallelstruktur durch Neuberufungen. Der Gedanke der Besitzstandswahrung, der elementarer Leitgedanke des § 75 HRG ist,²⁴ muß auch im Fall der Hochschülerneuerung Anwendung finden. Soweit die Begründung auf die Situation in den ostdeutschen Ländern und den Bestand an Hochschullehrern abstellt, geht diese Begründung mehrfach fehl.

Zum einen hat der Einigungsvertrag für die Dauer von 3 Jahren eine Übergangsfrist zur Anpassung eingeräumt. Zum anderen waren wesentliche Strukturentscheidungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Landeshochschulgesetze abgeschlossen (s. unten). Im übrigen ist der Sinn und Zweck des § 75 HRG darin zu sehen, daß die bestehende Personalstruktur - soweit als möglich - an die gesetzlichen Vorgaben angepaßt wird. Soweit dies nicht möglich ist, bleibt es beim zuvor innegehabten Status. Damit handelt es sich bei § 75 HRG um eine Transformationsnorm, die gerade Umbrüchen Rechnung trägt. Die Anwendung der Norm mit Blick auf eine unterstellte besondere Umbruchsituation im Osten abzulehnen, läßt die Vermutung aufkommen, daß den DDR-Professoren der einfache Weg der Übernahme nach §§ 75, 75a HRG nicht eingeräumt werden soll. Es muß bezweifelt werden, ob für dieses Ziel die Auslegung des Gesetzes geeignet ist.

Der vom BVerfG festgestellte Eingriff in Art. 12 GG ist nicht gerechtfertigt. Weder führt die Nichtübernahme zur Entlastung des Haushalts (Parallelstruktur), noch kommt die Neuordnung des - ostdeutschen - Hochschulsystems als Rechtfertigung in Betracht. Denn Strukturentscheidungen sind, von allgegenwärtigen finanzbedingten Korrekturen abgesehen, vor Verabschiedung der Landeshochschulgesetze getroffen worden. Dies korrespondierte mit der Möglichkeit des Personalabbaus nach dem Einigungsvertrag mangels Bedarf. Für das verbliebene Personal gibt es - an dieser Struktur gemessen - einen Bedarf. Andererseits wird persönlich und fachlich geeigneten Hochschullehrern letztlich der Status eines normalen Hochschullehrers vorenthalten.

Folgeprobleme sind absehbar. Im Rahmen der weiteren Gestaltung des Hochschulsystems sind Hochschullehrer alten Rechts, die bei Inkrafttreten des HRG in der alten Beschäftigungsstruktur verblieben sind, im Gegensatz zu den berufenen Kollegen kündbar. Die Praxis der Neuberufung von Professoren auf von Hochschullehrern alten Rechts „innegehabte“ Lehrstühle mit anschließender betriebsbedingter Kündigung für den Hochschullehrer alten Rechts beschäftigt bereits die Gerichte. Es muß bezweifelt werden, ob das Urteil des BVerfG hier Klarheit zur Stellung der Hochschullehrer alten Rechts gebracht hat.

Gleichwohl wird nicht verkannt, daß ein Urteil nur partiell zur Lösung von Problemen beitragen kann. Der Ausschluß von Hochschullehrern alten Rechts von Wahlämtern und die Nichtberücksichtigung ihrer Stimme bei Abstimmungen nach § 38 Abs. 3 HRG werden die politische und juristische Auseinandersetzung weiter bestimmen. Die nunmehr vom Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt vorgesehene Gleichstellung mit den Dozenten schreibt die mitgliedschaftsrechtliche Benachteiligung der Hochschullehrer alten Rechts in diesem Sinne fest. Es bleibt zu hoffen, daß nicht zuletzt die parlamentarischen Beratungen hier eine Korrektur der Stellung der Hochschullehrer alten Rechts herbeiführen.

Thomas Neie ist Rechtsreferendar am Landgericht Leipzig und ist am Lehrstuhl von Prof. Rosemarie Will, Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, tätig

Anmerkungen:

- ¹ BVerfGE 35, 79 <131 f.>
- ² BVerfG, B. v. 26.02.1997 - 1 BvR 1864/94 und 1 BvR 1102/95
- ³ vgl. Pasternack, Hochschule in der Demokratie, Berlin 1995, S. 103, 148 ff. (zu den ML-Lehrern), Buck-Bechler, Das Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext, in: Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann (Hrsg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997, S. 32f. (1990 Reduzierung des wissenschaftlichen Personals um 22%).
- ⁴ GBl DDR I S. 1585
- ⁵ Hieran knüpft die oben beschriebene Regelung des § 127 VorlHSchO an.
- ⁶ Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben diese Vorgabe nicht eingehalten. Zu den Einzelheiten sei auf die Übersicht von Neie, „Synopsis hochschulrechtlicher Regelungen in Ostdeutschland“, *hochschule ost special* Juli 1995, verwiesen.
- ⁷ Der Begriff der *Überleitung* soll hier als generelle Überführung des betroffenen Personenkreises in den neuen dienstrechtlichen Status unmittelbar durch Gesetz, die *Übernahme* als Überführung durch Verwaltungsakt aufgrund Gesetzes verstanden werden (so Walter, in: Hailbronner, HRG, § 75 Rdn. 2 HRG).
- ⁸ vgl. exemplarisch Beiträge in Schramm, Hilde (Hrsg.), Hochschule im Umbruch, Berlin 1993; Chronik der Wende an der FSU Jena, in: *hochschule ost* 6/

1994, 97 ff.; Rektor der Universität Leipzig (Hrsg.), Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig 1991-1994, Leipzig o.J.; Postmann, in: PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.), Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Berlin, Berlin o.J.; Rektorat der Universität Potsdam (Hrsg.), Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam 1995; Siegfried Kiel, Hochschulerneuerung an ostdeutschen Hochschulen aus dem Blickwinkel heutiger Verantwortungsträger, in: *hochschule ost* 2/1996, 155; BMBF (Hrsg.), Die neuen Länder: dynamische Wissenschaftsregion und Werkstatt der Innovation, Bonn 1995; Buck-Bechler/Jahn (Hrsg.), Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern, Weinheim 1994; Bund Freiheit der Wissenschaft (Hrsg.), Die Hochschulen in den neuen Ländern - Bilanz der Erneuerung nach drei Jahren, o.O., o.J., sowie weitere Nachweise bei Pasternack, DDR-Wissenschaftsgeschichte und Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie, Leipzig 1994

⁹ GVBl. S-A 1991, 198 ff.

¹⁰ GVBl. B 1991, 176 ff.

¹¹ GVBl. B 1992, 191

¹² GVBl. B 1994, 137

¹³ In verfassungskonformer Auslegung sei die vorgesehene Frist als nicht abschließend anzusehen. Interessant ist, daß die Stellungnahme des BVerwG unmittelbar zur Anweisung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur an die HUB zur Nachholung der Entscheidung des Akademischen Senates über die mitgliedschaftliche Gleichstellung geführt hat.

¹⁴ Exemplarisch soll darauf hingewiesen werden, daß sich das zuständige Ministerium des FS Sachsen gegenwärtig weigert, einen DDR-Hochschullehrer zum Rektor an einer FH zu ernennen. Informationen hierzu waren im Ministerium nicht zu erhalten. Eine juristische Rechtfertigung ist nicht ersichtlich.

¹⁵ Neie, a.a.O.

¹⁶ Diese Zahl beruht auf Angaben der Beschwerdeführer im Verfahren (B. vom 26.02.1997 - 1 BvR 1864/94 sowie 1 BvR 1102/95, S. 23 des Umdrucks)

¹⁷ Die Landtagsfraktion der PDS hielt die angegriffenen Regelungen für verfassungswidrig.

¹⁸ Der Gesetzgeber hatte bei Verabschiedung des Hochschulerneuerungsgesetzes angenommen, daß innerhalb der Gruppe der Hochschullehrer Spannungen und Schwierigkeiten auftreten könnten (LT-Drs. 1/333, S. 23).

¹⁹ vgl. Begründung zu § 116 des Regierungsentwurfs, Drs. 1/2460, Seite 21; Niederschrift über die 89. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 30.06.1993 in Halle, S. 26 ff.

²⁰ Prof. Dr. Erhard Denninger, Schriftliche Stellungnahme vom 27.05.1991 zur Anhörung zum HEG-Entwurf am 03.06.1991, unveröffentlicht

²¹ In der Literatur wird die Auffassung vertreten, daß § 75 Abs. 3 HRG keinen juristisch konkretisierungsfähigen Inhalt hat, da die Entscheidung letztlich im Ermessen des Haushaltsgesetzgebers liegt (vgl. Walter, in: Hailbronner, Kommentar zum HRG, § 75 Rdn. 34 [Stand: Februar 1990]).

²² Hammer, in: Denninger, Kommentar zum HRG, § 75 Rdn. 58 m.w.N.

²³ ebd., § 75 Rdn. 1

²⁴ ebd., § 75 Rdn. 56 ff.

Überlegungen zu Ausbildungsproblemen an der Massenhochschule

Pirmin Stekeler-Weithofer
Leipzig

1. Die folgenden Fakten sind allgemein bekannt: Die dramatische Diagnose eines Bildungsnotstands hat in den 60er und 70er Jahren zu einer Bildungsreform zunächst im Bereich der Ober-

schulen geführt. In deren Gefolge haben sich die vordem eher elitären Universitäten zu Massenhochschulen verwandelt und wurden zunächst entsprechend ausgebaut. Die heutigen Forderungen nach einer Hochschulreform oder gar nach einer Revolution des Hochschulwesens sind als Nach- oder Spätfolgen und damit als Bestandteil der Öffnung der Ober- und Hochschulen für die Breitenbildung in einem demokratischen Staat zu verstehen und ernst zu nehmen. Es geht um die strukturelle Anpassung der Universitäten an die neue Situation, nachdem die Expansionsphase der 70er und 80er Jahre hinter uns liegt, die insbesondere auf Grund der vielen Neugründungen auch eine Phase der Erprobung neuer Modelle war. Man denke an Stich- und Schlagworte wie „Gruppenuniversität“, „Mitbestimmung“, „Elite-“ und „Campusuniversität“ usf. Inzwischen befinden wir uns - trotz oder gerade wegen der Neustrukturierung der Hochschulen in den Neuen Bundesländer - in einer neuen Phase der Reflexion auf das Hochschulwesen. Es geht jetzt nicht mehr nur, aber immer noch, um die Expansion der Ober- und Hochschulausbildung. Es geht darüber hinaus um die Anpassung an die Gegebenheiten, gerade auch die finanziellen. Es geht zugleich um die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Hochschulen.

Daß auch in Deutschland weiterhin der Zugang zum höheren Bildungswesen ausgeweitet werden muß, zeigt insbesondere der Vergleich mit dem bildungspolitischen 'Kreuzzug' Bill Clintons für seine zweite Amtsperiode deutlich genug. Das für unsere Betrachtung relevante Zieldatum ist das 'dritte' Prinzip in Clintons Offensive: Jeder (!) Achtzehnjährige soll eine Bildungstätte auf dem Niveau des College, d.h. auf dem Niveau der Fachhochschule oder des Grundstudiums an einer Universität besuchen können und nach Möglichkeit mit einem Examen auf dem Niveau des Bakkalaureats („Bachelor“) abschließen. Vgl. dazu *Die*

Zeit, 14.2. 97, S. 29: „Während andere Länder über zu viele Studenten klagen, weil sie ihre Universitäten nicht zu organisieren verstehen“ - vielleicht aber auch, das bemerkt der kritische Leser, weil zu wenig Ressourcen und Gestaltungswille auf Seiten der Politik zur Verfügung gestellt und weil der Schwarze Peter immer nur zwischen Staat, Schulen und Hochschulen hin und her geschoben wird -, „hat Amerika mit seinen sehr viel besseren Hochschulen“ - auch hier wird der Kenner die Allgemeinheit des Urteils bezweifeln - „erkennt, daß Investitionen in die Ausbildung die besten Investitionen in die Zukunft sind.“ In Deutschland denkt man in diesen Dingen bemerkenswerterweise kurzfristiger als in den Vereinigten Staaten, die offensichtlich von der Übernahme der positiven Elemente des Humboldtschen Bildungsideals mehr profitieren als unser Land.

2. Die allgemeine These, für die ich hier vor diesem Hintergrund argumentiere, besagt, daß sich jedes eigentliche Reformprogramm für die Hochschule nicht allein auf die Reform der Bürokratie (auf die Rolle des Ministeriums, auf Rektorat, Senat, Fachbereiche, Dekanat; auf das Berichts-, Kontroll- und Finanzwesen) beziehen kann, sondern wesentlich die *Struktur der Ausbildungsgänge* einbeziehen muß. Nur das führt zu einer wirklichen, nicht bloß papierenen, Reform. Ein möglicher, nach meinem Urteil im Grunde durchaus relativ einfach gangbarer Weg zu einer durchgreifenden Reform wird hier in Umrissen aufgezeigt.

Dabei sprechen zwei Punkte für ihn: Erstens, seine fast frapierende Einfachheit; zweitens, die Tatsache, daß ohne Diskussion um machbare Alternativen zu bestehenden Ordnungen die Gefahr eines blinden bürokratischen Aktionismus besteht, der im Grunde gar nichts zum Besseren ändert und aufgrund falscher Diagnosen am falschen Objekt herumkuriert. Um ein Ganzes zu ändern, bedarf es einfacher, aber grundsätzlicher Weichenstellungen. Lokale Aktionen wie z.B. ein bürokratisiertes Berichtswesen unter Beibehalt der wesentlichen Strukturen, wie es zur Zeit unter dem Titel „Evaluation von Lehre und Forschung“ eingeführt wird, helfen aller Voraussicht nach den eigentlichen Problemen kaum ab, wie ich im weiteren vorführen werde.

I. Kritik an einem Vorurteil

3. Zunächst jedoch sind gewisse *Zielvorgaben* bisheriger *sächsischen Bildungsplanung* in Frage zu stellen. Dazu gehört unter anderem der Vorschlag

— das Graduiertenstudium solle *nicht* etwa eine 'Zweiteilung' (?) des

Studiums nach amerikanischem Vorbild mit einer allgemeinbildenden bzw. (angeblich!) berufsorientierten College-Phase und einer wissenschaftsintensiven Graduiertenstudienphase bewirken;

— es stehe daher von vornherein *nicht* zur Debatte, das deutsche System der einphasigen Ausbildung bis zum Magister/Diplom zu zerlegen in post- und ein vorgraduiertes Studium, das mit dem *Bakkalaureat* (nach 3 Jahren) abschließt

— immerhin wird inzwischen von vielen gesehen, daß die Lehrerausbildung aus- oder nachgegliedert werden sollte.

Urteile nach Art dieser Zielvorgaben gelten als 'conventional wisdom' der deutschen akademischen Szene. Im Grunde sagen sie, daß alles beim Alten bleiben soll, so daß alle Forderungen nach Hochschulreform schon durch die Vorgaben praktisch leer, zu bloßem Gerede werden.

4. Dabei werden allerdings Dinge für selbstverständlich gehalten, die alles andere als selbstverständlich sind. Denn bei allem Verständnis dafür, daß sich Bildungsplaner, Lehrende und Studierende gegen eine Umwandlung *universitärer* Bildung in eine *berufsbezogene* Ausbildung und damit gegen die (in der Tat drohende bzw. jetzt schon schleichende) Umwandlung der Universitäten in eine gehobene Art von Fachhochschulen wenden, bleibt zu bedenken, daß eine *stärkere Gliederung* des Studiums und eine Vorverlegung des ersten Hochschulabschlusses, etwa unter dem schon genannten Titel „*Bakkalaureat*“ für sich keineswegs schon bedeutet, daß man auch in *Ausbildungsform* und *Bildungsinhalt* dem amerikanischen, französischen oder britischen Vorbild folgen müßte. Denkbar und wünschenswert ist vielmehr eine strukturelle und modular-flexible Aufgliederung der Magister-, Diplom- und Lehramtsstudiengänge unter Beibehalt des 'deutschen' Konzepts universitärer Bildung, d.h. dem Humboldts das wesentlich die Bildung zum selbständigen Denken, Urteilen und Entscheiden zum Ziel hat und nicht bloß die Ausbildung in technischen Kunstfertigkeiten und enzyklopädischen Kenntnissen, wie sie nach wie vor diejenigen fordern, welche sich eine zu einfache, bürokratische, Vorstellung von einer gediegenen Berufsvorbildung und Berufsausbildung auf hohem Niveau machen.

II. Eine Beobachtung und ein konkreter Vorschlag zur Strukturreform der Curriculums

5. Ich beginne zunächst mit einer Beobachtung, der insgesamt wohl kaum widersprochen werden kann. Der *Durchschnitt* der deutschen Magisterabschlüsse entspricht, wenn wir ehrlich sind, tatsächlich nur

dem amerikanischen oder britischen Bakkalaureat (B.A.), keineswegs dem 'Masters'. Dies ist umso bedauerlicher, als die Abitursabschlüsse durchaus als 'höherwertig' gelten können gegenüber den amerikanischen Highschool-Diplomen, was auch immer diese groben Wertigkeiten im einzelnen alles (nicht) besagen. Mit anderen Worten, im Laufe des Studiums, spätestens mit dem Doktorat, verliert der deutsche Durchschnittstudent seinen Bildungsvorsprung, zumindest was das Ansehen der Abschlüsse und die Dauer des Studiums betrifft.

Die formale Zuordnung des abgeschlossenen 6. Fachsemesters oder gar der Zwischenprüfung mit dem Abschluß des angloamerikanischen B.A., wie sie in den Informationsblättern unserer akademischen Auslandsämter zu finden ist, ist praktisch ein reine Chimäre. Denn nicht einmal der DAAD vergibt USA-Stipendien auf Graduiertenebene vor Abschluß des Magister- oder Diplomstudiums. Die deutschen Magister- und Diplom-Abschlüsse werden im angelsächsischen Bereich vielmehr nur als erster Abschluß, also nicht höher als ein Bakkalaureat bewertet. Ein Abschluß mit *dieser* Wertigkeit könnte aber sicher auch nach 3 Jahren erlangt werden. Tatsächlich ist der *Ausbildungsdurchschnitt* des heutigen 'Massenmagister' kaum höher als das Niveau, das für ein Bakkalaureat zu fordern wäre - was sehr zum Nachteil der 'besseren' Studierenden ist, weil es das Ansehen der Universitätsabschlüsse beeinträchtigt.

Außerdem würde eine stärkere Gliederung des Studiums Kapazitäten für die bessere Betreuung der graduierten Studenten nach dem B.A. ermöglichen - da ja keineswegs alle weiterstudieren werden. Ferner würde eine größere Flexibilität für den Wechsel zwischen verschiedenen Fächern und Bildungseinrichtungen erreicht, zumal der Zugang zum graduierten Studium (und nicht etwa der Massenzugang zum Grundstudium) durch Eingangsprüfungen in die Autonomie der Hochschule gestellt werden sollte.

6. Daher schlagen wir als längerfristiges Ziel einer Neustrukturierung der Studiengänge an deutschen Universitäten folgendes System vor: Erst nach dem dreijährigen Bakkalaureat in einem B.A.-Schwerpunktfach sollen gute Bakkalaureaten in 1 1/2 bzw. 2 Jahren ein *intensiviertes Aufbaustudium* in einem Schwerpunktfach, das in der Regel schon als Haupt- oder Beifach studiert worden sein muß, weiterführen und dieses dann mit dem Abschluß eines Magister (M.A.) bzw. einem Diplom abschließen. Sie beenden diese erste Phase eines Graduiertenstudiums mit dem Schreiben einer (höherwertigen, 'echten') Magister- bzw. Diplomarbeit und der zugehörigen Prüfung, die jetzt, wie im amerikanischen

oder britischen System, zugleich als eine Art Zwischentest für die Fortsetzung einer zweiten Phase des Graduiertenstudiums mit dem Ziel der Promotion bzw. dem Schreiben einer Doktor-Dissertation gewertet werden kann.

D.h. einige B.A.-Absolventen setzen ein Magister- oder Diplomstudium fort. Einiges setzen dann ein Promotionsstudium fort. Einiger der Promovierten qualifizieren sich möglichst im Rahmen von Anstellungen als Assistenten oder Mitarbeiter in Forschung und Lehre akademisch weiter bis zur Habilitation, der akademischen *venia docendi*. An eine Aufhebung der Stufen ist also nicht gedacht, eher an die Beschleunigung der Ausbildung durch das Einziehen von mehreren 'Zwischenstufen'. (Die verbreitete Meinung, mehr Stufen oder Prüfungen würde per se die Ausbildung *verlangsamen*, widerspricht dabei der Erfahrung.) Das Grundstudium könnte, wie bisher, geführt werden in einem Hauptfach mit einem oder zwei Nebenfächern oder in zwei Hauptfächern.

7. Perspektivisch sollte das neue Modell auch die Lehrerbildung verändern: Ein zweijähriges Hauptstudium mit Abschluß *Lehramt* an Mittelschulen oder Gymnasien wäre in *zwei* Hauptfächern möglichst *erst nach dem Bakkalaureat* zu führen. Eine besondere Regelung des Grundstudiums für Lehramtskandidaten (durch Vorschriften der Ministerien für Schule) könnte oder sollte am Ende *ganz entfallen*. Das Lehramtsstudium für das Lehramt an Gymnasien und Mittelschulen würde damit zu einem *berufsausbildenden* Graduierten-Studium *nach* Abschluß des B.A. Die Praktika und womöglich auch die Fachdidaktik sind dann ebenfalls in diese Zeit zu legen. Eine Entscheidung für einen solchen Studiengang würde damit *erst nach dem Bakkalaureat* erfolgen.

Selbst wenn das Schulministerium und seine Pädagogen befürchten, damit an Einfluß auf die Ausgestaltung des *Grund- bzw. B.A.-Studiums* zu verlieren, ist der Vorteil einer derartigen Struktur unübersehbar: Es könnte z.B. ohne *Numerus Clausus* zur Zeit des Studienbeginns viel effektiver eine Überkapazität ausgebildeter Lehrer verhindert werden. Es ist ja einfach unmöglich, zu Beginn eines zur Zeit durchschnittlich 6-jährigen Studiums zu wissen, ob man Lehrer werden will oder kann. Daher werden tendenziell und auch gewissermaßen notwendigerweise immer wesentlich mehr Lehrer ausgebildet, als Bedarf besteht. Die persönlichen Kosten tragen die Studierenden, die finanziellen die Gesellschaft. Man denke etwa an die notwendigen Umschulungen.

8. Mit einer organisatorischen Reform der vorgeschlagenen Art wäre für viele Studenten das Studium wesentlich früher beendet. Selbstver-

ständig setzt dies voraus, daß das Bakkalaureat als Hochschulabschluß anerkannt wird. Es muß salonfähig werden. Wie freilich Öffentlichkeit und Wirtschaft Universitätsabschlüsse bewerten, liegt ohnehin nicht in der Hand der Universitäten und der Bildungsplaner. Das gilt für Magister und Diplom ebenso wie für das Doktorat und das - nach diesem Vorschlag einzuführende - Bakkalaureat. Daher gehen Argumente der Art, daß die Öffentlichkeit vor Einführung einer derartigen Struktur die Abschlüsse anerkennen müsse, vollständig an dem Problem der Anerkennung universitärer Abschlüsse vorbei.

Das gleiche gilt für den Glauben, daß eine Einführung einer derartigen neuen Struktur nur möglich sei, wenn es einen Konsens aller Universitäten gebe. Das Gegenteil ist der Fall. Denn es gilt ganz generell: Eine feinere Struktur und eine bessere Ausbildung läßt sich immer kompatibel machen mit einer gröberen bzw. schlechteren. Um nach vier Semestern an eine Universität wechseln zu können, die noch das einphasige System mit Zwischprüfung hat, wird man einfach weiterhin eine Zwischenprüfung anbieten. Ansonsten wird der Markt, sprich: Angebot und Nachfrage in Sachen Ausbildungsangebot, Flexibilität und Qualität von Lehre, Abschlüssen, Studenten usf. zeigen, was man eigentlich vorher wissen kann: Daß eine größere Strukturierung und Modularisierung des Studiums einfach insgesamt besser ist. Mit anderen Worten, es ist ganz einfach möglich, daß eine Hochschule oder ein Bundesland, vielleicht sogar auch nur eine Fakultät oder nur ein Institut (etwa in den Geistes- und Sozialwissenschaften), quer zum Üblichen eine entsprechende Neuerung einführt.

9. Die (möglichen) Einwände, die in der neuen Struktur entstehende erhöhte Prüfungsichte wirke für Studenten abschreckend und das Studium werde dadurch verschulter, treffen nicht zu, und zwar aus mehreren Gründen: Den 'Kosten', die dadurch entstehen, daß das Bakkalaureat eine erste Auslese bedeutet, steht der Nutzen gegenüber, daß sie eine *universitäre Abschlußprüfung* ist. Dadurch erhalten Studenten eine größere Sicherheit, denn die Gefahr, daß der Studienabschluß überhaupt scheitert, der im einphasigen System ja erst nach 4-6 Jahren möglich ist, wird so doch erheblich reduziert. Dies gilt umso mehr, als - wie schon erwähnt - die *idealen* Anforderungen an den Magister bzw. das Diplom weit über dem *Durchschnitt* dessen liegt, was die Studienabgänger *faktisch* leisten, was gerade bei denjenigen Studenten, welche die Sache, ihr Studium, ernst nehmen, eine entsprechend hohe Erwartung an die eigenen Leistungen erzeugt - und daher das Studium verlängert.

Nicht zu vergessen ist, daß die Einphasigkeit der Universitätsbil-

derung, die oft gleich zum Doktorat geführt hatte, aus einer Zeit stammt, in der die Universitäten noch Elite-Einrichtungen waren. Es ist daher einfach ein Anachronismus, wenn man sich heute auf diese 'Tradition' beruft. Im übrigen war im (amerikanischen und) britischen System die Ausbildung früher ebenfalls einphasig, da der M.A. als sehr hoher Abschluß galt.

10. In einem modular gegliederten System ergibt sich auch für die Lebensplanung der Studierenden eine größere Flexibilität: Man kann nach dem Bakkalaureat noch einmal entscheiden, ob man die akademische Ausbildung vertiefen will, oder ob man sich nach dieser akademischen Berufsvorbildung im Rahmen einer ersten Anstellung einer Berufsausbildung zuwenden möchte.

Als Maßstab für die gefürchtete 'Verschulung' kann man übrigens nicht die Zeitpunkte und die akademie-internen Wertungen der Prüfungen heranziehen. Die Verschulung hängt nicht an den Formen der Prüfungen und der Abschlüsse, sondern an den Vermittlungsformen und den Inhalten, also daran, wie die Inhalte und Formen der Bildung, Ausbildung und Prüfungen bestimmt werden. Es wäre zu wünschen, daß man in der Diskussion um die Hochschulreform diese und andere Dinge hinreichend auseinanderhält und nicht global und damit folgenlos daherredet, wie es leider üblich ist. Eine Reform der Inhalte ist von einer Reform der Struktur zu trennen, ebenso die Reform der Bürokratie oder der Evaluationen, auch wenn einige Dinge miteinander zu tun haben.

11. Durch eine strukturelle Neuerung der hier vorgeschlagenen Art könnten sowohl ernsten als auch mächtigen Kritikpunkten gegen unsere Universitätsausbildung die Basis entzogen werden, da sich diese, wenn man sich die Dinge überlegt, wesentlich gegen Folgen des *einphasigen Ausbildungssystems* und nicht so sehr gegen Inhalte richten. Es handelt sich um die Kritik an der großen Anzahl von Studienabbrechern und an der zu hohen Durchschnittsdauer des Studiums. Die Durchschnittsdauer eines Studiums ist nämlich ohnehin immer bis zu *einem ersten Studienabschluß* zu rechnen, ebenso das Lebensalter für Hochschulabgänger. Diese Durchschnittsdauer und dieses Durchschnittslebensalter des ersten Abschlusses würden durch den Vorschlag ersichtlich erheblich abgesenkt werden können.

12. Daß zugleich auch das Durchschnittsalter der *Magister* und *Doktoren* gesenkt würde, sieht man vielleicht nicht so schnell ein. Darauf und auf den Fall der Studienabbrecher komme ich noch zurück. Zunächst erwähne ich nur noch einige wichtige Nebeneffekte des Vorschlags.

Der erste ist die bessere formale Kompatibilität des deutschen Bildungswesens mit dem der angelsächsischen Welt, wie sie im Zeitalter der immer stärkeren weltweiten Vernetzung der Ausbildung und der Berufe ohnehin immer drängender wird. Ein deutscher Student, der etwa nach dem Bakkalaureat oder nach dem Magister in England oder Amerika studiert, wird weniger Zeitverluste hinzunehmen haben als bisher.

Ein weiterer Nebeneffekt dieses Vorschlags ist eine Intensivierung der Bildung und Ausbildung im Bereich des Verfassens schriftlicher Arbeiten. Die Verstärkung der Ausbildung im Schreiben, in der Fähigkeit, lesbare, übersichtliche und inhaltvolle Texte zu verfassen, ist übrigens bei uns besonders notwendig. Die deutsche Ausbildung vernachlässigt nämlich im Vergleich zu anderen Ländern (Frankreich, GB, USA) bisher die schriftlichen Sprachkompetenzen: das Essay-Writing in den Geistes- und Sozialwissenschaften, das Verfassen von Papers in den Naturwissenschaften.

13. Im vorgeschlagenen System wird das Bakkalaureat zu einer wirklichen Zwischenauslese. Es ist ein Analogon zur Gesellenprüfung. Das Diplom oder der Magister ist das Analogon zur akademischen Meisterprüfung, das Staatsexamen in seinen zwei Teilen entspricht der beruflichen Meisterprüfung: Danach arbeitet ein Lehrer ja selbständig.

In diesem System erreicht man eine akademische *Aufwertung* von Magister und Doktorat, die angesichts des Verfalls der Wertigkeiten der Abschlüsse deutscher Universitäten fast schon überfällig ist. Zugleich dämpft man ein Problem, das seit der Bildungsreform, der Umwandlung der früher elitären Gymnasien und Hochschulen in Anstalten der Massenbildung, aus strukturellen und nicht bloß historisch kontingenten Gründen virulent geworden ist: Das Problem der Zugangsberechtigung zur Hochschule, der Aufnahmeprüfung bzw. des Numerus Clausus. Denn das Bakkalaureat kann gerade deswegen, weil es ein möglicher Hochschulabschluß ist, anders als die Zwischenprüfung eine echte Auslese derer bewirken, die akademisch weiter und tiefer ausgebildet werden. Die Zwischenprüfung kann dies nicht erreichen. Hier hat ein Nichtbestehen bestenfalls den Abbruch des Studiums zur Folge. Eine mögliche Beendigung des Studiums bei mittleren Leistungen und eine Umorientierung auch bei guten Leistungen ist nicht vorgesehen.

14. Analoge Vorteile entstehen für die Frage der Weiterführung von Stipendien und der BAFÖG-Förderung. Auf die möglichen finanziellen Einsparungen durch die genauere Bestimmung der Förderwürdigkeit brauche ich dabei nicht einzugehen. Freilich wird gerade dieser Aspekt von

Studenten propagandistisch gegen diesen Vorschlag gewendet werden, da es hier ja durchaus auch Pfründe zu verteidigen gibt. Man wird Schlagworte wie „Einführung der Klassengesellschaft für die Studenten“ prägen oder so ähnlich, um die Zumutung abzuwehren, daß nicht mehr alle Studenten bis zur Magister-Ebene gefördert werden.

Und doch würde die neue Struktur in einem gewissen Ausmaß nur die Anpassung an eine in der Praxis längst schon beobachtbare Tendenz bedeuten. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß von der doch erheblichen Anzahl der Studienabbrecher (es sind c.a. 1/3 der Studienanfänger) die meisten keineswegs als akademische Versager zu werten sind.

Das zeigt sich gerade auch in den späteren Karrieren dieser Studentengruppe. Es ist sogar ein interessanter Widerspruch zu beobachten zwischen der Realität und der verbreiteten Vorstellung vom Studienabbrecher als Versager. Studienabbrecher, die frühzeitig einen Beruf ergreifen, haben nämlich ihren akademischen Kollegen oft etwas Wichtiges voraus, nämlich eine früher beendete Berufsausbildung. Es hat sich längst herumgesprochen, daß viele nach dem 4. bis 6. Semester nicht deswegen ihr Studium abbrechen, weil sie akademisch nicht weiterkommen, sondern weil sie im Lauf der langen Studienphase eine Entscheidung gegen eine verfeinerte theoretisch-akademische Ausbildung und für eine praktische Berufsausbildung fällen.

Dabei kommt ihnen die Erfahrung, Bildung und Ausbildung der ersten Studienjahre dennoch in der Regel sehr zu gute. Ich nenne nur die Erfahrungen der Selbständigkeit, der autonomen Bemühung um vertiefte Bildung im eigenständigen Forschen, Denken, 'höheren' Lesen, 'höheren' Schreiben etc. Ein erfahrener Personalchef wird daher für entsprechende Stellen Studienabbrecher durchaus z.B. den jüngeren Abiturienten und manchmal auch den scheinbar für den Beruf besser, spezieller, vorbereiteten Absolventen akademischer Ausbildungsgänge vorziehen, bzw. er ist oder wäre oft gut beraten, wenn er dies tut. Er wird, heißt das, manchen Studienabbrecher einem Studienabgänger vorziehen, und zwar womöglich nicht bloß auf Grund des jüngeren Alters, sondern vielleicht auch deswegen, weil der Studienabbrecher wenigstens einmal in seinem Ausbildungsleben einen nicht einfachen eigenständigen *Entschluß* gefaßt hat. Es bedeutete dann nur die Institutionalisierung dieser Praxis und die Aufhebung des Stigmas des Studienabbrechers, wenn man das Bakkalaureat einführte.

III. Bildung und Berufsausbildung

15. Aus der Beobachtung von Fakten wie den langen Studienzeiten und

der hohen Zahl der Studienabbrecher ziehen viele Bildungspolitiker und auch die Sprecher der Personalabteilungen der Wirtschaft oft einen falschen Schluß. Man glaubt nämlich, es müsse die Ausbildung an den Hochschulen straffer und berufsbezogener ausgelegt werden. Und man glaubt, es läge an der Qualität der Universitätslehre, wenn (immer mehr) Studenten sich gegen die allzu akademische und theoretische, zu wenig praxisbezogene Ausbildung wenden, ihr den Rücken kehren. Es könnte jedoch sein, daß weniger der Ausbildungsinhalt das Problem ist als die einphasige Ausbildung, die nicht flexibel genug ist, Anforderungen zu klassifizieren, und zwar nach den Gruppen der Interessen der Studenten und den Anforderungen der Berufe, denen sie sich zuwenden wollen. Das Problem könnte also eher an der mangelnden Flexibilität der Ausbildungsstruktur und der mangelnden Gliederung liegen als an der Ausbildung selbst.

16. Natürlich kann sich nach dem Bakkalaureat eine stärkere Berufsqualifizierung anschließen. An der Universität angeboten sollten dazu, wie gesagt, die 2-jährigen Lehramtsstudiengänge in zwei Hauptfächern bzw. in einem Hauptfach und zwei Nebenfächern. Oder man denke an andere weiterführende Berufsausbildungen etwa des Typs, wie ihn Fachhochschulen anbieten mögen. Eine Mittelstellung bilden die Diplomstudiengänge, die nur partiell den Charakter der Berufsausbildung haben, zumindest an den Universitäten im Unterschied zu den Fachhochschulen. Ich denke, sie sollten diesen allgemeinen Grundlagencharakter auch nicht verlieren. Es ist ja die Aufhebung der Trennung zwischen universitärer Bildung und Berufsausbildung an den Fachhochschulen nicht eine Lösung eines Problems, sondern selbst das Problem. Dies zeigen durchaus auch die (schlechten) Erfahrungen in Großbritannien und in Deutschland selbst. Zwar sind Abgänger von Fachhochschulen schneller von der Industrie 'verwertbar'. Es steht aber außer Zweifel, daß die Kompetenz der eigenverantwortlichen und besonders der *kreativen* Entwicklung grundsätzlich neuer Ideen und Verfahren an Fachhochschulen allzu oft nur sekundär (und dann gewissermaßen zufällig, je nach Auffassungsgabe der einzelnen Studenten) vermittelt wird. Dies ist nicht etwa eine Kritik an den Fachhochschulen, sondern eine strukturelle Folge dessen, wie sich Fachhochschulen von Universitäten unterscheiden: Die Ausbildung an Fachhochschulen *muß* die Aneignung *vorgegebener* Schemata als Schwerpunkt haben, eben weil sie *Berufsausbildung* ist, mit dem Ziel der *Anwendung* von Techniken. Die akademische Ausbildung an den Universitäten ist dagegen grundsätzlich immer Berufsvorbildung. Wer dies nicht sieht, und in seiner

einseitigen Perspektive auf Effizierung und Vorwertung die Angleichung der Universitätsausbildung an die Fachhochschulausbildung fordert, kennt mit Sicherheit auch die zu erwartenden Folgen und Gefahren dieses Mißverständnisses nicht.

Eine Gesellschaft, welche die Effizienz 'Anwendung' überschätzt und nicht sieht, daß in der heutigen Welt die ökonomische Auseinandersetzung auf der Ebene der Ideen, der Kreativität geschieht, und damit von den Ressourcen an autonom denkenden Personen abhängt, wird die Folgen zu tragen haben. Oft hilft die Perfektionierung vorgegebener Techniken nämlich weniger als man glaubt - wie der enorme Aufstieg der Informationstechnologie in den USA zeigt. Man denke an die Art, wie Firmen des Zuschnitts von *Microsoft*, *Apple* und andere, in Ansätzen inzwischen auch *IBM*, strukturiert sind.

Die Gefahr besteht wirklich, daß eine allzu große Konzentration auf *Berufsausbildung* eine ökonomische Gesellschaft zweiten Ranges schafft, welche *fremde* Erfindungen bloß in der Produktion umsetzt, etwa gute Geräte für den Haushalt, gute Werkzeugmaschinen und gute Autos herstellt, aber ansonsten, insbesondere im Bereich der *Patente* (der *copyrights* und damit auch der *royalties*) den Anschluß verpaßt. Womöglich wird zur Zeit bei uns vergessen, daß es das Konzept der freien Bildung war, das die Entwicklung Deutschlands im 19. Jhd. wesentlich positiv geprägt hat und weltweit Anerkennung und Nachahmung gefunden hat.

Dies alles ist gerade deswegen so denkwürdig, wenn und weil manche Politiker, gerade auch manche Forschungs- und Wissenschaftsminister, aber auch Vertreter der deutschen Industrie und Publizisten, wie man in den Lamentos der Zeitungen sieht, offenkundig die Ausbildungsform und das Bildungsziel der Universitäten mit denen von Fachhochschulen verwechseln, etwa wenn die dringende Modernisierung der deutschen *Universitäten* gefordert wird in Richtung 'moderner', sprich: technisch verwertbarer, Ausbildung, ohne zu bemerken, daß, was gebraucht wird, immer auch eigenständig denkende *Forschertypen* sind. Womöglich ist die ökonomische Rolle nicht ökonomisch geprägter humanistischer oder auch theoretisch-naturwissenschaftlicher Bildung noch überhaupt nicht begriffen.

Pirmin Stekeler-Weithofer, Prof. Dr. phil., lehrt Theoretische Philosophie und ist Sprecher des Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums am Zentrum für höhere Studien der Universität Leipzig

BAföG als Instrument der Hochschulpolitik? Der Einfluß des Ausbildungsfinanzierungsmodells auf die Sozialstruktur an den Hochschulen

Stefan Dornbach
Berlin

Erziehung und Ausbildung funktionieren als Reproduktionsmedien gesellschaftlicher Mechanismen. Dabei ist die Hochschule nicht nur einfach ein Teil des Bildungssystems. Vielmehr wird ihr

funktional die Aufgabe zuteil, wirtschaftliche und politische Eliten bereitzustellen und damit im Selektionsprozeß des Bildungssystems als letzte Hürde auf dem Weg zur Macht zu wirken. Die Frage nach der Selektionsfunktion des Bildungssystems und insbesondere der Hochschulen ist also auch die Frage des Machterhalts der politischen Klasse. Aus dieser Bedeutung begründet sich auch das rege Interesse an der derzeitigen BAföG-Diskussion, das sich in einer Vielzahl von neuen Finanzierungsmodellen, die von zahlreichen Seiten vorgestellt werden, ausdrückt.¹

Mehr Chancengleichheit für Kinder aus ökonomisch schwachen Schichten war erklärtes Ziel bisheriger Studienfinanzierungsmodelle. Daß diese Chancengleichheit mit dem bisherigen BAföG-Modell nicht erreicht wurde, belegen Statistiken über die unterproportionale Bildungsbeteiligung von Arbeiterkindern hinlänglich. Bei der meist verwendeten groben Einteilung in Beamtenkinder, Angestelltenkinder, Selbständigenkinder und Arbeiterkinder gestaltet sich eine Analyse der ökonomischen Ausgangsbedingungen und damit der Abhängigkeit des Studienwunsches vom Studienfinanzierungssystem allerdings schwierig, da die Einkommensverteilung innerhalb dieser Schichten ihre Signifikanz verliert, so daß Arbeiterlöhne die Gehälter von einfachen Beamten und Angestellten überschreiten können.

Denis Lawton erklärt die charakteristischen Unterschiede in den Bildungsentscheidungen der Kinder der verschiedenen Schichten mit der Selektion der Schule nach Sprachgewohnheiten (elaborierter versus restringierter Sprache) und Unterschieden im kognitiven Verhaltensstil durch unterschiedliche Familienstruktur und -erziehung. So führt bspw. der restringierte ("eingeschränkte") Sprachcode des lernenden Arbeiterkindes im Gegenspiel zum elaborierten ("erweiterten") Sprachcode des Lehrenden zu schlechteren Leistungen als der Begabung entsprechen.² Hartmut Ditton modifiziert diesen Ansatz, indem er nicht die o.g. Schichten, sondern verschiedene soziale Milieus zum Ausgangspunkt der Untersuchung macht und feststellt, daß hier schicht-

übergreifend bestimmte Subkulturen existieren, die sich in ihren Bildungsentscheidungen relativ homogen verhalten.³

Lawtons wie Dittons Ergebnisse zeigen, daß eine rein ökonomische Analyse nicht möglich ist. Allerdings gibt ein Vergleich der Daten über die Bildungsbeteiligung der sogenannten "bildungsfernen Schichten" mit dem jeweiligen Studienfinanzierungssystem und der Quote der durch dieses Geförderten Aufschluß über dessen Einfluß auf die Bildungsentscheidung. Die unzureichende Klassifizierung nach sozialen Schichten soll hier durch Hinzunahme von Daten anderer sozial Benachteiligter am Beispiel von Frauen und Studierenden mit Kind/ern ausgeglichen werden.

1. Die Entwicklung des Studienfinanzierungssystems in der BRD

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es in der BRD kein einheitliches Studienfinanzierungssystem. Öffentliche Mittel konnten nur aus den Kriegsfolgenhilfegesetzen (Lastenausgleichsgesetz, Bundesversorgungsgesetz und Heimkehrergesetz) oder speziellen Hochbegabtenförderungen bezogen werden. Nach den Kriegsfolgenhilfegesetzen wurden nur Zugewanderte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR sowie im Krieg Verwundete und Kriegswaisen gefördert. Angesichtes des allmählichen Auslaufens dieser Gesetze beschloß der Bundestag 1957 das auf der Hochschulreformtagung 1955 in Bad Honnef erarbeitete "Modell für die Förderung von Studenten wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik und Berlin (West)". Mit dem "Honnefer Modell" sollten "geeignete und bedürftige deutsche Studenten gefördert werden". Die Förderung wurde bis auf die letzten zwei Semester der Förderungshöchstdauer als Zuschuß gewährt, dann als 50%-Teildarlehen. In den ersten drei Semestern wurde der Förderungsbetrag um 50,- DM gemindert, Elternwohner erhielten generell bis zu 70,- DM weniger. Der Betrag war ferner abhängig von Einkommen der Eltern.

Während mit dem Honnefer Modell "eine Auslese von Begabten unter den Studenten gefördert werden" sollte⁴, wurde der Gesetzentwurf zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) von 1969 nachträglich mit der "großen Zahl ausbildungswilliger und -fähiger junger Menschen, deren Eltern nicht in der Lage waren, die hohen Aufwendungen während der oft vieljährigen Ausbildungszeit zu tragen", gerechtfertigt. Es solle auf Chancengleichheit in der Ausbildung hingewirkt werden, mit dem Ziel, "soziale Unterschiede durch eine differenzierte Sozialordnung auszugleichen"⁵. Neben diesen erklärten Zielen dürften

auch die vorangegangenen sozialen Kämpfe der Studierenden eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Ausarbeitung gespielt haben. Das BAföG trat am 26.8.1971 in Kraft. Um Übergänge zwischen den Ausbildungssystemen zu ermöglichen, wurde ab Klasse 11 das Schüler-BAföG eingeführt. Dies führte zu größerer Unabhängigkeit von den Eltern und damit von deren Einfluß auf die Bildungsentscheidung, und es schuf so die Voraussetzung für eine größere Studienbeteiligung der "sozial schwachen Schichten". Da diese auch durch die Rückzahlung der Ausbildungsbeihilfe nach Studienende besonders stark belastet werden, wurde das BAföG als "verlorener Zuschuß" gewährt⁶. Es sollte erreicht werden, daß die Sozialstruktur der Studierendenschaft der der Gesamtbevölkerung entspräche, was eine Anpassung der Einkommensfreibeträge an die Einkommenssteigerung und der Bedarfssätze an die Preisentwicklung zur Grundlage hätte.

Bereits 1974 wurde mit diesen Grundsätzen gebrochen und der erste Darlehensanteil von 80,- DM eingeführt. 1977 wurde dieser auf 150,-

Anteil der aus öffentlichen Mitteln geförderten Studierenden¹⁰

Jahr	Empfängerinnen und Empfänger in %
1951	24,6
1953	18,6
1956	18,1
1959	29,2
1963	23,7
1967	25,6
1973	39,7
1976	38,9
1979	34,0
1982	37,1
1985	27,0
1988	22,6
1991	28,3
1994	24,2
<i>neue Länder:</i>	
1991	88,2
1994	54,8

Quellen:

DSW, (Deutsches Studentenwerk) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, München, 1952, S.55; Bonn, 1957, S.57; Bonn, 1960, S.113; Bonn, 1964, S.59
BMBW (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, Frankfurt/Main, 1974, S.42; Frankfurt/Main, 1977, S.35; Frankfurt/Main, 1980, S.41; Bonn, 1983, S.108; Bonn, 1986, S.258; Bonn, 1989, S.292; Bonn, 1992, S.179; Bonn, 1995, S.244¹¹

DM erhöht und 1983 schließlich die gesamte Förderung auf Darlehen umgestellt. Gleichzeitig wurde das Schüler-BAföG abgeschafft. 1990 wurde der Darlehensanteil auf 50% der Fördersumme begrenzt.

Mit der jüngsten BAföG-Novelle vom Oktober 1996 wurde erstmals die Verzinsung des Darlehens nach Überschreitung der Förderungshöchstdauer eingeführt. Diese gilt auch für die längere Inanspruchnahme der Förderung wegen Gremientätigkeiten für die Universität und den studienbedingten Auslandsaufenthalt, der bisher nicht auf die Förderungshöchstdauer angerechnet wurde.

Auch die Anpassung der Einkommensfreibeträge an die Einkommenssteigerung⁷ und der Bedarfssätze an die Preissteigerung⁸ erfolgte nur in unzureichendem Maße. Das führte dazu, daß zur Zeit der Förderungshöchstsatz weit unter dem vom Deutschen Studentenwerk berechneten Bedarfssatz von 1250,- DM liegt. Statt dessen enthält das BAföG eine Vielzahl indirekter Transfers, die eine Emanzipation vom Elternhaus nicht gerade beginstigen (was natürlich dem politischen Kalkül einer wertkonservativen Regierung entspricht).⁹ Ebenso liegt die Förderungshöchstdauer mit 9 Semestern für die meisten Studiengänge unter der durchschnittlichen Studiendauer von 12 Semestern.

2. Auswirkungen der Entwicklung des Studienfinanzierungssystems

Die Gefördertenquote

Die Gefördertenquote wird oft als Maßstab für die Effektivität und die gesellschaftliche Relevanz des Ausbildungsförderungssystems zurate gezogen. Sie ist Indikator für die Anpassung der Einkommensfreibeträge. Bei versäumter Anpassung bzw. von vornherein unzureichender Höhe fällt der untere Mittelstand aus der Förderung heraus, was zur Abschreckung vom Studium führen kann. Aber auch Verbesserungen bzw. Verschlechterungen im Hinblick auf die Chancengleichheit ökonomisch Benachteiligter lassen sich an der Gefördertenquote ablesen, wenn man Abweichungen vom "normalen" Abfall der Quote durch verspätete Freibetragsanpassung untersucht. So zeigt sich bei der Einführung des "Honener Modells" und des BAföG ein erheblicher Anstieg der Gefördertenquote, die aber in den folgenden Jahren kontinuierlich wieder absinkt.

Von 1982 zu 1985 (vgl. Tabelle) ist ein überproportionales Absinken von 37,1 auf 27,0% zu verzeichnen, was auf Verschlechterungen im Zuge der BAföG-Novelle von 1983 zurückzuführen ist (s.o.).

Der leichte Anstieg der Gefördertenquote von 1988 zu 1991 rührt von der Umstellung des Darlehensanteils auf 50% her und zeigt damit erneut den Einfluß der Art der Förderung auf die Bildungsentscheidung von sozial Benachteiligten.

Modell der Sozialgruppen, soziale Herkunftsgruppen

Wie oben bereits ausgeführt, beruht das Modell der Sozialgruppen auf der unzeitgemäßen Einteilung in Beamten-, Selbständigen-, Angestellten- und Arbeiterkinder. Zwar existiert auch differenziertes Zahlenmaterial (Einteilung nach ungelernten und qualifizierten Arbeitern, höheren und ausführenden Angestellten usw.), dieses liegt aber nur vereinzelt vor bzw. ist auf den prozentualen Anteil an der Studierendenschaft berechnet und nicht nach dem Anteil der Studierenden in der jeweiligen Sozialgruppe je Jahrgang. Vergleicht man nach ersterem Modus berechnete Zahlen, stellt man fest, daß der Anteil der studierenden Arbeiterkinder ständig ansteigt, was auf die fortschreitende ökonomische Besserstellung von Arbeiterhaushalten in der Vergangenheit zurückzuführen ist. Allerdings gibt es auch hier einen Einbruch nach der BAföG - Novelle von 1983.¹²

Interessanter ist hier das Modell sozialer Herkunftsgruppen. Es werden hier hohe, gehobene, mittlere und niedrige Herkunftsgruppen unterschieden, die nach dem Bildungsabschluß und der beruflichen Stellung der Eltern eingeteilt werden.¹³ Hier zeigt sich seit 1982 eine kontinuierliche Abnahme des Anteils der Kinder der mittleren und niedrigen Herkunftsgruppe.¹⁴ Leider liegen keine Vergleichsindizes des Rückgangs dieser Gruppen in der Gesamtbevölkerung vor, weshalb keine genaue Aussage über den Grad der Verdrängung aus dem höheren Bildungssystem gemacht werden kann. Es ist aber anzunehmen, daß die bildungsfernen Schichten durch die Umstellung der BAföG-Förderung auf Darlehen vom Studium abgeschreckt werden. Auch die Abschaffung des Schüler-BAföG dürfte die Mitentscheidungsgewalt der Eltern auf den Abiturwunsch wesentlich gestärkt haben, was zu einer Bevorzugung der schneller "selbständig-machenden" Berufsausbildung gegenüber dem Studium führt.

Die neuen Bundesländer

In der DDR war der Hochschulzugang strengen staatlichen Regulierungen unterworfen¹⁵. Die Ausbildungsfinanzierung spielte daher keine Rolle für die Sozialstruktur an den Hochschulen. Mit der Übernahme des westdeutschen Hochschul- incl. Ausbildungsfinanzierungssystems durch die neuen Bundesländer ergaben sich für den Osten Deutschlands die gleichen Probleme, wie sie bereits für die alten Bundesländer angedeutet wurden. Wie die obige Tabelle zeigt, konnten die niedrigen Einkommensfreibeträge 1991 aufgrund der ebenfalls niedrigen Einkommen noch greifen. Es wurden 88,2% der ostdeutschen Studierenden durch das BAföG gefördert. Das liegt auch in der fehlenden Möglichkeit, die Förderungshöchstdauer wesentlich zu überschreiten, und in

einem hohen Anteil von Studienanfängern durch den Nachholbedarf der in der DDR abgewiesenen Studienbewerber begründet.

Mit der "Normalisierung" der Einkommenshöhe ist jedoch auch in den neuen Bundesländern ein rapider Abfall der Gefördertenquote zu erwarten. Dies zeigt sich mit einem Rückgang um 33,4% bereits in der Entwicklung zu 1994. Legt man eine ähnliche Tendenz zu Grunde, dürften sich die Werte in wenigen Jahren angeglichen haben. Gleichzeitig geht der Fall der westdeutschen Quote weiter, nach Angaben des Studentenwerkes liegt sie bereits unter 20% inklusive Teilförderung.¹⁶

Bei der sozialen Herkunft der Studierenden in den neuen Ländern gibt es von 1991 zu 1994 keine nennenswerten Veränderungen. Allerdings lag der Anteil Studierender aus der mittleren und vor allem der niedrigen Herkunftsgruppe von Anfang an deutlich niedriger als in den alten Bundesländern. Reziprok hierzu ist die hohe Herkunftsgruppe mit 36% 1994 im Gegensatz zu 27% in Westdeutschland überdurchschnittlich repräsentiert. Die gehobene Gruppe ist mit 31% gleich stark vertreten, die mittlere mit 23% (Ost) bzw. 28% (West) und die niedrige mit 10% (Ost) und 14% (West) deutlich unterproportioniert.¹⁷

Anteil weiblicher Studierender

Nach der Einführung des BAföG stieg die Studentinnenquote - mit Ausnahme eines kleinen Einbruchs 1976 - bis 1982 kontinuierlich von 30,6 auf 38,8% an.¹⁸ Seitdem schwankt sie zwischen 38 und 39%. Eine Selektion im Schulsystem ist hier auszuschließen, da sich bis zum Anfang der achtziger Jahre im Schulwesen "das erhebliche Bildungsdefizit der Mädchen allmählich in einen leichten Bildungsvorsprung verwandelte"¹⁹. Geißler erklärt die Diskrepanz zum Hochschulsystem mit der schlechteren Berufsperspektive und der traditionellen Familienorientierung der Frauen. Diese traditionelle Frauenrolle führt zweifellos zur Verdrängung von Frauen in geisteswissenschaftliche Fächer. Ein weiterer Grund für die geringere Studienbeteiligung könnte im ebenfalls durch geschlechterrollenspezifische Erziehung bedingten stärkeren Sicherheits- und Unabhängigkeitsbedürfnis von Frauen liegen.²⁰ Diesem Bedürfnis werden die Hochschulen durch besonders für Frauen nachteilige Studienbedingungen und nicht zuletzt durch mangelnde Sicherheit in der Studienfinanzierung nicht gerecht.

So ist davon auszugehen, daß auch Frauen in besonderem Maße von unzureichender materieller Versorgung bzw. Abhängigkeit von Eltern oder Erwerbstätigkeit neben dem Studium wie auch von Rückzahlungslasten durch Darlehen vom Studium abgeschreckt werden. Diese Annahme korrespondiert auch mit dem Abnehmen bzw. der Stagnation der ansonsten gestiegenen Frauenquote nach Verschlechterungen beim BAföG 1974 und 1983.²¹

Studierende mit Kind/ern

7% der Studierenden in der BRD haben ein oder mehrere Kinder. Sie sehen sich an der Hochschule mit verschiedenen spezifischen Problemen konfrontiert, weshalb die Studienabbruchsquote z.B. 1986 mit 18% gegenüber 6% bei Studierenden ohne Kinder unverhältnismäßig hoch lag.²² Interessant sind deshalb die Gründe, die in der angeführten Untersuchung als entscheidend für den Studienabbruch angegeben werden. Geben Frauen im wesentlichen familiäre Probleme, so nennen Männer als Hauptgrund finanzielle Sorgen. Dabei ist ein ökonomischer Zusammenhang zwischen beidem bei partnerschaftlich Erziehenden nicht auszuschließen, da in traditionellen Beziehungen der Frau die Kinderbetreuung und dem Mann die Erwerbsarbeit zukommt. Muß beides neben dem Studium erledigt werden, kommt es zu zeitlichen Defiziten im Studium oder besagten familiären und finanziellen Problemen.

Studierende mit Kind/ern wären also in besonderem Maße auf eine ausreichende Studienfinanzierung angewiesen. Hierbei zeigen sich Mängel neben der häufigen Angabe von finanziellen Problemen auch in der häufigen Überschreitung der BAföG-Förderungshöchstdauer. 1986 gaben 41% der Studierenden mit Kind/ern an, im 11. oder höheren Semester zu sein, gegenüber 18% bei Studierenden ohne Kinder.

So wurden im gleichen Jahr nur 23% der weiblichen und 25% der männlichen Studierenden mit Kind/ern durch das BAföG gefördert. Als Gründe für die Nichtförderung wurden am häufigsten die zu niedrigen Einkommensfreibeträge und die überschrittene Förderungshöchstdauer bzw. Altersgrenze genannt.

3. Resümee

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Studienfinanzierung in der Vergangenheit weniger als Mittel zur Herstellung von Chancengleichheit, denn als "Notpflaster" für offensichtliche Lücken im sozialen Netz gehandhabt wurde. Genauso wie andere durch die 68er Studentenbewegung intendierte Zugeständnisse an die Studierenden - etwa im Bereich der Mitbestimmung - wurde das BAföG nach dem Abflauen der Revolte wieder demontiert.²³

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) hatte in den sechziger Jahren Überlegungen zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit durch ein Studienhonorar angestellt.²⁴ Das würde sich natürlich nur bei einer stärkeren Einbindung der Studierenden in die Funktionsabläufe der Hochschulen rechtfertigen lassen, was zur Zeit leider recht unrealistisch erscheint. Trotzdem bestehen die Überlegungen durch die Herauslösung der Studierenden aus den durch indirekte Förderungen

und Alimentierung bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen und die Möglichkeit der sozialen Absicherung parallel der gewerkschaftlichen Forderungen für Arbeitsverhältnisse. Deshalb sollten die Studierenden m.E. versuchen, derartige Diskussionen offensiv der konservativen Sparpolitik entgegenzusetzen.

Stefan Dornbach studiert an der Humboldt- und Freien Universität in Berlin Erziehungswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft und ist Sprecher der Berliner GEW-Studierenden

Anmerkungen:

¹ vgl. hierzu Dohmen, Dieter: Die Ausbildungsförderung und das liebe Geld, in: *hochschule ost* 4/96, S.15ff.

² vgl. Lawton, Denis: Soziale Klasse, Sprache und Erziehung, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1983.

³ Dilton, Hartmut: Ungleichheit und Mobilität durch Bildung, München 1992.

⁴ Der Bundesminister des Inneren, Drucksache III 3-33 435-301 3/62.

⁵ Deutscher Bundestag, Drucksache VII / 1975.

⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache VI / 1975, S. 28.

⁷ Böttcher, Wolfgang (Hrsg.): Wer kann sich studieren noch leisten?, München, 1988, S. 47.

⁸ ebd., S. 41.

⁹ für eine ausführliche Darstellung der derzeitigen diesbezüglichen Regelungen vgl. D. Dohmen, a.a.O., S. 9-18.

¹⁰ ab 1973 nur BAföG.

¹¹ Es wurden jeweils die Zahlen aus den neuesten Publikationen verwendet.

¹² vgl. BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, Bonn 1992, S. 58.

¹³ ebd., S.96 f.

¹⁴ ebd., S.100.

¹⁵ vgl. Hammer, Hans Dieter: Hochschulzugang in Deutschland, Düsseldorf 1994, S.36 ff.

¹⁶ FAZ vom 12.12.96, S.7.

¹⁷ BMBW (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, Bonn 1995, S.55.

¹⁸ ebd., S.25.

¹⁹ Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992, S.239f.

²⁰ Vgl. Klaus Hurrelmann in *Tageszeitung (taz)* vom 16.6.1995.

²¹ BMBW (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, Bonn 1992.

²² BMBW (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft, Bonn 1986, S.576.

²³ Angesichts der sich hier - wie auch an anderen hochschulpolitischen Entscheidungen - zeigenden Gleichgültigkeit oder sogar Feindschaft der politischen Klasse gegenüber den Hochschulen erscheint es mir dringend nötig, Konzepte der Hochschulautonomie zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

²⁴ Vgl. hierzu die gelungene Darstellung von Pascal Beucker: Abwehrkampf und Naivität, in: *hochschule ost* 4/96, S. 31-42.

Netzwerk "Transformation ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftssysteme"

Ergebnisse und Erfahrungen aus der Arbeit eines internationalen Forschungsverbundes

**Christine
Teichmann-Nadiraschwili**
Berlin

Das Netzwerk "Transformation ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftssysteme", das Mitte des Jahres 1993 auf Initiative des für Wissenschaftsforschung zuständigen Referenten im Bun-

desministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hansvolker Ziegler, gemeinsam mit Renate Mayntz (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln) und Peter Weingart (Universität Bielefeld) sowie Uwe Schimank (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln) ins Leben gerufen wurde, hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren einen wichtigen Beitrag zur begleitenden Erforschung der Transformationsprozesse in Wissenschaft und Forschung in den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas geleistet.¹ Gleichzeitig mit den Ergebnissen aus der wissenschaftlichen Arbeit kann das Netzwerk in seiner Bilanz auch auf eine Reihe interessanter Erfahrungen verweisen, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit dieses internationalen Forschungsverbundes von Wissenschaftlern aus 12 ost- und mitteleuropäischen Ländern² maßgeblich mitbestimmt haben.

1. Die "Geschichte" des Netzwerkes - Probleme und Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit in einem internationalen Forschungsverbund

Von Beginn an war das wissenschaftliche Grundanliegen des Netzwerkes, d.h. die Untersuchung der Umbruchprozesse in den Wissenschaftssystemen der postkommunistischen Gesellschaften eng verbunden mit dem Bemühen der deutschen Seite, die aufgrund der veränderten sozialen Bedingungen hart bedrängte Wissenschaftsforschung in den betreffenden Ländern zu unterstützen und insbesondere den Wissenschaftlern auf diesem Wege Zugang zu gemeinsamen Projekten zu

eröffnen und sie in neue Kontexte der Forschung zu integrieren, ohne daß dies - wie so oft bei derartigen Vorhaben - einen brain-drain nach sich zieht. Mit diesem Anliegen, den Wissenschaftlern entsprechende Arbeitsmöglichkeiten in ihren Ländern zu schaffen bzw. zu erhalten, war auch die Überzeugung aller Teilnehmer verbunden, daß die Wissenschaftsforschung bei der Analyse und Lösung der im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Transformation entstehenden Probleme in der Forschung helfen kann und deshalb ihre Möglichkeiten im Kontakt mit den zuständigen politischen Entscheidungsgremien nutzen muß.

Hinter dieser in nüchternen Worten gefaßten Präsentation des Netzwerkes verbirgt sich die interessante "Geschichte" eines internationalen Teams von Wissenschaftlern, das in einer Zeit entstanden ist, die in vielerlei Hinsicht die Arbeit dieses Forschungsverbundes geprägt hat.

Die Brisanz seiner Gründung resultierte zum einen daraus, daß in diesem Forschungsverbund die Wissenschaftler Prozesse und Vorgänge nicht von "außen" als Beobachter verfolgen sollten, sondern daß sie selbst von diesen Vorgängen betroffen waren, direkt in sie involviert waren. Zum anderen handelte es sich um Veränderungen und Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung, die nicht in einen zeitlich begrenzten Rahmen einzuordnen waren, sondern die gerade erst begonnen hatten und damit gewissermaßen vor den Augen der Beteiligten und Betroffenen abliefen und bis heute noch nicht mit Sicherheit erkennen lassen, wohin letztendlich der eingeschlagene Weg führen wird.

Grundlage für die gemeinsame Arbeit im Netzwerk war die wissenschaftliche Leitung, die über den gesamten Zeitraum Frau Mayntz, Herr Schimank (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln) und Herr Weingart (Universität Bielefeld) übernahmen. Zum anderen gehörte dazu der über viele Ländergrenzen hinweg nicht immer einfache, aber notwendige permanente Kontakt zwischen der Projektleitung und den Teilnehmern, aber auch zwischen den Teilnehmern untereinander. In dieser Hinsicht hat sich die Einrichtung eines Kommunikations- und Koordinationsbüros in Deutschland am unmittelbaren Beginn der Arbeit bewährt, das alle Konsultations- und Kontaktfunktionen auf wissenschaftlich-methodischem und organisationstechnischem Gebiet wahrgenommen hat.

Während der gemeinsamen Projektarbeit und natürlich insbesondere in den Anfängen hatte das Netzwerk neben den eigentlichen wissenschaftlichen Aufgaben eine ganze Reihe von Problemen zu lösen und Hindernisse vielfältiger Natur zu überwinden, die auch trotz großer Umsicht der Organisatoren nicht vorherzusehen waren. Es gab finan-

zielle, bürokratische, technische und andere Hindernisse - vor allem bei der Kontaktaufnahme zu den Wissenschaftlern in den betreffenden Ländern, sprachliche Probleme bei der Verständigung untereinander und mit der Projektleitung, Kommunikationsprobleme aufgrund unzureichender Technik und/oder Finanzmittel, Probleme bei der Diskussion und Entscheidungsfindung in vielen wissenschaftlichen Fragen aufgrund des unterschiedlichen theoretischen und methodischen Vorwissens der beteiligten Wissenschaftler u. a. m. Heute nach mehr als drei Jahren gemeinsamer Arbeit kann das Netzwerk feststellen, daß die meisten dieser Probleme ohne weiteres dank des Ideenreichtums und "Erfindergeistes" der Teilnehmer lösbar waren, andere sich sogar als positiver Stimulus für die gemeinsame Arbeit herausgestellt haben und letztendlich die Ergebnisse und die wertvollen Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit die anfängliche Skepsis und Unsicherheit im Laufe der Zeit recht schnell in Vergessenheit geraten ließen.

Wie bereits erwähnt, bestand das grundlegende Prinzip der Arbeit des Netzwerkes darin, daß alle Teilnehmer aus den Staaten Ost- und Mitteleuropas jeweils in den Forschungseinrichtungen ihrer Länder an einem gemeinsamen Forschungsprojekt (bzw. an ihrem Teilprojekt) des Netzwerkes gearbeitet haben. Die Projektdesigns wurden vor Beginn der Untersuchungen ausführlich mit allen Teilnehmern und der Leitung diskutiert, wobei die Vorschläge für die Vorhaben zum überwiegenden Teil von den Teilnehmern der Leitung unterbreitet wurden. Zur Realisierung erhielten sie wissenschaftliche Unterstützung und eine anteilige finanzielle Unterstützung von deutscher Seite. Nach einer relativ kurzen Anlaufzeit von wenigen Wochen hatten die Projektleiter in ihren Ländern/Einrichtungen Wissenschaftler in kleinen Teams zusammengeführt, die für die spezifischen Aufgaben der Projektarbeit verantwortlich zeichneten. So haben über den Zeitraum von mehr als drei Jahren ca. 60 - 70 Wissenschaftler aus insgesamt 12 Ländern an den Projekten zur Analyse der Transformationsprozesse in Wissenschaft und Forschung gearbeitet.

Überaus wichtig für die Arbeit waren neben den permanenten Kontakten zwischen den Teilnehmern während der laufenden Untersuchungen die jährlichen Treffen (1 - 2) aller Beteiligten mit der Projektleitung. Bei diesen Arbeitstreffen wurden vorläufige oder abschließende Ergebnisse aus den Untersuchungen diskutiert und zur Publikation vorbereitet, methodische Probleme der gemeinsamen Arbeit erörtert und Konzeptionen für neue Projekte erarbeitet. Insbesondere die Diskussionen methodischer Fragen, des Zugriffs auf den Untersuchungsgegenstand

nahmen viel Zeit in Anspruch und haben sich als außerordentlich wichtig für die Untersuchungsergebnisse erwiesen. Bei allen Untersuchungen spielte die komparative Analyse (implizit wie in Projekt 1 und explizit wie in Projekt 3, s.u.) eine ganz wesentliche Rolle, so daß bereits in der Konzipierungsphase auf die Erstellung einer vergleichbaren Datenbasis aller Beteiligten hingearbeitet wurde. Dies war nicht immer einfach, wenn man berücksichtigt, daß zum einen aufgrund inhaltlicher Differenzen der verwendeten Vergleichskategorien die Daten-“Ost” nicht mit den Daten-“West” vergleichbar waren. Zum anderen war es so, daß trotz der einheitlichen gesellschaftlichen Ausgangsbasis für die Transformation (staatssozialistische Systeme) einzelne, ausgeprägte nationale Unterschiede und Spezifika existierten, die ihrerseits ebenfalls einen Vergleich der Länder untereinander nicht immer und ohne weiteres gestatteten. Die Vergleiche erforderten ein weitaus differenzierteres Herangehen als dies ursprünglich von allen Beteiligten angenommen wurde.

Ebenso wichtig wie die internen Arbeitstagen, an denen nicht nur die Projektleiter teilnahmen, sondern in wechselnder Folge auch Projektmitarbeiter aus den Teams der Länder, waren die Präsentationen des Netzwerkes auf größeren wissenschaftlichen Veranstaltungen im In- und Ausland. So zum Beispiel während der EASST-Konferenz Ende August 1994 in Budapest. Dort fanden drei spezielle Sessions des Netzwerkes zum Thema “Institutional Transformation of Central and Eastern European Science Systems: Comparative Perspectives” statt. Auch bei der nächsten internationalen Konferenz der European Association for the Study of Science and Technology und der Society for Social Studies of Science im Oktober 1996 in Bielefeld war das Netzwerk vertreten, wo alle Teilnehmer Ergebnisse aus ihren nationalen case-studies zur Entwicklung der Akademie-Forschung in der Sektion “Transformation of Eastern and Central European Science Systems” zur Diskussion stellten.

2. Die Transformation von Wissenschaft und Forschung in den postkommunistischen Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas in den 90er Jahren - Forschungsergebnisse

Die Ergebnisse der Arbeit des Netzwerkes aus den vergangenen drei Jahren sind für die wissenschaftliche Öffentlichkeit in Form von zahlreichen Publikationen, die sowohl in den betreffenden Ländern als auch in Deutschland und in internationalen Fachzeitschriften erschienen,

dokumentiert.³ Die Arbeiten tragen sowohl deskriptiven als auch analytischen Charakter. Alle Publikationen, die in einer Bibliographie im Internet aufgeführt sind, sind aus den 3 Projekten hervorgegangen, die im Laufe der gemeinsamen Arbeit realisiert wurden.

Projekt 1

Makrostrukturelle Untersuchungen zur Entwicklung von Forschung und Wissenschaft in den Ländern Ost- und Mitteleuropas unter den Bedingungen des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie

Wissenschaft war in den ehemals staatssozialistischen Ländern anders organisiert als in den westlichen Demokratien. Zu ihren typischen Merkmalen gehörten u.a. die hohe und institutionalisierte politische Abhängigkeit, ihre starke Anwendungsorientierung und die Konzentration der Forschung in nationalen Akademien. Mit dem Zusammenbruch des politischen und gesellschaftlichen Systeme in diesen Ländern veränderten sich die Bedingungen für Wissenschaft und Forschung grundlegend und es setzte damit gleichzeitig ein Transformationsprozeß der Wissenschaftssysteme ein. Einerseits war von Beginn an klar, daß dieser Transformationsprozeß in der Wissenschaft aufgrund der weitgehend übereinstimmenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der gemeinsamen institutionellen Grundstrukturen und der bereits in den 80er Jahren sich deutlich manifestierenden Ressourcenprobleme in der Forschung deutliche Ähnlichkeiten in den einzelnen Ländern aufweisen wird. Andererseits waren diese Bedingungen nicht völlig identisch und jedes Land suchte im Umbruchprozeß nach eigenen, originären Handlungsstrategien, die insbesondere den nunmehr stärker in den Vordergrund tretenden nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen sollten. Aus diesem Umstand resultiert eine Vielzahl von Unterschieden im Verlauf der Wissenschaftstransformation.

Die makrostrukturell angelegte Beschreibung der Transformationsverläufe anhand eines gemeinsamen analytischen Fragerasters informiert über die Genese und den aktuellen Stand (Mitte 1994) der Transformation in den Wissenschaftssystemen anhand folgender Aspekte:

1. Veränderungen in der für die wissenschaftliche Forschung relevanten Gesetzgebung;
2. Veränderungen in den institutionellen Strukturen wissenschaftlicher Forschung;
3. Veränderungen der finanziellen und personellen Ressourcen wissenschaftlicher Forschung.

Dabei wurden jeweils die Prozesse und Veränderungen in den drei Bereichen beschrieben und analysiert, in denen sich die wissenschaftliche Forschung in diesen Ländern konzentrierte:

- in den nationalen Akademien der Wissenschaften,
- in den Hochschuleinrichtungen,
- in den Industriezweigen bzw. -betrieben.

Ergebnisse:

Die makrostrukturellen Beschreibungen vermitteln eine Vielzahl von detaillierten Einblicken und Informationen hinsichtlich des Transformationsverlaufes in den einzelnen Ländern. Für alle untersuchten Länder kann festgestellt werden, daß die Wissenschaftstransformation mit einer drastischen Reduzierung der für Wissenschaft und Forschung bereitgestellten Finanz- und Personalressourcen einhergeht. Die größten Verluste mußte die "Industrieforschung" hinnehmen. Trotz spürbarer Einschnitte sowohl bei den Finanzen als auch im Personalbestand befindet sich demgegenüber die "Akademie-Forschung" in allen Ländern in einer vergleichsweise günstigen Situation.

Neben den 12 Länderberichten, die in dieser ersten Phase der gemeinsamen Arbeit entstanden, wurden noch eine zusätzliche Untersuchung in Form einer Pilotstudie zum Thema "Die Forschungsgemeinschaft Rußlands in der Zeit der Transformationen" und eine vergleichende Analyse in Form einer bibliometrischen Darstellung der Wissenschaftssysteme Weißrußlands, Bulgariens und der baltischen Republiken durchgeführt. Beide Untersuchungen wurden zusammen mit den Länderberichten in dem Buch "Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme. Länderberichte", hrsg. von Renate Mayntz, Uwe Schimank, Peter Weingart, erschienen im Verlag Leske+Budrich, Opladen 1995 veröffentlicht.

Projekt 2

Untersuchungen zur Entwicklung von Forschungsinstituten aus den Akademien der Wissenschaften in den 90er Jahren (case-studies)

Die Konzentration von Wissenschaft und Grundlagenforschung in den Akademien der Wissenschaften war eines der typischen Merkmale der Wissenschaftsorganisation in den staatssozialistischen Ländern, zu dem es kein Pendant in den westlichen Ländern gibt. So wie auch in allen anderen Forschungseinrichtungen (an Hochschulen, in Industriebetrieben u.ä.) war die Tätigkeit der Akademien und ihrer Institute in hohem Maße von politischen Entscheidungen und der zentralen Leitung und

Planung abhängig. Mit dem Zerfall des politischen Systems und den einsetzenden gesellschaftlichen Veränderungen in diesen Ländern Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre entstanden auch für die Akademien vollkommen neue Existenzbedingungen. Die Forschungsinstitute sahen sich mit einer ständig wachsenden Zahl von Problemen konfrontiert, die letztendlich auf die Frage hinausliefen, inwieweit es sinnvoll und effektiv ist, diese Art der Wissenschaftsorganisation aufrechtzuerhalten bzw. inwieweit die Einrichtungen unter den neuen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen überlebensfähig sind.

Ausgehend von dieser generellen Fragestellung haben die Wissenschaftler des Netzwerkes nach einem einheitlichen methodischen Raster case-studies von Forschungsinstituten erstellt. Bereits bei der Auswahl der zu untersuchenden Institute wurde nach einem gemeinsamen "Nenner" gesucht, da die case-studies im Anschluß einer vergleichenden Untersuchung unterzogen werden sollen. Optimale Voraussetzungen dafür werden garantiert, da

1. alle case-studies auf einer einheitlichen Materialbasis beruhen (Dokumentenanalyse, Experteninterviews, Befragungen unter Wissenschaftlern);

2. alle case-studies auf einer Auswahl unter bestimmten Prototypen von Forschungseinrichtungen beruhen und zwar:

- Institut A: Dominanz der Grundlagenforschung;
- Institut B: Orientierung auf angewandte Forschung für die Industrie;
- Institut C: Orientierung auf gesamtgesellschaftlichen praktischen Nutzen der Forschungsergebnisse ohne deren direkte Kommerzialisierung w.z.B. im Gesundheitswesen, im Umweltschutz u.ä.

Ergebnisse: 36 case-studies von Akademieforchungsinstiuten aus 12 Ländern (Untersuchungszeitraum: 1994/1995)

Wenngleich es in gewisser Weise "Augenblicksaufnahmen" aus den Forschungsinstituten sind, da die beschriebenen Prozesse keinesfalls abgeschlossen und in der Mehrheit der Fälle auch noch keine gesicherten Aussagen über künftige Entwicklungen möglich sind, kann man jedoch in dieser Phase der Transformation eines deutlich erkennen: trotz annähernd gleicher Ausgangsbedingungen (Verbund von Forschungsinstituten unter dem Dach einer Akademie, die nach dem "so-wjetischen Modell" organisiert war) haben die Akademien und Institute sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen, um sich an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Aufgrund der Aktualität und Brisanz der Informationen, die in den case-studies enthalten waren, erfolgten Teilpublikationen der Materia-

lien in einigen Ländern noch vor der Veröffentlichung der vergleichenden Studien (siehe Projekt 3). Die Teilnehmer waren der Auffassung, daß nicht nur und zuerst die wissenschaftliche Öffentlichkeit im "Westen" an diesen Informationen interessiert sein dürfte, sondern daß in erster Linie die Wissenschaft und Wissenschaftler in den betreffenden Ländern die Adressaten dieser Fallstudien sein sollten. Aus diesem Grunde erschienen bereits im ersten Halbjahr 1996 zwei Buchpublikationen, die im wesentlichen auf den case-studies einzelner Länder fußen: Zum einen wurden in Moskau die case-studies aus der Russischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht, und zum anderen wurden die Materialien aus der Tschechischen Akademie in Prag publiziert. Ende des Jahres 1996 erschienen ebenfalls die Untersuchungen aus der Akademie der Wissenschaften der Ukraine.⁴

Ein weiteres größeres Publikationsvorhaben wurde sofort Anfang des Jahres 1996 auf Initiative von einigen Netzwerk-Mitgliedern in Angriff genommen, so daß in Kürze (1. Halbjahr 1997) in Moskau ein neues Buch des Netzwerkes in russischer Sprache erscheinen wird. (Die Transformation der AdW-Institute in den Ländern Ost- und Mitteleuropas unter den Bedingungen des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie - anhand der case-studies aus der Phase II der Netzwerkarbeit) Dieses Buch beinhaltet jeweils eine case-study aus einer nationalen Akademie aller am Netzwerk beteiligten Länder.

Projekt 3

Vergleichende Untersuchungen zur Entwicklung der Akademie-Forschung in den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas

Die case-studies zu den Akademie-Instituten wurden bereits von Beginn an so konzipiert, daß auf der Grundlage dieses Materials eine vergleichende Untersuchung angeschlossen werden kann. Nach Sichtung der Materialien wurden in gemeinsamer Diskussion die Bereiche ermittelt, in denen sich in signifikanter Weise Veränderungen und neue Entwicklungen in den Forschungsinstituten abzeichnen.

Es erfolgte ein Vergleich von 36 case-studies von Forschungsinstituten nationaler Akademien aus 12 Ländern anhand einer Analyse der Bereiche:

- finanzielle Ressourcen,
- wissenschaftliches Personal (Reduzierungen u.ä.),
- Altersstruktur des wissenschaftlichen Personals,
- Verhältnis von Grundlagen- und Anwendungsforschung,

- Beziehungen zwischen den Instituten der Akademien und Hochschulinrichtungen,
- Beziehungen zwischen den Instituten und der Akademie-Leitung,
- internationale Beziehungen resp. Wissenschaftskooperation.

Jeweils ein Autor aus dem Kreis der Netzwerkteilnehmer zeichnet für einen Bereich verantwortlich. Die Ergebnisse werden in Buchform unter wissenschaftlicher Beteiligung der deutschen Projektleitung in englischer Sprache veröffentlicht. (1997)

Die politischen Veränderungen der letzten Jahre in den Staaten Ost- und Mitteleuropas haben der Wissenschaft größere Möglichkeiten für die Selbstorganisation eröffnet, die in den Jahren davor in all diesen Ländern ein Desiderat war. Die im Gefolge dieser Entwicklung einsetzende institutionelle Umstrukturierung stieß jedoch recht schnell an Grenzen, die sich aus der drastischen Reduzierung der Mittel für die Forschung aufgrund der Wirtschaftskrise ergaben. Mit dieser Situation sahen sich alle Akademie-Institute in dieser oder jener Form und unterschiedlichem Ausmaß konfrontiert. Im Vergleich der einzelnen Länder und Institute soll der Versuch gemacht werden herauszufinden, welche Kriterien maßgeblich die Entwicklung bestimmen und eventuell über Erfolg oder Mißerfolg bei der Transformation der Akademie-Institute entscheiden können.

3. Bilanz und Ausblick

Anfang Dezember 1996 trafen sich die Wissenschaftler des Netzwerkes zu einem Workshop in Prag, der den vorläufigen Abschluß der gemeinsamen Projektarbeit bildete und somit vor allem dazu diente, Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen. Die Teilnehmer haben dort beschlossen, daß mit dem Abschluß des letzten Forschungsprojektes die Arbeit des Netzwerkes nicht eingestellt wird, sondern daß das Netzwerk als informelle Gemeinschaft von Wissenschaftsforschern aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas fortbestehen wird, die sich in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit sowohl in nationalem als auch internationalem Rahmen aktiv präsentieren wird. Grundlage dafür sind nicht nur die bislang vorgelegten Ergebnisse aus der gemeinsamen Arbeit, sondern auch die Tatsache, daß die Transformationsprozesse in den Wissenschaftssystemen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind, so daß die wissenschaftliche Kompetenz des Netzwerkes auch in Zukunft gefragt sein wird.⁵

Die Bilanz der dreijährigen Projektarbeit ist für beide Seiten positiv

- auch die deutsche Projektleitung sieht in den Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit das Anliegen, das am Anfang der Gründung des Netzwerkes stand, realisiert. Zum einen ist es gelungen, begleitende Forschungen zur Analyse der Transformationsprozesse in Forschung und Wissenschaft der Länder Ost- und Mitteleuropas zu initiieren, die in erster Linie für die Länder selbst von hohem wissenschaftlichen Wert sind und die gleichzeitig ein Defizit im aktuellen Wissen der westlichen Länder über die Transformationsprozesse in den Wissenschaftssystemen beheben. Zum anderen ist es gelungen, die Wissenschaftsforschung in diesen Ländern zu unterstützen, die durch die drastisch veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fast überall an die "Peripherie" der Wissenschaftslandschaft gedrängt wurde und um ihre Existenz bangen mußte. Mit ihren Untersuchungen zur Transformation der Wissenschaftssysteme haben die Forscher auch einen originären Beitrag zum "Überleben" der Wissenschaftsforschung in ihren Ländern geleistet, und die Zukunft wird zeigen, inwiefern damit der Forschung auf diesem Gebiet neue Perspektiven eröffnet werden. Aus der Sicht der am Netzwerk beteiligten Forscher aus den 12 Ländern ist vor allem hervorzuheben, daß für sie die Möglichkeiten des Kontaktes und der gemeinsamen Arbeit mit den Kollegen aus den anderen Ländern und den deutschen Wissenschaftlern überaus wichtig waren und eine wertvolle Erfahrung in ihrer wissenschaftlichen Arbeit darstellen. Für einige der Teilnehmer war die Einbindung in das Netzwerk sicherlich auch sehr wichtig für die Fortsetzung ihrer eigenen wissenschaftlichen Forschungen, die sonst vielleicht unter den gegebenen Umständen in diesen Ländern den Sparzwängen zum Opfer gefallen wären.

Obwohl mit den vergleichenden Analysen anhand der Materialien aus den case-studies die Arbeit des Netzwerkes einen (vorläufigen) Abschluß findet, bedeutet das jedoch nicht, daß auch die untersuchten Prozesse und Vorgänge abgeschlossen sind und die Materialgrundlage damit erschöpft ist. Ganz im Gegenteil - wir stehen eigentlich erst am Anfang einer Entwicklung, die unumkehrbar geworden ist. Alle Analysen und bisherigen Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit haben gezeigt, daß es sich bei den Transformationsprozessen in Wissenschaft und Forschung nicht um eine kurzfristige, einmalige Umstrukturierung und Reorganisation handelt. Vielmehr müssen wir von einem langfristigen Prozeß ausgehen, dessen endgültiger Verlauf derzeit noch nicht absehbar ist.

Umfang und Charakter der zukünftigen Veränderungen werden vom Stellenwert der Wissenschaft in der jeweiligen Transformations-

gesellschaft sowie vom Tempo und der Radikalität der politischen und wirtschaftlichen Reformen in diesen Ländern bestimmt. Aus dieser Perspektive betrachtet ist eine Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit unter Nutzung der wertvollen Erfahrungen sowohl im Interesse der einzelnen beteiligten Wissenschaftler als auch der scientific community ein Desiderat, und von Seiten der Autorin dieses Beitrages bleibt nur der Wunsch an die Adresse des Netzwerkes offen, daß dies gelingen möge, und daß sich das Netzwerk zu einem festen Bestandteil der gesamten Transformationsforschung entwickeln möge.

Christine Teichmann-Nadiraschwili, Dr. phil., ist Koordinatorin des Netzwerkes "Transformation ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftssysteme"

Anmerkungen:

¹ siehe dazu U.Schimank: Netzwerk "Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme: Eine internationale Forschungskooperation", in: *hochschule ost* 2/95, 4. Jahrgang, S. 82-87.

² Zum Netzwerk "Transformation ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftssysteme" gehören Teilnehmer aus folgenden Ländern: Rußland, Belorußland, Ukraine, Lettland, Litauen, Estland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien sowie aus Deutschland.

³ siehe dazu auch die Bibliographie der Arbeiten aller beteiligten Länder im Internet unter: [http:// www.berlin.iz-soz.de/nwtomwis/index.htm](http://www.berlin.iz-soz.de/nwtomwis/index.htm)

⁴ siehe: Die russische Akademie-Wissenschaft in der Einschätzung der Wissenschaftler, Zentrum für Wissenschaftsforschung und Statistik, Moskau, 1996 (in russ. Sprache); Transformation of Selected Institutes of the Academy of Sciences of Czech Republic, in: *Theory of Science, Problémy vedy, techniky a společnosti*, IV(XVII)/1, Prague, 1995 (in engl. Sprache); Die Transformation der Akademie-Institute: eine Dokumentenanalyse und soziologische Bewertungen, in: *The Development of Science and Technological Potential in Ukraine and Abroad* 2(10), Kiev, 1996 (in russ. Sprache)

⁵ In Kürze wird im Verlag der Tschechischen Akademie der Wissenschaften ein Proceedings-Band in drei Sprachen (englisch, deutsch und russisch) erscheinen, der über die Ergebnisse dieser letzten Arbeitstagung des Netzwerkes berichtet und gleichzeitig eine Bilanz der gemeinsamen Arbeit der vergangenen dreieinhalb Jahre vorlegt.

Zu S. Brentjes: „'Demokratische Erneuerung' der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen“ (hso 1/97)

Siegfried Hoyer
Leipzig

S. Brentjes schrieb in *hochschule ost* 1/1997 über „Demokratische Erneuerung“ der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen. Da die Autorin von der Anlage und den Schlußfol-

gerungen her den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Solidität erhebt, einige Bemerkungen:

1. Schriftliche Unterlagen über die Umstrukturierung und Evaluierung der Jahre 1990/93 bleiben nach dem Datenschutzgesetz vorerst unzugänglich, deshalb sind Interviews als einzige Quelle durchaus legitim. Allerdings bedürfen wörtlich zitierte Äußerungen, wenn sie nicht auf dem Niveau des Sensationsjournalismus vermarktet werden, einer Bestätigung durch den Interviewpartner. Die stichprobenhafte Nachprüfung bei zwei konkret genannten Personen, dem Heidelberger Professor, Vorsitzender von 3 Kommissionen der Sektion Geschichte (nicht ihr Gründungsdirektor, wie S. B. schreibt), und dem Prorektor der Universität ergab, daß die Interviews zwar stattfanden, der Text zur Veröffentlichung aber nicht autorisiert wurde. Es unterblieb auch eine Information an die Betroffenen, was aus ihren Äußerungen gemacht wurde.

2. Ein so komplizierter Prozeß wie die behandelte Umgestaltung erfordert nicht nur eine saubere Arbeitsmethode, sondern vor allem eine Auswahl der (sprechenden) Quellen „sine ira et studio“, wenn nicht von vornherein der Weg jener Parteilichkeit beschränkt wird, den alle Wissenschaftler, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben, bestens kennen. Wiederum eine Umfrage ergab, daß von der Sektion Geschichte, über die S. B. (S. 47 ff.) besonders dezidiert urteilt, weder einer der an

der Universität Leipzig verbliebenen Hochschullehrer noch Assistenten(-innen) befragt wurden, die den diversen Kommissionen angehörten - also ausschließlich Personen, die von Entscheidungen negativ betroffen waren oder, aus welchen Gründen auch immer, der Arbeit in den Kommissionen mit Vorbehalten gegenüberstanden. Grundlage des Beitrages ist folglich eine Negativauslese von Informationsträgern bis auf die „Spitzen“, von denen nicht autorisierte Aussagen zitiert werden.

3. Unter der Überschrift „Ansprüche an die demokratische Erneuerung“ beschwört S. B. die basisdemokratischen Aktivitäten der Jahre 1990/93, die ihr Ende fanden, als die Hochschulgesetzgebung der Länder einsetzte. Über einen zu engen Spielraum von Mitbestimmung in diesen Gesetzen wäre begründet zu diskutieren. Schwört man allerdings so auf „Basisdemokratie“, wie dies in dem Beitrag geschieht, sind einige Fragen legitim: Bis zu welcher Schwelle soll sie an der Universität taugen? Sozusagen überall: Berufungen, fachliche Beurteilungen, Diskussionen von Leitungsentscheidungen - als Universalprinzip der Arbeit? Müßten nicht jene, die in diesen Jahren vehement Basisdemokratie verfochten und alle öffentlich abqualifizierten, die pragmatische Lösungen anstrebten, ein wenig Rückschau halten? Gehörten sie vielleicht bis 1989 zu den Genossen, die im „demokratischen Zentralismus“ das non plus ultra sahen? Sicher, der Wandel eines jeden, wenn er ehrlich vollzogen wird, ist legitim. Schließlich wurde nicht nur aus dem jüdischen Schriftgelehrten ein Apostel; unter dem Druck der Ereignisse überprüfte mancher Zeitgenosse bisherige Einsichten. Die Kanonisierung einer bestimmten Form demokratischen Verhaltens enthält allerdings den bitteren Beigeschmack, hier ist ein neues Wahrheitsmonopol in spe. (Ein anderes hatten wir gerade hinter uns!).

4. An der Sektion Geschichte wurden, nach S. B., „die inhaltlichen Reformen stark personalisiert“ und es fand dort „eine der problematischsten fachlichen Überprüfungen statt“ (S. 47). Wie war die Ausgangslage? Eine fachliche Überprüfung aller Wissenschaftler war in einem Bereich mit zuletzt 11 Professoren auf dem Berufungsgebiet „Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung“ von insgesamt 18 unbedingt erforderlich. Viele hatten sich mehr auf Planerfüllung, denn auf Publizität ihrer Forschungen orientiert, wenn sie überhaupt wissenschaftlich arbeiteten. Wer kennt nicht noch den Slogan „Lob Dich der Klassenfeind, ist Deine Arbeit schlecht!“ Abgesehen von den verheerenden Folgen der Planorientierung gab es noch einen anderen Grund für eine kritische Musterung. Einige jüngere Wissenschaftler sahen in der „Umbruchsphase“ 1990 ff. die Zeit für ge-

kommen, um „durchzustarten“, durch unaufhörliche Betriebsamkeit, ohne Ballast aufwendiger und anstrengender Qualifikationsarbeiten zu den 'lichten Höhen akademischer Tätigkeit' zu gelangen!

5. Kritische und harte Urteile über ihr wissenschaftliches Oeuvre, die bei funktionierender öffentlicher Diskussion zuvor schon in der DDR erfolgt wären, nahmen einige der Betroffenen sachlich zur Kenntnis, andere „rasteten aus“ und konstruierten eine perfide Verschwörung gegen ihre bisher „makellose Leistung“. - Natürlich, jedes Urteil, auch das eines namhaften Gutachters, ist subjektiv. Die Kommissionen bauten bei krassen Feststellungen nicht auf einem Urteil auf, sondern holten weitere Gutachten ein und ließen sich auch durch die häufig schrillen Töne im „Blätterwald“ nicht beeindrucken.

In der Tat fielen alle Gutachten über die wissenschaftlichen Arbeiten von Mitarbeitern - nicht des Ordinarius - am Lehrstuhl „Alte Geschichte“ negativ aus. Und es ging in ihren - wiederum nicht in den Gutachten für den Professor - um handwerkliche Probleme. Die kritischen Aussagen waren so dicht und gut belegt, daß sich eine Diskussion erübrigte. Ach so, die Gutachter hatten allerdings vergessen, „basisdemokratisch“ anzufragen, ob sie das überhaupt dürfen!

Das „Konstrukt“: „modern und leistungsfähig empfundenenes Forschungs- und Lehrprogramm“ (am Beispiel u.a. der Alten Geschichte) und eine der „problematischsten fachlichen Überprüfungen“ in diesem Bereich (S. 47) erweckt bei dem uneingeweihten Leser den Eindruck des Schlages gegen diesen „Modernisierungsansatz“. Um was für ein Lehrprogramm handelte es sich?

Infolge der äußerst mangelhaften Ausbildung in alten Sprachen an den Erweiterten Oberschulen der DDR, auch an deren „C-Zug“, drohten in absehbarer Zeit bestimmte Forschungsvorhaben, an denen auch internationale Reputation hing, z.B. am Zentralinstitut für Altertumswissenschaften der Akademie, zum Erliegen zu kommen. Deshalb begann Mitte der 80er Jahre ein (Sonder-)Studiengang am Fachbereich Alte Geschichte unserer Universität, der vor allem auf das solide Erlernen von Latein und Griechisch und der dazugehörigen Literatur, Geschichte etc. gerichtet war. Im Grunde holte er nach, was jede einigermaßen ordentliche Gymnasialausbildung vor 1945 geleistet hatte und in einigen Ländern noch leistet. Insofern war dieser „innovative“ Studiengang Altertumswissenschaft Krisenmanagement für ein verkorkstes Bildungssystem und „DDR-hausgemacht“. So etwas an erster Stelle als „Modernisierung“ innerhalb notwendiger inhaltlicher Reformen nach 1990 anzubieten, erfordert schon eine gehörige Portion Naivität. Die

historische Einordnung dieses Studienganges sagt im übrigen nichts gegen das große Engagement der Studenten, die für ihn immatrikuliert wurden, ebensowenig etwas gegen die Energie des Leiters, sein Projekt gegen die Bürokratie durchzusetzen!

Die Passagen über die Alte Geschichte stellen ein Gemisch von halb verstandenen Interviews, willkürlich ausgewählten Teilaussagen, eigener Meinung und Frust gegen die „demokratische Erneuerung“ an der Leipziger Universität und anderswo dar. Im Abschnitt über die Neustrukturierung der Sektion Geschichte steigert sich das.

6. Es ging 1990 ff. zunächst um den Aufbau eines 'normalen' Studienbetriebes, so wie er allenthalben an allen Universitäten (nicht nur in der BRD bis 1989) zu finden ist, die der Tradition des europäischen „studium generale“ verpflichtet sind. Ein Student der Geschichte sollte von oder nach Leipzig wechseln können, ohne daß es Brüche in seinem Studiengang gibt. S. B. informiert die Leser nicht darüber, wie bis 1989 die Ausbildung in der Geschichte aussah. Da existierte nicht nur die beschriebene Orientierung auf deutsche und internationale Arbeiterbewegung (11 von 18 Lehrstühlen), sondern auch eine Studienrichtung, die mit Marx und Engels begann, frühere Perioden der Menschheit durch stark indoktrinierte „Überblicksvorlesungen“ abdeckte, aber den Absolventen, wenn sie bestanden hätten, ein Diplom für Geschichte aushändigte. - In einer der öffentlichen Diskussionen 1992/93 riet ein junger Mann aus den alten Bundesländern, die Strukturkommission möge doch „kühn“ sein, „Phantasie zeigen“, sich ganz auf die „modernen“ Strömungen in der Wissenschaft orientieren, Lehrstühle für Geschlechtergeschichte, für historische Anthropologie etc. (natürlich auf Kosten der chronologischen Grunddisziplinen) ausschreiben. Die Kommission ist dem nicht gefolgt - auch im Interesse der Studenten, die nach ihr kommen werden!

Es ging, angesichts der bald offenbar werdenden Zwänge in der Ausstattung mit Stellen, weder vorrangig um „westeuropäische Geschichte“, noch wurde „offenbar“ (S. 49) die deutsche Geschichte in den Mittelpunkt der Besetzung gestellt. Die Äußerung des Prorektors bezieht sich, wenn sie überhaupt so gefallen ist, auf die Situation vor der Neustrukturierung. Allerdings leben wir weder in Grönland noch auf den Fidschi-Inseln, sondern in Deutschland, so daß die nationale Vergangenheit im Lehrstoff präsent sein muß. Vielleicht schlägt S. B. einmal nach: Karl Lamprecht, Direktor eines Instituts für Kultur- und Universalgeschichte an unserer Alma Mater, hinterließ als Hauptwerk eine 12bändige *Deutsche* Geschichte, in der er seine Methode, universales

Geschichtsbild nicht vorrangig im geographischen Sinne, sondern in der Totalität der Überlieferung, exemplifizierte!

7. Völlig konfus sind die Angaben zum Platz der russischen Geschichte - in der Tat im Unterschied zur iberamerikanischen Tradition der Leipziger Geschichtswissenschaft. Die russische Geschichte wurde zu keiner Zeit aus dem Aufgabengebiet des Historischen Instituts ausgeklammert. Erforderlich war allerdings eine längere Diskussion, welcher der beiden Ansätze aus der Zeit vor 1945 Modell sein sollte: der unter Friedrich Braun (1925) = Rußland oder der unter Georg Stadtmüller (1936) = Südosteuropa. Am Ende stand ein Kompromiß: Südosteuropa, aber der neue Ordinarius muß sich auch in russischer Geschichte ausgewiesen haben. Da sich in der Strukturkommission kein Spezialist für das Sachgebiet befand, wurde die Berufungskommission einem solchen aus Hamburg übertragen.

Ein „eigenständiges Osteuropa-Institut“ war als *außeruniversitäre* Einrichtung allerdings schon damals im Gespräch, entstand aber zunächst in Berlin und kam erst 1995 nach Leipzig. Als „Geisteswissenschaftliches Zentrum für Ostmitteleuropa e.V.“ hat es mit der Universität nur insofern etwas zu tun, als sein Direktor zusätzlich am Historischen Seminar einen Lehrauftrag wahrnimmt.

8. Obwohl der 1992 verstorbene Leiter des Lehrstuhls für allgemeine Geschichte der Neuzeit sich über ein lateinamerikanisches Thema habilitierte, gute Kontakte zu Kuba und einigen südamerikanischen Ländern besaß, von dort Promovenden kamen und eine begrenzte Ausbildung von Wissenschaftlern für Lateinamerika erfolgte, gab es bis 1989 keine entsprechende Institution an der Sektion Geschichte in Leipzig. Man kann deshalb auch nicht von einer „Leipziger Tradition auf diesem Gebiet sprechen“ (wohl für die Sprache!). „Par l'ordre de Mufti“ war zu Zeiten der DDR ein komplexes Lateinamerikainstitut in Rostock angesiedelt worden!

Aber nicht nur wegen der 'eingeschränkten' Tradition der iberamerikanischen Geschichte für Leipzig, sondern vor allem wegen der Lage des Bundeslandes Sachsen und möglicher (und notwendiger) wissenschaftlicher Verbindungen wurde von der Strukturkommission der Lehrstuhl Südost(Ost)europa (C 4) vor Iberoamerika (C 3) favorisiert. S. B. kann das drehen und wenden wie sie will, es war eine *prinzipielle*, keine personelle Entscheidung. Im Gegenteil - personell wirkte sie leider (bis zu einem gewissen Grad) kontraproduktiv. Der sehr befähigte, noch junge Wissenschaftler aus dem „Leipziger Stall“, der die C 3 für Iberoamerika erhielt, folgte nach kurzer Zeit einem Angebot auf einen

C 4-Lehrstuhl in den alten Bundesländern, der zudem (wenigstens damals) noch mit Forschungsmitteln gut dotiert war.

9. S. B. spricht von „kleine(n) fächerspezifische(n) Versionen“ konventioneller Reform mit einem „inhaltlich eklektischen Charakter“. Nun, man kann als Pendant (sprachlich wie inhaltlich) einer Ansammlung von Luftschlossern, halb vergorenen Anleihen von anderswo und kühnen Träumen nachhängen, die gleich einem Kartenhaus in absehbarer Zeit wieder zusammenfallen und sich dann die Hände reiben: Seht, mit der ganzen Umgestaltung war es doch...

Gerade weil die demokratische Erneuerung an der Universität 1990 und in den folgenden Jahren eine Angelegenheit mit Ecken und Kanten war, für manchen schmerzlich, sollte man sich um die sprichwörtlich gewordene Diktion, „zeigen, wie es eigentlich gewesen“, bemühen und nicht beweisen, daß man sich diese ganz anders vorstellte - am liebsten auf sie verzichtet hätte.

Siegfried Hoyer, Prof. (em.) Dr. phil., war 1990-1992 Leiter des Fachbereiches Geschichte der Universität Leipzig und Mitglied der Strukturkommission

Zur „Dokumentation zum Kolloquium des Instituts für Wissenschaftsgeschichte der Universität Göttingen im SoSe 1996“, hso 1/97

hochschule ost hatte in Heft 1/97 einen denunziatorischen Brief eines Leipziger Wissenschaftshistorikers an den Präsidenten der Universität Göttingen und eine Antwort darauf aus dem Göttinger Institut für Wissenschaftsgeschichte dokumentiert. (S. 83-85) Die publizierte Antwort war in Form eines Offenen Briefes erfolgt und das Bezugsschreiben aus Leipzig als Anlage beigelegt. So ging die Sendung in breiter Streuung an zahlreiche Adressaten in der Bundesrepublik. *hochschule ost* hatte sich entschlossen, in der Veröffentlichung beider Briefe den Namen des Denunzianten zu schwärzen, nicht hingegen die sonstigen Namen, die in dem Briefwechsel auftauchen. Dies hat zu Mißverständ-

nissen geführt, aus denen sich entsprechende Anfragen ergaben. Deshalb zur Erklärung:

1. Wie im Editorial des Hefes (1/97, 7f.) ausgeführt, ging es *hochschule ost* um die Dokumentation einer augenscheinlich systemübergreifenden Kontinuität. Die seit 1990 betriebene Bearbeitung der DDR-Geschichte erfolgt unter anderem mit dem emphatischen Argument, nur durch schonungslose Aufarbeitung könne aus der Geschichte für die Zukunft gelernt werden. Daher schien es uns angebracht zu dokumentieren, daß die bisherigen Bemühungen noch nicht in jedem Falle erfolgreich zu sein vermochten.

2. Die Redaktion hält den geschwärzten Namen des Denunzianten nicht geheim. Auf Anfrage wird er bekannt gegeben. Durch die postalische Rundverschickung des Offenen Briefes ist der Name zumindest zahlreichen seiner KollegInnen in den wissenschaftsgeschichtlichen Instituten bekannt. Auch die Unsicherheiten in Stil und Interpunktion wie seine Funktionsbezeichnung geben bereits weitere Hinweise auf den Verfasser, der infolge anderer Veröffentlichungen einschlägig Interessierten zumindest an der Universität Leipzig leicht entschlüsselbar ist.

Darüber hinaus allerdings erschien es uns belanglos, der Öffentlichkeit die Kenntnis des Namens eines Denunzianten aufzudrängen. Die Gründe sind zweierlei: Zum einen ging es uns nicht um die öffentliche Anklage einer *Person*, sondern um die Dokumentation einer *Verhaltensweise*. Zum anderen sind wir der Ansicht, daß es uns nicht zusteht, durch Publikation des Namens des Briefautors seiner öffentlichen Reduzierung auf die Denunziantenrolle Vorschub zu leisten.

3. Daß wir hingegen die anderen in dem Briefwechsel vorkommenden Namen nicht geschwärzt hatten, ergab sich aus folgenden Überlegungen: Die beiden Briefe nehmen aufeinander wie auf das Programm der im Streite stehenden Vorlesungsreihe (ebd., S. 82) Bezug, und diese einzelnen Bezugnahmen wären bei Schwärzung aller Namen nicht mehr verständlich gewesen. Desweiteren enthält der denunzierende Brief keinerlei kausale Argumentation, sondern insinuiert lediglich Zusammenhänge, deren Nichtnachweisbarkeit der Absender selbst einräumt. Die Absurdität der gelieferten abstrusen Kompilation von Fakten und Vermutungen ist - u.E. - überdeutlich. Die im Anschluß abgedruckte Göttinger Antwort argumentiert dies zudem hinreichend aus. Insoweit erschien es uns auch unschädlich, bei den sonstigen Namen auf eine Schwärzung zu verzichten. Die Mißverständnisse, die sich daraus ergeben haben, bedauern wir.

f.d. Red. Peer Pasternack

Stellenabbau in den neuen Ländern verlangsamt – kaum noch Unterschiede zwischen West und Ost in der Stellenausstattung

Im Jahr 1995 ist die Zahl der Personalstellen an Hochschulen leicht angestiegen. Der geringe Zuwachs gleicht den Rückgang der Stellen in den Jahren zuvor jedoch nicht aus. Dies geht aus den Zahlen der letzten Umfrage des Wissenschaftsrates bei den Ländern hervor, die in dem gerade erschienenen Band "Personalstellen der Hochschulen 1995" enthalten sind. Außerdem zeigt sich, daß die Personalstellenstruktur in den neuen Ländern nur noch unwesentlich von der in den alten Ländern abweicht.

Der Bestand an Stellen in den Hochschulen der alten Länder (ohne Hochschulkliniken; ohne Zentralkapitel) ist zwischen 1992 und 1995 um 1,7% von 132.619 auf 134.897 gestiegen. Der Stellenbestand in den neuen Ländern verringerte sich in dieser Zeit um 13% auf 34.521 Stellen.

Die Entwicklung der Stellenausstattungen nach Hochschularten verlief unterschiedlich:

Weiterhin Stellenzuwächse gab es zwischen 1992 und 1995 an den Fachhochschulen sowohl der alten als auch der neuen Länder. In den alten Ländern lag die Zahl der Stellen 1995 bei 20.138. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber 1992 um 11,3%. An den Fachhochschulen in den neuen Ländern stieg die Stellenzahl im gleichen Zeitraum um 12,3% auf 6.150 an.

Die Zahl der Stellen in den Medizinischen Einrichtungen ist 1995 leicht angestiegen. Die Statistik zeigt für die alten Länder bis 1994 ein kontinuierliches Wachstum. Von 1992 bis 1994 stieg der Bestand an Stellen für Ärzte und Wissenschaftler um rund 670 auf 21.318, der für Pflege-, Assistenz- und Hilfspersonal um 2.875 auf 95.532 an. In den neuen Ländern sind die entsprechenden Zahlen von 1992 bis 1994

rückläufig; der 1995 zu beobachtende Anstieg beruht primär auf der veränderten Zuordnung von Medizinischen Einrichtungen in Berlin.

Die Betreuungsrelation "Zahl der Studenten im 4. Studienjahr je Stelle wissenschaftliches Personal" erlaubt eine Einschätzung der personellen Ausstattung der Hochschulen für die Lehre. Die Relation hatte sich in den Universitäten bis 1991 verschlechtert. Durch den Einbezug der neuen Länder trat vorübergehend eine Verbesserung der Betreuungsrelation ein. Seit 1993 stagniert jedoch die Entwicklung. An den Fachhochschulen (3. Studienjahr) hat sich die Situation aufgrund des Aus- und Aufbaus während der letzten Jahre kontinuierlich verbessert.

Wissenschaftsrat

Max-Planck-Gesellschaft gründet zwei weitere Institute in den neuen Ländern

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) hat auf seiner Sitzung am 7. März in Essen die Gründung von zwei weiteren Max-Planck-Instituten in den neuen Ländern beschlossen. Auf Empfehlung der Biologisch-Medizinischen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft soll in Sachsen – als Standort kommen Dresden oder Leipzig in Frage – ein Max-Planck-Institut für molekulare Zellbiologie und Genetik errichtet werden. Langfristiges Forschungsziel dieses Instituts ist die Aufklärung der Gewebekonstruktion auf molekularer Ebene. Es geht also um die Frage, wie sich Zellen zu unterschiedlichen Geweben organisieren. Für die Bearbeitung dieses Komplexes soll ein eng verwobenes Forschungsprogramm von molekularer Zellbiologie und Genetik etabliert und durch Technologieentwicklungen unter Einbeziehung von Medizinern, Chemikern und Ingenieuren unterstützt werden.

Nach den Planungen wird das Institut fünf Abteilungen erhalten, die wissenschaftlich eng mit ungefähr zehn Arbeitsgruppen kooperieren. Diese Arbeitsgruppen werden für bestimmte Themen aus den Ressourcen der Abteilungen eingerichtet und ihre Leiter auf Zeit angestellt. Das Institut strebt an, auch Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa in die

Forschungsprogramme zu integrieren. Darüber hinaus wird die Ausbildung von Doktoranden und Postdoktoranden aus mittel- und osteuropäischen Ländern in molekularer Zellbiologie und Molekularbiologie zu den wichtigen Aufgaben des Instituts gehören, ein spezielles Programm dafür soll mit Mitteln der Europäischen Union und durch private Stiftungen finanziert werden.

Das zweite Institut, dessen Gründung der MPG-Senat beschlossen hat, ist ein von der Biologisch-Medizinischen- und Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft gemeinsam empfohlenes Max-Planck-Institut auf dem Gebiet der evolutionären Anthropologie. Als Standorte dieses Instituts werden Rostock oder der Raum Halle-Leipzig diskutiert. Das neue Max-Planck-Institut soll – als weltweit erstes seiner Art – interdisziplinär die Gebiete "Historische Anthropologie", "Entwicklung der menschlichen Kognition" und "Anthropologie sozialer Systeme" erforschen, wobei in allen drei Bereichen eine intensive Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaftlern vorgesehen ist. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist es, die Geschichte der Menschheit mit Hilfe vergleichender Analysen der Verschiedenheit von Genen, Kulturen, kognitiven Fähigkeiten, Sprache und sozialen Systemen vergangener und gegenwärtiger menschlicher Gruppen sowie Gruppen dem Menschen nahe verwandter Primaten zu untersuchen.

Von der Struktur her sollen an dem neuen Institut drei Forschungszentren eingerichtet werden, denen jeweils zwei Direktoren vorstehen, die komplementär aus natur- und geisteswissenschaftlicher Sicht bestimmte Themenkomplexe bearbeiten. Vorgesehen sind die Zentren – für genetische und sprachliche Vielfalt mit den Arbeitsbereichen "Evolution der genetischen Vielfalt" und "Evolution der sprachlichen Vielfalt", – für Entwicklung der Kognition mit den Arbeitsbereichen "Kognitive Anpassung beim Menschen" und "Soziales Lernen und 'kulturelle' Weitergabe bei Primaten", – für soziale und kulturelle Evolution mit den Arbeitsbereichen "Kulturelle Dynamik und kulturelle Evolution" und "Evolution des menschlichen Sozialverhaltens".

Mit diesen Neugründungen verfügt die Max-Planck-Gesellschaft über 17 Institute, ein Teilinstitut und eine Forschungsstelle in den neuen Ländern und hat damit ihr Ziel, in den neuen Ländern 18 bis 20 Institute zu errichten und so eine vergleichbare Institutsdichte wie in den alten Ländern zu erreichen, schon fast erreicht.

MPG

Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, MAAS Verlag Berlin 1996, 200 S. DM 19,-. ISBN 3-929010-51-8

Eine Abrechnung frustrierter Abwicklungsoffer? Oder gar eine Rechtfertigung uneinsichtiger Betonköpfe der so gut wie vollständig abgewickelten Sektion (später Institut) für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin? Oder Anklagen gegen neuerliches Unrecht? Mitnichten! Zumindest was die Antworten auf die ersten beiden Fragen betrifft. Eine Anklage? Ja, aber diese wird nicht ausdrücklich formuliert. Die in Dokumenten und in einer Chronologie festgehaltenen Ereignisse einer Verdrängung einer Spezies der intellektuellen DDR-Elite sprechen für sich. Denn sie allein klagen an.

Es ist aber nicht nur eine Anklage gegen die eigene berufliche Vertreibung. Die Dokumente haben trotz ihres spezifischen Charakters, die relativ detailliert Auskunft geben über die mit verschiedenen Methoden vollzogene „Abwicklung“ der Historiker und Historikerinnen des Instituts für Geschichtswissenschaften der Berliner Humboldt-Universität, auch exemplarischen Charakter. Immerhin sind so oder so ähnlich wie hier dokumentiert auch die Wissenschaftler anderer historischer Institute in den neuen Bundesländern, aber auch die Regionalwissenschaftler und Vertreter anderer geisteswissenschaftlicher Disziplinen von ihren Arbeitsplätzen an den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vertrieben worden.

Das unter einem programmatischen Titel erschienene Buch entstand unter Mitwirkung von ehemaligen und derzeitigen Historikern der Humboldt-Universität, die Material aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung stellten. Zusammengetragen und herausgegeben haben dieses Ingrid Matschenz, Kurt Pätzold, Erika Schwarz und Sonja Striegnitz - alle langjährige Angehörige der Sektion Geschichte. Sie dokumentieren einen Vorgang, der in der mehr als 175jährigen Geschichte der Humboldt-Universität keinen Vergleich kennt.

Im Vorwort - übrigens fast die einzige subjektive Meinungsäußerung der Herausgeber - wird gegen die im Verlaufe der politischen Wende geprägten Begriffe, die die Verdrängung am besten beschreiben, polemisiert. Jedoch „Säuberung“, „Erneuerung“, „Neugründung“ sind mit einem positiven Vorzeichen versehen. Seit längerem mischen sich in diese Urteile aber auch kritische Stimmen, von denen indes nur die des ehemaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, in den Vorbemerkungen namhaft gemacht wird. Mit ihm sind sich die Herausgeber dahingehend einig, daß auf dem Gebiet der Erneuerung des Hochschulwesens „eine sich kaum wieder bietende Gelegenheit ungenutzt blieb“. Und es wird mit Recht hinzugefügt: „Sie zu ergreifen, hätte freilich im Gebiet der alten Bundesländer das Vorhandensein einer kritischen Hochschulintelligenz und einer ebensolchen Studentenschaft vorausgesetzt, die mehr vor Augen und im Sinn haben mußten, als ihre jeweilige Karriere. Diese Kraft fehlte“ (S. 5).

Im letzten Jahr der DDR, so wird im Vorwort rückblickend behauptet, formierte sich eine Gruppe von Wissenschaftlern und Studenten, die eine Erneuerung ihrer Hochschule erstrebten. Nur war es ja gerade die Inaktivität der Historiker, die ihnen den Vorwurf der Scheu vor Erneuerung und vor Aufarbeitung der Vergangenheit einbrachte. Hierauf wird leider in den einführenden Bemerkungen nicht eingegangen. Jedoch - diese Frage muß erlaubt sein -, was hätte eine konsequente Vergangenheitsbewältigung etwa der Berliner Humboldt-Historiker gebracht? Was wäre gewesen, wenn diese gar soweit vorangetrieben worden wäre, daß man sich von einigen „belasteten“ Professoren (etwa von solchen, die jahrelang auf ihren Posten gefilterte oder gefälschte SED-, KPdSU- oder Arbeiterbewegung-Geschichte gelehrt hatten oder sich in der Vergangenheit an politischen Relegationen beteiligt hatten) oder von unproduktiven Mitarbeitern getrennt hätte? „Abgewickelt“, darüber sollte kein Zweifel bestehen, wäre in jedem Fall worden. Der Druck der konservativen Historiker-Lobby in den alten Bundesländern war zu stark, und die erhoffte Freiwerdung von Lehrstühlen im Osten Deutschlands war zu verlockend. Hinzu kommt, daß unter den westdeutschen Historikern die Zahl derjenigen sehr groß war, die aus Karriere- oder Missionierungsgründen an den ostdeutschen Universitäten eine Chance sahen, um sich zu verwirklichen. Dabei war ihnen so gut wie jedes Mittel recht. Die nur langsam vorankommende „Aufarbeitung“ der Vergangenheit der eingesessenen Humboldtianer lieferte den im Osten Deutschlands ihre Karriere vorantreiben wollenden West-Historikern hierzu jedoch zusätzliche Argumente.

Die vorliegenden Dokumente beweisen den im typischen Kolonialstil vorgenommenen Verdrängungsprozeß. So belegen sie etwa den rüden Umgang mit dem gewählten Sektionsdirektor durch die sechs neu berufenen Westprofessoren im Dezember 1991, die obskuren Begründungen für Entlassungen der Mitarbeiter, die von fehlender Eignung bis zu mangelnder Verfassungstreue reichten sowie Behauptungen über das Nichtvorhandensein wissenschaftlicher Qualifikationen oder Bedarfsmangel. In der Regel erwiesen sich alle diese Hilfskonstrukte vor den Gerichten als juristisch nicht vertretbar. Trotz Rechtsprechung zu Gunsten der Betroffenen konnten diese zumeist nur eine befristete Anstellung erreichen. Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches, Ende 1996, war nur noch ein Bruchteil der alten Humboldtianer am Institut für Geschichtswissenschaften beschäftigt. Bis zum Ende des Jahrhunderts werden vermutlich keine der ehemals positiv evaluierten und zumindest ihre berufliche Ehre vor den Gerichten erstrittenen Historiker mehr an der Humboldt-Universität arbeiten.

Das Buch besteht aus einem Vorwort, einer Personalliste der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Sektion Geschichte, einem Anhang (bestehend lediglich aus einem Aufsatz von Kurt Pätzold unter dem Titel „Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik in der Retrospektive - eine Diskussion“, der nicht ausweist, ob und wo er bereits veröffentlicht oder wann er angefertigt wurde), zwei dem Titel des Buches gerecht werdenden Kapiteln sowie einer Auswahl von Publikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 1990 bis 1994. Die Aufnahme dieser Auswahlbibliographie wirft einige Fragen auf. Zum einen ist sie in zeitlicher Hinsicht nicht vollständig (erschien das Buch doch Ende 1996 und nicht schon 1994) und zum anderen ist sie mehr als unvollständig. Wesentliche Publikationen fehlen. Auch die Erläuterungen in der einzigen Fußnote, daß es sich um die Dokumentierung von Angaben handelt, die von den Mitarbeitern selbst gemeldet worden sind, unabhängig davon, ob diese Mitarbeiter zum Zeitpunkt des Erscheinens der Publikationen noch an der Universität arbeiten konnten oder bereits gekündigt waren, hilft wenig weiter. Zumal in der Fußnote auch mitgeteilt wird, daß einige Mitarbeiter ungenannt bleiben wollten oder später darum baten, ihre Angaben in der Bibliographie nicht erscheinen zu lassen. Polemisch wird es dann und damit zugleich der sachlichen Dokumentation abträglich, wenn es heißt: „Anhand dieser Auswahl kann [man] sich ein Urteil über die in den Kündigungsschreiben wiederholt erhobene Beschuldigung der wissenschaftlichen Nichteignung oder Nichtverwendbarkeit bilden und [kann]

auch eine Bewertung der die Abwicklung begleitenden propagandistischen Grundthese von der 'Wissenschaftswüste DDR' erfolgen“ (S. 182).

An dieser Stelle gilt es Widerspruch oder wenigstens Bedenken anzumelden. Denn zum einen ist die „Wüsten“-These ja von den Erfindern, nachdem sie einen Einblick in die DDR-Wissenschaftslandschaft gewonnen hatten, schon bald wieder zurückgenommen worden, und zum anderen beruhten alle die fragwürdigen inhaltlichen Begründungen für die Abwicklung nicht auf den hier angeführten Publikationen von 1990 bis 1994. In dieser Argumentation der Herausgeber kommt eher eine gekränkte Eitelkeit zum Vorschein. Selbst Schöpfer von nobelpreisträchtigen Leistungen wären (oder sind es gar?) im Verlaufe des deutschen „Vereinigungsprozesses“ abgewickelt worden. In diesem Bestreben trafen sich Vorstellungen der Politik und ambitionierte Absichten der Berufskollegen aus dem Westen. Zudem kann die unvollständige Bibliographie sicherlich die ungewollte Frage provozieren: „Was denn, mehr nicht?“

Die erwähnten beiden substantiellen Kapitel bestehen aus einer Chronik, die vom September 1989 bis zum März 1994 reicht (die internen Vorgänge am Institut und der Universität bis hin zu politischen Ereignissen zu erfassen versucht und allein deshalb einige Lücken aufweist) sowie dem Dokumententeil. Hier findet der Leser Briefe, Kündigungsschreiben, Gerichtsurteile, Zeitungsartikel, Stellungnahmen von der Gewerkschaft und eine Reihe weiterer Zeugnisse, die zu kommentieren nicht notwendig sind. Die zwar spärlich von den Herausgebern vorgenommenen Erläuterungen wirken eher störend, zumal sie nicht fehlerfrei sind (so S. 82: der neu berufene Prof. H. Harnisch kam nicht vom Institut für Geschichte sondern vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR).

Nichtsdestoweniger liegt mit diesem Buch eine Arbeit vor, die vornehmlich durch die Dokumentation von Originaldokumenten belegt, wie die Historiker der Humboldt-Universität verdrängt wurden, den Nachfahren zur stetigen Erinnerung und zur Vorbeugung von Legenden über eine angebliche Erneuerung der Universität. Was hier aufgezeigt wird, war ein politisch gewollter, gesteuerter und unterstützter Verdrängungsprozeß der ostdeutschen durch westdeutsche „Kollegen“.

Ulrich Ramm (Berlin)

Glotz vermeint den Titel seines 137 Seiten langen Essays. Nein, die Deutschen Universitäten seien nicht im Kern verrottet, dafür allerdings im Innersten schwer erkrankt. Und Glotz weiß auch, warum. In zwei Hauptteile aufgegliedert, diagnostiziert er in seiner Streitschrift zuerst die Zerstörung und Selbsterstörung des Patienten Universität, und im zweiten nennt er sogleich den Namen der rettungsversprechenden Medizin: Mit einer „Strategie der Entkoppelung“ und „wenigen Milliarden und ein paar Gesetzen“ könne man den Hochschulen wieder auf die Beine helfen, denn „Wunder sind unnötig“ (S.10). Nötig hingegen seien Studiengebühren, und damit verrät Glotz auch gleich, auf welcher Seite er steht: der bildungspolitisch neoliberalen nämlich.

Als Pragmatiker lehnt Glotz eine Totalreform ab, denn eine Privatisierung der Hochschulen - etwa nach amerikanischem Vorbild - hält Glotz für unrealistisch. Außerdem sei der kranke Kern für ihn nicht das von Humboldt benannte Prinzip der „Freiheit von Wissenschaft und Lehre“, sondern die angebliche Tatsache, daß das deutsche Hochschulwesen international nicht mehr konkurrenzfähig sei¹ und der Wissensstandort Deutschland darunter im Zusammenhang mit dem Übergang von der Industrie- in die Informationsgesellschaft erheblich leide.

Die Krise sei genauso von internen wie auch externen Faktoren herbeigeführt worden und habe eine materielle, in Form der jahrelangen Unterfinanzierung durch den Staat, und eine intellektuelle Seite, die dadurch deutlich werde, daß sich die Hochschulen durch Timidität und hilfloses Spezialistentum auszeichnen. Ebenfalls beklagt er die zunehmende Unüberschaubarkeit der Wissenschaft, die „... sich völlig unnötigerweise in ihre organisatorischen und institutionellen Formen hinein fort(setzt)...“ (S.36). Die Deutschen Universitäten seien unfähig, auf dringende gesellschaftliche Fragen Antworten zu geben - als Beispiel erwähnt Glotz die Umweltforschung und die fehlende Debatte über die soziale Frage des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die einzige Alternative zum Status quo sei nun ein Wettbewerb unter den Hochschulen, der unter anderem dadurch ausgelöst werden könnte, daß den Hochschulen mehr Autonomie zugesprochen würde. Die Unis sollen sich dann auch ihre Studierenden selbst aussuchen dürfen, und deshalb will Glotz den staatlichen Zugriff verringern. Er will die Besten selektieren, Eliten bilden und betreibt damit eine Politik der Sezession - diejenigen, die nicht „dazugehören“, werden zur Ser-

vicegesellschaft. Diese Reform sei dann aber nicht mehr, und hier zieht Glotz dann auch überraschenderweise plötzlich die hohen Kosten der Wiedervereinigung als verstärkendes Argument hinzu, zum Nulltarif finanzierbar. Er fordert folglich eine „mäßige Mitfinanzierung“ von studentischer Seite - was immer das auch sei, wird nicht näher erläutert. Für die zukünftigen Studierenden der Uni Erfurt, die 1999 ihre Pforten öffnet und an der Glotz Gründungsrektor ist, bedeutet dies aber, wie er der taz² letztens mitteilte, folgendes: „1000 Mark pro Semester wären eine gewaltige Hilfe.“⁴ - Und da weiß der Leser dann auch, wie sich der ehemalige SPD-Bildungspolitiker eine mäßige Mitfinanzierung vorstellt.

Der polemischen Aussage, daß es ein Skandal sei, wenn Deutschland im internationalen Vergleich der Anteile der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben den letzten Platz belege, ist zuzustimmen. Deutlich abzulehnen allerdings ist das seit dem Erscheinen von Glotz' Buch immer häufiger vorgetragene angebliche Allheilmittel in Form von Studiengebühren (O-Ton Glotz: „...die ungeschminkte und wahrheitsgemäße Botschaft“, S.98). Auch wenn Glotz die ernstzunehmende Befürchtung, daß das von den Ländern durch Studiengebühren neu eingenommene Geld von den Finanzministern zur Sanierung des Haushalts verwendet werden könnte, abtut,³ enthüllen jüngste Erfahrungen aus Berlin Glotz' Aussage als naiv: Wissenschaftsminister Radunski veranlaßte dort, daß die Studierenden ab Wintersemester 1996/97 100 DM „Rückmeldegebühren“ zu bezahlen haben - und die wandern seitdem direkt in den Berliner Haushalt.⁴ Die Berliner Hochschulen aber müssen trotzdem weiterhin Sparmaßnahmen hinnehmen; was bleibt, ist also die realistische Vermutung, daß die Einführung von Studiengebühren den Rückzug des Staates aus einem elementaren Teilbereich der Gesellschaft - der Bildung - bedeuten würde.⁵ Hier muß man Glotz allerdings zugute halten, daß er das auch nicht will und so verlangt er in Verbindung mit Studiengebühren die Aufstockung des Bundes-Etats für Bildung und Forschung um ca. eine Milliarde.

Zusammengefaßt läßt sich aber sagen, daß Glotz die Beschreibung des Zustands der Deutschen Universitäten hauptsächlich auf ein Finanz- und Managementproblem zuspitzt. Dabei bleibt die Frage offen, ob es sinnvoll ist, die Uni zu einer Art „Dienstleister“ zu machen. Angemerkt sei hier die eigentlich banale Tatsache, daß es sich bei Bildung nicht um eine Ware, sondern ein Recht handelt. Wenn sich der Staat nun, und das ist bei der Einführung von Studiengebühren die Folge, von seiner Verkörperung solidarischen Handelns verabschieden würde,⁶ so ist dies in einem Zusammenhang mit der Tendenz zu sehen, im Deckmantel neoliberaler Politik die öffentlichen Kassen auf Kosten

der sozial Schwächeren zu sanieren. Der Rückgang öffentlicher Investitionen in den Bildungsbereich ist ein offensichtlicher Indikator für den Zustand des deutschen Wohlfahrtsstaates.

Ebenso ist es fraglich, ob es sinnvoll ist, die Wissenschaft in Form von Drittmittelfixiertheit und Orientierung auf anwendungsorientierte Forschung immer mehr den ökonomischen Erwartungen anzupassen und dem Markt zu überlassen, wie die Wissenschaft des 21. Jahrhunderts in Deutschland betrieben wird. Überhaupt nicht erwähnt Glotz die Frage studentischen Engagements und studentischer Mitbestimmung: Seine Strategie der Entkoppelung fördert mit der Kreation starker Dekane die Oligarchisierung an deutschen Hochschulen; desweiteren ist die Frage berechtigt, inwieweit mit der Einführung von Studiengebühren das zu beobachtende Abflauen studentischen Engagements in einem Maße gefördert werden würde, das den Hochschulen alles andere als zuträglich wäre. Deshalb sei hier am Ende die polemische Frage erlaubt: Bei der Analyse deutscher Hochschulen im Kern verglotzt?

Jens Hüttmann (Leipzig)

Anmerkungen:

¹ Es handelt sich hier um eine These, und nicht, wie Glotz es darstellt, um eine Tatsache. So sagt beispielsweise der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Hans-Uwe Erichsen im kürzlich erschienen Uni-Extra der Wochenzeitung *Freitag*: „Sie (die Universitäten, j.h.) sind jedenfalls nicht so schlecht wie ihr gegenwärtiger Ruf, im Gegenteil, sie sind nach wie vor international durchaus konkurrenzfähig. Das Problem liegt nur darin, daß im Zuge der Globalisierung das internationale Qualitäts- und Leistungsgefüge sich sehr verdichtet...“ (*Freitag* 15. 4. April 1997, S. 23)

² *die tageszeitung*, 4.15. April 1997, S.23

³ Dazu ist zu lesen: „Wenn die Vertragsfähigkeit der deutschen Politik allerdings soweit heruntergekommen sein sollte, wäre jede Hoffnung auf Remedur eitel.“ (S.103)

⁴ Selbst für Bundesbildungsminister Rüttgers ist dies auch kein Wunder, denn „...in dem Moment, in dem man Studiengebühren einnimmt, werden die Finanzminister die entsprechenden öffentlichen Mittel streichen.“ (Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. Dezember 1996).

⁵ Dazu meint Rüttgers: „Bildung ist eine der Aufgaben, aus denen er (der Staat, j.h.) sich nicht zurückziehen kann.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 7. Dezember 1996).

⁶ Ich meine hier die steuerliche Finanzierung der Hochschulen. Dieses Konzept trägt m.E., auch wenn Glotz dies bestreitet, immer noch sozialeren Charakter, als die Einführung von Studiengebühren - deren Diskussion übrigens schon abschreckende Wirkung hat.

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Statistisches Bundesamt: *Fachschulen 1980 und 1985 bis 1990* (Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR H. 22). Wiesbaden 1995. 276 S. DM 25,70. Bezug bei: Statistisches Bundesamt, ZB-PVM, 65180 Wiesbaden. Aufbereitete Daten aus der DDR-Fachschulstatistik, als amtliche statistische Erhebung von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik durchgeführt. Insbesondere Angaben zu Studierenden, Neuzulassungen und Absolventen, Studienformen, Fachrichtungsgruppen, Fachrichtungen, Studiendauer sowie beschäftigtem Personal. Im Anhang u.a. eine methodische Dokumentation zur DDR-Fachschulstatistik, ein Verzeichnis aller Fachschulen, geordnet nach (heutigen) Ländern, und die Nomenklatur zur Fachschulausbildung (Wissenschaftszweige, Fachrichtungsgruppen/Fachrichtungen).

Scharf, Hans-Dieter: *Von Leipzig nach Workuta und zurück. Ein Schicksalsbericht aus den frühen Jahren des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates 1950-1954* (Lebenszeugnisse - Leidenswege H. 2). Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden 1996. 122 S. DM 7,-. Bezug bei: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Altenzeller Str. 19, 01069 Dresden.

Scharf war Mitglied der später so genannten 'Gruppe Herbert Belter', die Studenten der Leipziger Universität vereinte und im Vorfeld der ersten Volkskammerwahl 1950 illegale Aktionen zur Störung der offiziellen Wahlvorbereitungen durchgeführt hatte. Am 15. Oktober 1950 wurden die Gruppenangehörigen verhaftet, dem NKWD übergeben, Belter zum Tode, die anderen zu 10 bis 15 Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt. Zwischen 1953 und 1955 konnten die in Workuta Inhaftierten zurückkehren. Die Darstellung schildert die Erlebnisse dieser fünf Jahre. Eine ausführliche, historisch einordnende Einleitung von Klaus-Dieter Müller ist dem Text vorangestellt.

Strobel, Karl/Schmirber, Gisela (Hg.): *Drei Jahrzehnte Umbruch der deutschen Universitäten. Die Folgen von Revolte und Reform 1968-1974* (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Bd. 7 / zugleich Veröffentlichungen des Historischen Corpsemuseums München Bd. 2). SH Verlag, Vierow b. Greifswald 1996. 255 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Eigentlich geht es in dem Band um eine Bilanzierung der westdeutschen Hochschulreform 1968ff. aus konservativer Sicht. Zwei Vergleichsfälle sind den diesbezüglichen Darstellungen aber beigeordnet worden: zum einen „Die Hochschulen in den USA: Konsequenzen der 60er Jahre“, zum anderen „Die sogenannte Dritte Hochschulreform in der DDR“. Zu letzterem Thema schreiben drei Autoren: Johannes Mehlig, Halle/S.,

über „Die Hochschulreform in der DDR - Realität und Folgen“, Herbert Gottwald, Jena, zur „Hochschulreform unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung an der Universität Jena“ und Kurt J. Reinschke, Dresden, über die „Rahmenbedingungen für ein Hochschulstudium nach der III. Hochschulreform der DDR“.

Reiprich, Siegfried: *Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation. Eine Dokumentation* (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs Bd. 3). Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 1996. 160 S. DM 14,80. Bezug über den Buchhandel oder bei R.-Havemann-Gesellschaft e. V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.

1976 wurde der Student Reiprich von der Universität Jena verwiesen. Anlaß war die Mitgliedschaft im „Arbeitskreis für Literatur und Lyrik Jena“. Detailliert wird die Geschichte dieser Exmatrikulation mit Anhörungen, verlangter aber verweigerter 'Selbstkritik', Ausschuß aus der FDJ-Gruppenleitung usw. in Gedächtnisprotokollen (1976 bereits im Samisdat veröffentlicht) nachgezeichnet. Für die Darstellung der Vorgeschichte konnten nunmehr auch Reiprichs MfS-Akten ausgewertet werden. In einem weiteren Teil des Bandes wird die Geschichte bis zu Reiprichs Ausreise aus der DDR 1981 fortzählt: Verhinderung der Wiederaufnahme des Studiums, permanente Kontrolle bei der 'Bewährung in der Produktion', Kriminalisierungsversuche und (z.T. erfolgreiche) soziale Isolierungsversuche, indem das MfS durch geschickte Manipulationen erreicht, bei seinen Freunden den Eindruck zu erwecken, Reiprich kooperiere mit dem MfS.

Kluge, Gerhard/Meinel, Reinhard: *MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 1997. 231 S. Bezug beim Thüringer Landesbeauftragten.

Die Publikation ist das Ergebnis von Recherchen in der Außenstelle Gera des Bundesbeauftragten. Durch Offenlegung ausgewählter MfS-Dokumente beabsichtigen die Autoren, Mechanismen der Machtausübung in der DDR am Beispiel der Friedrich-Schiller-Universität darzustellen und Tendenzen entgegenwirken, die auf eine Verfälschung der DDR-Geschichte abzielten. Im wesentlichen handelt es sich um sehr gut lesbar (nicht faksimiliert, sondern in Abschriften) edierte Dokumente, die einleitend erläutert werden und unter folgenden Überschriften sortiert sind: Studenten; Einfluß auf Karrieren; Allgemeine Überwachung; Schlüsselpositionen; Einsatz im Operationsgebiet; Hinweis auf das Wirken der HVA; Kuriositäten; Nicht personenbezogene Akten.

Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *575 Jahre Universität Rostock. Rückblick auf die Jubiläumsfeierlichkeiten 1994* (Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock H. 21). Rostock 1995. 120 S. Bezug bei: Pressestelle Universität Rostock, 18051 Rostock.

Dokumentiert werden die im Zusammenhang und Umfeld der Feierlichkeiten durchgeführten Veranstaltungen: Ansprachen diverser Würdenträger, Kunst & Kultur, Ehrungen und dgl. Ein eigenes Kapitel widmet sich dem 425-Jahres-Jubiläum der Universitätsbibliothek Rostock.

Alfred Eberlein an der Universitätsbibliothek Rostock 1954 - 1971. *Begleitheft zur Ausstellung* (Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek Rostock Bd. 125). Zgst. von Werner Müller und Hanno Lietz. Universität Rostock, Rostock 1996. 122 S. Bezug bei: Universitätsbibliothek Rostock, 18051 Rostock.

Eberlein war seit 1958 Direktor der UB Rostock gewesen. 1971 wurde er inhaftiert wg. verschiedener Vorwürfe im Zusammenhang des sog. Kauf-Tausches mit westdeutschen Partnern, wie er von DDR-Bibliotheken angesichts fortdauernder Devisenknappheit betrieben worden war. Der Staatsanwalt ordnete bei Eberlein „Sozialdemokratismus“, der ihn veranlaßt habe, statt für die „Erschließung und Verbreitung neuer wissenschaftlicher Erfahrungen, insbesondere der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Sorge zu tragen“, sich verpflichtet zu fühlen, „den an ihn herangetragenen Forderungen von Mitarbeitern der Universität nach Beschaffung von Westliteratur aus dem kapitalistischen Ausland nachzukommen“. 1972 erfolgt eine Verurteilung zu 10 Jahren Haft. 1973 Haftentlassung im Rahmen einer Amnestie. 1975 Ausreise. Die Publikation enthält im Faksimile Dokumente, die das Wirken des 1982 verstorbenen Eberlein würdigen wie auch den Gerichtsprozeß darstellen.

Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, der Generalsekretär (Hg.): *Berichte zur Geschichte der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin* (Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz Bd. 4). In Kommission Dr. Ludwig Reichert Verlag Wiesbaden, Berlin 1996. 248 S. DM 52,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält zunächst den Mehrjahresbericht 1986-1991 der Deutschen Staatsbibliothek, mithin den letzten der Institution, die als zentrale wissenschaftliche Bibliothek eine herausragende Stellung im Bibliotheksgefüge der DDR einnahm. Zum 1.1.1992 wurde sie mit der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz vereinigt. Die letzten Jahre der DDR und der Umbruch 1989/90 finden sich in ihren Auswirkungen auf die Staatsbibliothek verhandelt, schließlich die Entwicklung bis zur Zusammenführung beider Staatsbibliotheken. Sodann enthält die Publikation eine eigenständige Abhandlung über die Baugeschichte des Hauses Unter den Linden der Jahre 1945 bis 1989 von Horst Kunze, Generaldirektor von 1950 bis 1976. Zur Illustration wurde ergänzend eine fünfzigseitige Fotodokumentation angefügt, welche die bauliche Entwicklung des Gebäudes Unter den Linden von den Zerstörungen im 2. Weltkrieg bis heute veranschaulicht.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Hg.): *Die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Kurzübersicht*. Edition Colloquium, Berlin 1996. 178 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Der Band enthält rubrizierte Kurzbeschreibungen der einzelnen Bestände und bietet insoweit eine aufschlußreiche Orientierung darüber, wie weit eine Nutzung des Archivs für bestimmte Forschungsvorhaben nützlich bzw. unabdingbar ist.

Danyel, Jürgen (Hg.): *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten* (Zeithistorische Studien Bd. 4). Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam. Akademie Verlag, Berlin 1995. 266 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Der Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand fand wesentlich in der Geschichtswissenschaft statt bzw. wurde durch deren Forschungsergebnisse - die wiederum in politischen Kontexten mit deren mehr oder weniger strikten Wirkungen erzielt worden waren - strukturiert. Insoweit ist ein Großteil der in dem Band vereinten Beiträge von geschichtswissenschaftshistorischer Relevanz. Besonders hinzuweisen ist auf zwei Artikel, die die Brücke von der NS- über die DDR-Vergangenheit in die Gegenwart schlagen: Fritz Klein: „Ein schlimmes gemeinsames Erbe kritisch und selbstkritisch auf beiden Seiten aufarbeiten“, Wolfgang Küttler: „Auf den Inhalt kommt es an. Zum Verhältnis von Zeitgeschichtsforschung und Geschichtsdiskurs im neuvereinigten Deutschland“. In diesem Zusammenhang ist auch die den Band abschließende

Auswahlbibliographie „Neuere Literatur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten“, Erscheinungszeitraum 1989 - 1994 zu erwähnen.

Diesener, Gerald/Middell, Matthias (Hg.): *Historikertage im Vergleich* (Heft 5-6/1996 der Zs. *Comparativ*). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1996, 292 S., DM 25,60. Im Buchhandel oder bei Leipziger Universitätsverlag, Oststr. 41, 04317 Leipzig.

Die Tagungsdokumentation enthält u.a. drei Beiträge, die im Zusammenhang der Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft von Interesse sind: „Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962“ (Martin Sabrow), „Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen nationaler und internationaler Gremien“ (Martin Guntau) und „Karl Marx, zwei deutsche Staaten und die Industriearchäologie. Gedanken zum Beitrag der DDR zur Formierung und Institutionalisierung der Industriearchäologie 1973 bis 1990“ (Eberhard Wächler). Im weiteren befaßt sich eines der dokumentierten Referate mit den „Sowjetischen Historikern auf internationalen Historikerkongressen der zwanziger und dreißiger Jahre“ (Lutz-Dieter Behrendt).

Kuczynski, Jürgen: *Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater*. Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 1996, 255 S., DM 24,80. Im Buchhandel.

Kuczynski hat sich doch noch einmal - entgegen anderslautender Ankündigung in seinem bis dahin letzten Buch - zu einem Buch überreden lassen. Dafür entschuldigt er sich eingangs. Sodann beantwortet er, didaktisch an seinen „Dialog mit meinem Urenkel“, Berlin (DDR) 1983, anknüpfend, Fragen zur DDR, seiner Existenz als Wissenschaftler und politischer Mensch in dem gewordenen Land, zur BRD, zum heutigen Kapitalismus und erzählt auch, wie er die für DDR-Professoren übliche Strafreute wegen 'Systemnähe' abzuwenden vermochte: Er hatte die Würdigung, welche ihm die F.A.Z. am 17.9.1989 zu seinem 85. Geburtstag gewidmet hatte, der entsprechenden amtlichen Stelle zugesandt. Prompt ward die Rente erhöht.

Hänseroth, Thomas (Hg.): *Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften H. 24*. Hrsg. von der TU Dresden, Dresden 1996, 98 S., DM 5,-. Bezug bei: TUD, Institut für Geschichte der Technik und der Technikwissenschaften, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.

Das Heft widmet sich überwiegend der Technikgeschichte und Geschichte der Technikwissenschaftsgeschichtsschreibung in der DDR: Rolf Sonnemann schreibt über „Das Konzept der Geschichte der Produktivkräfte in der DDR-Geschichtswissenschaft“. Der Herausgeber und Klaus Mauersberger bilanzieren „Das Dresdner Konzept zur Genese technikkissenschaftlicher Disziplinen“. Schließlich findet sich die aus Anlaß seiner Emeritierung gehaltene Abschiedsvorlesung des Geologie- und Technikhistorikers Otfried Wagenbreth (TU Bergakademie Freiberg, 1.2.1995) dokumentiert: „Rückblick und Ausblick. 50 Jahre Arbeit für die Wissenschafts- und Technikgeschichte“.

Oberkofler, Gerhard (Hg.): *Philosophie im Zeichen der Vernunft. Festgabe für Manfred Buhr zum 70. Geburtstag*. StudienVerlag, Innsbruck/Wien 1996, 80 S., DM 27,-. Im Buchhandel oder bei StudienVerlag, PF 104, A-6010 Innsbruck.

Manfred Buhr, vormals Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der DDR-Akademie der Wissenschaften und gemeinhin als exemplarische Verkörperung des *Kaderphitologen* geltend, hat auch über 200 Freunde und gute Bekannte, die ihm zum 70.

Geburtstag gratulieren mochten und sich dieshalb an einer *Tabula gratulatoria* beteiligten, welche mit Unterstützung des Evers-Marcic-Fonds der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, des Kulturreferats des Landes Tirol, der Adele Stürzl-Stiftung, der Fundacao Calouste Gulbenkian Lissabon, der Sociedad Espanola Leibniz Madrid und des Konvent für europäische Philosophie und Ideengeschichte gedruckt werden konnte. Die Gratulantschar ist recht bunt und reicht, neben vielen anderen, von Werner Berthold, Teodor Oisermann, Hans Jörg Sandkühler, Robert Steigerwald, Lucien Sève über Hans-Georg Gadamer, Gerhard Haney, Dieter Henrich, Hermann Lübbe, Jürgen Mittelstraß, Günther Patzig, Manfred Riedel bis hin zu Heiner Carow, Heinz Kahlau, Hermann Klenner, John Erpenbeck, Karl-Friedrich Wessel und Vincent von Wroblewsky.

Klein, Alfred: *Unästhetische Feldzüge. Der siebenjährige Krieg gegen Hans Mayer (1956-1963)* (Die Sisyphe. Eine Bücherreihe). Verlag Faber & Faber, Leipzig 1997, 143 S., DM 24,-. Im Buchhandel.

Detailliert werden die Motive, Etappen und Dimensionen der gegen Hans Mayer in seiner Leipziger Zeit geführten Kampagnen herausgearbeitet. Im Kern habe es sich um einen Glaubens- und Stellvertreterkrieg gehandelt. „In Gestalt des Dichters und Kulturministers Johannes R. Becher wird sein bedeutendster Mitstreiter für die Überwindung literaturpolitischer Doktrinen namhaft gemacht, in Alfred Kurella, Alexander Abusch und Paul Fröhlich personifiziert sich die Übermacht der unbelehrbaren Gegenseite.“ (Klappentext)

Institut für Germanistische Literaturwissenschaft der Friedrich Schiller Universität Jena (Hg.): *Germanistik in Jena. Reden aus Anlaß des 70. Geburtstages von Heinz Mettke. 10. Januar 1995* (Jenaer Universitätsreden 1). Jena 1996, 50 S., DM 8,-. Im Buchhandel.

Mettke, germanistischer Sprach- und Literaturhistoriker, war seit 1951 an der Jenaer Universität tätig, seit 1957 als Professor, und wurde 1990 emeritiert. Der Band dokumentiert die auf einem Festakt gehaltenen Würdigungen von Rektor Georg Machnik, Heinz Endermann, Jens Hausteil, Klaus Manger (alle Jena) und Werner Schröder (Marburg).

Siehr, Karl-Heinz/Ehrhardt, Horst/Berner, Elisabeth (Hg.): *Funktionale Sprachbeschreibung in der DDR zwischen 1960 und 1990. Beiträge zur Bilanz und Kritik der „Potsdamer Richtung“* (Sprache - System und Tätigkeit Bd. 21). Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 1997, 402 S., DM 49,-. Im Buchhandel.

Der Band vereint kritisch-bilanzierende Beiträge zur Geschichte der „Potsdamer Richtung“ der germanistischen Sprachwissenschaft in der DDR, eines funktional und kommunikativ orientierten Forschungszusammenhangs. Akzentuiert werden theoretisch-methodische Entwicklungslinien und Momente seiner institutionellen Entwicklung. Mit folgenden Beiträgen: „Zu einigen äußeren und inneren Entwicklungsbedingungen der Potsdamer Forschungsrichtung“ (Georg Michel), „Die 'Potsdamer Richtung' im sprachtheoretischen Diskurs der Linguistik in der DDR“ (Wolfdietrich Hartung), „Wilhelm Schmidt und die funktionale Schule“ (H. Ehrhardt), „Funktional-kommunikative Sprachwissenschaft und linguistische Einzeldisziplinen - Möglichkeiten und Grenzen lexikologischer Forschungen im Rahmen des Gesamtkonzepts“ (Thea Schippan), „Abbildtheoretische Bedeutungsauffassung und funktionale Sprachbeschreibung“ (Christina Gansel), „Zur Geschichte und Kritik der funktionalen Grammatik Potsdamer Richtung“ (Günter Starke), „Funktionale Grammatik in der Lehrerbildung und -weiterbildung der DDR“ (Karl-Heinz Sommerfeldt), „Funktionale Grammatik und Korpus. Notizen nach erneutem Lesen“ (Norbert Richard Wolf), „Bemerkungen zum Terminus *Grammatik* im Konzept einer funktionalen und kommunikativen Sprach-

beschreibung" (Hans-Harry Dröbiger), „Der funktionale Grammatikunterricht in der DDR - ein Versuch, die Krise des Grammatikunterrichts zu überwinden" (Johannes Zech), „Funktionale Grammatik im Muttersprachunterricht der DDR" (Viola Oehme), „Sprachgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Potsdam" (Helmut Langner), „Politische historische Semantik im Kontext eines funktionalen Sprachbeschreibungsansatzes" (E. Berner), „Produktive Einbeziehung kognitiver Aspekte zur Erklärung des Textverstehens - Mechanismen der Inferenzsteuerung" (Inge Pohl), „Anmerkungen zur handlungstheoretischen Grundlegung der funktional-kommunikativen Sprachbeschreibung" (Kirsten Sobotta), „Zum Textbegriff in der funktional-kommunikativen Sprachbeschreibung" (Rosemarie Behnert), „Probleme der Textklassifizierung" (Christine Keßler), „Zur Rolle empirischer Untersuchungen im Teilprojekt 'Rezeption von Texten' (1981-1985)" (Monika Lehmann), „Die funktional-kommunikative Sprachbeschreibung - ein 'stilgestütztes' Sprachhandlungskonzept...?" (Wilhelm Schellenberg), „Sozialistische Sprachkultur - ein ambivalenter Weg zur sprachlichen Kultivierung" (K.-H. Siehr), „Untersuchung gesprochener Sprache im Konzept der 'Potsdamer' funktional-kommunikativen Sprachbeschreibung" (Bernd Skibitzki), „Anmerkungen zu Theorie und Praxis von Deutsch als Fremdsprache in Potsdam" (Wolf-Dieter Krause), „Zielgerichtetheit' und 'Zweckbestimmtheit' in der Außenperspektive. Ein Rückblick auf 'Deutsch als Fremdsprache' in China" (Michael Hoffmann, Petra Hoffmann).

Vollnhals, Clemens (Hg.): *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz* (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 8). Christoph Links Verlag, Berlin 1996. 464 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der Band faßt die Beiträge einer Tagung der Abt. Bildung und Forschung der Gauck-Behörde zusammen. Drei davon interessieren im hiesigen Kontext: „Politische Reife- prozesse'. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen" (Gerhard Besier); „Feindobjekt: Evangelische Studentengemeinde" (Axel Noack); „Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS" (Ehrhardt Neubert).

Camphausen, Ute: *Die Leipziger Kunstgewerbeschule. Eine Dokumentation zu Geschichte und Wirkung der Kunstgewerbeschule der Stadt Leipzig und ihrer Vorgänger- und Nachfolgeeinrichtungen*. Hrsg. von Olaf Thormann. Verlag Faber & Faber, Leipzig 1996. 239 S. DM 78,- im Buchhandel. DM 38,- + 8,- Versand bei: Museum für Kunsthandwerk/Grassimuseum Leipzig, Johannisplatz 5/11, 04103 Leipzig.

Die Dokumentation erschien anlässlich der Ausstellung „Die Leipziger Kunstgewerbeschule", die im 1. Quartal 1997 im Leipziger Grassimuseum zu sehen war. Von 1945-1950 hatte in Leipzig in Fortführung des im Februar 1945 vorläufig eingestellten Lehrbetriebs die Kunstgewerbeschule existiert, von 1950-1964 als Fachschule für Angewandte Kunst. Deren Auflösung erfolgte im Zuge von Neuordnungs- und Konzentrationsbemühungen für die künstlerische Fachschulausbildung. Der reichhaltig und mehrfarbig illustrierte Band dokumentiert unter anderem die Entwicklung dieser Jahre, neben der künstlerischen auch die politische Schulgeschichte, enthält im weiteren Erinnerungen ehemaliger Schüler sowie Kurzbiographien seinerzeitiger Lehrer und Schüler.

Ebert, Hiltrud: *Drei Kapitel Weißensee. Dokumente zur Geschichte der Kunsthochschule Berlin-Weißensee 1946 bis 1957*. Hrsg. von der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, Berlin 1996. 287 S. DM 35,80. Im Buchhandel oder bei:

Kunsthochschule Berlin-Weißensee, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bühringstr. 20, 13086 Berlin.

Der anspruchsvoll gestaltete und mit zahlreichen Photographien und Faksimilés illustrierte Band breitet in drei Kapiteln transkribierte Zeitdokumente aus dem Anfangsjahrzehnt der Weißenseer Kunsthochschule aus: 1. Gründung und Aufbau der Hochschule, Konzepte und Vorstellungen einer praxisorientierten Ausbildung unter Otto Sticht, Jan Bontjes van Beek und Mart Stam, das Scheitern des letzten selbstbestimmten Hochschulprogramms; 2. Praktiken der politischen Instrumentalisierung der Hochschule als staatlicher Institution: ideologische Indiennahme der Künste, Eingriffe in Lehr- und Stoffpläne, Formen der Disziplinierung von Hochschulangehörigen; 3. Auswirkungen kulturpolitischer Setzungen auf Lehrinhalte, Kunst- und Gestaltungsbegriffe sowie deren konkrete Vermittlungsweisen im Ausbildungsprozeß. Ausführliche Einleitungen der Autorin stehen jeweils am Beginn jeden Kapitels.

Stiftung Archiv der Akademie der Künste (Hg.): *Zwischen Diskussion und Disziplin. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost) 1945/1950 bis 1993*. In Zusammenarbeit mit Inge Jens ausgewählt und kommentiert von Ulrich Dietzel und Gudrun Geißler. Stiftung Archiv der Akademie der Künste/Henschel Verlag, Berlin 1997. 768 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Die umfangliche Dokumentation berührt zwar DDR-Wissenschaftsgeschichte im engen Sinne nur am Rande (soweit es um die innerhalb der DDR-AdK bestehenden, nach 1990 fast durchweg sehr positiv evaluierten Forschungsbereiche geht), ist jedoch in intelligenzgeschichtlicher Perspektive und zur Frage des Verhältnisses von Geist & Macht, Intellektuellen & Politik in der DDR eine herausragende Quellenpublikation. Spannung anderer Art vermittelt das letzte Kapitel, in dem die Auseinandersetzungen um die Vereinigung der Ost- und der Westberliner Akademie dokumentiert werden.

InformationsZentrum Sozialwissenschaften (Hg.): *Transplantation oder Eigenwuchs? Die Transformation der Institutionen in Ostdeutschland. Eine Forschungsdokumentation*. Hrsg. von Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ). Bonn, Humboldt-Universität zu Berlin, Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Halle. Bonn 1995. 414 S. DM 36,-. Bezug im Buchhandel oder bei: IZ Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Der Band dokumentiert 1995 aktuell gewesene Forschungsprojekte, die in den Sozialwissenschaften zur institutionellen Transformation stattfanden. Da er erst jetzt ausgeliefert wurde, darf er vornehmlich historisches Interesse beanspruchen. Im übrigen ergab eine Stichprobenprüfung zum Thema „Institutioneller Wandel in der ostdeutschen Wissenschaft", daß mit dieser Veröffentlichung eine offenkundig eher zufällige Erfassung von Projekten vorliegt.

InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Außenstelle der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GESIS (Hg.): *Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten*. Bd. 8. Bearb. von Ute Koch. Berlin 1996. 263 S. Bd. 9. Bearb. von Ute Koch. Berlin 1996. 285 S. Bd. 10. Bearb. von Ute Koch. Berlin 1996. 303 S. Je Band 35,-. Bezug im Buchhandel oder bei: IZ Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen. Erfasst sind neben den sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen incl. aller Bindestrich-Soziologien auch Wirtschaftswissenschaften, Pädagogik, Wissenschaftsforschung, Sozialgeschichte, Rechtswissenschaft,

Entwicklungsländerforschung und Frauenforschung. Für die soziologischen Kernbereiche wurde Repräsentativität angestrebt. Vollständigkeit konnte angesichts des Charakters des Materials - unveröffentlicht zu sein - für keines der dokumentierten Fachgebiete beabsichtigt werden. 1992 war die Erfassung mit Bd. 1 begonnen worden, Bd. 10 schließt die Dokumentation nunmehr ab. Für 1997 ist ein letzter Band angekündigt, der sich u.a. einer ersten Wertung des Materials widmet, daneben auch Nachträge enthalten wird. Mit der Dokumentation Bd. 1-10 sind insgesamt 5.036 unveröffentlichte sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten aus der DDR der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Jeder Band mit Autoren-, Sach- und Institutionenregister.

Zentrum für Zeithistorische Studien Potsdam (Hg.): *Macht- und Funktionselementen der SBZ/DDR: Die sozialstatistische Datenüberlieferung* (=Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 10/Juli 1997). Potsdam 1997. 79 S. Gegen DM 1,50 in Briefmarken bei: ZFF, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Die DDR hat nur sehr beschränkt empirische Untersuchungen ihrer Gesellschaft hinterlassen: 480 empirische Studien aus Hochschulen & Wissenschaft der DDR sowie aus der Hörer- und der Zuschauerforschung des DDR-Rundfunks bzw. -Fernsehens konnte die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) nach 1990 sicherstellen und archivieren. (Brigitte Hausstein: „Sozialwissenschaftliche Datensammlungen der DDR und ihre Bedeutung für die zeithistorische Forschung“) Neben diesen sozialwissenschaftlichen sind statistische Datensammlungen überliefert, bewahrt in den Nachlässen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, der Staatlichen Plankommission und denen einzelner Ministerien. Wegen des, insgesamt gesehen, vergleichsweise kleinen Korpus an qua empirischer Sozialforschung gesicherter Daten über die DDR-Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit auch nicht aus repräsentativen Bevölkerungsbefragungen stammen, wächst den statistischen Überlieferungen eine besondere Bedeutung zu. Deren Zuverlässigkeit zu bestimmen, um sie der Forschung als empirische Quellen erschließen zu können, war Anliegen eines Workshops am 28.4.1997, der in vorliegendem Heft dokumentiert ist.

Schlegel, Uta/Förster, Peter (Hg.): *Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger*. Leske + Budrich, Opladen 1997. 482 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Sechs Jahre nach der Abwicklung des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) haben sich die meisten seiner früheren MitarbeiterInnen und ihre Kooperationspartner - unterdessen alle in neuen und auseinanderlaufenden Arbeits- und Lebenszusammenhängen - zu einem gemeinsamen Publikationsprojekt zusammengefunden. Eine Reihe von Beiträgen des Bandes befaßt sich mit der ostdeutschen Studierendengeneration: „Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende - ein generationsspezifisches Analysemodell“ (Bernd Lindner), „Zur Mentalität der ostdeutschen Jugend“ (Walter Friedrich), „Studienanfängerinnen der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahr nach der Wende“ (Detlef-Dieter Wächter), „Studienabbruch - Ursachen und Tendenzen“ (Ulrich Heublein), „Studentische Wohnverhältnisse im Wandel“ (Jochen Schreiber), „Umweltbewußtsein von Technikstudenten im Kontext der Wende“ (Elenor Volprich), „Umweltbewußtsein ostdeutscher Jugendlicher und Studenten vor und nach der Wende“ (Heinz Schauer). Von Interesse im hiesigen Kontext ist desweiteren auch der Beitrag von Gustav-Wilhelm Bathke „Zur beruflichen Integration und zur Entwicklung von allgemeinen und beruflichen Werten von DDR-Hochschulabsolventen“. Ein Kapitel des Bandes vereint schließlich unter dem Titel „30 Jahre ostdeutsche Jugendforschung - Rückblicke und Ausblicke“ soziologiegeschichtliche Beiträge: „Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung bei Intervallstudien“ (Rolf Ludwig), „Übersicht über die ZIJ-Längsschnittstudien“ (Ralf Kuhne/Friderike Spichale), „Von gewollten und gestatteten Nischen“ - die kino- und

filmsoziologischen Forschungen am ZIJ“ (Dieter Wiedemann), „Kreativitätsschulen: Konsequenz langjähriger Begabungsforschung“ (Hans-Georg Mehlhorn), „Datensicherung und Dokumentation von ZIJ-Studien am Beispiel des Projekts 'Rollenverständnis junger Frauen in Beruf und Familie'“ (Kerstin Schreier), „Zeiten des Wandels und der neuen Möglichkeiten - ein Dokument 1989/90“ (Hartmut Griese), „Zum Verbleib der Forschungsfelder und WissenschaftlerInnen der DDR-Jugendforschung“ (Uta Schlegel). Mit Personenregister.

Lohmann, Ulrich: *Die Entwicklung des Sozialrechts in der DDR* (Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. [KSPW] Bd. 6.1). Leske + Budrich, Opladen 1996. 150 S. DM 33,-. Im Buchhandel.

Die rechts(zeit)geschichtliche Untersuchung stellt die Entwicklung des DDR-Sozialrechts sowohl in Gesetzgebung wie in Rechtslehre dar. Da es ein eigenständiges Sozialrecht in der DDR weder als Sozialgesetzbuch noch als gesonderten Zweig in der Rechtswissenschaft gegeben hatte, wird es funktional bestimmt: Im Mittelpunkt stehen die sozialleistungsrechtlichen Bestandteile des DDR-Rechts (Sozialversicherungsrecht, Recht der staatlichen Beihilfen, Sozialfürsorgerecht u.ä.). Daneben werden auch wesentliche Teile der sozialstatusrechtlichen Regelungen behandelt.

Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *Aus der Geschichte der Pädagogischen Hochschule Güstrow (Außenstelle der Universität Rostock von 1991 bis 1993)* (Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock H. 20). Rostock 1995. 148 S. DM 15,-. Bezug bei: Universität Rostock, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Wissenschaftspublizistik, Albert-Einstein-Str. 23, 18051 Rostock.

In den Räumlichkeiten einer seit 1938 bestehenden Lehrerbildungsanstalt war 1950 ein Institut für Lehrerbildung (1950-53), dann Pädagogisches Institut entstanden, das 1972 Pädagogische Hochschule wurde. Von 1991 bis 1993 als Außenstelle der Universität Rostock betrieben, endete dann die Geschichte der Einrichtung. Ein Teil des Personals wurde nach Rostock übernommen. Frühere PH-Lehrkräfte haben eine Bestandsaufnahme der Geschichte ihrer Hochschule unternommen: „Überblick über die Entwicklung der PH Güstrow“ (Anneliese Claus-Schulze/Anneliese Klug/Enno Dieckhoff), „Studienfächer und Fachkombinationen für das Lehramtsstudium an der Lehrerbildungsstätte in Güstrow“ (Rolf Buschbeck), „Die Entwicklung der Biologie in Lehre und Forschung“ (ders./Karl Meißner, Erwin Zabel/Lothar Reimer/Heinz Bremer), „Die Ausbildung von Chemielehrern und die Entwicklung der Forschung in Chemie und Methodik des Chemieunterrichts von 1953 bis 1991“ (Wolfgang Jähmig/Heinz Dehne/Joachim Ziemann), „Die Entwicklung von Lehre und Forschung im Fach Mathematik“ (Jürgen Wisliceny/Gerhard Kasdorf/Günter Porath), „Aufbau und Entwicklung der Didaktik des Mathematikunterrichts“ (Karl Claus), „Die Entwicklung der Physik in Lehre und Forschung“ (Ewald Egger/Erhard Jung/Günter Manzke/Uwe Lau), „Zur Methodik des Physikunterrichts“ (Udo Walta), „Aufbau des Bereiches Polytechnik in Lehre und Forschung“ (Siegfried Bohnsack/Heinz Neitzel/Rainer Kastl/Dieter Pauli/Horst Ziebell), „Lehre und Forschung im Fach Deutsch“ (Anneliese Claus-Schulze, Benno Pubanz/Karl-Ernst Sommerfeldt), „Lehre und Forschung im Fach Russisch“ (Werner Mühlner/Rudolf Gregor/Anngret Palme/Margarete Pfrogner), „Entwicklung von Pädagogik und Psychologie in Lehre und Forschung“ (Franz Prüß/Ulrich Ihlefeld), „Zum kulturellen und sportlichen Leben an der Lehrerbildungsstätte Güstrow“ (Günter Endlich/Anngret Palme/Karl Hansen).

Hortsch, Hanno/Wehrmeister, Frank (Hg.): *Berufsschullehrerausbildung in Dresden in Vergangenheit und Gegenwart. Aus Anlaß der 70. Wiederkehr des Beginns der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern an der Technischen Hochschule Dresden am 1. April 1924* (Dresdner

Beiträge zur Berufspädagogik Bd. 6). Hrsg. vom Institut für Berufspädagogik, TU Dresden. Dresden 1995. 159 S. Bezug bei: Institut für Berufspädagogik, TU Dresden, Weberplatz 5, 01217 Dresden.

Mehrere der Beiträge behandeln (auch) die Berufspädagogik in der DDR: „Theoretische und historische Pädagogik in der Ausbildung von Berufsschullehrern an der Technischen Hochschule Dresden nach 1945 bis Ende der 50er Jahre“ (Sylvia Mebus), „Zur Ausdifferenzierung spezieller Studienrichtungen bei der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern an der Technischen Hochschule/Technischen Universität Dresden seit 1924 (Zeittafel)“ (Kirsten Bormann/Walter Männich/F. Wehrmeister), „Berufspädagogische Lehre in unterschiedlichen Entwicklungstapen der Beruflichen Fachrichtung Lebensmittel-, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft“ (Ursula Müller/Bernhard Schramm), „Zur Ausbildung von Berufsschullehrern für Elektrotechnik. Reminiszenzen zu Studienablauf und Studieninhalt über vier Jahrzehnte aus Sicht der beruflichen Fachrichtung“ (Arnfried Richter), „Polytechnische Bildung als theoretischer Ansatz der Berufspädagogik? Aufstieg und Untergang einer pädagogischen Idee“ (Dieter Grottker).

Fornoff, Peter: *Wissenschaftstheorie in der Sportwissenschaft. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich* (WB-Edition Universität Bd. 4). Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1997. 382 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Die Untersuchung (im übrigen die erste umfassende Bestandsaufnahme der wissenschaftstheoretischen Diskussion innerhalb der Sportwissenschaft) entfaltet entlang der Hauptthemenkomplexe „Gegenstandsbestimmung der Sportwissenschaft“, „Charakterisierung der Sportwissenschaft“ und „Modellvorstellungen zur Struktur der Sportwissenschaft“ eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse von weit über 400 metatheoretischen Beiträgen. Dabei wird deutlich, daß die Auffassungen in bundesdeutscher und DDR-Sportwissenschaft sehr viel weniger gegensätzlich bzw. unvereinbar sind, als dies gemeinhin angenommen wird.

Ernst, Anna-Sabine: *„Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“*. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961 (Internationale Hochschulschriften Bd. 210). Waxmann Verlag, Münster 1997. 441 S. DM 59,-. Im Buchhandel.

In ihrer quellengesättigten Untersuchung (vgl. auch hso 2/97, S. 25ff.) fragt die Autorin nach den sozialen Strategien, mit denen die Mediziner dem umfassenden gesellschaftlichen Transformationsanspruch der SED begegneten - mit dem Ergebnis, trotz ihres überaus starken Engagements für den Nationalsozialismus von der Entnazifizierung weitgehend verschont zu bleiben. Herausgearbeitet wird, daß die z.T. widerwillig gewährte Loyalität der Mediziner zur DDR geknüpft gewesen sei an den Erhalt ihrer professionellen Autonomie und Standesprivilegien. Im einzelnen behandelt die Untersuchung - neben der außeruniversitären Ärzteschaft - die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften, die Entnazifizierung unter Hochschullehrern, das soziale Profil der Medizinern, politisches Engagement und Kräfteverhältnisse an den medizinischen Fakultäten und den Pawlowismus. Ein Anhang enthält „Medizinisch-politische Profile. Ausgewählte (Berufs-)Biographien von Medizinern in der DDR“; Th. Brugsch, H. Kraatz, E. Paul, F. Jung, W. Rosenthal, J. Suckow, R. Thiele, K. Velhagen, A. Mette.

Kommission zur Untersuchung von Mißbrauch der Psychiatrie im sächsischen Gebiet der ehemaligen DDR: *Abschlußbericht*. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie. Dresden 1997. 162 S. Kostenlos bei: Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie, Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Albertstr. 10, 01097 Dresden.

Nach entsprechend tätig gewesenem Kommissionen in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin und Brandenburg legte nun auch die sächsische Kommission ihren Abschlußbericht vor. Sie hatte, anders als die anderen Gremien, den Hauptakzent ihrer Arbeit auf die subtile Prüfung von Einzelfällen gelegt. Insgesamt 216 Fälle wurden psychiatrisch und juristisch begutachtet. Die Ergebnisse ähneln denen in den anderen Bundesländern: Einen systematischen Mißbrauch der DDR-Psychiatrie hat es nicht gegeben. In neun Fällen wurde ein Mißbrauch festgestellt, in 20 Fällen Rechtswidrigkeiten, in etwa einem Dutzend an Fällen war ein politischer Hintergrund erkennbar. Einzelne Psychiater haben als IMs Patienteninformationen an das MFS weitergegeben.

Fahrenbach, Sabine/Wiedemann, Peter: *Augenheilkunde in Leipzig. Von der „Heilanstalt für arme Augen Kranke“ zur modernen Universitätsklinik*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1996. 221 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

50 Seiten sind der Nachkriegszeit - die Augenklinik unter Adolf Jess, Moritz Wolfrum, Karl Velhagen, Rudolf Sachsenweiger, Peter Lommatzsch und Peter Wiedemann - gewidmet. Reichhaltig illustriert und mit Personenregister.

Stoschek, Erwin/Griewank, Andreas (Hg.): *Professor Nikolaus Joachim Lehmann. Begründer der elektronischen Rechentechnik und Informatik in Sachsen. Eine Festschrift zur Erinnerung an seinen 75. Geburtstag*. Dresden University Press, Dresden 1997. 131 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Die Festschrift enthält alle wissenschaftlichen Vorträge, Grußworte und Reden des fachwissenschaftlichen Kolloquiums und der akademischen Feierstunde, die aus Anlaß des 75. Geburtstages Lehmanns am 15.3.1996 veranstaltet worden waren. Unter anderem tragen Joachim Scholz „Erinnerungen an die Entwicklung der Dresdner Rechenautomaten“ und Lehmann selbst „Rückblicke und Lebenserinnerungen“ bei. Der Anhang enthält eine Lehmann-Biographie und Bibliographie sowie eine Zeittafel zur Entwicklung der Dresdner Rechenautomaten.

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut (Hg.): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997. 698 S. DM 148,-. Im Buchhandel.

Datenalmanach zum Handbuch. Zggt. von Dirk Lewin. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997. 254 S. DM 78,-. Bezug bei: Deutscher Studien Verlag, PF 100154, 69441 Weinheim.

Das Handbuch komprimiert die Ergebnisse begleitender Forschung zum ostdeutschen Hochschulumbau, die durch die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf von 1990 bis 1996 betrieben worden war. Der Band ist in geschlossene Einzeldarstellungen gegliedert: zum „Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext“, zu „Strukturen der Hochschullandschaft“, „Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung“, „Wissenschaftliches Personal“, „Wissenschaftlicher Nachwuchs“, „Lehre und Studium“, „Forschung an Hochschulen“ und zu „Internationalen Hochschulbeziehungen“. Die einzelnen Kapitel beginnen jeweils mit einer ausführlichen Darstellung der Situation in der DDR, die das Ausmaß des sodann beschriebenen Wandels erst hinreichend deutlich werden läßt. Insoweit ist der Band auch ein Handbuch zu wesentlichen Aspekten des DDR-Hochschulwesens. Den Arbeitsschwerpunkten der Projektgruppe Hochschulforschung entsprechend sind die Darstellungen durchgehend und ausführlich statistisch belegt. Fortsetzung erfährt dies in dem zusätzlich lieferbaren Datenalmanach.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: **Hochschulenerneuerungsprogramm: Maßnahmen und Ausgaben im Jahre 1995. Bericht der Ausschüsse „Bildungsplanung“ und „Forschungsförderung“**. Bonn 1996. 33 S. + Anl. Kostenlos bei: BLK, Friedrich-Ebert-Allee 39, 53113 Bonn.

Letzter Bericht dieser Art, da 1996 das HEP im Zuge der Verabschiedung des HSP III ausgelaufen ist. Dargestellt ist die Mittelverwendung nach einzelnen Positionen, wobei auch Besonderheiten, Auffälligkeiten und Schwierigkeiten der Umsetzung referiert werden.

Wissenschaftsrat: **Personalstellen der Hochschulen 1995. Bestand 1992 bis 1995 - Ansätze 1996**. Köln 1996. 83 S. + 239 S. Anh. Kostenlos bei: Wissenschaftsrat, Brohler Str. 11, 50968 Köln.

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik GSFP (Hg.): **Dokumentation der WIP-Tagung vom 18. Oktober 1996** (=Heft 1-2/1997 der Zs. *Berliner Debatte Initial*). Berlin 1997. 42 S. DM 30,-. Bezug bei: GSFP, Erich-Weinert-Str. 19, 10439 Berlin.

Mit folgenden Beiträgen: „Vom Ende einer Hoffnung“ (Peter Ruben), „Ein Rückblick auf fünf Jahre WIP“ (Martin Holzhauser), „Gibt es Integrationszusagen oder nicht?“ (Gottfried Seifert), „Scheitert das Integrations-Programm an der Integrations-Vorstellung?“ (Bruno Hartmann), „Das WIP - eine sächsische Landeslösung in Sicht?“ (Wolfgang Hansen/Ulrich Klemm) und „Das Schicksal des WIP und die Antinomien bundesdeutscher Wissenschaftspolitik“ (Hansgünter Meyer).

Hagem, Rudolf: **Ende einer Berufung. Eine Erzählung zur Abwicklung**. Verlagsbuchhandlung und Agentur Prof. Dr. sc. Hans-Georg Mehlhorn, Leipzig 1994. 135 S. DM 11,80. Im Buchhandel.

Der Band spielt in Leipzig. Bereits 1994 erschienen, erlangte er erst jetzt größere Publizität, als im Zuge der diesjährigen Leipziger Buchmesse eine Lesung in der Universität Leipzig (innerhalb des vom Kulturamt der Stadt veranstalteten Rahmenprogramms) angekündigt war, dann aber kurzfristig nicht stattfinden durfte. Die Universitätsleitung wies darauf hin, daß in dem Buch Kritik (!) am sächsischen Wissenschaftsminister geübt werde, was selbstredend nicht geduldet werden könne. Dies war nicht nur etwas engherzig, sondern auch faktisch nicht richtig, da der Wissenschaftsminister in dem Band nicht vorkommt. Der Autorenname ist ein Pseudonym, hinter dem sich ein Professor des Faches verbirgt, das auch der Verleger einst vertrat: pädagogische Psychologie. Gattungsspezifisch handelt es sich bei der Publikation um eine Mischung. Einesteils politische Streitschrift gegen die Modalitäten des Personalaustausches an der Leipziger Universität, entwickelt sich aus dieser eine auf zwei Zeitebenen angesiedelte Erzählung: Jene berichtet die seinerzeit (d.h. in der DDR) überraschende Berufung eines Nicht-SED-Mitglieds zum Professor für pädagogische Psychologie (mit spezieller Denomination, die nicht genannt wird - man kann nur vermuten: für Kreativitätsforschung) und die ebenso überraschende Entlassung nach 1990. Zwei rassistische und zwei sexistische Entgleisungen des Autors beeinträchtigen die Lektüre.

Schenkel, Elmar: **Leipziger Passagen. Prosastücke**. Verlag Reiner Brouwer, Stuttgart 1996. 90 S. DM 20,-. Im Buchhandel.

Nicht jeder westdeutsche Wissenschaftler, der mit einer Professur in Ostdeutschland geschlagen ist, vermag seine dortigen Empfindungen adäquat mitzuteilen. Nicht jeder, aber mindestens einer: „Alle Wege führen zurück in das Labyrinth, es heißt Vergangenheit“, hat Elmar Schenkel, seit 1993 Anglist an der Leipziger Universität, festgestellt. Gestartet wird freilich immer in der Gegenwart: „In einen Hinterhof fiel die Marktwirt-

schaft wie eine Bombe.“ Und: „Es schläft sich schlecht in einer Stadt, die immerzu kommt.“ Die Universität kommt in den hier anzuzeigenden Texten auch, doch eher selten vor. Die stärksten Eindrücke empfängt der Autor in der Leipziger Straßenbahn, die er augenscheinlich täglich nutzt, um von der Uni weg zu gelangen. Der Tonfall ist betörend lakonisch. Manchmal befällt Schenkel ob der Dramen ringsum ein wenig Traurigkeit. Die genießt er dann.

Bulmahn, Edelgard (Hg.): **Vereinheitlicht? Die deutsch-deutsche Wissenschaftslandschaft - Cancen und Herausforderungen** (Agenda Zeitlupe Bd. 11). agenda Verlag, Münster 1997. 206 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Mit Beiträgen unter anderem von E. Bulmahn („Aus zwei Wissenschaftskulturen hin zur 'neuen' Forschung?“), Jens Reich („Ost- und westdeutsche Forscher und Forschung im geeinten Deutschland“) und Wolfgang Thierse („Forschungspolitik und deutsche Einheit“). Im weiteren werden die Wortmeldungen aus den Arbeitsgruppen und sozialdemokratische, meist parlamentarische Initiativen zu Wissenschaftsentwicklung und Technologieförderung vornehmlich in Ostdeutschland dokumentiert.

Kehler, Andreas/Neie, Thomas: **Aggiornamento im Hochschulrecht** (Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung Bd. 78). Hrsg. von Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt a.M. 1997. 148 S. Bezug bei: GEW, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a.M.

Im ersten Teil erörtert Kehler vor allem anhand der niedersächsischen Hochschulgesetzgebung „Aktuelle hochschulpolitische Diskussionen im Lichte moderner Gesetzgebung“. Für den zweiten Teil hat Neie seine erstmals als *hochschule ost special* im Juli 1995 veröffentlichte „Synopsis hochschulrechtlicher Regelungen in Ostdeutschland“ fortgeschrieben und bearbeitet (Stand nunmehr: August 1996).

Forschungsagentur Berlin: **FAB-Forschungsdatenbank Neue Bundesländer 1995: Wer forscht woran?** CD-ROM. Berlin 1996. Bezug bei: Forschungsagentur Berlin GmbH, Köpenicker Str. 325, 12555 Berlin.

Auf der Grundlage einer 1995 erfolgten Befragung beschreibt die Datenbank mit 3.423 Einträgen das innovative Potential der ostdeutschen Bundesländer incl. Berlins. Befragt worden waren Unternehmen, Forschungs-GmbHs, Technologievermittlungsstellen, Universitäten und Fachhochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Die einzelnen Datensätze enthalten jeweils, neben Name und postalischen Angaben, Informationen zu Wirtschaftszweig, Beschäftigtenzahl, Organisations- bzw. Rechtsform, Forschungsthema, genutzte Forschungsmittel (Speziallabors, Spezialtechnik), Technologieangebote und -nachfragen, sonstigen Dienstleistungen (Materialprüfungen, Analysen u. dgl.).

Wirtschafts-Initiativen für Deutschland (Hg.): **Innovationspotentiale in den neuen Bundesländern. Verzeichnisse von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderprogrammen** (wir.-Drucksache H. 9). Berlin 1996. o.S. Kostenlos bei: Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e.V., Uhlandstr. 29, 10719 Berlin.

Das Heft stellt mit Kurzbeschreibungen und Bezugsquellenhinweisen Einkaufsführer, Unternehmenskataloge, Handbücher und ähnliche Übersichten vor, die für industriennahe Forschungseinrichtungen von Interesse und zur Identifizierung von F&E-Potentialen hilfreich sind.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): **FuE-Handbuch Sachsen 1996**. 3 Bde.: **Region Dresden, Chemnitz, Leipzig**. Dresden 1996.

Einzel DM 10,-. Zusammen im Schuber DM 30,-. Als CD-ROM DM 20,-. Bezug bei: Sachsenwerbung - Formular Druck Dresden, Dornblüthstr. 14, 01277 Dresden.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: *Studienaufnahme und regionale Mobilität. Eine länderbezogene Analyse der Hochschulwahl der Studienberechtigten 90, 92 und 94* (HIS Kurzinformation A 10/96). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1996. Kostenlos bei: HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover.

Kriszio, Marianne: *Bericht der zentralen Frauenbeauftragten der Humboldt-Universität zu Berlin 1993 - 1996*. Berlin 1997. 187 S. Kostenlos bei: Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Dem Umstand, daß dieser Bericht keinen Vorgänger hatte, wird durch einen einleitenden achtseitigen „Bericht der Initiativgruppe 'Humboldt-Frauen' über ihre Tätigkeit von 1989 - 1993" Rechnung getragen. Diesem wiederum ist auch eine fünfseitige „Vorbemerkung zur Situation von Wissenschaftlerinnen und zum Verständnis von Frauenförderung an der Humboldt-Universität vor 1989" vorangestellt. Der eigentliche Bericht der Frauenbeauftragten schildert in Prosa wie in umfangreiche Tabellen die Umgestaltung der Humboldt-Universität aus frauenspezifischer Perspektive. Weitere Aktivitäten zur Frauenförderung und Frauenforschung sind im Anhang dokumentiert.

Europa-Universität Viadrina, der Rektor (Hg.): *Herausragende Ereignisse 1995 und 1996 an der Europa-Universität Viadrina* (Universitätschriften Bd. 11). Frankfurt/O. 1996, 96 S. Kostenlos bei: Europa-Universität Viadrina, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Große Scharnstr. 59, 15230 Frankfurt/O.

Dokumentation eines Besuchs des Bundespräsidenten, der Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises 1995 und der Eröffnung des 5. akademischen Jahres mit einer Festansprache des polnischen Staatspräsidenten.

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1996*. Potsdam o.J. (1997). 46 S. Gegen DM 1,50 in Briefmarken bei: ZZf, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Leucorea, Sektion Sprach- und Kulturwissenschaften (Hg.): *Zentrum für USA-Studien/Center for U.S. Studies* (Dokumentationen der Leucorea, Sektion Sprach- und Kulturwissenschaften H. 1). o.O. (Lutherstadt Wittenberg) 1996. 23 S. Kostenlos bei: Leucorea, Zentrum für USA-Studien, Collegienstr. 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

Die Broschüre stellt das 1995 gegründete Zentrum mit Profil und Personal vor. Ein Beitrag von Direktor Hans-Jürgen Grabbe beschreibt „Entstehung und Perspektiven“ des Zentrums.

Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zum Aufbau Mathematisch-Naturwissenschaftlicher Fakultäten der Universität Potsdam am Standort Golm sowie der Humboldt-Universität am Standort Adlershof*. Köln 1997. 68 S. + Anh. Kostenlos bei: Wissenschaftsrat, Brohler Str. 11, 50968 Köln.

Brandenburgische Technische Universität Cottbus (Hg.): *Forschungsprofile der Professuren der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus*. Cottbus 1996. 223 S. Kostenlos bei: BTU, Öffentlichkeitsarbeit, PF 102/I, 03013 Cottbus.

Meyer, Hans Joachim: *Vom gesellschaftlichen Wert der Hochschulen. Rede vor dem 178. Plenum der Hochschulrektorenkonferenz. Bonn, 26. Februar 1996* (Beiträge zur Hochschulpolitik 2/1996). Hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz. Bonn 1996. 23 S. Kostenlos bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn. Der Autor ist sächsischer Wissenschaftsminister.

Schmitz, Walter (Hg.): *Evaluation der Lehre an der Technischen Universität Dresden*. Hrsg. von der TU Dresden. Dresden University Press, Dresden o.J. (1995). 143 S. Im Buchhandel oder bei: TU Dresden, SG Öffentlichkeitsarbeit, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.

Als Königsweg zur Erhaltung des bisherigen Stellenwerts der Lehre an sächsischen Hochschulen gilt dem Landeshochschulgesetz der Lehrbericht. Die Publikation dokumentiert die Beiträge eines Kolloquiums, auf dem erste Erfahrungen mit diesem Instrument vorgestellt und debattiert worden sind (Walter Schmitz für die TU Dresden, Alfons Söllner für die TU Chemnitz-Zwickau, W. Kohler für die TU Bergakademie Freiberg, Günther Wartenberg für die Universität Leipzig; Ronald Große, TUD, und Joachim Greiling, UL, für die Studierenden; Thomas Giesen, sächsischer Datenschutzbeauftragter, für den Professorendaten-Schutz. Daneben waren auch auswärtige Beiträger vertreten: Wolff-Dietrich Wehler, Uni Bielefeld (Modell eines Lehrberichts), Helmut Kromrey, FU Berlin, Heiner Rindermann, Uni Heidelberg (Das Heidelberger Inventar zur Lehrveranstaltungsevaluation), Tino Bargel, Uni Konstanz (Studentische Erwartungen an die Lehr- und Studienqualität), Reiner Reissert, HIS Hannover (Interne Selbstevaluation und externe Begutachtung durch Peers).

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): *Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog. Feierliche Immatrikulation 1995/96* (Leipziger Universitätsreden N.F. H. 83). Leipzig 1996. 22 S.

Am 9. Oktober 1995 hatte Roman Herzog die Leipziger Universität besucht und eine Rede gehalten. Darin gestand er unter anderem, zwar einst auch Dekan und Rektor gewesen, doch die Hochschulorganisation nie verstanden zu haben, „und die hat mich nie besonders interessiert“. Den Studenten sagte er: „Arbeiten Sie was, dann werden Sie was.“ Daneben dokumentiert die Broschüre die Hauptansprache zur Feierlichen Immatrikulation 1995/96, gehalten vom sächsischen Wissenschaftsminister H. J. Meyer. Sätze wie bei Herzog finden sich dort nicht.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): *Ergebnisse der Technologieförderung 1994*. Dresden 1995. 235 S.

Dass. (Hg.): *Ergebnisse der Technologieförderung 1995*. Dresden 1996. 336 S. Kostenlos bei: Sachsenwerbung, Dornblüthstr. 14, 01277 Dresden.

Vorangestellt sind den beiden Bänden jeweils Darstellungen der Technologiepolitik in Sachsen. Neben den Einzelprojekten werden sodann die Profile aller geförderten Unternehmen und Forschungseinrichtungen beschrieben.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur/Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur (Hg.): *Forschungsland Thüringen. Gemeinsamer Bericht des Thüringer Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Thüringer Ministers für Wirtschaft und Infrastruktur*. Erfurt 1996. 88 S. Kostenlos bei: Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Öffentlichkeitsarbeit, Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa (und Kaukasus/Mittelasien)

Zierner, Klaus (Hg.): *Forschung und Lehre Ostmitteleuropas im Umbruch. Sozialwissenschaften in der Transformation* (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien Bd. 21). Hrsg. vom Herder-Institut. Verlag Herder-Institut, Marburg 1996. 104 S. DM 27,-. Im Buchhandel.

Dokumentation einer Tagung nahe Eschwege am 2.-4.12.1994. Mit u.a. folgenden Beiträgen: „Rechtswissenschaft und Ausbildung der Juristen in Polen nach dem Jahre 1989“ (Boguslaw Banaszak), „Die polnische Politikwissenschaft vor und nach 1989“ (Klaus Zierner), „The Impact of Societal Transition on Higher Education and Research in the Czech Republic: the Case of Sociology“ (Jiri Kabele), „Geographie und Ökologie in der Tschechischen und Slowakischen Republik seit 1989“ (Florin Zigras), „Czech Transformation and its Impact on Higher Education in Economics“ (Milan Zák), „Die tschechische Wirtschaftsforschung in den Instituten der Akademie der Wissenschaften (1953-1992)“ (Jiri Kosta), „Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der Volksrepublik Polen und Ansätze zu ihrer Erneuerung seit 1989“ (Karl von Delhaes), „Economics and Management in Poland. Main Directions of Reform in Teaching“ (Ewa Chmielecka).

Hare, Paul G. (Ed.): *Structure and Financing of Higher Education in Russia, Ukraine and the EU* (Higher Education Policy Series 41). Jessica Kingsley Publishers, London & Bristol/Pennsylvania 1997. 222 p. ISBN 1-85302-442-2. Im internationalen Buchhandel.

Neben allgemeinen Darstellungen zu „Conceptual Issues in the Analysis of Higher Education: Application to Russia and Ukraine“ vom Hg. und „The Changing Nature of Higher Education in Western Europe“ von Ulrich Teichler stehen im Mittelpunkt des Bandes vier Country Papers, davon eines zu Struktur und Finanzierung des Hochschulsystem in Rußland und eines zur Ukraine, jeweils verfaßt von vierköpfigen Autorengruppen.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): *Perspectives on the Reform of Higher Education in Eastern Europe. Conference held by the German Rectors' Conference at the Villa Vigoni Menaggio, Italy, 2nd to 5th November, 1994* (Beiträge zur Hochschulpolitik 1/1997). Bonn 1997. 208 S. Kostenlos bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Eduard Mühle formuliert einleitende „Guidelines for Discussion“. Sodann sind Diskussionsrunden zu folgenden Themen dokumentiert: „The Institutional Framework of Higher Education“, „Financing of Higher Education“, „The Relationship between Higher Education Institutions and the State“, „Higher Education and Research“.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): *Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Koordinierungsgespräch in der Hochschulrektorenkonferenz am 25. November 1996* (Materialien zur Hochschulkooperation 9/1997). Bonn 1997. 79 S. Kostenlos bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Peer Pasternack

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschülerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS * Methodologische Wende? * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Zum Sächsischen Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fernstudieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

Insgesamt 43 Hefte, 4.505 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich/wir bestelle/n:

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|---------------------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | | DM 0,- |
| 2. Nachbestellung Jahrgang 19...../..... | | DM 100,-
zzgl. Versandkosten |
| 3. Nachbestellung 1. - 5. Jahrgang | | DM 450,-
zzgl. Versandkosten |
| 4.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | à | DM 98,- |
| 5.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | à | DM 42,- |
| 6.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte
unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r
- Vorruheständler/in - Pensionär/in - | à | DM 31,- |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 4., 5. oder 6. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....
Name

.....
Adresse

.....
Datum

.....
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Einzusenden an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig